

Archiv der Gossner Mission

im Evangelischen Landeskirchlichen Archiv in Berlin



Signatur

Gossner_G 1_0690

Aktenzeichen

5/37/6

Titel

Friedenszentrum Martin Niemöller Haus

Band

1

Laufzeit

1981 - 1983

Enthält

u.a. monatliches Infoblatt; Protokolle der Hausversammlungen; verschiedene Aufrufe zur Friedensmanifestation; Bericht der Arbeitsgruppe Friedensbewegung; Zeitungsartikel zum 90. Geburtstag von Niemöller; Nutzungsvereinbarung eines Gebäudes der Evang. Kir

Digitalisiert/Verfilmt

2009

von

Mikro-Univers GmbH

An den Vorstand
des Friedenszentrums
Martin-Niemöller-Haus e.V.
Pacelliallee 61

1000 Berlin 33

Berlin, den 29.6.1981

Liebe Freunde!

Aufgrund eines Beschlusses ihres Kuratoriums vom 22.5.1981
beantragt die Gossner Mission hiermit die Mitgliedschaft
im Friedenszentrum Martin-Niemöller-Haus e.V. zum nächst-
möglichen Zeitpunkt.

Der Verwaltungsausschuß der Gossner Mission wird nach dem
Eingang der Aufnahmebestätigung einen Vertreter der Gossner
Mission in der Mitgliederversammlung des Friedenszentrums
benennen.

Mit freundlichen Grüßen



Siegwart Kriebel

Friedenszentrum
Martin-Niemöller-Haus e.V.

Pacelliallee 61, den 13.6.81
1 Berlin 33
Tel. 832 54 97



An die Mitglieder und Freunde
des Friedenszentrums!

Unsere nächste Mitgliederversammlung findet
am Samstag, den 4. Juli 1981, 10 Uhr

im Friedenszentrum statt.

Hierzu wird herzlich eingeladen. Dies ist die letzte Mitglieder-
versammlung vor der "Sommerpause", eine Möglichkeit, eine Bilanz
der ersten Erfahrungen in und mit unserem Projekt Friedenszentrum
zu versuchen und neue Pläne zu schmieden. Im Friedenszentrum
werden work camps das Bild der Sommermonate prägen, die Friedens-
wochen im Herbst werfen ihre Schatten voraus und stellen an uns
die Frage, was unser Beitrag dazu sein kann.

Als Tagesordnung wird vorgeschlagen:

TOP1: Berichte über die organisatorische Weiterentwicklung. Welche
guten oder verbesserungswürdigen Erfahrungen haben wir bisher
gemacht? Aktuelle Informationen.

TOP 2: Informationen über die work camps

TOP 3: work shop zur Friedenswoche 81: Unsere Idee ist, im Herbst
work shops anzubieten zu verschiedensten Themenbereichen,
die sich aus unserer Arbeit bzw der Arbeit der einzelnen
Mitgliedsorganisationen ergeben. Bringt viele Ideen mit!
Vorstrukturiert wird dieser TOP von der Programmkommission
am 24.6.81 um 19.30 Uhr. Auch zu diesem Termin bitte zahl-
reich erscheinen!

TOP 4: Verschiedenes

Die Mitgliederversammlung ist für den ganzen Tag angesetzt. Gegen
13 Uhr etwa sollte eine Mittagspause anzusetzen sein. Am späten
Nachmittag/abends soll die Mitgliederversammlung gemütlich aus-
klingen.

Mit freundlichen Grüßen

für den Vorstand

Aufruf zur Demonstration und Kundgebung am 10.10.1981 in Bonn

GEGEN DIE ATOMARE BEDROHUNG GEMEINSAM VORGEHEN -
FÜR ABRÜSTUNG UND ENTSPANNUNG IN EUROPA

Die 80er Jahre werden mehr und mehr zum gefährlichsten Jahrzehnt in der Geschichte der Menschheit. Ein 3. Weltkrieg wird aufgrund der weltweiten Aufrüstung immer wahrscheinlicher. Seit mehr als 30 Jahren haben die Militärblöcke der NATO und des Warschauer Paktes so viele Waffen angehäuft, daß jedes Leben auf der Erde mehrfach vernichtet werden kann. Wir in Europa sind durch die Stationierung neuer Atomwaffen in besonderem Maße bedroht.

Deshalb rufen Friedensorganisationen aus den Niederlanden, der Bundesrepublik Deutschland und anderen europäischen Ländern zu einer Demonstration und Kundgebung am 10. Oktober 1981 in Bonn auf.

- Wir wehren uns gegen neue Atomwaffen in Europa.
- Wir fordern die Regierungen der Mitgliedsländer der NATO auf, ihre Zustimmung zum Beschluß über die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen zurückzuziehen. Damit soll der Weg für die Verringerung der Atomwaffen in West- und Osteuropa geöffnet werden mit dem Ziel, einen wechselseitigen umfassenden Abrüstungsprozeß in Gang zu setzen.
- Wir treten ein für ein atomwaffenfreies Europa, in dem Atomwaffen weder hergestellt noch gelagert oder verwendet werden. Dies gilt auch für andere Massenvernichtungswaffen.
- Unsere Regierungen müssen eigene Initiativen für wirksame Abrüstungsverhandlungen und zur Fortsetzung der Entspannungspolitik ergreifen.

Wir sind alle aufgerufen, uns mit Mut, Kraft, Phantasie und langem Atem gegen einen drohenden Atomkrieg zu wehren und Alternativen zur gegenwärtigen Militärpolitik zu entwickeln.

Der Plan und der Aufruf entstanden in Kooperation von niederländischen und deutschen Friedensorganisationen. Veranstalter auf deutscher Seite sind die Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste und die Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden.

Den Aufruf unterstützen:

(unterzeichnende Organisationen nach Ländern und Namen alphabetisch geordnet)

Koordination und Kontakt: Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden,
Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1, Tel. 0228/229192

Anwesenheitsliste

Nils Petring (DFG-VK), Christina Schirmer (Ohne Rüstung
Leben) Michael Heimbach (WG+ASF), Martin Orth (ASW/WFD)
Thomas Zadow (BDKJ), Ekkehard Schruhl (Kirchengem. Dahlem)
Winfried Regener (CFD), Christiane Böttcher (SCI), Hille
Richers (WG), Johanna Zückler (Freundeskreis), Ulli Sohn
(Versöhnungsbund), Andreas Seeberg (3WL)

Erliegt
15. Juli 1981
EINGEGANGEN

1. Unsere Nennung unter einer Einladung zu einer Veranstaltung im Haus der Kirche geschah, weil wir nicht abgesagt haben und die s bei anderen Gruppen als Zusage gilt (u.a. bei ASF).

2. Am 1, 2+3. Juni veranstaltet die El Salvador-Gruppe/Münster einen Kaffeboykott, um darauf hinzuweisen, daß unser Kaffeekauf durch die Kaffeesteuer in bestimmten Ländern zur Aufrechterhaltung der Regime beträgt. Der 3. W-Laden beteiligt sich in Berlin mit INFO- und Verkaufsständen vor Kaffeegeschäften. Jeder, der sich daran beteiligen möchte, kann sich in entsprechende Listen im Laden eintragen (die Stände stehen zwischen 11 und 18 Uhr).

Nicaragua-Kaffee, der von den Ständen verkauft werden soll, ist für diese Aktion ausreichend vorhanden; andererseits kann auf Wünsche der Gemeinden nach größeren Kaffeemengen nicht eingegangen werden, da dazu durch die internationale Quotenbeschränkung für Nicaragua nicht genug geliefert werden kann. Es wurde angeregt, sich darüber einmal an anderer Stelle Gedanken zu machen.

3. "Entwicklungspolitische Film"

Im Herbst soll monatl. ein Film unter obengenannten Titel gezeigt werden. Dies soll in kleinerem Kreis geschehen, damit danach Möglichkeit zu intensiver Diskussion besteht. Langfristig können auch andere Filme (zu anderen Friedenthemen) gezeigt werden. Das Friedenszentrum wird sich aktiv beteiligen. Startpunkt sollte direkt nach der Friedenswoche sein.

4. Am 25. Mai wird der Film "Septemberweizen" im Gemeindehaus gezeigt. Arbeitsgruppen danach sollen im MNH stattfinden.

5. Die Veranstaltung vom 29. Juni ist noch vollkommen unvorbereitet. Die Referenten zum bisher in's Auge gefaßten Thema (Hausbesetzungen) sind noch nicht eingeladen. An der Frage, ob die vorgesehenen Referenten überhaupt eingeladen werden sollten, entzündete sich die prinzipielle Diskussion, inwieweit dieses Thema überhaupt behandelt werden soll. Problematisch erschien einem Teil, daß viele unserer Besucher dazu mehr wüßten als wir als Veranstalter, andererseits ergab sich auch die Frage, wie wir überhaupt davon betroffen seien (räumliche Nähe im Gegensatz zu den Entwicklungsländern - räumliche Ferne, da wir in Zehlendorf weit ab vom Schuß liegen). Eine Möglichkeit wurde in Betracht gezogen, nämlich Hausbesetzer selber einzuladen, die dann auch diesen Abend gestalten sollten (welche Hausbesetzer?). Fraglich ist auch, welche unserer Gruppen dies übernehmen wolle, oder ob dies keine Gruppe machen solle.

Bis zum nächsten Treffen wollen Einzelne Hausbesetzer aus ihrem Umkreis einladen, so daß wir mit diesen vielleicht den Termin vorbereiten können.

6. Am 18./19. Juli veranstalten die evang. Akademie, die Gemeinde Dahlem und das Friedenszentrum ein Wochenende zum Thema "Widerstand damals und Heute" im MNH und im Gemeindehaus.

7. Am 26. Juni veranstaltet das Asylreferat von amnesty international im Garten eine Fete mit Info's, Kulturprogramm, speziell auch für die Gruppen, die im Haus sonst noch arbeiten, gedacht.

8. Die Vorbereitungsveranstaltung zur Fahrraddemo (28.6) ist ausgefallen, die Demo selber findet statt. Das Flugblatt dazu liegt vor und wurde verteilt. Beginn (16.30) mit Info-Stand, Kaffee und Kuchen ist im MNH, am Ziel der Demo veranstaltet die Internationale der Kriegsdienstgegner eine Fete mit Informationen verschiedenster Gruppen.

9. Das Vorbereitungstreffen für die Friedenswoche soll für die Programmkommission vom 24. Juni der Schwerpunkt sein.

Beim nächsten Treffen am 3. Juni ist das Gespräch mit den Hausbesetzer, bzw. Vorbereitung für den 29. Juni unser Schwerpunkt.

6

Thomas Zadow

AS

Organisatorisches:

1. Antrag auf Zweckentfremdung für das Friedenszentrum und zwar ausschließlich für diesen Zweck ist vom Landeswohnungsamt genehmigt!!
2. Das Cafe hat seinen Vorschub erwirtschaftet
3. Antrag der GOSSNER MISSION auf Mitgliedschaft
4. Informationen über die work camps

TOP 1: Berichte über die organisatorische Weiterentwicklung. Welche guten oder verbesserungswürdigen Erfahrungen haben wir bisher gemacht?

FREUNDESKREIS, Johanna Zückler, Joachim Könning

Relativ offener Kreis, Arbeit weitgehend undefiniert, fehlende Kontinuität, hat den Charakter einer losen Vereinigung. Direkte Aktivitäten: Bewirtschaftung des Friedenscafes und Arbeitskreis "Bekennende Kirche"

Die Einnahmen im Cafe sind auch für die Arbeit des FZ, daher kein reiner Selbstkostenpreis. Daher Vorschlag: für Sozial-Schwache sollte ein kostengünstiges Gericht zu haben sein. Der Freundeskreis hat momentan etwa 40 Spender (Dauerspender), es gibt auch sporadische Spender. Das Monatliche Aufkommen liegt bei ca. 1800,-DM

GEMEINDE BUSCHGRABEN, Frau Müsseler, Frau Reumschüssel

Hoffen vor allem auf Anregungen vom FZ, in einem Gottesdienst soll das Friedenszentrum vorgestellt werden, bisher vor allem erste Annäherungen und Kontakte zur Arbeit im FZ. Der Gemeindegemeinderat der Gemeinde hat den Krefelder Appell unterschrieben!!

DRITTE WELT LADEN, Andreas Seeberg

Bisher vor allem Engagement einzelner Mitglieder, es gibt ein bisher noch wenig besuchtes Büro mit regelmäßigen Bürostunden, Treffen des 3 WL finden regelmäßig statt. Veranstaltung zur Ernährungsproblematik (Septemberweizen) war für die Gruppe unbefriedigend, für die Friedenswoche ist ein Workshop zur Ernährungsproblematik vorgesehen. Das Problem ist die Rekrutierung neuer Mitarbeiter. Als Anregung: im FZ sollte eine Tafel der Gruppen aufgestellt werden, mit konkreten Angeboten zur Mitarbeit. Die Treffen des 3 WL wurden einige Male im Programm versehentlich nicht angekündigt.

OHNE RÜSTUNG LEBEN, Christina Schirmer

Ca. 50 Gruppen in der BRD, Schwerpunkt Regionalgruppenarbeit, in Berlin ca. 40 Mitglieder, mehr oder weniger aktiv, im Augenblick Schwerpunkt in der internen Gruppenarbeit. Veranstaltung zur NATO-Aufrüstung mit DFG-VK und ASF. Bemängelt wird der mangelnde Austausch der Gruppen untereinander, Hoffnung auf Verbesserung im FZ

KINDERHILFE VIETNAM, Dietlind Reinig-Merten, Joachim Kanitz

12-13 Mitglieder in Berlin, Bemühungen die MG zu aktivieren. Zwei Wochenendveranstaltungen bisher im FZ, jedoch kaum neue Besucher, bessere Zusammenarbeit mit anderen Gruppen, vor allem zum Pazifismus und Befreiungsbewegungen, 3. Welt

Als Vorschlag: Ein Fest aller Gruppen zwecks Kontaktverbesserung!

B D K J, Thomas Zadow

Generelles Problem, die Friedensarbeit überhaupt im BDKJ einzubringen, langsam machen sich gewisse Veränderungen bemerkbar. So ist die Beteiligung an der Friedenswoche festgeschrieben. Die Bemühung sich verstärkt im FZ einzubringen, scheitert da die Leute, die aktiv in der Jugendarbeit tätig sind, überlastet sind.

EVANGELISCHE JUGENDARBEIT, Ulrich Kreßin (Hier lag nur ein Brief vor)

Positive Impulse durch das FZ, bisher noch kein fester Mitarbeiter für den Kontakt zum FZ, sind aber dankbar für Anregungen, um Ideen in ihre Organisation zu tragen.

Das Amt für Jugendarbeit Zehlendorf zieht nach den Sommerferien in das FZ.

Jugendorien-
tierung im
FZ

Die Jugendorientierung der Veranstaltungen sollte noch mal zum Schwerpunkt einer Diskussion gemacht werden!

WOHNGEMEINSCHAFT, Michael Heimbach, Hille Richers, Anneli Freund

Mitarbeit einiger Leute ist besser geworden, die WG fühlt sich aber oft als Mädchen für alles!

PLAKATIERUNG im Hause muß noch besser abgestimmt werden.

TELEFONDIENTST soll möglichst auch vormittags stattfinden.

M. Niemöller wird am 14. Januar 1982 90 Jahre alt, Aktivitäten durch das FZ überlegen.

Geplant ist vielleicht ein gemeinsames Fest mit der Jesus-Christus-Gemeinde, die im Dezember 50 Jahre alt wird. Vielleicht kann das mit einem Fest für Niemöller kombiniert werden. (eventuell offizielle Einweihung des FZ)

GEMEINDE DAHLEM, Harald Tischer

Als nächstes Ziel für das FZ einen offiziellen Nutzungsvertrag. Der Lottoantrag wird bis September (300.000,-) gestellt. Die Gemeinde wird voraussichtlich 100.000 bereitstellen, zunächst für workcamp -Start; über die Höhe der laufenden Kosten wird noch mit dem Konsistorium verhandelt.

Der Planungsausschuß der Gemeinde will für die Friedenswoche die Veranstaltungen mit dem FZ abstimmen, so daß es zumindest keine Überschneidungen gibt.

Gruppen vom FZ sollten/können sich bei der Vorbereitung der Gemeindeveranstaltungen beteiligen.

Eine ständige Mitarbeit der Gemeinde in der Programmkommission ist nicht gewährleistet, es übersteigt die Kapazitäten.

Öffentliche Veranstaltungen und interne Treffen sollten im Programm des FZ sichtbar getrennt werden. Eine Konzentration auf eine Veranstaltung im Monat wäre von Vorteil, das Überangebot ist verwirrend.

Wodurch wird gewährleistet, daß durch das FZ auch "neue" Leute in der Gemeinde angesprochen werden?

AKTION SÜHNEZEICHEN, Michael Heimbach

Ein unmittelbarer Beitrag der Organisation, alle MG der WG sind ASF-Mitglieder; es finden regelmäßige Treffen statt, Arbeitsgruppen der Vorbereitungsseminare sind ins FZ verlagert worden. Seminar zusammen mit "Ohne Rüstung Leben und DFG-VK Hoffnung, daß ASF sich im Rahmen der Friedenswoche noch mehr ins FZ einbringt, ASF ist sehr auf sich bezogen, kooperative Arbeit mit anderen Gruppen sollte entwickelt werden.

KIRCHLICHER ARBEITSKREIS FRIEDEN, Martin Wächter

Zur Friedenswoche werden zwei Broschüren erstellt, zur Rüstungsproblematik und zur Friedensethik.
Eine Beteiligung an der Vorbereitung zu den workshops ist vorgesehen.

amnesty international, Peter Lange

ai hat nur einen Untermieterstatus, ist assoziiertes Mitglied, Da das Büro im Haus ist, kommen ungefähr 10 % der Berliner Mitglieder mit dem FZ in Verbindung. Bisherige Veranstaltungen, ein Gartenfest und ein Asylantenfest, Multiplikatorenveranstaltung; Erfahrungen von ai sollen eingebracht werden. Kontakt zum Haus soll verbessert werden, das gute Klima im FZ wird als angenehm empfunden. Vielleicht läßt sich das Mitgliederinteresse für ai ins FZ umleiten.

VEREIN ZUR UNTERSTÜTZUNG ARGENTINISCHER FLÜCHTLINGE, C.-D. Schulz

Aktivitäten: Asylantenhilfe, politische Aktionen, 40 Mitglieder, faktisch 12-15, regelmäßige Treffen im FZ, Veranstaltung wurde in ZITTY und TIP angekündigt, dies war ein guter Erfolg! Zusammenarbeit mit FDCL, Schwerpunkt 3. Welt, Rüstungsexport.

VERSÖHNUNGSBUND, Torsten Schramm

Kontakt zu Mitgliedern und Info. über Aktivitäten im FZ erfolgt, Aktivierung vom Freundeskreis, das FZ bekannt zu machen. Kontakt zur UNI über Seminar von Prof. Ebert, Gorleben Freundeskreis trifft sich im FZ, Vorbereitung zur Schweigestunde, Seminare zu EL SALVADOR und "Widerstand damals und heute", Bemühungen um verstärkte Ökologieaktivitäten.
FZ sollte Schwerpunkte in der Arbeit entwickeln und eigene Widerstands- und Aktionsformen entwickeln. Besonderer Aspekt des FZ sollte sichtbar werden. Gutes Klima im FZ.

TOP 2: Mitgliedschaft der GOSSNER MISSION

200 Jahre altes Missionswerk, vor allem Missionsarbeit in Indien, heute verstärkt Arbeit im entwicklungspolitischen Bereich und auch Engagement in der Industriewelt. Ziel: bewußtseinsbildende soziale Arbeit.

Die Gossner Mission wird einstimmig aufgenommen.

Somit sind jetzt 21 Gruppen im FZ vertreten.

WORKSHOP am Nachmittag zur Vorbereitung der Friedenswoche

Vorschläge für folgende Themenbereiche:

1. Antimilitarismus
2. Nord-Süd Konflikt
3. 3. Welt
4. Ökologie
5. Aus der Geschichte lernen
6. Friedenspädagogik
7. Sozialer Frieden
8. Kirche und Frieden: innerer und äußerer Frieden

Aus diesen Vorschlägen bilden sich 3 Arbeitsgruppen, die je ein Vorbereitungswochenende für die Friedenswoche gestalten wollen:

1. ANTIMILITARISMUS

2. NORD- SÜD KONFLIKT/DRITTE WELT

3. AUS DER GESCHICHTE LERNEN

In kleinen Arbeitsgruppen werden die folgenden Themen vertieft und soweit es geht für die Vorbereitungswochenenden vorstrukturiert.

Folgende Termine werden für die workshops vereinbart:

ANTIMITLITARISMUS von ASF, DFG-VK, VB, Ohne Rüstung leben
am 18./19.9 im Friedenszentrum

DRITTE WELT von Kinderhilfe, 3. Welt Laden, Argentinienverein
am 17./18.10 im Friedenszentrum

AUS DER GESCHICHTE LERNEN von ASF, Kinderhilfe
am 26/27.9. im Friedenszentrum

Die Termine sollen im Sonntagsblatt, im Rundbrief des "Arbeitskreises Frieden" und als Beilage zum Programmfaltblatt des FZ bekanntgegeben werden.

Genaueres soll noch mal auf der nächsten PROGRAMMKOMMISSIONS'-SITZUNG, die am 17.8. 1981 um 19 Uhr stattfindet, diskutiert werden.

Am 10. Oktober die bundesweite Demonstration gegen den Nato-Doppelbeschluß in Bonn wird vom Friedenszentrum unterstützt. Zunächst wird der Aufruf mitunterzeichnet, ob wir noch etwas organisieren, wird noch festgelegt.

Allen eine schöne Sommerpause, gute Erholung, viel Kraft,
ent - rüstet Euch !

Torsten [Signature]

! ! ! ! ! ! !
! ! ! ! ! ! !

Aufruf zur Demonstration und Kundgebung am 10.10.1981 in Bonn

GEGEN DIE ATOMARE BEDROHUNG GEMEINSAM VORGEHEN -
FÜR ABRÜSTUNG UND ENTSPANNUNG IN EUROPA

Die 80er Jahre werden mehr und mehr zum gefährlichsten Jahrzehnt in der Geschichte der Menschheit. Ein 3. Weltkrieg wird aufgrund der weltweiten Aufrüstung immer wahrscheinlicher. Seit mehr als 30 Jahren haben die Militärblöcke der NATO und des Warschauer Paktes so viele Waffen angehäuft, daß jedes Leben auf der Erde mehrfach vernichtet werden kann. Wir in Europa sind durch die Stationierung neuer Atomwaffen in besonderem Maße bedroht.

Deshalb rufen Friedensorganisationen aus den Niederlanden, der Bundesrepublik Deutschland und anderen europäischen Ländern zu einer Demonstration und Kundgebung am 10. Oktober 1981 in Bonn auf.

- Wir wehren uns gegen neue Atomwaffen in Europa.
- Wir fordern die Regierungen der Mitgliedsländer der NATO auf, ihre Zustimmung zum Beschluß über die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen zurückzuziehen. Damit soll der Weg für die Verringerung der Atomwaffen in West- und Osteuropa geöffnet werden mit dem Ziel, einen wechselseitigen umfassenden Abrüstungsprozeß in Gang zu setzen.
- Wir treten ein für ein atomwaffenfreies Europa, in dem Atomwaffen weder hergestellt noch gelagert oder verwendet werden. Dies gilt auch für andere Massenvernichtungswaffen.
- Unsere Regierungen müssen eigene Initiativen für wirksame Abrüstungsverhandlungen und zur Fortsetzung der Entspannungspolitik ergreifen.

Wir sind alle aufgerufen, uns mit Mut, Kraft, Phantasie und langem Atem gegen einen drohenden Atomkrieg zu wehren und Alternativen zur gegenwärtigen Militärpolitik zu entwickeln.

Der Plan und der Aufruf entstanden in Kooperation von niederländischen und deutschen Friedensorganisationen. Veranstalter auf deutscher Seite sind die Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste und die Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden.

Den Aufruf unterstützen:

(unterzeichnende Organisationen nach Ländern und Namen alphabetisch geordnet)

Koordination und Kontakt: Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden,
Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1, Tel. 0228/229192

Anwesenheitsliste

Nils Petring (DFG-VK), Christina Schirmer (Ohne Rüstung
Leben) Michael Heimbach (WG+ASF), Martin Orth (ASW/WFD)
Thomas Zadow (BDKJ), Ekkehard Schruhl (Kirchengem. Dahlem)
Winfried Regener (CFD), Christiane Böttcher (SCI), Hille
Richers (WG), Johanna Zückler (Freundeskreis), Ulli Sonn
(Versöhnungsbund), *Andreas Seeberg (ZWC)*

1. Unsere Nennung unter einer Einladung zu einer Veranstaltung im Haus der Kirche geschah, weil wir nicht abgesagt haben und die s bei anderen Gruppen als Zusage gilt (u.a. bei ASF).

2. Am 1, 2+3. Juni veranstaltet die El Salvador-Gruppe/Münster einen Kaffeeboykott, um darauf hinzuweisen, daß unser Kaffeeverkauf durch die Kaffeesteuer in bestimmten Ländern zur Aufrechterhaltung der Regime beträgt. Der 3.W-Laden beteiligt sich in Berlin mit INFO- und Verkaufsständen vor Kaffeeengeschäften. Jeder, der sich daran beteiligen möchte, kann sich in entsprechende Listen im Laden eintragen (die Stände stehen zwischen 11 und 18 Uhr). Nicaragua-Kaffee, der von den Ständen verkauft werden soll, ist für diese Aktion ausreichend vorhanden; andererseits kann auf Wünsche der Gemeinden nach größeren Kaffeemengen nicht eingegangen werden, da dazu durch die internationale Quotenbeschränkung für Nicaragua nicht genug geliefert werden kann. Es wurde angeregt, sich darüber einmal an anderer Stelle Gedanken zu machen.

3. "Entwicklungspolitische Film"

Im Herbst soll monatl. ein Film unter obengenannten Titel gezeigt werden. Dies soll in kleinerem Kreis geschehen, damit danach Möglichkeit zu intensiver Diskussion besteht. Langfristig können auch andere Filme (zu anderen Friedenthemen) gezeigt werden. Das Friedenszentrum wird sich aktiv beteiligen. Startpunkt sollte direkt nach der Friedenswoche sein.

4. Am 25. Mai wird der Film "Septemberweizen" im Gemeindehaus gezeigt. Arbeitsgruppen danach sollen im MNH stattfinden.

5. Die Veranstaltung vom 29. Juni ist noch vollkommen unvorbereitet. Die Referenten zum bisher in's Auge gefaßten Thema (Hausbesetzungen) sind noch nicht eingeladen. An der Frage, ob die vorgesehenen Referenten überhaupt eingeladen werden sollten, entzündete sich die prinzipielle Diskussion, inwieweit dieses Thema überhaupt behandelt werden soll. Problematisch erschien einem Teil, daß viele unserer Besucher dazu mehr wüßten als wir als Veranstalter, andererseits ergab sich auch die Frage, wie wir überhaupt davon betroffen seien (räumliche Nähe im Gegensatz zu den Entwicklungsländern - räumliche Ferne, da wir in Zehlendorf weit ab vom Schuß liegen). Eine Möglichkeit wurde in Betracht gezogen, nämlich Hausbesetzer selber einzuladen, die dann auch diesen Abend gestalten sollten (welche Hausbesetzer?). Fraglich ist auch, welche unserer Gruppen dies übernehmen wolle, oder ob dies keine Gruppe machen solle.

Bis zum nächsten Treffen wollen Einzelne Hausbesetzer aus ihrem Umkreis einladen, so daß wir mit diesen vielleicht den Termin vorbereiten können.

6. Am 18/19. Juli veranstalten die evang. Akademie, die Gemeinde Dahlem und das Friedenszentrum ein Wochenende zum Thema "Widerstand damals und Heute" im MNH und im Gemeindehaus.

7. Am 26. Juni veranstaltet das Asylreferat von amnesty international im Garten eine Fete mit Info's, Kulturprogramm, speziell auch für die Gruppen, die im Haus sonst noch arbeiten, gedacht.

8. Die Vorbereitungsveranstaltung zur Fahrraddemo (28.6) ist ausgefallen, die Demo selber findet statt. Das Flugblatt dazu liegt vor und wurde verteilt. Beginn (16.30) mit Info-Stand, Kaffee und Kuchen ist im MNH, am Ziel der Demo veranstaltet die Internationale der Kriegsdienstgegner eine Fete mit Informationen verschiedenster Gruppen.

9. Das Vorbereitungstreffen für die Friedenswoche soll für die Programmkommission vom 24. Juni der Schwerpunkt sein.

Beim nächsten Treffen am 3. Juni ist das Gespräch mit den Hausbesetzer, bzw. Vorbereitung für den 29. Juni unser Schwerpunkt.

76

Thomas Zadow

Protokoll der

MITGLIEDERVERSAMMLUNG DES FRIEDENSZENTRUMS MARTIN-NIEMÖLLER
HAUS am 4. Juli 1981 von 10⁰⁰ bis 18⁰⁰

Organisatorisches:

1. Antrag auf Zweckentfremdung für das Friedenszentrum und zwar ausschließlich für diesen Zweck ist vom Landeswohnungsamt genehmigt!!
2. Das Cafe hat seinen Vorschuß erwirtschaftet
3. Antrag der GOSSNER MISSION auf Mitgliedschaft
4. Informationen über die work camps

TOP 1: Berichte über die organisatorische Weiterentwicklung. Welche guten oder verbesserungswürdigen Erfahrungen haben wir bisher gemacht?

FREUNDESKREIS, Johanna Zückler, Joachim Könnig

Relativ offener Kreis, Arbeit weitgehend undefiniert, fehlende Kontinuität, hat den Charakter einer losen Vereinigung. Direkte Aktivitäten: Bewirtschaftung des Friedenscafes und Arbeitskreis "Bekennende Kirche"

Die Einnahmen im Cafe sind auch für die Arbeit des FZ, daher kein reiner Selbstkostenpreis. Daher Vorschlag: für Sozial-Schwache sollte ein kostengünstiges Gericht zu haben sein. Der Freundeskreis hat momentan etwa 40 Spender (Dauerspender), es gibt auch sporadische Spender. Das Monatliche Aufkommen liegt bei ca. 1800,-DM

GEMEINDE BUSCHGRABEN, Frau Müsseler, Frau Reumschüssel

Hoffen vor allem auf Anregungen vom FZ, in einem Gottesdienst soll das Friedenszentrum vorgestellt werden, bisher vor allem erste Annäherungen und Kontakte zur Arbeit im FZ. Der Gemeindegemeinderat der Gemeinde hat den Krefelder Appell unterschrieben!!

DRITTE WELT LADEN, Andreas Seeborg

Bisher vor allem Engagement einzelner Mitglieder, es gibt ein bisher noch wenig besuchtes Büro mit regelmäßigen Bürostunden, Treffen des 3 WL finden regelmäßig statt.

Veranstaltung zur Ernährungsproblematik (Septemberweizen) war für die Gruppe unbefriedigend, für die Friedenswoche ist ein Workshop zur Ernährungsproblematik vorgesehen. Das Problem ist die Rekrutierung neuer Mitarbeiter. Als Anregung: im FZ sollte eine Tafel der Gruppen aufgestellt werden, mit konkreten Angeboten zur Mitarbeit.

Die Treffen des 3 WL wurden einige Male im Programm versehentlich nicht angekündigt.

OHNE RÜSTUNG LEBEN, Christina Schirmer

Ca. 50 Gruppen in der BRD, Schwerpunkt Regionalgruppenarbeit, in Berlin ca. 40 Mitglieder, mehr oder weniger aktiv, im Augenblick Schwerpunkt in der internen Gruppenarbeit.

Veranstaltung zur NATO-Aufrüstung mit DFG-VK und ASF

Bemängelt wird der mangelnde Austausch der Gruppen untereinander, Hoffnung auf Verbesserung im FZ

KINDERHILFE VIETNAM, Dietlind Reinig-Merten, Joachim Kanitz

12-13 Mitglieder in Berlin, Bemühungen die MG zu aktivieren. Zwei Wochenendveranstaltungen bisher im FZ, jedoch kaum neue Besucher, bessere Zusammenarbeit mit anderen Gruppen, vor allem zum Pazifismus und Befreiungsbewegungen, 3. Welt

Als Vorschlag: Ein Fest aller Gruppen zwecks Kontaktverbesserung!

B D K J, Thomas Zadow

Generelles Problem, die Friedensarbeit überhaupt im BDKJ einzubringen, langsam machen sich gewisse Veränderungen bemerkbar. So ist die Beteiligung an der Friedenswoche festgeschrieben. Die Bemühung sich verstärkt im FZ einzubringen, scheitert da die Leute, die aktiv in der Jugendarbeit tätig sind, überlastet sind.

EVANGELISCHE JUGENDARBEIT, Ulrich Kreßin (Hier lag nur ein Brief vor)

Positive Impulse durch das FZ, bisher noch kein fester Mitarbeiter für den Kontakt zum FZ, sind aber dankbar für Anregungen, um Ideen in ihre Organisation zu tragen.

Das Amt für Jugendarbeit Zehlendorf zieht nach den Sommerferien in das FZ.

Jugendorien-
tierung im
FZ

Die Jugendorientierung der Veranstaltungen sollte noch mal zum Schwerpunkt einer Diskussion gemacht werden!

WOHNGEMEINSCHAFT, Michael Heimbach, Hille Richers, Anneli Freund

Mitarbeit einiger Leute ist besser geworden, die WG fühlt sich aber oft als Mädchen für alles!

PLAKATIERUNG im Hause muß noch besser abgestimmt werden.

TELEFONDIENTST soll möglichst auch vormittags stattfinden. M. Niemöller wird am 14. Januar 1982 90 Jahre alt, Aktivitäten durch das FZ überlegen.

Geplant ist vielleicht ein gemeinsames Fest mit der Jesus-Christus-Gemeinde, die im Dezember 50 Jahre alt wird. Vielleicht kann das mit einem Fest für Niemöller kombiniert werden. (eventuell offizielle Einweihung des FZ)

GEMEINDE DAHLEM, Harald Tischer

Als nächstes Ziel für das FZ einen offiziellen Nutzungsvertrag. Der Lottoantrag wird bis September (300.000,-) gestellt. Die Gemeinde wird voraussichtlich 100.000 bereitstellen, zunächst für workcamp -Start; über die Höhe der laufenden Kosten wird noch mit dem Konsistorium verhandelt.

Der Planungsausschuß der Gemeinde will für die Friedenswoche die Veranstaltungen mit dem FZ abstimmen, so daß es zumindest keine Überschneidungen gibt.

Gruppen vom FZ sollten/können sich bei der Vorbereitung der Gemeindeveranstaltungen beteiligen.

Eine ständige Mitarbeit der Gemeinde in der Programmkommission ist nicht gewährleistet, es übersteigt die Kapazitäten.

Öffentliche Veranstaltungen und interne Treffen sollten im Programm des FZ sichtbar getrennt werden. Eine Konzentration auf eine Veranstaltung im Monat wäre von Vorteil, das Überangebot ist verwirrend.

Wodurch wird gewährleistet, daß durch das FZ auch "neue" Leute in der Gemeinde angesprochen werden?

AKTION SÜHNEZEICHEN, Michael Heimbach

Ein unmittelbarer Beitrag der Organisation, alle MG der WG sind ASF-Mitglieder; es finden regelmäßige Treffen statt, Arbeitsgruppen der Vorbereitungsseminare sind ins FZ verlagert worden. Seminar zusammen mit "Ohne Rüstung Leben und DFG-VK Hoffnung, daß ASF sich im Rahmen der Friedenswoche noch mehr ins FZ einbringt, ASF ist sehr auf sich bezogen, kooperative Arbeit mit anderen Gruppen sollte entwickelt werden.

KIRCHLICHER ARBEITSKREIS FRIEDEN, Martin Wächter

Zur Friedenswoche werden zwei Broschüren erstellt, zur Rüstungsproblematik und zur Friedensethik. Eine Beteiligung an der Vorbereitung zu den workshops ist vorgesehen.

amnesty international, Peter Lange

ai hat nur einen Untermieterstatus, ist assoziiertes Mitglied, Da das Büro im Haus ist, kommen ungefähr 10 % der Berliner Mitglieder mit dem FZ in Verbindung. Bisherige Veranstaltungen, ein Gartenfest und ein Asylantenfest, Multiplikatorenveranstaltung; Erfahrungen von ai sollen eingebracht werden. Kontakt zum Haus soll verbessert werden, das gute Klima im FZ wird als angenehm empfunden. Vielleicht läßt sich das Mitgliederinteresse für ai ins FZ umleiten.

VEREIN ZUR UNTERSTÜTZUNG ARGENTINISCHER FLÜCHTLINGE, C.-D. Schulz

Aktivitäten: Asylantenhilfe, politische Aktionen, 40 Mitglieder, faktisch 12-15, regelmäßige Treffen im FZ, Veranstaltung wurde in ZITTY und TIP angekündigt, dies war ein guter Erfolg! Zusammenarbeit mit FDCL, Schwerpunkt 3. Welt, Rüstungsexport.

VERSÖHNUNGSBUND, Torsten Schramm

Kontakt zu Mitgliedern und Info über Aktivitäten im FZ erfolgt, Aktivierung vom Freundeskreis, das FZ bekannt zu machen. Kontakt zur UNI über Seminar von Prof. Ebert, Gorleben Freundeskreis trifft sich im FZ, Vorbereitung zur Schweigestunde, Seminare zu EL SALVADOR und "Widerstand damals und heute", Bemühungen um verstärkte Ökologieaktivitäten.

FZ sollte Schwerpunkte in der Arbeit entwickeln und eigene Widerstands- und Aktionsformen entwickeln. Besonderer Aspekt des FZ sollte sichtbar werden. Gutes Klima im FZ.

TOP 2: Mitgliedschaft der GOSSNER MISSION

200 Jahre altes Missionswerk, vor allem Missionsarbeit in Indien, heute verstärkt Arbeit im entwicklungspolitischen Bereich und auch Engagement in der Industriewelt. Ziel: bewußtseinsbildende soziale Arbeit.

Die Gossner Mission wird einstimmig aufgenommen.

Somit sind jetzt 21 Gruppen im FZ vertreten.

WORKSHOP am Nachmittag zur Vorbereitung der Friedenswoche

Vorschläge für folgende Themenbereiche:

1. Antimilitarismus
2. Nord-Süd Konflikt
3. 3. Welt
4. Ökologie
5. Aus der Geschichte lernen
6. Friedenspädagogik
7. Sozialer Frieden
8. Kirche und Frieden: innerer und äußerer Frieden

Aus diesen Vorschlägen bilden sich 3 Arbeitsgruppen, die je ein Vorbereitungswochenende für die Friedenswoche gestalten wollen:

1. ANTIMILITARISMUS

2. NORD- SÜD KONFLIKT/DRITTE WELT

3. AUS DER GESCHICHTE LERNEN

In kleinen Arbeitsgruppen werden die folgenden Themen vertieft und soweit es geht für die Vorbereitungswochenenden vorstrukturiert.

Folgende Termine werden für die workshops vereinbart:

ANTIMITLITARISMUS von ASF, DFG-VK, VB, Ohne Rüstung leben
am 18./19.9 im Friedenszentrum

DRITTE WELT von Kinderhilfe, 3. Welt Laden, Argentinienverein
am 17./18.10 im Friedenszentrum, ASW, GM

AUS DER GESCHICHTE LERNEN von ASF, Kinderhilfe
am 26/27.9. im Friedenszentrum

Die Termine sollen im Sonntagsblatt, im Rundbrief des "Arbeitskreises Frieden" und als Beilage zum Programmfaltblatt des FZ bekanntgegeben werden.

Genaueres soll noch mal auf der nächsten PROGRAMMKOMMISSIONS'-SITZUNG, die am 17.8. 1981 um 19 Uhr stattfindet, diskutiert werden.

Am 10. Oktober die bundesweite Demonstration gegen den Nato-Doppelbeschluß in Bonn wird vom Friedenszentrum unterstützt. Zunächst wird der Aufruf mitunterzeichnet, ob wir noch etwas organisieren, wird noch festgelegt.

Allen eine schöne Sommerpause, gute Erholung, viel Kraft,
ent - rüstet Euch !

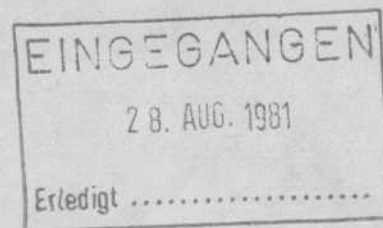
Torsten Baum

!!!!!!!

Friedenszentrum
Martin Niemöller-Haus e.V.
Pacelliallee 61
1000 Berlin 33

Berlin, d. 25.8.81

An
Gossner Mission
Handjerystr. 19
1000 Berlin 41



Liebe Freunde,

die finanzielle Situation des Friedenszentrums ist z.Zt. so, daß der weit über-
wiegende Teil der 21 Vereinsmitglieder sich bereits mit einem seinen Möglich-
keiten entsprechenden Monatsbeitrag am Erhalt und Ausbau des Martin Niemöller-
Hauses beteiligt.

Lt. Beschluß der Mitgliederversammlung vom 5.11.80 kommen dafür nach Selbstein-
schätzung je nach Organisationsgröße (bzw. Umsatz) mtl. 20,--, 50,-- oder 100,--
DM infrage.

*bes. mit
Hd. am
17.8.81*
Zwecks besserer Durchsichtigkeit für die übrigen Mitgliedsorganisationen bitten
wir Euch daher, daß auch Ihr Euch nunmehr auf einen monatlichen Mitgliedsbeitrag
verbindlich festlegt und die seit Eurem Beitrittsmonat, d.i. der Juli 81 ,
fälligen Beträge baldmöglich auf das Postscheck-Konto Nr. 671 32-105, PS-Amt
Berlin West, des Friedenszentrums überweist bzw. einen Dauerauftrag für künftige
Zahlungen erteilt.

Mit freundlichen Grüßen

(für den Vorstand)

Friedenszentrum Martin Niemöller Haus

PROGRAMMKOMMISSION 18.8.1981

Ergebnisprotokoll

EINGETRAGEN

25. AUG. 1981

Erledigt

I.

Für die geplanten drei Workshops (WS) im Martin Niemöller Haus

- | | |
|------------------------------|---------------------|
| 1) Antimilitarismus | Termin: 18.-20.9.81 |
| 2) Aus der Geschichte lernen | " 25.-27.9.81 |
| 3) Frieden mit der 3. Welt | " 16.-18.10.81 |

wurden die Programmorschläge diskutiert. (siehe dazu das geplante Programmblatt)

zu 1) wurde besprochen, ob es nicht sinnvoll sei, mit dem WS auf die Entscheidung der US-Regierung, die Neutronenbombe zu bauen, einzugehen. (Siehe dazu auch Punkt III.)

zu 2) wurde der pädg. Ansatz (pers. Betroffenheit der Teilnehmer) diskutiert, mit der Frage, inwieweit die geplanten Themen Vietnam und Sachsenhausen auch Möglichkeiten von "Exemplarischem Lernen" beinhalten. Das Thema Hiroshima, bei dem auch der Hiroshima Verein mitmachen wollte, soll wegen der Kürze der im WS zur Verfügung stehenden Zeit auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden.

zu 3) wird vom FDCL zusätzlich vorgeschlagen, das Problem der friedlichen Nutzung von Atomenergie in der 3. Welt mitaufzunehmen. Die Mitarbeit wird angeboten.

Ziel aller WS sollte sein, die angespr. "Multiplikatoren" in die Lage zu versetzen, anhand der vorgestellten Themen und Medien, selbst die Themen in Gemeinden u.a. weiterzuvermitteln.

II. Technische Fragen der WS

Die Mitarbeiter des Cafe's werden Suppen vorbereiten und einfrieren, die am Sa und So - Mittag verspeist werden können.

Alle anderen Verpflegungsfragen klären die Verbindungsleute der WS zum Cafe: 1) Annelie 2) Thomas 3) Martin

Als Kosten sollen (Mit Verpflegung) 15.00 Dm angegeben werden. Die Ev. Jugend bietet die Möglichkeit an, für Teilnehmer unter 25 J. über Beihilfen für Pol. Bildung Zuschüsse abzurechnen.

Die WS sollen auf einem Infoblatt angekündigt werden und durch die Gruppen und die Landeskirchl. Begleitstelle zur Friedenswoche verbreitet werden. Den allg. Einladungstext entwirft Claus Dieter.

III.

Es werden Einschätzungen zum Beschluß, die Neutronenbombe zu bauen, diskutiert und Reaktionsformen überlegt. Vom Friedenszentrum soll keine besondere Aktion geplant werden. Die Gruppen werden in ihrer Arbeit besonders dies Problem in den Vordergrund stellen, besonders bei den bevorstehenden Anlässen: 29.9. Spektakel vorm Reichstag, Ötv-FriWo, 1. Sept. Dgb-Kundgebung

Unter diesem Aspekt soll verstärkt zur Teilnahme an der Demo am 10. Okt. in Bonn hingewiesen werden.

Um den intern Charakter der Friedensbewegung zu betonen und dem Vorwurf des Antiamerikanismus zu begegnen sollen die schon Vorhandenen Kontakte zur amerikanischen Friedensbewegung ausgebaut werden. (Gossner Mission: The Witness, Chicago; Versöhnungsb.: JFOR? D. Berrigan; DFG/VK: War Resisters League, NY; ASF: Friedenskirchen, Freiwilligenprof.);

IV.

In der Fortsetzung der Reihe "Welchen Frieden wollen wir" soll die amerikanische Friedensbewegung mal vorgestellt werden. ASF will Freiwillige aus den USA ansprechen, damit sie berichten.

Der nächste termin soll jedoch von der DFG/VK bestritten werden, die je einen Vertreter vom Krefelder Appell (evtl. CFK) und vom Russel-Aufruf einladen zum Thema: Russel oder Krefeld?, Mo 5.10.81

V.

Die Info-Gruppe bittet dringens alle Gruppen, ihre termine bekannt zu

NÄCHSTE SITZUNG DER PROGRAMMKOMMISSION: MONTAG 31.8.81 um 19 Uhr!
Bis dahin mit solidarischen Grüßen (protokollant)

Teilnehmer Liste Programm. Nov

Hartmut Wändke Luckhüll. 176 Fächer Tel:
ÖHJ Jesenbr. 3 310801

Claus Brite Mahre Argentinien Verein 832 5807

Ulrich Krefzin Er-Jugend 3191269

Arthur Grossmann FDLL / Multigruppe 3135065
od. 3212172

Siegwart Kriebel Gomer Union 851021
(Hans Martin Schwarz ASW)

Thomas Ladew BDKJ priv. tags 222
> 322 3021

Torsten Schramm VB 8231033

Jochen Lange DFG-VK, Inst. f. Friedensarb. 8538259

Kurt Frauenkel Club-Cafe 8817070

HORST KREIL DFG 31092154+8112474

Humbert Freund WG 832 5497

Elle Schauer DGVN 832 8893

Johann Könnig Freundes-
Kreis 815 8399

Martha Schwarz ASW (Junkel/Schiller)

Für Friedenszentrum MNH

Die Gossner Mission ist zwar erst am 4.7.1981 formell als Mitglied aufgenommen worden, jedoch haben wir uns schon an den Gründungsvorbereitungen ~~an~~ für das Friedenszentrum beteiligt und dann in der Programm-Kommission mitgearbeitet. Den Abend am 25. Mai über die Gewalt des Welthandels in der Reihe "Welchen Frieden wollen wir?" hat die Gossner Mission mitveranstaltet. Wir haben kein Büro und keine festen Termine im MNH, unsere Kontaktperson ist Erhard Mische, Handjerystr. 19, Berlin 41, Tel. 85 10 21.

17.8.1981

Friedenszentrum Martin Niemöller Haus Berlin 25.7.81
Pacelliallee 61
1 Berlin 33

Wichtig! Remember! Hallo & wie geht's! Souvenir!

Nächste Programmkommission am Montag den 17. August um 19.00 Uhr

Liebe Freunde!

Auf unserem inhaltsreichen Mitglieder-work-shop am 4. Juli 81 haben wir uns ja so einiges vorgenommen.

Damit wir bei der nächsten Programmkommission auch wirklich loslegen können, hier noch einige Erinnerungen:

1. Ende August soll das nächste Info vom Friedenszentrum gedruckt werden. Dazu werden alle Gruppen und Organisationen, einen Kurzbericht darüber zu schreiben, wie ihre Mitgliedschaft im Friedenszentrum in den letzten Monaten praktisch ausgesehen hat.

- regelmäßige Treffen

- einzelne größere offene Veranstaltungen oder Aktionen

- was ist für die nächste Zeit geplant?

- Angabe eures festen Termins hier im Friedenszentrum, bzw Kontaktperson und Adresse

Es soll nur ein kurzer Bericht sein, damit das Info nicht zu einer Broschüre ausartet; aber es ist wichtig, damit Interessenten, Skeptiker und Spender des Friedenszentrums eine lebendigere Vorstellung von dem Kriegen können, was hier im Haus passiert.

2. Die Verantwortlichen für die geplanten work-shops zur Vorbereitung der Friedenswoche (Antimilitarismus, 3. Welt und Frieden....) bringen bitte ein detailliertes Seminarprogramm für das entsprechende Wochenende mit. Diese Programme sollen im nächsten Info des Friedenszentrums, im Berliner Sonntagsblatt, und in einem Rundbrief an alle Kirchengemeinden vom kirchl. Ausschuss für die Friedenswoche 81 veröffentlicht werden. Es ist wichtig, daß den Programmen möglichst konkret zu entnehmen ist, was man/frau von einer Teilnahme an Information, Medienangeboten Erfahrungsaustausch und Ideen für die Praxis erwarten kann.

3. Schreibt bitte auf, wann bis zum Jahresende eure regelmäßigen Treffen im Friedenszentrum stattfinden sollen, bzw was ihr sonst noch so an Veranstaltungen plant.

-2-

4. Bitte überlegt in euren Gruppen schon mal, wieviele Exemplare von den Infos ihr bei euch zum Verteilen braucht, damit wir sehen können, wie groß die Auflage sein muß.

5. Alle dies bringt bitte zum 17. August mit. Falls ihr verhindert sein solltet, schickt es uns bitte rechtzeitig mit der Post zu. Da die ersten Veranstaltungen bereits für Anfang September geplant sind, drängt es die Zeit etwas ~~am~~ sehr. Es ist auch wichtig, daß sich von den Mitgliedergruppen noch einige Leute finden, die bei der Redaktion und dem Layout des Info mitmachen. (in der Woche nach dem 17. August).

Übrigens:

Dem Protokoll war auch der Aufruf zur großen Friedensdemo beigelegt. Das Friedenszentrum hat den Aufruf mitunterstützt. Falls eure Organisationen noch namentlich mit dazu aufrufen will, hier noch mal die Adresse:

AGDF Blücherstr. 14, 53 Bonn 1, Tel 0228/ 229192.

Bis 31.7. !!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!

Wenn wir so weitermachen kriegen wir die zweite Seite auch noch voll. Genug ist genug! Jetzt reicht's! Noch schöne Ferien!

Mike und Hille von der AG (WSDP)

17.18.10. treten mit der 3. Welt

AGW: Entwicklungsmodelle

AGW: Vorbeile

a) Info 15-20 min (Material)

b) Prüfungen

c) Aktionsphase

3.W.L. Peronisme

W. Wälders Wapenhandel

3.W.L.
Agent.
Um Hilfe

Seminar des Friedenszentrums zum Thema "Antimilitarismus"
als Vorbereitung auf diesen Themenschwerpunkt der Friedens-
woche vom 18.9. bis zum 20.9.1981 im Friedenszentrum
Teilnehmende Gruppen: Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste

Ohne Rüstung Leben

Versöhnungsbund

DFG-VK ?

Geplanter Verlauf

FREITAG:

18.⁰⁰ bis 19.⁰⁰

Teilnahme an der Schweigestunde auf dem
Breitscheidplatz (Kaiser-Wilhelm-Ged.-Kirche)

20.⁰⁰ bis 22.⁰⁰

Nachbesprechung der Schweigestunde, Eindrücke,
Erfahrungen; Vorbesprechen des Seminars, Kennen-
lernen, abfragen der Bedürfnisse

SAMSTAG

9.⁰⁰

Cafe

9.³⁰

Allgemeine Fakten und Daten zur Rüstungs-
problematik

Ton-Dia Schau (ASF)

10.⁰⁰ bis 12.³⁰

Informationsphase über die Nachrüstung und
die Besonderheiten der aktuellen Bedrohung
(Peter S., ASF; Ohne Rüstung leben)

Diskussion und Aussprache in Kleingruppen

12.³⁰ bis 14.⁰⁰

MITTAGESSEN - PAUSE

14.⁰⁰

Aktions- und Widerstandsformen
Was gibt es für Widerstand in der BRD?
Theaterstück von Ohne Rüstung Leben
Erfahrungsberichte mit Aktionen/Hindernisse/
Schwierigkeiten/Vorurteile bei den Adressaten

15.⁴⁵

KAFFEEPAUSE

16.⁰⁰

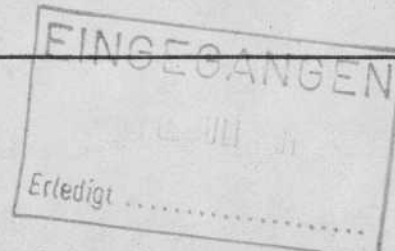
Kirche und Abrüstung (Volkmar Deile ?)

18.⁰⁰

ABENDBROT

19.³⁰

Vorstellung und Austausch von Medien, Adressen,
Hilfestellungen, Filmen, Basisinformation



21.⁰⁰ Grillen und gemütliches Beisammensein

SONNTAG

10.⁰⁰ Alternativen zur herkömmlichen Verteidigungspolitik
Alternative Sicherheitskonzepte(VB)

12.³⁰ MITTAGSPAUSE

14.⁰⁰ Planung der Friedenswoche
bis Rollenspiele zur Rüstungsdiskussion
16.⁰⁰ Anwendbarkeit/Zielgruppenproblematik

Nächstes Treffen der Vorbereitungsgruppe am 7.9. um 19.³⁰
im Friedenszentrum!!!

Wir wollen uns dann zusammen die Diashow anschauen und die
Detailplanung abstimmen.

Torsten Ramm

25.-27.9. Aus der Geschichte lernen

Warme Mahlzeit : Klub-Cafe
kalte " : Eigenleistung

Teilnehmer leisten

DM 15,- Teilnehmerbeitrag

Anmeldung bis 14 Tage vorher an MNH

Leinde z. Ktu.

An das
Friedenszentrum
Martin-Niemöller-Haus e.V.
Pacelliallee 61
1000 Berlin 33

2.9.1981

Liebe Freunde!

Herzlichen Dank für die Bestätigung der Aufnahme der Gossner Mission in den Verein.

Inzwischen hat unser Verwaltungsausschuß Erhard Mische als Vertreter der Gossner Mission in der Mitgliederversammlung des Friedenszentrums bestimmt. Er ist unter unserer obigen Anschrift erreichbar.

Die Gossner Mission hat ihren monatlichen Beitrag zum Friedenszentrum auf DM 100,-, beginnend im Juli 1981, festgesetzt und mit den Zahlungen bereits begonnen.

Damit haben wir auch das Rundschreiben vom 25.8., dessen Erhalt wir hiermit bestätigen, beantwortet.

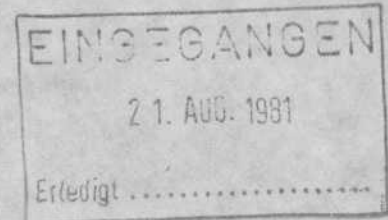
Mit herzlichen Grüßen,

h
Siegwart Kriebel

Friedenszentrum
Martin-Niemöller-Haus e.V.

Pacelliallee 61, den 14.8.81
1000 Berlin 33
Tel. 832 54 97

An den
Vorstand der Gossner Mission
Handjerystr. 19-20
1000 Berlin 41



Liebe Freunde!

Wir freuen uns, daß Ihr nach einer langen Zeit freundschaftlicher Kontakte nun auch offiziell zu uns gestoßen seid: Die Mitgliederversammlung hat Euch am 4. Juli 81 auf Euren Antrag hin zum 1. Juli 81 einstimmig als Mitglied aufgenommen.

Wie Ihr schon selber anmerkt, liegt uns daran, bald einen offiziellen Vertreter sowohl für die Mitgliederversammlung wie auch für die für die gemeinsame Arbeit noch wichtigere Programmkommission genannt zu bekommen.

Was die finanzielle Seite der Mitgliedschaft betrifft, so hat die Mitgliederversammlung am 5. November 80 beschlossen, die jeweiligen Monatsbeiträge der Selbsteinschätzung der Mitgliedsorganisationen je nach ihrer Größe zu überlassen, wobei als Orientierung die gestaffelten Beiträge der privaten Dauerspender in Höhe von DM 20,- / 50,- / 100,- gelten. Bitte überweist die Beträge auf unser Pschkto Bln 67 132 - 105.

xl.
fr. 25.8.

Mit freundlichen Grüßen

[Handwritten signature]
für den Vorstand

S. auch Protokoll der Kuratoriums-
sitzung v. 22.5.81.

fr. 25.8.

L. d. A.



FRIEDENSZENTRUM
MARTIN-NIEMÖLLER-HAUS e.V.

1000 Berlin 33, den 21.12.81
Pacelliallee 61
Tel. 832 54 97

An die
Mitglieder und Freunde
des Friedenszentrums

Liebe Freunde,

unsere nächste Mitgliederversammlung findet
am Samstag, den 9. Januar 1982, von 10⁰⁰ bis 16⁰⁰
im Friedenszentrum statt.

Hierzu wird herzlich eingeladen. Inzwischen wurde ein fünf Jahre laufender Nutzungsvertrag unterzeichnet. Der Lottoantrag wurde leider vorerst abgelehnt. Die Koordination der einzelnen Gruppen erscheint noch verbesserungswürdig, ebenso fehlt eine stärkere Identifikation der Gruppen mit der Arbeit des Friedenszentrums. Die Mitglieder der Wohngemeinschaft klagen vor allem über eine Belastung durch die anfallenden Organisationsaufgaben, auch hier sollten wir gemeinsame Schritte überlegen. Die Gestaltung der offiziellen Eröffnung des Friedenszentrums am 16. Januar wird im Mittelpunkt stehen, überlegt, ob Ihr etwas beitragen könnt!

Als Tagesordnung wird vorgeschlagen:

- TOP 1: Rückblick 1981
- TOP 2: VS-Bericht (Nutzungsvertrag, Lottoantrag, Finanzlage)
- TOP 3: FZ aus der Sicht der Mitglieder und Freunde (Identifikation der Einzelorganisationen)
- TOP 4: Organisatorische Verbesserung der konzeptionellen Arbeit
- TOP 5: Satzungsänderung § 2 bezüglich der Anerkennung der Gemeinnützigkeit des Vereins; Ergänzung § 16 Abs. 2 (Wortlaut der Änderung vergleiche in der Anlage)
- TOP 6: Aufnahmeantrag: "Frauen für den Frieden, Bezirksgruppe Zehlendorf"
- TOP 7: Jahresplanung 1982
- TOP 8: Vorbereitung der Eröffnung des Friedenszentrums
- TOP 9: Arbeitskreis "Atomwaffenfreies Europa"

Konkretisiert mögliche Planungen und Wünsche für 1982!

Wir wünschen allen Mitgliedern und Freunden besinnliche Feiertage und uns allen ein neues Jahr in Frieden, in dem wir hoffentlich in gemeinsamer Anstrengung ein Stück weiterkommen.

ANLAGE: Vorschlag zur
Satzungsänderung

Mit freundlichen Grüßen
Forster
für den Vorstand

Vorschlag für die Satzungsänderung

§ 2

Der Verein ist selbstlos tätig. Er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

Die Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins.

Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

Zweck des Vereins ist es (kann so bestehen bleiben)

Einzufügen in § 16 Abs. 2

Bei Auflösung oder Aufhebung des Vereins ist das Vermögen zu steuerbegünstigten Zwecken zu verwenden.

Einladung

Friedenszentrum Martin Niemöller Haus

INFORMATIONEN 5 SEPTEMBER 1981

Zur inhaltlichen und methodischen VORBEREITUNG auf die FRIEDENS -
WOCHE im November finden an fünf Wochenenden WORKSHOPS statt !!

18./20. September 1981

- ANTIMILITARISMUS -

VERANSTALTER: AKTION SÜHNEZEICHEN/FRIEDENSDIENSTE
OHNE RÜSTUNG LEBEN
VERSÖHNUNGSBUND



25./27. September 1981

- Aus der Geschichte lernen -

Veranstalter: Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste
Evangelische Jugend Berlin
Kinderhilfe Vietnam

Nähere Informa-
tionen zu den
workshops gibt
das beigelegte
Falblatt.

FRIEDEN
MICHA 4

1. Emin Amin Hz Emin 2-st. Kanon
2. Emin Amin Hz Emin

Bei seinem Feigenbaum und Weinstock wird jeder wohnen ohne Furcht
Je-des Schweit wird zum Ak-ker-pflug. Je-des Volk hat vom Krieg ge-nug. Krieg ge-nug.

- Vorankündigung für Oktober 1981:

3./4. Oktober 1981

MENSCHENRECHTE - MENSCHENRECHTSERZIEHUNG
VERANSTALTER: AMNESTY INTERNATIONAL

17./18. Oktober 1981

Frieden in der Dritten Welt

Veranstalter: Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt
3. Welt-Laden
Gossner-Mission
Kinderhilfe Vietnam
Verein zur Unterstützung arg. Flüchtlinge

24. (1/25.) Oktober 1981

FRIEDENS LIEDER

VERANSTALTER: AKTION SÜHNEZEICHEN/FRIEDENSDIENSTE
- GABI -
FRIEDENZENTRUM - MICHAEL -

Den
Frieden
lasse ich euch,
meinen Frieden
gebe ich euch.
Euer Herz
erschrecke nicht
und fürchte
sich nicht.

Johannes 14:27

Friedenszentrum Martin Niemöller Haus

Veranstaltungen:

Freitag, 28.8. 20.00 Uhr:

treffen sich die Frauen für den Frieden im Friedenszentrum. Voraus-
sichtlich wird sich dieser Kreis jetzt regelmäßig 14tägig freitags
treffen. Die genauen Termine waren bei Redaktionsschluß nicht bekannt,
können telefonisch oder im Club-Cafe erfragt werden.

Freitag, 4.9. 20.00 Uhr:

Freundeskreis des Friedenszentrums mit Informationen über das Haus
und inhaltliche Begleitung der Arbeit des Hauses

Samstag, 5.9. 16.00 Uhr:

Jour fix der Liga für Menschenrechte

Montag, 7.9. 20.00 Uhr:

offener Gruppenabend der Deutschen Friedensgesellschaft/Vereinigte
Kriegsdienstgegner. Jeden Montag um 20.00 Diskussionen, Planen von
Aktionen, Öffentlichkeitsarbeit. Eine Möglichkeit der Mitarbeit für
alle, die etwas tun wollen gegen den Rüstungswahnsinn. Achtung, am
28.9. fällt der Gruppenabend wegen der Jahresversammlung aus!

Samstag, 12.9. 18.00 Uhr

Tombola zugunsten senegalesischer Schüler von der Deutschen Gesell-
schaft für die Vereinten Nationen. Seit einem Jahr ist der Landes-
verband der DGVN dazu übergegangen, Dorfschulen im Senegal finanzi-
ell zu unterstützen. Trotz der großen Anstrengungen der senegale-
sischen Regierung wächst das Bildungs- und Informationsdefizit auf
dem Lande gegenüber dem der Städte; Schulen wurden u.a. aufgrund
mangelhafter Ausstattung an Sachmitteln geschlossen und weitere sind
von der Schließung bedroht. Der Erlös der am 12. September im Rahmen
eines Sommerfestes stattfindenden Tombola ist ein aktiver Beitrag
zur Entwicklungshilfe.

Montag, 14.9. 20.00 Uhr:

Treffen der Berliner christlichen Friedensinitiativen

Freitag, 18.9. 20.00 Uhr:

Freundeskreis des Friedenszentrums

Montag, 21.9. 20.00 Uhr:

Offener Gruppenabend der DFG/VK

Mittwoch, 23.9. 19.00 Uhr:

Treffen der Friedensgruppe des Bundes der katholischen Jugend -
näheres im Bericht des BDKJ über die bisherige Arbeit

Montag, 28.9. 18.30 Uhr:

Jahresversammlung der DFG/VK

Erste Erfahrungen im Friedenszentrum Teil 1

S C I

←
-Work Camp vom 4.7-25-7-81-

Insgesamt 16 Teilnehmer aus acht Ländern kamen zu diesem Camp nach Berlin, um hier im Friedenszentrum handwerklich zu arbeiten, sich über verschiedene Aspekte der Friedensarbeit zu informieren und über die daraus entstehenden Fragen und Probleme zu diskutieren. Die ursprünglich geplanten Arbeiten, z.B. das Aufgraben des Fundaments, konnten unter anderem aus finanziellen Gründen zu diesem



Zeitpunkt nicht durchgeführt werden. Daher konzentrierte sich die Arbeit auf die Konservierung und Renovierung der Fenster. Vorher wurde mit Hilfe der camp-Teilnehmer die für die Unterbringung notwendigen sanitären Anlagen provisorisch eingerichtet, eine Zwischenwand eingezogen und die ehemalige Waschküche in eine camp-Küche umgewandelt.

Die Arbeit an den Fenstern erwies sich als sehr zeitaufwendig und mühselig, vor allem weil nicht möglichst viel sondern möglichst gute Arbeit geleistet werden sollte und wurde.

Aber es ist sicher falsch, die Qualität und den Sinn eines derartigen work-camps nur an der geleisteten Arbeit oder an einem Kosten-Nutzen-Schema zu messen. Die meisten Teilnehmer brachten nur wenig eigene Erfahrung in bezug auf Friedensarbeit mit. Trotz der unterschiedlichen Motivation und trotz der zusätzlichen Behinderung durch sprachliche Verständigungsschwierigkeiten entwickelte die Gruppe im Laufe der Zeit großes Interesse an Problemen der Friedensarbeit. Es ergaben sich schließlich sehr dichte und tiefgreifende Diskussionen und alle Beteiligten fuhren am Ende mit der Absicht nach Hause, das hier Gelernte in ihrem Lebensbereich und in ihrem Land weiterzuverfolgen. Sie fühlten sich motiviert, irgendwo für den Frieden Initiative zu ergreifen, sich

zu engagieren und andere Leute für diese wichtige Aufgabe zu gewinnen. Und nicht zuletzt war es für alle eine wichtige Erfahrung, mit Menschen aus verschiedenen Ländern zusammen zu leben, zu arbeiten und zu lernen.

Die Organisation und Durchführung dieses Einsatzes so vieler freiwilliger Helfer wäre nicht möglich gewesen ohne die freiwillige Hilfe von Freunden und Unterstützern des Martin Niemöller-Hauses. Wir sollten uns nicht daran gewöhnen, es als selbstverständlich hinzunehmen, daß z.B. jemand seinen gesamten Urlaub opfert, um die Gruppe die ganze Zeit zu begleiten und mit viel Erfahrung und handwerklichem Geschick entscheidend zum Gelingen eines solchen Unternehmens beiträgt.

Dafür an dieser Stelle ein herzliches Dankeschön!!!

ARGENTINIEN-VEREIN

←
Verein zur Unterstützung argentinischer Flüchtlinge e.V.

Unser Verein trifft sich in der Regel vierzehntägig am Freitagabend im Friedenszentrum. Er besteht z.Zt. aus etwa 30 Personen. Da zu den bisher acht Flüchtlingen aus Argentinien seit einem Jahr kein weiterer dazugekommen ist, und die Integrationsarbeit (Wohnungsbeschaffung, Sozialhilfe, Sprachkurse etc.) nebenbei laufen konnte, konzentrierten wir uns auf Hilfestellung für noch Inhaftierte (Telegrammaktionen, Überweisungen, Päckchen) und vor allem Aufklärung über argentinische Zustände. In diesem Zusammenhang fand am Wochenende 13./14. März im Friedenszentrum mit amnesty-Beteiligung ein gut besuchtes Seminar über "Argentinien - Analyse einer lateinamerikanischen Diktatur" statt. Am 24. März, zum 5. Jahrestag der Diktatur, wurde an der Gedächtniskirche ein Informationsstand mit eigenen Flugblättern aufgestellt. Weitere Flugblätter machten am 1. Mai bei der DGB-Demonstration auf die Behandlung argentinischer Gewerkschafter aufmerksam. Am 31. Mai war der Dritte-Welt-Laden

an der Gedächtniskirche Stützpunkt für eine Verteilaktion im Rahmen der "Woche der Verschwundenen". Bei einem Informationsabend mit der Theologin Julia Esquivel aus Guatemala am 3. Juni im Haus der Kirche waren wir Mitveranstalter.

Auch wenn z.Zt. der Widerstand gegen das Viola-Regime zu wachsen scheint, und sich die Augen ansonsten mehr auf Mittelamerika richten, wollen wir unsere Regierung weiter zur versprochenen Aufnahme von Flüchtlingen drängen. Wir werden wohl verstärkt darüber aufklären müssen, welche bundes-deutschen Wirtschaftsinteressen (Atom- und Rüstungsexporte) dem entgegenstehen. amnesty international kann uns dabei helfen.

Kontaktpersonen:

C.D.Schulze Tel. 832 58 07
Barbara Wittke Tel. 832 45 48

VERSÖHNUNGSBUND

-Berliner Freunde Gorlebens-

Die Mitarbeit und die Existenz des Friedenszentrums hat sich bisher auf unsere Berliner Arbeit positiv ausgewirkt. Nach anfänglich "zärtlichen" Berührungsversuchen finden die Treffen der "Berliner Freunde Gorlebens" jetzt regelmäßig im Niemöller-Haus statt. Der Versöhnungsbund hat sich bisher an einigen öffentlichen Veranstaltungen beteiligt. So z.B. am "El Salvador"-Abend, an der Diskussion zu den Hausbesetzungen und am "Seminar: Widerstand damals und heute". Im Rahmen der Vorbereitungsseminare für die Friedenswoche werden alternative Sicherheitskonzepte auf dem Antimilitarismusseminar vorgestellt. Erste Kontakte zwischen Universität und Friedenszentrum wurden durch ein Seminar von Prof. Ebert hergestellt. Eine Schweigestunde für den Frieden, aus aktuellem Anlaß der zunehmenden Rüstungsbedrohung, findet seit Ende Mai jeden Freitag von 18.00 Uhr bis 19.00 Uhr auf dem Breitscheidplatz an der Gedächtniskirche statt. Vorbereitung und Koordination läuft in Zusammenarbeit mit dem Friedenszentrum. Die Atmosphäre im Friedenszentrum hat die bisherigen internen Treffen und die Veranstaltungen positiv beeinflusst.



RANDGRUPPEN?

GOSSNER MISSION

Die Gossner Mission ist zwar erst am 4.7.1981 formell als Mitglied aufgenommen worden, jedoch haben wir uns schon an den Gründungsvorbereitungen für das Friedenszentrum beteiligt und dann in der Programm-Kommission mitgearbeitet. Den Abend am 25. Mai über die Gewalt des Welthandels in der Reihe "Welchen Frieden wollen wir?" hat die Gossner Mission mitveranstaltet. Wir haben kein Büro und keine festen Termine im MNH, unsere Kontaktperson ist Erhard Mische, Handjerystr.19, Berlin 41 Tel. 85 10 21

3. WELT-LADEN

Bisher haben wir unser Büro eingerichtet. Genutzt wird das Büro für unsere Buchführung und für Gespräche mit Interessenten über unsere Arbeit (neue Mitarbeiter, Bazarvorbereitung, Lehrer usw.). Außerdem haben wir den ersten Lagerraum vollständig eingerichtet. Unsere erste große Informationsveranstaltung im Rahmen der Reihe "Welchen Frieden wollen wir" zum Thema Welternährung (Weizen als Waffe) fand am 26. Mai statt. Zusammen mit der Gossner Mission zeigten wir den Dokumentar-Film "Septemberweizen" (ca. 100 Zuschauer) mit anschließender Diskussion.

BERICHT AUS BERLIN ZUR SITUATION
DER TAMILN AUS SRI LANKA
(einfach so der Tagesablauf)

VORAB PRESSENOTIZEN:

16. JULI 1981:
DIE TAGESZEITUNG (TAZ):
"DIE LÜGE MIT DEN SCHEINASYLANTEN"
(IN DIESEM ARTIKEL KANZELT DER
INNENSENATOR HEINRICH LUMMER DIE
TAMILN VON VORNEHEREIN ALS WIRT-
SCHAFTSFLÜCHTLINGE AB)
20. JULI 1981:
TROTSKISTISCHE LIGA DEUTSCHLANDS
"PRESSEERKLÄRUNG GEGEN DIE DEN
TAMILN DROHENDE ABSCHIEBUNG"
21. JULI 1981:
TAZ
"REGISTRIEREN UND ZURÜCKFLIEGEN"
22. JULI 1981
TAGESSPIEGEL
"PREMIERMINISTER SRI LANKAS BE-
SUCHT HEUTE DIE DDR"

So - an dieser Stelle will ich mal
amnesty international (ai) an-
kündigen:
Um den 20. Juli 1981 herum war es
noch relativ ruhig für das Referat
für politische Flüchtlinge, was die
Tamilensituation anbelangt. So
erinnere ich mich, daß ich zusammen
mit Renate Haase (Referat für poli-
tische Flüchtlinge) noch ein Gut-
achten in dem Fall eines Tamilen
für das Verwaltungsgericht Wies-
baden formulierte.
Dann ging es aber Schlag auf Schlag -
wir waren auch sehr knapp besetzt -
ja, eigentlich waren wir überhaupt
nur zwei, nämlich Renate und ich,
denn es war ja mitten in der Ur-
laubzeit, wo hier in Berlin von
Senats- und Ausländerbehördenseite
kräftig zugeschlagen wurde.
am den 22./23. Juli 1981 herum be-
kamen wir laufend telefonische Nach-
richten, drohende Abschiebung der
Tamilen etc.
Freitag, den 24. Juli 1981 rief ich
das Büro des Sozialsenators Ulf
Fink an, denn inzwischen hatte schon
am Mittwochabend, dem 22. Juli 1981,
die erste Abschiebung von 125 tami-
lischen Flüchtlingen stattgefunden -
allgemein hieß es, daß dies eine
freiwillige Rückführung gewesen sei,
durchgeführt als humanitäre Maßnah-
me von der Stelle des Deutschen
Roten Kreuzes (DRK). In der Presse
wurde zu dieser Maßnahme nur immer
Sozialsenator Ulf Fink zitiert,
weil der ansonsten eigentlich zu-
ständige Innensenator Heinrich
Lummer in Urlaub war, wie man im
Nachhinein erfahren konnte.
Also konnte ein Gesprächstermin zur
Situation der Tamilen, Abschiebung
etc für Montag, den 27. Juli 1981
beim Sozialsenator für ai verein-
bart werden.

DIE PRESSE:

24. JULI 1981:
TAZ
"DIE 'FREIWILLIGE' RÜCKKEHR VON
120 TAMILN-19 UHR, ABFAHRT KRUPP-
STRASSE 15"
TAZ
"TELEFONBERICHT AUS SRI LANKA"
TAZ
"PROTESTUMGEBUNG WEGEN TAMILN-
AUSWEISUNG"

TAZ
"120 TAMILN ZURÜCKGEFLOGEN - 'FREI-
WILLIGE RÜCKKEHR NACH SRI LANKA'"

TAGESSPIEGEL
"MEHRERE ASYLANTEN AUS BERLIN NACH
LANDUNG FESTGENOMMEN"
25. JULI 1981
TAGESSPIEGEL
"50 VON 56 DER IN COLOMBO
FESTGENOMMENEN FREIGELASSEN"
SÜDDEUTSCHE ZEITUNG
"HEIMKEHRER LANDEN IN COLOMBO IM
GEFÄNGNIS"

Unter anderem auch auf Bitten von
Sozialarbeitern der Caritas führen
Renate Haase und ich an diesem Tage
in das Caritas-Seniorenheim "Maria
im Felde", Malteserstr. 171c, 1 Ber-
lin 48 (Marienfelde), wo ursprüng-
lich 80 inzwischen jedoch nur noch
45 tamilische Flüchtlinge unterge-
bracht waren, wie wir von den Cari-
tas-Mitarbeitern erfahren hatten.
Wir stellten uns den Flüchtlingen
als ai-Mitarbeiterinnen vor und
erklärten kurz unsere Arbeit im
Referat für politische Flüchtlinge;
woraufhin wir dann feststellen muß-
ten, daß uns eine Welle höflichen,
aber unübersehbaren Mißtrauens ent-
gegenschlug, die nur durch das un-

schlange von der Ausländerpolizei
zurück.
Am nächsten Tag wurde ihnen von an-
deren, dort ebenfalls wartenden
Flüchtlingen berichtet, daß viele
der Tamilen aus der Schlange der
Wartenden heraus von der Ausländer-
behörde in der Puttkamerstr. 16-18
in 1 Berlin 61 mit ihren Asylgesu-
chen in der Hand (teilweise in ta-
milischer und teilweise in engli-
scher Sprache abgefaßt) verhaftet
und in Abschiebehäft genommen wor-
den seien.
Die Verhaftungen wurden dann von
der Ausländerpolizei damit begründet,
daß sich die betroffenen Personen
illegal in Deutschland aufhalten
und bisher auch noch keinen Asyl-
antrag gestellt hätten, und damit
sei die Verhaftung rechtmäßig.
Uns wurde dann noch eine Namens-
liste der bekannten und betroffenen
tamilischen Flüchtlinge übergeben,
die in diesem Heim untergebracht
waren bzw. in noch einem anderen
Caritasheim in der Kienitzerstr. in
1 Berlin 44 und sich nunmehr in Ab-
schiebehäft befanden.
Inzwischen hatten wir auch Heidi
Alm-Merk (Bundesvorstand-Referat für
politische Flüchtlinge von ai in
Bonn) gebeten, uns noch die neusten



Lázaro Fernández

Informationen über die Situation
der Tamilen in Sri Lanka über un-
sere Zentrale in London zu beschaf-
fen, was durch Telex aus London
vom 23. Juli 1981 und die Überset-
zung des July-Newsletter aus Lon-
don geschah.

DIE PRESSE:
TAGESSPIEGEL
"KEINE ABSCHIEBUNG VOR DIENSTAG"

Wir trafen uns bei Renate Haase,
zogen Bilanz über unseren Besuch
vom Vortage im Caritasheim, fertigt-
en kurz einen Bericht darüber an
und schrieben gleichzeitig einen
Eilbrief an den Innensenator Hein-
rich Lummer, in dem wir über die
uns geschilderten Vorgänge berich-
teten und sagten, daß diese Maß-
nahmen im Hinblick auf das Urteil
des Bundesverfassungsgerichts (BVG)
vom 25. Februar 1981 auf unser ab-
soluten Unverständnis und außer-
dem klar gegen Art. 16 Abs. 2 Satz 2
GG verstoßen. Wir haben um die um-
gehende Freilassung der uns nament-

erwartete Erscheinen einer Caritas-
Mitarbeiterin durchbrochen werden
konnte und uns dann die Möglichkeit
eröffnete, mit diesen tamilischen
Flüchtlingen über bereits gestellte
bzw. noch nicht gestellte Asylgesu-
che, deren Inhalte, ihre persönli-
che Verfolgungsgeschichte sowie die
der ganzen tamilischen Minderheit
zu sprechen, woraufhin einige tami-
lische Flüchtlinge sich für die
nächste Sprechstunde im Referat für
politische Flüchtlinge ansagten,
zwecks Übersetzung ihres Asylantrags

Durch die unabhängige Schilderung
dreier Caritas-Mitarbeiter bekam
die Frage der Zuständigkeit für die
Überprüfung der Asylgesuche große
Brisanz, denn folgender Vorfall
wurde uns dargestellt:

"...diese Mitarbeiter hatten per-
sönlich tamilische Flüchtlinge
zwecks Asylantragstellung zur Aus-
länderbehörde begleitet - konnten
jedoch aufgrund der langen Warte-
zeiten die Abgabe der Asylgesuche
nicht mit abwarten. So ließen sie
die Flüchtlinge allein in der Warte-

lich bekannten Tamilen gebeten und um die sofortige Weiterleitung ihrer Asylgesuche an das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge in Zirndorf. Ferner haben wir deutlichst unsere Forderung "Stop jeder weiteren Abschiebung" klargemacht, denn inzwischen saßen zu jenem Zeitpunkt bereits 139, am nächsten Tag schon 144 tamilische Flüchtlinge in Abschiebehaft. Wir haben ihm ebenfalls mitgeteilt, daß sich unser Bundesvorstand in dieser Sache an die Bundesregierung gewandt hat und fordert, Untersuchungen über den Verbleib und das Schicksal aller Tamilen anzustellen, die in der vergangenen Woche zurückgeführt wurden. Zum Abschluß haben wir um ein persönliches Gespräch zu diesem Thema, woran erst nur Renate Haase (Ref. f. pol. Fl./Berlin), Wolfgang Heinz (Sprecher, d. Bundesvorstandes) und meine Wenigkeit teilnehmen sollten.

Anschließend bereiteten wir uns noch auf das Gespräch mit dem Sozialsenator Ulf Fink für Montag, den 27.7.1981 vor. Gesprächspunkte sollten sein:

Vorstellung der Arbeit des Referats für politische Flüchtlinge-Tamilen/Sri Lanka-Unterbringung von Asylbewerbern-Zentrale Sozialhilfestelle-Arbeitsverbot-Deutschkurse-----

DIE PRESSE:
27. JULI 1981

FAZ
"KRITIK AM VORGEHEN GEGEN TAMIL-
LEN IN BERLIN"
TAZ
"TAMILISCHE ASYLANTEN VERHAFTET-
WEITERE ABSCHIEBUNG VORBEREITET"
SPIEGEL
"SRI LANKA- VERLÄNGERTER ARM"

15.00 Uhr-Gespräch bei Sozial-
senator Ulf Fink
Zu erwähnen wäre hier vielleicht,
daß uns Herr Fink mitteilte, daß
in einer Senatssitzung am näch-
sten Tage (28.7.1981) über das Pro-
blem der tamilischen Flüchtlinge,
insbesondere über jenen Personen-
kreis, der sich derzeit in Ab-
schiebehaft befindlichen Tamilen
einsetzen werde und er deutete
vorsichtig einen positiven Ent-
scheidungsprozeß in der ganzen
Angelegenheit an.
Dann gingen am 27. Juli 1981 noch
Telexe des Bundesvorstandes-Re-
ferat für politische Flüchtlinge-
Heidi Alm-Merk raus an folgende
Adressaten:
-Innensenator Lummer/Berlin

(Befremden über Abschiebung aus-
gedrückt, schwerer Verstoß gegen
das Grundrecht auf Asyl gemäß
Art 16 GG - die Verhaftungen der
Ausländerpolizei, eindringliche
Aufforderung von weiteren Abschie-
bungen Abstand zu nehmen)
-gleichlautendes FS an die Frak-
tionen der CDU, SPD, AL und FDP
-Bundesminister des Innern, Herrn
G. Baum/Bonn
(ähnlicher Inhalt wie oben zitiert
und ferner erwähnt, daß bei frü-
heren Abschiebungswellen die Ver-
waltungsgerichte (VG's) in Berlin
diese Maßnahmen größtenteils für
rechtswidrig erklärt haben)

Dann hatten wir inzwischen Rechts-
anwältin Gabriele Elstner beauf-
tragt, in die Abschiebehaft in
der Kruppstrasse zu gehen.
Am 27.07.81 war ihr erster Tag
dort-hier kurzen Bericht von den
Vorgängen:
Ihr wurde zuerst der Zugang zu
den dort sitzenden tamilischen
Flüchtlingsen verweigert, mit der
Begründung von Polizeiseite, daß
die Betroffenen alle keinen An-
walt sprechen wollen. Erst nach
energischem Auftreten gelang es
ihr, mit den Tamilen zu sprechen.
Sie hat an diesem Tag 6 Asylan-
träge gestellt und noch mit wei-
teren Flüchtlingen gesprochen,
die ebenfalls Asyl beantragen
wollten.
Sie konnte uns auch die Praxis,
wie oben bereits geschildert,
bestätigen, was die Geschehnisse
vor der Ausländerbehörde anbe-
langte.
Es wurde ferner bekannt, daß den
inhaftierten tamilischen Flücht-
lingen das Recht, einen Rechtsan-
walt bis dahin verweigert worden
war.

DIE PRESSE:
28. JULI 1981
TAGESSPIEGEL
"LUMMER HÄLT TAMILN NICHT FÜR
VERFOLGTE"
"VIER DER 140 FESTGENOMMENEN
CEYLONESEN WIEDER AUF FREIEM FUß"

Erklärung von ai per Telex zur
sofortigen Veröffentlichung an
die Presse:
"...Verurteilung weiterer geplan-
ter Abschiebungen, Verstoß gegen
Grundgesetz auf Asyl, jüngste In-
formationen über wiederholte Ver-
haftungen in Sri Lanka - Isola-
tionshaft, Verweis auf frühere
Abschiebungswelle, die durch die
Verwaltungsgerichte in Berlin
zum großen Teil als rechtswidrig
erklärt worden sind..."

Dann wieder kurzer Bericht von
Anwältin Elstner über ihren
2. Tag in der Abschiebehaft:
Laut Aussage von Herrn Innen-
senator, gäbe es keine Fälle in
der Kruppstrasse, die direkt po-
litisches Asyl beim Bundesamt
für die Anerkennung ausländischer
Flüchtlinge in Zirndorf
gestellt haben. Dies kann Frau
Elstner widerlegen, da sie nun-
mehr 3 Fälle aus der Abschiebe-
haft betreut, wo es genauso ge-
wesen ist.
Ferner verweigerte die Polizei
an diesem Tage Frau Elstner ei-
nen Dolmetscher für Tamil und
erst durch energische Interven-
tion des Freiheitsentziehungs-
richters vom Amtsgericht Schöne-
berg, Herrn Fischer, war es möglich,
einen Dolmetscher einzusetzen.
Weiterhin wurden tamilische
Flüchtlinge durch Zivilpolizisten
am heutigen Tage in die Abschie-
behaft gebracht.
Herr Innensenator Lummer ließ
heute verlauten, daß diejenigen
tamilischen Flüchtlinge, die nach
Hause fliegen wollen, dies tun
könnten, und diejenigen, die einen
Asylantrag stellen, aus der Ab-
schiebehaft entlassen werden.
Ferner sagte er, daß 20 tamilische
Flüchtlinge sich wieder freiwillig
bereit erklärt hätten, zurück-
zufliegen.
AI's Vorwürfe aus unserem Telex
vom 27.07.81 wies er zurück.

DIE PRESSE:
29.7.81
DIE TAGESPRESSE LÄSST ZUM TAMI-
LENPROBLEM WIE FOLGT VERLAUTEN:
TAGESSPIEGEL
AM RANDE BEMERKT: "DAS MENSCHEN-
MÖGLICHE"
"ZUSTROM ASYLSUCHENDER CEYLONE-
SEN NACH BERLIN PRAKTISCH GE-
STOPPT"
DIE MORGENPOST
"MIT EINEM NEUEN GESETZ SOLL DAS
ASYLVERFAHREN BESCHLEUNIGT WER-
DEN"

Morgens 7.15 hatte ai, Fritz Franz
(Richter am OVG Berlin) und Tessa
Hoffmann (Bundesvorstand d. Ge-
sellschaft für bedrohte Völker/
GLV) für eine Viertelstunde die
Möglichkeit im SFB-"Echo am Mon-
gen" über die gegenwärtige Situ-
ation der Tamilen in Berlin, die
rechtliche Situation,
die Situation in Sri Lanka
zu berichten. Die bisher gefaßten
Maßnahmen durch die Ausländerpo-
lizei und den Berliner Senat
wurden einstimmig verurteilt und
als gravierende Aushöhlung des
Asylrechts gekennzeichnet.

DIE PRESSE:
30. JULI 1981
TAGESSPIEGEL
"ANZAHL DER CEYLONESEN IN POLI-
ZEIHAFT WEITER VERRINGERT"
TAZ
"22 TAMILN ZURÜCKGEFLOGEN"

Wir kontaktierten Heidi Alm-Merk
(Bundesvorstand-Ref. f. pol. Fl.)
und und beorderten sie zu dem
geplanten Lummer-Gespräch auch
nach Berlin, was wir einfach auch
für sinnvoller hielten.
Vormittags-Radio-Sendung "Zeit-
geschehen" ein viertelstündiger
Bericht über die politische Si-
tuation in Sri Lanka von Wolfgang
Heinz (Sprecher d. Bundesvorstan-
des von ai/Bundesvorstizenden).
Der Bundesvorstand-Referat für
politische Flüchtlinge- Frau Hei-
di Alm-Merk-von ai stellt "Straf-
anzeige gegen Unbekannt" bei der
Staatsanwaltschaft des Landge-
richts Berlin wegen Verschlepp,
Freiheitsberaubung und Rechts-
beugung.
Hauptinhalt: Teilweise Abschie-
bung der tamilischen Flüchtlinge
ohne Pässe, 60 Personen der abge-
schobenen Tamilen in Colombo
verhaftet, über deren Verbleib
nichts bekannt, Verhaftung der
Tamilen von der Ausländerbehörde
aus der Schlange der Wartenden
heraus, bereits mit Asylanträgen
in der Hand, Verweigerung des
Rechts auf einen Anwalt, Dies
stellt einen Verstoß gegen Art. 16
Abs. 2 Satz 2 GG dar und diese Vor-
gänge erfüllen die Tatbestände
gemäß § 234a, § 239 Abs. 1 und § 336
StGB.

Um 14.00h Vorbereitung der mor-
gigen Pressekonferenz im Frak-
tionszimmer der AL im Rathaus
Schöneberg zusammen mit der AL,
der GLV, Rechtsanwältin G. Elst-
ner, ai (Wolfgang Heinz), Caritas
etc.
Es wurde eine Dokumentations-
mappe für die Pressevertreter
erstellt.

Ca. gegen 15.00h Anruf des Büros des Innensenators Lummer im ai-Büro wegen Vereinbarung eines Gesprächstermins.

Freitag, d. 31. Juli 1981

Als erstes morgens mit dem Büro des Innensenators Lummer einen Termin für ein Gespräch vereinbart = 6. August 1981 - 18.00h

11.00h - Pressekonferenz im Rathaus Schöneberg
ai-Vertreter/Wolfgang Heinz/
Sprecher d. Bundesvorstandes

Ferner erhielten wir am gleichen Tage vom Rechtsanwalt Wolfgang Die 3 Fälle zugeschickt, die er auch schon an den Tagesspiegel zur Veröffentlichung weitergeleitet hatte, die von der Berliner Ausländerbehörde als rechts-mißbräuchlich zurückgewiesen wurden und nur durch Anwalt ihr Recht auf Überprüfung ihres Asylgesuches durch die zuständige Stelle, nämlich das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge geltend machen konnten - hier wurden sie allerdings ohne Schwierigkeiten anerkannt. Was wohl wiederum sehr zu denken gibt und gleich von uns für das Lummer-Gespräch vorgemerkt wurde, da Herr Lummer ja für die Einführung des Mißbrauchsprüfung durch die Ausländerbehörde ist.

Samstag, d. 1. August 1981

NUR AUS DER TAGESPRESSE -
KEINE AKTION:

TAGESSPIEGEL

"DDR WILL TRANSIT CEYLONISCHER ASYLANTEN NICHT UNTERSTÜTZEN"
"AMNESTY STELLTE STRAFANTRAG WEGEN BEHANDLUNG DER TAMILIEN"

Montag, d. 3. August 1981

DIE PRESSE
TAZ

"TAMILIEN ABSCHIEBUNG - STRAFANTRAG GEGEN UNBEKANNT...DIE DEUTSCHE SEKTION VON AI HAT AM..."
"ANKFURTER RUNDSCHAU"
"ASYLANTENSTROM NACH BERLIN IM JULI DRASTISCH ANGESTIEGEN"

SPIEGEL

"ASYLRECHT - UNDEUTSCHE LÖSUNG"

Abends in der Sprechstunde des Referats für politische Flüchtlinge von ai war es sehr voll, viele Tamilen, es waren Asylanträge zu übersetzen und zu tippen. Wir waren jedenfalls ordentlich beschäftigt.

Dienstag, d. 4. August 1981

DIE PRESSE
TAGESSPIEGEL

"WEITERE 14 TAMILIEN FLIEGEN ZURÜCK"

BAUM WILL FLÜCHTLINGE AUS OST-BLOCK BEVORZUGT BEHANDELN"

TAZ

"BUNDESAMT GEWÄHRT LEICHTER ASYL"

Abends hatte Renate Haase/Ref. f. pol. Fl./Bezirk Berlin Besuch von einem ZDF-Journalisten, Helmut Schön, mit dem auch nochmals die Situation und Schilderung der Tamilenfrage hier in Berlin möglich war.

Mittwoch, d. 5. August 1981

DIE PRESSE

TAGESSPIEGEL

"FRAU HAMM-BRÜCHER: TAMILIEN SIND OHNE CHANCE AUF ASYL"

Am heutigen Tage hatte ai die Möglichkeit im 1. Programm des Fernsehens im SFB-Regionalprogramm in der Sendung "Zur Sache - Politik in Berlin" Stellung zu nehmen zu den folgenden 5 Fragen:

1. Amnesty international stellt Strafanzeige - warum
2. Politische Situation in Sri Lanka - Informationen
3. ai-normalerweise Arbeit für politische Gefangene - Arbeit für politische Flüchtlinge? - Erklärung
4. ai-Arbeit im eigenen Land (im Verhältnis zu Pkt3 gesehen)
5. Erfahrungen ai's mit den Berliner Behörden im Vergleich mit den Bundesbehörden



Hier hat uns abermals W. Heinz/Sprecher d. Bundesvorstandes v. ai vertreten und wir möchten es an dieser Stelle nicht versäumen, ihm hierfür nochmals unseren Dank auszusprechen für seinen tatkräftigen Einsatz. Er ist von uns wirklich mehr oder weniger in die ganze Tamilenproblematik hineingepusht worden und hat die Situation wirklich gut gemanagt, insbesondere die Darstellung der vorgenannten Sendung ist ihm sehr gut gelungen. - Dies muß auch einmal gesagt werden - .

Ferner fand am gleichen Tage noch eine kurze Besprechung für das Lummer-Gespräch am 06.08.81 bei Renate Haase statt.

Donnerstag, d. 6. August 1981

DIE PRESSE
TAGESSPIEGEL

"FAMILIENDRAMA NACH RÜCKKEHR EINES TAMILIEN AUS BERLIN"

18.00h Gespräch mit Herrn Innensenator Lummer

Teilnehmer: IS Lummer, sein Pressesprecher Birkenbeul, Herr Dr. Müller-Zimmermann/Ref. f. Ausländerangelegenheiten beim Senat für Inneres, Frau Alm-Merk (Bundesvorstand), W. Heinz (Bundesvors.), Rechtsanwältin Elstner, Renate Haase und Monika Kadur
Gesprächsthemen: 1. Vorstellung, 2. Tamilen-Sri Lanka (Abschiebung, Verhaftung, Strafanzeige etc.) 3. Erwartungen in der Asylpolitik vom neuen Berliner Senat

4. Unterbringung - Sammelunterkünfte
 5. Mißbrauchsprüfung
 6. Dritte Asylrechtsnovelle
- Hauptthema dieses zweistündigen Gesprächs war natürlich die Tamilenfrage.

Resümee: 1. Auch einmal vorher Gespräche mit ai führen, bevor wieder zu solchen Maßnahmen - wie dieser Abschiebungswelle gegriffen wird.

2. Zusicherung - daß alle Asylan-ten gehört werden

3. Zusicherung - daß es nicht mehr so laufen wird wie dieses Mal

4. AI hat klargemacht, daß die ganze Sache via Int. Sekretariat in London weiterverfolgt wird

5. Öffentlicher Druck war wirksam - ai hat klargemacht, daß es sich solche Dinge nicht bieten läßt und hofft deshalb auch, daß durch die gestellte Strafanzeige mehr Klarheit in diese Sache gebracht wird

Samstag, d. 8. August 1981

DIE PRESSE
TAGESSPIEGEL

"NUR NOCH 5 TAMILIEN BEI DER POLIZEI IN ABSCHIEBEGEWAHRSAM"

Im ZDF war geplant, die Sendung "Länderspiegel" nur über Asylproblematik zu machen.

Montag, d. 10. August 1981

Anruf von Tessa Hoffmann (Bundesvorstand Gf&V) im ai-Büro, Mitteilung folgender Nachricht:

5 Tamilen heute abgeschoben, die noch in Abschiebehafte gesessen haben und keinen Asylantrag gestellt hatten.

Gestern-Sonntag, d. 9.8.81 - ist um 10.00h ein Tamile an Gehirnhautentzündung gestorben. DRK berief sich auf ärztliche Schweigepflicht, Name deshalb noch unbekannt. Geldsammlung zur Überführung angeleiert.

Komitee für tamilische Rechte gibt bekannt:

Schwere Unruhen in Batikaloa durch bewaffnete Singhalesen + Militär.

Abends in der Sprechstunde des Referats für pol. Flüchtlinge war ein großer Andrang von Tamilen, es waren wiederum Asylanträge zu übersetzen.

Donnerstag, d. 13. August 1981

Sprechstunde - Ref. f. pol. Fl. - 5-6 Asylgesuche übersetzt, Engän-

zungen zu Asylgesuchen geschrieben etc.

14., 15. und 16. August 1981

Erstellung des Gesprächsprotokolls zu dem Lummer-Gespräch vom 06. Aug. 1981-höchste Eisenbahn Übersendung an Bundesvorstand zwecks Überarbeitung, da Kopie auch an IS Lummer gehen soll, weil einige Punkte einer schriftlichen Beantwortung und Aufklärung bedürfen.

Montag, d. 17. August 1981

Brief an den Präsidenten des DRK zwecks Vereinbarung eines Gesprächstermins anlässlich der Tamilen-Situation.

RESUMEE:

=====

Der starke Druck durch die Öffentlichkeit hat mit Sicherheit dazu beigetragen, daß nicht noch weitere Abschiebungsaktionen durchgeführt worden sind, die Tamilen in der Abschiebehafte die Möglichkeit noch erhielten, Asyl zu beantragen etc.

Grundsätzlich haben wir festgestellt, daß wir noch schneller reagieren müssen, der Informationsfluß noch mehr verbessert werden sollte, und es sollte

auch ein entsprechendes Team für derartige Kampagnen gebildet werden, denn Berlin wird immer wieder durch schnell geplante Abschiebungswellen überrascht von Seiten der Behörden und oft war es so, daß der betroffene Personenkreis noch keinen Kontakt mit ai aufgenommen hatte und unsere Hilfe in letzte Sekunde kam oder manchmal auch nur noch die 2. Aktion der Abschiebung verhindern konnte.

1000 Berlin 41, d. 18. August 1981
Monika Kadur/Ref. f. pol. Flüchtl.
Bezirk Berlin

AUFRUF ZUR FRIEDENSDEMONSTRATION

AUFRUF ZUR DEMONSTRATION UND KUNDGEBUNG AM 10.10.1981 IN BONN

GEGEN DIE ATOMARE BEDROHUNG
GEMEINSAM VORGEHEN -

FÜR ABRÜSTUNG UND ENTSPANNUNG
IN EUROPA

Die 80er Jahre werden mehr und mehr zum gefährlichsten Jahrzehnt in der Geschichte der Menschheit. Ein 3. Weltkrieg wird aufgrund der weltweiten Aufrüstung immer wahrscheinlicher. Seit mehr als 30 Jahren haben die Militärblöcke der NATO und des Warschauer Paktes so viele Waffen angehäuft, daß jedes Leben auf der Erde mehrfach vernichtet werden kann. Wir in Europa sind durch die Stationierung neuer Atomwaffen in besonderem Maße bedroht.

Deshalb rufen Friedensorganisationen aus den Niederlanden, der Bundesrepublik Deutschland und anderen europäischen Ländern zu einer Demonstration und Kundgebung am 10. Oktober 1981 in Bonn auf.

- Wir wehren uns gegen neue Atomwaffen in Europa.
- Wir fordern die Regierungen der Mitgliedsländer der NATO auf, ihre Zustimmung zum Beschluß über die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen zurückzuziehen. Damit soll der Weg für die Verringerung der Atomwaffen in West- und Osteuropa geöffnet werden mit dem Ziel, einen wechselseitigen umfassenden Abrüstungsprozeß in Gang zu setzen.
- Wir treten ein für ein atomwaffenfreies Europa, in dem Atomwaffen weder hergestellt noch gelagert oder verwendet werden. Dies gilt auch für andere Massenvernichtungswaffen
- Unsere Regierungen müssen eigene Initiativen für wirksame Abrüstungsverhandlungen und zur Fortsetzung der Entspannungspolitik ergreifen.



Wir sind alle aufgerufen, uns mit Mut, Kraft, Phantasie und langem Atem gegen einen drohenden Atomkrieg zu wehren und Alternativen zur gegenwärtigen Militärpolitik zu entwickeln.

Der Plan und der Aufruf entstanden in Kooperation von niederländischen und deutschen Friedensorganisationen. Veranstalter auf deutscher Seite sind die Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste und die Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden.

Den Aufruf unterstützen bisher 340 Gruppen.

Koordination und Kontakt:
Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden, Blücherstr. 14,
53 Bonn, Tel. 0228/229 192

(Im Friedenszentrum liegt eine Anmelde- und Kontaktliste aus, wer mit dem Zug von Berlin aus mitfahren möchte.)



Mitgliederliste

des Friedenszentrums Martin-Niemöller-Hauses e.V.
Stand vom 4. Juli 1981

1. Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste e.V.
 2. Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt e.V.
 3. Bund der deutschen katholischen Jugend e.V.
 4. Christlicher Friedensdienst e.V. (Landesverband Berlin)
 5. Deutsche Friedensgesellschaft e.V.
 6. Deutsche Friedensgesellschaft/Vereinigte Kriegsdienstgegner (Landesverband Berlin)
 7. Dritte-Welt-Laden GmbH
 8. Evangelische Jugend Berlin
 9. Ev. Kirchengemeinde Am Buschgraben (Zehlendorf)
 10. Ev. Kirchengemeinde Berlin-Dahlem
 11. Freundeskreis des Friedenszentrums Martin-Niemöller-Haus
 12. Förderverein der Ev. Kirchengemeinde Dahlem e.V.
 13. Gossner-Mission
 14. Institut für Friedensarbeit
 15. Kinderhilfe Vietnam Hyvong e.V.
 16. Kirchenkreis Zehlendorf
 17. Liga für Menschenrechte e.V. Sektion Berlin
 18. Ohne Rüstung leben-Gruppe Berlin
 19. Verein zur Unterstützung argentinischer Flüchtlinge e.V.
 20. Versöhnungsbund e.V.
 21. Weltfriedensdienst e.V.
- assoziiert:
amnesty international-Sektion
Bundesrepublik Deutschland.
Bezirk Berlin

KULTURELLES ÖDLAND IM FRIEDENZENTRUM ??

Wer hat Lust, etwas dagegen zu tun? Bis jetzt gibt es zwei Ideen:

1. Ein regelmäßiger Kleinkunst-abend im Club-Cafe.
Musik, Gedichte, Zauberkunststücke... Angesprochen sind alle, die gern vor anderen und mit anderen zusammen singen, spielen, tanzen, lesen, usw. vor allem aber jene, die sonst kaum eine Chance haben, vor Publikum zu agieren.
2. Theatergruppe im Niemöller-haus

Bei der Frage, wie wir die verschiedenen Kreise der Bevölkerung mit unserer Friedensarbeit erreichen wollen, sollten wir den Bereich des Theaters mehr in Betracht ziehen. Verschiedene Theaterformen betrachten, ausprobieren, praktische Übungen machen (Pantomime, Körpersprache), Musik und Tanz, Kabarett... Bis jetzt gibt es nur die Idee und die Räumlichkeiten. Wer hat Lust, diese Ideen in die Tat umzusetzen?

Club-Café

CLUB - CAFE

geöffnet Montag - Samstag
18-22.00 Uhr

Als Gott die
Zeit gemacht hat,
hat er genug
davon gemacht.

IRISCHES SPRICHWORT

BERATUNGEN

- für Kriegsdienstverweigerer
von der DFG/VK
Montag ab 18.30 Uhr
- für Asyl-Bewerber
von ai
Montag+Donnerstag 18-20.00 Uhr

Ich möchte das Friedenszentrum Martin-Niemöller-Haus finanziell unterstützen und spende regelmäßig (monatlich, vierteljährlich)/einmalig

----- DM auf das Postscheckkonto Nr.67 132-105Psch-Amt BlnW.

Name:

Unterschrift:

Adresse:

Arbeitsgruppen:

Do. 3.9.	20.00	3. Weltladen
So. 6.9.	10.00	Berlin-Kolleg, Faschismus-Seminar
Mo. 7.9.	19.30	Friedenszentrum, Vorbereitung auf den Antimilitarismus-workshop 18./20.9.
Di. 8.9.	17.00	Ausstellungsgruppe Bekennende Kirche
Do. 10.9.	20.00	3. Weltladen
So. 13.9.	14-19.00	Ausstellungsgruppe Bekennende Kirche
Mo. 14.9.	19.00	ai-Bezirksgruppe
Di. 15.9.	17.00	Ausstellungsgruppe Bekennende Kirche
Do. 17.9.	20.00	3. Weltladen
Di. 22.9.	17.00	Ausstellungsgruppe Bekennende Kirche
Do. 24.9.	20.00	3. Weltladen
Mo. 28.9.	19.00	ai-Bezirksgruppe
Di. 29.9.	17.00	Ausstellungsgruppe BK
	18.00	AG Geschichte der Kirche im Nationalsozialismus-Kreissynode Zehlendorf

Friedenszentrum Martin Niemöller Haus

Pacelliallee 61
1000 Berlin 33
Tel. 832 54 97

Postscheckkonto
Nr. 67 132-105
Psch-Amt BlnW

BÜROZEITEN:

FRIEDENSZENTRUM: Montag-Freitag
17-18.00 Uhr

DFG/VK: Montag
ab 18.30 Uhr

ai: Dienstag+Freitag
17-19.00 Uhr

3. Welt-Laden: Montag-Freitag
10-12.00 Uhr



-----bitte abtrennen-----bitte abtrennen-----

Bitte schicken Sie mir regelmäßig gegen eine Spende die Informationen des Friedenszentrums Martin-Niemöller-Haus.

Name:
Adresse:

Friedenszentrum
Martin-Niemöller-Haus e.V.
Pacelliallee 61
1000 Berlin 33 (Dahlem)
Telefon 030 / 832 54 97



An alle nichtanwesenden Programm-Kommissions-Mitglieder
vom 28.9.81

Protokoll:

- Um 19.20 Eintreffen der (Nicht Mitglied) als Abgesandten Jutta Plaege
19.30 Christina Schirmer und Johanna Zückler haben sich im
Cafe festgeklönt
Mike sitzt und trinkt Bier
Gundolf Herz (Gemeinde Dahlem) und Thomas Zadow sitzen
und warten
Hille rennt durchs Haus und sammelt die letzten Papiere
und die Teilnehmer ein
19.45 Beginn, lockerer Informationsaustausch und Warten auf
alle anderen
20.00 Der Gemeindevertreter verläßt die Sitzung, weil es wich-
tigere Sitzungen gibt.

Der Rest beschließt, einen Brief zu schreiben, da dieses Häufchen
die der Programm-Kommission gestellten Aufgaben heute abend leider
nicht so ganz erfüllen kann:

der gegenseitige Informationsaustausch über die einzelnen Gruppen
konnte relativ schnell erledigt werden - da Informationen
aus den restlichen 15 Gruppen heute offensichtlich "uneinbring-
lich" waren....

Wir trauten uns nicht, irgendwelche Entscheidungen zu fällen, .
was in mittlerer oder fernerer Zukunft an gemeinsamen Aktivitäten
stattfinden soll - obwohl diese Aufgabe ja ursprünglich mal
zur Namensgebung der Programm-Kommission geführt hat... (?)

W A R U M ?

Ist die Sommerpause noch nicht zuende?

Ist der Montag-Termin überhaupt ungünstig?

Allgemeine Stresserscheinungen wegen bevorstehender Friedenswoche?
usw. usw. usw.

Oder war's nur das schlechte Wetter?

Bitte überlegt in Euren Gruppen noch einmal, wie Eure Mitgestaltung
des Friedenszentrums aussieht?

- und wenn Ihr verhindert seid, ruft bitte rechtzeitig an
(Mo - Fr 17 - 19.00), damit die Anwesenden nicht so lange warten
müssen!

Ansonsten freuen wir uns auf ein fröhliches Wiedersehen, gut er-
holt nach unserem schönen Ausflug nach Bonn,

am Montag, 12. Oktober. 19.30.

- Das Häufchen -

Übrigens- Mike hat das neue Info gedruckt, es liegt zur Abholung
hier im Haus bereit.

→ Jetzt am Freitag d. 2. Okt. um 20.00 findet hier ein Treffen allerer
Statt, die mit uns zur Demo nach Bonn fahren. (Fahrkarten gibt es
immer noch - im Cafe!) → letzte Vorbereitungen + Absprachen!

21. SEP. 1981

Anwesend: J.Zückler (Freundeskreis), N.Petring (DFG-VK), M.Heimbach (WG), M.Wächter (Landeskirchl.Berat.), H.Richers (WG), M.Albrecht (CFD), C.D.Schulze (Arg.Ver), 2 Gäste

- 1) Vorbereitung auf die nachfolgende Koordinationssitzung der Berliner kirchlichen Friedensgruppen.
Die Verbreitung des Aufrufs "Berliner Christen gegen den Atomtod" wird nach erfolgter Unterzeichnung auch durch die ÖTV-Fachgruppe gefördert.
- 2) Einladungsprospekt zu den workshops
Beklagt wird das bislang schwache Echo, Schweigen der kirchlichen Presse. M.Wächter ist bereit, tagsüber im ÖMI (310801) Anmeldungen zu sammeln.
- 3) Angebot Björn Rohde-Liebenau/ Verein Berliner Austauschschüler:
Vortragsabend "Schüleraustausch als Beitrag zur Friedenserziehung" wird auf Mi 14.Oktober festgesetzt.
- 4) Im Blick auf die Gemeinnützigkeitserklärung muß eine baldige MV eine "technische" Satzungsänderung mit korrekten Formulierungen beschließen. In Aussicht genommen wird (Mo) 12. oder 19.Oktober.
- 5) Die Verhandlungen Gemeinde/Konsistorium laufen auf eine offizielle Hausübergabe zum 1.1.82 hinaus, zugleich auf eine faktische Kosten-
erstattung für 1981 in Höhe von ca. 15-20.000,- DM. Appell an die Mitglieder zur korrekten Beitragszahlung!
- 6) Die offizielle FZ-Eröffnung soll nicht mit dem 50-jährigen Jubiläum der Jesus-Christus-Kirche (21.12.80), sondern mit Niemöllers 90.Geburtstag am 14.1.82 zusammenfallen. Wie gestalten wir den Tag? Was kann jede einzelne Gruppe dazu beitragen? Ideen bis zur MV!
- 7) Wenn die INFO-Hersteller aus der WG keine Verstärkung bekommen, muß die Oktober-Nummer notfalls aus nur einem Blatt bestehen. Besser: Rückblicke und Sachbeiträge fortsetzen (zuschicken!!) und mithelfen!
- 8) Reihe "Welchen Frieden wollen wir?" - Der genaue Termin und seine personelle Ausgestaltung zum Thema Amerikanische Friedensbewegung ist weiterhin offen (Kontakt: M.Wächter, für Anregungen dankbar!)
- 9) Dahlemer Rundgespräche "Streit um den Frieden": Mangelnde Absprache mit FZ wird gerügt. Schulze verspricht Detail-Koordination bei Feststehen der Hauptredner. Termine: 6.10. Moderne Waffentechnologie. 20.10. Theologie: Der Gott des Friedens (V.d.Osten-Sacken).
- 10) Künstler für den Frieden bieten Ausstellung während der Friedenswoche an. In Absprache mit Gemeinde gern akzeptiert.
- 11) Arbeitskreis atomwaffenfreies Europa - Unsere Stellungnahme dazu nicht mehr diskutiert.

Protokoll: C.D.Schulze

- Top 1) Info-Stand des Friedenszentrums
2) Veransthg. "Welchen Frieden wollen wir?"
3) BdkJ - Ausstellung
4) nächste Info
5) Mitgliederversammlung
6) Zehlendorfer Friedensinitiative gegründet
7) Friedenswochenaktivitäten des MNZ

zu 1)

Da immer wieder Anfragen nach Info-Stand des Martin-Niemöller-Friedenszentrum kommen, soll ein Materialpool eingerichtet werden, den alle im Zentrum mitarbeitenden Gruppen beliefern. Damit wird der Info-Stand ausgestattet, neben dem Info Heft übers Friedenszentrum.

In diesem Zusammenhang wurde angeregt, in der Zusammenarbeit der Gruppen nicht nur zu einem fördernden Nebeneinander, sondern zu einem produktiven miteinander zu kommen. Die Gruppen sollten in Zukunft z.B. mehr gemeinsame Broschüren, Workshops u.v.a.m. erarbeiten.

zu 2)

Am 30.11. um 19.00 Uhr wird ein Us-amerikanischer Vertreter des Internationalen Versöhnungsbundes (IFOR) zu Gast im Friedenszentrum sein. Aus diesem Anlaß soll an dem Tag endlich der geplante Abend zur amerikanischen Friedensbewegung stattfinden. Es sollen dazu noch Tom Day und USA-Freiwillige von ASF angesprochen werden. (Thema Polen wird deswegen verschoben)

zu 3)

Vom 7.-20. Dez. findet in der Kathl. Akademie, Westendalle, 1-19 eine vom BdkJ organisierte Ausstellung zum Thema: Friedenspädagogik statt.

zu 4) Das Info wird am 27.10. erstellt. Der Freundeskreis trifft sich am 6.11. das nächste Mal.

zu 5)

Eine Mitgliederversammlung wird notwendig. Gründe: 1) Satzungsänderung, 2) Offizielle Eröffnung (Pressearbeit, Infojubiläumsausgabe, soll auf der nächsten Progr.kom. besprochen werden), 3) ab 1. Jan 82 Nutzungsvertrag, 4) Finanzielle Dinge sind zu regeln
5) Perspektive der Arbeit für die 80er Jahre muß erarbeitet werden.

zu 6)

Nun gibt es auch in Zehlendorf eine Friedensinitiative, deren Bestandteile sich bislang aus AL, Jusos, SEW, Krämerhaus und K.Lieb-knechtjugend zusammensetzen. Auf dem Zehlendorfer Weihnachtsmarkt 5.+12. Dez. ist erster Auftritt geplant

zu 7)

In der Friedenswoche soll das Friedenszentrum ein Ort der Ruhe und Erholung vom stressigen Friedenskampf sein. Deshalb wird das Cafe seine Tore öffnen, aber Veranstaltungen sollen nicht extra geplant werden. Evtl. soll Material der Gruppen zum Verkauf angeboten werden.

Bis zur nächsten Sitzung am 9.11.81 herzliche und solidarische Grüße vom Protokollanten, Euer

Heinz Vieh

Einladung

Friedenszentrum Martin Niemöller Haus

INFORMATIONEN 6:

Veranstaltungen Oktober 81

Samstag/Sonntag, 3.+4.10. ganztägig) → verlegt auf 11.+12.12.81 ← work-shop: Verletzung der Menschenrechte-Gefährdung des Friedens amnesty international (bezirk Berlin)	
Montag, 5.10. 19.30 Uhr Veranstaltungsreihe: Welchen Frieden wollen wir?	
→ <u>FRIEDENSBEWEGUNG - WO HIN?</u> ←	!
- Welche Erfolge kann die Friedensbewegung vorweisen? - Sich selbst bewegen oder den Frieden bewegen? - <u>Krefelder-Apell</u> : Was kann eine Friedensbewegung auf der Basis eines Minimalkonsenses erreichen? - Aufruf der <u>Russell-Peace-Foundation</u> : Atomwaffenfreies Europa auf der Tagesordnung?	!
Zur Diskussion sind eingeladen: Christliche Friedenskonferenz, Internationale Liga für Menschenrechte, Deutsche Friedensgesellschaft/ Vereinigte Kriegsdienstgegner Veranstalter: <u>Institut für Friedensarbeit</u>	
Dienstag, 6.10. ab 18 Uhr Informationsveranstaltung/Fete der <u>Frauen für den Frieden</u>	
Vom 9.-11.10. bleibt das Friedenszentrum geschlossen wegen der Friedensdemonstration in Bonn! Wir sehen uns alle in Bonn und hoffen, daß möglichst viele ihren PKW zu Hause lassen und mit den Bussen fahren, auch wenn das einigen zu mühsam erscheint	
Mittwoch, 14.10. 19.30 Uhr Schüleraustausch als Beitrag zur Friedenserziehung Veranstalter: Verein Berliner Austauschschüler	
Freitag/Samstag/Sonntag, 16.-18.10. Beginn Freitag 20.00 Uhr work-shop: <u>Frieden mit der Dritten Welt</u> ←	!
Veranstalter: Dritte Welt Laden, Kinderhilfe Vietnam, Gossner Mission, Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt, Verein zur Unter- stütz. argent. Flüchtlinge, Forschungs- und Dokumenta- tionszentrum Chile-Lateinamerika, Landeskirchliche Beratungsstelle für die Friedenswoche	
Dienstag, 20.10. 20.00 Uhr 1. Treffen der "Berliner Christen gegen den Atomtod" 2. Konzept der sozialen Verteidigung- Diskussion mit Joachim (Friedensf.)	
Samstag/Sonntag, 24.+25.10. ganztägig Offenes Seminar "Tradition und Revolution in Vietnam" ←	!
Veranstalter: Kinderhilfe Vietnam	
Samstag, 24.10. 10.00 Uhr work-shop: Wir lernen und üben Friedenslieder ←	!
Veranstalter: Michael (Friedenszentrum), Gabi (ASF)	

HINWEIS: Gemeindeseminar im Rahmen der Dahlemer Rundgespräche zum Thema:

"DER FRIEDEN BEGINNT UNTER UNS"

Datum: 16.-18.10.81 Beginn Freitag 18.00 Uhr

Nähere Informationen über Ablauf des Seminars im Friedenszentrum oder in der Gemeinde Dahlem erfragen.

Anmeldung erforderlich: schriftlich-Thielallee 1-3 1/33
telefonisch-8225462/831 29 71(Herz)
831 28 72 (Küsterei)

Friedenszentrum Martin Niemöller Haus

Pacelliallee 61 1 Berlin 33
Tel. 832 54 97
Postscheck: 67 132-105
Psch-Amt BlnW

BÜROZEITEN:

FRIEDENSZENTRUM: Montag-Freitag
17-18.00 Uhr

DFG/VK: Montag
ab 18.30 Uhr

af: 831 1046 Dienstag+Freitag
17-19.00 Uhr

3. Welt-Laden: Montag-Freitag
10-12.00 Uhr

Erste Erfahrungen mit dem Friedenszentrum: Teil II

BOKJ-BERLIN

Über das Ziel - Frieden zu schaffen - sind sich alle einig, auch bei uns; nur der Weg dahin ist meist weiter, als man denkt. So haben wir im Mai mehrere Stunden auf unserer Jahresversammlung darüber diskutiert, bis wir einen mehrheitsfähigen Antrag einbringen und verabschieden konnten, der sich u.a. gegen die konkrete Bedrohung durch neue Atomwaffen in Europa ausspricht.

Doch Beschlüsse allein nutzen ja noch nichts, selbst wenn sie noch so gut sind. Praktische Arbeit ist notwendig und noch viel schwieriger. Inzwischen gibt es 2 1/2 Gruppen, die sich konkret mit dem Thema Frieden befassen (als allgemeiner Jugendverband ist dies nur ein Teil unserer Arbeit). Diese haben sich vor den Sommerferien gemeinsam hier im MNH getroffen und werden es auch weiter in loser Reihenfolge tun. Unser nächstes Treffen hier findet am 23. September mit dem Leiter des katholischen Bildungswerkes, Dr. Kliesch, statt, bei dem wir mit ihm über konkrete Aussagen der Bibel zum Thema Frieden reden wollen.

Außerdem haben wir nun schon vor einigen Monaten begonnen, Briefe an alle katholischen Mitglieder des Bundestages zu schicken, mit der Frage, wie sie denn nun als Katholiken zur Atomrüstung stünden. Es sind bisher schon recht viele "Ja zur Abrüstung, aber....!!" Briefe zurückgekommen. Vielleicht können wir in absehbarer Zeit wenigstens einen Teil dieser veröffentlichen.

Kontakt:
Heinz Wagner 322 30 21
Thomas Zadow ebenda

Liebe Freunde!
Wir haben zwar noch mehr Material, doch wollen wir es diesmal bei einem kurzen Info belassen. Die Arbeit wurde auch bei diesem Info im wesentlichen von der WG gemacht, da sich trotz unserer Apelle bisher noch niemand fand, der/die sich hierfür mitverantwortlich fühlt. Wir warten auf bessere Zeiten.
Mike

INSTITUT FÜR FRIEDENSARBEIT

Das Institut für Friedensarbeit ist im Herbst 1980 in Hamburg gegründet worden. Es versteht sich als ein Beitrag zur Vermittlung zwischen Friedensarbeit und Friedensforschung.

Seit Anfang dieses Jahres gibt es eine Arbeitsstelle des Institutes in Berlin - im Friedenszentrum Dahlem.

Was machen die Mitarbeiter des Institutes im Friedenszentrum ?

Zunächst einmal wird der *pazifistische Informationsdienst* (PID) in Berlin redigiert. Er erscheint 2-monatlich und bringt Informationen aus der Friedensbewegung für die Friedensbewegung.



Im Friedenszentrum ist ein Archiv im Aufbau, das unterhalb der Buch-Ebene alle Materialien zur Friedensbewegung (-Zeitschriften, Infos, Broschüren, Flugblätter, Zeitungsausschnitte etc.-) sammelt.

Wir möchten alle Leserinnen und Leser bitten, uns unaufgefordert und unentgeltlich soviel wie möglich Material, auch aus regionalen und lokalen Gebieten, zuzuschicken!

Im Herbst soll eine erste Übersicht über den Stand der Archivierung veröffentlicht werden. Das Archiv steht dann allen Interessierten zur Verfügung.

Wer hat Interesse, Lust und ein bißchen Zeit, in der *pid* - Redaktion oder beim Aufbau des Archives zur Friedensbewegung mitzuarbeiten ?

Institut für Friedensarbeit
Pacellallee 61

1000 Berlin 33
Tel. (030) 832 54 97 / 853 68 59

Hinweis:

6.

Dahlemer
Rundgespräch
Ort:
Gemeindehaus
Thielallee 1-3

Okt.

Information
Verteidigung oder Selbstzerstörung?

Über moderne Waffentechnologie und atomare Strategien

Gernot Jochheim (Friedensforscher, FU)
Prof. Klaus Möbius (Physiker, FU)
Dr. Philipp Sonntag (Physiker, Wissensch. zentr.)
Igor Tschepelew (Sowjet. Generalkonsulat)
N.N. (US - Hauptquartier Berlin)

Die Wahrheitssuchenden

Und die Politiker
machten sich auf die Reise
zu erkunden
ob gefoltert würde
in der Türkei
und wurden mit großen Ehren empfangen
von den Militärdiktatoren
und fragten besorgt die Folterer
ob sie denn foltern würden
da zeigten sie ihnen
ihre sauber ausgekehrten
Paradegefängnisse
die Schreie
die in der Luft hingen
hörten die Politiker nicht
und erblickten nicht
die Qual und das Entsetzen
das in den Ecken hockte
und sie bedankten sich bei ihren Freunden
den Folterern
für die freundlichen Auskünfte
und reisten ab
im Namen der Menschenrechte

Und die Demokraten
flogen weit über den Ozean
um zu erforschen
ob Unterdrückung herrsche
in Chile
und anderen lateinamerikanischen Staaten
und kehrten ein bei den Despoten
die sie erfreut empfingen
und fragten die Unterdrücker
ob Unterdrückung herrsche im Land
da öffneten sie ihre Villenfenster
und zeigten weit übers Land
auf ertragreiche Plantagen und zufriedene Plantagenbesitzer
auch ruhige Straßen sah man
den Knebel im Mund der arbeitenden Leute
sahen die Demokraten nicht
und fühlten nicht die Angst knistern
hinter den verschlossenen Fenstern
erleichtert aßen und tranken sie fürstlich
am Tische der Unterdrücker
und dankten ihnen
im Namen der Demokratie



Und die Parteien
reisten durch die Lande
zu erfahren
ob Atomkraftwerke gefährlich seien
und klopfen an bei den Experten
der Atomkraftbetreiber
und forderten wissenschaftliche Untersuchungen
über die Sicherheit und Notwendigkeit von AKWs
da eilten die Experten herbei
mit Stapeln von Akten und Papieren
und wiesen nach die Sicherheit
und Ungefährlichkeit von Atomkraftwerken
objektiv und wissenschaftlich
in Untersuchungen die bezahlt wurden
von ihren Auftraggebern
den Atomkraftbetreibern
und die Parteien steckten ihre Nasen
tief in die Papiere
und sahen nicht die Fische sterben
in der Elbe und spürten nicht
den Geschmack verseuchter Luft
auf der Zunge
und verneigten sich in Hochachtung
vor den Atomexperten
und verbreiteten ihre Weisheiten
im Namen der Freiheit der Wissenschaften

Und die hohe Gerichtsbarkeit
schickte eine Delegation
zu untersuchen
ob Gewalt herrsche
in den Familien
und an den Türen öffneten
die Männer
und baten die Männer herein
und sie fragten die Gewaltsamen
ob sie gewalttätig seien
gegen ihre Frauen
da zeigten die Männer ihre Hände
die sauber gewaschen waren
von harter Arbeit für die Familie
die Erniedrigungen
die in den Schlupfwinkeln saßen
sahen die Delegierten nicht
und rochen nicht den Gestank der Vergewaltigungen
der in den Schlafzimmer hing
und bedankten sich bei ihren Freunden
den Gewaltsamen
für die freundlichen Auskünfte
und verabschiedeten sich
im Namen der Gleichberechtigung
von Mann und Frau

Eines Tages aber
standen die Kinder auf den Straßen
und fragten nach den Gründen
für Folter, Unterdrückung
Atomverseuchung, Männerherrschaft...
und hörten von Politikern, Demokraten
Parteien und Gerichten
WIR HABEN VON ALLEDDEM NICHTS GEWUSST
sie aber fragten:
Warum schicket ihr die Handlanger der Mächtigen
die Verwalter des Unrechts
mit verstopften Ohren und verbundenen Augen
Warum fragtet ihr die Folterer
nach der Folter
die Unterdrücker
nach der Unterdrückung
Warum fragt ihr nicht die Gefolterten selbst
Warum fragt ihr nicht die Unterdrückten
die geschlagenen Frauen..
Warum öffnet ihr eure Augen und Ohren nicht
für die Stimmen aus Wasser, Luft und Erde?

taz März 81

Astrid Schmeda, 11.3.81

Bericht über die Räumung der Dieffenbachstr. 27

Gegen 9.15 Uhr kamen über Funk die ersten Durchsagen über die ersten Polizeiaufgebote in den restlichen sieben Häusern.

Um ca 9.30 Uhr fuhren auch bei uns die ersten Wannen(=Mannschaftswagen) vor. Polizeiliche Absperrungen wurden vorgenommen.....

Vor 10 Uhr hörten wir bereits die ersten Geräusche aus den oberen Stockwerken. "Bergsteiger" mußten übers Dach gestiegen sein. Die Tür unten war verbarrikadiert. Gegen 10 Uhr erfolgte die erste Aufforderung der Polizei, das Haus freiwillig zu räumen. Wir gaben daraufhin ausdrücklich bekannt, daß wir passiven Widerstand leisten wollten, um gewaltsame Auseinandersetzungen zu vermeiden.

Nach der dritten polizeilichen Aufforderung erfolgte eine Aufforderung an die 30 vor der Tür sitzenden Leute, den Eingang frei zu machen. Sie sind sitzen geblieben, woraufhin die Polizei die ersten Leute ziemlich gewaltsam wegzertrten. Das Bemühen des Kriminalbeamten, auf die Polizisten mäßigend einzuwirken war zunächst vergebens. Mit geübten Griffen wurden die sitzenden angepackt: am Kiefer, in den Nacken; es wurde an den Haaren gezogen, Schlagstockeinsätze erfolgten, die Leute wurden über den Boden geschleift.

Ein Besetzer erhielt dabei Verletzung im Gesicht, woraufhin er ins Krankenhaus mußte. Einer Frau wurde ins Gesicht geschlagen. Die Leute vor und im Haus reagierten mit Schreien. Erst auf Grund der Einsprüche einiger Paten beim Einsatzleiter Schulz sowie bei einem Kripo-beamten sahen die Polizisten von ihrer gewaltsamen Vorgehensweise ab.

Im Haus selber waren die Besetzer und deren Sympathisanten verteilt im 1. Stock in mehreren Räumen. Die Treppen waren besetzt von Polizisten. Die Wohnungstür des ersten Stocks war nicht verbarrikadiert, so daß die Polizei keine Schwierigkeiten hatte einzudringen. Der Kripo-beamte, sowie der Einsatzleiter Schulz machten uns darauf aufmerksam, daß ihnen nichts an einem gewaltsamen Abtransport liege. Sie gaben uns Anweisungen, wie wir uns herausbringen lassen sollten. Wir sollten uns nicht wehren, sonst sei das schon Grund einer Anklage laut §§113 StGb. Wir wurden dann jeweils einzeln von zwei Polizisten aufgefordert, unsere Sachen mitzunehmen und uns heraus"führen" zu lassen. Einer der ersten aus dem Haus geschleppten wurde von 2 Polizisten zu einer Knastwanne getragen, wobei kurz vor der Wanne 2 weitere Polizisten ziemlich hart zugriffen. Der Besetzer wurde dann in die Wanne gezogen, auch durch Griff in die Haare. Dort mußte er nochmals seine Personalien angeben.... Einige Leute ließen sich aus den Räumen heraustragen, wobei wir nicht beurteilen können, wie sie angepackt wurden, da wir keinen Einblick auf die Treppe hatten. Andere Leute gingen nach Aufforderung, wobei sie sofort ihre Ausweispapiere abgeben mußten. Auf der Treppe wurden die Personalien von der Kripo aufgeschrieben. Wie wir jetzt erfahren haben, wurden, abgesehen von einem Paten, die Aufnahme der Personalien der anderen Paten verweigert.

In einem Raum befand sich Staatsanwalt Weedhorn(?), der zugegeben hat, die ersten Polizeieingriffe gegen die vor der Tür Sitzenden gesehen zu haben. Als wir ihn aufforderten, dies auch gegebenenfalls auszusagen und etwas gegen diese Vorgehensweise zu tun, ignorierte er unsere Dringlichkeit. Keiner der Besetzer wurde festgenommen, alle Herausgebrachten befanden sich während der Räumung vor dem Haus, möglicherweise auch hinter den Absperrungen. Die Räumung war gegen 12.30 Uhr beendet. Kurz nach 12.30 Uhr wollte ein Sympathisant noch einmal ins Haus, um seinen Schlafsack zu holen. Er wurde unter Bewachung hochgelassen. Danach teilte er uns mit, daß noch wahnsinnig viel Zeug im Haus sei. Daraufhin gingen ein Pate und ein Besetzer noch einmal hoch, um sich

das anzuschauen. Sie verlangten vom Einsatzleiter, daß alles noch einigermaßen brauchbare herausgeholt werden sollte. Trotzdem stellten wir am nächsten Tag fest, daß das meiste von unserem Zeug zertrümmert auf dem Hof lag.....

.....
Schweigemarsch

.....
Sitzprotest

(Eva Quistorp(taz v.24.9.):!..Wir mußten weiterlaufen bis zur Bülowstr., wir hatten das Recht, den Toten zu ehren! Tausende setzen sich auf die Kreuzung, sangen das Lied von Sacco und Vancetti, schwiegen, klatschten.....!"

Nachdem der friedliche Sitzprotest am Bülowbogen mit Tränengas geräumt wurde, versuchten wir zu sechst (3 Männer und 3 Frauen) in Richtung U-Bahn Yorkstr. zu gelangen, um nach Hause fahren zu können. Als die Goebenstr. von Polizei und Wasserwerfern auf Höhe der Steinmetzstr. dicht gemacht wurde, versuchten wir, durch die Bülowstr.(unter den Häusern im nicht befahrbaren Teil der Bülowstr) zur Yorkbrücke zu kommen.

Auf der Gegenseite der Goebenstr/Kulmerstr(Süden) trennten sich von ca 100 Polizisten ca 20 los und stürmten genau auf die Ecke Bülow/Goebenstr. zu. Sie drückten uns, ca 10 Leute in die Ecke der Häuser angrenzend an die erste Yorkbrücke zwischen die Autos.

Ein Demonstrant, unvermummt mit hellblauer Kleidung, ca 180 cm groß wurde niedergeknüppelt mit 4-5 vollen Schlägen. Ein Polizist stürzte über ihn im Lauf und half dann seinem Kollegen, den Liegenden völlig zusammenzuschlagen. Es wurde ungeschützt auf seine Beine, Gesäß, Oberkörper und auch zwischen die Beine geschlagen. Dann nahmen sie uns 10, die zwischen den Autos standen vor. Wir konnten deshalb keine Beobachtung machen, was mit dem Liegenden weiter geschah.

Wir schrien, daß wir nur nach Hause wollten und schützten entweder unsere Köpfe oder streckten die Hände in die Luft. Einer der Polizisten schrie",dann haut doch ab ihr Votzen". Ein ein Meter breiter Ausgang wurde uns gegeben und als wir raus waren, hetzten sie uns mit Schlägen und Gebrüll die ca 300 m bis zum U-Bahneingang. Es waren 4-5 Polizisten, die im Abstand von einem halben Meter hinter uns herrennend, auf uns einschlugen. Den Frauen steckte ein Beamter den Knüppel von hinten in den Schritt als Penisymbol. Dabei schrien sie,"Lauft,lauft" und " kommt bloß nie wieder".

Einige der Beamten (zwei oder drei) trugen Zivilkleidung (jeans und Trainingsjacke) Helme und Schilder sowie Schlagstöcke aus Holz.

Unglaubliche Polizeimethoden

Polizeichef „schützt“ Bauplatz- Besetzer

Die Besetzer eines möglichen Bauplatzes für ein Atomkraftwerk in Luxulyan (Südwestengland) stehen unter dem „Schutz“ des zuständigen Polizeichefs. Superintendent Alderson weigerte sich auch am Mittwoch die Demonstranten gewaltsam zu vertreiben, die Probedemonstrationen verhindern wollen. Nun soll ein Gericht entscheiden. Der Polizeichef, der schon zwei erstinstanzliche Klagen erfolgreich überstand, sieht in der Platzbesetzung durch die Atomgegner keinen Hausfriedensbruch.

Die Demonstranten seien „Teil einer zunehmenden öffentlichen Meinung“, und die Polizei sei verpflichtet, Frieden zu bewahren und nicht angesichts einer unsicheren Rechtslage zur Gewalt zu greifen. Außerdem würden die Besetzer vom gegenwärtigen Besitzer des Geländes - einem früheren Bauern - geduldet.

Alderson ist in Großbritannien populär als streitbarer Verfechter sanfter Polizeimethoden. Er hatte sich kürzlich auch geweigert, seine Beamten an Anti-Krawallkursen mit Tränengas und Wasserwerfern teilnehmen zu lassen, die bisher in Großbritannien praktisch unbekannt sind. (dpa)

taz v. 25.9.81

FRIEDENSZENTRUM MARTIN NIEMÖLLER HAUS

Pacelliallee 61 1 Berlin 33 Tel 832 54 97

Postscheck: 67 132 - 105 Psch-Amt BlnW

Arbeitsgruppen + weitere Veranstaltungen:

- Mo 2.11.81: 19 Uhr, ai - Gruppenabend
 Mo 2.11.81: 9-16 Uhr Kirchenkreis Steglitz Seminar: Kinderarbeit
 Di 3.11.81: 9-16 Uhr Kirchenkreis Steglitz Seminar: Kinderarbeit
 Di 3.11.81: 17-19 Uhr AG-Ausstellung
 Mi 4.11.81: 19 Uhr DFG-Friedens-AG: Arbeitstagung Thema:
 Die Wiederbelebung der Friedensbewegung ist
 Hoffnung und Ermutigung
 Do 5.11.81 19.30 Uhr 3. Weltladen, Gruppenabend
 Mi 4.11.81: 20 Uhr Gruppenabend der Russel Peace Gruppe
 Mi 4.11.81: 20 Uhr AG-Ausstellung
 Do 5.11.81: 19.30 Uhr 3. Weltladen, Gruppenabend
 Do 5.11.81: 20. Uhr Arbeitskreis atomwaffenfreies Europa, Gruppen-
 abend
 Do 5.11.81: 19.30 Uhr Mitgliederversammlung ASW(intern)
 Mo 9.11.81: 19.30 Uhr Programmkommission Friedenszentrum
 Di 10.11.81: 19 Uhr SCI - Gruppenabend (intern)
 Di 10.11.81: 17-19 Uhr AG - Ausstellung
 Mi 11.11.81: 15- 20 Uhr AG - Ausstellung
 Do 12.11.81: 19.30 Uhr 3. Welt-Laden Gruppenabend
 Do 12.11.81: 19.30 Uhr ASF Israelreisevorbereitung Thema: Anti-
 semitismus. *intern*
 Do 12.11.81: 18 Uhr Liga für Menschenrechte-Gruppenabend
 So 15.11.81: 10-17 Uhr Friedenspädagogisches Seminar der FU
 Mi 18.11.81: 14.15 Uhr Antifaschistische Stadtrundfahrt
 Do 19.11.81: 19.30 Uhr 3. Welt- Laden Gruppenabend
 So 21.11.81: 10-20 Uhr amnesty international China Koordinations-
 gruppe - Schulung
 So 21.11.81: ab 14 Uhr Verband Christlicher Pfadfinder (VCP)
 Landesversammlung und Offener Abend
 Mo 23.11.81 : 19.30 Uhr Programmkommission Friedenszentrum

ACHTUNG: Am 6.11.81 um 20 Uhr trifft sich der Freundeskreis des
 Martin Niemöller Hauses im Club Cafe!!!!!!!
 Und nochmal ACHTUNG: Das CLUB-CAFE ist bis Weihnachten jeden Tag
 außer Sonntag von 18-22 Uhr geöffnet und freut sich über jeden Gast.
 An einigen Tagen gibt es manchmal Engpässe. Wer Lust hat, an einem
 Tag in der Woche oder als Springer im Cafe mitzuhelfen, bitte im
 Cafe melden.

DAHLEMER RUNDGESPRÄCHE

- 3.11.81: Ökumene- 5. Kolonne des jeweiligen Gegners?
 Kirchliche Friedensbewegung bei uns und anderswo.
 17.11.81: Erinnerung - Nie wieder Krieg
 Erlebnisse im Krieg und in der Nachkriegs-
 zeit.
 18.11.81 : Politik und Evangelium
Pazifismus- Weg zum Frieden oder Sicherheitsrisiko?
 Ein Gespräch zwischen christlichen Friedensgruppen und
 Politikern über den Geltungsbereich der Bergpredigt.
 3.12.81: Friedenskultur
Leben als Umkehr
 Von den Möglichkeiten und Notwendigkeiten christlicher
 Friedensbezeugung. (Dorothee Sölle)
 Alle Veranstaltungen beginnen um 20 Uhr mit Ausnahme des Gesprächs
 am 18.11.81, das um 16 Uhr beginnt.
 Veranstaltungsort: Gemeindehaus Dahlem, Thielallee 1+3.
 Veranstalter: Gemeinde Dahlem.

Einladung

Friedenszentrum Martin Niemöller Haus



INFORMATIONEN NR. 7
November / Dezember 81

Donnerstag 5.11.81: ab 18.30 Uhr Gemeindehaus Dahlem
Freitag 6.11.81: ab 18.30 Uhr Martin Niemöller Haus
Samstag 7.11.81: ab 16.00 Uhr Gemeindehaus Dahlem
-----Abrüstung und Entwicklung als Thema der Friedenserziehung-----
Veranstalter: Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen
Am Donnerstag sollen inhaltliche Probleme von Rüstung und Unterentwicklung charakterisiert werden (Referate mit ansl. Diskussion)
Am Freitag: Diskussion über pädagogische Umsetzungsmöglichkeiten; Vorstellung von Material und Medien; (in 3 AG's)
Am Samstag findet eine Podiumsdiskussion statt über "Abrüstungserziehung" als Bildungspolitische Forderung.
Teilnahmebeitrag 15.-DM; Genaues Programm im Friedenszentrum erfragen.

Am Freitag, den 13.11.81 von 16-18 Uhr findet im Clubcafe des Friedenszentrums ein Frauencafe statt.

Sonntag, 15.11.81: Informationsveranstaltung der "Frauen für den Frieden" - Charlottenburg, es sollen auch Dias gezeigt werden. 16 Uhr.

Dienstag, 17.11.81: Informationsveranstaltung der "Frauen für den Frieden" - Zehlendorf 20 Uhr.

19.11.81 : Offener Abend der "Liga für Menschenrechte"

Dienstag, 24.11.81 : Vollversammlung von "Ohne Rüstung leben" Berlin. 19.30 Uhr. Öffentlich.

Montag, 30.11.81, 19.30 Uhr:

Veranstaltungsreihe "Welchen Frieden wollen wir?"

DIE AMERIKANISCHE FRIEDENSBEWEGUNG

Ehemalige Freiwillige von "Aktion Sühnezeichen" berichten über das "Andere Amerika". Wir erwarten auch einen Gast aus den USA vom Internationalen Versöhnungsbund.

Veranstalter: Friedenszentrum.

Freitag, 11.12.81, 19.30 Uhr und 12.12.81 ganztägig

Workshop: Thema : Verletzung der Menschenrechte- Gefährdung des Friedens

Veranstalter: Amnesty International (Bezirk Berlin), evtl. in Verbindung mit Internationale Liga für Menschenrechte und Gesellschaft für bedrohte Völker.

- In welchen Arbeitsbereichen arbeitet ai ?
- Welche Spezialgruppen sind in Berlin vorhanden?
- Wie kann amnesty für Unterricht, Jugendarbeit, Gemeindeveranstaltungen, insbesondere in der Friedenswoche "benutzt" werden?

FRIEDENSFEST! AUFSTAND FÜR DAS LEBEN - GEGEN RAKETEN- GEGEN ARMUT

Sonnabend, den 21.11.81, Gemeindehaus Dahlem, Thielallee 1+3.

Dias, Film, Diskussion, Theater, Musik, Information, Ausstellung, Kinderprogramm, Essen und Trinken. 10 Uhr - 23 Uhr.

Bürozeiten:

Friedenszentrum: Montag-Freitag 17-19 Uhr

DFG/VK: Montag ab 18.30 Uhr

amnesty international (tel 831 10 46): Dienstag + Freitag 17-19 Uhr

Beratung für polit. Flüchtlinge (amnesty) Montag + Donnerstag 18-20 Uhr

3. Welt-Laden: Montag - Freitag 10-12 Uhr

Protokoll der Programmkommission vom 9.11.81

Anwesenheitsliste

Michael Heimbach/ASF Tel 8325497 1/33 Pacelliellee 61
Joachim Turstzer/Russel Peace Tel 2165370 1/30 Nollendorfstr.20
Ulrich Kreßin/Ev. Jugend Tel 3191269 1/12 Goethestr. 26
Annemarie Cordes/ICJA 313 70 46 1/12 Goethestr. 85-87
Niels Petring/DFG-VK Tel 4528845 1/65 Togostr.75
Armin Reichert/WG Friedenszentrum Tel 8325497
Christina Schirmer/Uhne Rüstung leben Tel 3924397 1/10 Franklinstr.21
Johanna Zückler/Freundeskreis Tel 8813878 1/15 Fasanenstr. 38
C-D Schulz Argentinienverein 832 58 07 1/33 Hittorfstr.21
Dr.K. Abrahamsohn Tel 8034352 1/39 Waltherstr. 20
Erhard Mische/Gossner Mission Tel 322 47 43 1/19 Riehlstr. 12
Andreas Seeberg 3.Welt Laden im Friedenszentrum
Dietlind R.-Merten/Kinderhilfe Vietnam Tel 7868219 1/61 Mehringd. 40
Marlies Albrecht/CFD Tel 3624113 1/20 Weißenburgerstr. 21

TOP 1: Anlässlich einer Veranstaltung in der Friedenswoche bittet uns die Kreuzkirchengemeinde an einer Veranstaltung teilzunehmen. Joachim Könnig oder Johanna Zückler vom Freundeskreis wollen versuchen hinzugehen.

TOP 2: Die SPD veranstaltet ein Forum Frieden in der HDK mit Vp r-tragen von Egon Bahr und Mechtirsheimer und anschließender Aussprache. Exklusiv sind Friedensgruppen zum Dialog eingeladen. Da sich die Programmkommission nicht einig wird, ob sie das Friedenszentrum vertreten kann nach außen und in welcher Wechselbeziehung Vorstand und Programmkommission stehen (ein Punkt der auf der nächsten MV diskutiert werden sollte), wird der TOP an den Vorstand weitergegeben. Für den Vorstand erklärt sich Torsten Schramm/Versöhnungsbund bereit zum Forum hin zu gehen.

TOP 3: Die DFG-VK plant mehrere Aktionen in der Friedenswoche:
-am 20.11.81 soll am Breitscheidplatz ein Friedensgelöbnis stattfinden, Vorbereitungstreffen dazu findet am 12.11. um 20 Uhr im Friedenszentrum statt.

-am 19.11.81 findet am U-Bahnhof Siemensstadt (Atomkunker) eine Infoausstellung und eine Lotterie(Bunkerplätze statt um 14 Uhr
-am 18.11.81 findet um 11 Uhr ein Hearing über die politische und rechtliche und soziale Situation von Antimilitaristen im Exil statt. Evtl. sind Gäste aus Holland und der Schweiz anwesend. Verantwortlich Jochen Lange.

TOP 4: Jugendopfer der Evangelischen Jugend:
Als konkrete Ideen werden genannt-Anschaffung eines Filmprojektors oder Maßnahme/Finanzierung von Wärmedämmung

TOP 5: KUPFA(Afganische Flüchtlinge) . Diese Organisation sucht Räume für eine Hungerstreikaktion während des Breschneubesuches. Hieran macht sich eine Grundsatzdiskussion an, ob eine solche Aktion der Friedensbewegung schadet oder nicht. Ergebnis ist ein klares Ja/Nein. Zumindest soll ein Kontakt weiter bestehen bleiben zwecks weiterer Gespräche(Kontaktperson Erhard Mische/ Gossner Mission.

TOP 6: Nahtlos daran schließt sich eine Information von ai nach der eine Gruppe Türken ebenfalls eine Hungeraktion planen gegen die Militärdiktatur in der Türkei. ai steht in Verhandlungen und ist seit langem (ca 3 Wochen) auf Raumsuche.

TOP 7: ICJA wartet am 11.-14.12 ihre Konferenz über Friedensziehung in Finnland aus und plant eine neue zum selben Thema ebenfalls in Finnland. Sie suchen Leute, die sich mit Friedensarbeit befassen und Jugendarbeit machen.

bitte das nächste Blatt auch noch lesen!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!

TOP 8: AD ... !! Am 30.11.81 Veranstaltung: "Welchen Frieden wollen wir?" zum Thema: Die amerikanische Friedensbewegung

Veranstalter: ASF und Versöhnungsbund
Aus den USA werden erwartet aus den USA:

Mike Jendrzeczyk Koordinator des AFOR-disarmament program(versöhnungs
Pam Solo vom American Friends Service Committee(Quäker) bund)
Mary Luke Tobin National leader of Catholic Religious
sisters, Anti-VietnamWaktivistin
Peter Herby IFOR(Versöhnungsbund
hinzukommen werden 2-4 ehemalige USA Freiwillige der Aktion Sühne-
zeichen, die in entsprechenden Projekten Erfahrungen haben.
Wir werden bei einer großen Zahl der Teilnehmer evtl. 2 Gruppen
machen. Für eine Gruppe steht eine Dolmetscherin zur Verfügung, die
andere wäre nur in Englisch.

Termine:

Nächste Programmkommission ist am 23.11.81

Am 17.11.81 Kinderfriedenstag im Haus der Jugend Böcklerpark ab
10 Uhr Kontakt Detlev Stocklasa:3192441

Am 20.11.81 Diskussion über Rechtsextreme Einstellungen und
Aufrüstungspolitik von 19.30-22 Uhr im Friedenszentrum
Veranstalter:GEW und Evangelisches Bildungswerk Berlin
Gast Jörg Ueltzhoeffer(Sinus Institut Heidelberg)

Die Evangelische Akademie fragt an ob und welche Gruppen ansprech-
bar sind um über ihre Konzeptionen und Aktionen einer Gruppe von
Lehrern aus Koblenz zu berichten, die sich in Berlin befinden zu
einem Seminar zum Thema : Verantwortung der Kirchen für den Frieden

Der Versöhnungsbund plant ein Training für Direkte Gewaltfreie
Aktion zum Tag der Alliierten. Termin 24./25.4.82
Im März 1982 will Irmgard Schuchard vom VB über ihr Leben für den
Frieden berichten und ebenfalls im März zur Woche der Brüderlich-
keit will Dr. H.KGressel vom Versöhnungsbund etwas erzählen
über "Heinrich Heines Kampf für Freiheit und das Recht auf Leben"

Miche

Nächste Mitgliederversammlung
am 9.1.82 Samstag

Fragebogen aus und schickt ihn dann auch ab! Damit WG nicht noch mehr belastet wird, soll eine Einzelperson (N.N.) die technische Wartung der Geräte übernehmen; ebenfalls bis Jahresende sollen in dem halbrunden Raum Verdunkelungseinrichtungen etc. vorhanden sein.

Für die Medien-Aktionsgruppe werden ganz dringend Leute gesucht! Bitte meldet Euch zahlreich bei Karlheinz Horn (851021)!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!

TOP 4: Veranstaltungen zum 12.12.81/ 2. Jahrestag des NATO-Nachrüstungsbeschlusses. Bei der Sitzung des Koordinationskreises Frieden am Sonntag war klar geworden, daß es dringende Aufgabe der Gruppen ist, über den Hintergrund der von US-Präsident R.Reagan angestrebten Null-Lösung zu informieren, nämlich daß auf westlicher Seite nur die landgestützten bzw. die Nachrüstungsbeschluß-Raketen (in Deutschland) gemeint sind, und daß das Ganze ein trickreiches Angebot ist mit dem Ziel, die Friedensbewegung auf Grund laufen zu lassen. Geplant sind a) eine zentrale Großdemonstration, für die ein sehr gutes, sehr informatives, völlig unpolemisches und massenhaft zu verbreitendes Papier hergestellt werden soll (Erhard Mische wird für das PZ daran mitarbeiten), und b) viele dezentrale Veranstaltungen. Z.B. sucht die AL Leute für ein Die-in, massenhaftes Umfallen auf eine Sirene hin) im Kaufhausern, am 13.12. wird Gerd Bastian die Carl-von-Ossietzky-Medaille in der Schule gleichen Namens um 10.00 Uhr verliehen (Karten zum Preis von 6.-DM können bei der Liga für Menschenrechte bestellt werden). Außerdem findet am 5.12. ein Friedensmarkt unter der großen Kastanie in Zehlendorf-Mitte statt (Veranstalter: Friedensinitiative Zehlendorf, Kontakt: Thomas Bailey/Gemeinde Dahlem), bei dem auch das PZ mit zwei Leuten (wer?) und unten Sachen auf 1/2 m Tisch vertreten sein soll.

TOP 5: Veranstaltungsreihe "Welchen Frieden wollen wir?" Für Januar wird das Thema Polen vorgeschlagen, veranstaltet von der BAW-Polen-Gruppe, ASP und Torsten Schramm/Versöhnungssund.

TOP 6: Verschiedenes. Die DFG zeigt am Mittwoch, 22.12.81, 19-21.00 Uhr einen Film über Hiroshima und Nagasaki. Der BDKJ eröffnet zusammen mit der Katholischen Akademie am 7.12.81 die Ausstellung "Sie nennen es Frieden" im Katholischen Bildungszentrum, Westendallee 54, 1/19.
Nächste Programmkommissionssitzung erst am 14.12. um 19.30 Uhr!!!!!!!!!!!!

Bis dann

viele liebe Grüße

Christina

Insbesondere waren: Andreas Seaberg - 3.Welt-Laden (7858339), Michael Heimbock - ASF und WG, Armin Richter - WG, Johanna Zückler - Friedenskreis (8873878), Claus-Dieter Schulte - Agentinnenverein (8325807), Karlheinz Horn + Berliner Missionsservice (851021), Bärbel Barteczko-Schwedler - Gossauer Mission (357021/35), Thomas Zedow - BDKJ (7853807), Torsten Schramm (VB (83237033), Dr. Klaus Abrahamson - ai (8034352), Hille Richters - WG, Ralf Lührmann (?) - DFG/VK (4155724), H. Tischer - EKG Dalheim (8016687), Erhard Mische - Gossauer Mission (7774777), Martina Schürmer - Oluf Rühms Aben (7924392)

PROTOKOLL DER PROGRAMMKOMMISSIONSSITZUNG

vom 23. November 1981

EINGETRAGEN

30. NOV. 1981



Allgemeine Informationen: Der Nutzungsvertrag für das Haus ist inzwischen von beiden Seiten unterzeichnet worden, die Untermietverträge mit amnesty, Wohngemeinschaft, 3.Welt-Laden und DFG/VK sind in Arbeit. Bei der Bruderhilfe ist eine Hausratsversicherung für das Erdgeschoß (einschließl. Café und DFG/VK-Büro) über 30.000.-DM abgeschlossen worden (39.-DM im Jahr). Der Text für die Satzungsänderung (Gemeinnützigkeit) liegt trotz vielfacher Bemühungen von Claus-Dieter und Torsten immer noch nicht vor.

TOP 1: Wer repräsentiert das Martin-Niemöller-Haus nach außen hin? Aufgaben der Programmkommission. Anhand einer Einladung des Kirchenkreises Wilmersdorf zu einem Gespräch stellt sich mal wieder die Frage, wer von uns sich eigentlich mit dem PZ identifiziert bzw. sich kompetent fühlt, es unabhängig vom Vorstand bei Veranstaltungen zu vertreten. Bei der anschließenden Diskussion stellt sich folgendes heraus: u.a. beim Friedensmarkt in der Gemeinde Dahlem waren zwar mehrere Mitgliedsorganisationen vertreten, die aber nicht einmal Info und Broschüre vom PZ, ganz zu schweigen von Material anderer Mitgliedsorganisationen auf ihren Informationsausgelegt hatten. Die einzigen Gruppen, die sich bisher mit dem PZ identifizieren, sind der Freundeskreis, der Vorstand und die Wohngemeinschaft. Claus-Dieter weigert sich, weiterhin im Vorstand zu bleiben, wenn sich die Arbeit der Gruppen weiterhin in einer bloßen Koordination und im Veranstalten ihrer Treffen im Haus erschöpft, und die ursprüngliche Idee einer Arbeitsgemeinschaft für den "Friedenskampf" nicht verwirklicht wird (ist das zu überspitzt formuliert?). Nach langer Diskussion wird beschlossen, diese auf der nächsten Mitgliederversammlung am 9.1.82 anhand eines Thesenpapiers fortzusetzen, das von einer Aktionsgruppe (Armin, Johanna, Christina) hergestellt wird. Bis dahin soll, falls nötig, spontan entschieden werden, wer das PZ repräsentiert.

TOP 2: Offizielle Eröffnung des PZ anlässlich M.Niemöllers 90. Geburtstag am 14. Januar 1982. Wegen seines Gesundheitszustandes wird Martin Niemöller weder zu der Eröffnung, noch zum Gottesdienst am 20.1.82 in der Jesus-Christus-Kirche nach Berlin kommen. Gleichzeitig mit dem PZ soll Ausstellung zur Bekennenden Kirche eröffnet werden, wir einigen uns ers einmal auf den Termin (16.1.82, ein Samstag) mit Kurt Scharf als Hauptredner, der ein langjähriger Mitstreiter von M. Niemöller war - wenn es klappt. Die genaue Planung und Durchführung wird an eine weitere Aktionsgruppe delegiert, die sich bisher aus Hille (Ausstellung), Claus-Dieter, Johanna (Café/Freundeskreis), einem noch nicht benannten amnesty-Mitglied, Armin und Christina zusammensetzt. Beim Friedenswochenbüro soll ebenfalls angefragt werden, und jeder, der sonst noch mitmachen will, wird mit offenen Armen empfangen.

Einmalige Gelegenheit!!!

8 Schaukästen für 230 x 100 cm aus Holz/plexiglas, abschließbar, sicher gegen Steinwurf, Stück für 300.-DM zu verkaufen! Andreas Seaberg, Tel. 785 8339 oder 3.Welt-Laden

TOP 3: Medien. Die Nachfrage nach Filmen, Ton-Dia-Shows etc. steigt. Deshalb soll bis Ende dieses Jahres die notwendige Grundausstattung - Leinwand, Dia-Projektor, 16mm-Filmprojektor, Cassettenrecorder, evtl. ein Super-8-Filmprojektor und Kleinigkeiten wie Verlängerungssack und Doppelstecker - im Haus vorhanden sein. Die Finanzierung bzw. Beschaffung kümmert sich Ulrich Kreßin (s. Protokoll vom 9.11.81), für die inhaltlich/politisch/pädagogische Arbeit stellen sich bisher Erhard Mische, Bärbel Barteczko-Schwedler und Karlheinz Horn zur Verfügung. Um sie wenigstens ein bißchen zu unterstützen, füllt doch bitte den beiliegenden

Protokoll der Programmkommission vom 14.12.1981

anwesend: Armin Reichert/WG, Torsten Schramm/VB, Mario Bauer/AK Atomwaffenfreies Europa, Andreas Seeborg/3WL, Bernhard Krane/WG, Christina Schirmer/ORL, Klaus Abrahamson/Al, C.D. Schulze/Argent.Verein, Mike Heimbach/ASF, WG

Tops

- 1) Informationen zur Lage
- 2) Polen
- 3) Anfrage Arbeitskr. Atomwaffenfreies Europa
- 4) AG Rüstungsexporte
- 5) Verschiedenes Mitgliederversammlung, Termine.....

1)

Lottoantrag

Unser Antrag auf Zuschüsse aus Mitteln der Dt. Klassenlotterie ist abgelehnt worden. Eine genauere Begründung der Ablehnung steht noch aus. Bei der Landeskirche wurde angefragt, ob der (eigentlich an die Zusage von Lotto gebundene) Kredit (DM 150 000) uns trotzdem zur Verfügung gestellt wird. Anfang nächsten Jahres sollten wir eine Baukommission gründen, die sich mit den Umbaumaßnahmen systematisch beschäftigen kann.

Mediothek

Darüber gibt es noch nichts Neues zu berichten. Die Programmkommission weißt alle beteiligten Organisationen noch einmal auf den Fragenbogen hin, der Euch mit dem letzten Protokoll zugesandt wurde.

Broschüre

Die Broschüre des Martin-Niemöller-Hauses ist inzwischen vergriffen. Wir wollen zur offiziellen Eröffnung des Friedenszentrums eine neue Broschüre auflegen. Da die Zeit dafür sehr knapp ist, bitten wir alle Organisationen, die ihre Selbstdarstellung in der Broschüre aktualisieren wollen (w. zum ersten Mal sich in der Broschüre darstellen wollen, uns die Texte möglichst noch bis Weihnachten zuzuschicken. (bzw. so schnell wie möglich...)) *schon vergriffen*

2) Polen

Angesichts der aktuellen Entwicklung in Polen haben wir kurz über eine mögliche Initiative des FZ diskutiert. Die Lage ist zu Zeit zu unklar, um konkrete Schritte unternehmen zu können. Die geplante Veranstaltung zu Polen wird im Februar stattfinden, die Zeit bis dahin sollten wir nutzen, um Informationen zu sammeln, vor allem über die Entwicklung der letzten Jahre. Torsten Schramm wollte dazu Materialien bei der Landeszentrale für politische Bildung besorgen.

3. Arbeitskreis Atomwaffenfreies Europa

Dieser Arbeitskreis gehört seit längerer Zeit zu den regelmäßigsten Nutzern der Räumlichkeiten des FZ. Innerhalb der Berliner Friedensbewegung ist dieser AK sehr umstritten. Wir halten es für sinnvoll, daß der AK im FZ arbeitet. Die professionelle Art der Materialherstellung und vor allem aber das auf Werbewirksamkeit ausgerichtete hantieren mit "großen Namen" läßt eine Menge Fragen aufkommen: Wer steckt hinter dieser Initiative? Gräbt das profihafte Management und diese ganze, groß angelegte Herangehensweise den vielen dezentralen, basisorientierten Initiativen nicht das Wasser ab ?? Es scheint uns wichtig, daß dieser AK sein Selbstverständnis deutlicher macht als bisher und das ein Gespräch zwischen diesem AK und dem Fritz Teppich Kreis zustande kommt.

Es wurde angeregt, über diese Problem (dasselbe gilt für Punkt 2)) bei der nächsten MV am 9.1. 82 zu sprechen.

4) AG Rüstungsexporte

Als Weiterentwicklung der gemeinsamen Veranstaltungsreihe "Welchen Frieden wollen wir" wurde vorgeschlagen, daß sich möglichst viele Organisationen an der Bearbeitung eines gemeinsamen Themas beteiligen. Eine erste Möglichkeit, diese neue Form der Zusammenarbeit auszuprobieren, wäre eine Veranstaltung zum Thema "Rüstungsexporte". Von amnesty international existiert dazu bereits eine Arbeitsgruppe, die sich am 18. Januar um 17.00 gemeinsam mit dem FDCL (Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile u. Lateinamerika) Alle Organisationen, die an einer Mitarbeit interessiert sind, werden hiermit eingeladen, an diesem Treffen teilzunehmen. (Die AG gehört zum Vorfeld der Lateinamerikatage in Berlin vom 9. bis 23.5.1982, Horizonte 82)

5) Am 9.1. 82 findet die nächste Mitgliederversammlung statt. Wir bitten um reges Erscheinen. Neben aktuellen Dingen wollen wir auf der MV vor allem über Fragen der Zusammenarbeit im Friedenszentrum diskutieren (siehe beigelegtes Thesenpapier). Wer sich an der Planung und Strukturierung der MV beteiligen möchte, komme bitte am 4. Januar 82 um 18.00 ins FZ zu einer erweiterten Vorstandssitzung.

Hinweise

Am 23./24. 1. 82 veranstaltet amnesty international eine Schulung zu Problemen der "Öffentlichkeitsarbeit"

Am 13.1. 82, 19.00 im FZ den Film "Strahlende Zukunft"

a.r.

(Thesen und Fragen zur Arbeit der Programmkommission)

Über zwanzig Gruppen und Organisationen haben sich inzwischen im Verein "Friedenszentrum Martin Niemöller Haus" (im Folgenden MNH) zusammengeschlossen. Hinzu kommt eine große Zahl von Nichtorganisierten Mitarbeitern. Seit fast einem Jahr nutzen wir das Haus und die Institution. Es ist an der Zeit, die gemachten Erfahrungen zu untersuchen und zwar hauptsächlich unter der Frage: "Arbeiten wir im MNH wirklich zusammen oder nur nebeneinander? Haben sich bestimmte Ansprüche schon jetzt als zu hoch herausgestellt? Was ist das qualitativ Neue für jede einzelne Organisation seit sie im MNH ist?"

Dieses Papier soll als Anregung dienen, über Probleme, Erfahrungen und mögliche Konsequenzen zu diskutieren. Es erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit oder Objektivität!

1)

Ein wesentlicher Gedanke bei der Gründung des MNH war der Versuch, dem Bedürfnis vieler Friedensorganisationen gerecht zu werden, vom "Nebeneinander" zum "Miteinander" zu kommen, wohl für alle Organisationen zumindest ein Teil der Motivation, sich um eine Mitgliedschaft im MNH zu bemühen. Als Gremium um diese Idee in die Tat umzusetzen wurde die Programmkommission (PK) gegründet.

2)

Die Tatsächliche Arbeit der PK wird dieser Bestimmung bisher nicht gerecht. Einige Gründe dafür lassen sich sofort benennen:

- a) Weniger als die Hälfte aller beteiligten Organisationen bekundet überhaupt ein Interesse an der Arbeit der PK
- b) Die verschiedenen Mitarbeiter der PK identifizieren sich höchstens ansatzweise mit dem MNH
- c) Die Funktion, Entscheidungskompetenz und der Zuständigkeitsbereich der PK ist bisher nicht eindeutig bestimmt worden. Das führte oft zu Handlungsunfähigkeit.

zu a)

Das konsequente Wegbleiben ist hoffentlich weniger auf Desinteresse zurückzuführen als auf Arbeitsüberlastung. Diese Überlastung ist ein weitverbreitetes Problem und geradezu ein Symptom vieler in diesem Bereich arbeitenden Organisationen. Folgende Fragen ergeben sich aus dieser Erkenntnis:

- I. Ist die bestehende Arbeitsform der einzelnen Org. durch den Arbeitsinhalt unabänderlich festgelegt?
- II. Wenn ja, wie sollte daraus jemals ein aktives Zusammenarbeiten mit anderen Org. möglich sein?
- III. Reinhaltet der Versuch mit anderen zusammenzuarbeiten nicht auch die Bereitschaft, bis zu einem gewissen Maße die eigenen Strukturen hinterfragen zu lassen?

zu b)

- Worin besteht der Sinn des MNH, wenn weiterhin jede beteiligte Org. nur für sich sprechen kann?
- Ist die bisherige punktuelle Zusammenarbeit (z.B. Welchen Frieden wollen wir?) wirklich etwas, vom MNH ausgehendes qualitatives Neues?
- Jede Org. hat ein berechtigtes und wichtiges Eigeninteresse. Dieses Eigeninteresse darf aber nicht immer im Vordergrund stehen, sonst wird selbst das tolerierende Nebeneinander letztlich zum Konkurrenzkampf. (Utopisches) Ziel all dieser Org. sollte es doch ohnehin sein, sich selbst überflüssig zu machen !!!
- Wenn sich die beteiligten Org. nicht mit dem MNH identifizieren, wer sollte es dann sonst tun?? Wer ist das MNH?

zu c)

- Welche Beschlüsse darf die PK fassen, wie ist das Verhältnis der PK zum Vorstand (in bezug auf Entscheidungskompetenz)?
- Wie kann eine kontinuierliche inhaltliche Arbeit gewährleistet werden (sowohl die Gemeinsamkeiten als auch die Unterschiede spielen dabei eine Rolle)?
- Die punktuelle Zusammenarbeit (Aktionismus!) kann nicht befriedigendes Ergebnis unserer Anstrengungen sein. Wie können wir eine langfristige gemeinsame Strategie entwickeln?

3)

Die Arbeiten, Veranstaltungen und Aktivitäten, die als eigentliche Friedenszentrum-Aktivitäten bezeichnet werden können, werden im Wesentlichen von den Nichtorganisierten geleistet. Der Unterschied zwischen den beteiligten Org. und der "Basis" besteht darin, daß die Org. das MNH bis jetzt nur als Dienstleistungsbetrieb ansehen und entsprechend nutzen; Es kann aber nicht unser Ziel sein, daß die nichtorganisierte "Basis" letztlich das Nest macht, in das sich die Org. dankbar setzen.

Verbale Bereitschaft zur Zusammenarbeit allein reicht nicht. Gemeinsames Handeln ergibt sich nicht von selbst, und setzt zusätzliches Engagement voraus.

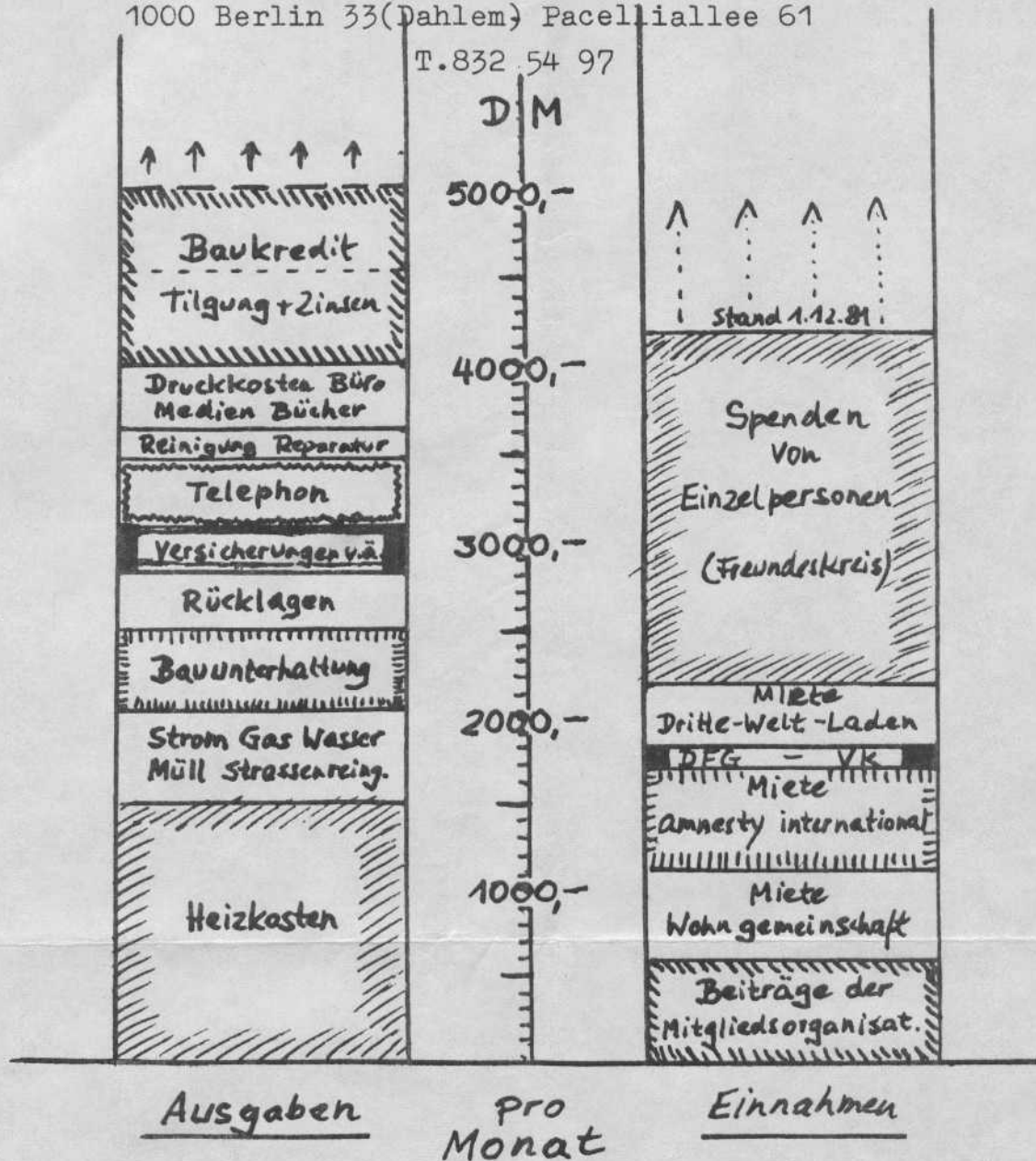
für die Arbeitsgruppe

Armin Reck

Friedenszentrum Martin-Niemöller-Haus

1000 Berlin 33(Dahlem) Pacelliallee 61

T.832 54 97



Die Evangelische Kirchengemeinde Dahlem hat mit dem "Friedenszentrum Martin-Niemöller-Haus e.V." eine zunächst fünfjährige Nutzungsvereinbarung abgeschlossen, die am 1. Januar 1982 in Kraft tritt. Monatlich werden von da an DM 2.000,- an Bewirtschaftungskosten sowie DM 500,- für einen Bauunterhaltungsfonds vom Verein an die Gemeinde überwiesen (Verbrauchsabrechnung nach Jahreschluß).

Die Finanzierung der laufenden Kosten des Friedenszentrums ist gesichert. Der Lottobeirat hat allerdings einen Antrag auf DM 450.000,- für die längst überfällige Sanierung des Hauses (bes. Wärmedämmung) erst einmal abgelehnt. Ein in Aussicht stehender Baukredit der Landeskirche von DM 150.000,- würde den Verein 10 Jahre lang monatlich mit DM 1.000,- belasten, die Gemeinde mit DM 500,-. Deshalb sind wir auf weitere Dauerspender noch dringend angewiesen!

Pschkto 67 132 - 105 Bln-W.

An das Friedenszentrum Martin-Niemöller-Haus, 1 Berlin 33, Pacelliallee 61

Ich bin bereit, bis auf weiteres / zunächst für ein Jahr monatlich eine Spende von DM 20,- / 50,- / 100,- für das Friedenszentrum auf das Pschkto 67 132-105 Bln-W zu überweisen.

(Name)

(Anschrift)

(Datum)

(Unterschrift)

Friedenszentrum Martin-Niemöller-Haus e.V.

EINGEGANGEN

28. DEZ. 1981

Erledigt

1000 Berlin 33 (Dahlem)
Pacelliallee 61
Tel. 832 54 97
Pschkto 67 132-105 Bln-W
den 18. Dezember 81

*Herzliche
Einladung!*

Liebe Freunde und Förderer,

Skeptiker und Kritiker unserer Arbeit!

Frieden ist in aller Munde, inzwischen nicht nur zu Weihnachten. Friedenspraxis ist viel schwieriger. Wir spüren das auch - an unseren eigenen Unzulänglichkeiten wie an dem Achselzucken unserer Ansprechpartner. Phantasie für den Frieden findet aber auch Widerhall. Die Friedensbewegung wächst nicht nur infolge des zunehmenden Wissens über unsere Bedrohtheit, sondern auch in der Bereitschaft Frieden zu schaffen, wo wir andere bedrohen.

Die Organisationen und Einzelpersonen, die sich bisher im Niemöller-Haus zusammenfanden, haben nun ein Jahr lang Versuche zu gemeinsamer Friedensarbeit gemacht. Es hat sich ein reges Leben entfaltet, bunt und vielseitig, aber noch zu sehr im Nebeneinander. Darum freuen wir uns, daß wir die nächste Phase des Miteinanders auf der Basis einer zumindest fünfjährigen Nutzungsvereinbarung mit der Gemeinde Dahlem über das Haus einleiten können.

Auf diesem Hintergrund gibt es zwei Anlässe für eine offizielle Eröffnung: Martin Niemöller wird 90 Jahre alt und die Ausstellung über Dahlem zwischen Bekennender Kirche und Drittem Reich - "Unterwegs zur mündigen Gemeinde" - wird fertig. Aus diesen Anlässen laden wir Sie herzlich ein zu

Sonnabend, dem 16. Januar 82, 18 Uhr

in den Großen Saal des Gemeindehauses, Thielallee 1+3.

Es wird ein entsprechendes Programm geben, ernst und heiter. Wer anschließend die Ausstellung nebenan im Friedenszentrum besucht, braucht weder durstig noch hungrig zu bleiben. Wer sich zur Friedensarbeit Witz und Ausgelassenheit wünscht, findet dies am Vorabend ab 20 Uhr auf einer Fête im Friedenszentrum selbst.

Zu beidem sind Sie herzlich willkommen!

Für den Vorstand:

Klaus-Dieter Schuler

F R A U E N F Ü R D E N F R I E D E N

Bezirksgruppe Zehlendorf

"NICHT DEN FRIEDEN ZU ERHALTEN, SONDERN IHN ERST ZU SCHAFFEN
GILT ES, DENN WIR HABEN KEINEN, WIR LEBEN IM RÜSTUNGSKRIEG -
IN EINEM AUF DIE DAUER UNHALTBAREM WAFFENSTILLSTAND!"

Berta von Suttner (1896)

Zur Entstehung der Bewegung "FRAUEN FÜR DEN FRIEDEN"

Unter der Losung F r a u e n f ü r d e n F r i e d e n
leiteten skandinavische Frauen im Februar 1980 eine
internationale Unterschriftenaktion ein.

Der Appell hatte folgenden Wortlaut:

"Wir wollen zusammen mit den Frauen der ganzen Welt unsere
Ohnmacht in Macht verwandeln. Wir wollen nicht länger den
Machtkampf zwischen den Großmächten schweigend anerkennen.
Wir fordern: Abrüsten für einen dauerhaften Weltfrieden!
Rüstungsmilliarden für Lebensmittel! NEIN zum Krieg!"

Am 6. August 1980, dem Tag, an dem 1945 die Atombombe auf
Hiroshima geworfen wurde, trafen sich Frauen für den Frieden
aus verschiedenen Ländern vor dem Internationalen Gerichtshof
in Den Haag, um ein Verbot der Atomwaffen zu erreichen.

Im Februar 1981 veranstalteten Berliner Frauen für den Frieden
eine Aktionswoche zum Frieden. Es wurde in Arbeitsgruppen
diskutiert, es wurden Filme zum Thema "Frauen für den Frieden"
gezeigt, es wurde ein Gottesdienst mit Erika Fechner in der
Martha-Gemeinde veranstaltet.

Die Berliner Frauen für den Frieden treffen sich jeden
zweiten Dienstag im Monat im Frauenzentrum in der Stresemann-
straße 40 (Nähe U-Bhf. Hallesches Tor).

Aus der Arbeit im Frauenzentrum entstanden Bezirksgruppen
in neun Bezirken der Stadt Berlin. Die Bezirksgruppe
Zehlendorf besteht seit März 1981. Die drei Gruppen der Bezirks-
gruppe Zehlendorf treffen sich jeden dritten Dienstag im
Monat im Friedenszentrum im Martin-Niemöller- Haus
Pacelliallee 61, Berlin-Dahlem (U-Bhf. Dahlem-Dorf)

Aus der Arbeit der Bezirksgruppe Zehlendorf:

Was wir machen:

- regelmäßiges Treffen der interessierten Frauen
- Vorbereitung von Friedensaktionen
- Vorschläge zur Friedenserziehung in der Schule
und im Elternhaus
- geschichtliche Aufarbeitung der Frauenfriedens-
bewegung
- Erarbeitung einschlägiger Literatur zur Nach-
rüstung und zur Friedensarbeit
- Herstellen und Verteilen von Flugblättern
- Infostand vor Einkaufszentren

FRAUEN FÜR DEN FRIEDEN
Bezirksgruppe Zehlendorf

Was wir machen wollen:

- noch mehr Frauen zur Mitarbeit aktivieren
- noch mehr Frauen und Männer von der Notwendigkeit überzeugen, gegen den Wahnsinn der atomaren Hochrüstung zu protestieren
- einen Informations- und Verkaufsstand auf den Wochenmärkten einrichten
- Kontakt aufnehmen und zusammenarbeiten mit anderen Friedensgruppen

d e n n :

Seit dem Ende des 2. Weltkrieges, der mehr als 50 Millionen Menschenleben kostete, hat es 127 Kriege gegeben, an denen 88 Staaten beteiligt waren. Sie forderten 32 Millionen Opfer.

Etwa eine halbe Milliarde Menschen in Asien, Afrika und Lateinamerika hungern, viele dabei sind ständig an der Grenze des Todes.

Sie sterben nicht erst am Krieg, sie sterben schon an der Rüstung, die weltweit jährlich 500 Milliarden Dollar verschlingt. Das sind mehr als 100 Millionen Dollar stündlich!

Helft mit,
die Schlafenden zu wecken,
die Müden zu stärken,
die Starken zu vermehren.

Helft mit,
einen Frieden zu sichern,
der nicht von Millionen
hungernder
und sterbender Menschen
bezahlt werden muß.

Helft mit: jeden dritten Dienstag im Monat Plenum der Bezirksgruppen Zehlendorf im Martin-Niemöller-Haus um 20 Uhr.

Für die Herstellung von Plakaten, für den Versand von Briefen und Informationsmaterial, für die Friedensarbeit benötigen wir finanzielle Unterstützung.

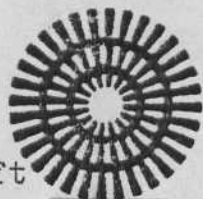
Postscheckkonto Berlin West, Nr. 6 79 53 - 101 ,
Marianne Tilch - Sonderkonto - 1000 Berlin 38

V.i.S. d.P.: Hannelore Pantzke, Süntelsteig 29, 1/37
Telefon : 813 60 66

11.1. 16.00 Uhr
12.1. 20.00 Uhr

DEUTSCHE FRIEDENSGESELLSCHAFT E.V.

An
alle Mitglieder,
Mitarbeiter und Freunde der
Deutschen Friedensgesellschaft
e.V.



Geschäftsstelle:
bei Horst W. Kreil
1 BERLIN 37
Mörchinger Str. 81
TELEFON 030/ 811 24 74 privat
030/ 31092154 dienstl
POSTSCHECKKONTO:
BERLIN WEST 4231 - 101

R U N D S C H R E I B E N

EINGEGANGEN

21. DEZ. 1981

Erledigt

Berlin, den 19.12.1981

Liebe Friedensfreunde!

Die Friedensbewegung hat in diesem Jahr einen großen Schritt nach vorn getan. Auch unsere Gesellschaft hat ihren bescheidenen Teil dazu beigetragen.

Zum Zwecke einer Bilanz der Tätigkeit im Jahre 1981, insbesondere die letzte Kundgebung vom 12.12.81, möchten wir hiermit zur nächsten Zusammenkunft einladen und zwar zum

Mittwoch, d. 6. Januar 1982, von 19 bis 21 Uhr.

Die Versammlung findet im Friedenszentrum Martin-Niemöller-Haus, Pacelliallee 61, Nähe U-Bhf-Dahlem-Dorf, statt. Mit den Bussen 1, 10 und 68 fahren Sie bis Thielallee Ecke/ Königin-Luise-Straße.

Ihnen und Ihren Angehörigen übermitteln wir die besten Wünsche zum bevorstehenden Weihnachtsfest und zum Jahreswechsel. Wir hoffen, daß Sie die kommenden Feiertage in Ruhe und Besinnlichkeit verbringen können.

Gern nehmen wir die Gelegenheit wahr, Ihnen für das uns entgegengebrachte Vertrauen und die gute Zusammenarbeit im vergangenen Jahr zu danken.

Mit herzlichen Grüßen und allen guten Wünschen für das Jahr 1982 im Namen der Vorstandsmitglieder der
DEUTSCHEN FRIEDENSGESELLSCHAFT E.V.

Horst Kreil

Horst W. Kreil
Präsident

PS.: Wir bitten alle Interessenten, die bisher unsere Einladungen und Informationen erhielten und dies auch weiterhin wünschen, uns bis spätestens 15. Januar 1982 unteren Abschnitt zurückzusenden oder es uns telefonisch wissen zu lassen. (Siehe oben)

Ich wünsche künftige Einladungen und Informationen der DFG.

Name, Vorname, Anschrift und Rufnummer:

.....

A D V E N T 1984 !

=====



Ob auch die ganze Erde brennt :
und wieder einmal ist's Advent !
Ankunft des HERRN - Leid ohne Klage -
Ewigkeitshoffnung - Licht unsrer Tage !

Seelen trauern erschüttert im All,
hörten die Botschaft aus Bethlehems Stall,
sehen der Hirten zerrissene Herden :
W a n n wird es endlich FRIEDE auf ERDEN ?

Was kann der Himmel im Ernstfall dafür ?
W i r tragen das Erbe fürs Heute und Hier !
U n s gab er den Schlüssel zu göttlichem Leben,
w i r sollten den Schatz aus der Dunkelheit heben !

Das Menschsein erfordert geheiligte Kraft,
daß es die Wandlung zum Geistigen schafft.
Es brauchen nicht Kinder verhungern und darben :
Reich auf den Feldern stehn segnende Garben !

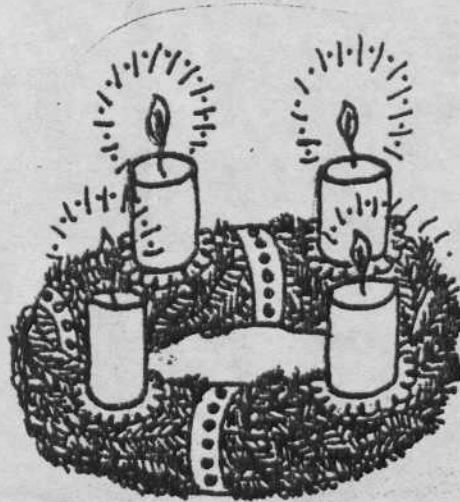
Milliarden für Kriege, als Rüstung zum Mord -
so pflanzt sich die Hölle im Eiltempo fort !
W o bleibt unser starkes Christengewissen,
wenn unsre Gebete die T a t e n vermissen,

errettend die Menschheit aus Irrsinn und Fluch :
Ist es nicht wirklich schon Unheil genug ??
JESUS bringt LEBEN, nicht Wortschwall und Lehre,
kämpfen wir mutig der Wahrheit zur Ehre !

Lassen wir IHN in den Alltag hinein ,
dann leuchtet Sein Herzblut mit himmlischem Schein
auf all das Versagen, die Not, das Vernichten,
dann wird sich die Zukunft am Kreuzesweg lichten !

Der Glaube allein schenkt nicht uns das Glück -
nur LIEBE führt strahlend zur Krippe zurück.
Wir müssen uns schleunigst tief innen erneuern,
dann dürfen wir " Weihnacht " vom Ursprung her feiern !

ER hift uns, daß Böses und Furchtbares heilt,
was jetzt noch verwundet, entzweit und geteilt :
Gehen dem HERRN wir entgegen mit Liebe, die brennt,
dann sind wir SEIN Vorfeld - lebend'ger Advent !





M. V. M.

Gossner
Mission

F R I E D E : Kein Schönwetterspaziergang
=====

Der Friede ist kein Produkt aus logischem Verstandeswissen. Er ist auch nicht wie Sommerregen, der auf die Erde fällt, einfach nur so - - -

Der Friede ist "göttliche Wertarbeit", die auszuführen u n s übertragen wurde : Ein Denkprozeß aus konsequenter Mitverantwortung am Schicksal der Menschheit, der unser g a n z e s Leben umgestaltet und erneuert !

Diese qualifizierte Höchstleistung des menschlichen Herzens, aus bewahrender Vernunft und freiem Willen geboren, wird nur Wirklichkeit mit u n s !

Wir a l l e sind gemeint, ums Überleben a l l e r zu ringen mit den ethischen Idealen unparteiischer Brüderlichkeit. Wenn wir es nicht t u n , haben wir nicht unsere "Feinde", sondern uns s e l b s t zerstört !

Nicht das Zitieren frommer Bibelsprüche von der Sonntagskanzel, nicht die Gebete von millionen Gläubigen, denen k e i n e Taten ausgleichender Gerechtigkeit folgen, können die mißbrauchte und geteilte "terre de l'homme" vor dem Untergang retten !

Das Chaos ist dazu da, um alle bedrohten Planetenbewohner zu veranlassen, weder nach Mond noch Venus zu schielen, sondern z u e r s t an der Entwirrung und friedlichen Lösung ihrer e i g e n e n "Wohnraum-Problematik" mitzuhelfen.

Eine b e w u ß t e Bewußtseinsveränderung ist notwendig, um die destruktive Spirale aus Rüstungswahn und überdrehter Einseitigkeit im Völkerleben und ihrer politischen Kapital- und Wirtschaftssysteme wieder zurückzuspulen !

Aus dem " Gleichgewicht des Schreckens" muß das Gleichgewicht des Vertrauens werden !

Das ist kein Schönwetterspaziergang mehr, das bedeutet ernsteste Arbeit an uns selbst :
Sämtliche niederen Charaktereigenschaften der Seele gilt es - tagtäglich aufs neue! - umzupolen auf die Stufe unserer persönlichen und aktiven Anteilnahme am Globalgeschehen - wir müssen F a r b e bekennen f ü r oder g e g e n :
D a z w i s c h e n liegen nur Heldentod und Massengrab !!
Wir haben uns h e u t e zu entscheiden, und gerade das christliche Evangelium und die Bergpredigt lassen keine z w e i d e u t i g e Praktizierung zu !

VÖLKERVERSÖHNUNG ist und bleibt die heiligste Absicht Gottes mit seinen Nationen - denn : Offen sind des Menschen Hände, und nie gebrauche man ihr Tun, um Widergöttliches zu schmieden !

Geistig-atomare Impulse, Gedanken, Konzepte, Pläne und kriegs-verhütende Ideen regnen vom "Himmel der Umkehr" auf uns herab : Überdachen wir gefährdetes Kinderland, lassen wir ihm en Kindern "Spielplätze des Friedens", geben wir der Jugend eine chance, sich selbst zu bewähren, u n s e r Versagen und Vers. men gutzumachen mit Lebensstilen alternativer Gemeinsamkeit.

Nur s o wird i h r Alter einst gekrönt sein von der Erfüllung u n s e r e s elterlichen Wunsches :
Die E r d e als "Stern unter Sternen", mit allem, was drauf fleucht und kreucht und grünt und blüht, wieder harmonisch kreisen zu sehen im Weltall kosmischer , himmlisch geregelter Ordnungsfunktion - der Störfaktor "Mensch" gliedert sich ein !



im Dezember 1981

" Noch manche Nacht wird fallen auf Menschenleid und -schuld
Doch wandert mit uns allen der Stern der Gotteshuld.
Beglänzt von seinem Lichte, hält Euch kein Dunkel mehr
Von Gottes Angesichte kommt Euch die Rettung her. "

Liebe Freunde von Neve Schalom!

Mit diesem adventlichen Lied von Jochen Klepper grüßen wir Sie herzlich.

Wenn man beim Sonnenuntergang auf den Hügeln von Neve Schalom steht, neben den schlichten kleinen Häusern, hat man das Gefühl, am Ende der Welt, vielleicht auch am Ende unserer Tage zu stehen. Die Weissagung des Isaias klingt in der Seele auf: "In jenen Tagen wird der Löwe bei dem Lamm weiden, und Ihr werdet Eure Schwerter in Pflugscharen umschweißen."

Der Name von "Neve Schalom" (Oase des Friedens) ist auch bei Isaias gefunden.

Wer von uns in diesen Tagen an der Friedensbewegung teilnimmt, wird sich gefragt haben, wie die "Friedensschule" in diese Zielsetzung hineinpaßt. Das Werk besteht jetzt 10 Jahre. Wir Deutschen sind seit 7 Jahren aktiv beteiligt. Zwei neue Familienhäuser sind errichtet und die zehnte Familie soll einziehen. Über dreitausend Jugendliche haben an den Seminarien dieses Jahres mitgearbeitet und die Jugendherberge bevölkert.

Ich soll eigens den deutschen und Berliner Freunden ausrichten, daß ohne die Erstellung der Jugendherberge die "Friedensschule" ihre Arbeit nicht hätte leisten können. Jedes Wochenende war voll ausgebucht. Zielsetzung war:

- Seminare zu halten, in denen ein Netz von Gemeindebeziehungen geknüpft wurde, zwischen benachbarten Arabern und Juden, die sich vorher nicht gekannt hatten.
- Gruppenführer auszubilden und sie fähig zu machen, das Werk der Freundschaft zwischen beiden ethnischen Gruppen in ihren Gemeinden fortzusetzen.
- Ein Rahmenwerk zu entwerfen, in dem sich Jugendliche und Erwachsene fortgesetzt treffen können und ihre Erfahrungen austauschen, als einzelne und als Gruppe.
- Training für Gruppenführer durchzuführen - auch für Sozialarbeiter -, vor allem von arabischen und jüdischen Jugendorganisationen; auch in Gruppentechnik und -pädagogik.
- Sommerlager zu veranstalten und Führer für diese Arbeit auszubilden.
- An der Ausbildung von jüngeren Klassen haben 16 Klassen mit 1.281 Schülern teilgenommen.
- Schließlich hielt man Seminare für solche Gemeinden, in denen noch kein Kontakt untereinander bestand. Alle Altersstufen, Kinder mit ihren Eltern, wurden eingeladen. In drei Distrikten wird diese Arbeit fortgesetzt.

Alle Angebote der Friedensschule hatten Erfolg. Man brauchte Geld für Material, Bus, Beherbergung. Nur ein und eine halbe Lehrkraft arbeiten in Neve Schalom mit kleinem Gehalt. Alle anderen arbeiten ehrenamtlich, neben ihrer Berufsarbeit, mit. Die Schule braucht ständig Zuschüsse. Wir kennen die Sorgen der deutschen freien Jugend- und Erwachsenenbildungsarbeit.

Die Universität Jerusalem und das Kultusministerium können nur gering stützen. Aber beste Referenten arbeiten mit, auch ehrenamtlich.

Die Landwirtschaft hat sich vergrößert. Aus 50 Merinoschafen sind 130 geworden; der Schafpferch mußte vergrößert werden. Die Gerste hat sich als Saatgut bewährt; die erste Erntegarantierte einen großen Futteranteil für den Winter. Die Wasser- und Elektrizitätsprobleme werden hartnäckig mit der Regierung weiter verfolgt; mit der Anerkennung als "Siedlung" werden niedrigere Tarife berechnet.

Bruno Hussars größte Freude ist der Kindergarten, je von einer arabischen und einer jüdischen Mutter geleitet. Die Kinder haben sich schon an beide Sprachen gewöhnt und verstehen sich untereinander. - Aus dem alten Lagerhaus wurden die freundlichen Räume des Kindergartens in Eigenhilfe erstellt, farbenfroh und einladend. - Wieder wurde ein Kind auf dem Hügel geboren, der Sohn von F. Metcalf u. Rachel.

Wir haben Ihnen noch zu berichten, daß fast ein kleines Wunder geschehen ist. Unsere gute jüdische Freundin Cläre van der Veen, die uns in ihrem Testament bedacht hat, hat dreimal soviel vererbt wie zuerst versprochen. Wir konnten das Geld postwendend auf das israelische Konto überweisen. Wie Pinchas Aaron schrieb, traf es genau in dem Augenblick ein, als sie durch das 'Durcheinander der politischen Verhältnisse und der Inflation' unter besonderem finanziellem Druck standen. Teil dieses Wunders ist auch der gute Rat von Cläre van der Veen bei meinem letzten Besuch in Düsseldorf, den jüdischen Nationalfonds in Beratung und Verwaltung hinzuzuziehen.

Und wenn Sie wollen, nehmen Sie es als drittes Wunder, daß der Düsseldorfer Bankdirektor, der nun das Erbe verwaltet, ein alter Freund von Pinchas Aaron ist aus der Zeit, als dieser Governor des Distrikts Telaviv der Rotarier war.

Auch der amerikanische Botschafter in Israel ist Rotarier. Er hat Neve Schalom besucht und mit ihm kam ein Netz von Beziehungen ins Spiel, die international weit reichen und zu Hoffnungen berechtigen.

Ich traf vor einer Woche zwanzig europäische Distriktleiter von Rotary, und wir konnten einen Film aus der Seminararbeit von Neve Schalom sehen. Er wird jetzt auch in USA gezeigt.

Eine Freude war es, bei diesem Treffen den evangelischen Dekan Werner Keller aus Villingen kennen zu lernen, der schon vielmals in Neve Schalom war. Er bereitet eine gute Studienreise nach Israel vor (3.-17. April 1982), die ich Ihnen sehr empfehlen kann. (Dekanat Villingen, Heidelberger Straße 6, 7730 Villingen.)

Anneliese Debray war einige Monate in Israel und hat auch Neve Schalom besucht. Sie setzt das friedliche "Graswurzel-Werk" der Verständigung von Arabern und Juden fort - mit vielen alten und neuen Freunden.

Man erhält viele Hilferufe: Blinden- und Aussätzigenwerk, Kinderheime, Flüchtlingslager, Behindertenarbeit. Überall braucht Israel unsere Hilfe. Und ich weiß, daß Sie alle in dieser Zeit auf solche Rufe antworten und helfen.

Neve Schalom ist ein kleiner Blumentopf, den wir begießen, aber er könnte lange und zähe Wurzeln entwickeln für die Zukunft Israels. Es ist eine außerordentliche Leistung, die Jugend des arabischen und jüdischen Volkes zusammen zu bringen. Mit Erziehung beginnt jede Friedensarbeit. Noch stehen die kleinen Häuser arm und gebrechlich in der Landschaft; aber in 10 Jahren werden die vielen gepflanzten Bäume sie überragen. Was siebenhundert Jahre als Steinfeld brach lag, braucht unermüdliche Arbeit, um zum Blühen gebracht zu werden. Die jungen Siedler werden von den alten Beduinen ermutigt, daß sich die Siedlung lohnt.

Wenn Israel das Land ist, dem die Bundestreue Gottes versprochen ist, so wird es auch Zeichen setzen für uns:

- Zeichen der Erneuerung und Selbstfindung
- Adventliche Zeichen der Heilserwartung
- Friedensbewegung, die man im nahen harten Alltag durchträgt von Bruder zu Bruder.

So kann ich auch nur die treuen Freunde in Deutschland bitten: bleiben Sie uns treu! Jede Spende, jeder Dauerauftrag bringt Frucht!

Dankbar Ihnen allen, den alten und manchen neuen Freunden, daß Sie so tatkräftig Neve Schalom unterstützen haben.

GESEGNETE FESTZEIT IHNEN IN ZUVERSICHT !

S C H A L O M

gez. Lotte Schiffler

für Dora Kircher, Johannes Borgetto, Maria Weitzel, Anneliese Debray

PS: Sie erhalten Spendenquittungen, die vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt sind.

FRIEDENSZENTRUM MARTIN - NIEMÖLLER
Protokoll der Mitgliederversammlung vom 9.1.1982

Anwesend: Ulrich Kreßin, Evangelische Jugend
Bärbel Barteczko, Gossner Mission
Siegwart Kriebel, Gossner Mission
Claus-D. Schulze, Verein zur U. argent. Flüchtlinge
Dietlind Reinig-Merten, Kinderhilfe Vietnam
Johanna Zückler, Freundeskreis
Joachim Könning, Freundeskreis
Marianne Tilch, Frauen Für den Frieden, Zehlendorf
Horst Kreil, Deutsche Friedensgesellschaft
Margit Müseler, Kgm. Am Buschgraben
Magdalene Weinmann, Kinderhilfe Vietnam
Peter Amas Weinmann, "
Peter Sohr, Weltfriedensdienst
Armin Reichert, Wohngemeinschaft
Anneli Freund, Wohngemeinschaft
Thomas Zadow, BDKJ
Michael Heimbach, ASF, Wohngemeinschaft
Christiane Böttcher, Service Civil International
Andreas Seeberg, Dritte-Welt-Laden
Lilo Bombitzki,
Gerd Hönscheid, ASW
Harald Tischer, EKG Dahlem/GKR
W.R. Knoche(?), Arbeitskreis atomwaffenfreies Europa
Uli Sonn, VB(ab 13⁰⁰) Torsten Schramm, VB

Zeit: von 10⁰⁰ bis 16³⁰

1. Rückblick 1981

- a) Feste Gruppierungen im Haus: DFG-VK Büro, jede Woche Kriegsdienstverweigerer Beratung, seit etwa 1 Jahr.
amnesty international hat sein Büro im Haus seit Mai 1981
Dritte-Welt-Laden ungefähr auch seit Mai 1981
- b) Freundeskreis: Wesentliche Aktivitäten sind die Cafégruppe, regelmäßiger Betrieb.
- c) Gäste im Haus: Neben der Nutzung durch Mitglieder finden auch Veranstaltungen von anderen Organisationen/Gruppen statt. Regelmäßig tagt die Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen, Seminar der FU mit Prof. Theodor Ebert (Friedensforschung)
GEW: Friedenserziehung in der Schule
Berlin-Kolleg: Faschismusgruppe etc.
- d) Veranstaltungsreihe "Welchen Frieden wollen wir?"
- e) Stafette im Sommer, starke Ausrichtung der bisherigen Arbeit auf Rüstungsproblematik.
- f) Workshops im Sommer (SCI, CFK) zur Verbesserung der Bausubstanz, Erfahrungen sollen in die nächsten camps einfließen.
- g) Kulturelles Angebot im FZ soll verstärkt werden. Bisher besteht eine Theatergruppe (Kontakt: Armin). Es bestehen noch Möglichkeiten zum Mitmachen, ansonsten können hier noch Ideen eingebracht werden.
- h) Die Zusammensetzung der Besucher des FZ ist nach Gruppen sehr unterschiedlich, den typischen FZ-Besucher gibt es nicht.
- i) Probleme: Schwach vertretene Punkte: Ökologie und Dritte-Welt Bereich
Einbindung in den Nah-Bereich müßte intensiver betrieben werden, Koordination, Verbesserung der Werbung für FZ und Veranstaltungen!

2. Finanzen/Nutzungsvertrag

- a) Erläuterung der Liste Einnahmen / Ausgaben
- b) Lottoantrag wurde abgelehnt, Zusammensetzung des Beschlußgremiums ist mehrheitlich CDU.
- c) Nutzungsvertrag mit der Gemeinde ist für zunächst fünf Jahre abgeschlossen.

Mit dem Kredit (150.000 DM) der Gemeinde ist es fraglich, da dieser bisher an den Lottoantrag geknüpft war. Hier müßten neue Grundlagen geschaffen werden, es ist nicht ganz aussichtslos.

- d) Der Finanz-Jahresbericht lag zu diesem frühen Zeitpunkt noch nicht vor, da Einnahmen/Ausgaben von 1981 noch nicht abgeschlossen. Er wird zum frühest möglichen Zeitpunkt erstellt.

Die festen Einzelspenden belaufen sich zur Zeit auf etwa 2900.-DM monatlich, durch die Organisationen kommt etwa 1000.-DM herein. Um eine gewisse Sicherheit zu haben und auch andere anfallende Ausgaben zu bewältigen, empfiehlt sich ein Polster. Die monatlichen Einnahmen sind also noch zu erhöhen.

3. Satzungsänderung

Die Satzung konnte bisher nicht geändert werden, die Termine haben sich sehr verzögert, da wir für diese Fragen einen uns wohlgesonnenen Notar haben, der aber überlastet ist. Die vorgesehene Satzungsänderung zur Gemeinnützigkeit wurde diskutiert, dabei wurde auf den zusätzlichen Punkt der Förderungswürdigkeit verwiesen. Dieser Punkt soll neu eingearbeitet werden (Dies ist von der ASW und dem WFD, die damit leidige Erfahrungen haben, gemacht worden.) In einer außerordentlichen Mitgliederversammlung im Rahmen der Programmkommission (jetzt Hausversammlung) wird die endgültige Satzungsänderung festgelegt. Die Mitglieder, die nicht erscheinen können, geben dem Vorstand ihr schriftliches Einverständnis. Der TOP wurde dann vertagt.

3a. Neuaufnahme

Frauen für den Frieden, Ortsgruppe Zehlendorf

In Zehlendorf gibt es zur Zeit drei Gruppen der FfF, im Oktober haben sich diese Gruppen zusammengefunden, Ansprechpartner ist Hannelore Panke.

14 anwesende, stimmberechtigte Mitglieder stimmen einstimmig für die Aufnahme.

4. Selbstverständnis/organisatorische Verbesserung

Wesentliche Punkte wurden auf der Grundlage des vorliegenden Arbeitspapiers diskutiert (Konstruktive Zusammenarbeit im Friedenszentrum...).
Zentrale Probleme: - Koordination

- Selbstverständnis/Identifikation der Gruppen mit FfF
- Organisatorische Verbesserungen

Das Problem wurde zwischen den beiden Polen - Entlastung der "Kerngruppe" und Zufriedenheit mit "dem, was ist" - diskutiert. Ziemlich offen wurden die verschiedenen Meinungen, Ängste vor zu viel Erwartungen und Ängste vor dem FZ als ein reiner Dienstleistungsbetrieb ausgesprochen. Einige Vorschläge wurden gemacht, endgültiges muß noch beschlossen werden.

- Die Programmkommission nimmt nicht nur programmatische Aufgaben wahr, sondern wichtige organisatorische Angelegenheiten werden dort besprochen. Sie soll zu einem regelmäßigen Forum belebt werden. Wir suchen nach einem gemeinsamen Namen, der die Belange besser trifft. (Hausversammlung)

- thematische AD-hoc Gruppen sollen gebildet werden

- Treffen aller Gruppen, auf dem sie ihre Arbeit als Friedensarbeit vorstellen.

- Zur inhaltlichen Koordination sollen die Organisationen ein ungefähres Jahresprogramm angeben, um auf dieser Basis ein Programm und gemeinsame Veranstaltungen im FZ herauszuarbeiten.

- einmal monatlich einen Jour Fix, an dem sich möglichst viele Gruppen beteiligen.

5. Jahresplanung 1982

Themenvorschläge: Rüstungsexport, Befreiungsbewegungen und Friedensbewegung, Friedenssteuerboykott, Westsahara, Weitere Vorschläge sollten möglichst umgehend in die Hausversammlung eingebracht werden!

6. Eröffnung des Friedenszentrums

- FZ als erste "atomwaffenfreie Zone" in Berlin

- Haus in der Retroperspektive, alle Gruppen bereiten Skizzen vor!

Tordens 26.1.82

- 9. FEB. 1982

Protokoll der Hausversammlung (ehemals Programmkommission) vom
26.1.82

Anwesend: AK atomwaffenfreies Europa, Aktion Sühnezeichen, DFG+VK, Freundeskreise, Kinderhilfe Vietnam, Dritte Welt Laden, Versöhnungsbund, Frauen für den Frieden, Mittelhof Projekt

1. Der Mittelhof, Stadtteilprojekt in Zehlendorf plant am 19.3.82 ein Friedensfest. Es bittet um Tips, Hinweise und Mitarbeit um dieses Fest zu gestalten. Ziel ist, ein möglichst buntes Programm mit viel Kultur, Tanz, Theater als eher Richtung Fete mit Information zustande zu bringen. Die Friedensini Zehlendorf, siehe beigefügtes Flugblatt beabsichtigt ebenfalls, mitzumachen. Bis Mitte Februar sollten aus den Organisationen absehbar sein, wer bereit ist, mitzumachen.

2. Die Programmkommission ist tot es lebe die Hausversammlung. Sie wird in der Regel alle 2 Wochen am Montag stattfinden. Die Termine bis Ostern sind demnach: 15.2.82, 1.3.82, 15.3.82, 29.3.82, .

In diesem Zusammenhang wurde die Diskussion von der MV weitergeführt über die Zukunft der Reihe: Welchen Frieden wollen wir? Wir kommen überein, An jedem 3. Mittwoch im Monat ein JOUR FIX 20Uhr. zu machen. Näheres zu dem ersten Jour Fix siehe Programm Februar.

3. Am 16.3./17.3.82 beabsichtigt die Kinderhilfe Vietnam eine Initiative zu starten, die besonders die Dritte Welt Gruppen ansprechen soll zwecks gemeinsamen Absprachen. Näheres dazu bei der nächsten Hausversammlung.

4. Die DFG/VK plant ihre Gruppenabende teilweise stärker zu festen Themen zu machen. Am 1.3.82 steht das Thema: Strukturelle Gewalt an um 20.00 Uhr im Friedenszentrum am 15. März ein Abend zum Thema Rüstungsvergleich.

5. Der 8.5 und 9.5. wurde zum Tag der alliierten Streitkräfte bestimmt. Von der Friedenskoordination werden dazu Aktionen geplant.

6. Die RAG-Rüstungsexporte traf sich am 18.1.82 im Friedenszentrum. Das nächste Treffen findet am 15.2.82 in den Räumen des FDCL am Savignyplatz 5 statt.

6. Südafrikaveranstaltung siehe Februarprogramm

7. Wir erhielten ein Einladungsschreiben von der AKE die am 19./-21.2.82 ein Wochenendseminar veranstalten zum Thema: "Was hat Hunger mit Waffen zu tun? Rüstungsgeschäfte mit der 3. Welt." Veranstaltungsort: Berghotel Dröge 4803 Steinhagen, Anmeldung AKE, Vlotho Horstweg 11 Postfach 1109 4973 Vlotho Tel 05733/6800

Weitere Seminare zum Thema: Die Türkei und die NATO sowie zum Thema Global 2000 - die Zukunft in den nächsten 20 Jahren finden an weiteren Wochenenden statt. Näheres für Interessenten im Friedenszentrum fragen (Im Postfach Hausversammlung)

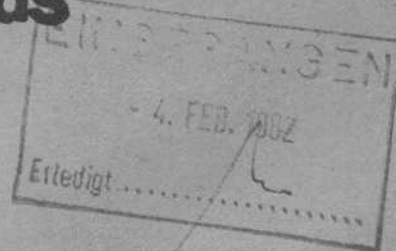
Mike

Einladung

Friedenszentrum Martin Niemöller Haus

INFORMATIONEN 9

Februar 1982



Veranstaltungsreihe: Unterwegs zur mündigen Gemeinde ?

Samstag 6.2.82 um 16 Uhr im Friedenszentrum

"Die Stellung der Kirche zum Krieg"

mit Jochen Kanitz und Winfried Maechler

Samstag 20.2.82 um 16 Uhr im Friedenszentrum

"Jugendliche und Studenten zwischen Kirche und NS-Staat"

mit Ekkehard Loerbrocks u.a.

Mit diesen Gesprächsnachmittagen sollen die Aussagen der Ausstellung "Unterwegs zur mündigen Gemeinde", die noch bis April im Friedenszentrum zu sehen ist, ergänzt und korrigiert werden durch persönliche Berichte. Die Öffnungszeiten der Ausstellung sind unverändert:

Di-Fr 17-20 Uhr Sa 18-22 Uhr So nach Ankündigung in den Dahlemer Gottesdiensten.

Sonntag 7.2.82 um 19 Uhr im Friedenszentrum

S Ü D A F R I K A

FILM + Information
durch Betroffene

Veranstalter:

Aktion Solidarische
Welt/Friedens-
zentrum

In diesem Jahr planen wir mehrere Veranstaltungen über das südliche Afrika. Wir haben zu dieser ersten Veranstaltung in dieser Reihe drei Frauen aus dem südlichen Afrika zu Gast, die im Exil leben und die frauenspezifisch über die Situation berichten werden. Als Einstieg wird ein etwa 60 min Film gezeigt, der ebenfalls anhand von einzelnen Berichten versucht, Lebenssituationen schwarzer Frauen im südlichen Afrika zu beschreiben. Titel des Films:

-----"Weint nicht, wenn sie unsre Hütten abreißen"-----

Der Film wird am 9.2.82 um 20 Uhr wiederholt.

Montag 8.2.82 um 18.30 Uhr im Friedenszentrum

P O L E N

An diesem Abend wollen wir einen Beitrag geben zu dem Thema, das seit vielen Monaten im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses steht. Hierzu haben wir Referenten eingeladen von Aktion Sühnezeichen, der TU und einer Polensolidaritätsgruppe. Neben dem Versuch, Geschichte, Strukturen und Entwicklungen der Gewerkschaft Solidarnosc darzulegen, wollen wir uns vor allem mit der Frage befassen: Welche Auswirkungen hat die Entwicklung in Polen bisher auf die Friedensbewegung? Welche Solidarität braucht Polen heute?

Donnerstag 11.2.82 um 19.30 Uhr im Friedenszentrum

K A F F E E oder

alles frisch oder Was sollen wir trinken????

Informationsveranstaltung über Kaffee als der wichtigste Nahrungsmittelrohstoff in der Weltwirtschaft
Veranstalter: Dritte Welt Laden

Montag 15.2.82 um 20 Uhr im Friedenszentrum

Film: "S E P T E M B E R W E I Z E N" 120 Min
Weizen ist nicht nur ein Nahrungsmittel, sondern Spekulationsobjekt großer multinationaler Nahrungsmittelkonzerne. Weizen und Unterdrückung, Profite und Hunger, dieser Film gibt einen erschütternden Einblick. Ihn sollte man sich mehr als einmal angesehen haben.

Sonntag 21.2.82 um 15 Uhr im Friedenszentrum

I S R A E L Öffentliche Informationsveranstaltung der Aktion Sühnezeichen. Eine Gruppe von Mitarbeitern der Aktion Sühnezeichen befindet sich z.Zt. auf einer Informations/Studienreise durch Israel und möchte an diesem Nachmittag von ihren Eindrücken berichten, wie es um die aktuellen Probleme in Israel steht, besonders natürlich der Nahostkonflikt.

Mittwoch 17.2.82 um 20 Uhr im Friedenszentrum

J O U R F I X Wir haben uns zum Ziel gesetzt, anknüpfend an einen ausführlichen Gang durch die Ausstellung "Unterwegs zur mündigen Gemeinde?" zu versuchen, Impulse zu finden, die sich aus der Geschichte der Bekennenden Kirche herleiten und Auswirkungen haben auf unsere alltägliche Friedensarbeit.

Plenum der Frauen für den Frieden Zehlendorf
jeden 3. Dienstag im Monat um 19.30 Uhr im Friedensz.
also am 16.2.82

Plenum der Gruppe "Ohne Rüstung leben-Berlin"
jeden 4. Dienstag im Monat um 19.30 Uhr im Friedensz.
also am 23.2.82

Plenum der Heinemann-Initiative
jeden 4. Dienstag im Monat um 20.00 Uhr im Friedensz.
also am 23.2.82

Gruppenabend des Dritte Welt Laden jeden Donnerstag um 20.00 Uhr

Gruppenabend der DFG/VK jeden Montag um 20.00 Uhr

Gruppenabend der Russel Peace Gruppe jeden Mittwoch um 20.00 Uhr

Vorankündigung:

HIROSHIMA UND DIE JAPANISCHE FRIEDENSBEWEGUNG

Mittwoch 10.3.82 um 20 Uhr im Friedenszentrum

Diavortrag von einer Japanreise im Okt 81 und Informationen über Atomkriegsfolgen. Es berichtet Hans Joachim Uth. Näheres siehe März Programm.

C A F E C A F E C A F E Im Friedenszentrum C A F E C A F E
Öffnungszeiten unverändert Mo-Sa von 18 - 22 Uhr während der Veranstaltungen.

Öffnungszeiten im Friedenszentrum: Mo-Fr ab 17 Uhr

Beratung für Kriegsdienstverweigerer: nur Montags ab 19 Uhr

Flüchtlingsberatung amnesty international: Mo+Do 18-20 Uhr; Mi 10-12 Uhr

Bürozeiten amnesty international: Di, Mi, Fr 17-19 Uhr; Mi 10-13 Uhr

Telefon: amnesty international 831 10 46

Friedenszentrum, Dritte Welt Laden, DFG/VK 832 54 97

Adresse: Pacelliallee 61 1 Berlin 33 Postscheckkto: 67 132 -105

Martin Niemöller wird neunzig

Der schwierige Sohn im schwierigen Vaterland

Ein protestierender Protestant auf der Suche nach seinem „gnädigen Gott“

Von Dietrich Strothmann

Was für ein Leben? Im Ersten Weltkrieg, dekoriert mit dem EK I, kommandiert er als Kapitänleutnant ein U-Boot. In der Zeit der Weimarer Republik, die er, ein Kaiserstreuer bis auf die Knochen, verachtet, kämpft er — nun mit bereits 27 Jahren Student der Evangelischen Theologie an der Universität von Münster — im Rang eines Bataillonskommandeurs der „Akademischen Wehr“ gegen Spartakisten im Ruhrrevier. Noch ehe er dann 1930 Pastor in Berlin wird (und auch danach), heißt er Adolf Hitler als „Retter des Vaterlandes“ willkommen, wählt dessen Partei.

„Ich kritisiere Sie oft, aber ich bewundere Sie immer.“ — „Niemöller ist der wertvollste Deutsche, den ich seit 15 Jahren getroffen habe.“

André François-Poncet, Hoher Kommissar

Spät erst kommt die erste Wende, die sich zögernd, ganz allmählich vollzieht: die Gründung des Pfarrernotbundes und der Bekennenden Kirche gegen die „Deutschen Christen“, jene „SA Jesu Christi“, sodann die Verhaftung, der Prozeß vor dem Sondergericht mit dem Fast-Freispruch, schließlich die heimtückische Verschleppung vom Gericht als „persönlicher Gefangener des Führers“ in das Konzentrationslager, nach Sachsenhausen anfangs, mit dem roten Winkel des „Politischen“ und der Nummer 569, anschließend nach Dachau als „Prominenten-Häftling“ Nr. 26679 bis zum Ende des Krieges, zu dem er sich noch 1939 in einem Brief an den Großadmiral Raeder freiwillig melden wollte.

Die zweite Wende in diesem Leben voller Wechsel und Widersprüche folgt zwangsläufig. Mit dem Zusammenbruch des Reiches brach auch eine persönliche Welt zusammen, endgültig, für immer: Der ehemalige U-Boot-Kommandant, Freikorpskämpfer, Hitler-Anhänger, Widerständler, KZ-Häftling wird zum großen, unüberhörbaren Bußprediger. Das „Stuttgarter Schuldbekenntnis“ der noch jungen Evangelischen Kirche, das ihr den Weg in die Ökumene öffnet, trägt seine Handschrift, dieser historische Satz vor allem: „Wir klagen uns an, daß wir nicht mutiger bekannt, nicht treuer gebetet, nicht fröhlicher geglaubt und nicht brennender geliebt haben.“ Der deutsche Protestantismus trägt damals seinen Namen, ist im Inland wie vor allem auch im Ausland identisch mit diesem Mann.

Das fördert die dritte Wende in seinem Leben: Der Prediger, der „Pastor pastorum“, stürzt auf das Minenfeld der Politik, legt sich mit allem und allen an, mit Washington und Rom, mit dem Papst und dem Bundeskanzler, mit den Parteien und mit seiner eigenen Kirche. Der forsche Kapitänleutnant i. R. wird zum glühenden Pazifisten, ohne Wenn und Aber. Noch einmal, endgültig nun, bricht er mit seiner Vergangenheit, zieht sich im Zorn von seiner Kirche zurück, lebt heute in völliger privater Zurückgezogenheit in seinem Glauben, für seinen Glauben, am späten Abend eines langen Lebens.

Martin Niemöller, der Neunzigjährige: Es ist das Leben eines schwierigen Sohnes eines schwierigen Vaterlandes. Es ist freilich auch, in allen seinen Wendungen und Windungen, kein Leben, das sich auf eine einzige, alle Höhen und Tiefen, Siege und Niederlagen, Freuden und Leiden einspannende Formel bringen ließe — ein deutsches Leben in jenen stürmischen neunzig Jahren vom U-Boot zur Bibel. Es ist auch ein Leben, gerade dieses, das sich wie von selber erzählt: Von den Torpedoschüssen gegen britische Frachter im

Mittelmeer 1917, dem Kleinkrieg dann gegen die „Hölle des Bolschewismus“ 1919, den Zusammenstoß mit dem auch von ihm herbeigesehnten „Führer“ 1934, vom Kirchenkampf gegen die NS-Christen, dem Prozeß 1938, den acht Jahren in den KZ-Zellen, der Befreiung durch die Amerikaner, die er erst nach einem Hungerstreik erreicht, den Jahren als Vizepräsident der von ihm mitbegründeten Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), als Leiter ihres Außenamtes, als Co-Präsident des Weltkirchenrates, als Präsident der Landeskirche von Hessen-Nassau.

Auch das „andere“ Leben Martin Niemöllers, das des politischen Aktivisten, läßt sich ohne schmückende Beiwerke berichten und ist doch sofort verständlich, begreifbar als das symptomatische Leben eines schwierigen Deutschen in einem schwierigen Land: Die erste Reise nach Moskau, bereits 1952, ungezählte Vortragsfahrten dann im Laufe der Zeit als „Sonderbotschafter der deutschen Protestanten“ in alle Teile der Welt, vor allem immer wieder auch in die DDR; Präsident der Deutschen Friedensgesellschaft, Co-Präsident des „Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit“; Träger des Lenin-Ordens wie des Großkreuzes zum Bundesverdienstorden wie des Großen Sterns der Völkerfreundschaft (DDR); von Konrad Adenauer 1950 des „glatten Landesverrats“ bezichtigt, wegen seiner scharfen Kritik an der Wiederbewaffnung, vom damaligen Verteidigungsminister Franz Josef Strauß 1959 angezeigt, wegen Beleidigung der Bundeswehr („Hohe Schule für Berufsverbrecher“); von seinen Feinden, aber auch von manchen Freunden immer wieder gemahnt, oft gescholten.

Ein Leben in der Geschichte Deutschlands, ein Leben wie diese Geschichte selbst: Zerrissen wie sein Land, zerrieben fast von seinen Schicksalen, doch kraft seines Glaubens nie zerstört.

Niemöllers deutsche Lebensstationen, ausgewählt in seinen eigenen Worten:

„Nur eins war mir damals vom ersten Augenblick an deutlich, daß mich von dieser ‚Revolution‘ und ihren offenen und versteckten Drahtziehern eine Welt schied und in alle Zukunft scheiden würde“ (1918 nach der Rückkehr mit seinem U 67 in das „rote Kiel“).

„Wir brauchen Ihnen nicht zu versichern, wie dankbar wir Ihnen sind, daß Sie unser äußerlich

und innerlich zersetztes Volk vom Abgrund weggerissen und zu neuer Entfaltung seiner Kräfte freigemacht haben. Wir tragen Ihr Werk mit dem Besten, das wir geben können — mit dem Gebet der Kirche“ (an Hitler Januar 1934).

Zu jener Zeit, wie in seiner Verteidigung vor dem Berliner Sondergericht II, waren ihm auch die Juden „unsympathisch und fremd“, war er gewillt, gemäß seines als Seekadett geleisteten Fahneneides, „dem Führer die ehrliebe Treue bis zum letzten Atemzug zu halten“.

Und dann? Was mußte nach den Erfahrungen in Sachsenhausen und Dachau revidiert werden, wo er mit Juden und Kommunisten dasselbe Schicksal teilte und sich mit katholischen Amtsbrüdern über die Möglichkeiten einer Konversion verständigte? Damals erkannte der Büsser Martin Niemöller:

„Ich bin schuldig, weil ich 1933 noch Hitler gewollt habe, weil ich geschwiegen habe, als man gleich in der ersten Zeit Scharen von aktiven Kommunisten ohne Prozeß- und Gerichtsverfahren verhaftete und einsperrte; ja, auch im

„Langweilig ist es nie um ihn herum, aber oft etwas gefährlich. Es ist nicht immer leicht, die heftig zugreifende, nervöse, gelegentlich herrische Person als Träger dieser Sache gelten zu lassen.“

Karl Barth, Schweizer Theologe

KZ noch bin ich schuldig geworden, denn wenn all die Menschen ins Krematorium geschleift wurden, habe ich mich in die Ecke gedrückt und habe nichts dazu gesagt, habe nicht einmal dazu geschrieben.“

Es war die Zeit, da Martin Niemöller gegen die Praxis der Entnazifizierung zu Felde zog, woraufhin ihm die Behörden die Anerkennung als NS-Geschädigter verweigerten; da er den Amerikanern vorwarf, die Deutschen verhungern lassen zu wollen; da er sich in Moskau für die

Freilassung der Kriegsgefangenen einsetzte, andernfalls wollte er als Geistlicher bei ihnen ausharren — so wie er einmal meinte, er könnte sich selber als Quäker vorstellen oder in unheiliger Wut über das westdeutsche „Staatskirchentum“ und das „Mammonchristentum“ drohte, eine DDR-Gemeinde zu übernehmen.

Die Rede Martin Niemöllers, dieses alttestamentarischen Propheten, der nach eigener Überzeugung „ohne Echo“, „ohne Land“ (seine Kirche) blieb, der aber dennoch Freund wie Feind viel galt, hier wie in der weiten Welt von Oslo bis Neu Delhi — seine Rede war stets „Ja, ja oder nein, nein“. Dazwischen gab es nichts für ihn, kein Kompromißlerum, kein Opportunitätsgehebe, keine Versöhnungsanbiederei. Der Lutheraner Martin Niemöller ist, solange und so oft er von sich reden machte, wie ein neuer Martin Luther gewesen: bitter, maßlos oft in seiner Empörung, schonungslos in seiner Kritik, rücksichtslos, auch sich selber gegenüber.

Zitate als Zeugnisse der klaren Voraussicht und Einsicht Niemöllers:

„Die 17 Millionen Deutschen in der Ostzone haben keinen Nächsten in der Welt, wenn wir im Westen Deutschlands es nicht sind“ (1949).

„In den Ersten Weltkrieg bin ich als reiner Tor hineingegangen. Ich habe brav jeden Tag meine Bibel gelesen, morgens und abends gebetet und geglaubt, daß dieser Krieg von Gott erlaubt sei. Das ist endgültig vorbei. Ich habe es nicht besser gewußt. Ich kann dafür nur um Vergebung bitten.“ Und: „Ich kann mir Jesus nicht mit Koppel und Seitengewehr und Knarre über dem Rücken vorstellen.“ Und: „Ich persönlich könnte mir keine Situation vorstellen, in der ich auf die Frage ‚Herr, was willst du, daß ich tun soll?‘ von Gott die Antwort erhielte: ‚Wirf eine Atombombe!‘ (dies im Anschluß an ein Gespräch mit Otto Hahn, seinem früheren Gemeindeglied in Berlin-Dahlem, über die Wirkung der Wasserstoffbombe 1954, wonach er, mit 62 Jahren, endgültig zum Pazifisten geworden sei).

Ein Leben voller Sprünge und Brüche: wegen seines Widerstandes im Dritten Reich als „Held“ gefeiert, wegen seiner Reputation im Ausland als „Mr. Ökumene“ gepriesen, seiner scharfen, oft schroffen Kritik am „Irrweg“ seiner „Kirche der Würdenträger“ nach 1945 in den „Episkopalismus“

mus, Konfessionalismus und Liturgismus“ geführt — gescholten aber vor allem in den letzten Jahrzehnten immer wieder, immer häufiger als „blinder Jeremias“, „Handlanger Moskaus“, „trotzjanisches Pferd“, als Abweichler und Aufweicher. Er war ein Widerspenstiger, der sich nicht zähmen ließ, nicht zähmen lassen wollte.

Der häufig auch mißverstandene, mißdeutete Martin Niemöller, der schon allein deshalb für manchen „guten, braven Christen“ anrüchig war, weil er sich nicht Bischof nennen und kein goldenes Kreuz zum schwarzen Talar tragen mochte. War er nur das, nicht mehr?

„Der Name Martin Niemöllers ist durch die ganze Christenheit berühmt. Die Wahrheit ist, daß er ein Prediger des Wortes Gottes ist, und daß er das Wort ohne Furcht verkündet.“

Lordbischof von Chichester (1937)

Ein „Kind Gottes“ war er vor allen anderen Dingen, einer, der sich durch nichts davon abbringen ließ, Gott mehr zu gehorchen als den Menschen — etwa, als er im KZ seine Bibel erneut fünfmal vom ersten bis zum letzten Wort durcharbeitete, als er das Neue Testament im Anschluß an sein einschneidendes, für ihn entscheidendes Gespräch mit Otto Hahn noch einmal von der ersten bis zur letzten Seite durchging, um zu ergründen, ob Jesus Christus an einer einzigen Stelle den Krieg rechtfertigte. Der gläubige, fromme Martin Niemöller ist über den Tagespolitiker und Versammlungsredner Martin Niemöller zu schnell und zu oft in Vergessenheit geraten: der auf Kirchentagen die Massen mit seiner Wortmächtigkeit in Bann schlug, wenn er über die Bergpredigt sprach; der von den Kanzeln (wenn sie ihm nicht verboten worden waren) um Vergebung bitten konnte wie kaum ein anderer; der vor Russisch-Orthodoxen oder SPD-„Falken“, in den Vereinigten Staaten nach 1945 wie in seiner Berliner St. Annenkirche nach 1933 um die Pflicht zur Versöhnung und um die Notwendigkeit der Nächstenliebe beten konnte wie kein zweiter zu jenen Zeiten:

„Ich sitze nicht auf dem Richterstuhl Gottes. Ich habe zu verkündigen, daß das, was passiert ist, ein Auftrag Gottes an uns zur Umkehr und zum Umdenken ist.“

Martin Niemöller rang um seinen „gnädigen Gott“, um das zu allererst und zu allerletzt. „Ich übe mich, ein unverletztes Gewissen zu haben vor Gott und den Menschen“, gab er 1958 zur Antwort, als er — knapp mit drei Stimmen Mehrheit zum hessen-nassauischen Kirchenpräsidenten wiedergewählt — gefragt wurde, ob er auch unter diesen enttäuschenden Bedingungen bereit sei, die Wahl anzunehmen. Einer der aufgab, war Martin Niemöller nie gewesen, sobald es um seine Sache ging — und daß hieß für ihn nichts anderes als um die Sache seines Herrn.

Als er in Sachsenhausen einsaß, predigte der Vater, der Pastor in Elberfeld war, über das Schicksal seines Sohnes: „Ihr habt das Ende noch nicht gesehen!“ Als er dann seinen 75. Geburtstag feierte, würdigte ihn Bischof Otto Dibelius, sein Widerpart in der Nachkriegskirche: „Wenn wir alle vergessen sein werden, die wir in diesen bewegten Jahrzehnten in unserer Kirche an allgemeiner Verantwortung mitzutragen gehabt haben, dann wird ein Name noch lebendig sein — der Name Martin Niemöller.“ Und als er vor seinem 90. Geburtstag nach dem Sinn seines langen Lebens gefragt wurde, zitierte er Martin Luther: „Wir sind alle Bettler“ und fügte hinzu: „Es wäre schön, wenn wir alle als Bettler stürben.“

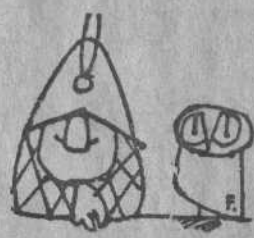


Die Zähmung des Widerspenstigen mißlang: Martin Niemöller

Aufnahme: Sven Simon

Wolfgang Ebert

Strafe muß sein



in Polen?“ meinte er vorwurfsvoll.

„Doch, doch! Aber wenn es gegen Militär-Juntas geht, wäre mir persönlich ein schmächziger Türke zum Ohrfeigen angenehmer.“

„Faule Ausreden! Du willst doch nur unsere gemeinsame Bestrafungsaktion unterlaufen“, sagte er bitter. Ich protestierte: „Jedes Kind weiß doch, daß Sanktionen nichts bringen, sondern höchstens symbolische Bedeutung haben.“

„Ich habe eine Schwäche für handfeste Symbole“, beharrte er genüsslich.

„Und wenn nun Deine drei Ohrfeigen einen russischen Dissidenten treffen, Ferry?“

„Dann würde ich mich bei ihm entschuldigen und ihn zu einem Schnaps einladen.“

„Warum nicht zu einem Wodka?“ wollte ich wissen.

„Weil ich weder Rußland noch Polen wirtschaftlich unterstützen darf. Davor hat mich gerade die CSU sehr gewarnt. Seitdem liegt mir unsere polnische Weihnachts-gans schwer im Magen. Ich hasse nämlich Juntas!“

Ich legte beschwichtigend meinen Arm auf seine Schulter: „Recht so! Aber vielleicht triffst Du mit Deinen Strafen genau die Fal-schen?“

„Das hasse ich am meisten an Juntas: daß sie es einem so schwer machen, die Richtigen zu treffen. Darum: Sanktionen gegen die polnische Militärjunta und ihre russischen Hintermänner! Machst Du mit?“

„Klar! Aber was kann ich ihnen schon antun?“

„Ich hab's! Ich entziehe ihnen mein Know-how!“

Ferry sah mich eindringlich an: „Wenn unsere Pfeffersäcke schon nicht auf das russische Erdgas-Röhren-geschäft verzichten können, wäre es wohl nicht zuviel von Dir verlangt, mal eine Weile die Fußknacker-Suite des Russen Tschakowsky zu boykottieren.“

„Aber nur unter der Bedingung, daß Gewerkschaftsfreund Reagan die Fluglotsen wieder einstellt.“

Wasser heißt Sport. Wassersport heißt boot '82.

13. Internationale Bootsausstellung Düsseldorf



Die Messe, die das größte internationale Vergleichsangebot für alle Wassersport-Aktivitäten in Europa bietet. Wer zum Wasser will, muß auf die boot Düsseldorf.

boof
DÜSSELDORF

vom 23.-31. Januar 1982
täglich von 10.00-18.00 Uhr

Düsseldorfer Messegesellschaft mbH · NOWEA · Postfach 320203, 4000 Düsseldorf 30, Telex 85 84 853 · Düsseldorfer Messen — Basis für Business weltweit

Das Kriegerrecht in Polen provoziert viele Fragen: Verhält sich die Bundesregierung halbherzig? Wird die SPD zu recht von den

Die Union auf Konfrontations-Kurs

Trotz aller harten Töne: kaum Zustimmung für Sanktionen / Von Rolf Zundel

Bonn, im Januar

Die CSU hat die Parole in Kreuth ausgegeben: kein Pardon mehr für die Bundesregierung Schmidt/Genscher. Und die CDU scheint es der bayerischen Schwesterpartei rhetorisch gleichzutun zu wollen. Die Bundestagsdebatte über Schmidts Regierungserklärung wird nicht wie am 18. Dezember, als der Bundestag sich zum erstenmal mit dem Militärcoup in Polen beschäftigte, mit einer gemeinsamen, vom Beifall aller Fraktionen begleiteten Resolution enden. Die Zeichen stehen auf Konfrontation.

Daß die CSU eine zögerliche CDU zu harten Stellungnahmen getrieben hätte, ist freilich nur ein Teil der Wahrheit — und überdies der unwichtigere. Tatsache ist, daß die Union insgesamt sich durch die Entwicklung der letzten Tage bestätigt fühlt — nicht zuletzt durch eine merkliche Anpassung der Bundesregierung an die Ton- und Gangart des Westens. Und was Christdemokraten der Koalition vorwerfen — un-

genügende Verurteilung der Unterdrückung in Polen, unzulässige Berufung auf Jalta, mangelnde Deutlichkeit in der Darstellung sowjetischer Verantwortung und die Isolierung der Bundesrepublik im westlichen Bündnis —, das alles ist ja von europäischen Sozialisten, von der amerikanischen und französischen Presse vorformuliert worden. Es liegt nur zu nahe, daß die Union ihre Attacken in Bonn mit einschlägigen Zitaten speist.

Ein zusätzlicher Grund für Konfrontationsrhetorik liegt wohl auch in der Erkenntnis, daß die Union — ganz im Gegensatz zu den Beschwörungen eines nahen Endes der Koalition, wie sie Zimmermann veranstaltet hat — gegenwärtig eher eine Festigung des sozial-liberalen Bündnisses in Bonn zu registrieren scheint. Rücksicht auf die FDP scheint da nicht mehr angebracht.

Wer genauer hinschaut, erkennt indes manche unterschiedlichen Positionen. Wo der CSU-Landesgruppenchef Zimmermann davon sprach, der

polnische Militärrat habe auf sowjetische „Weisung“ gehandelt, hatte der Regierende Bürgermeister von Berlin, Weizsäcker, einen vorsichtigeren Umgang mit Äußerungen über den polnischen Militärrat und die Hintergründe für dessen Einsetzung empfohlen; es sei nicht die Aufgabe der Deutschen, darüber zu spekulieren, ob der Militärrat durch Anstiftung aus Moskau eingesetzt worden sei.

Einige Unionspolitiker vor allem aus der CSU brandmarkten in manchmal hanebüchenen Ausdrücken die „prosojetische Politik“ der Bundesregierung (Straußberg), und Strauß fragte den Kanzler, „ob er nichts anderes mehr im Sinn hat, als vor politischen Erpressungen der kommunistischen Machtpolitik feige am Boden zu kriechen“. Dagegen gab Rainer Barzel immerhin zu erwägen, ob manche ähnlich klingenden Vorwürfe aus den Partnerstaaten nicht der Alibibeschaffung diene, und von der Politik der „Bestrafung“ wollte er gar nichts wissen. Während sich die Unionspolitiker im allgemeinen

nur mit Vorsicht über die Genfer Raketenverhandlungen äußerten, formulierte Norbert Blum unbekümmert: „Wir können doch nicht in Genf am Verhandlungstisch über die Abrüstung sprechen... mit einem Verhandlungspartner, der gleichzeitig Waffen gegen Arbeiter einsetzt!“

Auch in der heikelsten Frage — wie weit sich die Bundesrepublik an Sanktionen beteiligen solle — ist der Tonfall keineswegs einheitlich. Der Verteidigungsexperte Wörner bedauerte, daß die Nato-Beschlüsse immer noch hinter dem zurückblieben, was man hätte erwarten müssen, nämlich konkreten und spürbaren Maßnahmen. Strauß dagegen hatte kurz zuvor erklärt, er wolle keine „konkreten Projekte“ ansprechen. „Ich bin doch nicht so blind, um nicht zu sehen, daß die Amerikaner mit ihrem Weizengeschäft ja hier kein gerade gutes Beispiel gegeben haben. Ich würde hier sehr kühl sein.“

Tatsächlich wirkt auch die neue Bundestagsresolution der CDU/CSU in diesem Punkt kühl

kalkuliert. Da ist zwar die Rede davon, daß „bei Andauern der Unterdrückung in Polen ernste Folgen... unvermeidlich sind“. Und für diesen Fall wird die Bundesregierung aufgefordert, „in Abstimmung mit den USA und unseren anderen Verbündeten stufenweise geeignete politische, wirtschaftliche und finanzielle Maßnahmen auch gegen die Sowjetunion zu ergreifen“. Aber jede Präzisierung der Maßnahmen, jeder Automatismus ist vermieden. Vom Erdgas-Rohrrengeschäft zum Beispiel ist nicht die Rede. Und es ist auch nichts davon bekannt, daß die CSU in der gemeinsamen Fraktionssitzung in Berlin härtere, präzisere Forderungen angemahnt hätte.

Aber ist das möglich, die Entspannung rhetorisch vollends kaputtzuschlagen und dabei doch klammheimlich Entspannungsreste bewahren zu wollen? Das ist die eine Frage, die von der Union bisher nicht ausreichend beantwortet wird. Zum zweiten verwundert ein wenig, wie unreflektiert sich die Union die Vorwürfe aus westlichen Partnerländern zu eigen macht. Ein schneller Stoßseufzer von Barzel, sonst nichts? Hier stehen ja nicht nur mögliche Fehler der SPD/FDP-Koalition, sondern die künftigen Handlungsmöglichkeiten der Bundesrepublik zur Diskussion. Ein wenig erklärt sich die rabiate Rhetorik an Bonn wohl aus dem Faktum, daß die Union außenpolitisch nichts zu entscheiden hat, aber innenpolitisch manches zu gewinnen hofft.

Kein Silberstreif am Himmel

Auch der Papst bricht sein Schweigen / Von Hansjakob Stehle

Rom, im Januar

Auch von der hohen Warte des Heiligen Stuhls ist ein deutlicher Silberstreif oder auch nur eine Klärung am polnischen Horizont nicht in Sicht. Und dies trotz neuer, seit kurzem auch durch einen „heißen“ Telexdraht verbesserter diplomatischer Kontakte zwischen Vatikan und Warschau. Daran hat auch die Begegnung des polnischen Vatikan-Gesandten Szablewski mit Johannes Paul II. Anfang der Woche wenig geändert — eine zwanzigminütige Privataudienz, deren Klima inoffiziell als „freundlich distanziert“ umschrieben wurde.

Szablewski hatte auch nur den Auftrag ohne offizielle mündliche Erläuterungen jenen Antwortbrief des Generals Jaruzelski zu überbringen, auf den der Papst schon wochenlang gewartet hatte. Der Text war schon drei Tage vorher fernschriftlich übermittelt worden, hatte aber den Papst nicht davon abhalten können, in seiner Sonntagsansprache sein langes Schweigen zu beenden und zu beklagen, daß der polnische Kriegszustand „eine Verletzung der fundamentalen Rechte der Menschen und der Nation in sich trug und trägt“.

Genau am Tag nach der ersten Wiederbegegnung zwischen Jaruzelski und Erzbischof Glemp identifizierte sich der Papst so mit der Sorge des Primas: Es gebe einen wachsenden Gewissensdruck, vor allem auf Mitglieder der *Solidarność*, „Erklärungen zu unterschreiben, die nicht mit ihrer Überzeugung übereinstimmen“; dies verschärfe die Atmosphäre im Lande, statt sie

abzumildern. Zwar beilegte sich Radio Warschau, einen solchen Fall (in Breslau) aufzugreifen und als „fehlerhafte Praxis, die kein Vertrauen erweckt“, zu kritisieren; doch hatte bereits der Vatikandiplomat Bolonek nach seiner Rückkehr aus Warschau berichtet, in welchem Ausmaß die „Säuberungskampagne“ rachelusterner Sektierer zu solchen Praktiken ermuntere, während an der Spitze, im Militärrat, keine Einigkeit über den Weg zu einer neuen „nationalen Verständigung“ bestehe.

Was soll jene „Reedukation“, also Umerziehung, bedeuten? Der katholische, freilich vom Episkopat wenig geschätzte Vizepremier Ozdowski präsidierte im Sinne einer „Rückkehr“ zur tausendjährigen katholisch-nationalen Kultur der Toleranz und Verantwortung, aber auch als Abkehr von „Konsumdenken und Disziplinlosigkeit“ an; der Parteisprecher Urbanski indes wollte sie als Rückkehr zu den „universalen“, wenn auch national veränderbaren Grundsätzen eines marxistisch-leninistischen Sozialismus verstanden wissen.

Beide Funktionäre boten damit die unharmonische Begleitmusik zur Jaruzelski-Epistel, die dann den Papst erreichte. Dort ist auf drei Seiten unter seinem Briefkopf als Ministerpräsident (also nicht als Militärrats-Vorsitzender) und mit seiner Unterschrift als General kaum mehr gesagt als das, was der Befehlshaber des Kriegrechts schon in seinen früheren öffentlichen Ansprachen beteuert hatte: Daß dieser Ausnahmezustand so kurz wie möglich dauern solle, daß es keine Rückkehr zum Zustand vor dem August 1980 gebe und auch künftig für eine autonome

Gewerkschaft wie *Solidarność* Platz sein werde. Dies alles jetzt zwar „mit Brief und Siegel“, doch immer noch ohne einen Hinweis auf praktische Wege zurück zu einer Normalität, die diesen Namen halbwegs verdient.

Dafür fehlt, wie auch der Korrespondent des italienischen KP-Organs *Unità* aus Warschau schrieb, eine Grundvoraussetzung: „Man sieht nicht, was die zivile Alternative zum Militärregime sein könnte. Die Partei ist geteilt, passiv und ohne wirkliches Regierungsprogramm.“ Andere regierungsfähige Faktoren existieren nicht und würden von Moskau auch schwerlich geduldet. *Solidarność* andererseits soll — auch nach Meinung der Kirche — keine Politik mehr machen, und die Kirche selber will im Grunde keine Politik machen, wie nicht nur Primas Glemp dem General, sondern auch der Papst dem polnischen Gesandten deutlich sagte.

So bleibt der polnischen Kirche im Augenblick nicht mehr, als gegen die weitere Vergiftung der Atmosphäre und ihre Folgen zu wirken. „Wenn es mehr Heilige, ehrliche Christen und verantwortliche Menschen gegeben hätte, die unabhängig davon, ob jemand Parteimitglied oder parteilos ist, die anderen respektiert hätten, wären wir nicht von soviel Unglück geschlagen worden“, predigte Glemp mit kritischem Unterton nach allen Seiten und rief dazu auf, „den Haß zu beherrschen“; denn „nur mit Vergebung und Liebe“ sei Neues aufzubauen. Wie aber kann solcher Gefühlschwung auch nur annähernd entstehen, solange Polens Misere vorwiegend als Munition des west-östlichen Propagandakrieges dient?

Hilfe — aber nicht privat

Die Grenze der DDR zu Polen ist fester geschlossen denn je / Von Marlies Menge

Ost-Berlin, im Januar

I lona, aus der 22. Oberschule in Berlin-Lichtenberg, wartet noch immer auf einen Brief aus Polen. Wie die meisten Schulkinder der rund 5900 DDR-Schulen ist auch sie dem Aufruf der FDJ und der Pionierorganisation gefolgt und hat in der Woche vor Weihnachten ein Päckchen für ein polnisches Kind gepackt. Ihre Mutter hatte ihr Geld gegeben und eine Liste für Backwaren, Butter, Wurst und Seife. Von dem Rest des Geldes hat sie gekauft, was ihr einfiel, Lametta und Kerzen und vor allem die Bonbons, die sie mag — jeweils in doppelter Ausführung, falls der Empfänger ein Geschwisterkind hat, mit dem er teilen muß. I lona hat alles festlich eingewickelt und in das Paket obenauf ihren Namen und ihre Adresse gelegt.

Mit DDR-eigener Überschwenglichkeit wurde die Hilfsbereitschaft der eigenen Bürger in den Medien gelobt. Fotos von der Ankunft von „Solidaritätskonvois“ füllten die Seiten. Lastwagenfahrer Kurt Westphal zum Beispiel schilderte in der *Ost-Berliner Zeitung* die schwierige Fahrt auf vereisten Straßen: „Aber wir wußten um unseren Auftrag und wie sehr die Gedanken der Berliner Genossen und unserer Familien bei uns waren. Das gab uns Kraft.“ In Warschau erhielt er „von einem polnischen Genossen eine Armbinde der Arbeiterwehr — als Dankeschön und Erinnerung“.

Die Hilfsaktion war staatlich organisiert: Kinder brachten Pakete in die Schule; Betriebe und Organisationen spendeten auf Sonderkonto 555 des Postcheckamtes. Mit den Spenden wurde eingekauft und Lastwagen und Züge in Richtung Polen beladen. Als ein Pfarrer in seiner Gemeinde Pakete packen lassen und sie selbst nach Polen bringen wollte, wurde ihm gesagt, daß das nicht möglich sei.

Die Aktion „Brot für die Welt“ der evangelischen Kirchen der DDR zahlte 200 000 Mark auf das Sonderkonto ein. 10 Millionen Mark der DDR-Gewerkschaftsbund, 70 000 Mark die Leuna-Werke — um nur einige Beispiele zu nennen. Das Braunkohlenkombinat Senftenberg stellt 110 Ferienplätze für polnische Kinder zur Verfügung. Polnische Frauen, die in DDR-Betrieben arbeiten — nicht nur die Grenzgänger in den grenznahen

Orten —, dankten öffentlich für die „Bruderhilfe“. Eine polnische Arbeiterin aus einer Erfurter Schuhfabrik wurde in der *Ost-Berliner Zeitung* zitiert: „In solchen schwierigen Situationen erweist sich, wer unsere wirklichen Freunde sind.“

Der Sohn einer Freundin erzählte, der Lehrer habe besorgt darum gebeten, keine getragenen Kleidungsstücke in die Pakete zu packen. „Wir wollen die polnischen Freunde nicht kränken.“ Dahinter stand wohl die Sorge, man könnte die Gelegenheit nutzen, um mit der in der DDR nicht eben üblichen Arroganz gegenüber Polen auf diese Weise seine alten Klamotten loszuwerden. Die Sorge war unbegründet. Trotz der heuchlerischen Berichterstattung, die oft eher das Gegenteil des Erwünschten bewirkt, wurde ausgiebig gespendet.

Polen ist auch in der DDR ein häufiges Gesprächsthema. „Schrecklich, daß jetzt viele so tun — auch bei euch —, als ob eine Militärregierung der einzige Ausweg war. Wie könnt ihr einem Volk einfach die Möglichkeit absprechen, sich seine Regierung selbst zu wählen, nur weil nicht sein kann, was nicht sein darf.“ Aber solche Meinungen hört man nur hin und wieder, vor allem von Intellektuellen. Die meisten denken realistisch — schließlich existieren geographische Tatsachen.

Abgesehen vom Solidaritätsstrubel ist die Berichterstattung über die Zustände in Polen in der DDR eher sparsam: immer wieder Meldungen von der allmählichen Normalisierung im Alltag. Die Haltung Helmut Schmidts in den USA brachte ihm in der DDR eine gute Presse — auf den ersten Seiten der DDR-Zeitungen. Doch vom Besuch Rakowskis in Bonn erfährt man genauso wie von der Zusage der Militärregierung, die Arbeitermitbestimmung in den Betrieben zu erhalten, nur durch westliche Medien. Und auf den Beschluß der Nato-Außenminister reagierte die DDR-Agentur ADN ebenso empört wie die sowjetische Agentur.

„Krokodilstränen zuerst, die blanke Wut jetzt“, schrieb vor wenigen Tagen der *Sonntag*, das Wochenblatt des Kulturbundes. „Das ist das Bild, welches die Massenmedien des Westens bieten, wenn es heute um die Lage in Polen geht. Zuerst kein

Tag, an dem man nicht glaubte, vor einer „Einschüchterung von außen“ heuchlerisch warnen zu müssen. Jetzt, da in unserem Nachbarland tatsächlich damit begonnen wurde, die Dinge in die eigenen Hände zu nehmen; jetzt, da sich Regelungen anbahnen, die — allerdings — auf die Verteidigung und Festigung des Sozialismus aus sind, jetzt ist es plötzlich vorbei mit der bis zum Erbrehen beschworenen „Nichteinmischung“.

Der Bericht eines DDR-Fernsehschichters aus Warschau begann mit den Worten: „Man drängt sich, um zur Arbeit zu kommen. Bilder, wie sie lange Zeit in Polen nicht üblich waren.“ Damit sollte wohl an die landesübliche Meinung vieler Bürger appelliert werden, die zu *Solidarność*-Zeiten eher ärgert auf die polnische Entwicklung reagierten. Damals dachten viele: „Die sollten lieber arbeiten.“ Inzwischen hat sich die Konjugation geändert: „Die hätten lieber arbeiten sollen, um das, was sie doch immerhin erreicht hatten, zu bewahren.“ In den letzten Tagen treffen Weihnachtskarten aus Polen in der DDR ein. Sie sind geöffnet worden und tragen den Zensurstempel. Vielleicht brauchen sie deshalb so lange.

Die Autobahn kurz vor dem Grenzübergang Frankfurt/Oder ist in diesen Tagen dann auch merkwürdig leer, abgesehen von einigen Lastwagen und einem Tankwagen voller Milch. Noch in den ersten Dezembertagen sah man hier viele Wagen mit polnischem Kennzeichen, die voll bepackt — meist aus dem Westen — nach Hause fuhren, und auch viele westdeutsche Pkws, die Polen besuchte. Damit ist es nun erstmal vorbei.

Freunde, die nahe der polnischen Grenze wohnen, sagten: „So geschlossen wie jetzt war die Grenze nach Polen lange nicht mehr. Noch Anfang Dezember kam wöchentlich einmal unser polnischer Chorleiter zu dem Chor unseres Ortes zum Üben. Dabei haben wir zuerst nach dem 13. Dezember noch gedacht, na, wenn erst wieder in Polen dieselben Verhältnisse herrschen wie bei uns, dann können die endlich wieder die Grenze öffnen, und wir können wieder zum Flohmarkt nach Stettin. Wie die Dinge jetzt aber liegen — dauernd erhöhen sie die Preise, und nichts gibt es zu kaufen —, da können sich unsere gar nicht erlauben, die Grenze zu öffnen, sonst kaufen uns die Polen ja leer.“

Zuverlässig
Bewährt
Verträglich
Mit nur einem Wirkstoff —
reine ASS
(Acetylsalicylsäure)



ASPIRIN®
gegen
Kopfschmerzen

ASPIRIN: Gegen leichte bis mittelstarke Schmerzen, insbesondere Kopfschmerzen, Schmerzen und Fieber bei Erkältungskrankheiten und Grippe. Nicht einnehmen bei Überempfindlichkeit (Asthma) gegenüber Salicylaten oder anderen Prostaglandinsynthesehemmern, bei erhöhter Blutungsneigung, bei Magen- und Darmgeschwüren, vorgeschädigter Niere und in den letzten vier Wochen der Schwangerschaft. — Fragen Sie Ihren Arzt bei Anwendung über längere Zeit und in höherer Dosierung. — Bei hochdosierter Daueranwendung ist eine geringfügige Erhöhung der normalen Blutabgabe aus Magen und Darm zu berücksichtigen; selten sind Überempfindlichkeitsreaktionen, gelegentlich Magenbeschwerden. Bayer Leverkusen

MATERIALBRIEF 2

Arbeitsgruppe

Friedensbewegung in Ost und West



Bundeskongress Autonomer Friedensinitiativen BAF

Arbeitstreffen am 20./21. März 1982
in Osnabrück

AG "Ost-West/Friedensbewegung in der DDR"

Die AG ist einhellig der Meinung, daß die erstarkende unabhängige Friedensbewegung in der DDR - wie sich an den 100 en Unterzeichnern unter den Berliner Appell und den 6000 Demonstranten in Dresden am 13.2. zuletzt zeigte - für die Friedensbewegung im Westen von großer Bedeutung ist. Wir sind der Meinung, daß die Unterstützung der unabhängigen Friedensbewegung in der DDR durch uns das beste Mittel ist, um diejenigen zu schlagen, die hier im Westen mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit der Verteidigung der

'Freiheit' gegen die Unterdrückung wie in Polen, DDR usw. Aufrüstung betreiben und fordern. Robert Havemann ruft in einem Brief an "unsere Friedensfreunde im Westen, an Schriftsteller, Wissenschaftler, Vertreter der christlichen Kirchen und überhaupt an alle, die begriffen haben, daß von einer freien Friedensbewegung in der DDR starke internationale Impulse ausgehen werden, um den Friedenskräften zum Sieg zu verhelfen," auf, die unabhängige Friedensbewegung in der DDR zu unterstützen, indem als erstes der 'Berliner Appell' in Ost und West verbreitet und bekannt gegeben wird. (FR v. 20.3.) Havemann schreibt, daß die "unabhängige Friedensbewegung in der DDR tatsächlich Wirklichkeit geworden ist. Sie hat ihren, öffentlich unaufhaltsamen Lauf, angetreten."

Wir sind der Meinung, daß die aktive Unterstützung dieser Bewegung zum festen Bestandteil der Arbeit einer jeden Friedensinitiative werden muß.

Die AG hat beschlossen, bestehen zu bleiben und weiterzuarbeiten. Interessierte wenden sich bitte an:

Jürgen Döschner
Am Surck 52
46 DORTMUND
Tel 0231/778021

1,50 DM

ZUR HERAUSGABE DES MATERIALBRIEFES:

Liebe Leser!

Als sich am 20./21.3.82 in Osnabrück anlässlich des bundesweiten Arbeitstreffens der Autonomen Friedensinitiativen (BAF) die "Arbeitsgruppe Friedensbewegung in Ost und West" gründete, lautete einer ihrer Beschlüsse, in unregelmäßigen Abständen eine Sammlung von Materialien zur Friedensbewegung in der DDR und Osteuropa und der Solidaritätsarbeit dazu in der westdeutschen Friedensbewegung herauszugeben. Die Zweite Ausgabe dieses "Materialbriefes" liegt euch jetzt vor. Dazu einige Bemerkungen:

1. Nachdem der erste MATERIALBRIEF noch in geringer Auflage und kopiert erschienen ist, und aufgrund der großen Nachfrage immer wieder nachkopiert werden mußte, haben wir uns entschlossen, diese Ausgabe von vorn herein in größerer Stückzahl (300) herzustellen. Einige Gruppen haben sich auch bereit erklärt, den MATERIALBRIEF an ihren Büchertischen zu verkaufen und ihn auch am 17.4. in München einzusetzen. Wir haben eine billige Druckerei ausgemacht, wodurch das ganze erschwinglich bleibt.
2. Zur besseren Übersichtlichkeit und Vermeidung von Mißverständnissen haben wir zwei Rubriken eingerichtet: Unter der Rubrik "Presse-
spiegel" drucken wir einige uns interessant erscheinende Zeitungs-
artikel ab. Die Rubrik "zur Diskussion" bietet Raum für individuelle oder sonstige schriftliche Diskussionsbeiträge zum Thema Friedensbewegung in der DDR und der politischen Dimension dieses Themas.
3. Aus Kostengründen haben wir in dieser Nummer nicht alles aufgenommen, was uns zugeschickt worden ist. Um die Arbeit zu vereinfachen und Kosten zu sparen, schlagen wir folgendes vor: entweder den entsprechenden Artikel, das Flugblatt oder sonstiges bereits gedruckt in einer Auflage von je 300 Exemplaren zuzuschicken, oder den Beitrag auf Papiermatritze (Rotaprint) zuzüglich Papier (ersatzweise 4,50 DM).
4. In einer Zuschrift kam der Einwand, die sog. "bürgerlichen Medien" (FAZ, DLF usw.) aus dem Verteiler zu streichen. Dies halten wir aus verschiedenen Gründen nicht für richtig und schlagen vor, diese Frage auf dem nächsten Treffen in Hannover zu besprechen.
5. Bisher haben einige von uns eine Menge Geld vorgestreckt (v.a. für den MATERIALBRIEF Nr.1). Wir bitten daher ersten alle, sich auch finanziell an der Arbeit der AG und speziell der Herausgabe des MATERIALBRIEFES zu beteiligen und wollen zweitens ein Spendenkonto einrichten. Näheres dazu im Einladungsbrief für Hannover. Es wäre übrigens am besten, den MATERIALBRIEF zu abonnieren (3 Nummern für 5,- DM ~~zuzüglich~~ Porto!). Spenden sind immer willkommen!
6. Auf Wunsch einiger Gruppen am 8.4. sehen wir künftig davon ab, in jedem MATERIALBRIEF den Verteiler zu veröffentlichen. Dies ist aus Kostengründen schon wegen des Umfangs nicht mehr möglich.

Arbeitsgruppe Friedensbewegung in Ost und West
i.A. Jürgen Döschner

IMPRESSUM:

MATERIALBRIEF Nr. 2, Einzelpreis 1,50 DM, Postabo für 3 Nr. 5,- DM
Auflage dieser Ausgabe: 300 ^{2291. Porto}

Herausgeber: Bundeskongreß autonomer Friedensinitiativen (BAF) - Arbeitsgruppe Friedensbewegung in Ost und West

Verantwortlich: Jürgen Döschner, Am Surck 52, 4600 Dortmund 50
Tel.: 0231/778021

Bestellungen, Zuschriften usw. an: s.o.

"Arbeitsgruppe Friedensbewegung in Ost und West"

BERICHT VON DER ARBEITSBESPRECHUNG AM 8.4.82 IN BOCHUM

Die Ereignisse der letzten Wochen haben gezeigt, wie dringlich und richtig die Bildung dieser Arbeitsgruppe war und ist. Trotz erster Repressionen (Verhaftung von Roland Braukmann, Verbot des Abzeichens "Schwerter zu Pflugscharen", neue Wehrgesetze...) erstarkt die Friedensbewegung in der DDR von Tag zu Tag. Gleichzeitig wächst in der westdeutschen Friedensbewegung der Wille und die Bereitschaft, diese Bewegung zu unterstützen und gegen Angriffe zu verteidigen. So war auf allen Ostermärschen das in der DDR verbotene Symbol "Schwerter zu Pflugscharen" zu sehen. Auch die Auseinandersetzungen um den Aufruf für die Demonstration am 10.6. in Bonn hat gezeigt, daß die Frage der Solidarität mit der unabhängigen Friedensbewegung in der DDR zum Diskussionspunkt und Prüfstein der gesamten Friedensbewegung geworden ist.

Diese rasante Entwicklung innerhalb der letzten Wochen schlug sich auch in der Resonanz auf die Gründung unserer Arbeitsgruppe nieder. Die Veröffentlichung in der taz und in dem Protokoll des Osnabrücker Treffens führte zu zahlreichen Briefen und Anrufen aus allen Teilen der Bundesrepublik und dem Ausland. Dabei wurden nicht nur Informationen angefordert, sondern auch Berichte und Ergebnisse bereits geflaufener Solidaritätsarbeit für die Friedensbewegung in der DDR zugeschickt. Kontakte wurden geknüpft zum Bundesvorstand der GRÜNEN, der ALTERNATIVEN LISTE Berlin, sowie zur GEW(NRW) und anderen Gewerkschaften und Organisationen.

In dieser Situation fand - wie in Osnabrück besprochen - die Arbeitsbesprechung am 8.4. in Bochum statt. Leider schlug sich die Resonanz auf die Gründung der AG und die objektive Entwicklung der Friedensbewegung in der DDR nicht voll auf die Zahl der Teilnehmer an diesem Treffen aus. Es nahmen etwa 25 Leute aus 10 Initiativen daran teil, wobei es sich fast ausschließlich um solche handelte, die in Osnabrück bei der Gründung nicht dabei waren. Das schmälerte jedoch keineswegs den Wert der Diskussion und der Ergebnisse, die dabei herauskamen.

In dieser Diskussion betonte ein Kollege, daß der Wert und Nutzen unserer Arbeit nicht davon abhängen, welche und wieviele indirekte Kontakte und Verbindungen wir zur DDR-Friedensbewegung haben. Vielmehr komme es in erster Linie darauf an, die Rechte und Freiheiten, die uns hier im Westen zur Verfügung stehen, im Sinne des Aufrufs von Robert Havemann vom 20.3.82 für die Unterstützung der Friedensbewegung in der DDR einzusetzen.

Zwei Tage später zeigte sich, wie das praktisch aussehen kann: 20.000 demonstrierten beim Ostermarsch in Frankfurt unter dem Motto "Schwerter zu Pflugscharen", und auf allen anderen Ostermärschen tauchte massenhaft das in der DDR verbotene Emblem auf. Eine andere Art der Unterstützung wurde in Form einer Unterschriftensammlung praktiziert (siehe weiter unten).

Weitere Diskussionsbeiträge setzten sich mit der Befürchtung auseinander, daß jene, die ihre Solidarität mit der Friedensbewegung in der DDR ausdrücken, mit den Reaktionären in einen Topf geworfen werden. Es stellte sich heraus, daß dieses "Argument" relativ häufig auftaucht und unter dem Stichwort "deutsch-deutsches Schaukelspiel" (W. Biermann) zusammengefaßt werden kann.

Die "Geh'-doch-nach-drüben-Demagogie" findet man in beiden Teilen Deutschlands. Wer hier für Veränderungen eintritt, ist gleich "Kommunist" im klassisch verfälschten Sinne. Wer für Veränderungen in der DDR eintritt, gilt als "Klassenfeind" und "Agent des Imperialismus". Deshalb sei es für uns und unsere Arbeit enorm wichtig, meinte ein Mitglied der AL Berlin, den Kampf für Veränderungen hier, gegen das Rüstungsdiktat von Reagan & Co., zu verbinden mit der aktiven Unterstützung der Kräfte, die in der DDR, Polen und anderen Ländern des sog. "realen Sozialismus" für Veränderungen, mehr Demokratie und das Selbstbestimmungsrecht der Völker eintreten.

Gegen den immer wieder von verschiedenen Kräften innerhalb der west-

5

deutschen Friedensbewegung erhobenen Spaltungsvorwurf wurde als zentrales Argument entgegengehalten, daß ein möglichst breiter Rückhalt für die Ziele der Friedensbewegung innerhalb der gesamten Bevölkerung - v.a. bei Arbeitern, Hausfrauen usw. - nur zu erreichen ist, wenn diese Ziele für Ost und West gleichermaßen gelten, wenn wir die ~~wir für unseren Kampf in Anspruch nehmen~~ Rechte, die wir für unseren Kampf in Anspruch nehmen, auch den Jugendlichen und der Bevölkerung in der DDR zubilligen und unsere Rechte dafür einsetzen, um ihren Kampf darum zu unterstützen.

Im Anschluß an diese inhaltliche Diskussion, die hier nur sehr verkürzt wiedergegeben werden kann, wurden die Möglichkeiten der praktischen Solidarität und Einheit mit der Friedensbewegung in der DDR besprochen. Dabei wurden in Ergänzung zu den Vorschlägen vom Osnabrücker Treffen (Partnerschaften zu Friedensinitiativen in der DDR, Unterschriftensammlung, Bekanntmachung des "Berliner Appell"...) folgende Anregungen gegeben:

- Da das Treffen ohnehin nicht die Absicht hatte, die Diskussion stellvertretend für alle anderen Gruppen und Initiativen zu führen und viele Fragen noch nicht ausdiskutiert wurden, wurde vorgeschlagen, daß an den einzelnen Orten Diskussionsveranstaltungen durchgeführt werden sollten, auf denen dann öffentlich und unter Beteiligung verschiedener Gruppen und Organisationen diese Fragen diskutiert werden können. In einigen Städten gab es schon solche Veranstaltungen oder sind in Planung (s.dazu Flugblatt der AL Berlin). Allgemeine Zustimmung fand auch der Vorschlag, zu solchen Veranstaltungen Referenten einzuladen, wie z.B. Bernd Eisenfeld.
- Ein IG-Metall-Vertrauensmann aus Bochum schlug vor, in Anlehnung an die DGB-Aktion für Partnerschaften mit polnischen Internierten auch Partnerschaften für Jugendliche und andere in der DDR zu organisieren, die wegen ihres Engagements in der unabhängigen Friedensbewegung im Gefängnis sitzen.
- Eine Initiative aus Köln schlug vor, auf der Karfreitag-Veranstaltung der DGB-Jugend in Dortmund, auf den Demonstrationen und Veranstaltungen anläßlich des SPD-Parteitages in München und darüber hinaus Unterschriften zur Unterstützung der unabhängigen Friedensbewegung in der DDR und für die Freilassung von Roland Braukmann zu sammeln.

Zuletzt wurde die Vorbereitung des nächsten ordentlichen Treffen der Arbeitsgruppe in Hannover besprochen. Zum Ablauf einigten sich die Anwesenden auf folgenden Vorschlag:

1. Inhaltliche Diskussion über Forderungen und Ziele der DDR-Friedensbewegung
 2. Vorbereitung der Demo am 10.6. in Bonn - Platz der DDR-Friedensbewegung dort
 3. Bericht über die neuesten Ereignisse und Berichte aus den Gruppen
- Zum Termin des AG-Treffens: der in Osnabrück gemachte Vorschlag lief auf den 22.5.82 in Hannover hinaus. Da jedoch am Wochenende zuvor eine bundesweite Demo gegen die IDEE (Militärelektronik-Messe) geplant ist, wäre zu überlegen, ob und wie man dieses miteinander kombinieren kann, um möglichst vielen Gruppen und Initiativen zu ermöglichen, an der Sitzung der AG teilzunehmen. Ihr könnt euch jedenfalls auf den Zeitraum zwischen dem 15. und 22. Mai einstellen. Dazu kommt dann rechtzeitig noch eine genaue Einladung.

Mit solidarischen Grüßen

Jürgen Döschner

5.6

INFO-ABSCHNITT: Ausfüllen - abtrennen - abschicken

NAME:

Initiative:

Adresse:

Telefon:

☐ Ich möchte in den Verteiler aufgenommen werden. 5,-DM liegen bei.

☐ Ich möchte einen Beitrag im "Materialbrief" veröffentlichen, liegt

☐ Ich möchte/n am nächsten Treffen der AG in Hannover teilnehmen

BERICHT von der ZENTRALEN FRIEDENSVERANSTALTUNG DER
GEWERKSCHAFTSJUGEND IN DORTMUND:

"Für Frieden durch Abrüstung, Solidarität mit allen unterdrückten Völkern und deshalb auch: Solidarität für Polen."

Zur Veranstaltung der Gewerkschaftsjugend waren 4000 Teilnehmer gekommen. DGB Bundesjugendsekretär Brauser stellte sich in seiner Eröffnungsrede an die Seite der unabhängigen Friedensbewegung in der DDR: "Uns sollen die vom Hals bleiben, die als sogenannte Linke stets kritisieren, was sie in Polen und der DDR für richtig halten. Wer meint, daß der Kampf gegen die Friedensbewegung in der DDR richtig ist, muß sich die Frage gefallen lassen, was er in der Friedensbewegung hier will."

Auch von den anderen Rednern und Künstlern, wie O. Lafontaine (Mitgl. des SPD-Parteivorstands), Stefan Heym, Schriftsteller in der DDR und Wolf Biermann, wurde der Friedensbewegung in der DDR Solidarität und Unterstützung zugesagt.

Auf dem informellen Treffen des Arbeitskreises Friedensbewegung in Ost und West haben wir Kölner den Vorschlag gemacht uns an der Friedensveranstaltung der Gewerkschaftsjugend zu beteiligen, mit einer Unterschriftensammlung.

Auf einer Versammlung in Köln, organisiert vom Kreis für deutsch-deutsche Jugendtreffen, an dem auch Mitglieder mehrerer Friedensinitiativen aus Köln teilnahmen, wurde eine Resolution verabschiedet, die einen Aufruf beinhaltet zur Unterschriftensammlung. (d. Resolution ist auf der nächsten Seite abgedruckt).

Die Unterschriftensammlung und die Forderungen sind beschränkt darauf, eine möglichst breite Unterstützung zu ermöglichen für den Kampf der Jugendlichen und der unabhängigen Friedensbewegung in der DDR. Es wurden Forderungen ausgeklammert, die für viele ein politisches Ultimatum darstellen, und dadurch von der Unterstützung abhalten könnten.

Zu den politischen Fragen und Forderungen der Friedensbewegung wollen wir im Mai eine Diskussionsveranstaltung durchführen.

Mit dieser Unterschriftensammlung haben wir einen Stand durchgeführt, an dem sich Kölner, Bochumer und Dortmunder beteiligten. Der Aufruf wurde von 358 Teilnehmer der Veranstaltung unterzeichnet, u.a. Wolf Biermann

Oskar Lafontaine, Mitglied des SPD-Parteivorstands

Erhard Müller, DIE GRÜNEN Landesvorstand NRW

Norbert Fröhlecke, ASTA TU Berlin

Friedrich A. Roesner, DIE GRÜNEN Kreisvorstand Dortmund

Hanni Terschüren, Vorstand der GEW Bochum

Helmut Elz, JUSO Unterbezirksvorstand Mainz

Ulrich Hecker, Redakteur der GEW Zeitung 'Neue Deutsche Schule'

Verena Krieger, DIE GRÜNEN Landesvorstand NRW

.... und viele Mitglieder und Funktionsträger der SPD, Jusos, Falken, Die GRÜNEN und der Gewerkschaften....

Der Unterschriftentext und die Ergebnisse sollen in eine Dokumentation der Gewerkschaftsjugend über diese Veranstaltung aufgenommen werden.

Lehrline, Vertrauensleute und Falken aus Bochum, Duisburg und Düsseldorf haben auf der ~~Veranstaltung~~ Veranstaltung noch zusätzlich einen Initiativantrag eingebracht.

In dem Antrag heißt es:

"Die Teilnehmer der Großkundgebung der Gewerkschaftsjugend erklären ihre volle Unterstützung für die Betätigung der Kollegen in der DDR:

- für Freiheit der Meinung, Versammlung und Organisation

- für eine unabhängige Friedensbewegung.

Wir erklären unsere aktive gewerkschaftliche Solidarität mit dem Engagement für ihr Recht auf:

- freie und unabhängige gewerkschaftliche und politische Betätigung und Organisierung

- für ihr Recht auf freie und unabhängig gewählte gewerkschaftliche Jugendvertreter in den Betrieben.

Diese Solidarität ist um so notwendiger, da erste Repressionsmaßnahmen gegen Mitglieder der Friedensbewegung, wie dem Drucker Roland Braukmann, bekannt geworden sind.

Wir schlagen als ersten Schritt der praktischen Solidarität vor, Patenschaften zu übernehmen für Jugendliche, die wegen ihres Engagements, verhaftet wurden."

Dieser Initiativantrag wurde von 293 Teilnehmern der Veranstaltung unterzeichnet, u.a.

Oskar Lafontaine, Mitglied des SPD-Parteivorstands

Beatrix Neundlinger, Sängerin der Gruppe 'Schmetterlinge'

Andrzej Kaczmarczyk, Mitglied der Solidarnosc

W. Sulecki, Begründer der Untergrundzeitung 'Robotnic' und der freien Gewerkschaften in Polen

...sowie weitere 6 Mitglieder der Solidarnosc und NZS (Studentengewerk)

...und Mitglieder der Jusos, Falken, der Grünen und Gewerkschaften.

Dieser Initiativantrag wird ebenfalls in der Gewerkschaftsbroschüre dokumentiert.

Jeder der in der Gewerkschaftsjugend organisiert ist, könnte auf dieser Grundlage ebenfalls für Patenschaften zu Inhaftierten, eintreten.

Am Stand selbst wurden noch ca. 80 DM Spenden gesammelt, die für weitere Aktivitäten des Arbeitskreises und zur Unterstützung der unabhängigen Friedensbewegung eingesetzt werden sollen.

Insgesamt war dies ein großer Erfolg für unseren Arbeitskreis und für eine gemeinsame Bewegung in Ost und West. Von einer Berliner Initiative besteht der Vorschlag eine Delegation zu Pfarrer Eppelmann durchzuführen, um ihm die Ergebnisse zu überbringen.

An unserem Stand haben noch weitere Gruppen und Initiativen Kontakt zum Arbeitskreis aufgenommen, und wollen ebenfalls die Unterschriftensammlung einsetzen.

Wir schlagen deshalb vor:

Diskutiert in euren Gruppen, ob ihr euch der Unterschriftensammlung anschließt, sie unterzeichnet und mitsammelt.

Die Ergebnisse werden dann laufend veröffentlicht.

Zentrale Sammelstelle für alle Ergebnisse ist die Kontaktadresse des Arbeitskreises bei Jürgen in Dortmund.

Als nächstes werden wir mit einigen Gruppen aus dem Ruhrgebiet, Frankfurt und dem Süden zur Kundgebung der VEREINIGTEN MÜNCHER FRIEDENSINITIATIVEN und zur Demonstration und Diskussionsforen der JUSOS nach München fahren.

Mit solidarischen Grüßen

Wolfgang van Triel

und der Kreis für deutsch-deutsche Jugendtreffen
aus Köln-Ehrenfeld

**RESOLUTION DER VERSAMMLUNG VON 25 TEILNEHMERN:
SOLIDARITÄT MIT DER UNABHÄNGIGEN FRIEDENSBEWEGUNG IN DER DDR!
FÜR DAS RECHT DER JUGEND IN DER DDR AUF FREIE MEINUNG,
VERSAMMLUNG UND DEMONSTRATION !
FREIHEIT FÜR ROLAND BRAUKMANN !**

Wir, die Versammelten beschließen folgenden Aufruf:

Robert Havemann ruft uns auf zur Unterstützung der "freien, unabhängigen Friedensbewegung in der DDR".

Er fordert uns auf, alle Möglichkeiten zu nutzen, um die Unterschriftensammlung unter dem Berliner Appell "auf volle Touren" zu bringen und die "staatlichen Organe der DDR dazu bewegen, die Sammlung nicht zu behindern, ihre einwandfreie Legalität einzugestehen (...)".

Wie es bereits 2000 Jugendliche aus Westdeutschland und Westberlin getan haben, sehen wir es als unsere Verantwortung an, Robert Havemann zu antworten und unsere Rechte auf Meinungs-, Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit einzusetzen, um den Kampf der Jugendlichen in der DDR zu verteidigen.

Wie diese 2000 Jugendliche sehen wir es

als die Verantwortung aller Kräfte und Organisationen, die sich auf den Kampf gegen die zunehmende Militarisierung und staatliche Unterdrückung berufen

als die Verantwortung der JUSOS, FALKEN, AWO-Jugend, DGB-Jugend, der GRÜNEN und aller Friedensinitiativen

an, dem Appell Robert Havemanns zu folgen und die Verteidigung des Kampfes der Jugendlichen in der DDR zu ihrer Sache zu machen:

**SOLIDARITÄT MIT DEN UNTERZEICHNERN DES BERLINER APPELLS
UND DEN 6000 JUGENDLICHEN IN DRESDEN !**

**FÜR DAS RECHT DER JUGEND IN DER DDR, IHRE FORDERUNGEN AUFZU-
STELLEN, IN VERSAMMLUNGEN UND DEMONSTRATIONEN IHREN WILLEN
AUSZUDRÜCKEN UND SICH FÜR IHRE FORDERUNGEN ZU ORGANISIEREN !**

**VERÖFFENTLICHUNG UND VERBREITUNG IHRER DISKussionEN, AUFRUFE
UND FORDERUNGEN !**

**FREIHEIT FÜR ALLE JUGENDLICHEN? DIE WEGEN DIESSES KAMPFES IM
GEFÄNGNIS SITZEN !**

**ORGANISIERUNG VON PATENSCHAFTEN FÜR JUGENDLICHE? DIE FÜR
DIESSES ENGAGEMENT VERHAFTET WURDEN !**

**FREIHEIT FÜR ROLAND BRAUKMANN, DRUCKER AUS HOYERSWERDA? DER
VERHAFTET WURDE, WEIL ER DEN AUFNÄHER "SCHWERTER ZU PFLUGSCHAREN"
HERGESTELLT HABEN SOLL !**

Zum Tode von Robert Havemann

Vor zwei Tagen ist Robert Havemann gestorben, und ich bin eigentlich noch viel zu traurig, um jetzt diesen Artikel zu schreiben.

Von den Nazis zum Tode verurteilt, saß er im Zuchthaus Brandenburg und organisierte dort den illegalen Widerstandskampf, eine kleine Zeitung wurde hergestellt, und er bastelte einen Radioapparat zusammen, mit dem ausländische Sender abgehört werden konnten. Freunde im Reichsluftwaffenamt erreichten immer wieder, daß die Vollstreckung des Todesurteils herausgeschoben wurde.

Honecker saß im gleichen Zuchthaus, flüchtete vor Ende des Krieges und gefährdete damit eine Befreiungsaktion, die die illegale KPD-Leitung im Zuchthaus Brandenburg - deren Mitglied Robert Havemann war - für lebensgefährdete Gefangene geplant hatte. Laut offizieller DDR-Geschichtsschreibung war Honecker bis zum Ende des Krieges in Brandenburg inhaftiert und wurde wie die anderen Gefangenen von der Sowjet-Armee befreit. Robert Havemann erzählte mir, wie es wirklich war.

Nach dem Krieg erkrankte Robert Havemann lebensgefährlich an Tuberkulose, konnte aber gerettet werden. Diese Krankheit verfolgte ihn sein ganzes Leben, er hatte nur noch ein Viertel Lungenvolumen, und immer im Frühling ging es ihm besonders schlecht. Von 1945 - 50 leitete er das Kaiser-Wilhelm Institut in Berlin-Dahlem und wurde 1950 von den Amerikanern entlassen, weil er in einem Artikel gegen die amerikanische Wasserstoffbombe protestierte. Von 1949 - 63 war er Mitglied der Volkskammer der DDR und von 1950 - 64 Direktor des physikalisch-chemischen Instituts an der Humboldt-Universität in Ostberlin. 1959 erhielt Robert Havemann den Nationalpreis, eine der höchsten Auszeichnungen der DDR. Nach einer Vorlesungsreihe über philosophische Fragen in Naturwissenschaften verlor er 1964 alle Ämter, bekam Berufsverbot und später wurde ihm Professorentitel sowie der Nationalpreis ab-

erkannt. Man versuchte, ihn vom öffentlichen Leben zu isolieren und seine Kritik totzuschweigen. So konnte er nur noch im Westen veröffentlichen, z.B. die Bücher „Dialektik ohne Dogma“, „Fragen, Antworten, Fragen“, „Berliner Schriften“, um nur einige zu nennen.

Diese Bücher gelangten illegal in die DDR, dort wurden sie abgeschrieben und weiterverbreitet, obwohl das strengstens verboten war und viele Menschen deswegen ins Gefängnis kamen. Das war Explosivstoff, und der Staatssicherheitsdienst machte überall dort Haussuchungen, wo seine Schriften vermutet wurden. Denn er kritisierte die dogmatische Erstarrung der DDR von links, machte Positionen streitig, und das durfte im „real-existierenden Sozialismus“ nicht sein. Wenn es Strauß nicht geben würde, müßte die DDR ihn erfinden, um innenpolitische Unterdrückungsmaßnahmen rechtfertigen zu können, aber mit Robert Havemann, mit seiner von Rosa Luxemburg ausgehenden Kritik, wurden sie nicht fertig. Gleichzeitig machte Robert Havemann Vorschläge zur Verbesserung, die die Macht der SED-Bonzen und des fast allmächtigen Staatssicherheitsdienstes beschnitten hätten. Davor hatten sie Angst, und da sie sich und ihre Funktionen mit dem Sozialismus gleichsetzen, erklärten sie ihn zum Staatsfeind.

Von 1976 - 78, nach der Ausbürgerung Wolf Biermanns, wurde Robert Havemann auf Beschluß des Ministerrats der DDR unter Hausarrest gestellt. Sie setzten an Stelle der Stärke des Arguments das Argument der Stärke, wie Jürgen Fuchs es sagte. Parallel dazu lief eine Verhaftungswelle durch die DDR und viele Freunde von Robert Havemann wurden eingesperrt, so z.B. Jürgen Fuchs, Gerulf Pannach, Christian Kunert, Bernd Markowski, Michael Sallmann... Man erpreßte sie, den Ausreisearbeit zu stellen, so wie mich vier Jahre später.

Aber Robert Havemann gab nicht auf, trotz ständiger kleinlichen Schikanen auch nach der Aufhebung des Hausar-

restes. 1979 versuchte man, ihn zu kriminalisieren, und hängte ihm „Devisenvergehen“ an. Er wurde durch das Kreisgericht Fürstenwalde zu einer Geldstrafe von 10.000 DDR-Mark verurteilt.

Etwa seit Mitte 1980 engagierte er sich in der entstehenden Friedensbewegung der DDR. In dieser Zeit lernte ich ihn kennen, als einen warmherzigen, sensiblen und optimistischen Menschen. Man sah ihm nicht an, was er alles durchgemacht hatte. Auf meine Frage sagte er, daß er nach wie vor Kommunist sei und wies lächelnd auf das große Leninbild, daß über dem Eßtisch hing. Ich erzählte von den Bluesmessen, die Pfarrer Eppelmann organisiert hatte, oder sang ihm einige meiner Lieder vor. Aber am meisten freute er sich, wenn ich Lieder von Wolf Biermann sang. Nachdem ich wegen meiner Lieder ver-

TAZ 3.4.82

haftet wurde und im Zuchthaus Cottbus saß, war immer die erste Frage unter uns wenigen Linken dort, wenn wir uns trafen: Wie geht es Robert? War die Antwort, gut, bedeutete das, daß alles o.k. war.

Seit einigen Wochen ging es mit seinem Gesundheitszustand rapide bergab, und wir, seine Freunde hier in Westberlin, machten uns große Sorgen und befürchteten das Schlimmste.

Seine letzten Worten an alle, seine Freunde waren, wir sollen uns voller Kraft in der Friedensbewegung engagieren.

Er ist bei Bewußtsein, ohne Schmerzen, ruhig gestorben.

Aber seine Ideen eines menschlichen, demokratischen Sozialismus leben weiter.

Durch uns.



Professor Havemann beim Verlassen des Gerichts, das ihn 1979 wegen angeblichen Devisenverstößes verurteilte. Foto: dpa

Offener Brief an den Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, Leonid Breschnew

Sehr geehrter Herr Leonid Breschnew!

Voller Sorge um die Zukunft Europas und um den Weltfrieden wenden wir uns an Sie in der Hoffnung, daß Ihr im Herbst erwarteter Besuch der Bundesrepublik Deutschland und Ihr Zusammentreffen mit dem Bundeskanzler Helmut Schmidt einen Weg eröffnen wird, der aus der gegenwärtigen gefährlichen Entwicklung herausführen wird.

Immer mehr Menschen fürchten sich davor, daß nach einem über dreißigjährigen Frieden in Europa nun unserem Kontinent die totale Vernichtung in einem nuklearen Weltkrieg droht. In Westeuropa konkretisiert sich diese Furcht insbesondere in der Opposition gegen die Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen, den Bau der Neutronenbombe sowie die in Europa lagernden Atomwaffen. Wenn diese Waffen jemals zum Einsatz kommen, werden sie Europa in eine Wüste verwandeln.

Es ist bekannt, daß die Befürworter dieser Politik diese sogenannte Nachrüstung der NATO als rein defensiv bezeichnen. Sie sei nur die Antwort auf die Aufrüstung der Länder des Warschauer Paktes mit den neuen, gleichfalls weitreichenden sowjetischen Mittelstreckenraketen des Typs SS 20 und auf die große zahlenmäßige Überlegenheit der sowjetischen Panzerwaffe.

Angesichts der Größe der uns drohenden Gefahr erscheint es uns müßig, die Frage zu stellen, ob diese Eskalation des Schreckens noch andere Gründe hat: Wie kann die Aufstellung der Raketen und Marschflugkörper und der Neutronenbomben verhindert werden? Wie kann Europa, das heute das Gebiet der Erde mit der größten Anhäufung nuklearer Sprengköpfe ist, in eine atomwaffenfreie Zone verwandelt werden?

Obwohl wir Unterzeichner dieses Briefes die Gründe dieser gefährlichen Entwicklung sehr verschieden einschätzen, wollen wir unterstellen, daß weder die NATO noch der Warschauer Pakt ursprünglich aggressive Ziele verfolgen und einen rein defensiven Charakter haben. Leider hat aber im Laufe der Jahre auf beiden Seiten ein schreckenerregendes Wettrüsten dazu geführt, daß sich heute an der Demarkationslinie in Europa zwei waffenstarrende Militärmaschinen gegenüberstehen. Sie verfügen über ein Vernichtungspotential, das ausreicht, die ganze Menschheit nicht nur einmal, sondern vielleicht fünf oder zehnmal zu töten. Der Grund dieses Wettrüstens besteht hauptsächlich darin, daß keine Seite der anderen die rein defensiven Absichten mehr glaubt.

Beide Seiten sind vielmehr überzeugt, einer wachsenden Bedrohung mit immer neuen Rüstungsanstrengungen begegnen zu müssen. Auf die darin liegenden Gefahren braucht nicht erst hingewiesen zu werden. Bei der Zuspitzung der militärischen Konfrontation in Europa spielt die Teilung Deutschlands eine wesentliche Rolle. Ursprünglich schien hierdurch ein gefährlicher Aggressor für immer entmachtet und damit der Frieden in Europa gesichert. Aber das absolute Gegenteil war die Folge. Denn wenn das nukleare Inferno dereinst über uns kommen wird, dann vor allem, weil die Ost-West-Konfrontation die beiden deutschen Staaten zur Aufmarschbasis und nuklearen Speerspitze des einen gegen den anderen werden ließ. Die Teilung Deutschlands schuf nicht Sicherheit, sondern wurde Voraussetzung der tödlichsten Bedrohung, die es in Europa jemals gegeben hat.

Jede Bombe, jede Rakete, überhaupt jede Waffe, die von unseren Beschützern nach Deutschland gebracht wird, sichert nicht den Frieden, sondern bringt uns dem Untergang näher. Wir brauchen keine Rüstung, wir brauchen Abrüstung. Wir brauchen nicht die Stärke von NATO und Warschauer Pakt, sondern die Fortführung der weltweiten Entspannungspolitik, damit NATO und Warschauer Pakt eines Tages überflüssig werden. Die Sicherheit Europas wird nicht durch Kriegswaffen geschaffen, sondern durch deren Beseitigung.

Es gilt, insbesondere die beiden Teile Deutschlands der Blockkonfrontation zu entziehen. In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, daß die Sowjetunion sich bis in die sechziger Jahre immer wieder für die Entmilitarisierung und Neutralisierung ganz Deutschlands ausgesprochen hat. 36 Jahre nach Ende des Krieges ist es jetzt zur dringenden Notwendigkeit geworden, die Friedensverträge zu schließen und alle Besatzungstruppen aus beiden Teilen Deutschlands abzuführen. (Selbstverständlich müßte die Stellung West-Berlins gesichert bleiben.) Wie wir Deutsche unsere nationale Frage dann lösen werden, muß man uns schon selbst überlassen und niemand sollte sich davor mehr fürchten, als vor dem Atomkrieg.

Dieses Ziel erscheint vielen Deutschen zwar erstrebenswert, aber vorläufig utopisch. Sie können es sich nicht vorstellen, daß die Sowjetunion bereit sein könnte, auf ihre militärische Basis in der DDR zu verzichten. Wir glauben aber, daß dies sehr wohl möglich ist, wenn gleichzeitig die militärische Basis der USA in der Bundesrepublik Deutschland und damit in Europa überhaupt aufgelöst wird. Zugleich müßte im Friedensvertrag festgelegt und durch die Großmächte garantiert sein, daß in Deutschland nie wieder ein aggressives Militärpotential geschaffen wird.

Sehr geehrter Herr Breschnew! Wir wenden uns in vielleicht letzter Stunde an Sie mit der Bitte, diese Vorschläge ernsthaft zu erwägen. Wir sind überzeugt, daß keine westdeutsche Regierung weiterhin auf die Stationierung der neuen Nuklearwaffen der USA beharren kann, wenn die Regierung der Sowjetunion sich bereit erklärt, über einen derartigen Vorschlag zur Lösung der Spannungen in Europa zu verhandeln, und wenn sie überdies solche Verhandlungen erleichtert, indem sie auch ihrerseits darauf verzichtet, die jetzt schon vorhandene Mittelstreckenrüstung gegen Westeuropa noch weiter auszubauen.

Angesichts der 20 Millionen Menschen, die Ihr Land in dem von Deutschland begonnenen zweiten Weltkrieg verloren hat, und angesichts der über 5 Millionen Toten, die unser Volk zu beklagen hatte, müssen Sicherheit und Sicherung des Friedens besonders für unsere beiden Völker das oberste Gebot der Politik sein.

Mit dem Ausdruck der Hochachtung

Friedensbewegung in der DDR

Mitte Februar dieses Jahres trafen sich in Dresden in der Kreuz-Kirche aus Anlaß des 37. Jahrestages der Zerstörung Dresdens im 2. Weltkrieg etwa 5000 Menschen, um gegen Rüstung und Militarismus zu protestieren. Sie fordern einen zivilen Friedensdienst in der DDR. Die Staatsmacht ist beunruhigt. Die offizielle Ideologie wird offenbar, vor allem in der Jugend, immer brüchiger. Laut herrschender SED-Ideologie gibt es mit der Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln in den Staaten des realen Sozialismus keine systemimmanenten Gründe mehr für Expansion nach außen, für Krieg. Der Militärdienst in der Nationalen Volksarmee wird so zum Friedensdienst, proklamiert. „Der Frieden muß bewahrt sein“ – heißt dementsprechend die Losung der FDJ-Kampagne, die die SED flugs als Reaktion auf das Dresdener Treffen angezettelt hat. Die Unterdrückung von Vertretern der Friedensbewegung ist die Kehrseite der Medaille. Der Ost-Berliner Jugendpfarrer Reiner Eppelmann, Initiator des „Berliner Appells“, unter dem in der ganzen DDR Unterschriften gesammelt werden, wurde von der Staatssicherheit verhaftet und erst auf heftigen Protest der Berliner Evangelischen Kirchenleitung nach 2 Tagen wieder freigelassen. Das Emblem der DDR-Friedensbewegung „Schwerter zu Pflugscharen“ – paradoxerweise die Abbildung einer Plastik, die die Sowjetunion einst den Vereinten Nationen schenkte – wird von vielen Jugendlichen auf der Jacke getragen, dem Stasi immer ein Dorn im Auge und Anlaß für vielerlei Schikanen.

Der folgende Artikel ist die überarbeitete Fassung eines Referats, das Bernd Eisenfeld auf einer Veranstaltung der Kölner Russell-Initiative im November in der ESG gehalten hat. Bernd Eisenfeld stammt aus der DDR, war dort selbst Kriegsdienstverweigerer und 1966/67 „Bausoldat“, mit allen Folgen: nämlich Berufsverbot. Für den gesamten Bereich der Staatsbank der DDR, wo er als Finanzwissenschaftler gearbeitet hatte. Als Anhänger des Prager Frühings wurde er wegen „staatsfeindlicher Hetze“ zu 30 Monaten Gefängnis verurteilt. Seit 1975 lebt er mit Familie in Westberlin. Wer mehr wissen will, der lese sein Buch „Kriegsdienstverweigerung in der DDR – ein Friedensdienst?“, erschienen im Haag & Herchen Verlag.

Solang in der DDR, im gesamten Ostblock, der Grundsatz proklamiert wird: nur weil und wenn der „Sozialismus“ militärisch stark ist (bis in das Jahr 1976 hinein galt offiziell die Strategie „Die Politik der friedlichen Koexistenz und die Sicherung der militärischen Überlegenheit des Sozialismus sind zwei Seiten einer einheitlichen marxistisch-leninistischen Strategie und Taktik“), kann der Krieg verhindert werden, solange ist die Position eines Wehrdienstverweigerers offiziell die Position einer Friedensgefährdung. Die DDR hat deshalb bisher auch keinerlei Legitimation für eine Wehrdienstverweigerung zugelassen. Unmittelbar nach dem Bau der Berliner Mauer (charakteristischerweise setzte in der DDR eine offensive Wehrerziehung und Wehrmobilisierung ein. Ganze fünf Monate nach der Schließung der Grenze reichten aus, ohne irgendeine öffentliche Diskussion), das Wehrpflicht- und Verteidigungsgesetz (letzteres das Notstandsgesetz der DDR) von der Volkskammer der DDR zu verabschieden.

Das Wehrpflichtgesetz gewährte keine Chance einer Verweigerung; die Alternative für einen Wehrpflichtigen lautete 1962: Gefängnis oder 18 Monate Wehrdienst!

Dennoch hätte die DDR ungefahr

3000 Verweigerer (so die Ergebnisse meiner Recherchen) inhaftieren müssen – der Bau neuer Gefängnisse wäre unumgänglich geworden.

Von „Bausoldaten“....

Die Verweigerer kamen vor allem aus dem Bereich der Evangelischen Kirche (die katholische Kirche hat sich bis 1965 zur Frage der Wehrdienstverweigerung abstinert und eher abgelehnt verhalten). Gefordert und angesprochen von den Verweigerern begann die Evangelische Kirche mit Vertretern des Staates in Verhandlungen zu treten. Im Herbst 1964 offenbarte sich das Ergebnis (für die Öffentlichkeit völlig überraschend) in Form eines Kompromisses. Es war per Gesetz der Status eines „Bausoldaten“ (inoffiziell „Spätsoldaten“, weil sie ein goldfarbenes Spätsymbol auf den Achselstücken trugen), der eines waffenlosen Wehrdienstes geschaffen. Ein Wehrdienst, der laut diesem Gesetz in Form des sogenannten „Gelöbnis“ auch „für die Erhöhung der Verteidigungsbereitschaft“ der DDR beizutragen hat.

Die ersten Durchgänge wurden fast ausschließlich zum Bau von Militärflugplätzen eingesetzt. Dieser Umstand (und die Formel des „unbedingten Gehorsam“ im Gelöbnistext) hat



die Gewissen der Bausoldaten von Anfang an stark belastet und in viele Gewissenskonflikte gestürzt. Eine permanente Auseinandersetzung zwischen den Bausoldaten und der Staats-, Partei- und Militärführung war die Folge. Die Bausoldaten forderten von Anfang an in Form von Eingaben, Erklärungen und Befehlsverweigerungen die Wandlung dieses militärischen Dienstes in einen Zivil- bzw. Friedensdienst.

Wenn offizielle Vertreter der DDR im Hinblick auf die aktuelle Dresdener Initiative zur Einrichtung eines sozialen Friedensdienstes in der DDR u. a. behaupten, daß diese aus dem Westen hineingetragen sei, so ist das eine Verdrehung von Tatsachen – Forderungen ähnlicher Art sind der DDR- und Militärführung von den Bausoldaten über ein Jahrzehnt herangetragen worden; es sind sogar einige dieser Bausoldaten um dieses Zieles willen ins Gefängnis gegangen. Ein geschlossener Widerstand, wie er öfters bei den ersten Durchgängen zum Beispiel bei der Verweigerung des Gelöbnisses auftrat, fand in den siebziger Jahren nicht mehr statt. Dazu trug sowohl eine gewisse Liberalisierung des Dienstalltages (Verlagerung von den Militärflugplätzen in die „Rückwärtigen Dienste“) als auch eine Dezentralisierung der Einberufung und des Einsatzes der Bausoldaten bei. Gegenüber dem – auch in den siebziger Jahren – fortgeführten Drängen der Bausoldaten nach einem Zivildienst, zeigte der Staat jedoch keinerlei Kompromißbereitschaft. In diesem Zusammenhang muß gesagt werden, daß die Evangelische Kirche der DDR den Bausoldaten keine genügende Unterstützung gewährte. Nach dem im September 1964 geschlossenen Kompromiß (der ohne eine direkte Mitwirkung Betroffener zustandekam) fand die Kirche nicht den Mut, die weitergehenden Forderungen ak-

tiv zu stärken. Als Rechtfertigung wurde betont, daß der Kompromiß das einzig Machbare darstellte und die Vertreter der Kirche vor der Alternative standen: entweder das oder gar nichts!

.... zum „sozialen Friedensdienst“

Die Bausoldaten und deren Gleichgesinnte blieben im wesentlichen bei ihren weitergehenden Forderungen, auf sich selbst gestellt. Neu an der Dresdener Initiative heute ist besonders der Umstand, daß sie zielgerichtet und offenbar erfolgreich die Kirchenbasis einzuschalten vermochte. Mit dem Aufruf, statt dem 18-monatigen Bausoldatendienst einem 24-monatigen „sozialen Friedensdienst“ Raum und Gesetz zu verschaffen, sind sie zu einem schwer wegzudiskutierenden, selbstlosen und äußerst konstruktiven Friedensbeitrag vorgestoßen, der in ähnlichen Ansätzen in der Vergangenheit nur unter Ausschuß der Öffentlichkeit gewagt wurde.

Immerhin sind inzwischen über 4000 Unterschriften zur Unterstützung dieser Initiative an die Kirchenleitung herangetragen worden. Daraus ist ableitbar, daß der Wunsch nach Alternativdienst weit mehr Befürworter findet als das in den Zahlen der Verweigerer des „Ehrendienstes“ sichtbar wird. Im Jahr werden ungefähr im Durchschnitt 500 – 600 Verweigerer registriert. Das ist sicher nicht viel im Vergleich zu den Zahlen in der Bundesrepublik.

Die Konsequenzen, die in der DDR drohen – ich erinnere an meinen Fall – verweisen aber auf die Gründe. Die Bausoldaten rekrutieren sich überwiegend aus Arbeitern und Handwerkern, kaum aus Abiturienten und Studenten, da die Folgen für diese besonders gravierend sind. Und die



5 vor 12. Friedensversammlung in der Dresdner Kreuzkirche

Konsequenzen für den Fall einer Verweigerung selbst des Bausoldatendienstes sind nahezu existenzbedrohend: weit härter übrigens als vor der Einführung des Bausoldatendienstes.

In der Zeit zwischen Januar 1962 und September 1964, betrug die Strafe durchschnittlich 6-10 Monate Gefängnis, seither liegt das Strafmaß nicht unter 18 Monate Gefängnis; dazu die Gewißheit, daß jegliche höheren Bildungswege versperrt bleiben werden.

„Sozialistische Wehrziehung“

Die nach 1962, besonders seit Mitte der sechziger Jahre forciert in Gang gebrachte Wehrziehung, setzt bereits im staatlichen Kindergarten ein. Dieser gehört zum Bildungssystem, das heißt, daß die Kindergärten nach staatlich verbindlichen Lehrplänen zu arbeiten haben, die u.a. das Spielen mit Kriegsspielzeug und das Entwickeln von Feind- und Feind-Bildern (Feind-Bild in Richtung Ost und Feind-Bild in Richtung West) vorsehen.

Weitergeführt wird das in den ersten Klassen der allgemeinbildenden polytechnischen Oberschulen u.a. in Form sogenannter „Pioniermanöver“. Da ziehen die Kinder zum Beispiel auf's freie Gelände und setzen ein Räuber- und Gendarmen-Spiel in Szene. Der Räuber, das ist der eingeschleuste Westagent, der zu fahnden ist, der Gendarm, das ist der Held der Nationalen Volksarmee. Es existiert der russische T-34-Panzer in Miniaturfertigung für Kinder, mit dem man durch die Gegend fahren und mit Platzpatronen rumballern kann. Bereits im Kindesalter wird also ganz konkret und systematisch ein Bezug zur militärischen Ausbildung hergestellt.

In den Klassen 7 und 8 folgen sog.

„Hans-Beimler-Wettkämpfe“, das sind wehrsportliche Einzel- und Mehrkampfveranstaltungen einschließlich Schießen. Für die Klassen 9 und 10 gilt seit 1978 der obligatorische Wehrunterricht. Das bedeutet: 4 Doppelstunden im Jahr Theorie (eine Art Feind-Bild-Pflege), aber vor allem am Ende der 9. Klasse ein 14-tägiges Wehrlager für die Jungen, und für die Mädchen ein 14-tägiger Lehrgang für Zivilverteidigung. Die Schüler der Abiturphase Klasse 11 und 12 haben eine ähnliche vormilitärische Ausbildung zu absolvieren. Während der Lehrausbildung wird die „Gesellschaft für Sport und Technik“ (GST) aktuell. Laut dem Arbeitsgesetzbuch der DDR ist jeder Lehrling zur vormilitärischen Ausbildung verpflichtet.

Eine Verweigerung kann die Ausbildungschancen wesentlich eingenengen. Ein Ausbildungsplatz steht zwar jedem Jugendlichen zu – in der DDR gibt es die Ausbildungspflicht und Garantie (was aus meiner Sicht im Vergleich zu unserer Situation positiv einzuschätzen ist), doch mangelnde oder gar keine Bereitschaft zur Mitwirkung an der vormilitärischen Ausbildung bedeutet die Preisgabe attraktiver Ausbildungsplätze.

In den Abiturklassen werden verstärkt Offiziersbewerberkollektive vorstellt, die die Abiturienten für einen längeren, freiwilligen Dienst in der Armee gewinnen sollen. Wer „ja“ sagt, dem winken beste Chancen, seinen gewünschten Studienplatz zu bekommen.

Ich bin ziemlich sicher, daß im Falle einer vergleichbaren Situation Bundesrepublik-DDR der Anteil an Verweigerern in der DDR wesentlich höher liegen würde als in der Bundesrepublik. Das bestätigte indirekt auch in einer ersten Erklärung zur Dresdener Initiative der Staatssekretär für Kirchenfragen in der DDR, Gysi, der die Beitragsverpflichtungen der DDR im

„Berliner Appell“

Es kann in Europa nur noch einen Krieg geben, den Atomkrieg. Die in Ost und West angehäuften Waffen werden uns nicht schützen, sondern vernichten. Wir werden alle längst gestorben sein, wenn die Soldaten in den Panzern und Raketenbasen und die Generale und Politiker in den Schutzbunkern, auf deren Schutz wir vertrauen, noch leben und fortfahren zu vernichten, was noch übrig geblieben ist.

len einen Unterricht über Fragen des Friedens einführen?

c) Sollten wir nicht anstelle des jetzigen Wehrersatzdienstes für Kriegsdienstverweigerer einen sozialen Friedensdienst zulassen?

d) Sollten wir nicht auf alle Demonstrationen militärischer Machtmittel in der Öffentlichkeit verzichten und unsere staatlichen Feiern statt dessen dazu benutzen, den Friedenswillen des Volkes kundzutun?

e) Sollten wir nicht auf die Übungen zur sogenannten Zivilverteidigung verzichten? Da es im Atomkrieg keine Möglichkeit einer sinnvollen Zivilverteidigung gibt, wird durch diese Übungen nur der Atomkrieg verharmlost. Ist es nicht womöglich eine Art psychologischer Kriegsvorbereitung?

Derum: Wenn wir leben wollen, fort mit den Waffen! Und als erstes: Fort mit den Atomwaffen. Ganz Europa muß zur atomwaffenfreien Zone werden. Wir schlagen vor: Verhandlungen zwischen den Regierungen der beiden deutschen Staaten über die Entfernung aller Atomwaffen aus Deutschland.

Frieden schaffen ohne Waffen – das bedeutet nicht nur: Sicherheit zu schaffen für unser eigenes Überleben. Es bedeutet auch das Ende der sinnlosen Verschwendung von Arbeitskraft und Reichtum unseres Volkes für die Produktion von Kriegswerkzeug und die Ausrüstung riesiger Armeen junger Menschen, die dadurch der produktiven Arbeit entzogen werden. Sollten wir nicht lieber den Hungern in aller Welt helfen, statt fortzufahren, unseren Tod vorzubereiten?

Selig sind die Sanftmütigen, Denn sie werden das Erreich besitzen.

(Jesus von Nazareth in der Bergpredigt)

Wir schlagen vor, in einer Atmosphäre der Toleranz und der Anerkennung des Rechts auf freie Meinungsäußerung die große Aussprache über die Fragen des Friedens zu führen, und jede spontane Bekundung des Friedenswillens in der Öffentlichkeit zu billigen und zu fördern. Wir wenden uns an die Öffentlichkeit und an unsere Regierung, über die folgenden Fragen zu beraten und zu entscheiden:

a) Sollten wir nicht auf die Produktion, den Verkauf und die Einfuhr von sogenannten Kriegsspielzeug verzichten?
b) Sollten wir nicht anstelle des Wehrkundeunterrichts an unseren Schu-

Das Gleichgewicht des Schreckens hat den Atomkrieg bisher nur dadurch verhindert, daß es ihn immer wieder auf morgen vertagt hat. Vordiesem herannahenden Morgen des Schreckens fürchten sich die Völker. Sie suchen nach neuen Wegen, dem Frieden eine bessere Grundlage zu geben. Auch der „Berliner Appell“ ist ein Ausdruck dieses Suchens. Denkt über ihn nach, macht unseren Politikern Vorschläge und diskutiert überall die Frage: Was führt zum Frieden, was zum Krieg?

Bekräftigt Eure Zustimmung zum „Berliner Appell“ durch Eure Unterschrift.
Berlin, den 25. Januar 1982

Rahmen des Warschauer Vertrages gefährdet sieht, sollte dieser Initiative Rechnung getragen werden. Der Kirche drohte Gysi in diesem Zusammenhang eine Konfrontationspolitik für den Fall an, daß sie sich offen mit dieser Initiative solidarisiert. Die Evangelische Kirche hat bei den kürzlich stattgefundenen Regionalsynoden dennoch eindeutig Position für die Initiative bezogen.

Dies sind Indizien dafür, daß der systematisch ausgewerteten und intensivierte Wehrziehung und Wehrmobilisierung des Staates als Gegenpol ein verstärkter Widerstand entgegenwächst.

Ansätze einer Friedensbewegung in der DDR

Ich komme zur Frage: „Welche Ansätze einer autonomen Friedensbewegung in der DDR gibt es?“

Eine Friedensbewegung wie wir sie

derzeit hier erleben, die gibt es in der DDR nicht; sie kann und darf es auch solange nicht geben, solange Staat/Partei der SED ein unteilbares Friedensmonopol beanspruchen.

So ist auch eine Organisation von Widerstand oder Alternativen etwa in Form einer Organisation der Bausoldaten ausgeschlossen.

Die einzige Möglichkeit in einem größeren, organisierten Rahmen autonom und alternativ über den Frieden nachzudenken, zu diskutieren und zu handeln, liegt unter dem Dach der Kirche. Sobald jedoch das Portal der Kirche nach „draußen“ überschritten wird, ist der Spielraum vorbei.

Bemerkenswert ist aber, daß die Kirche ihres größeren autonomen Spielraums wegen für Jugendliche, die außerhalb der Kirche stehen, eine zunehmende Anziehungskraft gewinnt. Daß beide Kirchen, die evan-

Polische und die katholische, die Einführung des obligatorischen Wehrunterrichts kritisierten, das imponiert natürlich, denn welcher Jugendliche will schon mit militärischem Drill zu Gehorsam, Disziplin und Ordnung erzogen werden? Und je mehr die DDR mit diesen Mitteln und mit Schwarz-Weiß-Malerei die Jugend zu militärischen Übungen zwingt, umso weniger kann es bewußt angenommen werden. Noch zumal in einer Phase, die unter dem Namen „Entspannung“ läuft, die „Helsinki“ hervorbrachte und Verträge zwischen Ost und West, in welchen sich beide Seiten gegenseitige Friedensabsichten und Wohlwollen versichern. Daß die DDR gerade in dieser Phase – auch schon Jahre vor der Nachrüstungsdebatte im Westen – die Wehrerziehung und Wehrmobilisierung beträchtlich forcierte und verschärfte, bedeutet zwar einen klaren Verstoß gegen den Geist und Paragraph der Verträge, ist aber auch bezeichnend. Die politischen Führer Osteuropas und der DDR haben seit Helsinki ohne Zweifel einen verstärkten Druck von unten in Richtung Liberalisierung zur Kenntnis nehmen müssen. Und es scheint offensichtlich, daß die politische Führung der DDR die Wehrerziehung und Wehrmobilisierung als Gegengewicht einsetzt. Die Geschichte belegt: Je mehr ein System nach innen destabilisiert (politisch, wirtschaftlich und sozial) wird, umso mehr bemüht es sich Ursache und Feind nach draußen zu verlagern.

Ich glaube, daß diese Dimension in der Friedensdiskussion, insbesondere im Ost-West-Vergleich, zu wenig beachtet wird. Ich glaube nicht, daß die Wehrmobilisierung in der DDR letztlich auf den Krieg zielt; zumindest nicht in Richtung West, obwohl die außenpolitische Verteidigungspflicht des DDR-Bürgers verschärft wurde. In den sechziger Jahren war der DDR-Bürger zum Schutz und zur Verteidigung des „sozialistischen Vaterlandes“ aufgerufen; seit 1968, seit der Beteiligung der DDR an der Intervention in der CSSR, ist er aufgerufen „Schutz des Sozialismus“. Wenn heute hierzulande die Friedensbewegung vor allem von einer Kriegsangst in der Ost-West-Dimen-

sion befüllt wird, dann würde ich auf die DDR-Bürger, vor allem der jungen und mittleren Generation bezogen, eine solche Angst nicht registrieren wollen.

Ich gehe sogar soweit zu sagen, daß die DDR-Bürger weniger ängstlich im Hinblick auf die dort offiziell propagierte Ost-West-Kriegsgefahr, auf die propagierte Kriegsbereitschaft des Westens sind, als die Bürger im Westen im Hinblick auf eine östliche Intervention.

Die Angst der DDR-Bürger ist anderer Natur. Sie richtet sich mehr oder weniger nach innen und/oder nach außen in Richtung Ost. Es ist die Angst, zum Beispiel in Polen mit einmarschieren zu müssen, und die Angst, daß jetzt im Rahmen der neuen Aufrüstungsspirale – vor allem zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion – die kleinen Freiheiten, die sich infolge Helsinki ergaben, wieder verloren gehen könnten. Natürlich fürchten sie auch die riesige Rüstungslasten und wünschen deshalb Abrüstung. Doch wenn sie von Abrüstung sprechen, dann meinen die Bürger der DDR in der Regel beide Seiten: Ost und West. Auch die Wehrdienstverweigerer in der DDR und jene, die die Friedensbewegung in Richtung eines „sozialen Friedensdienstes“ tragen wollen, sind nicht auf eine einseitige, vielmehr auf eine pärtitische Schwächung des militärischen Apparates aus. Solange die Systeme Ost und West unversöhnlich gegenüberstehen (und in Europa kommt m.E. diese Art Vereisung, diese Form des kalten Krieges in erster Linie aus Richtung Ost), solange werden die Chancen auf Erfolg der Friedensbewegung von einer beiderseitigen Bedrängung der Militärblöcke abhängig gesehen.

Friedensbewegung in Ost und West

Ich komme zur letzten Frage: „Gibt es Möglichkeiten der Zusammenarbeit von Friedensbewegungen in der DDR und der BRD?“

Ein wichtiger Ausgangspunkt sollte zunächst die Verständigung darüber sein, was die Friedensbewegung will. Allein den Krieg zu verhindern, das



DDR-Kriegsspielzeug: „Wir spielen Soldat“

reicht m.E. nicht aus.

In Osteuropa und auch in der DDR richtet sich die Dimension Frieden – wie schon hervorgehoben – besonders stark nach innen; gegen Militarisierung und für Liberalisierung, für mehr individuelle Menschenrechte.

Ich bin der Auffassung, daß hier und heute im Westen der Begriff Krieg und Frieden viel zu sehr mit waffentechnischen Problemen belastet, ja, überlagert wird.

Damit geht ein Solidaritätsbeitrag in Richtung Osten weitestgehend verloren. Frieden und Menschenrechte (soziale, politische und wirtschaftliche) werden drüben viel stärker als Einheit empfunden als es im Westen deutlich wird. Hier fühlen sich die um eine autonome Bewegung bemühten Kräfte im Osten häufig vom Westen im Stich gelassen. Eine Chance, sich gemeinsam stärker zu machen, wird hierdurch versäumt.

Auf der Ebene der Kriegsdienstverweigerung sieht es nicht viel anders aus. Für alle Bürger wenigstens Europas ein verbindlich bindendes Recht (Akte Helsinki) zu proklamieren, das jeden Bürger Garantie und Schutz für die Möglichkeit der Ableistung eines (zum Wehrdienst) alternativen Sozial-/Friedensdienstes gewährt, das wäre eine denkbare Solidantat. Bisher ge-

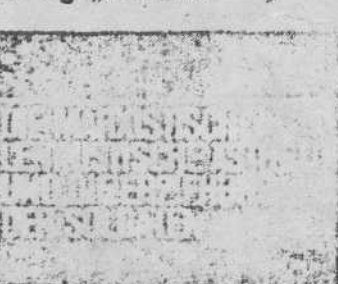
sah nichts dergleichen, im Gegenteil: eine Reihe von Kriegsdienstgegnern hierzulande scheuen geradezu den Vergleich und die Solidantat.

Freilich, eine Solidantat in Form einer deutsch-deutschen Organisation von Verweigerern ist völlig unreal; sie würde in der DDR lediglich den Staatssicherheitsdienst auf den Plan rufen.

Die beste Möglichkeit, die ich gegenwärtig sehe, ist die persönliche Kontaktaufnahme, das sich Kennenlernen, die gegenseitige Verständigung. Das ist ganz und gar kein anspruchsvolles Programm, aber es ist Voraussetzung für gemeinsame Solidantat.

Zu glauben, daß gemeinsame, von DDR-Offiziellen initiierte Ost-West-Treffen der von mir genannten Friedensbewegung weiterhelfen könnten, halte ich für höchst unwahrscheinlich. Das soll nicht heißen, diesen Initiativen auszuweichen oder sie gar zu boykottieren. Die Beteiligung halte ich für sehr wichtig; nur muß erwartet werden, daß sie – und gerade dort – nicht dem Nebeldunst der Phrase „Frieden“ unterliegt oder gar Vor-schub leistet, sondern daß sie für eine inhaltliche, offene, für alle zugängliche Friedensdiskussion genutzt wird.

Kriegs„ästhetik“



Unter der Redaktion
von Generalmajor
Prof. Dr. phil. A. S. Miłowidow
und Oberst
Prof. Dr. phil. B. W. Safronow

„Der Soldat wird im gewissen Sinne auch ästhetisch erregt, wenn ihm (...) die Waffe gehorcht, wenn er mit kleinstem Zeit- und Kraftaufwand hohe Ergebnisse erzielt.“ (S. 64)

„Je höher die Meisterschaft der Soldaten ist, je vollkommener ihre Fertigkeiten sind, desto schöner ist ihre Tätigkeit auch im Ausdruck, desto exakter ist die Organisation, desto höher die Kultur und desto harmonischer die Form, die die militärische Tätigkeit erlangt.“ (S. 64)

„Ebenso wie der Dirigent oder der kunstlerische Leiter im Theater führt der Kommandeur nicht nur, sondern er ist auch ästhetisch befriedigt.“ (S. 70)

„Um eines hohen Zieles willen ist auch der Heldenloos schön; denn er bejaht und rühmt das Leben angesichts des Todes.“

Dank der moralischen Schönheit einer Handlung unter tragischen Umständen entfaltet sich jene kraftvolle emotionale Erregung und Anspannung, die man gewöhnlich als „Gefechtsrausch“ bezeichnet.“ (S.)

„Der Mensch ist seiner Natur nach kampflernisch. Das Leben wäre langweilig, traurig und farblos, wenn es „keinen Kampf“ gäbe. Der tätige Mensch braucht Weite.“ (S. 69)

„Der Anblick einer startbereiten Rakete bewirkt beim Soldaten ästhetische Gefühle und ein Anwachsen moralischer Kräfte. Die Begeisterung für die modernste Kampftechnik verschmilzt mit dem Stolz darauf, daß sich diese mächtige Waffe in den Händen von Soldaten befindet, die aktiv für den Kommunismus kämpfen.“ (S. 66)

„Man muß nur einmal gesehen haben, wie sich Menschen freuen, um die Stärke ihres Erlebens zu spüren, wenn sie sich mit den Geräten an ein schnellfliegendes Ziel „festkrallen“, die Geschosse im richtigen Augenblick die Wolken „durchschneiden“ und nach einer Minute die Meidung enttrifft. Die Raketen trafen das Ziel.“ (S. 66)

„Heißt es: Ziel vernichtet, so fallen sich die Soldaten vor Freude in die Arme. Moralisch-ästhetische Gefühle hinterlassen eine tiefe Spur im Gedächtnis.“ (S. 69)

Aus: Marxistisch-leninistische Ästhetik. Berlin, Militärverlag der DDR, 1979. Unter Redaktion von Generalmajor Prof. Dr. phil. A. S. Miłowidow und Oberst Prof. Dr. phil. B. W. Safronow.

Heidelberg

Einige Bemerkungen zur Diskussion

Die unten abgedruckte Resolution der gestrigen Juso-Mitgliederversammlung sollte meines Erachtens die Unterstützung aller sozialdemokratischen Genossen finden.

Besonders Aufmerksamkeit sollten wir dem Aufruf von Robert Havemann widmen, der in einem Brief an die Frankfurter Rundschau "an unsere Friedensfreunde im Westen" um Unterstützung für die "freie Friedensbewegung" in der DDR bittet.

Ich glaube es ist gerade die SPD, die auf diesen Aufruf antworten muß. Die beste Unterstützung für den Appell Havemanns wäre Robert Havemann selbst auf den SPD-Parteitag in München einzuladen, und der Parteitag damit mächtigstes Sprachrohr zur Unterstützung der "freien Friedensbewegung in der DDR" werden könnte.

Darüber hinaus meine ich kann eine Diskussion mit Robert Havemann, der über 50 Jahren in den Reihen der Arbeiterbewegung kämpft und für einen Sozialismus in Freiheit eintritt, für die SPD nur lohnend sein.

Er erklärt:

"Die Teilung Deutschlands schuf nicht Sicherheit, sondern wurde Voraussetzung der tödlichen Bedrohung, die es in Europa jemals gegeben hat."

Er schlägt st vor, "alle Besatzungstruppen aus beiden Teilen Deutschlands abziehen" und tritt für eine "neue Nationalversammlung" und die Wiedervereinigung Deutschlands ein.

Wie es der OV-Neuenheim in seinem Antrag zur heutigen KDK schreibt: es gibt einen "inneren Zusammenhang zwischen der Hochrüstung und der ungelösten deutschen Frage". Gerade deshalb sollten wir die Diskussion mit Robert Havemann aufnehmen. Der erste Schritt dazu wäre, Havemann auf den Parteitag in München bei gesichertem Recht auf Rückreise in DDR einzuladen.

RESOLUTION DER ZENTRALEN MITGLIEDERVERSAMMLUNG DER JUNGSOZIALISTEN
vom 30. 3. 1982

In der DDR beginnt sich eine vom Staat unabhängige Friedensbewegung zu entwickeln.

Über 200 Jugendliche, Hausfrauen, Arbeiter und Intellektuelle haben in der DDR den "Bärlicher Appell" unterschrieben.

Sie fordern u.a.:

- Zulassung eines sozialen Friedensdienstes
- Verzicht auf Demonstrationen militärischer Machtmittel in der Öffentlichkeit
- Verzicht auf Übungen der Zivilverteidigung
- Freiheit der Meinung

Besonders mutig ist das Engagement der Jugend. So haben sich am 13. Februar in Dresden 5 000 Jugendliche aus allen Teilen der DDR versammelt und für die Forderung "Frieden schaffen ohne Waffen" demonstriert.

Wir Jungsozialisten unterstützen diesen Kampf v.a. der Jugend in der DDR, zumal ihre Forderungen Teile des gemeinsamen Kampfes der Jugend in der BRD und der DDR gegen die ständige Aufrüstung sind.

In einem Brief an die Frankfurter Rundschau wendet sich nun Robert Havemann an "... unsere Friedensfreunde im Westen, an Schriftsteller, Wissenschaftler, Vertreter der christlichen Kirchen und überhaupt an alle, die begriffen haben, daß von einer freien Friedensbewegung in der DDR starke internationale Impulse ausgehen werden..." und fordert Unterstützung, um den "Berliner Appell" in der Bevölkerung der DDR noch weiter zu verbreiten.

Wir wollen diesem Aufruf folgen, begrüßen Kontakte zwischen der Friedensbewegung in der DDR und BRD und engagieren uns gemeinsam mit den Jugendlichen in der DDR für

- Freiheit der Meinung, Versammlung, Begegnung und Reise über die Grenzen hinweg
- Freiheit für alle Jugendlichen, die wegen ihres Einsatzes für die o.g. Forderungen im Gefängnis sitzen
- Abschaffung des Zwangsumtausches

Frieden schaffen ohne Waffen im beiden deutschen Staaten

Der Wunsch der westdeutschen Friedensbewegung, ansteckend zu wirken, macht auch vor der DDR nicht halt. Dort werden für den 'Berliner Appell' Unterschriften gesammelt.

Der Schriftsteller und Atomphysiker Robert Havemann hat die westdeutsche Friedensbewegung aufgefordert diesen Appell auch hier bei uns zu verbreiten und damit auf die Regierung der DDR einzuwirken, daß die Unterschriftensammlung in der DDR nicht behindert wird. Er schreibt:

"Wir wenden uns an unsere Friedensfreunde im Westen, an Schriftsteller, Wissenschaftler, Vertreter der christlichen Kirchen und überhaupt an alle, die begriffen haben, daß von einer freien Friedensbewegung in der DDR starke internationale Impulse ausgehen werden, um den Friedenskräften zum Sieg zu verhelfen und uns alle vor der Vernichtung zu bewahren."

Kürzlich haben die DDR-Behörden verboten, das Friedenssymbol "Schwerter zu Pflugscharen" öffentlich zu tragen. Somit gerät die Friedensbewegung in der DDR in Konflikt mit der Regierung. Sie braucht unsere Unterstützung. Deswegen wollen wir Unterschriften für den 'Berliner Appell' sammeln. Eine Absage erteilen wir aber jenen falschen Freunden, die die DDR-Friedensbewegung für ihren antikomunistischen Feldzug mißbrauchen wollen.

Berliner Appell zeigt den Zusammenhang von Frieden und der ungelösten deutschen Frage.

Was bedeutet der Berliner Appell für die westdeutsche Friedensbewegung? Seine Ziele zeigen mit einem Schlag, in welcher unzureichender Weise die westdeutsche Friedensbewegung versucht, den Frieden zu gewinnen. Ihre Bemühungen erschöpfen sich im wesentlichen darin, die neue amerikanische Militärstrategie zu durchkreuzen: Keine neuen amerikanischen Mittelstrecken-Raketen in Europa stationieren. Die Forderungen nach einer atomwaffenfreien Zone und nach Abrüstung in Ost und West tritt zunehmend in den Hintergrund. Da die Bundesrepublik als Stationierungsgebiet vorgesehen ist, erscheint es begreiflich, daß sich die Friedensbewegung zunächst gegen diese Absicht wendet. Diese Forderung allein bildet aber keine Gewähr für einen dauerhaften Frieden in Europa. Der Berliner Appell erklärt daher ohne Umschweife: Der Frieden ist durch die in Ost und West angehäuften Waffen gefährdet. Das Ziel einer atomwaffenfreien Zone heißt daher für uns Deutsche:

"Verhandlungen zwischen den Regierungen der beiden deutschen Staaten über die Entfernung aller Atomwaffen aus Deutschland."

Hier wird den deutschen Regierungen ein Weg gewiesen, wie sie die bedrohte Entspannungspolitik fortsetzen können. Mehr noch: Der Berliner Appell scheut sich nicht das Übel an der Wurzel zu packen: Beendigung der lebensgefährlichen Konfrontation im geteilten Deutschland. Das Mittel: Friedensverträge mit beiden deutschen Staaten, Azug der alliierten Besatzungstruppen, Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der beiden deutschen Staaten.

Auch der Magdeburger Bischof Krusche verwies darauf, daß die Militärpakte der Wiedervereinigung entgegen stehen. Trotz aller sozialistischen Vaterlands-Thesen ist bei der Bevölkerung der DDR die nationale Frage nicht vom Tisch. Ihre Lösung sieht die Friedensbewegung dort in der Verknüpfung von Frieden und Einheit. Dies offenbart ein Denken in geschichtlichen Dimensionen, das bei den westdeutschen Forderungen 'Raus aus der Nato! Weg mit der 'Nachrüstung' zu kurz kommt.

Über die Ziele der Friedensbewegung in der DDR möchten wir mit allen Interessierten diskutieren.

Der Kerngedanke des Potsdamer Abkommens war der Wille der Völker sicherzustellen, daß von deutschem Boden nie wieder ein Krieg ausgehen dürfe. Wenn sich Schmidt und Honecker wiederholt zu diesem Ziel bekennen, so bleiben sie unglaublich solange sie im gleichen Atemzug die dichteste Militärkonzentration der ganzen Welt als Friedenspolitik rechtfertigen. Sie müssen praktische Schritte zur Verminderung der Kriegsgefahr vorschlagen. Das fehlt. Die Alternative Liste verfolgt dieses Ziel und hat daher vorgeschlagen:

Paktfreiheit für beide deutschen Staaten.
Keine Atomwaffen auf deutschem Boden.

Dies ist eine Voraussetzung, um die Entspannungspolitik fortzusetzen und ein friedliches Miteinander der beiden deutschen Staaten zu ermöglichen. Es ist gerade die Zugehörigkeit zu den Militärböcken, die die Gefahr eines Atomkrieges heraufbeschwört. Die AL hat bisher als einzige politische Gruppierung in West-Berlin und der Bundesrepublik ein außenpolitisches Friedenskonzept vorgelegt, das eine Neuauflage des Kalten Krieges auf deutschem Boden verhindern könnte. Sie schlägt keinen deutschen Sonderfrieden vor, sondern sieht die Paktfreiheit als Beitrag für eine atomwaffenfreie Zone in Europa. Die Gestaltung des Friedens verbindet sie mit der Lösung der deutschen Frage. Dies sieht sie als eine Voraussetzung, um die Spaltung Europas zu überwinden.

„Die DKP ist ein Fremdkörper“

Rudolf Bahro über den Zwist in der Friedensbewegung

Große Gruppen in der Friedensbewegung haben sich von der DKP abgegrenzt. Bei einer Konferenz von über 800 Delegierten aus 350 Organisationen weigerten sich die Grünen am vorletzten Sonntag in Bad Godesberg, einen Aufruf zur Demonstration anlässlich des Bonner Nato-Gipfels am 10. Juni zu unterschreiben. Ihr Einwand: Das Papier trage den Stempel der DKP. Der aus der DDR ausgebürgerte ehemalige SED-Funktionär Rudolf Bahro begründete, weshalb die DKP als Bündnispartner der Friedensbewegung nicht taue. Auszug aus Bahros Redemanuskript:

Der Entwurf ist das typische Produkt jener Kungeleien, bei denen das organisatorisch stets überrepräsentierte DKP-Umfeld immer den ge-

gen und beschönigen, das von Moskau aus begangen wird?

Wo ist denn der Unterschied zwischen den Todesschwadronen in El Salvador und den gepanzerten Hubschraubern in Afghanistan? Dort metzeln die Sowjets mit eigener Hand den Widerstand nieder. Millionen Menschen, vielleicht schon ein Fünftel der Bevölkerung, sind aus dem Lande geflohen. Und hat Moskau etwa nicht mit dieser Intervention die psychologischen Bedingungen für den Auftritt Reagans gefördert?

Was ist das für eine Doppelmoral, die in dem Entwurf gegen die „menschenverachtende Interventionspolitik der US-Regierung in Zentralame-

ren“ tragen. Ihr Friede muß bewaffnet sein. Die Waffen müssen nur in den von ihnen für richtig befundenen Händen liegen. Wir treten hier für einseitige Abrüstung ein, Seite an Seite mit Leuten, die niemals ihren Standpunkt korrigiert haben „Je stärker die Sowjet-Union, desto sicherer der Friede“.

Wie lange noch wollen wir uns einreden, wir könnten mit diesen Heuchlern zusammen am selben Strang ziehen? Haig ist keineswegs der einzige, für den es wichtigere Dinge als den Frieden gibt. Die Vertreter der östlichen Abschreckungsvariante denken und praktizieren dasselbe. Die Sowjet-Union hat in den 70er Jahren auch aktiv an der Rüstungsschraube gedreht.

Die DKP ist die Agentur des anderen Blocks in unserer Bewegung, ein Fremdkörper, ein Fossil aus der Zeit des Kalten Krieges. Sie ist mit ihrer Gesamtpolitik eines der Rädchen in dem Mechanismus der Blockkonfrontation, der den Krieg hervortreibt. Da ist ein Drache, der zwei Köpfe hat, und einer dieser Köpfe erhebt sich mitten unter uns.

Wir brauchen die vollständige organisatorische Trennung, an jedem Ort. Man kann keine Ostermärsche mit ihnen aushandeln. Ende dieser abartigen „Bündnisse“ auf allen Ebenen! Ihre ideologischen Positionen müssen wir Zug um Zug aus der Friedensbewegung hinausdiskutieren. Sicher können und wollen wir niemanden von der Teilnahme ausschließen. Worum es geht, ist, daß uns diese Kräfte nicht länger ihre Bedingungen aufzwingen können. Der Mythos von der Einheit der Friedensbewegung, das Beharren auf dem Minimalkonsens ist nichts als ein wohlbedachter Betrug an uns, mit dem sie das Harmoniebedürfnis der Bewegung ausbeuten.

Es kann also für den 10. Juni keinen gemeinsamen Aufruf mit ihnen geben, auch auf die Gefahr hin, daß dann weniger Leute kommen. Wir dürfen die langfristige Perspektive nicht einem Pyrrhussieg opfern. Die Zeit bis zum 10. Juni reicht aus, um allen Interessierten deutlich zu machen, was auf dem Spiel steht. Die Polarisierung gegen die DKP-Politik in der Friedensbewegung, gegen das gesamte Spektrum, das Vorfeldarbeit für sie macht, ist die Voraussetzung für jeden größeren Fortschritt in die Mehrheit der Bevölkerung hinein.



DKP-Kritiker Bahro: „Die sind bereit, manche Kröte zu schlucken“

liebten Konsens auf dem lauwarmeren kleinsten gemeinsamen Nenner erpreßt. Daß da Afghanistan und Polen erwähnt sind, trägt. Diese Leute sind notfalls bereit, manche Kröte zu schlucken, wenn nur dabei herauskommt, daß Breschnew am Ende keine Rakete zu wenig hat, um „den Frieden zu sichern“.

Es heißt, der Atomtod bedroht uns alle. Das ist richtig. Er bedroht Herbert Mies, und er bedroht Franz Josef Strauß. Der will auch nicht, daß Bomben auf Bayern fallen. Aber er hat sich noch nicht zur Friedensbewegung gezählt. Mit welchem Recht zählen sich jene zur Friedensbewegung, die sich mit dem Ostblock verbunden fühlen und in ihrer hiesigen Presse jedes Verbrechen rechtferti-

rika“ protestiert, mit Recht protestiert, und dann für Afghanistan von der „politischen Lösung“ schwätzt. Ebenso im Falle Polens. Was ist das für ein Frieden, den jene Leute unter uns meinen, für die General Jaruzelski der liebe Genosse ist. Bekanntlich sagen sie, Jaruzelski habe den Weltfrieden gerettet. Falls das so ist, dann bedeutet es, die Sowjet-Union würde für den Besitz Polens den Atomkrieg riskieren.

Sie hängen sich hier an den Pazifismus an, aber ihre politische Heimat liegt dort, wo beschlossen wird, auf den Autobahnen nach Berlin die Aufkleber „Frieden schaffen ohne Waffen“ zu entfernen und in der DDR junge Leute zu drangsaliieren, die den Aufnäher „Schwerter zu Pflugscha-

PRESSESPIEGEL

Aktionskonferenz zur Reagan-Demonstration

tuz 6.4.87

„Wir sind untereinander nicht loyal“

Bonn, 4.4. (taz). Es waren mindestens 800 Aktive aus Friedensgruppen, die am Sonntag mit großer Mehrheit einen Aufruf zur Demonstration aus Anlaß des NATO-Gipfels am 10. Juni in Bonn beschlossen. Deutlich wie selten prallten in der Godesberger Stadthalle die Differenzen aufeinander.

Zur Debatte stand der Vorschlag, am 10. Juni in Bonn auf den Rheinauen den Protest gegen die NATO-Konferenz zu demonstrieren. Der vorgelegte Entwurf für einen Aufruf war ein — wie der Manager der Veranstaltung, Jo Leinen, zu Beginn betonte — von 37 Organisationen mühsam ausgehandelter Kompromiß. Sechs Stunden hatte man an dem Passus über Polen und Afghanistan gefeilt, über die NATO-Politik bestand dagegen schnelle Einigkeit.

Der erste Redner der Debatte markierte für die Düsseldorfer Friedensgruppen gleich die Stimmung der Mehrheit im Saal: Die Ablehnung der neuen US-Raketen sei in dem Text-Entwurf zu kurz gekommen und müsse deutlicher hervorgehoben werden; daran entscheide sich die Glaubwürdigkeit der Friedensbewegung. Zu Polen und Afghanistan solle keine Stellungnahme abgegeben werden.

Mit Rudolf Bahro als zweitem Redner wurde dann klar, welche Welten die Versammelten trennten. Den Entwurf bezeichnete Bahro als „typisches Produkt jener Kungeleien, bei denen das organisatorisch stets unterrepräsentierte DKP-Umfeld immer den geliebten Konsens auf dem lauwarmer kleinsten gemeinsamen Nenner erpreßt“. Pfiffe und „Aufhören“-Rufe unterbrachen schon Bahros erste Sätze. Er warnte vor dem „faulen Kompromiß mit den Parteigängern der Sowjetunion in der Friedensbewegung“, die DKP sei „Agentur des anderen Blocks in unserer Bewegung, ein Fremdkörper, ein Fossil aus der Zeit des kalten Krieges“. Diejenigen, denen der General Jaruzelski ein Genosse sei, und die sowjetischen Atomraketen friedliebend, seien „Heuchler“. Um des Zieles Willen müsse man die Zusammenarbeit aufkündigen.

Es gab den ganzen Tag über niemanden im Saal, der direkt für die DKP sprach, aber die Kräfteverhältnisse im Saal waren klar: zu diesem Treffen hatten die der DKP nahe stehenden „Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit“ erfolgreich mobilisiert. Vertreter von Friedensinitiativen aus dem anderen Spektrum der bundesrepublikanischen Linken waren abso-

lut unterrepräsentiert. Der Arger über Bahros rigorose Haltung machte sich Luft bei dem Beitrag von Karkl-Heinz Hansen, der die Einladung des NATO-Gipfels nach Bonn unter dem Jubel des Saales als „Kriegserklärung der Bundesregierung an die Friedensbewegung“ kennzeichnete. „Alte Abgrenzungen und Berühungsängste“ müßten da zurücktreten. Viel Beifall und zustimmende Rufe bekam Hansen auch, als er Bahros Position einen „minimalthysterischen Kompromiß“ nannte, und mit der Bemerkung charakterisierte, „das hätte ein Abgesandter des Bundeskanzleramtes nicht besser machen können“.

Nach 18 Rednern, die zum Teil schon auf Formulierungen des Aufrufs im Detail eingingen, stimmte jeweils eine große Mehrheit der Versammelten dafür, den vorgelegten Aufruf nur mit Veränderungen zu verabschieden, allerdings nur Änderungen mit einer deutlichen 3/4-Mehrheit aufzunehmen. Klaus Mannhardt von der Deutschen Friedensgesellschaft (DFG/VK) hatte das Quorum vorgeschlagen, und er setzte so — mit kräftiger Unterstützung des Bundesgeschäftsführers der Grünen, Lukas Beckmann — den vorher ausgehandelten Kompromiß gegen die DKP-nahe Mehrheit im Saal durch.

Die radikalere Kritik an der NATO, wie sie in einem („Göttinger“) Alternativentwurf der „Bundeskonferenz Autonomer Friedensgruppen“ enthalten war, wurde mit 2/3 zu 1/3 verworfen: dem Antrag, den mühsam ausgehandelten Absatz zu Polen, der eine „politische Lösung“ forderte, ganz herauszustreichen, stimmte nur die knappe Hälfte der Anwesenden zu. Daß die Freilassung der Internierten und die Wiederzulassung von Solidarność Voraussetzung für die geforderte „politische Lösung“ sei, wollten hingegen nur wenige im Aufruf verdeutlicht haben. Dasselbe Schauspiel wiederholte sich bei Afghanistan: „Wer ist dafür, Afghanistan ganz zu streichen?“ Eine knappe Mehrheit meldete sich auf diese Frage des Versammlungsleiters Jo Leinen. Nur eine Handvoll war jedoch dafür, den sowjetischen Truppenabzug als Voraussetzung für eine „politi-

sche Lösung“ anzusehen. Der Zusatz von Christa Retz, sich solidarisch mit der „jungen Friedensbewegung in der DDR“ zu erklären, fand nur bei einem Drittel Zustimmung — man habe das vor Ort noch nicht diskutiert.

In einer sehr engagierten persönlichen Stellungnahme erklärte nach der Schlußabstimmung Petra Kelly, hier sei selektiv mit Menschenrechten und Militarismus umgegangen worden. Da sei „nicht einmal die Türkei (in den Aufruf) aufgenommen worden, weil ihr die Forderung zu Polen nicht haben wollte — das war die Taktik hier“. Man habe nicht einmal den Mut gehabt, die Atomkraftwerke zu erwähnen, aus deren Uran-Resten die Bomben gebaut würden. Man habe der Friedensbewegung in der DDR die Solidarität verweigert, wo doch die US-amerikanische Friedensbewegung am 12.6. vor dem sowjetischen Ehrenmal vor der UNO mit der Inschrift „Schwerter zu Pflugscharen“ ihre Kundgebung halte. Den Initiatoren des Berliner Appells in der DDR gehe es wie den Krefelder Initiatoren hier — aber „wir sind nicht untereinander loyal, das ist das Problem“. Die Chance der Friedensbewegung jedoch liege in der Blockfreiheit.

Ein Aufruf könne nicht alles leisten, kommentierte der Moderator Jo Leinen, immerhin habe man ihn mit gut 80% Mehrheit verabschiedet — und leitete zum nächsten TOP über.

Gegen den Termin: 10. Juni wurden überraschenderweise keine Bedenken formuliert (Erhard Eppler hatte vor wenigen Tagen angekündigt, es solle am 12.6. eine Demonstration geben). Gegen den Ort — Bonn — gab ein Vertreter von „Ohne-Rüstung-Leben“ zu bedenken, in Köln sei eine Gewalt-Konfrontation weniger zu befürchten. Wie die Aktion Stühnezeichen und auch die Aktionsgemeinschaft Friedensdienste zog sich „Ohne-Rüstung-Leben“ aus dem Koordinationskreis zurück, dem Vertreter von 20 Gruppen angehören. Als Träger der Anti-Reagan-Großkundgebung auf den Rheinauen sollen BBU, DFG/VK, ESG, Frauen für den Frieden, Bundeskonferenz Entwicklungspolitische Gruppen und evtl. der VDS fungieren.

kw

Schädliches Sammeln von Nachrichten

Köln, 31.3. (taz). Seit mehr als elf Wochen sitzt der Kölner Medizinstudent Uwe Trieschmann in der Deutschen Demokratischen Republik in U-Haft. Die Behörden der DDR werfen dem 25-jährigen „Sammlung nicht geheimer Nachrichten zum Nachteil des sozialistischen Staates“ vor. Erst nach Tagen gelang es der ständigen Vertretung der BRD in Ost-Berlin, in Erfahrung zu bringen, daß Trieschmann verhaftet worden war. Mittlerweile haben sich zahlreiche Persönlichkeiten, Bundes- und Landtagsabgeordnete, Professoren und Studenten-Asten für die sofortige Freilassung des Inhaftierten eingesetzt.

Monika Rolf wartete am Sonntag, den 10.1. vergeblich auf die Rückkehr ihres Freundes aus der DDR. Uwe Trieschmann wollte an diesem Tage von einem Verwandtenbesuch in Karl-Marx-Stadt zurück sein. Was passierte, wo und unter welchen Umständen der Kölner verhaftet wurde, ist bisher nicht bekannt. Freunde des Verhafteten, die sich zu einem Unterstützungs-Komitee zusammengeschlossen haben, kennen bisher nur den offiziellen Vorwurf der DDR-Behörden gegen Uwe Trieschmann, Verstoß gegen den § 99 des seit 1979 in Kraft getretenen DDR-Strafgesetzes. Danach kann zu einer Freiheitsstrafe von zwei bis zwölf Jahren verurteilt werden, „wer der Geheimhaltung nicht unterliegende Nachrichten zum Nachteil der Deutschen Demokratischen Republik an die im § 97 (Spionage-Gesetz, d.A.) genannten Stellen und Personen übergibt, für diese sammelt oder ihnen zugänglich macht. Vorbereitung und Versuch“, so führt das Gesetz weiter aus, „sind strafbar.“

Mehr ist über den erhobenen Vorwurf nicht bekannt. Es ist auch - wie die für den Fall zuständige Bundesbehörde in Bonn mitteilte - unüblich, daß die Behörden des „realistischen Sozialismus“ mehr und detailliertere Informationen dazu übermitteln. Und so rätseln seine Kölner Freunde noch immer, welches die konkreten Gründe sein könnten die zu Uwe Trieschmanns

Festnahme führten. Im innerdeutschen Ministerium gibt man sich verschlossen, die in der DDR zuständigen Stellen schicken einen in ein Telefonmarathon, das meist mit dem Auflegen an irgendeiner Stelle endet.

Auch die Frage, ob die Verhaftung Uwe Trieschmanns etwas mit seinem Engagement im Solidaritätskomitee für den unabhängigen polnischen Studentenverband - der seit der Ausrufung des Kriegszustandes in Polen verboten ist - zusammenhängt, läßt sich nicht beantworten. Was der Vorwurf „zum Nachteil der DDR“ beinhaltet, dies wird wohl noch einige Zeit im Dunkeln bleiben.

Die Kölner Freunde von Uwe Trieschmann jedenfalls versuchen über die Verhaftung Öffentlichkeit herzustellen. 100 Professoren der Kölner Universität, an der Trieschmann eingeschrieben ist, haben bereits eine Protestresolution unterzeichnet, 18 Asten in verschiedenen Universitätsstädten haben sich diesem Protest angeschlossen, 12.000 Unterschriften hat das Unterstützungs-Komitee gesammelt und grüne Stadträte, sozialdemokratische Land- und Bundestagsabgeordnete für Aktivitäten gewinnen können. Lediglich der „Verband Deutscher Studentenschaften“ hat sich verweigert. Auf ihrer Bundestagung am vorletzten Wochenende in Köln weigerten sie sich, einen Antrag, der sich für die Freilassung des Medizinstuden-

ten einsetzt, überhaupt zu behandeln; wegen mangelnder Dringlichkeit. Wer die Zusammensetzung dieses DKP-dominierten studentischen Vertretungsorgans kennt, wundert sich nicht über diese Haltung.

Trotzdem, das Kölner Unterstützungskomitee setzt auf breitere Öffentlichkeit, um die Inhaftierung bekannt zu machen und auch auf die DDR-Behörden einzuwirken, Uwe Trieschmann bald freizugeben. Während die Kölner Flugblätter verteilen, Pressekonzerten einberufen, Politiker des Kölner Rates um ihre Unterstützung bitten, setzen die Eltern von Trieschmann und die bundesdeutschen Behörden mehr auf die stillen diplomatischen Kanäle, die sich angeblich in so vielen Fällen als „besonders effektiv erweisen haben“.

Dieser Haltung der Behörden, die mittlerweile über die ständige Vertretung Bonn in Ost-Berlin auch Kontakt mit Uwe Trieschmann haben, wird von Annette Bahner kritisiert. Die Kölner Sozialarbeiterin weiß, wovon sie redet. Sie war selbst vom 8. Juli bis zum 11. September 1979 in der DDR unter Spionage-Verdacht inhaftiert und nach einer Welle von Solidarität und Öffentlichkeit plötzlich aus der Haft entlassen worden.

Warum sie in die Öffentlichkeit gehen, begründet Annette Bahner: „Aufgrund meiner eigenen Erfahrungen gehe ich davon aus, daß die Öffentlichkeit in zweierlei Hinsicht wirksam ist: Zum einen bedeutet es für einen Häftling, daß er besser behandelt wird. Bei mir war es so, daß ich relativ schnell Haft erleichterungen bekommen haben, schreiben durfte und aus der Einzelhaft herauskam; zum anderen bedeutet Öffentlichkeit meiner Meinung nach das einzige, was die Freilassung überhaupt bewirken kann. Was hier an die Öffentlichkeit kommt, wird auch in der DDR bekannt.“

Taz 1.4.82 18

Presseerklärung der GRÜNEN vom 5.4.1982

Macht Schwerter zu Pflugscharen in Ost und West

DIE GRÜNEN unterstützen mit allen ihren Kräften die internationale Demonstration anlässlich des NATO-Gipfels am 10. Juni 1982 in Bonn. Der NATO-Gipfel ist für uns wie für die gesamte Friedensbewegung eine Herausforderung für alle Menschen, die für die Erhaltung des Friedens und für konkrete Abrüstungsschritte eintreten. DIE GRÜNEN nehmen diesem NATO-Gipfel zum Anlaß, auf ihre Ziele einer vollständigen Abrüstung in West und Ost sowie auf die Auflösung der Militärblöcke hinzuweisen, da wir davon überzeugt sind, daß nur diese Forderung eine nachhaltige Friedensordnung in Mitteleuropa garantiert.

Dennoch können wir den von den Organisatoren vorgelegten Aufruf zur internationalen Demonstration am 10. Juni 1982 heute nicht unterzeichnen, da dieser Aufruf wesentliche Forderungen und Ziele der breiten Friedensbewegung in Ost und West nicht darstellt. Stattdessen soll die Basis darüber entscheiden.

DIE GRÜNEN beklagen besonders die unklaren Positionen zur sozialen Emanzipationsbewegung in Polen und deren Kampf für den Frieden sowie die Auslassung für eine klare Verurteilung der sowjetischen Intervention in Afghanistan. Als geradezu skandalös betrachten wir die Nichterwähnung der Friedensbewegung der DDR „Schwerter zu Pflugscharen“, da diese ganz besonders die hohe Qualität der Friedensbewegung zum Ausdruck bringt die zu allererst die Freilassung von

unten ist und im eigenen Land beginnt, sich gegen die militärischen Potentiale im eigenen Militärblock richtet.

Besonders auffällig ist die immer deutlicher zutage tretende Einflussnahme der DKP und ihrer Subsysteme, die es verhindert, daß es zu einer Loyalität der Friedensbewegung in Ost und West untereinander kommt.

DIE GRÜNEN kritisieren diese Machtpolitik, da sie auch im Gegensatz zur neuen politischen Kultur der Basisbewegung steht, der sich DIE GRÜNEN auch praktisch verpflichtet fühlen.

Für zukünftige Bündnisse im Rahmen von Friedensaktionen werden DIE GRÜNEN noch deutlicher ihre Positionen und Inhalte einbringen und langfristig daran arbeiten, daß es zu einem qualitativ neuen Bündnis kommt, welches die Friedensbewegung insgesamt voranbringt.

DIE GRÜNEN sind nicht bereit, eine politische Bevormundung der Friedensbewegung, von wem auch immer, hinzunehmen.

Es muß möglich sein, daß jeder einzelne seine Ansichten rückhaltlos und uneingeschränkt zum Ausdruck bringen kann. Wir wehren uns gegen eine Beschränkung auf Gemeinplätze, die als Minimalkonsens allein von einer Organisation diktiert werden.

Die Zukunft gehört der neuen internationalen Friedensbewegung, deren Teil gerade die Friedensbewegung im Osten sein muß. Nur eine solche Friedensbewegung ist glaubwürdig und handlungsfähig.

Dienstag, 6.4.82 taz - Bericht

Bundesweites IDEE-Treffen: Immerhin ein gemeinsamer Aufruf

Hannover, 5.4. (taz). Um die 300 Teilnehmer aus 47 vorwiegend norddeutschen Organisationen wurden am Wochenende beim IDEE (Militärblockade-Messe) Vorbereitungstreffen in Hannover gezählt, zu dem das hannoversche Aktionsbündnis bundesweit aufgerufen hatte. Das politische Spektrum der Anwesenden war erwartungsgemäß breit, von Vertretern der katholischen Jugend über gewaltfreie Gruppen, Janos, Jungdemokraten bis zu diversen Autonomen Gruppen.

Schon am Samstagabend hatten „Fraktionssitzungen“ das Beginn des Treffens vorweg. Möglicherweise hat die Sitzaufteilung im Audi-Max der TU Hannover dazu beigetragen, daß die „Fraktionen“ Autonomie und Gewaltfreiheit teilen, jedenfalls den Raum parlamentärisch untereinander auf. Auch die halbwegs paritätisch besetzte Diskussionsleitung vermochte die so festgelegte Konfrontation nicht abzubauen. Die ausschließlich mit dem Aufruf befaßte Diskussion war gekennzeichnet durch allseitige Ignoranz, Positionskampf, Unnachgiebigkeit und Arroganz. Entscheidend war die Festlegung der Gewaltfrage. Verschiedene Male wurden Teilnehmer ausgetrickelt, einzelne nahmen für sich in Anspruch, die IDEE wirklich verhindern zu wollen. Streitigkeiten wurden gar daran aufgehängt, daß die entsprechende Gegenseite doch wohl den Frieden nicht meinen könnte! Ein Vertreter der hannoverschen Jungdemokraten zog schließlich aus den Beiführern die Konsequenz, verließ Mikro und Versammlung.

Zusätzliche Spaltungen taten sich an der Entscheidung über den Ort einer nationalen Großdemo am 15. Mai gegen die IDEE auf. Die Wahl zwischen einer Demo am Messegelände (einige gewaltfreie Gruppen reichten an diesem Ort mit mehr Möglichkeiten zu militärischen Aktionen) und einer Demo in der hannoverschen Innenstadt konnte am Samstagabend nicht mehr getroffen werden.

Die Stimmung war mitunter auch düster. Auf den Nullpunkt gauselten, daß immer wieder Gruppen und Personen nach dem Sinn des Treffens fragten und fragten einheitliche Demo und Aktionen aufgeben wollten, gar ihren Ausstieg aus dem Aktionsbündnis und Gegenaktionen androhten. Am zweiten Konferenztag war aber schließlich nach Einheit in allen Diskussionen vorherrschend. Auch wenn weder die geplante Aktionswoche und die technische Vorbereitung für die Nationale Großdemo (man schätzt mit wenigsten 20.000 Teilnehmern) noch der Stellenwert der IDEE für die Friedensbewegung diskutiert werden konnten, waren die Veranstalter zufrieden. „Zwar waren mehr inhaltliche Diskussionen schon gewesen“, bestätigte eine Frauengruppe, die Einigung auf einen gemeinsamen Aufruf und den Demonstrationsort am Messegelände sei aber angesichts der politischen Meinungsverschiedenheiten ein durchaus ermutigender Erfolg.

In Kürze soll ein überregionales Vorbereitungstreffen der Großdemo stattfinden, bis dahin wird sich auch herausstellen, welche Gruppen und Organisationen den Aufruf unterstützen. Die Koordination trägt weiterhin das hannoversche Aktionsbündnis gegen die IDEE c/o BIU-Büro, Hintelbergstr. 16-18, 3 Hannover, ☎ 0511/34 30 23, dort gibt es auch die Aufrufe.

DDR zieht verstärkt die Reservisten ein

Bei Mobilmachung Wehrpflicht auch für die Frauen

Berlin (ap, dpa) - Die DDR will künftig verstärkt Reservisten in die Nationale Volksarmee einziehen, um Ausfälle von jungen Rekruten bei geburtschwachen Jahrgängen auszugleichen. Außerdem werden künftig Frauen bei Mobilmachung und im Verteidigungsfall eingezogen. Entsprechende Vorschriften enthält das neue Wehrdienstgesetz, das am Donnerstag von der Volkskammer in Ost-Berlin beschlossen wurde.

In der Begründung für das Wehrdienstgesetz erklärte DDR-Verteidigungsminister Hoffmann, die Konzentration auf die Reservisten erfolge, „um die Ausfälle an jungen Wehrpflichtigen in den geburtschwachen sechziger und siebziger Jahren auszugleichen.“ Heftige Angriffe richtete Hoffmann gegen den Westen. Unter Anspielung auf eine Perle der auch in der DDR wachsenden Friedensbewegung sagte er: „So gerne wir unsere Waffen derzeit verschrotten werden, noch braucht der Sozialismus unsere Pflugscharen und unsere Schwerter.“

Nach dem Wehrdienstgesetz, das am 1. Mai in Kraft tritt, bleibt die Zeit des Grundwehrdienstes bei 18 Monaten. Die Einteilung von Reservisten in unterschiedliche Klassen mit Wehrübungszeiten zwischen 21

und 24 Monaten entfällt. Dafür gilt jetzt für alle Wehrpflichtigen eine Wehrübungszeit von insgesamt 24 Monaten. Sie erweitert sich auf 36 Monate, wenn ein Rekrut weniger als ein Jahr Grundwehrdienst geleistet hat.

Zur Wehrpflicht für Frauen heißt es in Paragraph drei, Absatz fünf des Gesetzes, „während der Mobilmachung und im Verteidigungszustand“ könnten Frauen „vom 18. Lebensjahr an bis zum 31. Dezember des Jahres, in dem sie das 50. Lebensjahr vollenden, in die allgemeine Wehrpflicht einbezogen werden.“ Bisher waren Frauen in der DDR-Armee auf freiwilliger Basis in Sanitäts- und anderen Diensten tätig.

Zum erstenmal werden die verschiedenen Bestimmungen über vormalitische Ausbildung gesetzlich zusammengefasst. Danach gehört die Vorbereitung auf den Wehrdienst zur Ausbildung an Schulen, Universitäten und Einrichtungen der Berufsbildung. Keine Regelung trifft das Gesetz für die Rekruten, die den Dienst an der Waffe ablehnen und in „Baueinheiten“ eingezogen werden. Die Forderung der DDR-Kirchen nach Einführung eines „sozialen Friedensdienstes“ für Wehrdienstverweigerer war von der SED kategorisch abgelehnt worden.

Friedenswarnung aus Prag

Vor einer allzu naiven Weltsicht haben die oppositionellen Bürgerrechtler der „Charta 77“ in der CSSR die westlichen Friedensbewegungen gewarnt. In einem Anfang voriger Woche veröffentlichten Brief, der von den drei amtierenden Charta-Sprechern Radim Palouš, Marie Hromáková und Ladislav Lis (einem ehemaligen Prager Parteisekretär) unterschrieben ist, heißt es wörtlich: „Wir sind nicht der Meinung, daß man der Ehrlichkeit der Friedensbestrebungen dort Glauben schenken kann, wo die Menschen- und Bürgerrechte unterdrückt werden oder wo dazu geschwiegen oder die Unterdrückung sogar gutgeheißen wird. Wir dürfen nicht vergessen, daß 1938 Daladier und Chamberlain im Namen des Friedens dem Druck Hitlers und Mussolinis nachgegeben haben.“ In ihrem Papier schlagen die Charta-Anhänger die Einberufung eines Treffens der Friedensbewegungen von Ost und West vor.

Der Spiegel, 5.4.82

SPD-Fraktion für Zivildienstdauer von 19 Monaten

BONN, 23. März (dpa). Die SPD-Fraktion hat einen neuen Anlauf für eine Neuordnung des zwischen den Parteien umstrittenen Verfahrens zur Anerkennung von Kriegsdienstverweigerern unternommen. Nach einer Sitzung des SPD-Fraktionsvorstandes teilte Fraktionssprecher Terjung am Dienstag in Bonn mit, die Sozialdemokraten befürworteten eine Heraufsetzung der Zivildienstdauer von jetzt 18 auf 19 Monate. Zur Anerkennung solle eine schriftliche und individuelle Erklärung erforderlich sein. Die FDP-Bundestagsfraktion hatte sich im Januar für eine Zivildienstdauer von 19 Monaten bei Wegfall der Gewissensprüfung ausgesprochen. CDU-Generalsekretär Gelßler drängte unterdessen ebenfalls auf eine Änderung des Anerkennungsverfahrens. Nach CDU-Angaben vom Dienstag fand er dabei in einem Gespräch mit dem Deutschen Bundeswehrverband die Zustimmung des geschäftsführenden Vorstandes. Danach könne auf ein Prüfungsverfahren bisheriger Art verzichtet werden, wenn der Zivildienst gegenüber

FAZ 24.3.82

DDR zur Friedensbewegung

Die Bewertung der westeuropäischen Friedensbewegungen bereitet in der DDR trotz wiederholter positiver offizieller Äußerungen offenbar noch erhebliche Probleme. In einem Beitrag der „Leipziger Volkszeitung“ wurde am Wochenende zwar auf die wachsende Stärke der „allgemeindemokratischen Friedensbewegung“ im Westen, ihren „parteiübergreifenden Charakter“ und ihre zunehmende „Vielfältigkeit“ hingewiesen, zugleich aber eingeschränkt: „Es wäre jedoch ein Fehler, die gegenwärtige demokratische Bewegung in Westeuropa in Bezug auf ihre Konsequenz und ihre Wirksamkeit zu überschätzen. Sie trägt dem Inhalt ihrer Forderungen nach christlich-pazifistischen und sozialreformistisch-pazifistischen Charakter und repräsentiert damit die Friedenssehnsucht jener dem Wesen nach kleinbürgerlichen Schichten, die noch nicht das Geheimnis durchschauen, in dem die Kriege geboren werden. Die Einheitlichkeit ihres Protestes gegen die NATO-Hochrüstung bedeutet keineswegs eine Einheitlichkeit des Verständnisses für den Zusammenhang von Imperialismus und Krieg sowie Sozialismus und Frieden.“

In dem Artikel des Leipziger SED-Blatts wird argumentiert, daß Pazifisten im Westen eine „wichtige Kraft im Kampf für den Weltfrieden“ sein könnten, „wenn sie ohne Vorbehalte gemeinsam mit den bewußten Friedenskräften“ vor allem die kommunistischen Länder zu verstehen seien, wird zum Schluß des Beitrags deutlich gemacht, wo die „von der Sowjetunion geführte sozialistische Staatengemeinschaft“ als die „wichtigste materielle und ideologische Basis“ der Friedensbewegung bezeichnet wird. Die Gleichsetzung der amerikanischen und sowjetischen Rüstung wird, wie schon bei vielen anderen Gelegenheiten, entschieden zurückgewiesen. (dpa)

FAZ 24.3.82

73

DDR: Attacken gegen christliche Friedensbewegung

Scharfe Kritik an der vorwiegend christlich motivierten Friedensbewegung in der DDR hat die Ostberliner „Deutsche Lehrerzeitung“ geübt. „Edelste, scheinbar ewige Wahrheiten“ würden „falsch angewendet und so in ihr Gegenteil verkehrt“. Das betreffe zum Beispiel die „Abzeichen mit dem bekannten Wort von den Schwertern, die in Pflugscharen umgeschmiedet werden sollen“. Durch eine solche politische Losung werde heute „die Gefahr eines Krieges nicht verkleinert, sondern vergrößert“. Wer „heute noch immer um das Seelenheil des Ermordeten betet wie des Mörders, anstatt ihm in dem Arm zu fallen“, werde „zu seinem Helfer“. Auch Radio DDR hat jetzt erstmals die Losung „Schwerter zu Pflugscharen“ hart attackiert. Niemand könne erwarten, daß die sozialistischen Länder untätig zusähen, wie die NATO ein sowjetisches Angebot nach dem anderen ablehne, „wie dort immer mehr Pflugscharen in Schwerter verwandelt werden, wie der Prozeß der Militarisierung des gesamten Lebens immer schneller voranschreitet.“ (afp)

2.4.82 ton

Kirchen der DDR verkünden ihre Haltung von der Kanzel

Stellungnahme zum Konflikt um Aufhänger „Schwerter zu Pflugscharen“ / Havemann wird am Samstag betragt

BERLIN, 12. April. Eine „Klarschaltung“ des öffentlichen Zugewinns der Kirche und die Einschränkung der Glaubens- und Gewissensfreiheit in der DDR steht die evangelische Kirche in der staatlichen Entscheidung gegen das Symbol „Schwerter zu Pflugscharen“. Diese Auffassung hat die Konferenz der evangelischen Kirchenleitungen in der DDR auch in einem Gespräch mit dem Staatssekretär für Kirchenangelegenheiten, Klaus Gysi, in der vergangenen Woche vertreten. In einer Mitteilung über das Gespräch an die Gliedkirchen, die am Ostermontag von den Kanzeln der Kirchen in der DDR gelesen wurde, wird festgestellt, daß die Kirche „eine eigenständige Friedensbewegung“ betreibt, die sich nicht einfach „Wortführer“ der Außenpolitik des Staates“ ist. Die Friedensbestrebungen der DDR unterstützen nicht den kirchlichen Abrüstungsplan.

Die evangelische Kirche hat, wie in der von Vertretern des Kirchenrates des in der DDR Bischof Werner Kirchner (Magdeburg) überzeichneten Mitteilung, meist bei Gysi das eigene Entschlossen sein, das Friedenssymbol „Schwerter zu Pflugscharen“ als „im Westen hergestellt und illegal in die DDR eingebracht“ anzusehen. Der Einspruch richtet sich eben dagegen, den Träger des Symbols unterzeichneten religiös-kulturellen Absichten zu unterstellen und die durch weithin unangenehm-

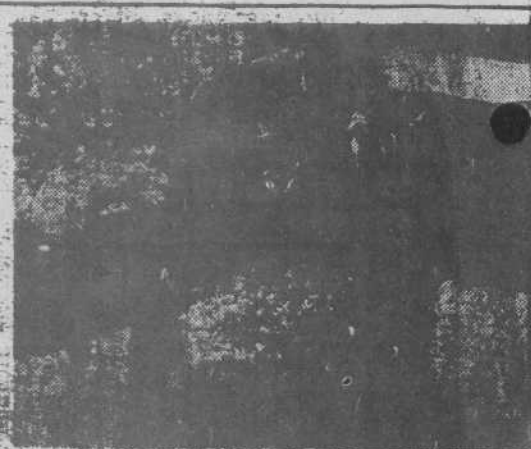
ene Maßnahmen zu kriminalisieren, in ihrer persönlichen Würde zu verletzen und in ihrem Vertrauen zum Staat nachhaltig zu beeinträchtigen. Die Kirche widerspricht ferner der staatlichen Auffassung, das eigenständige christliche Friedenszeugnis als Bildung einer „unabhängigen Friedensbewegung“ zu verdächtigen“ und als Versuch hinzustellen, die Verdinglichungsbestrebungen der DDR zu schwächen.

Die evangelischen Kirchen in der DDR, so erklären sie laut Mitteilung dem Staatssekretär, könnten den Jugendlichen die staatliche Haltung nicht verständlich machen. Sie befürchten aus dem Vorgehen „schwerwiegende Folgen“ für das Verhältnis der überaus kind gutwilligen Jugendlichen zum Staat, für den inneren Frieden der Gesellschaft und für die persönliche Entwicklung der Jugendlichen. Die Abschließungen hätten, so heißt es in der Abklärung weiter, den Staat „trotz der Entwicklung einer positiven Würdigung“ des Symbols, um eine differenzierte Behandlung seiner Verwendung und „um eine Abstellung der Übergänge“ geboten. Abschließend wird mitgeteilt, dass Gespräch zwischen Kirche und Staat werde fortgesetzt. An einer Verschärfung des Konflikts könne niemanden gelegen sein.

In den Kirchen der Landeskirche Bistum-Brandenburg, Bereich DDR wurde zusätzlich ein „Blick des Bischofs Gysi“

Frankfurt verlassen. Darin dankt Frank, das das Symbol „Schwerter zu Pflugscharen“ getragen und sich in der Vergangenheit einseitig Schwächen und eine wirklich friedliche Gestaltung bewahrt haben. Es müsse aber klar sein, heißt es in dem Brief weiter, daß die christliche Verantwortung für den Frieden weiter, tiefer als das Trau- und der Aufhänger.

„im Wortlaut“ auf Seite 4)



Revier-OB für Friedens-Demos in Ost und West

was RUHRGEBIET
Die Friedensbewegung muß überall die Möglichkeit haben, für Frieden in Freiheit zu demonstrieren. In beiden Teilen Deutschlands, in den USA und der UdSSR, stellen die Oberbürgermeister des Reviers in einer am Montag veröffentlichten Erklärung fest. Darin fordern sie Abrüstung in Ost und West und „Verhandlungen, um allen Menschen das Lebensrecht in einem friedlichen Welt mit sicheren Arbeitsplätzen zu sichern“. Der Wunsch nach Frieden, heißt es, sei ein elementares Bedürfnis der Menschen an Rhein und Ruhr. Der Friede könne nicht erstrebt werden, und Drohungen können nicht von Anfang von Abrüstungsverhandlungen stehen. (afp)

Am Karfreitag sind die beiden Labour-Abgeordneten des britischen Unterhauses, Ken Coates und Michel Meacher, mit dem ostdeutschen Jugendpfarrer Rainer Eppelmann zusammengetroffen. Eppelmann und der am Karfreitag gestorbene Professor Robert Havemann sind die Initiatoren des „Berliner Friedensappells“ – Frieden schaffen ohne Waffen. Der Appell sei so besetzten die Abgeordneten in West-Berlin, bereits von mehr als 2000 Personen in der DDR unterzeichnet worden. Nach ihrem Eindruck wachse die christliche Friedensbewegung in der DDR.

Coates und Meacher möchten einen zugehörigen Brief des DDR-Parlamentarier Eppelmann. Deshalb solle sich die christliche Friedensbewegung mit ihm und seinen Bestrebungen öffentlich solidarisieren.

Die beiden Abgeordneten hatten auch Robert Havemann (funer Archivbild) besucht. Havemann war – wie bescheiden wollte. Havemann war – wie in einem Teil unserer Auflage schon geschrieben – in seinem Haus in Göttingen bei Ost-Berlin am Freitagabend im Alter von 73 Jahren gestorben. Er soll am Sonntag in Göttingen beigesetzt werden. Zur Trauerfeier wollen zahlreiche ausländische Freunde des Verstorbenen – so aus Italien und Spanien – in die DDR reisen.

(Siehe auch Seite 2)

FE 13.4.82

"Christentum bedeutet nur noch anständiges Benehmen"

Interview mit Pastor Martin Niemöller

epd: Herr Pastor Niemöller, Sie sind bekannt geworden durch radikale Positionen, die Sie nicht nur in der Zeit des Dritten Reiches, sondern auch nach 1945 vertreten haben. Dazu gehört Ihre radikale Absage an jede Form von Kernwaffen. Wie begründet der Christ Martin Niemöller diese Absage?

Martin Niemöller: Die atomaren Waffen haben mich, und davon habe ich oft geredet, in einen Schreckzustand versetzt, weil ich einfach nicht verstehen konnte, wie Menschen auf die Idee kommen können, solche Zerstörungsmittel als Waffen zu bezeichnen und als Waffen zu kultivieren. Ich halte die Existenz von nuklearen Zerstörungsmengen für eine unmittelbare Lästerung des lebendigen Gottes, den wir als unseren Schöpfer ehren und verehren. Die atomaren sogenannten Waffen sind eine Gotteslästerung. Ich kann nicht verstehen, daß ein Mensch, der an die Existenz und Herrschaft Gottes glaubt, überhaupt die Verwendung nuklearer Zerstörungsmengen als Waffe in Betracht ziehen kann. Ich glaube, daß diese Auffassung einfach als Wahnsinn indiskutabel zu sein hat, solange wir uns Menschen nennen im Sinne dessen, was wir früher darunter verstanden haben.

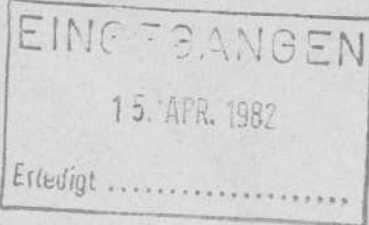
epd: Sie haben Kritik an der Rolle der Christen in der Vergangenheit geübt. Brachte das sogenannte "christliche Abendland" nicht auch Fortschritte für die Menschheit?

Niemöller: Ob das christliche Abendland der Menschheit überhaupt einen Fortschritt gebracht hat, ist für mich mehr als zweifelhaft geworden, denn in Wirklichkeit hat das christliche Abendland der Welt ja nichts Christliches gebracht. Es brachte bloß in christlicher Verkleidung eine Auffassung, wie sie eh und je in unserer Welt gewesen ist, die irgendwie das, was die Heilige Schrift Sünde nennt, rechtfertigt zur Selbstrechtfertigung des Menschen. Wir verstehen unter christlichem Abendland ein und dieselbe Kultur- und Zivilisationsstruktur, wie die ganze sogenannte christliche Welt es versteht. Aber in dieser Gesamtstruktur spielt das Evangelium, beziehungsweise die Person Jesu von Nazareth, den wir als den Christus verkündigen, nicht die geringste Rolle, sondern bloß die Gewohnheiten und die Sitten oder Unsitten eben der sogenannten christlichen Welt, die es nie gegeben hat und die es auch niemals geben wird.

Wenn wir von Fortschritt reden, wissen wir ja durchaus nicht, was Fortschritt ist, und in Wirklichkeit weiß das niemand. Geht der Fortschritt auf ein Ziel hin oder bewegt sich der Fortschritt im Kreis, so daß es zu ewigen Wiederholungen kommt? Eine philosophische Frage, über die wir nicht Bescheid wissen und nicht urteilen können, weil wir keine einheitlichen Kriterien für das, was Fortschritt oder Rückschritt ist, zur Verfügung haben. Natürlich haben wir Fähigkeiten entwickelt und bis zu einer gewissen Vollendung gebracht, die allerdings noch ständig weitergeht, über die unsere Vorfahren noch nicht verfügen konnten. Wir nennen das oft gedankenlos einfach Fortschritt und wissen doch nicht, was Fortschritt wirklich ist. Auf welches Ziel oder ob überhaupt auf irgend ein Ziel solcher Fortschritt hinauslaufen soll, das bleibt das große Rätselraten.

epd: Was war Ihrer Meinung nach das gravierendste Versäumnis der Christen in der Vergangenheit?

Niemöller: Als Christen sind wir bestimmt den Menschen unserer Tage und der vergangenen sogenannten christlichen Jahrhunderte schuldig geblieben die Antwort auf das, was gut und böse, was gut und schlecht ist, was Fortschritt und was Rückschritt bedeutet. Mit anderen Worten: Haben wir der Menschheit überhaupt etwas gebracht, solange wir ihr nicht die Frohe Botschaft von Jesus Christus vernehmbar und ersichtlich zur Kenntnis gebracht haben?



PRESSEERKLÄRUNG

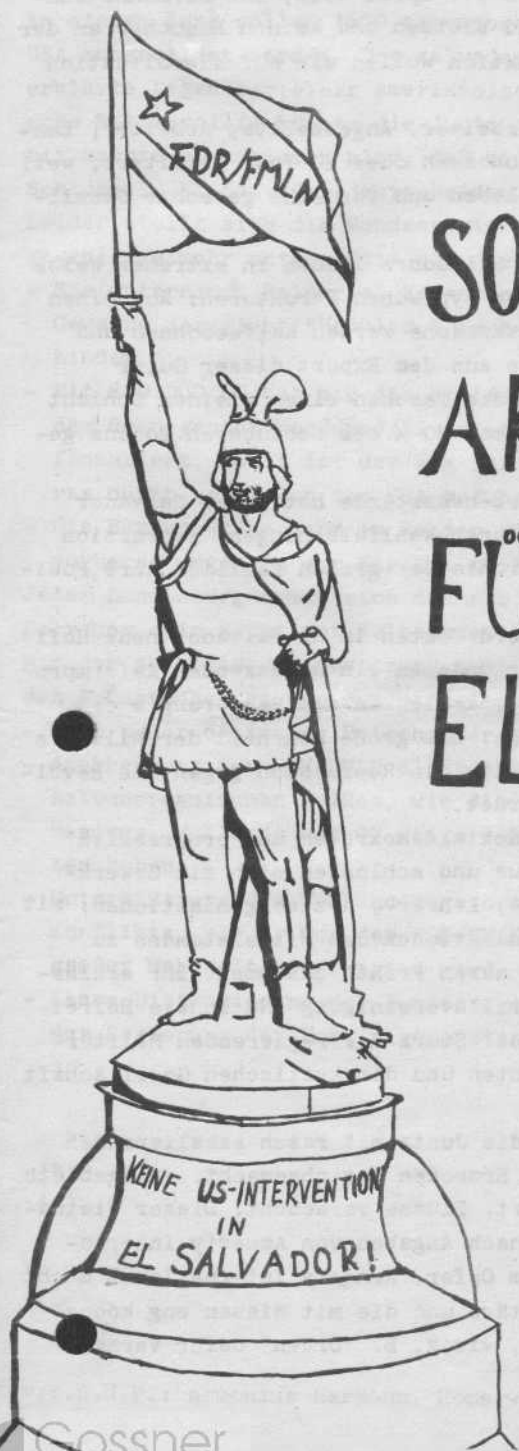
12. April (Ostermontag) 1982

Das Mittelamerikakomitee Ostwestfalen-Lippe hat heute das Hermannsdenkmal bei Detmold symbolisch besetzt. Mit dieser Aktion, die gegen 17. Uhr beendet wurde, wollen wir gegen die massive Einmischung der Vereinigten Staaten in El Salvador und die El Salvador-Politik der Bundesrepublik protestieren. Denn auch die Bundesregierung leistet ihren Beitrag zu dem von den Vereinigten Staaten inszenierten Völkermord in El Salvador:

- Sie unternimmt keinerlei Versuche, deutsche Waffenlieferungen (z.B. G3 - Gewehre der Firma "Heckler & Koch") an die Junta El Salvadors zu unterbinden.
- Mit 600.000 DM hat sie die Umsiedlung salvadoreanischer Flüchtlinge aus dem Grenzgebiet Honduras/El Salvador ins Landesinnere von Honduras mitfinanziert. Damit ist der Weg für eine direkte Intervention aus Honduras durch eine, von den Vereinigten Staaten geführte Interventionsarmee (Argentinier, Chilenen...), freigelegt.
- Die Bundesmarine nahm mit der Fregatta "Augsburg" im Rahmen eines Nato-Manövers an Interventionsvorbereitungen ("...gegen die sowjetisch-kubanische Aggression") in der Karibik teil.

Mit der symbolischen Besetzung des Hermannsdenkmal wollen wir den folgenden Forderungen an die Bundesregierung Nachdruck verleihen:

- Kein neuer deutscher Botschafter nach El Salvador.
- Anerkennung der FDR/FMLN.
- Unterstützung des Verhandlungsvorschlags der FDR/FMLN für eine politische Lösung des Konflikts.



SOLIDARITÄTS- AKTION FÜR EL SALVADOR

Wir haben heute, am Ostersonntag, den 11. April 1982, das Hermannsdenkmal besetzt. Wir werden bis zum Abend bleiben und keinen Besucher an der Besichtigung behindern. Mit dieser Aktion wollen wir auf die Situation in El Salvador aufmerksam machen:

In El Salvador sterben täglich Landarbeiter, Angestellte, Arbeiter, Lehrer, Ärzte, Priester. Sie werden erschossen oder zu Tode gefoltert, weil sie sich für ein menschenwürdigeres Leben und für eine gerechte Gesellschaft eingesetzt haben.

Denn die fünf Millionen Einwohner El Salvadors leiden in extremer Weise unter den für viele Entwicklungsländer typischen Strukturen: Auf einem Großteil der landwirtschaftlichen Nutzfläche werden Kaffeebohnen und Baumwolle angebaut, die Devisenerlöse aus dem Export dieser Güter fließen allerdings ausschließlich in die Taschen einer kleinen Schicht von Großgrundbesitzern, denen allein ca. 80 % des bebaubaren Bodens gehören.

Der Widerstand gegen diese elenden Lebensumstände hat in El Salvador eine jahrzehntelange Tradition. Nur durch Wahlfälschungen, Repression und blutigen Terror konnte die Oligarchie der großen Familien ihre Position immer wieder behaupten.

Mitte Oktober 1979 schöpften die Unterdrückten in El Salvador neue Hoffnung; einige putschende Offiziere verkündeten ein umfassendes Reformprogramm und nahmen Sozial- und Christdemokraten in die Regierung auf.

Doch die Hoffnung währte nicht lange: Die große Mehrheit der Militärs boykottierte die Reformen und verstärkte die Repression gegen die Bevölkerung. Erzbischof Romero wurde ermordet.

Schon nach wenigen Monaten schieden Sozialdemokraten und progressive Christdemokraten aus der Regierung aus und schlossen sich mit Gewerkschaften, Bauernverbänden, Studenten-, Lehrer-, Ärzteorganisationen, mit marxistischen Gruppen und Berufsorganisationen des Mittelstandes zu einer breiten "Demokratisch-Revolutionären Front" zusammen. Ihr erklärtes Ziel, in Kooperation mit der Guerillavereinigung "Nationale Befreiungsfront Farabundo Marti" (FMLN), ist: Sturz der regierenden Militärjunta und Aufbau einer freien, gerechten und demokratischen Gesellschaft in El Salvador.

Der wachsenden Opposition begegnete die Junta mit rasch eskalierendem Terror: Zahlreiche Dörfer wurden dem Erdboden gleichgemacht, Waldgebiete entlaubt, ganze Landstriche entvölkert, Flüsse verseucht. Dieser Vietnamisierung fielen seit Oktober 1979, nach Angaben von Amnesty International, über 30.000 Salvadoreaner zum Opfer. Amnesty International macht die der Regierung unterstellten Militärs und die mit diesen eng kooperierenden paramilitärischen Verbände, wie z. B. "Orden" dafür verantwortlich.

Ohne eine massive Hilfe der USA wären diese Massaker nicht möglich, allein in diesem Jahr sollen 1600 salvadoreanische Soldaten in Militärschulen der USA ausgebildet werden. Der salvadoreanische Verteidigungsminister Garcia erklärte gegenüber einer amerikanischen Kongreßdelegation, ohne amerikanische Militärhilfe könnte die Junta gegen die Guerilla nicht gewinnen. Damit machte er zugleich klar, daß die USA - und nicht die Junta - über das Schicksals El Salvadors entscheiden.

Leider stellt sich die Bundesregierung dieser US-Politik bisher nicht entgegen; vielmehr unterstützt sie diese Politik teilweise sogar aktiv:

- Sie unternimmt keinerlei Versuche, deutsche Waffenlieferungen (z. B. G3-Gewehre der Firma "Heckler & Koch) an die Junta El Salvadors zu unterbinden.
- Mit 800.000 DM hat sie die Umsiedlung salvadoreanischer Flüchtlinge aus dem Grenzgebiet Honduras/El Salvador ins Landesinnere von Honduras mitfinanziert. Damit ist der Weg für eine direkte Intervention aus Honduras durch eine, von den USA geführte Interventionsarmee, freigelegt.
- Die Bundesmarine nahm im Rahmen eines Nato-Manövers an Interventionsvorbereitungen in der Karibik teil.

Jeder Bundesbürger muß sich deshalb dafür einsetzen, daß dem Volk von El Salvador sein Recht auf Selbstbestimmung und Frieden zugebilligt wird.

Mit der symbolischen Besetzung des Hermannsdenkmal wollen wir den folgenden Forderungen an die Bundesregierung Nachdruck verleihen:

- Ein neuer deutscher Botschafter nach El Salvador.
- Anerkennung der FDR/FMLN als repräsentative politische Vertretung des salvadoreanischen Volkes, wie dies schon die Regierungen Frankreichs, Mexicos, Hollands und 97 weitere Staaten der Blockfreien Bewegung getan haben.
- Unterstützung des Verhandlungsvorschlags für eine politische Lösung des Konflikts, wie er von der FDR/FMLN gemacht wurde und von der UNO mit großer Mehrheit befürwortet wird.
- Klare Distanzierung der Bundesregierung von der Mittelamerika-Politik der Regierung der Vereinigten Staaten.

DIE "WAHLEN" VOM 28. MÄRZ IN EL SALVADOR

Die "Wahlen" in El Salvador sind vorbei. Wahlen in einem Land, mit einer Tradition von fünfzig Jahren Wahlfälschung. Wenn man einigen deutschen Medien Glauben schenken soll, ist es diesmal keine Farce gewesen.

"Absage an die Gewalt", "Sieg der Demokratie" so ist der Tenor, zufällig all derjenigen, die die Militärjunta schon immer für gutwillig und demokratisch gehalten haben.

Was ist nun aber wirklich geschehen? Es bestand Wahlpflicht. Wer nicht zur Urne gegangen ist, d. h. , keinen Wahlstempel in seinem Ausweis hat, gilt für die Militärs als Verbündeter der Guerilla. Was mit diesen geschehen kann, davon zeugen über 30.000 Tote in den letzten zwei Jahren. Außerdem wurde in Fabriken in San Salvador der Empfang des Lohnes von der Teilnahme an der "Wahl" abhängig gemacht. Die Angst um das nackte Leben und die Drohung den Lebensunterhalt zu entziehen (in El Salvador verhungern jährlich ca. 200.000 Kinder) haben bei dieser "Wahl" eine Rolle gespielt, nicht der Glaube an einen politischen Wandel.

Vor den "Wahlen" wurde von offizieller Seite eine Zahl von 1,2 Millionen Wahlberechtigten angegeben. Die demokratische Opposition geht von mindestens 2,5 Millionen Wahlberechtigten aus. Laut den letzten amtlichen Mitteilungen sind bisher 1 109 093 Stimmen ausgezählt worden. Niemand kann das überprüfen: Den ausgesuchten "Wahl"-beobachtern, ca. 200, standen 4500 "Wahl"-lokale gegenüber. Nimmt man sie jedoch für wahr, dann liegt die Enthaltung bei ca. 30, bzw. 60 %. Wenn man dann die 30 % der ungültigen Stimmen ("International Herald Tribune" vom 31. 3.) und die 37 153 Stimmenthaltungen (offizielle Angabe) abrechnet, muß man von einem Erfolg der Opposition sprechen.

Angesichts dieser Tatsachen ist es skandalös, wenn z. B. Herr Kotschnik behauptet, die Wahlen wären keine Farce gewesen.

Mit den Wahlen erhofften sich die USA, das angeschlagene Prestige der Junta aufzubessern, denn in der letzten Zeit verbreiterte sich international mehr und mehr eine Ablehnung gegenüber ihrer El Salvador-Politik. Hauptabsicht der Wahlen war die "demokratische Legitimation" der Regierung. Zur Auswahl standen außer den Christdemokraten unter Duarte nur fünf faschistische Parteien. Die FDR/FMLN boykottierte die Wahlen, weil nur zwei Parteien aus ihrem großen Bündnis aufgefordert wurden sich aufzustellen und das Militär dadurch die stärksten Volksorganisationen des Landes ausschloß.

EINGEGANGEN

15. APR. 1982

Erledigt

BOYKOTT BERICHT E B E R L I N

Nr. 27

Initiativgruppe "Frauen für Südafrika - gegen Apartheid"

- Arbeitskreis der Frauenarbeit der Ev. Kirche in Berlin-Brandenburg (West) -
 Redaktion: Ingrid Schmidt, Wielandstr. 38, 1 Berlin 41, Tel.: 852 15 42

Liebe Mitarbeiter/innen, liebe Freundinnen und Freunde unserer Arbeit,

einen österlichen Gruß Euch allen mit einem Kindergedicht vom FRIEDEN:

Frieden/ ist feucht und warm/ weder spitz noch scharf/ eher:rund
 Frieden/ ist lebendig und zart/ weder trocken noch gerade/ nicht kalt
 und nicht hart/ eher:weich/ wie ein küssender Mund
 Frieden/ ist Haut an Haut/ und nackt/ und keiner lacht!/ Frieden/
 ist ganz vertraut/ ein Verzicht/ auf große Macht
 Frieden/ ist sehr empfindlich/ und oft/ auch gar nicht stark/ Frieden/
 ist irgendwie kindlich/ verbittert/ wenn man ihn nicht mag
 Frieden/ ist sehr verschmust/ und umarmt Dich/ wenn Du ihn umarmst/
 kurz:/ Friede/ ist immer nur Antwort/ auf das/ was Du selbst tust
 Frieden/ kommt nicht von alleine/ und geht auch nicht/ freiwillig fort/
 Frieden/ ist meine und Deine/ Liebe/ und nicht nur ein Wort...

(Dieses Gedicht von Meinhardt Jung findet Ihr in dem Kinderbuch:
 "Frieden: mehr als ein Wort", rororo rotfuchs 287)

Nach den Aktivitäten anlässlich der Friedenswoche vom 8. - 12. März
 bereiten wir uns nun intensiv auf die Boykottwoche vom 8. - 16. Mai vor.
 Um alle Vorhaben koordinieren zu können, treffen wir uns

am Donnerstag, d. 22 April 1982, 19 Uhr 30

im Haus der Kirche, Goethestr. 27 - 30, 1 Berlin 12.

Laßt mich bitte bald wissen, wer welche Aktionen plant, damit wir das
 Programm rechtzeitig zusammenstellen können.

Gottesdienste, Straßenaktionen, Film- und Diskussionsabende werden an
 verschiedenen Orten vorbereitet.

Wer macht noch mit?

Hier die Telefonnummern einiger Frauen, an die Ihr Euch wenden könnt:

Mone Kraft	Spandau	373 62 82
Ute Markworth	Wedding	781 72 91
Gisela Petersen	Neukölln	771 59 95
Eva Volker	Lichtenrade	745 80 03
Eva Schirmer	Zehlendorf	805 33 60

Auf einige Neuerscheinungen möchte ich Euch noch aufmerksam machen:

1. Ein Kinderbuch:

Svarre, Karin-Lis

Joseph lebt in Soweto

Jugenddienst-Verlag Wuppertal, 1982, DM 12,80

Karin-Lis Svarre berichtet vom Spielen und Lernen, Wohnen und Arbeiten eines 12jährigen Jungen aus Südafrika und davon, wie wichtig die Hautfarbe eines Menschen sein kann. Viele Fotos, die Anlaß geben zum Gespräch, zum Fragen und Antworten.

2. Ein Jugendbuch

Harries, Ann

Woher - wohin?: Schüler in Südafrika auf der Suche nach ihrer Identität

Mit einem dokumentarischen Anhang

Ravensburger junge Reihe, 1982, DM 17,80

Ann Harries, längere Zeit Lehrerin in Kapstadt, schildert in ihrer dramatischen Erzählung den Mut und die Leiden schwarzer und farbiger Kinder in Südafrika. Durch die Verknüpfung zweier Erzählmotive - 1860: die Buren auf dem Treck in das Land der Buschmänner und 1976: Schüleraufstände in Soweto und anderen Teilen des Landes - gewinnt die Erzählung zusätzlich an Spannung und Intensität.

3. Politisches Lexikon/ Bausteine für Aktion, Schule und Erwachsenenbildung:
AK AFRIK und DEAE (Hg),

Südafrika-Handbuch: Südafrika, Namibia und Zimbabwe

Jugenddienst-Verlag Wuppertal, 1982, DM 19,80

Das Handbuch enthält eine Fülle von Informationen und Materialhinweisen, von Erfahrungsberichten und Aktionsvorschlägen. Es ist eine gelungene Arbeitshilfe für alle, die sich zum Südlichen Afrika informieren und engagieren wollen.

Wir hoffen, daß wir am 22. April viele sein werden, bis dahin gute Wünsche, auf Wiedersehen

Eure

gez. Ingrid Schmidt

April 1982

Protokoll der Hausversammlung vom
15. III. 82

Die Tagespunkte:

- 1) Ausstellung
 - 2) Ostermarsch - Friedensmarsch
 - 3) Reagan in Berlin
 - 4) Veranstaltung mit Philipp Berrigan im Mai
 - 5) Planung von Veranstaltungen des Berliner Kulturrates zum 50. Jahrestag der Machtergreifung Hitlers 1933
 - 6) seminartheologische Friedensarbeit
 - 7) jour fix
-

- 1) Verlängerung der Ausstellung bis zum 26. Juni, als Abschluss wird (Anregung) ein Fest stattfinden. Erwogen wird, zur Ausstellung einen Katalog herauszugeben.
- 2) am Ostersonntag, Zeit?, findet ein Ostermarsch statt. Vom Th.-Heuss - Platz über Heerstrasse, Teufelssee-Strasse bis zum Parkplatz am Teufelsberg. Durchführende: G.A., DFGVK, Autonome Gruppe gegen Imperialistischen Krieg. Abschlussveranstaltung. Es fand eine (noch nicht abgeschlossene) Diskussion darüber statt, wie weit und in welcher Weise sich das Haus daran beteiligen soll. Informationsstand? Da die Gestaltung des Flugblattes noch nicht abgeschlossen ist, wird auch die Besprechung zum Thema fortgesetzt.
- 3) die Versammlung ist sich darüber einig, dass keine Anti-Reagan-Demo stattfinden soll, sondern eine Friedensdemonstration, möglichst weit entfernt. Alternativveranstaltung anlässlich der UNO-Abrüstungskonferenz? Aber keine Konfrontation! CD erwägt die Möglichkeit eines grossen Gottesdienstes. Könnte ein katholischer Bischof nach Berlin kommen?
- 4) Der Besuch Philipp Berrigans in der BPD wird zum Monatswechsel April-Mai stattfinden.
- 5) im Tempedrom, Köthenerstr., wann?, findet eine Diskussion über Möglichkeiten von Veranstaltungen des 50. Jahrestages der Machtergreifung am 30. Januar 1933 statt.

Protokoll (suite)

6) im Niemöllerhaus (Planung noch nicht abgeschlossen) werden ab April im Abstand von 14 Tagen 5 Mal jeden Mittwoch 4-5 Veranstaltungen als Seminare zur theologischen Begründung der Arbeit für den Frieden durchgeführt. Veranstalter ist der Landeskirche für Friedensarbeit.

7) jour fix: Thema für den Monat Mai: Man könnte den argentinischen Priester Miguel Garcia aus Cordoba bitten, ein Referat über seine Arbeit in den Slums von Cordoba zu halten. Als Termin wird der 19. V. 82 vorgeschlagen.

für April als Thema eventuell: zur Tradition der Ostermärsche
Zeitpunkt 14. April??

Oder: Rechtsradikalismus in der BRD?

anwesend: ASF, AI, AV, DFGVK, ORL

Klein Abrahamson

Martin Niemöller Haus

Friedenszentrum im • April '82

Liebe Freunde!

Das Programm für diesen Monat verkürzt sich durch die Osterferien und beginnt erst in der zweiten Monatshälfte. Wir nutzen den Raum daher verstärkt für Vorankündigungen, denn wir leben zu einem wesentlichen Teil von der Mund zu Mund Propaganda und wir leben gut.

Mike

Mittwoch 21. April 82 um 20 Uhr -Veranstaltungsreihe-

"Der Friedensbegriff in den verschiedenen Religionen und mit ihnen verbundenen Kulturen"

Referent: Prof. Dr. C.Colpe

Ort: Friedenszentrum

Die landeskirchliche Arbeitsgruppe für Friedensfragen möchte mit einer Veranstaltungsreihe über die theologisch-biblische Begründung der Friedensarbeit informieren und diskutieren. Es sind vier Veranstaltungen geplant und es wäre um der Kontinuität willen wünschenswert, wenn alle Interessenten an allen vier Veranstaltungen teilnehmen. Für die Veranstaltungen wird nicht öffentlich geworben. Falls Sie jemanden kennen, der/die sich für die Thematik interessiert, GEBEN SIE BITTE DIE EINLADUNG WEITER.

Vorankündigung: -weitere Veranstaltungen der Reihe -

5.5.82 um 20 Uhr: Analyse der Argumentationsmuster zur Friedensfrage und ihre Vermittelbarkeit in einer säkularisierten Welt. Referent: Prof. Dr. D. Goldschmidt

19.5.82 um 20 Uhr: Der Kriegs- und Streitgott Jahwe als Protagonist der Friedensbewegung. Referent: Prof. Dr. H. Schulz

2.6.82 um 20 Uhr: Die Bergpredigt als Leitfaden politischen Handelns, Referent: Prof. Dr. H. Gollwitzer

Alle Mai und Juni Termine müssen noch im Einzelnen bestätigt werden. Näheres siehe Mai Programm.

FILM FILM FILM FILM FILM FILM F I L M !!!!

Freitag 23. April 82 um 20 Uhr

" Wenn die Panzer kommen"

im Gemeindehaus

Veranstalter: AK atomwaffenfreies Europa Untergruppe: Kultur + Frieden
Film Film Film Film Film F i l m

Freitag bis Sonntag 23.4. - 25.4.82

T R A I N I N G I N G E W A L T F R E I E R A K T I O N

Ziele des Training sind, sich sowohl mit Vorstellungen über einen Abzug der Besatzungstreitkräfte aus Berlin als auch, anhand von Rollenspielen und ähnlichem, mit der konkreten Einübung von Widerstandsformen vertraut zu machen.

Dieses Training liegt in der Verantwortung des Versöhnungsbundes, die Aktionen zum "Tag der offenen Tür" am 8./9. Mai liegen in der Verantwortung jedes/jeder Einzelnen und werden von Freunden aus der Gewaltfreien Aktion (GA) sowie des Versöhnungsbundes vorbereitet. Bitte möglichst anmelden: per Postkarte oder telefonisch im Friedenszentrum oder bei Benjamin Pütter Tel 782 67 82 ←

GÄSTE IM FRIEDENSZENTRUM:

Am 27. 4. 82 ist bei uns die Ökumenische Entwicklungsgenossenschaft/ Öku-Bank zu Gast die hier eine Mitgliederversammlung abhält. Nähere Informationen über diese alternative Möglichkeit von Solidarität und Entwicklungshilfe erhältlich im Friedenszentrum (nach Mike fragen)

Im Mai erwarten wir die Brüder Berrigan aus den USA im Friedenszentrum. Beide sind seit vielen Jahren in der amerikanischen Friedensbewegung aktiv und befinden sich auf Einladung des Versöhnungsbundes in Deutschland. Beide sind Vertreter des "Anderen Amerika".

Ausstellung: Unterwegs zur mündigen Gemeinde

Da das Interesse an der Ausstellung unvermindert anhält und viele noch nicht die Ausstellung aufgrund ihres Umfangs bewältigen konnten oder ihr Kommen immer noch vor sich herschieben, haben wir die Ausstellung V E R L Ä N G E R T B I S 26. J U N I 1982.

Im Mai und Juni sind noch Veranstaltungen zur Ausstellung geplant. Näheres dazu in den Monatsprogrammen.

Vorankündigungen: Sonntag 2. Mai 82 von 11 - 16 Uhr ist die Ausstellung ausserplanmäßig geöffnet. Ansonsten sind die Öffnungszeiten unverändert Di-Fr ab 17 Uhr und nach Vereinbarung.

Mittwoch 5. Mai 82 ab 19 Uhr

Vorstellung der Arbeitshilfe für die Ausstellung für Lehrer-----WEITERSAGEN''''

Sonnabend 8. Mai 82 Eröffnung der Lateinamerikatage im FU-Audimax Programme auch bei uns zu haben für 2.-DM

Auch im Friedenszentrum planen wir während der Lateinamerika noch einige zusätzliche Veranstaltungen z.B.

ein J O U R F I X mit einem argentinischen Priester über Slumarbeit in Cordoba am 12.5.82(näheres Mai Programm)

Besonderer Hinweis: Der Abschlußgottesdienst der Lateinamerika findet am 23. Mai in der Jesus Christus Kirche, Dahlem statt.

Vorankündigung: Im Rahmen von verschiedenen Veranstaltungen über Südafrika findet am 13. Mai 82 ein Südafrikaabend des 3. Welt Laden mit Film und Gespräch statt.

Ansonsten:

Dienstag 20. April 82 um 20 Uhr im Friedenszentrum

Plenum der Frauen für den Frieden Zehlendorf

----- F R I E D E N S M A R S C H ' 8 2 -----

Wer läuft mit? Vom 24.6. bis 6.8.82 von Berlin nach Wien

Route: Berlin-Hannover-Bielefeld-Bonn-Frankfurt-Passau(oje)

WIEN Kontakt/Organisation Frauen für den Frieden

für diese Sache Telefon:784 57 93 und 852 67 28

Dienstag 27. April 82 um 20 Uhr im Friedenszentrum

Plenum von "Ohne Rüstung leben"-Berlin

Öffnungszeiten im Friedenszentrum

Büro des FZ Mo-Fr ab 17 Uhr CAFE Mo-Sa 18-22 Uhr

Beratung für Kriegsdienstverweigerer nur Montags ab 19.00 Uhr

amnesty international: Mo 10.00-13.00 Uhr und 18-20.00 Uhr;

Di 17-19 Uhr; Mi 10.00-12.00 Uhr und 17-19 Uhr; Do 10-13 Uhr und

18-20 Uhr; Fr 17-19 Uhr Telefon: 831 10 46

Unsere Adresse: 1 Berlin33 Pacelliallee 61 Tel:832 54 97 und zwar

für DFG/VK; Dritte Welt Laden(vormittags) und Friedenszentrum

Postscheckkonto:67-132-105 Bln-W

Protokoll der a.o. Mitgliederversammlung
und der Hausversammlung des Friedenszentrums
"Martin Niemöller -Haus" e.V. am 1. März '82

1. a.o. Mitgliederversammlung :

Anwesend: 12 stimmberechtigte Mitglieder und verschiedene Gäste
(s. Anwesenheitsliste)

TOP 1 Antrag auf Satzungsänderung :

Der Antrag auf Satzungsänderung wird einstimmig angenommen.

Die Änderungsformulierung wurde vom Vorsitzenden schriftlich vorgelegt. (s. Anlage)

TOP 2 Aufnahmeantrag des AK Atomwaffenfreies Europa :

Der AK "Atomwaffenfreies Europa" wird nach Beratung mit 11 Ja - und 1 Enthaltungsstimme aufgenommen .

TOP 3 "Verschiedenes" wird im Rahmen der Hausversammlung besprochen

2. Hausversammlung :

TOP 1 Rückblick auf den letzten Monat:

- Die Südafrika -Veranstaltung war total voll; offensichtlich wurden auch hier wieder die deutlichen Gegensätze zwischen ANC u. PAC spürbar. - Die gesamten Veranstaltungskosten betrugen mehr als 600.- DM, daher wurden der ASW 200.- als Spende überwiesen.
In diesem Zusammenhang wird die Frage laut, ob nicht die NAB nochmals bezüglich Mitgliedschaft angefragt werden sollte.
- Zur Polenveranstaltung kamen "nur" ca 25 Leute.
In diesem Zusammenhang wurde dazu aufgerufen, die laufenden Aktionen von ASF (Geldsammlung, Kleider etc.) und der Dahlemer Gemeinde (Waisenhaus) zu unterstützen.
Pastor Weckerling hat weitere Adressen in Polen.
- Es hat sich herausgestellt, daß jeweils die Montage im Haus mit Gruppen überbelegt sind (letzten Montag 9).
Daher müssen Montagsveranstaltungen abgewimmelt werden.
Wir brauchen auch einen statist. Überblick, wer das Haus zu welcher Zeit benützt. Es geht nicht, daß z.B. nur 6 Organisationen mit ihren Veranstaltungen die Kapazität des Hauses ganz auslasten.
- Letzten Freitag ergab sich eine chaotische Überbelegung durch die a i - Patenschaftsaktion. (ca 150). Es ist zu erwarten, daß Flüchtlingsbetreuung bzw. der Zulauf der Flüchtlinge anhalten wird.

TOP 2 Steigender Besuch der Flüchtlinge im a i -Büro :

Ein Vertreter von a i berät mit uns die Situation.
Es wird überlegt, ob zumindest als kurzfristige Lösung einige andere Beratungsstellen in der Stadt eröffnet werden können. Dafür soll Geld beantragt werden.

Forts. TOP 2

Langfristig ist zu überlegen, ob nicht die gesamte Flüchtlingsbetreuung in einem größeren Areal (einschl. Kommunikationsmöglichkeiten etc.) irgendwo in der Stadt angesiedelt werden könnte. Die Kapazität des Liemöller-Hauses wird diesen Bedürfnissen nicht gerecht werden können.

Falls in nächster Zeit jedoch nochmals solche Massenveranstaltungen kommen sollten, soll unbedingt im Gemeindehaus Thielallee 1-3 der große Raum beantragt werden. -OD Schulze wird beauftragt, dies im GKR vorzubringen. In diesem Zusammenhang wird auch offiziell das ~~xxx~~ restriktive Genehmigungsverfahren des geschäftsführenden Pfarrers, Herrn Herz, gerügt!

Es wird ferner darauf hingewiesen, daß im Friedenscafé keine Lebensmittel ausgegeben werden sollen auf Gutscheine des Senats für Asyl~~xxxx~~anbewerber.

- Zum Thema Asylbewerber soll der nächste "Jour fix" dienen:
"Die Situation der Asylbewerber in Berlin", am 17.3.82
(mit Flüchtlingsbeirat, AL, Ausländerkommittee)

TOP 3 Verschiedenes:

- Inge Kanitz bittet um kräftigen Besuch der Vietnam-Veranstaltung im Grips. 'Karten bei Inge.
- Der Medienreport des Hauses hat noch wenig Echo. Nochmalige Bitte an sämtlichen Mitgliederorganisationen zum Ausfüllen.
K.H. Horn stellt sich zu Auswertung zur Verfügung.
- DFG-VK sucht kämpferischen Spender, der gerichtlich eine Spenderquittung einklagt.

U.Sonn

his 22

EINGEGANGEN
26. APR. 1982
Erledigt

Protokoll vom 20.4.82

Hausversammlung

Anwesend:

Freundeskreis(Johanna Zückler); Argentinienverein(CD.Schulze);
ASF/WG(Michael Heimbach und Bernhard Krane); AK atomwaffenfreies
Europa

TOP 1: Wie gleich zu Beginn dieses Protokolls sichtbar wird, war die Beteilung an der Hausversammlung schlecht wie lange nicht mehr. Entschuldigungen dafür mag es viele geben. Viel wichtiger ist, daß ihr alle, die ihr hoffentlich dieses Protokoll lest, in den nächsten Monaten wieder zur Hausversammlung kommt. Im Mai und Juni stehen so viele Dinge an, daß es eigentlich schon etwas gemein wäre, wenn die Arbeit bei denen hängen bleibt, die regelmäßig erscheinen. Bitte schreibt euch schon jetzt die folgenden Termine für die Hausversammlungen bis Juni auf:

3. Mai; 17. Mai; 7. Juni 21. Juni jeweils um 19.30 Uhr

Es ist doch wirklich nicht zuviel verlangt, wenn ihr ein Interesse daran ~~xxx~~ habt, die Idee Friedenszentrum weiterzubringen(auch dazu seid ihr schließlich Mitglied), zweimal im Monat sich einzubringen. Da tut es weh, wenn in der taz zu lesen ist, daß ein neuer Anlauf für ein Dritte Welt Zentrum gemacht werden soll, weil und jetzt kommt's, man " im Friedenszentrum den Anschluß verpaßt habe".

Ergebnis der Diskussion über TOP 1 war es, über das Protokoll erneut einen globalen und solidarischen Tritt zu formulieren, um diese verdammte Trägheit mal wieder durchzuschütteln~~xxx~~.

TOP 2 Ostermarsch und Robert Havemann Forum

Es fand eine Diskussion über einzelne Erfahrungen statt. Kernpunkt an dem die nächsten ~~xx~~ Male weiterdiskutiert werden sollte war, wie und ob eine Spaltung der Friedensbewegung zu verhindern sei.

TOP 3: Mißbrauch des Namens: "Martin Niemöller Haus"

1 Beispiel: Aufruf zum Ostermarsch: Angegeben war M. Karnetzki, c/o Ostermarschbüro im Niemöller Haus bei Angabe der Telefonnummer des Amtes für Jugendarbeit, das seine Räume zur Verfügung gestellt hatte. Es wurde nicht deutlich, welche Organisation verantwortlich ist; das Amt für Jugendarbeit ist kein Mitglied des Friedenszentrums; die Telefonnummer des Martin Niemöller Hauses lautet anders; es wird der Eindruck erweckt, das Niemöller Haus ist ~~xxx~~ Träger des Ostermarsches, obwohl wir noch nicht einmal als Verein einen Beschluß gefaßt haben, offiziell mit aufzurufen.

2. Beispiel: Das Flugblatt zur Teufelsberg Demo. Als Presserechtlich. Verantw. wurde ein Herr Bonn c/o Martin Niemöller Haus angegeben ohne Adresse und Telefon. Richtig wäre es gewesen z.B. H. Bonn, DFG-VK im Martin Niemöller Friedenszentrum + Adresse. Ansonsten gilt dasselbe wie im ersten Beispiel

3. Beispiel: Als Veranstaltungsort für das Havemannforum wurde angegeben: Gemeindesaal der Martin Niemöllerkirche. Erstens gibt es keine Martin Niemöller Kirche und zweitens machte die taz daraus Martin Niemöller Haus

Wir kamen überein es zunächst mit der folgenden Regelung zu versuchen: Es sollte immer genau klar sein: Wer ist der Absender oder Verantwortliche(Organisation). Der Name Martin Niemöller Haus sollte ~~ni~~ nur autorisiert ~~xxxxxxx~~ auf Flugblättern erscheinen und als Ortsangabe nur derart, daß deutlich wird, daß es sich nur um eine Ortsangabe handelt z.B. bei Einladungen zu einer Veranstaltung, Sitzung etc.

TOP 4: Telefondienst

Die WG ist überfordert, die Bürozeiten angemessen durchzuführen. Wir sind im ganzen Haus ~~x~~ am auf und abrennen und hören sehr oft das Telefon gar nicht. Es kamen schon einige Beschwerden, wir seien sowieso kaum(tagsüber)zu erreichen, und dann hebt auch zu den Bürozeiten keiner ab. Folgender Vorschlag wurde angenommen:

Möglichst viele Organisationen sollen sich den Telefondienst aufteilen. Z.B. könnten die Frauen für den Frieden jeden 3. Dienstag im Monat vor ihren Versammlungen ab 17 Uhr im Büro sitzen, vielleicht sogar als offizielle Bürozeit, genauso Ohne Rüstung leben. Es reicht wenn eine Person 2 Stunden früher kommt. Wenn es Schwieriges am Telefon zu erledigen gibt, können wir ja immer noch gerufen werden. Das wichtigste wäre, daß möglichst viele aus verschiedenen Organisationen mitkriegen, was hier so läuft und über den Horizont ihrer eigenen Gruppe herausgucken. Also bespricht das in euren Gruppen!!!!!!
Ab Mai wollen wir entsprechend organisiert sein. Am 3 Mai in der Hausversammlung machen wir dann den Telefonplan für Mai fertig.

TOP 5: Veranstaltungswoche "Das andere Amerika"

schon fest ist: 1. Am Wochenende vor dem Reagan Besuch machen wir im Niemöller Haus ein Treffen von ehemaligen Freiwilligen der Aktion Sühnezeichen, die alle für 1- 1 1/2 Jahre in alternativen Projekten aller Art in den USA gearbeitet haben. Einige werden Dias etc mitbringen und bereit sein von ihren Erfahrungen in kleinen öffentlichen Veranstaltungen zu berichten. Wir suchen noch Veranstaltungsorte, da nicht alles hier stattfinden muß.

2. Einige Filme sollen an einigen Abenden gezeigt werden, die das andere Amerika präsentieren.

in Vorbereitung: 1. Ende Mai werden die Brüder Berrigan in Ostberlin sein. Wir bemühen uns sie auch ins Friedenszentrum zu kriegen. Termin wahrscheinlich um den 25. Mai rum.

2. Volkmar Deile und Andreas Zumach ~~x~~ nahmen an einer Delegationsreise der Westeuropäischen Friedensbewegung durch die USA Ende März teil und sind bereit über ihre Eindrücke zu berichten. Termin noch offen.

3. CD Schulze ist mit den Künstlern für den Frieden im Gespräch evtl zu Pfingsten ein Theaterstück der Brüder Berrigan/USA in der Jesus Christus Kirche aufzuführen.

4. Die AL, das FDCL und der AK atomwaffenfreies Europa überlegen zur Zeit, ob sie ein deutsch-amerikanisches Volksfest im Tempodrom veranstalten evtl. am 6. Juni mit vielen Gästen aus den USA

5. Am Samstag den 5.6.82 steht uns der Gemeindesaal zur Verfügung(bzw CD Schulze läßt ihn vormerken). Wir wollen eine Veranstaltung mit Kundgebungscharakter durchführen. Teilnehmer noch offen. Vielleicht könne Gäste aus den USA, die sowieso zur Tempodromveranstaltung kommen(wenn sie stattfindet) auch für diese Veranstaltung gewonnen werden.

Es gibt viel zu tun. Also dann: Bis zum 3. Mai

Mike

AUFRUF ZU EINER FRIEDENSMANIFESTATION AM 10. Juni 1982

Am 11. Juni wird der Präsident der USA, Ronald Reagan, unsere Stadt besuchen, um "die Verbundenheit seines Landes mit der Freiheit Berlin" zu demonstrieren. Viele Bürger dieser Stadt betrachten die Vereinigten Staaten als Garanten ihrer Freiheit. Dennoch werden Tausende von Berlinern auf die Straße gehen, um gegen die Politik der Reagan-Regierung zu protestieren. Sie tun es nicht, weil sie etwas gegen eine Person oder gar gegen das amerikanische Volk haben. Im Gegenteil, sie wissen sich einig, mit jenen Amerikanern, die am 12. Juni 1982, anlässlich der Eröffnung der UNO-Abrüstungskonferenz, gegen die gleiche Politik protestieren werden. Zu dieser Protestkundgebung werden 1 Millionen Menschen erwartet.

NATO und Warschauer Pakt haben einen Vernichtungsapparat aufgebaut, mit dem das Leben auf der Erde mehrmals ausgerottet werden kann. Gerade die Regierung Reagans will das Aufrüstungstempo jetzt noch beschleunigen; darin wird sie durch die Bundesregierung unterstützt. Auf ihre ausdrückliche Einladung wurde das NATO-Gipfeltreffen von Brüssel nach Bonn verlegt und Präsident Reagan nach Berlin eingeladen. So will man die Übereinstimmung zwischen Bundesregierung und US-Regierung sichtbar machen.

Überall, in Ost und West, verweigern immer mehr Menschen dem Rüstungswahnsinn ihre Zustimmung. Wir wenden uns gegen die Aufstellung neuer amerikanischer Mittelstreckenwaffen in Europa, gegen das NATO-Langzeitprogramm weiterer Hochrüstung, gegen die Produktion und Lagerung von Neutronenwaffen und neuen chemischen Kampfstoffen. Auch die sowjetischen Mittelstreckenwaffen gefährden Europa. Wir werden aber die Sowjetunion nicht zum Abbau dieser Waffen bringen können, wenn wir unsererseits die Hochrüstung weiter treiben. Abrüstung beginnt im eigenen Land.

Wir wissen,

- Rüstung tötet auch ohne Krieg. Die friedensbedrohende Verelendung in der Dritten Welt ist nicht zuletzt eine Folge unserer Rüstungspolitik. Jeder lokale Konflikt, in dem die großen Militärmächte verwickelt werden, kann sich zu einem Weltkrieg ausweiten.
- Rüstung verursacht in unserem Land Arbeitslosigkeit und Abbau von Sozialleistungen.
- Rüstung führt nicht zum Frieden, sondern zum Krieg.

Gemeinsam mit der Friedensbewegung der USA fordern wir
SOFORTIGES EINFRIEREN ALLER MASSENVERNICHTUNGSWAFFEN
IN OST UND WEST

KEINE EINMISCHUNG DER GROSSEN MILITÄRMÄCHTE IN DIE ANGELEGENHEITEN ANDERER LÄNDER - VOR ALLEM IN DER DRITTEN WELT
KEINE SOZIALDEMONTAGE SONDERN MILITÄRDEMONTAGE
ABRÜSTUNG IN OST UND WEST

Darüber hinaus fordern wir
KEINE NEUEN ATOMWAFFEN IN EUROPA - AUFHEBUNG DES "NATO-DOPPELBESCHLUSSES"

KEINE LAGERUNG CHEMISCHER KAMPFSTOFFE IN DER BUNDESREPUBLIK UND ANDERSWO

SCHAFFUNG ATOMWAFFENFREIER ZONEN IN EUROPA ALS ERSTER SCHRITT ZUR ABSCHAFFUNG DER ATOMWAFFEN IN DER GANZEN WELT

GK hat den Aufruf am 6.5.82 im Verzeichnis

b.w.

DAS MODERAMEN DES REFORMIERTEN BUNDES:

"DAS BEKENNTNIS ZU JESUS CHRISTUS
UND DIE FRIEDENSVERANTWORTUNG DER KIRCHE"

Eine Erklärung, angenommen am 12. Juni 1982,
veröffentlicht im August 1982

Vorwort

Der Reformierte Bund, der Zusammenschluß reformierter Kirchengemeinden, Gemeindeverbände, Synodalverbände, Kirchen und Einzelpersonen in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West), hat durch sein Leitungsgremium, das Moderamen, im Oktober 1981 einen Brief an seine Mitglieder versandt. Dieses Schreiben, das zur Friedensfrage Stellung nimmt, wird in dieser Publikation erneut vorgelegt. Im April 1982 beauftragte die Hauptversammlung des Reformierten Bundes einen Ausschuß, »unter Zugrundelegung der bisher vorliegenden reformierten Stellungnahmen zur Friedensfrage« eine Vorlage zum Schwerpunktthema »Frieden« für die Vollversammlung des Reformierten Weltbundes in Ottawa (August 1982) zu erarbeiten. Das Ergebnis dieser Arbeit, in der Pfarrer Dr. Rolf Wischnath federführend tätig war, wurde vom Moderamen am 12. Juni 1982 einstimmig angenommen und wird hiermit publiziert.

Problematische »Ausgewogenheit«, Zweideutigkeit und Unentschlossenheit in der Evangelischen Kirche in Deutschland haben dieses Sondervotum herausgefordert. Wir wissen uns aufgerufen, der alles Leben zerstörenden Gotteslästerung atomarer Bewaffnung mit dem Bekenntnis des Glaubens entgegenzutreten. Die nukleare Vorbereitung des universalen Holocaust ist kein »Adiaphoron« (entscheidungsfreies Thema); sie geschieht im Gegensatz zu den

Grundartikeln des christlichen Glaubens. In dieser Einschätzung stimmen wir überein mit der Denkschrift »Kirche und Kernbewaffnung« der Nederlandse Hervormde Kerk, der wir uns dankbar verbunden wissen. Die Friedensfrage ist eine Bekenntnisfrage.

Als Deutsche leben wir im Brennpunkt der Spannungen zwischen den beiden großen militärischen Machtblöcken, in einer Zone größter Atomwaffendichte der Welt, als Abschußrampe und Zielscheibe »eines begrenzten atomaren Krieges«, den Politiker schon einkalkulieren. Aus dieser gefährdeten Situation erheben wir unsere Stimme und bitten die Brüder und Schwestern in aller Welt, mit uns entschlossen dem heraufkommenden Grauen der Vernichtung entgegenzutreten und sich mit allen denen zu verbünden, die das, was wir als Christen »Gotteslästerung« nennen, als »Logik des Wahnsinns« verurteilen. Die atomare Rüstung, die die Politiker noch mit der Notwendigkeit einer »Verteidigung« zu begründen versuchen, ist längst in den Bann ratloser Angst, weltweiter Schrecken und kriegsrischer Ausbrüche gefallen.

Hans-Joachim Kraus
Moderator

A. Thesen

I

Jesus Christus ist unser Friede. In seinem Tod am Kreuz und in seiner Auferstehung von den Toten hat Gott die ganze gottfeindliche Welt mit sich versöhnt und alle Menschen unter den Zuspruch und Anspruch seines Friedens gestellt. Dem gekreuzigten und auferstandenen Herrn gehört alle Macht im Himmel und auf Erden. Er hat seine Gemeinde in die Welt gesandt, das Wort von der Versöhnung auszurichten, seinen Frieden zu bezeugen und im Gehorsam gegen sein Wort Frieden zu halten mit allen Menschen. Sein Friede, den die Welt nicht geben, nicht sichern oder zerstören kann, befreit und verpflichtet dazu, für den Frieden unter den Menschen zu beten, zu denken und zu arbeiten.

Dieses Bekenntnis unseres Glaubens ist unvereinbar mit der Meinung, die Frage des Friedens auf Erden unter den Menschen sei eine politische Ermessensfrage und darum unabhängig von der Friedensbotschaft des Evangeliums zu entscheiden.

Angesichts der Bedrohung des Friedens durch die Massenvernichtungsmittel (A-B-C Waffen und konventionelle Massenvernichtungswaffen) haben wir als Kirche meist geschwiegen oder nicht entschieden genug den Willen des Herrn bezeugt. Jetzt, da stärker als zuvor die Möglichkeit des Atomkriegs zur Wahrscheinlichkeit wird, erkennen wir: Die Friedensfrage ist eine Bekenntnisfrage. Durch sie ist für uns der status confessionis gegeben, weil es in der Stellung zu den Massenvernichtungsmitteln um das Bekennen oder Verleugnen des Evangeliums geht.

II

In Jesus Christus hat Gott allen Menschen Frieden gewährt. In der Versöhnungstat Jesu Christi begründet er die neue Wirklichkeit: Die ganze Welt ist mit Gott versöhnt. In dieser Wirklichkeit leben wir. Ihr sollen wir durch unser ganzes Leben im Glauben und im Gehorsam entsprechen.

Dieses Bekenntnis unseres Glaubens ist unvereinbar mit aller lebensbedrohenden Feindschaft unter den Menschen und allen ideologischen Feindbildern, mit denen eine bislang ungebändigte Aufrüstung begründet wird. Feindschaft, Bereitschaft zur Vernichtung und Vergeltung, Haß und Menschenfurcht leugnen die Wirklichkeit der Versöhnung der Welt mit Gott, deren Wahrheit Gott in der Auferstehung des Gekreuzigten offenbar gemacht hat.

Im Vertrauen auf die auch unseren Feind einschließende Versöhnungstat Jesu Christi wollen wir allen Taten des Unfriedens, allen verzerrten Bildern von Menschen und Völkern und darum auch allen mit solchen Feindbildern gerechtfertigten Massenvernichtungsmitteln den Abschied geben. In Christus sind wir alle mit Gott und darum auch miteinander versöhnte Menschen, die sich nicht wie Unversöhnte meiden, bedrohen, abschrecken oder gar vernichten dürfen.

III

Gott ist der Schöpfer und Erhalter der Welt. Trotz unserer Schuld hält und erneuert er in Treue den Bund mit uns Menschen und gibt nicht preis die Werke seiner Hände.

Dieses Bekenntnis unseres Glaubens ist unvereinbar mit der Entwicklung, Bereitstellung und Anwendung von Massenvernichtungs-

mitteln, die den von Gott geliebten und zum Bundespartner erwählten Menschen ausrotten und die Schöpfung verwüsten können.

Im Vertrauen auf den Gott des Bundes und der Treue wollen wir uns nicht länger von solchen »Waffen« umgeben, »schützen« und gefährden lassen.

IV

Gott verbindet in Christus seinen Frieden mit der Verheißung und dem Gebot menschlicher Gerechtigkeit.

Dieses Bekenntnis unseres Glaubens ist unvereinbar mit der Bejahung oder auch nur Duldung eines »Sicherheitssystems«, das auf Kosten der Hungernden und Elenden der Erde und um den Preis ihres Todes erhalten wird.

Im Gehorsam gegen den Gott des Friedens und der Gerechtigkeit wollen wir uns einsetzen für einschneidende Kürzungen der Rüstungshaushalte zugunsten der Armen. Im Vertrauen auf ihn sind wir bereit zu ersten, auch einseitigen Schritten der Abrüstung, deren politische Durchsetzung wir fordern und voranbringen wollen. Solche ersten Schritte sind:

- die grundsätzliche Verpflichtung, Konflikte ohne Anwendung oder Androhung von Gewalt lösen zu wollen,
- der Verzicht auf immer neue Waffen,
- der sofortige Einhalt der Entwicklung und Stationierung neuartiger Massenvernichtungsmittel,
- die Verpflichtung, die vorhandenen Massenvernichtungsmittel in einem Krieg nicht anzuwenden und erst recht nicht als erster einzusetzen,
- die Einrichtung kernwaffenfreier Zonen,
- kalkulierte, einseitige Abrüstungsmaßnahmen,
- das Verbot und die Verhinderung der Rüstungsexporte.

V

Jesus Christus, der Sohn Gottes, ist der eine und einzige Herr, dem wir im Leben und im Sterben zu vertrauen und zu gehorchen haben. Sein Gebot ist Maßstab und Grenze auch aller innerweltlichen, politischen Verantwortung der Christen.

Dieses Bekenntnis unseres Glaubens ist unvereinbar mit der Auffassung, die Lösung des Problems der notwendigen und angemessenen Machtmittel des Staates sei allein dem politischen Ermessen und der »praktischen Vernunft« vorbehalten und es könne für Christen dabei keine eindeutige Entscheidung geben, die sich von ihrem Glauben her hinreichend begründen ließe.

Im Glaubensgehorsam gegen Jesus Christus sagen wir: Auch für staatliche Machtmittel gibt es eine durch das Gebot des Herrn gesetzte Grenze, die nicht überschritten werden darf. Massenvernichtungsmittel sind keine angemessenen und notwendigen Machtmittel, mit denen ein Staat potentielle militärische Gegner abschrecken und im Kriegsfall bekämpfen darf. Es ist zwar Aufgabe des Staates, für Recht und Frieden zu sorgen und das Leben seiner Bürger zu schützen. Aber Massenvernichtungsmittel zerstören, was sie zu verteidigen vorgeben. Ihnen gilt von seiten der Christen ein aus dem Bekenntnis zu Gott dem Schöpfer, Versöhner und Erlöser gesprochenes bedingungsloses »Nein!«, ein »Nein ohne jedes Ja«.

VI

Jesus Christus, der für uns gekreuzigte und auferstandene Herr, ist gegenwärtig in der Kraft des Heiligen Geistes. Unter seiner Herrschaft, die sich ohne Gewalt durchsetzt, und unter seiner Leitung, die niemanden zwingt, gewinnen wir Hoffnung und Zuversicht.

Dieses Bekenntnis unseres Glaubens ist unvereinbar mit aller Hoffnungslosigkeit und Passivität angesichts der ungeheuren Bedrohung und der oft aussichtslos erscheinenden Mühe um die Bewahrung des Friedens.

Im Vertrauen auf die Herrschaft Jesu Christi und in der Kraft des Heiligen Geistes wollen wir uns nicht entmutigen lassen, für den Frieden zu beten, zu denken und zu arbeiten. Da Jesus Christus der Versöhner und Herr der ganzen Welt ist und seine Herrschaft nicht an den Grenzen der christlichen Gemeinde aufhört, arbeiten wir auch mit Menschen zusammen, die keine Christen sind. Der tröstenden Macht seines Geistes befehlen wir uns an, wenn der Weg des Friedens ins Leid und ins Kreuz führt.



VII

Gott wird die in Christus beschlossene Versöhnung mit der Wiederkunft des Herrn vollenden und einen neuen Himmel und eine neue Erde schaffen, in denen Gerechtigkeit und Frieden ohne Ende wohnen. Steht diese Vollendung des Heils auch noch aus, so wird sie doch – von Gott in der Auferstehung des Gekreuzigten verbürgt und von ihm bestimmt – kommen und mit der Auferweckung aller Toten und dem letzten Gericht anheben.

Dieses Bekenntnis unseres Glaubens ist unvereinbar mit allem aufgeregten, ziellosen Aktivismus, allem blasphemischen Spekulieren über die »Schrecken der Endzeit«, allem Desinteresse an den Fragen der Friedenserhaltung und aller politischen Gleichgültigkeit hinsichtlich der Entwicklung der Welt.

In der Hoffnung auf den wiederkommenden Herrn sind wir frei zu vorläufigen, auch unvollkommenen, aber tapferen und entschiedenen Schritten für den Frieden. Vor ihm als dem letzten Richter über unser Leben werden wir Rechenschaft darüber ablegen müssen, was wir mit den jeweils eigenen Gaben dazu beigetragen haben, Widerstand gegen die Bedrohung zu leisten, die atomare Katastrophe zu verhindern und seinen Frieden in Wort und Tat zu bezeugen.

B. Erläuterung der Thesen

Zu These I

Gott war in Christus und versöhnte die Welt mit sich selber, indem er ihnen ihre Sünden nicht zurechnete, und er hat unter uns aufgerichtet das Wort von der Versöhnung.

2. Korintherbrief 5,19

Und Jesus trat hinzu, redete mit ihnen und sprach: Mir ist alle Macht gegeben im Himmel und auf der Erde.

Matthäus 28,18

Wir glauben:

Jesus Christus ist unser Friede. Denn in seinem stellvertretenden Sühnetod am Kreuz und in seiner Auferstehung von den Toten hat Gott die ganze gottlose und gottfeindliche Welt mit sich selbst versöhnt:

Im Kreuz seines Sohnes erniedrigt er sich und nimmt das Geschick, das der Mensch sich als Sünder zuzieht, auf sich selber: das Geschick des Gerichts und des Todes in der Gottverlassenheit. In der Auferstehung des Gekreuzigten wird in seiner Gültigkeit und Wirksamkeit offenbar, was im Kreuz als der Tat der Versöhnung für uns geschehen ist: daß der sündige Mensch ein für allemal von seiner Schuld befreit, der Konsequenz seines bösen Tuns vor Gott entzogen und aus dem Tod der ewigen Gottverlassenheit errettet ist. Weil der Gekreuzigte lebt, ist sein Tod am Kreuz als Rechtfertigung, Heiligung und Berufung des Sünders erwiesen. Gott schafft dem Sünder in Christus eine neue Existenz und läßt ihn als gerechtfertigten, geheiligten und berufenen Menschen unter seiner Herrschaft in Frieden leben. – So ist Jesus Christus unser aller Friede.

Ihn hat Gott zum König und Herrn der ganzen Welt erhöht. Er hat alle Macht im Himmel und auf der Erde. Auch wenn im Vorläufigen und Vorletzten andere Mächte und Gewalten sich Herrschaft anmaßen – sie unterstehen seinem Weltregiment; ihre Freiheit ist eine bedingte, ihm unterworfenen. In seiner Auferstehung sind die gegen Gott gerichteten und aufbegehrenden Mächte in ihrer letztgültigen Ohnmacht entlarvt und in ihrer drohenden Gewalt überwunden.

Jesus Christus hat seine Gemeinde in die Welt gesandt. Er hat sie berufen und beauftragt, ihr als der versöhnten Welt das Wort von der Versöhnung auszurichten, den im Kreuzestod gestifteten Frieden zu bezeugen und selbst im Gehorsam gegen sein Wort dankbar zu leben und Frieden zu halten mit allen Menschen.

Der Friede Gottes in Christus und der in unserer Verantwortung liegende Friede auf Erden unter den Menschen sind zu unterscheiden. Beides ist nicht dasselbe. Aber beides ist auch nicht voneinander zu trennen, vielmehr unter allen Umständen miteinander zu verbinden. Im Glauben und im Gehorsam der Gemeinde soll der Friede Gottes bezeugt und sichtbar werden. Weil dieser Friede allem Begreifen überlegen ist und unsere Herzen und Gedanken bewahren wird (Philipperbrief 4,7), können und sollen wir aus seiner Kraft heraus ihm entsprechen: in friedensamen menschlichen Verhältnissen, in der Überwindung von Feindschaft und Haß, im Abbau von Mißtrauen, im Verzicht auf Vergeltung, in der Bereitschaft zum Leiden, im konkreten Gehorsam gegen das Gebot: »Jaget dem Frieden mit jedermann nach!« (Hebräerbrief 12,14). Weil Gottes rettendes Handeln in Jesus Christus den Frieden geschaffen hat, den die Welt nicht geben kann und der in Ewigkeit bleibt, hören und bezeugen wir Gottes Wort vom Frieden gegen alle Erfahrungen des Unfriedens und gegen allen waffenstarrenden »Realismus«, der mit der wahren Wirklichkeit der Versöhnung der Welt mit Gott und der Königsherrschaft Jesu Christi über die Welt nicht zu rechnen wagt. Darum treten wir im Gebet ein für den Frieden zwischen den Menschen. Deshalb sind wir schon jetzt befähigt und verpflichtet, dem Frieden mit Gott in Wort und Tat zu entsprechen, in aller Vorläufigkeit den Frieden auf Erden zu suchen und miteinander in Frieden zu leben.

Aus diesem Bekenntnis ergibt sich für die Friedensverantwortung der Kirche:

Die »Friedensfrage« ist für die Kirche kein beiläufiges, modisches oder von außen aufgeprägtes Thema. Sie stellt sich vielmehr von der Mitte des Evangeliums her. Das Wort vom Frieden Gottes in Jesus Christus betrifft in seinem Zuspruch und Anspruch unser ganzes Leben. Es hat auch unsere politischen Überzeugungen zu bestimmen und zu korrigieren.

Wenn das Zeugnis von dem in Christus beschlossenen Frieden das befreiende und verpflichtende Bekenntnis ist, aus dessen Wahrheit die Kirche allein lebt und für das sie in Wort und Tat einzustehen hat, dann ist auch der Friede auf der Erde unter den Menschen eine Frage, die im Hören auf die Schrift und das Bekenntnis zu beantworten ist. Weder die Scheu, mit dieser Antwort in Widerspruch zu den Mächtigen dieser Zeit zu geraten, noch die Sorge, die (wegen unausgetragener Gegensätze oft nur scheinbar bestehende) Gemeinschaft in der Kirche zu gefährden, dürfen uns hindern, das Bekenntnis zu Jesus Christus angesichts des entscheidenden Problems unserer Tage auszusprechen und öffentlich zu bezeugen.

Dieses Zeugnis kann nicht ausbleiben oder undeutlich sein. Die Kirche hat in ihrer Geschichte in elementaren politischen Fragen und insbesondere in der Frage von Krieg und Frieden vielfach versagt und geschwiegen. Als Gemeinde Jesu Christi bekennen wir, daß wir das Zeugnis von der Versöhnung, vom Frieden und der gnädigen Herrschaft unseres Herrn nicht so ausrichten und leben, wie wir es könnten und sollten. Anstatt uns auf ihn zu verlassen, haben auch wir Wohlergehen, Sicherheit und Überlegenheit in hemmungslosem Besitzstreben und in der Stärke von Waffen gesucht. Wir sind mehr den Wertmaßstäben der alten, unversöhnten Welt gefolgt, als uns von unserem Herrn leiten zu lassen. So haben wir als Christen dazu beigetragen, daß die Menschen dem Irrtum der Selbstsicherung auf Kosten des Friedens und der Gerechtigkeit erlegen sind. Weil wir das gelebte Friedens- und Versöhnungszeugnis den Menschen schuldig geblieben sind, haben wir unsere Bestimmung verfehlt, Salz der Erde und Licht der Welt zu sein.

Wenn wir jetzt trotzdem zur Sache des Friedens reden, können wir es allein im Vertrauen darauf tun, daß Jesus Christus auch der Herr der Schuld seiner Gemeinde ist und seine Glaubwürdigkeit nicht durch unsere Unglaubwürdigkeit aufgehoben wird. Was wir jetzt sagen, wollen wir im Gehorsam gegen ihn sagen – herausgefordert durch eine Situation, in der Schweigen und Ausweichen neue Schuld wäre:

Mit vielen Menschen in der Bundesrepublik Deutschland und in Europa sind wir zunehmend betroffen von der wachsenden Zahl der Massenvernichtungsmittel in West und Ost; wir leiden an der Bedrohung des Weltfriedens. Als Deutsche leben wir im Brennpunkt der Spannungen zwischen den beiden großen Militärblöcken, und wir vergessen nicht, daß eine der Ursachen für diese Spannungen in der Geschichte unseres Volkes zu suchen ist; unser Volk hat zweimal in diesem Jahrhundert die Brandfackel des Krieges in die Welt hineingetragen. Auf neue droht ein Weltenbrand. Die Aufrüstung hat unvorstellbare Ausmaße angenommen. Die Möglichkeit eines Atomkriegs ist zur Wahrscheinlichkeit geworden. Die scheinbare Stabilität trägt. Durch die immer größer werdende Gefahr der atomaren Vernichtung der Welt wird unser Jahrzehnt mehr und mehr zum gefährlichsten in der Geschichte der Menschheit.

Angesichts der jeden Augenblick möglichen Katastrophe, angesichts der offenkundigen Bereitschaft politisch und militärisch Verantwortlicher, die Massenvernichtungsmittel in einem militärischen Konflikt einzusetzen, ja sogar den atomaren Erstschatz ins strategische Kalkül einzubeziehen, und angesichts der Abstumpfung und Gewöhnung vieler Menschen an das Leben am atomaren Abgrund ist die Friedensfrage zur *Bekenntnisfrage* geworden. Wie im Kirchenkampf die »Judenfrage« zur Bekenntnisfrage wurde, so stellt uns heute das Gebot des Bekenntnisses in der Frage des Friedens und seiner Bedrohung durch die Massenvernichtungsmittel in den *status confessionis* – d. h. wir sehen uns unumgänglich herausgefordert, diese Frage als eine Frage des Glaubens und des Gehorsams im Hören auf die Schrift und in der Bitte um die Leitung des Geistes klar und verbindlich zu beantworten, weil es in ihr um das Bekenntnis oder Verleugnen des Evangeliums geht.

Wir vergessen nicht, daß wir dem in dieser Sache theologisch und politisch Andersdenkenden nicht zum Gegner oder gar Feind werden dürfen und daß es uns verwehrt ist, ihn als einen Feind anzusehen und zu bekämpfen. Zwar ist es nicht hinzunehmen, daß in einer Bekenntnisfrage, die – wie die uns jetzt aufgegebene – eine Frage um Leben und Tod ist, auf die Dauer sich gegenseitig ausschließende Positionen in der einen Kirche nebeneinander stehen bleiben. Aber das dadurch notwendige klare Nein zu einem Standpunkt hebt nicht das Ja zur Person dessen auf, der ihn vertritt. Nach evangelischem Verständnis bedeutet die Erkenntnis und die sorgsam bedachte Feststellung, daß die Kirche in den *status confessionis* versetzt ist, nicht Exkommunikation und Drohung mit der Spaltung, sondern Einladung zum Glauben und Ruf in die verbindliche Entscheidung des Bekenntnisses. Gewiß können und dürfen wir uns nicht zu Herren des Glaubens und des Gewissens Andersdenkender machen. Aber wir rufen mit unserem Widerspruch, unserer Warnung und Beschwörung jeden und uns selbst zuerst zur Bindung an Jesus Christus und zur Verantwortung vor ihm.

Zu These II

Es ist Gottes Wohlgefallen gewesen, daß in Jesus Christus alle Fülle wohnte und alles durch ihn versöhnt wurde mit Gott, alles auf der Erde und im Himmel, dadurch daß er Frieden gemacht hat am Kreuz durch sein Blut.

Kolosserbrief 1,19f.

Jesus Christus ist das Sühnopfer für unsre Sünden, aber nicht nur für unsre Sünden, sondern auch für die der ganzen Welt.

1. Johannesbrief 2,2

Wir glauben:

Gott hat seinen Frieden allen Menschen gewährt. Denn für die Sünden der ganzen Welt ist Jesus Christus gestorben. Die Welt und die Menschen sind nicht mehr die gleichen, die sie vorher waren, weil im Ereignis von Kreuz und Auferstehung Jesu Christi die Situation der Welt und der Menschen eine totale und radikale Veränderung erfahren hat: »Gott hat uns aus der Macht der Finsternis errettet und das Reich des Sohnes seiner Liebe versetzt« (Kolossenerbrief 1,13). Und: »Die Herrschaft über die Welt ist unserem Herrn und seiner Christus zuteil geworden, und er wird herrschen in alle Ewigkeit (Offenbarung 11,15).

Im Licht der Versöhnung als der umfassenden Befriedung der Welt durch Christus sehen wir: Vor Gott waren und sind alle Menschen Sünder, unfähig, sich aus eigener Kraft zu retten; vor Gott aber sind und werden nunmehr alle Sünder durch das Kreuz versöhnt, gehören alle unwiderruflich hinein in den Frieden Gottes, steht niemand außerhalb des Herrschaftsbereichs des Auferstandenen.

Gewiß, noch erkennen und glauben das nicht alle Menschen, noch steht die Welt im Zeichen des Widerspruchs gegen den Frieden Gottes, noch ist die Herrschaft des Auferstandenen dem Unglauben verborgen, noch steht sie im Zeichen der leidenden Liebe und des Kreuzes; und noch müssen wir warten auf die Stunde der Erlösung und auf das Bekenntnis aller Sünder, daß Jesus Christus Versöhner und Herr der ganzen Welt ist. Aber als Christen glauben wir, daß schon jetzt jeder Mensch – erst recht unser Feind, erst recht der, der noch kein Christ ist – anzusehen ist in der ihm durch Christus geschenkten neuen Wirklichkeit: als der von Gott geliebte und versöhnte Mensch. Wir dürfen und sollen die Welt daraufhin ansprechen, daß Jesus Christus sie bereits mit Gott versöhnt hat, auch wenn sie ihre Versöhnung noch nicht wahrzunehmen bereit ist. Die Botschaft von der Versöhnung enthüllt den Unglauben und den Widerspruch der

Welt gegen Gott und die Feindschaft in der Welt als grund- und sinnlos. Weil die Feindschaft gegen Gott und die Feindschaft der Menschen untereinander keinen Rechtsgrund mehr haben, sind wir aufgerufen, gegen den Anschein der Welterfahrung auf die Wirklichkeit der Versöhnung und die Herrschaft des Auferstandenen zu setzen, ihm zu vertrauen und es damit zu wagen, Feindschaft, Haß und Menschenfurcht nicht länger über uns herrschen zu lassen. Was immer auch der Versöhnungstat Christi durch menschliche Schuld widerspricht, Gottes großes Ja zu allen Menschen kann dadurch nicht rückgängig gemacht oder außer Geltung gesetzt werden.

Aus diesem Bekenntnis ergibt sich für die Friedensverantwortung der Kirche:

Mit dem Bekenntnis zur Versöhnung der ganzen Welt mit Gott und dem Glauben an die Königsherrschaft Christi ist unvereinbar alle lebensbedrohende Feindschaft unter den Menschen. Der von Gott versöhnte Mensch darf nicht von seinem Mitmenschen lebensgefährlich bedroht und erst recht nicht vernichtend geschlagen werden. Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein. Aber nicht erst der Krieg, sondern schon seine ideologische Vorbereitung ist Sünde gegen Gott: Alle Feindbilder, die wir uns von anderen Menschen machen, die wir festhalten und ausmalen, um eine ungeheure Anhäufung von Waffen und ihre mögliche Anwendung zur Vernichtung des Feindes in einem Krieg zu rechtfertigen, sind Ausdruck des Unglaubens und Widerstandes gegen die Botschaft von der Versöhnung. Sie unterstellen in dem von Gott geliebten Menschen einen Feind, dem gegenüber man sich selber nur behaupten kann und mit dem menschliche Beziehungen nur dann zu entwickeln sind, wenn man jederzeit zu seiner Vernichtung bereit und ausgerüstet ist. So wird verkannt, daß wir nur gemeinsam und miteinander vor Gott leben können. Die Prämisse aller Feindbilder ist der Unglaube. Der Glaube aber weiß: Wenn alle Menschen mit Gott versöhnt sind, wenn allen anderen nicht weniger als uns das Evangelium gilt und wir miteinander unter der Herrschaft Christi stehen, dann können und dürfen wir nicht einen Teil der Menschen zu Objekten ideologischer Verzerrungen machen, um dadurch als begründet erscheinen zu lassen, daß wir gegen sie bis zum Wahnsinn aufgerüstet haben.

Die vorhandenen Waffenarsenale und das in ihnen zum Ausdruck kommende Machtstreben und Mißtrauen gegen ganze Völker schließen die Bereitschaft zur Massenvernichtung ein. Sie bedeuten die tägliche Androhung von Terror und Massenmord. Solche Drohung und Bereitschaft – auch wenn sie »nur« zur »Abschreckung« erfolgen – sind die offene Verleugnung und Verhöhnung des in Christus offenbaren Gottes, der nichts anderes will, als »daß alle Menschen gerettet werden und zur Erkenntnis der Wahrheit kommen« (1. Timotheusbrief 2,4).

Das Vertrauen auf die auch unseren Feind einschließende Versöhnungstat Jesu Christi befreit von den Taten des Unfriedens, von allen Zerrbildern, allem Haß, aller Abschreckung und aller Menschenfurcht. In Christus sind wir alle ja auch längst miteinander versöhnte Menschen. Wir brauchen uns darum auch untereinander nicht mehr wie Unversöhnte zu begegnen. Wir können verzichten auf Machtmittel, die unzähligen Menschen den Tod bringen, auf die Instrumente der Bedrohung und Abschreckung. Wir können und sollen als Christen ungewöhnliche Schritte für die Abrüstung in unserem Land und in der Welt tun. Es ist unsere Aufgabe, für den Frieden unablässig zu beten, zu denken und zu arbeiten.

Zu These III

Im Anfang schuf Gott Himmel und Erde. Und die Erde war wüst und leer

Und Gott schuf den Menschen zu seinem Bilde, zum Bilde Gottes schuf er ihn; und er schuf sie als Mann und Weib. Und Gott segnete sie und sprach zu ihnen: Seid fruchtbar und mehret euch und füllet die Erde und machet sie euch untertan.

1. Mose 1, 1.27f

Wir glauben:

Gott ist der Schöpfer und Erhalter der ganzen Welt. Dem Menschen zugute hat er die Welt erschaffen. Ihn als sein Ebenbild hat er dazu berufen, im Bund mit ihm zu leben, sich die Erde untertan zu machen, sie zu bebauen und zu bewahren. Der Mensch aber wird zum Sünder: Er bricht den Bund, indem er meint, sich auf sich selbst und seine Machtmittel verlassen zu können und sich so abwendet von Gott, seinem Herrn und einzigen wahren Schutz. Dies ist der Ursprung der Verfehlung der menschlichen Bestimmung, der Gefährdung der Schöpfung, der Bedrohung des Friedens und der Macht des Bösen.

In der Perspektive des Glaubens an Gott den Schöpfer erkennen wir: In vorerst letzter Konsequenz seines Abfalls von Gott hat der Mensch gegen seinen Mitmenschen Gewaltmittel entwickelt, die den Bundespartner Gottes ausrotten und die Erde innerhalb weniger Stunden wieder »wüst und leer« machen können. Auch ein »begrenzter Atomkrieg« würde unvermeidlich die ganze Schöpfung verletzen und jeden Menschen auf der Erde betreffen – direkt oder indirekt. So stellen die Massenvernichtungsmittel derzeit die größte Gefahr für die Schöpfung Gottes und für das irdische Fortbestehen der Menschen dar. Und »die Kirche schuldet in der Tat dem Menschen ... die Erhellung seiner Situation durch das klare Zeugnis über diese Machtmittel als Ausdruck dessen, daß hier der Mensch im Äußersten der Verlorenheit an sich selbst, an seine hybride Selbstdurchsetzung und seine drohende Selbstvernichtung, steht« (Ernst Wolf). Dennoch glauben wir: Die Welt der Sünde ist die von Gott geliebte Welt. Er hält Bund und Treue ewiglich. Er wird die Werke seiner Hände nicht preisgeben. Gegen das Böse hat er seine Schöpfermacht und seinen Erhaltungswillen erwiesen, indem er in Christus die von ihm abgefallene Welt mit sich versöhnte. Damit ist ein neuer Anfang gesetzt, dem Sünder eine neue Existenz geschenkt, der Welt eine neue Hoffnung gegeben, dem Wahnsinn der Vernichtung jedes Recht und jeder Grund entzogen; und der Auftrag Gottes für den Menschen zur Bewahrung der versöhnten Schöpfung ist erneuert.

Aus diesem Bekenntnis ergibt sich für die Friedensverantwortung der Kirche:

Mit dem Bekenntnis zu Gott dem Schöpfer, Versöhner und Erlöser der Welt ist die Entwicklung, Bereitstellung und Anwendung von Massenvernichtungsmitteln schlechterdings unvereinbar. Auch die politische Bejahung dieser »Waffen« oder die Gleichgültigkeit ihnen gegenüber fallen unter dieses Urteil des Glaubens und des Gehorsams.

Wir meinen mit dem Ausdruck *Massenvernichtungsmittel* insbesondere die *Kernwaffen*. Aber auch die weiterentwickelten chemischen und biologischen »Waffen« sind mitgemeint. Sie allesamt »Waffen«

zu nennen, wäre eine beschönigende Verharmlosung. Denn ihr Wesen erfaßt nicht, wer in ihnen lediglich die Fortentwicklung der Waffentechnologie erblickt, »wer Atomgranaten mit einer weiterentwickelten Artillerie vergleicht, ... wer nur die ungeheure Steigerung der Quantität des Todes und der Vernichtung zahlenmäßig erfaßt. Aus der quantitativen Steigerung ist eine qualitative Wesensveränderung des Krieges geworden. Unterscheidungen, die bisher als wichtige moralische und rechtliche Maßstäbe galten, wie Angriffs- und Verteidigungskrieg, Kombattanten und Nichtkombattanten, Front und Heimat, entfallen; alle rechtlichen und moralischen Beschränkungen werden unmöglich. Die örtliche und zeitliche – noch spätere Generationen bedrohende – Unbegrenzbarkeit des Atomkrieges, die Möglichkeit, daß der Atomkrieg überhaupt jeder menschlichen Kontrolle entwächst, gibt ihm ein Wesen, das ihn qualitativ unterscheidet von dem sich bei aller Unmenschlichkeit und Roheit doch in örtlich und zeitlich überschaubarem Rahmen vollziehenden und an rechtlichen und moralischen Maßstäben meßbaren herkömmlichen Krieg« (Heinrich Hannover).

Wir verkennen nicht, daß auch die ohne »A-B-C Waffen« geführten Kriege der Vergangenheit und der Gegenwart unsagbares Leid und Elend mit sich brachten und daß es keine eindeutige Trennlinie zwischen atomaren und konventionellen Waffen hinsichtlich der entsetzlichen Folgen ihrer Anwendung gibt. Auch konventionelle Waffen können als Massenvernichtungsmittel gebraucht werden! Aber die Bereithaltung und Anwendung der atomaren, biologischen und chemischen Vernichtungsmittel bedeutet unter allen Umständen Bereitschaft zur uneingeschränkten Vernichtung: zum Massen- und Völkermord, zur Verwüstung von Städten und Ländern, zur Verseuchung der Erde für Jahrhunderte.

Christen können unter keinen Umständen damit einverstanden sein, daß solche Mittel eingesetzt werden. Und sie können ebensowenig ihre Zustimmung dazu geben, daß solche Mittel als angeblich »politische Waffen« hergestellt und bereitgehalten werden, um mit ihnen zu drohen, »abzuschrecken« und sie ins politische Kalkül einzubeziehen. Glaubwürdig drohen und abschrecken kann nur, wer auch wirklich die Bereitschaft aufbringt, im Ernstfall Ernst zu machen. Ohne die Entschlossenheit zum Einsatz der Massenvernichtungsmittel fehlt es an der Wirkung der Abschreckung. Diese Entschlossenheit, die politisch proklamiert und militärisch glaubwürdig bekundet wird, ist aber faktisch eine Entschlossenheit zur Vernichtung der Schöpfung Gottes. Es gibt jedoch schlechterdings keinen Wert, und sei er noch so hoch, der um den Preis der Vernichtung der Schöpfung »verteidigt« werden dürfte. Und es gibt auch keinen Feind, und sei er noch so gefährlich, der um diesen Preis mit Massenvernichtungsmitteln abgewehrt und geschlagen werden dürfte. Im Licht des biblischen Zeugnisses ist keine noch so große Notwendigkeit zu erkennen, die die Anwendung solcher Mittel rechtfertigen würde. Mithin ist schon die Entwicklung, Herstellung und Bereithaltung dieser »Waffen« als die Ermöglichung ihrer Anwendung Sünde und offenkundige Verneinung des seiner Schöpfung treuen und dem Menschen gnädigen Gottes.

Es kommt hinzu, daß die Entwicklung neuer Waffensysteme geradezu ein Eigenleben zu führen scheint und dadurch die Entscheidungsfreiheit des Menschen, seine Kontroll- und Bändigsmöglichkeit immer mehr eingeschränkt werden und er nicht mehr Herr über seine eigene Technik wird. Die immer komplizierter werdenden Verfeinerungen in der Waffentechnologie vergrößern die Wahrscheinlichkeit des Versagens der Menschen und ihrer Technik und lassen den »Atomkrieg aus Versehen« bzw. »wider Willen« jederzeit möglich werden. Dieser »Fortschritt« verkehrt den Schöpfungsauftrag, daß der Mensch sich die Erde untertan machen soll, in sein Gegenteil. Wir können nicht länger warten, uns einer solchen Entwicklung zu verweigern und ihr Widerstand entgegenzusetzen. Der Rüstungswettlauf muß angehalten und in die umgekehrte Richtung gelenkt werden. Wir hoffen und beten, daß es dazu nicht schon jetzt zu spät ist.

Zu These IV

Das Werk der Gerechtigkeit wird Frieden sein und die Frucht des Rechtes Sicherheit auf ewig.

Jesaja 32,17

Wir wissen, daß wir aus dem Tod ins Leben hinübergegangen sind, weil wir die Brüder lieben; wer nicht liebt, bleibt im Tode.

Wer aber die Güter dieser Welt hat und sieht seinen Bruder Mangel leiden und verschließt sein Herz vor ihm, wie kann die Liebe Gottes in ihm bleiben?

1. Johannesbrief 3, 14.17

Wir glauben:

Im stellvertretenden Sühnetod Jesu Christi am Kreuz hat Gott seine heilschaffende Gerechtigkeit offenbar gemacht, – nämlich seine veröhnende Treue, die an dem in Sünde verlorenen Menschen festhält und ihm Frieden gewährt, was immer auch an Schuld geschah (Römerbrief 3,21 ff; 5,1 ff). Diese seine Heilstat in Jesus Christus umschließt auch die Verheißung und das Gebot menschlicher Gerechtigkeit. Im Glauben an den Gott der Gerechtigkeit und des Friedens dürfen und sollen wir leben, indem wir den Gaben Gottes durch unser dankbares Tun entsprechen und auch unserem Mitmenschen gerecht werden. Dem anderen gerecht zu werden, heißt, ihm das zu geben, was er braucht, um nicht zugrunde zu gehen, sondern im Frieden leben zu können.

Aus diesem Bekenntnis ergibt sich für die Friedensverantwortung der Kirche:

Mit dem Bekenntnis zu dem Gott der Gerechtigkeit und des Friedens ist unvereinbar das Einverständnis mit einem »Sicherheitssystem«, das in jedem Jahr 550 Milliarden Dollar für die Rüstung verschlingt, das sind in jeder Minute rund eine Million Dollar, – während in unserer Zeit 800 Millionen Menschen in absoluter Armut leben und täglich zehn- bis fünfzehntausend Menschen den Hungertod sterben. Zahlen beschreiben die Statistik, aber hinter jeder Ziffer steht das Leben eines von Gott geliebten Menschen, und in der Gegenüberstellung der unvorstellbaren Summen für die Rüstung mit den Elends- und Todeszahlen von Menschen sammelt sich das von uns mitzuverantwortende Unrecht. Unzweifelhaft ist die Aufrüstung in diesem Ausmaß Aufruhr gegen Gott und ein unbeschreibliches Verbrechen an den Armen. Nicht nur im Blick auf die Opfer der Waffenexporte, die die Rüstungsindustrie und politisch Verantwortliche auch unseres Landes zu verantworten haben, gilt: Der Krieg, den die Rüstung angeblich verhindern soll, findet längst statt. Es ist zynisch zu sagen, immerhin hätte die Aufrüstung uns in Europa seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs den Frieden bewahrt. Das Grauen des Massensterbens am Hunger in der Dritten Welt wiegt schon in einem einzigen Jahrzehnt alle Greueltaten auf, die in den beiden Weltkriegen der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts von Menschen angerichtet worden sind. Somit bedeuten nicht erst der mögliche Einsatz der Waffen Menschenmord, sondern schon ihre Produktion und ihr Erwerb ermöglichen Bedingungen der Vernichtung der Unzähligen, denen durch die Rüstung die Mittel geraubt werden, die sie vor dem Hungertod bewahren könnten.

Ein Standpunkt der Rechtfertigung, der Verharmlosung oder der Gleichgültigkeit in dieser als Todsünde – nämlich den Tod vieler Menschen bringenden Sünde – offenkundigen Sache ist mit dem Christsein unvereinbar. Christen können nicht damit einverstanden sein, daß ihre »Sicherheit«, ihr »Wohlergehen«, ihre bürgerlichen

»Freiheiten«, ihr »Friede« verteidigt werden durch einen so unvorstellbar ungerechten Prozeß ständiger Ausbeutung, Vergeudung von Gütern und gewissenloser Verachtung hungernder Millionen. Vor dem Hintergrund dieses Unrechts ist die Forderung nach einschneidenden, drastischen Kürzungen der Rüstungshaushalte *zugunsten der Armen* das elementare Gebot der Mitmenschlichkeit und unumgängliche Konsequenz des Gehorsams gegen den Gott des Friedens und der Gerechtigkeit. Christen müßte es zur Realisierung dieser Forderung möglich und geboten sein, ihre Bereitschaft zu erklären zu ersten, unabhängig von der Reaktion des potentiellen militärischen Gegners durchzuführenden Schritten der Abrüstung. Deren politische Konkretion und Durchsetzung wäre nachdrücklich zu fordern und je nach Kräften und Einflußmöglichkeiten zu unterstützen und voranzutreiben. Solche *ersten Schritte* sind:

- die grundsätzliche Verpflichtung, Konflikte ohne Anwendung der Androhung von Gewalt lösen zu wollen,
- der Verzicht auf immer neue Waffen,
- der sofortige Einhalt der Entwicklung und Stationierung neuartiger Massenvernichtungsmittel,
- die Verpflichtung, die vorhandenen Massenvernichtungsmittel in einem Krieg nicht anzuwenden und erst recht nicht als Erster einzusetzen,
- die Einrichtung kernwaffenfreier Zonen,
- kalkulierte, einseitige Abrüstungsmaßnahmen,
- das Verbot und die Verhinderung der Rüstungsexporte.

Diese ersten Schritte und die politische Forderung nach ihrer Durchsetzung sind für uns die jetzt evidenten, unumgänglichen Konsequenzen des Christseins, das sich mit dem Elend der Hungernden und mit der Sünde der maßlosen Aufrüstung nicht abfinden kann und *dem* gehorsam sein will, der zu Taten menschlicher Gerechtigkeit befreit und verpflichtet.

Die politische Abwägung des Risikos solcher Schritte hat zu bedenken: Das Risiko der Alternative zum gegenwärtigen »Sicherheitssystem«, also der Verzicht auf neue und vorhandene Rüstung durch einseitige, abgestufte Schritte, ist allemal geringer als der Weg des Weitermachens wie bisher. Dieser alte Weg ist der Abweg ungezügelter Aufrüstung mit der Vertröstung auf »kontrollierte Abrüstung«. Er produziert jenes unbeschreibliche Elend der Armen, verhindert die notwendige effektive Rüstungsminderung, erhöht durch den ständigen Modernisierungsprozeß der Waffen die Kriegsgefahr und führt näher und näher an den Abgrund unserer eigenen Vernichtung. Risiko und Skandal dieses Aufrüstungsweges müssen längst höher veranschlagt werden als der angebliche Nutzen seiner Abschreckung.

Im Blick auf die bisherige Versuche, die Rüstungsspirale zu unterbrechen und in die umgekehrte Richtung zu lenken, hat die Generalsynode der Nederlandse Hervormde Kerk recht, wenn sie in ihrem Pastoralbrief an die Gemeinden (November 1980) schreibt, »daß der Weg, der tatsächlich beschritten worden ist, nämlich der Weg von gleichzeitigem Verhandeln und Weiterrüsten, vor allem zu einem verhängnisvollen Anwachsen der Waffenarsenale geführt hat. Selbstverständlich wünschen wir uns weiterhin Schritte zwei- oder mehrseitiger Abrüstung. Daneben finden wir es jetzt notwendig, dafür zu plädieren, die Verhandlungen mit Schritten zu verknüpfen, die bereits auf dem Weg der Abrüstung getan werden. Da es sich als unmöglich erwiesen hat, durch *mehrseitige* Vereinbarungen zu solchen Schritten zu kommen, müssen sie *einseitig* unternommen werden.« - Wir schließen uns der Forderung unserer niederländischen Schwesterkirche an. Wir möchten, daß ihr eindeutiger Weg in der Friedensfrage auch der Weg der Evangelischen Kirche in Deutschland wird.

Zu These V

Herr ist Jesus Christus.

Philippbrief 2,11

Man muß Gott mehr gehorchen als den Menschen.

Apostelgeschichte 5,29

Wir glauben:

Jesus Christus, der Sohn Gottes, ist der eine und einzige Herr, dem wir im Leben und im Sterben zu vertrauen und zu gehorchen haben. Sein Gebot ist Maßstab und Grenze auch aller innerweltlichen, politischen Verantwortung der Christen. Als in Christus mit Gott Versöhnte sind wir dazu befreit, Gott über alle Dinge zu fürchten, zu lieben und zu vertrauen.

Aus diesem Bekenntnis ergibt sich für die Friedensverantwortung der Kirche:

Unter dem Vorbehalt, daß wir Gott mehr zu gehorchen haben als den Menschen, sind wir als Christen bereit, vor der Wiederkunft unseres Herren und daher in aller Vorläufigkeit staatliche Macht zu respektieren, für sie Fürbitte zu tun (1. Timotheusbrief 2,1 ff.) und ihr in den Grenzen, die ihr von Gott gesetzt sind, »untertan« zu sein (Römerbrief 13,1). Wir erblicken den Auftrag des Staates darin, für den Schutz des Lebens, für Frieden, für wahre Freiheit, für Recht und Gerechtigkeit zu sorgen. Ein solcher Staat kann anerkannt werden »als ein von Gott in seiner Gnade gebrauchtes Mittel zur Erhaltung des Lebens der Menschen, denen das Evangelium gepredigt werden soll bis zum Ende der Tage. Die Mitverantwortung der Christen für den Staat besteht darin, durch die Verkündigung und das ihr entsprechende Handeln die Träger der Staatsgewalt an ihren Auftrag zur Erhaltung des menschlichen Lebens zu erinnern, ihnen bei der Erfüllung ihrer Aufgabe zu helfen und sie vor dem Mißbrauch der Macht zu bewahren« (Frankfurter Erklärung der Kirchlichen Bruderschaften 1958).

Zu bedenken ist aber: In der noch nicht erlösten Welt ist der Staat – wie auch die Kirche – von der Macht des Bösen bedroht. Er kann sogar zum Handlanger und Vollstrecker des Bösen werden (vgl. Offenbarung 13). Wo der Staat verlangt, was gegen Gottes Gebot ist, wo er sich Autorität und Macht anmaßt, die Gott allein zukommen, wo er zu seiner Machterhaltung Recht und Gerechtigkeit mit Füßen tritt und wo er Massenvernichtungsmittel in seine Machtmittel einbezieht, – da wird er zu einer solchen widergöttlichen Gewalt. Die Kirche als die Gemeinschaft der gerechtfertigten und glaubenden Sünder weiß sich zutiefst solidarisch mit der versöhnten Welt, auch wenn diese ihre Versöhnung im Unglauben und Ungehorsam leugnet. Gerade aus dieser Solidarität heraus leistet sie dem Staat, der seine Macht gegen Gott und den Menschen mißbraucht, nicht Gehorsam, sondern Widerstand und behaftet ihn dabei, seinem Auftrag entsprechend für Frieden, Recht und wahre Freiheit zu sorgen.

Ein Staat ist in seiner Politik meist nicht eindeutig. Die mögliche Widersprüchlichkeit staatlichen Handelns kann dazu führen, daß derselbe Staat in seiner Machtausübung teilweise seinem Auftrag entspricht, aber zugleich auch als Vollstrecker und Diener des widergöttlichen Bösen auftritt. Diese Möglichkeit begründet die Verpflichtung aller Christen zu kritischer Wachsamkeit und zur immer neuen Prüfung dessen, worauf es jeweils im Augenblick ankommt und »was recht und was unrecht ist« (Philippbrief 1,10).

Auch als Christen können wir einräumen, daß der Staat zur verantwortlichen Ausübung staatlicher Macht der angemessenen Machtmittel bedarf, um Unrechtsakte einzelner Menschen oder ganzer Staaten zu verhindern. Das Evangelium befreit zwar Menschen zu dem Weg der uneingeschränkten Gewaltlosigkeit, der der Weg unseres Herrn selber war. Nach der derzeitigen Erkenntnis der meisten von uns ist aber der Pazifismus nicht die prinzipiell einzige Möglichkeit, als Christ seines Glaubens zu leben. In einem Rechtsstaat – die Problematik des gerechten und in letzter Konsequenz möglicherweise gewaltsamen Widerstandes in einem Unrechtsstaat wollen wir hier nicht erörtern – ist der Beruf des Juristen und des Politikers, des Polizisten und des Soldaten nicht grundsätzlich unvereinbar mit dem Christsein. Und in der derzeitigen Diskussion um die Erhaltung des Friedens muß deutlich werden: die ethische Verantwortung des Politikers und des Soldaten angesichts der Aufrüstung mit Massenvernichtungsmitteln ist im Grundsatz nicht gefährdeter als die Verantwortung derer, die in einem demokratischen Staat eine solche Aufrüstung durch ihr Wohlverhalten, ihre politisch angepaßte Meinung oder auch durch ihre Gleichgültigkeit billigen und fördern. Es ist unter uns umstritten, ob der Weg des Christen nicht immer und unter allen Umständen der Weg der Gewaltlosigkeit sein muß oder ob gilt, daß die Forderung »ohne Waffen und Rüstung leben« zwar eine mögliche und die zukunftsweisende, aber derzeit noch nicht die einzig mögliche Form ist, als Christ dem Frieden Gottes gehorsam zu entsprechen. – Unabhängig von der Beantwortung dieser Frage sind wir uns darin einig, daß es im gegenwärtigen Augenblick angesichts der Bedrohung des Friedens durch die ständige atomare Aufrüstung darauf ankommt, zu erklären und offen dafür einzustehen:

Wo der Staat sich der Massenvernichtungsmittel bedient, wo er Waffen des Angriffs, der Ausrottung und der Vergeltung unsinnig anhäuft, wo er in seinen militärischen und politischen Plänen die definitive Vernichtung eines Gegners und seines Gemeinwesens in Betracht zieht, ja die Selbstvernichtung einkalkuliert und bei Anwendung der Kernwaffen hinnehmen muß, wo er schon jetzt für den Preis solcher Waffen den Hungertod Unzähliger in Kauf nimmt, – da muß die Kirche ein bedingungsloses »Nein!«, ein »Nein ohne jedes Ja« sprechen und die Forderung erheben und zu ihrer politischen Durchsetzung beitragen: »Wir wollen ohne diese Waffen und ohne diese Rüstung leben!«

Dieses »Nein ohne jedes Ja« gilt uneingeschränkt nicht erst für die Anwendung, sondern schon für den Besitz solcher »Waffen«. Wir wissen, daß ein solches »Nein!« mühsam in politisches Handeln umgesetzt werden muß und daß seine Realisierung nur durch einen schwierigen Prozeß der Abrüstung denkbar ist. Aber mit der politischen Umsetzung kann nicht länger gewartet werden. Zu ihrer Ermöglichung müssen wir bereit sein zu einseitigen, überlegten, aber nichtsdestoweniger radikalen Schritten.

Bislang wurde von seiten der Politiker gesagt, die Atomrüstung sei die Folge praktischer Vernunft, sie garantiere das »Gleichgewicht des Schreckens« und trüge so dazu bei, das Risiko des Atomkriegs zu vermeiden, es handle sich bei diesen »Waffen« in Wahrheit um Kriegsverhütungsmittel. Jetzt – mit der geplanten Stationierung neuartiger Mittelstreckenraketen in Europa – laufen politische und strategische Pläne darauf hinaus, den Atomkrieg führbar zu machen, die Chance des »Erstschlags« zur »Entwaffnung« des Gegners zu ermöglichen und das Risiko der nuklearen Vernichtung angeblich zu »begrenzen«. Aus den »Kriegsverhütungsmitteln« werden »Kriegsführungsmittel«. Spätestens dies ist der Zeitpunkt, an dem wir als Kirche sagen müssen: Der Versuch, durch das Dasein von Atomwaffen einen Frieden in Freiheit zu sichern, kann nicht länger als eine christlich vertretbare und zu rechtfertigende Handlungsweise anerkannt werden.

Zu These VI

Es soll nicht durch Heer oder Kraft, sondern durch meinen Geist geschehen, spricht der Herr Zebaoth.

Sacharja 4,6

Im übrigen, ihr Brüder, allem, was wahr, was ehrbar, was gerecht, was rein, was liebenswert, was ansprechend ist, wenn es irgendeine Tugend ist und wenn es irgendein Lob gibt, dem denket nach!

Philippbrief 4,8

Wir glauben:

Jesus Christus, der gekreuzigte und auferstandene Herr, ist gegenwärtig in der Kraft des Heiligen Geistes. Im Heiligen Geist bezeugt sich der Gekreuzigte in der Überlegenheit seiner Auferstehung. Aus der Kraft des Geistes können wir im Glauben und im Gehorsam leben.

Ohne Gewalt und Zwang schafft der Heilige Geist in der Welt das Neue: neue Menschen, neues Leben, neuen Frieden, neue Verhältnisse, Glauben und Gehorsam. Er setzt Gottes Frieden durch in der Welt des Unfriedens. Als Kraft der Veränderung greift er an, was aussichtslos zu sein scheint. Er streitet gegen alle Mächte und Gewalten, die die Versöhnung der Welt in Frage stellen, die sich der gnädigen Herrschaft des Auferstandenen widersetzen und den Frieden »durch Heer oder Kraft« stören wollen. Zu neuem, Frieden schaffendem und bewahrendem Handeln ermutigt und ermächtigt der Geist selbst da, wo nach menschlichem Ermessen alles vergeblich und verloren ist.

Die Nachfolge des Gekreuzigten, zu der der Geist ermutigt und befähigt, kann auch ins Leid führen, das heißt auf einen Weg, der im Zeichen der Passion Jesu Christi steht und der auch in den Tod gehen kann. Auf diesem Weg aber »bezeugt der Geist selber unserem Geist, daß wir Kinder Gottes sind. Sind wir aber Kinder, dann auch Erben, nämlich Erben Gottes und Miterben Christi, wenn wir mit ihm leiden, damit wir auch mit ihm verherrlicht werden« (Römerbrief 8, 16f.). Wenn wir den Weg des Leidens geführt werden, wird der Geist bewirken, daß wir wider alle Hoffnungen hoffen, trotz aller Fried- und Sinnlosigkeiten in der Welt nicht verzweifeln, sondern Zeugen dafür bleiben, daß die Welt nicht verlorengeht, sondern versöhnt ist und erlöst werden wird.

Aus diesem Bekenntnis ergibt sich für die Friedensverantwortung der Kirche:

Mit dem Bekenntnis zum Heiligen Geist ist unvereinbar alle Hoffnungslosigkeit angesichts der faktischen Entwicklung der Aufrüstung. Die unvorstellbaren Mengen der Vernichtungsmittel und die faktische Erfolglosigkeit der bisherigen Verhandlungen, ihre Vergeblichkeit, ihr Scheitern und das ungezügelte Anwachsen der Rüstungspotentiale können zwar entmutigen und uns bedeuten, daß es zu spät ist. Aber wenn wir in der Kraft des Geistes leben, dann ist selbst diese Situation nicht zum Verzweifeln. Sie kann uns als Christen nur um so mehr herausfordern, ohne die Rückversicherung eines garantierten Erfolges das uns Mögliche und Gebotene zu tun: für den Frieden zu beten, zu denken, uns rückhaltlos einzusetzen und Partei zu ergreifen. Gegen alle Angst und Menschenfurcht gilt es, dem Geist zu folgen, »um Gottes willen etwas Tapferes zu tun« (Ulrich Zwingli) und trotz allem gelassen und zuversichtlich zu leben.

Weil Jesus Christus, der im Heiligen Geist gegenwärtige Herr, der Versöhner und Herr der ganzen Welt ist, weil seine Herrschaft mit-

hin nicht nur auf den Bereich der christlichen Gemeinde beschränkt ist, sondern auch andere gute, hilfreiche und förderliche Bewegungen in der Welt durch ihn hervorgerufen und getragen sein können, darum können und sollen Christen auch mit Menschen und Gruppen zusammenarbeiten, die ihren Glauben nicht teilen und aus anderen Motiven gegen die Massenvernichtungsmittel und für den Frieden eintreten. Die christliche Gemeinde darf keine geschlossene Gesellschaft sein. Die Verweigerung der Zusammenarbeit mit Nicht-Christen würde bestreiten, daß die Herrschaft Jesu Christi die ganze Welt umfaßt und auch außerhalb der Gemeinde wirksam ist. Der Glaube würde dadurch letztlich auf einen ideologischen Standpunkt reduziert, der sich mit anderen ab- und ausgrenzenden Ideologien auf eine Ebene stellt. Die Gefahr, daß die Koalitionsfähigkeit mit Nicht-Christen der Kirche Verdächtigungen und Herabsetzungen einbringt, ist geringzuachten. Zu allen Zeiten ist das lebendige politische Zeugnis der Christen in Verruf gebracht worden, wenn es nicht mit der herrschenden Meinung im Einklang stand. Die Sorge um den »guten Ruf« darf uns nicht abhalten, gemeinsam mit Nicht-Christen für den Frieden zu arbeiten.

Der Weg des Friedens in der Kraft des Geistes garantiert keine scheinbaren, sichtbaren Erfolge. Er steht unter einer großen Verheißung, aber er kann durch Leiden und Niederlagen führen und gerade darin dem Weg Jesu Christi entsprechen. Wo dies geschieht, wird sich bewähren, was uns versprochen ist: »Gott hat uns nicht einen Geist der Verzweiflung gegeben, sondern der Kraft und der Liebe und der Selbstüberwindung« (2. Timotheusbrief 1,7). Und: »Die Leiden der gegenwärtigen Zeit bedeuten nichts im Vergleich zu der Herrlichkeit, die an uns offenbar werden soll« (Römerbrief 8,18).

These VII

Gott wird unter vielen Völkern Gericht halten ..., und sie werden ihre Schwerter zu Pflugscharen schmieden und ihre Speere zu Sicheln. Kein Volk wird gegen das andere das Schwert erheben, und sie werden den Krieg nie mehr lernen.

Micha 4,3

Wir alle müssen offenbar werden vor dem Richterstuhl Christi, damit ein jeder seinen Lohn empfangt für das, was er bei Lebzeiten getan hat, Gutes oder Böses.

2. Korintherbrief 5,10

Wir glauben:

Gottes letztes Werk, die Heilsvollendung, steht noch aus. Es ist das Werk eines neuen Himmels und einer neuen Erde, in denen Gerechtigkeit und Frieden herrschen ohne Ende, in denen die Waffen des Krieges allesamt und endgültig umgeschmiedet werden in die Werkzeuge des Lebens im Frieden. Dieses letzte und endgültige Werk Gottes wird anbrechen, wenn Jesus Christus in Herrlichkeit wiederkommt. Er selbst wird die Wahrheit der Versöhnung der Welt sichtbar und unwidersprechlich erweisen in der Auferweckung aller Toten. Vor ihm werden alle Menschen offenbar werden mit ihrem gelebten Leben. Als Richter über unser Tun und Lassen wird der wiederkommende Herr uns die Frage stellen, welche Früchte unser Glaube und unser Gehorsam gebracht haben. Unsere Hoffnung für dieses Gericht beruht nicht auf unserem unvollkommenen Werk, sondern allein darauf, daß der über uns urteilende Richter selbst zuvor für unsere Schuld gekreuzigt und zu unserem Frieden auferweckt worden ist.

Aus diesem Bekenntnis ergibt sich für die Friedensverantwortung der Kirche:

Wir brauchen uns nicht zu übernehmen. Die endgültige Beendigung allen Unfriedens, der neue Himmel und die neue Erde, sind Gottes Werk. Es wird einmal ohne uns getan. Menschen sind nicht die letzten Herren der Welt. Sie mögen sich in der Geschichte der Menschheit durch die Drohung mit der Anwendung der Massenvernichtungsmittel und der Vernichtung der Erde wie Weltenrichter aufführen. Aber selbst durch diese letzte Möglichkeit der Sünde können sie Gott nicht daran hindern, als einzig wahrer Weltenherr und Weltenrichter sein letztes Werk zu tun. Gott hat und behält in Christus auch über dem äußersten widergöttlichen Wirken des sündigen Menschen das letzte Wort.

Solche Gewißheit jedoch darf den Christen keineswegs zur Gleichgültigkeit und zum fatalistischen, unpolitischen Gewährenlassen des Bösen führen. Es wäre die Verkehrung allen Trostes und aller Hoffnung, wenn wir die von Menschen zu verantwortenden Kriege und Katastrophen als ein unabänderliches Geschick hinnähmen und die Verantwortung für die ureigene Schuld der Menschen dann auch noch der Vorsehung Gottes zuschieben wollten (vgl. 1. Mose 3,12). Auch ist es unbiblisch und blasphemisch, einzelne Texte des Neuen Testaments über die »Zeichen und Schrecken der Endzeit« aus ihrem Zusammenhang mit der Versöhnungsbotschaft zu reißen – sie stehen in den Evangelien vor und in direkter Verbindung mit der Passions- und Auferstehungsgeschichte des Herrn! – und von einem »Atomkrieg« so zu sprechen, als sei er, wenn er denn komme, das Gericht Gottes über die Sünder und somit gleichsam eine Etappe in seiner Heilsgeschichte mit der Welt. Was Gott mit der Welt will, was sein Zorn und seine Gnade bewirken und wie das Urteil Gottes über den Sünder aussieht, das ist allein dort zu erkennen, wo Gottes Gericht stattgefunden und die Heilsgeschichte sich erfüllt hat: am Kreuz von Golgatha. Der gekreuzigte Herr ist »das eine Wort Gottes, das wir zu hören, dem wir im Leben und im Sterben zu vertrauen und zu gehorchen haben« (Barmen 1). Und so erschließt sich auch die Endzeit nicht in gotteslästerlichen Spekulationen, sondern sie ist offenbar im Gekreuzigten (vgl. Offenbarung 5). Der wiederkommende Herr, dem wir entgegengehen, trägt die Nägelmale des für uns geschehenen Sühnetods am Kreuz, und unsere Zukunft steht im Zeichen seiner Auferstehung.

Die Gewißheit, daß die Welt und jeder Mensch in ihr letztlich in Gottes Hand sind und nichts uns von der Liebe Gottes scheiden kann, nimmt uns jeden Grund, zu resignieren und den Kampf um die Erhaltung des Friedens, des Lebens der Menschen und der Erde anderen zu überlassen. Gerade das Wissen darum, daß Gottes Versöhnung der Welt und seine kommende Erlösung ausschließlich sein Werk sind, befreit zum Zeugendienst: befreit uns dazu, der Feindesliebe Gottes zu entsprechen und sie in Wort und Tat zu bezeugen. Diese letzte Hoffnung ist hinreichende Kraft dafür, im Kampf um die Erhaltung des zeitlichen Friedens ungewöhnliche, tapfere Schritte zu wagen. Unsere Erwartung des wiederkommenden Herrn sollte der stärkste Beweggrund sein, uns rückhaltlos einzusetzen. Im jüngsten Gericht werden wir nicht gefragt werden, ob unsere Kraft ausgereicht hat, die drohende atomare Katastrophe abzuwenden. Aber wir werden in der Tat gefragt werden, was wir als Christen im Glauben und im Gehorsam gegenüber dem gekreuzigten und auferstandenen Herrn mit den uns so reichlich gegebenen »Talenten« (Matthäus 25,14–30) getan haben und ob wir unseren Beitrag zum Widerstand gegen die Bedrohung und zur Verhinderung des Unglücks geleistet haben. Dieser Rechenschaftslegung wird niemand entgehen.

Anhang

REFORMIERTER BUND

Das Moderamen

Oktober 1981

An die

Gemeinden Kirchen und Einzelmitglieder
des Reformierten Bundes

Betr.: Diskussion um die Erhaltung des Friedens

Liebe Schwestern und Brüder!

Die Sorge um den Frieden bewegt die Menschen in Europa und in unserem Land. Die Spirale der Aufrüstung in West und Ost dreht sich unaufhaltsam. Die Angst vor einem Krieg, der ein Atomkrieg sein würde, wächst. Das gegenseitige Vertrauen schwindet, die Spannung nimmt zu und mit der Spannung die Möglichkeit, Waffen zu gebrauchen, die zahllose Menschen vernichten und unseren Kontinent verwüsten werden. Gerade auch Christen haben erkannt, wie zerbrechlich der politische Friede und wie notwendig der Einsatz für ein friedvolles Zusammenleben aller Menschen ist.

Verwirrende Vieltimmigkeit

Es gibt inzwischen eine Fülle von Stellungnahmen, in denen der besondere Beitrag, den die Christen in der Friedensfrage zu leisten hätten, beschrieben wird. Da ist von totalem Waffenverzicht («Ohne Rüstung leben») die Rede. Oder es werden «Schritte zur Abrüstung» empfohlen; kalkulierte erste Schritte, durch die eine Abkehr vom Rüstungswettlauf eingeleitet werden könnte. Aber es gibt auch unter Christen noch die Meinung, die «Sicherung des Friedens» sei nur durch das Gleichgewicht des Schreckens zu gewährleisten, also: die abschreckende Wirkung atomarer Waffen sei noch immer die beste Friedenssicherung.

Viele Gemeinden sind durch solche Vieltimmigkeit verwirrt und verunsichert.

Eine Orientierungshilfe aus den Niederlanden

In dieser Situation möchte das Moderamen einen Hinweis und eine Empfehlung geben:

Die Generalsynode der Nederlandse Hervormde Kerk, der größten Reformierten Kirche der Niederlande, hat im September 1979 eine Denkschrift zum Thema «Kirche und Kernbewaffnung» herausgegeben. Diese Denkschrift war gedacht als Handreichung für die Gemeinden. Viele Gemeinden haben zu den 10 Punkten dieser Handreichung Stellung genommen, außerdem haben viele Gespräche über die Fragen auf allen Ebenen stattgefunden. Im November 1980 hat die Generalsynode der Hervormde Kerk einen «Pastoralbrief» beschlossen: einen Brief an die Gemeinden, in dem sie zur Kernwaffenrüstung Stellung nimmt. Die Handreichung und der Pastoralbrief liegen inzwischen in deutscher Übersetzung vor und sind als Taschenbuch erhältlich:

Kirche und Kernbewaffnung – Materialien für ein neues Gespräch über die christliche Friedensverantwortung. Als Handreichung vorgelegt von der Generalsynode der Nederlandse Hervormde Kerk. Neukirchener Verlag 1981.

Die Dokumente der Niederländisch-Reformierten Kirche sind provokativ und klar: Für Christen ist ein kompromißloses Nein zu Atomwaffen geboten. Dies gilt nicht nur für den Einsatz, sondern schon – und das ist das Neue der holländischen Position – für deren Besitz. Diese Botschaft an die Gemeinden ist «aus der Überzeugung heraus geschrieben, daß das heutige Wettrennen unsern Glaubensgehorsam auf die Probe stellt». Weil die Gemeinde durch den Glauben an den gekreuzigten und auferstandenen Herrn lebt, kann sie sich «den Mächten und Kräften widersetzen, die noch immer beharrlich in der Abschreckung mit der Massenvernichtung die Antwort auf die Gegensätze in der Welt suchen». Im Blick auf den Ost-West-Gegensatz heißt es: «Wir machen uns keine Illusionen über politische Systeme, vor de-

nen wir bewahrt bleiben wollen ... Aber bekennd dürfen wir sagen: mit unserem Herrn können wir leben, gleichgültig unter welchem System. In keinem Fall rechtfertigt es der Schutz unserer Freiheiten, daß wir unsere Sicherheit auf die Vergewaltigung der Schöpfung und auf die mögliche Vernichtung all dessen gründen, was uns und unseren Gegnern lieb ist.» Der Weg des sog. «Gleichgewicht des Schreckens», der bislang gegangen wurde, bietet für die holländischen Reformierten keine Aussicht mehr: er war immer ein «Weg des gleichzeitigen Verhandeln und Weiterrüstens»; er war ein Weg, der «zu einem verhängnisvollen Anwachsen der Waffenarsenale geführt hat». Darum spricht sich die Generalsynode für einen «neuen Weg» aus: für die Denuklearisierung der Niederlande als unzweideutigen Schritt, was nichts anderes bedeutet, als den ohne Gegenleistung sich vollziehenden Abbau der Atomwaffen in den Niederlanden. Dieses Nein zur atomaren Bewaffnung wird ausgesprochen «in der Gewißheit, daß Gott der Barmherzige ist: Wenn Er sich nicht erbarmt, wird es keine Zukunft geben».

Das Moderamen des Reformierten Bundes meint, daß diese Stimme aus den Niederlanden Beachtung verdient. Die Handreichung «Kirche und Kernbewaffnung» bietet auch für unsere Gemeinden alles, was für eine gründliche Beschäftigung mit dem Problem der Friedensgefährdung durch die atomare Aufrüstung notwendig ist. Hier wird nachgedacht und argumentiert aus dem Glauben an den gekreuzigten und auferstandenen Herrn; hier findet sich eine sachlich fundierte und sorgfältig abwägende Analyse der politischen und militärischen Gegebenheiten; hier wird eindrücklich nachgewiesen, wie das System der Abschreckung nicht nur das militärische Denken bestimmt, sondern wie es auch die ethischen, psychologischen und politischen Vorstellungen der Menschen beherrscht und verändert. Die Niederländische Denkschrift ist allgemein verständlich verfaßt; bemerkenswert ist ihr Bezug zur Gemeinde.

Wir meinen, daß die Dokumente aus unserem Nachbarland für die Gemeinden des Reformierten Bundes eine Hilfe und eine Orientierung sein könnten für die eigenen Überlegungen in der Friedensfrage. Die Niederländisch-Reformierte Kirche möchte die deutschen Kirchen gern an ihren Überlegungen teilnehmen lassen und mit ihnen ins Gespräch kommen. Sie sieht uns hierzulande als die von der drohenden Gefahr unmittelbar Betroffenen an. Sie weist uns Christen in Deutschland damit aber auch eine besondere Verantwortung zu, weil wir gleichsam an der Nahtstelle zwischen Ost und West leben.

Fragen

Die Lektüre der Niederländischen Dokumente kann uns die eigene Stellungnahme in unserer besonderen Situation nicht ersparen. Wir leben an der Grenze von West nach Ost. Nirgendwo anders stehen so viele Atomwaffen wie in unserem Land. Ein Krieg würde uns vor allen anderen in Westeuropa betreffen. Wir sollten daher unsere politischen Überzeugungen, insbesondere unsere Einschätzung des Ost-West-Verhältnisses im Licht des Glaubens überdenken. Wir sollten die herkömmliche Friedenssicherung von unseren theologischen Überzeugungen her überprüfen. Dabei entstehen einige wichtige Fragen:

In Jesus Christus ist die Liebe Gottes zu allen Menschen offenbar geworden, in ihm hat Gott die ganze Welt mit sich selbst versöhnt.

Wie verträgt sich unser Bekenntnis zu Jesus Christus mit den uns anezogenen und von uns festgehaltenen Feindbildern von Menschen, denen nicht weniger als uns die Versöhnungsbotschaft gilt? Wie verträgt sich unser Bekenntnis zu ihm als dem lebendigen Herrn der Welt mit unserem Mangel an Vertrauen in seine Gegenwart und in die Vernunft seines Gebotes, wie es uns etwa in der Bergpredigt begegnet?

Gott hat die Welt erschaffen, er erhält sie und bewahrt sie vor dem drohenden Chaos. Wie verträgt sich unser Bekenntnis zu Gott, dem Schöpfer und Erhalter der Welt, mit unserem Einverständnis mit einem atomaren «Sicherheitssystem», das letzten Endes die Welt und die Menschen ins Chaos zurückzustürzen bereit ist?

Der Heilige Geist lehrt uns, Jesus Christus recht zu erkennen; er läßt uns in der Gemeinde Jesu Christi Gemeinschaft erfahren.

Wie verträgt sich unser Bekenntnis zum Heiligen Geist mit der Tatsache, daß die Schritte in der Nachfolge Jesu im konkreten Leben unterschiedlich bewertet werden und daß – trotz Berufung auf den gleichen Herrn – so schmerzliche Unterschiede und Spaltungen spürbar werden?

Gottes Reich ist ein kommendes Reich, das nicht die Übermacht des Bösen, sondern den endgültigen Sieg des Auferstandenen bringen wird. Gottes Reich kommt einmal ohne unser Zutun, aber in unserem irdischen Leben sollen die Vorzeichen dieses Reiches sichtbar werden.

Wie verträgt sich unser Bekenntnis zu Gottes kommendem Reich mit der Gleichgültigkeit und der Resignation, die unter uns grassieren, mit dem Fatalismus gegenüber den Entwicklungen, die zum Kriege führen?

Der Mensch ist von Gott berufen, sich die Erde untertan zu machen, sie zu bebauen und zu bewahren. Wie verträgt sich dieser Auftrag mit der Tatsache, daß unsere technischen Errungenschaften (gerade im militärtechnologischen Bereich) unsere menschliche Entscheidungsfreiheit immer mehr einengen und wir nicht mehr Herr über unsere eigene Technik sind?

Die christliche Gemeinde hat einen politischen Auftrag wahrzunehmen (Barmer Erklärung, These II und V); von der Gemeinde wird Gehorsam gegen Gottes Gebot gefordert.

Wie vertragen sich politischer Auftrag und Gehorsam gegen Gottes Gebot mit unseren ständigen Rücksichtnahmen, die wir gegenüber gesellschaftlichen Erwartungen und parteipolitischen Interessen üben?

Wir wissen, daß die Anwendung von Atomwaffen vor Gott Sünde ist; wir wissen, daß Christen auch auf Geheiß der Obrigkeit nicht an der Entwicklung solcher Waffen mitwirken dürfen; wir wissen, daß es unter den Bedingungen der Atombewaffnung keinen »gerechten Krieg« mehr geben kann und daß in einem atomaren Krieg alles Verteidigungswerte unwiederbringlich zerstört wird.

Wie verträgt sich dieses aus dem Glauben gewonnene Wissen mit der faktischen Rechtfertigung eines zukünftigen Krieges, die dadurch geschieht, daß wir stillschweigend Besitz und Mehrung nuklearer Waffen billigen?

Gottes Gebot mutet uns zu, die Lüge abzulegen, die Wahrheit zu sagen, nicht zu richten, damit wir nicht selber gerichtet werden.

Wie verträgt sich der Gehorsam gegen dieses Gebot mit unserem oft sehr kritischen Urteil über die Staaten im Osten Europas und unserem meist sehr unkritischen Einverständnis mit der Politik des Westens?

Uns allen ist die uneingeschränkte Nächstenliebe aufgegeben; wir werden von Jesus Christus ermutigt, Liebe zu allen Menschen zu üben – selbst zu unserem Feind.

Wie verträgt sich Nächstenliebe mit unserer Zurückhaltung, gar Weigerung, die wir zeigen, wenn es darum geht, bei der Suche nach einem friedlichen Zusammenleben auch mit Menschen und Gruppen zusammenzuarbeiten, die außerhalb der Kirche stehen und die unsern Glauben nicht teilen? Und insbesondere: Wie verträgt sich das Gebot der Liebe zum nahen und fernen Nächsten mit den Unsummen, die wir für unsere militärische »Sicherheit« ausgeben – angesichts des Hungers und des Elends der Menschen in der Dritten Welt?

Es geht um unser Bekenntnis

Man sagt, die Militärpolitik und die Frage der Atomrüstung seien so kompliziert, daß sie ein Laie in der Gemeinde gar nicht verstünde. Das ist ein gefährlicher Irrtum. Die Denkschrift und der Pastoralbrief unserer niederländischen Schwesterkirche machen uns deutlich, wie jedermann sich die notwendigen fachlichen Informationen beschaffen kann. Gerade weil die Militärpolitik von heute grundlegende ethische Entscheidungen herausfordert, die wie noch nie zuvor die Existenz menschlichen und allen geschöpflichen Lebens betreffen, müssen wir über die Planungen und Ziele der militärpolitischen Experten Bescheid wissen.

Man sagt, die Kirche solle sich aus diesen Problemen heraushalten, Evangelium und Kirche seien nur für den inneren Frieden mit Gott verantwortlich; der Friede auf Erden in seinen politischen Konkretionen falle allein in die Zuständigkeit der sogenannten Obrigkeit und die Friedenssicherung sei eine politische Ermessensfrage. Darauf läßt sich so antworten: Reich Gottes und

irdisches Reich, der Frieden Gottes und der Friede auf Erden sind gewiß zu unterscheiden; beides ist nicht einfach dasselbe. Aber beides ist auch nicht voneinander zu trennen, weil Jesus Christus der Herr über alle Bereiche unseres Lebens ist. Darum ist das irdische Reich dabei zu behaften, daß Jesus Christus es schon jetzt regiert, auch wenn es das nicht weiß und sich dagegen wehrt. Darum ist der Friede auf Erden zu gestalten in Entsprechung zum Frieden Gottes, der höher ist als alle Vernunft: Weil Gottes rettendes Handeln in Jesus Christus den Frieden schafft, den die Welt nicht geben kann und der in Ewigkeit bleibt – deswegen sind wir schon jetzt und hier auf Erden verpflichtet und befähigt, in Frieden zu leben und den Frieden zu suchen, Vertrauen zu wecken und Mißtrauen abzubauen. Darum sind Christen aufgerufen, auch zu politischen und gesellschaftlichen Fragen konkrete Stellung zu nehmen. Unsere niederländischen Schwestern und Brüder haben das getan: Sie haben den militärischen und den politischen Gebrauch der atomaren Waffen verworfen; sie haben einseitige kalkulierte Vorleistungen in der Abrüstung gefordert, die den Verzicht auf weitere Stationierungen neuer nuklearer Waffen in Europa einschließen. Dieses Zeugnis für den Frieden verstehen sie als ein Bekenntnis, das aus dem Glauben an das befreiende und versöhnende Handeln Gottes in Jesus Christus erwächst.

Was ist unser Bekenntnis? Und wie sieht der Glaubensgehorsam bei uns in der Bundesrepublik Deutschland aus? Gewiß, unsere politische Situation ist eine andere als die in den Niederlanden. Aber können wir einfach an dem »neuen Weg« vorbeigehen, den die Niederländer uns gezeigt haben? Bestätigen nicht auch bei uns die Diskussionen um neue Mittelstreckenraketen, um die Neutronenbombe, um militärisches »Gleichgewicht« und »Nachrüstung« die holländische Einsicht, daß die alten Wege der Aufrüstung aussichtslos sind, weil sie uns immer näher an den atomaren Krieg heranführen? Die reformierten Christen aus unserem Nachbarland sagen uns, daß das Risiko der Alternative, die im kalkulierten Verzicht auf die neuen Waffen bestünde, allemal geringer ist als das Risiko des Weitermachens wie bisher. Was hindert uns, diese Alternative zu wagen und uns für sie einzusetzen?

Gewiß, Wege des Friedens vorzuschlagen, die geprägt sind, von einem waghenden und gewagten Vertrauen, – das ist nicht leicht. Wer mit der Abrüstung auf der eigenen Seite anfängt, gerät leicht in den Verdacht, das Geschäft der anderen Seite zu betreiben. Und der Vorwurf wirklichkeitsferner Schwärmerei ist hierzulande rasch parat. Aber wir brauchen uns nicht verunsichern zu lassen. Wir können das Wagnis des Vertrauens eingehen. Unter dem Schutz und Schirm des Auferstandenen werden wir leben. Erst recht haben wir keinen Grund, zu resignieren und im Gefühl der Ohnmacht gegenüber den politischen Entwicklungen zu verharren. An Jesus Christus lernen wir, daß Gottes Kraft in den Schwachen mächtig ist.

Von uns, den Bürgern und Christen in der Bundesrepublik Deutschland, von unserem Verhalten wird es entscheidend abhängen, ob die Rüstungsschraube zurückgedreht wird und ob es in Europa zu konkreten Schritten der Abrüstung kommt. Darum lassen Sie uns alle nicht nur im Raum der Kirche und unserer Gemeinden, sondern inmitten unserer Welt und unseres täglichen Lebens Zeugen der Liebe und des Friedens unseres Gottes werden.

Unser Zeugnis will und kann nicht rechthaberisch sein. Und wir verstehen uns dabei auch nicht als eine politische Kraft unter anderen. Wir sind von Jesus Christus begnadigt, Buße zu tun, umzukehren und unser Leben zu erneuern. In gleichem Maße sind wir auch bevollmächtigt, andere zur Buße und zur Erneuerung ihres Lebens zu rufen. Denn was uns bedrängt und Angst macht, ist (in der Gestalt der furchtbaren Waffen) die Macht der Sünde, der Gottesferne, die Jesus Christus überwunden hat und die darum keinen Rechtsgrund mehr hat. Die christliche Gemeinde versteht ihr Friedenszeugnis darum als Bußruf, als Ruf zur Umkehr hin zu dem, der unser Friede ist. Christen können die Sünde nicht beseitigen und durch Programme die Welt nicht erlösen; aber sie können und sollen mit Gebet und Arbeit gegen die Sünde streiten und für das Wohl der Welt konkret Partei ergreifen.

Wir wollen Gott bitten, daß er uns Erkenntnis und rechtes Urteil lehre (Ps. 119, 66) und daß er uns mutige Schritte tun läßt.

*Das Moderamen
des Reformierten Bundes*

PFARRER DR. ROLF WISCHNATH, MITGLIED DES MODERAMENS:

AUSZUG AUS DEM BEGLEITSCHREIBEN ZUR VERÖFFENTLICHUNG DER ERKLÄRUNG

Soest, 10. August 1982 (In den hier wiedergegebenen Erläuterungen zur Erklärung sind die Hinweise auf die Seitenzahlen, die sich auf die im Gütersloher Verlagshaus Gerd Mohn erschienene Fassung beziehen, durch die für diese Ausgabe zutreffenden Zahlen ersetzt worden.)

...

Zum Herausgeber der Erklärung:

Das "Moderamen" des Reformierten Bundes ist das Leitungsgremium des Zusammenschlusses reformierter Kirchengemeinden, Gemeindeverbände, Synodalverbände, Kirchen und Einzelpersonen in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West). Die Reformierten sind innerhalb der Evangelischen Kirche in Deutschland neben den Lutheranern und Unierten die dritte innerprotestantische Konfession. In der EKD gibt es ca. 2 - 3 Millionen reformierte evangelische Christen, die im Reformierten Bund ihren überregionalen Zusammenschluß finden. Dem Moderamen gehören 24 Mitglieder an, die zur Hälfte von der Hauptversammlung gewählt und zur anderen Hälfte von den Landeskirchen delegiert worden sind. Im Moderamen sind vertreten durch ihre Delegierten: — die Ev. reformierte Kirche von Nordwestdeutschland, — die Lippische Landeskirche, — die Bremische Evangelische Kirche, — die Ev. Kirche von Westfalen, — die Ev. Kirche von Kurhessen-Waldeck, — die Ev. Kirche in Hessen und Nassau, — die Ev. Kirche im Rheinland, — die Ev. altref. Kirche Niedersachsens, — der Bund ev.-reformierter Kirchen in der Bundesrepublik Deutschland. Den Vorsitz im Moderamen führt der Moderator Prof. D. Hans-Joachim Kraus, Professor für Reformierte Theologie an der Universität Göttingen.

Zum Anlaß der Erklärung:

Die Erklärung "Das Bekenntnis zu Jesus Christus und die Friedensverantwortung der Kirche" entspricht einem Auftrag der Hauptversammlung des Reformierten Bundes (April 1982), für die Vollversammlung des Reformierten Weltbundes in Ottawa (August 1982) eine Vorlage zum Thema "Frieden und Abrüstung" zu erarbeiten. Sie ist zu verstehen als ein reformiertes Sondervotum, das durch die "problematische 'Ausgewogenheit', Zweideutigkeit und Unentschlossenheit" (S.1) der EKD (insbesondere in ihrer Denkschrift vom 5.11.1981) herausgefordert worden ist. Es bleibt dem Leser überlassen, die Erklärung als eine "Gegendenkschrift" zu verstehen.

Zum Inhalt der Erklärung:

Die Erklärung ist der Versuch, das elementare Bekenntnis des christlichen Glaubens in Beziehung zu setzen zur Bedrohung des Friedens durch die Massenvernichtungsmittel. Die Friedensfrage wird angesehen als eine "Bekenntnisfrage", durch die (wie im Kirchenkampf durch die Judenfrage) der status confessionis gegeben ist — d.h. hier geht es um die unaufgebbare Substanz des Glaubens und auch um die Frage der Einheit der Evangelischen Kirche (vgl. These I und deren Erläuterung, S.3,4). Von diesem Ansatz ausgehend wird u.a. erklärt:

- Die Politik der Aufrüstung und die vorhandenen Waffenarsenale "bedeuten die tägliche Androhung von Terror und Massenmord." Dadurch geschieht "die offene Verleugnung und Verhöhnung des in Christus offenbaren Gottes" (S.5). Die zur Rechtfertigung der angehäuften Waffen festgehaltenen und ausgemalten Feindbilder "sind Ausdruck des Unglaubens und Widerstandes gegen die Botschaft von der Versöhnung" als des Zentrums des Evangeliums. (ebd.) (vgl. These II und Erläuterung, S.4,5.)
- Die Entwicklung, Herstellung und Bereitstellung von Massenvernichtungsmitteln (ABC-Waffen) — nicht erst ihre Anwendung — ist unvereinbar mit dem Bekenntnis zu Gott, dem Schöpfer und Erhalter der Welt. Da es "schlechterdings keinen Wert gibt, der um den Preis der

Vernichtung der Schöpfung 'verteidigt' werden dürfte" — und da es "auch keinen Feind" gibt, "und so er noch so gefährlich, der um diesen Preis mit Massenvernichtungsmitteln abgewehrt und geschlagen werden dürfte" (S.6), gilt die Verwerfung auch dem derzeitigen politischen Gebrauch der atomaren Waffen, da er die glaubwürdige Bereitschaft zur Anwendung impliziert (vgl. These III und Erläuterung, S. 5,6.)

- Das christliche Bekenntnis ist unvereinbar mit der Bejahung oder auch nur Duldung eines 'Sicherheitssystems', das (wie das unsrige) auf Kosten der Hungernden und Elenden der Erde und um den Preis ihres Todes erhalten wird. Die Forderung nach einschneidenden Kürzungen der Rüstungshaushalte zugunsten der Armen und die Bereitschaft zu ersten, auch einseitigen Schritten der Abrüstung sind die jetzt evidenten und unumgänglichen Konsequenzen des Christseins. Solche ersten Schritte sind:
 - der prinzipielle Gewaltverzicht,
 - der sofortige Einhalt der Entwicklung und Stationierung neuartiger Massenvernichtungsmittel,
 - Verzicht auf die Anwendung der vorhandenen Massenvernichtungsmittel und erst recht der Verzicht auf den atomaren Ersteinsatz,
 - die Einrichtung kernwaffenfreier Zonen,
 - kalkulierte, einseitige Abrüstungsmaßnahmen,
 - das Verbot und die Verhinderung der Rüstungsexporte.

Die Erklärung schließt sich der Forderung nach einseitigen Schritten der Abrüstung an, wie sie von der Niederländisch-Reformierten Kirche erhoben worden ist. Wörtlich heißt es: "Wir möchten, daß der eindeutige Weg unserer holländischen Schwesterkirche in der Friedensfrage auch der Weg der EKD wird." (S.7). (vgl. These IV, S.2 und deren Erläuterung, S.6.)

- "Wo der Staat verlangt, was gegen Gottes Gebot ist, wo er Massenvernichtungsmittel in seine Machtmittel einbezieht, — da wird er zu einer widergöttlichen Gewalt" (S.7), der der Christ Widerstand entgegenzusetzen hat. Die Kirche muß ein bedingungsloses "Nein!", ein "Nein ohne jedes JA!" zu den Massenvernichtungsmitteln sprechen und die Forderung erheben und zu ihrer politischen Durchsetzung beitragen: "Wir wollen ohne diese Waffen und ohne diese Rüstung leben!" (S.8). Jetzt, wo aus angeblichen "Kriegsverhütungsmitteln" Kriegsführungsmittel werden, ist spätestens der Zeitpunkt, an dem wir als Kirche sagen müssen: "Der Versuch, durch das Dasein von Atomwaffen einen Frieden in Freiheit zu sichern, kann nicht länger als eine christlich vertretbare und zu rechtfertigende Handlungsweise anerkannt werden." (S.8). Von Seiten des Moderaments wird damit innerprotestantische Kompromiß der "Heidelberger Thesen" (1959) aufgekündigt. (vgl. These V, S.2, und deren Erläuterung S. 7,8.)
- Das Bekenntnis zur Gegenwart Jesu Christi in der Kraft des Heiligen Geistes ist unvereinbar mit aller Hoffnungslosigkeit und Resignation angesichts der faktischen Entwicklung der Aufrüstung. Der parteiliche, rückhaltlose Einsatz für den Erhalt des Friedens ist die Konsequenz des Glaubens und des Christseins. Christen können und sollen "auch mit Menschen und Gruppen zusammenarbeiten, die ihren Glauben nicht teilen und aus anderen Motiven gegen die Massenvernichtungsmittel und für den Frieden eintreten." (S.9). "Die Gefahr, daß die Koalitionsfähigkeit mit Nicht-Christen der Kirche Verdächtigungen und Herabsetzungen einbringt, ist geringzuachten. Zu allen Zeiten ist das lebendige politische Zeugnis der Christen in Verruf gebracht worden, wenn es nicht mit der herrschenden Meinung in Einklang stand." (S.9). (vgl. These VI, S.3, und deren Erläuterung, S. 8,9.)
- Das eschatologische Bekenntnis zum wiederkommenden Herrn und zur Auferstehung der Toten am Ende der Zeit ist unvereinbar mit allem aufgeregten, ziellosen Aktivismus, allem blasphemischen Spekulieren über die "Schrecken der Endzeit", allem Desinteresse an den Fragen der Friedenserhaltung und aller politischen Gleichgültigkeit hinsichtlich der Entwicklung der Welt. Gerade die Hoffnung auf den wiederkommenden Herrn befreit und verpflichtet zu vorläufigen, auch unvollkommenen, aber tapferen und entschiedenen Schritten für den Frieden. (vgl. These VII, S.3, und deren Erläuterungen, S.9.)

...

Wir unterzeichneten Frauen und Männer der Wissenschaft, der Literatur und des Friedens; die wir unterschiedlicher Religion, Geschichte und Kultur angehören; die wir ausgezeichnet wurden, weil wir Wahrheit im Leben und Leben in der Wahrheit suchen, achten und verehren, und auf daß unsere Werke weltweites Zeugnis seien für den Dialog, die Brüderlichkeit und die kulturelle Verbundenheit in Frieden und Fortschritt; wir Unterzeichneten appellieren an alle Männer und Frauen guten Willens, an die Mächtigen und an die Machtlosen in ihrer jeweiligen Verantwortung, damit Dutzende von Millionen Menschen, die wegen Hunger und Unterentwicklung dem Tode nahe sind, Opfer der heute weltweit herrschenden politischen und wirtschaftlichen Mißordnung, dem Leben wiedergegeben werden.

Ein noch nie dagewesenes Massensterben, dessen Grauen innerhalb eines einzigen Jahres alle von unseren Generationen während der ersten Jahrhunderthälfte miterlebten Vernichtungsgrauen aufwiegt, findet heute statt und vergrößert mit jedem abgelaufenen Augenblick in der Welt wie in unseren Gewissen das Ausmaß von Barbarei und Tod.

Alle, die dieses Massensterben feststellen, denunzieren, bekämpfen, sind sich einig, die Ursache dieser Tragödie vor allem als politische zu bezeichnen.

Notwendig ist daher ein neuer politischer Wille und eine neue, gezielte Organisation dieses Willens, die sich - mit absoluter Vorrangigkeit - direkt und sichtbar damit befassen, die Ursachen dieser Tragödie zu beseitigen und die Folgen unverzüglich abzuwehren.

Notwendig ist, einschliesslich der damit verknüpften

Modalitäten, sofort eine angemessene Methode aus den bereits vorliegenden oder denkbaren zu bestimmen oder zu erarbeiten und in die Tat umzusetzen; notwendig ist, ihnen mit einem System von Projekten Substanz zu verleihen, die alle das eine Ziel haben und der Pluralität der Kräfte, Verantwortlichkeiten, Gewissen entsprechen.

Notwendig ist, daß die höchsten internationalen Gremien,
notwendig ist, daß die Staaten,
notwendig ist, daß die Allgemeinheit - allzu oft in Unkenntnis gehalten über die volle Realisierbarkeit einer Politik des Lebens und des Heils - wie dies ebenso mit Sorge einige der höchsten geistigen Autoritäten der Welt fordern - in zu schaffender oder bestehender Gemeinsamkeit - gezielt, zuverlässig und auf angemessene Art vorgehen, damit das in den jeweiligen Gegenden wütende, um sich greifende, nun schon einen Großteil der Menschheit verdammende Sterben bekämpft, aufgehalten, besiegt werde.

Notwendig ist, sich gegen den falschen Realismus aufzulehnen, der dazu führt, als Unabwendbarkeit hinzunehmen, was stattdessen Verantwortlichkeit der Politik und der "etablierten Mißordnung" ist.

Notwendig ist, auf realistische Weise dafür zu kämpfen, daß das Mögliche getan und nicht - vielleicht für immer - vertan werde.

Notwendig ist, daß sowohl jene Hilfsprogramme, die vor allem eine billige Gewissensberuhigung darstellen, aber die nicht retten, denen sie zugewandt sind, wie ebenso jene grausamen und nutzlosen Utopien, die den heutigen Menschen im Namen eines menschlichen Vorhabens und die heutige

Gesellschaft im Namen eines gesellschaftlichen Vorhabens aufopfern, sich zum Positiven verkehren.

Notwendig ist, daß Bürger und verantwortliche Politiker auf ihrer jeweiligen Ebene, als Wähler oder Parlamentarier, in den Regierungen oder auf internationaler Ebene, neue geeignete Gesetze, Budgets, Projekte und Initiativen einbringen und verabschieden, die sofort verwirklicht werden müssen, um Milliarden Menschen vor Unterernährung und Unterentwicklung, pro Generation Hunderte von Millionen, vor dem Hungertod zu retten.

Notwendig ist, daß alle und jeder es als Gesetzespflicht betrachten, die Lebenden zu retten, nicht zu töten, keinen Massenmord zu begehen, auch nicht aus Tatenlosigkeit, Nachlässigkeit, Gleichgültigkeit.

Haben auch die Mächtigen der Erde Verantwortung, so sind sie doch nicht die einzigen. Wenn die Machtlosen es nicht hinnehmen, tatenlos zu sein, wenn sie in zunehmender Zahl erklären, kein anderes Gesetz als das fundamentale der Rechte der Menschen und Völker befolgen zu wollen, das in erster Linie Recht und Lebensrecht bedeutet; wenn die Machtlosen organisiert ihre wenigen, doch dauerhaften Waffen benutzen, die der politischen Demokratie, die der großen gewaltlosen Aktionen im Sinne Gandhis, sich dabei von Mal zu Mal begrenzte und angemessene Möglichkeiten und Ziele vornehmen und diese durchsetzen; wenn dies geschieht, so wäre sicher, was heute mit Sicherheit machbar ist, daß nämlich unsere Zeit nicht länger mehr die Zeit der Katastrophen zu sein hat.

Unser Wissen kann nicht darin bestehen, tatenlos und verantwortungslos auf das drohend bevorstehende grauenhafte

Ende zu blicken.

Unser Wissen, welches uns sagt, daß die Menschheit als Ganzes immer mehr vom Tode bedroht ist, unser Wissen kann nur Wissenschaft der Hoffnung und des Heils sein, Substanz der Dinge, die wir alle glauben und erhoffen.

Wenn die Nachrichtenmedien, wenn die Mächtigen, die uns Ehre erwiesen ob der Auszeichnungen, die uns zuteil wurden, auch diesmal unserer Stimme und unserem Tun sowie der Stimme und dem Tun all derer, die sich in diesen Wochen überall auf der Welt im gleichen Sinne verwenden, Aufmerksamkeit schenken und verschaffen wollen; wenn Frauen und Männer, wenn die Allgemeinheit Kenntnis haben und Kenntnis erhalten wird, dann zweifeln wir nicht, daß die Zukunft eine andere sein kann als diejenige, die uns droht und allem Anschein nach für alle auf der ganzen Welt bestimmt ist.

Aber nur in diesem Fall.

Notwendig ist, unverzüglich die Wahl zu treffen, zu handeln, Neues zu schaffen, zu leben, um andere leben zu lassen.

LISTE DES SIGNATAIRES

Vincente ALEIXANDRE
 Hannes ALFVEN
 Philip ANDERSON
 Christian ANFINSEN
 Kenneth ARROW
 Julius AXELROD
 Samuel BECKETT
 Baruj BENACERRAF
 Heinrich BOLL
 Norman Ernest BORLAUG
 Owen CHAMBERLAIN
 Mairead CORRIGAN
 André CURNAND
 Jean DAUSSET
 John Carew ECCLES
 Odysseus ELYTIS
 Ernst Otto FISCHER
 Roger GUILLEMIN
 Odd HASSEL +
 Gerhard HERZBERG
 Robert HOFSTADTER
 François JACOB
 Brian JOSEPHSON
 Alfred KASTLER
 Polykarp KUSCH
 Salvador LURIA
 André LWOFF
 Seàn MAC BRIDE
 Czesław MIŁOZ
 Eugenio MONTALE
 Nevill MOTT
 Gunnar MYRDAL
 Daniel NATHANS
 Philip NOEL-BAKER
 Adolfo PEREZ ESQUIVEL
 Rodney Robert PORTER
 Ilya PRIGOGINE
 Isidor Isaac RABI
 Martin RYLE
 Abdus SALAM
 Frederik SANGER
 Albert SZENT-GYORGYI
 Hugo THEORELL
 Jan TINBERGEN
 Nikolaas TINBERGEN
 Ulf Von EULER
 George WALD
 James Dewey WATSON
 Patrick WHITE
 Maurice WILKINS
 Betty WILLIAMS
 Charles HARD TOWNES
 Lawrence R. KLEIN
 Anouar El SADATE

Prix Nobel de la Littérature 1977
 Prix Nobel de Physique 1970
 Prix Nobel de Physique 1977
 Prix Nobel de Chimie 1972
 Prix Nobel de Sciences Economiques 1972
 Prix Nobel de Médecine 1970
 Prix Nobel de la Littérature 1969
 Prix Nobel de Médecine 1980
 Prix Nobel de Littérature 1972
 Prix Nobel de la Paix 1970
 Prix Nobel de Physique 1959
 Prix Nobel de la Paix 1976
 Prix Nobel de Médecine 1956
 Prix Nobel de Médecine 1980
 Prix Nobel de Médecine 1963
 Prix Nobel de Littérature 1979
 Prix Nobel de Chimie 1973
 Prix Nobel de Médecine 1977
 Prix Nobel de Chimie 1969
 Prix Nobel de Chimie 1971
 Prix Nobel de Physique 1961
 Prix Nobel de Médecine 1965
 Prix Nobel de Physique 1973
 Prix Nobel de Physique 1966
 Prix Nobel de Physique 1955
 Prix Nobel de Médecine 1969
 Prix Nobel de Médecine 1965
 Prix Nobel de la Paix 1974
 Prix Nobel de Littérature 1980
 Prix Nobel de Littérature 1975
 Prix Nobel de Physique 1977
 Prix Nobel de Sciences Economiques 1974
 Prix Nobel de Médecine 1978
 Prix Nobel de la Paix 1959
 Prix Nobel de la Paix 1980
 Prix Nobel de Médecine 1972
 Prix Nobel de Chimie 1977
 Prix Nobel de Physique 1944
 Prix Nobel de Physique 1974
 Prix Nobel de Physique 1979
 Prix Nobel de Chimie 1958 et 1980
 Prix Nobel de Médecine 1937
 Prix Nobel de Médecine 1955
 Prix Nobel de Sciences Economiques 1969
 Prix Nobel de Médecine 1973
 Prix Nobel de Médecine 1970
 Prix Nobel de Médecine 1967
 Prix Nobel de Médecine 1962
 Prix Nobel de Littérature 1973
 Prix Nobel de Médecine 1962
 Prix Nobel de la Paix 1976
 Prix Nobel de Physique 1964
 Prix Nobel de Sciences Economiques 1980
 Prix Nobel de la Paix 1978

ACTION BY THE RADICALS IN ITALY AGAINST WORLD HUNGER

On January 1st 1979 the Radical M.P. Marco Pannella announced his intention of starting a hunger strike - which lasted 40 days - to prevent the "Year of the Child being transformed in the Year of Herod". This non-violent action was backed by a committee of prominent members of various political parties, ecclesiastics and intellectuals. Pannella demanded that Italy should immediately allocate 5.000 billion lira to fight hunger. This is equivalent to 2% of Italy's GNP, 1% to be the normal contribution and 1% an extraordinary contribution for emergency situations and to compensate for Italy's inadequate budget allocation for this purpose. In 1979 the sum allocated was only 0.06 % of GNP and over previous years Italy had contributed only 200 billion lira annually.

On Easter Sunday 1979, ten thousand people paraded through Rome in a Peace March to St. Peter's square to present the Pope with an appeal for his support of the moves of this non-religious group against world hunger. A delegation of the marchers was also received by the Italian President, Sandro Pertini, who associated himself with their request for a reduction in arms expenditure and an increase in contributions to finance the campaign against hunger.

Thanks to the initiative of the small Radical minority, the Italian Parliament met in an extraordinary session - only the second to be called in 30 years - in August 1979 to discuss measures to be taken to halt the implacable progress of hunger's toll of human lives, today's tragic reality.

The Peace March was repeated at Easter 1980 after a week-long collective fast, the first Ghandian Satyagraha in the west. Fifty thousand people took part in the march, which was supported by thousands of declarations of solidarity from municipal administrations and most members of the Italian and the European Parliaments.

...

The continuing action of the Radical parliamentary group (hundreds of hours of attendance, dozens of committee sessions, motions ; parliamentary questions and requests for further information) has led the Italian government to increase its contribution to 4,500 billion lira over 3 years in the 1981 budget. This is in line with the average aid to development of the industrialized nations.

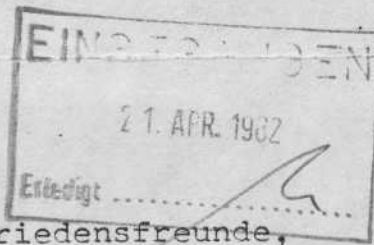
Last year the Radical Party requested that the problem of world hunger be given top priority by the Italian government and also asked for the proclamation of a week of national mourning for the victims of hunger. A black band symbolizing mourning has been added to the Radical Party's emblem.

(IJGA) Initiative Jugend gegen Aufrüstung

F2

Sprecherkreis

Kontakte:	Jugend	Kinder	Verschiedenes
	Rosy Peisker c/o Landesjugendring Berlin Münchener Straße 24, 1 Berlin 30 Tel.: 24 10 98	Detlef Stocklossa c/o Amt f. Ev. Kindertagesstättenarbeit Goethestraße 85/87, 1 Berlin 12 Tel.: 319 23 42	Axel Preuschoff c/o ASF Jebensstraße 1, 1 Berlin 12 Tel.: 31 02 61



Westberlin, den 20.04.1982

Liebe Friedensfreunde,

zur Auswertung des OSTERMARSCH 82 und um weitere
Aktivitäten in diesem Jahr vorzubereiten, wollen
wir uns treffen am

Dienstag, dem 27.04.1982, um 20.00 Uhr
im Martin-Niemöller-Haus
Pacelliallee 61, 1000 Berlin 33,
Tel. 832 61 97

Wir bitten Euch dringend, die Abrechnung vorzunehmen
und viele Ideen für die nächsten Aufgaben mitzubringen.

Sprecherkreis

Martin
Niemöller
Haus



Friedenszentrum
im

Mai 1982

A U S S T E L L U N G:

" Unterwegs zur mündigen Gemeinde" VERLÄNGERT bis 25.6.82

Im Mai und im Juni sind im Zusammenhang mit der Ausstellung wiederum einige Gesprächsnachmittage geplant. Die Termine und die Öffnungszeiten der Ausstellung sind dem beigefügten Sonderblatt zu entnehmen.

"Theologische Begründung der Friedensarbeit" -Veranstaltungsreihe-
Mittwoch 5. Mai 1982 um 20.00 Uhr im Gemeindehaus Dahlem
Analyse der Argumentationsmuster zur Friedensfrage
und ihre Vermittelbarkeit in einer säkularisierten
Welt Referent: Dr. Godel, Politologe

Mittwoch 19. Mai 1982 um 20.00 Uhr im Friedenszentrum
Der Kriegs- und Streitgott Jahwe als Protagonist
der Friedensbewegung Referent: Prof Dr. H.Schulz

I N T E R N A T I O N A L E F R I E D E N S A R B E I T

Donnerstag 6. Mai 1982 um 19.30 Uhr im Friedenszentrum
Informationsabend über eine Delegationsreise von Ver-
tretern der europäischen Friedensbewegung in den USA!!!!
Andreas Zumach von der Aktion Sühnezeichen/Friedens-
dienste berichtet von seinen Eindrücken und Gesprächen;
diese Veranstaltung ist ein Vorläufer einer ganzen Reihe
von Veranstaltungen, die wir Ende Mai/Anfang Juni, also
vor dem Reagan Besuch, planen mit dem Ziel, "das andere
Amerika" darzustellen. Mitte Mai werden wir ein Sonder-
programm drucken mit allen Veranstaltungen.

Mittwoch 12. Mai 1982 um 20.00 Uhr im Friedenszentrum
J O U R F I X
"Slumarbeit in Cordoba"
Miguel Garcia, ein argentinischer Priester, der sich
aus Anlaß der Lateinamerikatage in Berlin befindet, be-
richtet über seine Arbeit.
Veranstalter: Argentinienverein/Friedenszentrum

Donnerstag 13. Mai 1982 um 20.00 Uhr im Friedenszentrum
Südafrikaabend
"Weint nicht, wenn sie unsre Hütten abreißen"
Wegen des großen Ansturms zu diesem Film im Februar 82
zeigt der 3.Welt Laden als Veranstalter erneut diesen
sehr informativen Film über die Homeland-Politik Süd-
afrikas. Anschließend weitere Informationen zum Thema
und offene Diskussion

Dienstag 18. Mai 1982 um 19.30 Uhr im Friedenszentrum
Informationsabend über Bolivien
Referent: Walter Reyes Dorado **Dias**

→ bitte wenden →

HINWEIS:

Sonntag 23. Mai 1982 10 Uhr Jesus Christus Kirche
Abschlußgottesdienst der Lateinamerikatage

Mittwoch 26. Mai 1982 20 Uhr im Friedenszentrum
Martin Luther King:

"Dann war mein Leben nicht umsonst"

Dokumentarfilm über das Leben und Wirken Kings,
 wohl der wichtigsten Person der amerikanischen Bürger-
 rechtsbewegung. Wir beabsichtigen diesen Film mehrmals
 zu zeigen als ein Beitrag zur Veranstaltungsserie:
"Das andere Amerika"

Veranstalter: Friedenszentrum

Freitag 28. Mai 1982 20 Uhr

und Samstag 29. Mai 1982 20 Uhr in der Jesus Christus Kirche
"Der Prozeß gegen die 9 von Catonsville, Maryland, USA"
 Ein Theaterstück aus der amerikanischen Friedensbewegung
 von Daniel Berrigan dargestellt und bearbeitet von
 den Künstlern für den Frieden

Hinweis: Wir bemühen uns nach wie vor, die Brüder Berrigan zu einem
 Gespräch ins Friedenszentrum zu holen. Voraussichtlich zwi-
 schen dem 22. Mai und dem 25. Mai halten sie sich in Deutsch-
 land auf. Ob es klappt und zudem zahlreiche weitere Veranstal-
 tungen über "Das andere Amerika" im Sonderprogrammblatt ab
 ca 20. Mai 82 zu erfahren.

F R I E D E N S B E W E G U N G

Freitag 7. Mai 1982 20 Uhr im Friedenszentrum
"Lieb Vaterland" (Film) Veranstalter: AK atomwaffenfreies
Europa-AG Kunst und Frieden

7. Mai 1982 19.30 Uhr im Friedenszentrum

"Überleben II (Dias) Veranstalter: Internationale Liga der
Frauen für Frieden und Freiheit mit Ruth Geisberg

Montag 10. Mai 1982 19 Uhr im Friedenszentrum

"Strukturelle Gewalt" Thematischer Gruppenabend der Deut-
schen Friedensgesellschaft/Vereinigte Kriegsdienstgegner

Dienstag 18. Mai 1982 19.30 Uhr im Friedenszentrum

Plenum der Frauen für den Frieden Zehlendorf
 eine AG der Frauen für den Frieden bereitet einen Friedens-
 marsch vor; nähere Informationen jeden Sonntag 16 Uhr
bei den Vorbereitungstreffen erfragen.

Freitag 21. Mai 1982 um 20 Uhr im Friedenszentrum

"Gestern Hiroshima-morgen Euroshima" Diavortrag
 Erfahrungen von Atomwaffenabwürfen aus der Sicht Betroffener
Veranstalter: AK atomwaffenfreies Europa-AG Kultur/Frieden

Dienstag 25. Mai 1982 19.30 Uhr im Friedenszentrum

Plenum von Ohne Rüstung leben- Berlin

C A F E geänderte Öffnungszeiten!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!
 ab sofort ist das Cafe im Friedenszentrum am Samstagabend nicht mehr
 geöffnet; stattdessen ist am Sonntag von 16-19 Uhr offen.

Mo-Fr sind die Öffnungszeiten unverändert von 18-22 Uhr bei stabilen
Preisen und gemüthlicher Atmosphäre.

Bürozeit Friedenszentrum: Mo-Fr von 17-19 Uhr

Bürozeit DFG/VK: Mo ab 18 Uhr, ab 19 Uhr Kriegsdienstverw.beratung

Bürozeit amnesty international: Mo 10-13 + 18-20 Uhr (Beratung)

Di 10-12 (Beratung) + 17-19 Uhr, Mi 17-19 Uhr, Do 10-13 + 18-20 Uhr (Berat.)
Fr 17-19 Uhr Telefon amnesty: 831 10 46

Bürozeit 3. Welt Laden: Mo-Fr 10-12 Uhr (meistens)

Unsere Adresse: Pacelliallee 61, 1 Berlin 33 Telefon: 832 54 97

Postscheckkonto: 67-132-105 Bln-W

Friedenszentrum-Martin Niemöller-Haus e.V.

Pacelliallee 61
1000 Berlin-33(Dahlem)
Tel. 832 54 97, ab 17 Uhr
Pschkto:67 132-105 Bln-W

Die seit Januar 82 in unserem Haus zu sehende Ausstellung

UNTERWEGS ZUR MÜNDIGEN GEMEINDE?

Die Evangelische Kirche im Nationalsozialismus
am Beispiel der Gemeinde Dahlem

ist auf erfreulich großes Interesse gestoßen.

Wir haben uns deshalb entschlossen, die Ausstellung bis zum
25. Juni 1982 mit etwas veränderten Öffnungszeiten zu zeigen.

Die Gesprächsnachmittage mit damals Beteiligten haben sich als besonders notwendige und wichtige Ergänzung zu der Ausstellung erwiesen, so daß wir noch weitere Gespräche vorbereitet haben:

- Sonntag, den 2. Mai, 16 Uhr
"Christliche Diakonie und die 'Vernichtung lebensunwerten Lebens'"
Pfarrer i.R. Johannes Engelke (DDR) berichtet über seine Arbeit
in den Lobetaler Anstalten mit Pastor Braune.
- Samstag, 22. Mai, 16 Uhr
"Der militärische Widerstand gegen Hitler"
mit Franz v. Hammerstein
- Donnerstag, 27. Mai, 20 Uhr
"Luther und die Juden". Das Pogrom am 9.11.1938
Mit Frau Prof. Dr. Awerbuch
- Sonntag, 6. Juni, 16 Uhr
Brigitte und Helmut Gollwitzer berichten aus ihrer Zeit
in der Dahlemer Gemeinde
- Sonntag, 13. Juni, 16 Uhr
Pfarrer i.R. Rütenik (DDR), Schüler von Dietrich Bonhoeffer,
berichtet über seine Arbeit als illegaler Vikar der
Bekennenden Kirche und über die Entwicklung der Kirche in
der DDR

Eventuelle weitere Veranstaltungen können Sie unserem monatlichen
Veranstaltungsprogramm entnehmen.

Schüler- und Konfirmandengruppen

Um Konfirmanden- und Schülergruppen den Besuch der Ausstellung zu erleichtern, haben wir einige Arbeitshilfen zu zentralen Themen der Ausstellung erarbeitet:

- Geschichte des Antisemitismus, Verfolgung der Juden durch die Nationalsozialismus, Versuche von Christen, Juden zu helfen
- Martin Niemöllers Lebensweg: Vom U-Boot-Kommandanten zum Pazifisten
- Die Stellung der Kirche zum Krieg



Am Mittwoch, den 5. Mai um 19 Uhr laden wir alle interessierten Lehrer zur Vorstellung und Diskussion der Arbeitshilfen herzlich ein.

Schulklassen und sonstige Gruppen können die Ausstellung auch außerhalb der Öffnungszeiten nach telefonischer Voranmeldung besuchen. Nach Möglichkeit wird jemand dabei sein, der eine kurze Einführung in die Ausstellung und weitere Erläuterungen geben kann.

Öffnungszeiten der Ausstellung:

Dienstag - Freitag: 17 - 19 Uhr

Sonntag: 16 - 19 Uhr

Anmeldung für Gruppen : Tel. 832 54 97 (Nur Montag bis Freitag
17 - 20 Uhr besetzt!)

Außerdem ist das Cafe im Niemöllerhaus täglich (außer Sonntags)
von 18 - 22 Uhr geöffnet. Voraussichtlich ab Mai auch Sonntags
16 - 19 Uhr!!

Nach dem 25. Juni wird die Ausstellung an anderen Orten in Westdeutschland gezeigt werden.

Wer Interesse hat, die Ausstellung in der eigenen Gemeinde/Schule oder irgendeinem anderen geeigneten Ort zu zeigen, kann sich gerne bei uns melden.

Zur Finanzierung der Ausstellung sind wir immer noch auf Spenden angewiesen und freuen uns besonders über Spenden auf unser Konto: Postscheckamt Berlin-W 67 132-105, Stichwort: Ausstellung.


DANKE!!

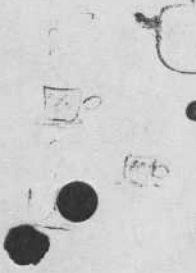
Ehed. z. Vtr.


— Rundbrief an die Hausversammlung — 29.6.82

Liebe Freunde,

es gab in der letzten Zeit leider einiges Durcheinander um die Hausversammlung, - deshalb nun dieser Brief, bevor der Sommer endgültig ausbricht mit einigen wichtigen Gedanken und Informationen:

-  • Vom 11. Juli bis zum 21. August ist das Friedenszentrum offiziell **ZU!** - d.h. wir von der WG möchten 6 Wochen Ferien machen und uns, auch wenn wir zum Teil zuhause sind nicht für Telefon + Saubermacherei + ... im Haus verantwortlich fühlen. Das heißt für Euch, daß uns die Leute ins Haus kommen die einen Schlüssel haben, und daß alle die, die sich hier helfen selber sauber machen, Türen und Fenster dicht machen u. s. w.

-  • Das Cafe hat mit dem Beginn der Schulferien zugemacht, und wird vorr. am 15. - oder 23. August wieder aufmachen. Der Termin ist noch unklar, weil ab Anfang August die Elektroleitungen im Erdgeschoß erneuert werden, und damit im Cafe begonnen wird.

 Für die nächsten Wochen und Monate werden diese Arbeiten nacheinander auch die Veranstaltungsräume belegen, so daß der Betrieb nicht so ganz normal laufen kann.

Das alles - und noch mehr wollen wir bei der ersten

- **HAUS VERSAMMLUNG** am 23. 8. um 19³⁰ Montag: gesprochen.

- Termin bitte schon mal markieren und Zuhörliche

TOP's für die Hausversammlung am 23.8.82

Info

- Veranstaltungsprogramm für September, Oktober....
welche thematischen Schwerpunkte wollen wir setzen.
- genauere Absprachen über Raumumzug sind notwendig, wegen des Elektroarbeiten
 - was macht mit bei der Redaktion des neuen Info?
 - Absprache über Telefondienst (17-1900) - es hat sich als gut und notwendig erweisen, daß außer einer(m) von der WG noch jemand von einer "Mitgliedsorganisation" im Büro ist - auch als Ansprechpartner für Leute die Informationen haben wollen!

und vieles mehr.

ACHTUNG!

→ Am Sonntag d. 21. August ab 14⁰⁰

WIDER SAGEN

wollen wir ~~bei~~ in Vorbereitung der Wiedereröffnung des Hauses einen großen Hausputz veranstalten. Es wäre schön, wenn uns möglichst viele der Aktivist*innen des Hauses dabei unterstützen könnten!

...endlichmal die Trennung von Hand und Kopfarbeit überwinden....

In den Sommerferien wird sich für uns und die WG auch einiges verändern. Armin, der Ende August (hoffentlich!) mit seiner Diplom-Arbeit fertig ist, wird dann wieder richtig hiesig wohnen und mit neuem Elan einsteigen. Anneli wird ausziehen, und erstmal wieder alleine wohnen, weil es ihr hier zuviel geworden ist. - Für uns alle waren die letzten Monate, vor allem mit den Elektroarbeiten in unserer Wohnung oft ganz schön wenig, aber wir hoffen, daß wir nach den Ferien wieder einen neuen Anfang machen können - hier im Haus leben und arbeiten können!

Wir wünschen Euch allen schöne Ferien - und ein gutes Wiedersehen am 9. Juli (auf der Fete) - oder am 23. August!

Mille für die WG ☺☺☺☺☺

Protokoll der Hausversammlung des Niemöller-Friedenszentrums
vom Mi. den 8. 9. 82

Erledigt

Anwesende: Torsten Schramm, Versöhnungsbund; Kurt Fraenkel, Café; Hanna Franke, 3.-Welt-Laden; Joachim Könnig, Gerti Graff, beide Freundeskreis; Eva Quistorp, Frauen für Frieden; Bernhard ?, WG; Niels Petring, DFG-VK.

Folgende Punkte wurden der Reihe nach ohne besondere Tagesordnung besprochen:

1. Für die Freitags-Schweigestunde müssen neue Umhängeschilder angefertigt werden. Dies soll bei den demnächst regelmäßig stattfindenden Nachtreffen geschehen.
2. Die "Frauen für Frieden" möchten für sich eine feste Bürozeit/Sprechstunde einrichten. Die notwendigen (organisatorischen) Voraussetzungen werden nach der Renovierung des Büros geschaffen.
3. Kurt Fraenkel fragte nach "unserem" Friedensverständnis. Anlaß war seine Unzufriedenheit mit der sich einschleichenden Routine und der mangelhaften Diskussion über aktuelle Themen (Falkland/Beirut) untereinander innerhalb des Friedenszentrums. Nach längerer Diskussion ergaben sich zwei Vorschläge:
 - es soll demnächst einen Gesprächstag (nicht nur einen Abend) über unser Friedensverständnis geben; offen, aber nicht in aller Öffentlichkeit und ohne Experten und Referate;
 - in ähnlichem Rahmen sollen Rundgespräche zu aktuellen Themen stattfinden - etwa einmal pro Monat, aber nicht längerfristig vorab festgelegt.
4. Am Programm-/Infoblatt des FZ arbeiten z.Zt. Hertha, Bernhard und Armin. Weitere Mitarbeiter werden gesucht! Die Berichte über die Arbeit jeweils einer Organisation des Hauses werden fortgesetzt.
5. Der 3.-Welt-Laden wird einen Bolivien-Abend veranstalten (Reisebericht von Mechthild Seewald mit Dias). Wahrscheinlicher Termin: 14. Oktober 1982!
6. Das erste Treffen zur Vorbereitung des Evangelischen Kirchentages bzw. zur Absprache der Gestaltung der "Kojen" usw. findet am 1. 10. in Hannover statt. Für das FZ wird noch ein Vertreter gesucht, der möglichst auch die weiteren Treffen (ca alle 6 Wochen) besucht.

7. Die Info-Tische des Friedenszentrums vor dem U-Bahnhof Dahlem-Dorf finden am 18.9., 2.10., 16.10., 6.11., und 20.11. statt. Vertreter aller Organisationen sind aufgefordert, sich daran auch einmal zu beteiligen oder wenigstens Material zur Verfügung zu stellen. Interessenten setzen sich bitte mit Joachim Könnig Tel.: 8158349 in Verbindung!
8. Es werden friedliebende Leute gesucht, die das so wenig friedliche Telefon des Friedenszentrums beruhigen, sprich bedienen. Zur Zeit sind nur von 17.00 - 19.00 Bürostunden und das erscheint uns und vorallem den zahlreichen Anrufern zu wenig. Für die Zeit, in der dann dennoch auch weiterhin keine Bürostunden sind, suchen wir einen (gebrauchten) Anrufbeantworter. Wir benötigen also ersten Menschen und zweitens eine Maschine!
9. ALLE Organisationen werden aufgefordert, für einen neuen Handzettel "Wer und was ist das Friedenszentrum" eine drei-allerhöchstens fünfzeilige Selbstcharakterisierung zu schreiben und ans Friedenszentrum z.Hd. Joachim Könnig zu schicken, und zwar bis zum 9. Oktober 1982.
10. Nicht behandelt wurden die Punkte "Scharff-Geburtstag" und "Holland-Ausstellung", da keiner der Anwesenden dazu hätte Stellung nehmen können. Die Entscheidung über eine Beteiligung an der Europäischen Friedenskonferenz u.a. des Arbeitskreises Atomwaffenfreies Europa im Mai 1983 wurde verschoben, um die Diskussion innerhalb des "Informationskreises Frieden" (Teppich-Koordination) am Sonntag den 12. 9. 82 abzuwarten.
11. Die nächste Hausversammlung ist am 22. 9. 82, 19.30 pünktlich!
12. Alles, was unterstrichen ist, ist wirklich wichtig!

f.d.R. Niels Petring

Niels Petring

GOSSNER MISSION

Handjerystr. 19/20
1000 Berlin 41,
den 30.8.1982

Friedenszentrum
Martin-Niemöller-Haus
Pacelliallee 61

1000 Berlin 33

Liebe Freunde,

wir danken herzlich für die Zusendung des Protokolls vom 23.8.82.
Wir möchten betonen, daß wir nach wie vor sehr großes Interesse an
allen Vorhaben und Aktionen des FZ haben, jedoch zur Zeit leider
kaum in Berlin sind. So leider auch am 8.9. zur nächsten Hausversammlung.
Alle drei Referenten sind in Westdeutschland. Wir hoffen aber, bald
wieder aktiver mitmachen zu können.

Mit freundlichen Grüßen
i.A. G. Lischewsky

PROTOKOLL vom

23. 8. 82

EINGEGANGEN

30. AUG. 1982

8.9. Brk abgeben, S. 4

Protokoll der Mitgliederversammlung des Friedenszentrums Martin-Niemöller-Haus e.V. vom 23.8. 1982 im Martin-Niemöller-Haus, Pacelliallee 61, 1000 Berlin 33

TOP 1: Satzungsänderung

Versammlungsleitung: Dr. C.-D. Schulze, 1. Vorsitzender
Protokollführer: Torsten Schramm, Schriftführer

Es sind erschienen

Helga Kosmaczenski	für Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt e.V.
Ulrich Kreßin	für Evangelische Jugend Berlin
Michael Heimbach	für Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste e.V.
Niels Petring	für Deutsche Friedensgesellschaft-Kriegsdienst-gegner e.V.
Theo Gossen	für Dritte Welt Laden GMBH
Johanna Zückler	für Freundeskreis des Friedenszentrums Martin-Niemöller-Haus
Gerti Graff	für Freundeskreis des Friedenszentrums Martin-Niemöller-Haus
Harald Tischer	für Evang. Kirchengemeinde Berlin Dahlem
C.-D. Schulze	für Verein zur Unterstützung argentinischer Flüchtlinge
Fritz Teppich	für Deutsche Friedensgesellschaft e.V.
Torsten Schramm	für Internationaler Versöhnungsbund, Deutscher Zweig e.V.

zu der satzungsgemäß am 3.7. 1982 für den 23.8. 1982 einberufenen Mitgliederversammlung.
Die Tagesordnung wurde bei der Einberufung der Versammlung mitgeteilt.
Es wird festgestellt, daß die Versammlung beschlußfähig ist.
10 Mitglieder sind stellvertretend für ihre Vereine stimmberechtigt.

Folgende Satzungsänderung wurde einstimmig beschlossen:

Zu ergänzen ist in der Satzung in den § 16(2), die Auflösung des Vereines betreffend, folgende Bestimmung:

"Das Vermögen ist einer anderen steuerbegünstigten Körperschaft oder einer juristischen Person des öffentlichen Rechts für steuerbegünstigte Zwecke zu übertragen. Der Beschluß über die Vermögensübertragung bedarf zu seiner Wirksamkeit der Zustimmung des zuständigen Finanzamtes."

TOP 2: Programmvorschläge/-rückblick

Zunächst in diesem Zusammenhang die Feststellung, daß der 'Betrieb' im FZ zugenommen hat. Damit taucht aber zugleich die Frage auf, ob es nur eine betriebsame ungelenkte 'Heftik' ist, inwieweit sich Koordination und Angebot und Rückkopplung wirklich verbessert haben? Was haben wir tatsächlich erreicht? Wen haben wir erreicht? Das Friedenszentrum gilt allgemein als Modell für Kooperation mehrerer Aktivitäten/Gruppen, ob wir dies schon wirklich erreicht haben, ist fraglich. Jede Gruppe mag sich nochmal selbst fragen, ob hier noch etwas zu verbessern ist und inwieweit das Friedenszentrum besser im Rahmen der Gruppenarbeit repräsentiert werden kann?

Es scheint sinnvoll, die Veranstaltungen besser auszuwerten, dabei sollte eine Frage im Mittelpunkt stehen: - sind neue Leute erreicht worden oder ist es eine eher 'innere' Befruchtung?

Im Zusammenhang mit der Veranstaltung 'DAS ANDERE AMERIKA' gab es Ansätze zu gemeinsamen Gruppenaktivitäten. Ähnliche Aktionen wie die Mahnwache am 11.6 zum Regan-Besuch sollen wieder vorbereitet werden, fast alle Gruppen haben sich daran beteiligt. Vielleicht kann bei neuen Aktionen schon in der Vorbereitungsphase eine stärkere Beteiligung von mehreren Gruppen erreicht werden.

Auf dem nächsten DOMÄNE - FEST sollte sich das FZ mit einem Stand beteiligen, im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit erscheint dies sinnvoll. Bitte überlegt schon jetzt, ob ihr zur Teilnahme zur Verfügung steht.

Der Freundeskreis führt alle 2 Wochen einen Infostand Friedenszentrum vor dem U-Bahnhof Dahlem-Dorf, da der Betrieb am Samstag vormittag relativ schwach ist, wird überlegt, ob man diesen Stand auf dem U-Bahnhof Oskar - Helene machen soll. Vielleicht soll zunächst alle 14 Tage abgewechselt werden. Für den Stand ist Joachim Könnig verantwortlich. Er bittet möglichst jeden Samstag eine anderen Gruppenvertreter zu aktivieren, der den Freundeskreis bei dieser Arbeit unterstützen kann.
Bisher hat noch nicht jede Gruppe Material für diesen Infostand zur Verfügung gestellt, obwohl schon mehrmals gebeten. Bitte macht es möglichst bald!!!

Der nächste Infostand ist am 4.9.82 ab 10⁰⁰ vor dem U-Bahnhof. Man trifft sich um 9¹⁵ vor dem FZ. Der Stand dauert bis 14⁰⁰. Bitte kommt massenhaft.

Mitte September ist ein Diasabend zur Blockade gegen das NATO-Atomwaffenlager Großengstingen geplant.

Herr Wernicke ist bereit (Kontakt: Georg) einen Abend über alternative Verteidigungssysteme im FZ zu machen. Außerdem besteht das Angebot, dem FZ eine Sammlung von Dokumenten zur Friedensproblematik zur Verfügung zu stellen (etwa 2 Meter). Wir brauchen daher jemand, der bereit ist im FZ eine kleine Bibliothek einzurichten. (Kontakt: Georg)

Die Friedensinitiative Zehlendorf überlegt Veranstaltungen zu machen zur Frage: Wie argumentiert man an Infotischen / Bei Veranstaltungen. Gedacht ist an Argumentations 'Schulung' zum Nachrüstungsbeschluß (Am 12.12.82 ist übrigens dritter Geburtstag!) Sinnvoll wäre eine Aufteilung nach verschiedenen Zielgruppen. Wer hat Lust, dies noch mit vorzubereiten?
Bisherige Kontaktpersonen: C.D. Schulze, Theo Gossen, M. Heimbach (Ab 10.10)

Geplant ist eine Reihe zur gewaltfreien Aktion. Gemeinsam sollen einschlägige Beispiele, verschiedene Widerstandaktionen aus der Geschichte anhand von Texten aufgearbeitet werden. Neue Aktionsideen für heute fallen dabei sicher ab, es ist schon vieles dagewesen, was

heute unbekannt ist. Warum soll sich unsere Phantasie nicht auch aus der Vergangenheit nähren. (Kontakt: Gernot Jochheim, Torsten Schramm)

Geplant ist ein Abend mit einem DDR -Friedensbewegten. Näheres dann im Programm.

Eine regelmäßige Nachbereitung zur Schweigestunde am Freitag ist im FZ geplant. Die Möglichkeit zu einem gemeinsamen Gespräch soll so bestehen. Dies scheint besonders für neue Teilnehmer notwendig. Zudem besteht so eine Kontaktmöglichkeit zu anderen Gruppen.

Um den Kontakt mit dem Bildungs- und Aktionszentrum (BAZ) herzustellen, ist zunächst an eine Veranstaltung zur südlichen Afrika - Problematik vorgesehen. (Kontaktmöglichkeiten über ASW/WFD)

Die 'Frauen für den Frieden' sollen um einen Bericht zum Friedensmarsch BERLIN - WIEN gebeten werden. (Kontaktperson: Marianne Gose: 8526728; Hildegard Klemek 7845793)

Weitere Aktivitäten:

Vorschlag auf dem Truman Plaza einen Gottesdienst zu machen und Zehlendorf zur atomwaffenfreien Zone zu erklären

Friedensfasten mit verschiedenen Eskalationsstufen (1, 2, 3, 4 Tage...)

TOP 9: Öffentlichkeitsarbeit

Mike erstellt regelmäßig das Programminfo. Er ist im September in den USA. Für diese Zeit brauchen wir daher Hilfe und auch ansonsten wäre eine Mithilfe unbedingt notwendig. (Hertha v. Klewitz) hat sich zur Unterstützung angeboten)

Eine grundsätzliche Diskussion über das Programminfo, ob es in irgendeiner Form erweitert werden soll, steht für die nächste Hausversammlung auf dem Programm. Sollen auch andere Informationen aufgenommen werden, brauchen wir auf jeden Fall Hilfe. Bitte bezieht das in eure Überlegungen mit ein.

Um die 'Berührungsgänge' mit dem FZ in Dahlem abzubauen, sind Treffen mit Konfirmandeneltern geplant, ein bis zwei Vertreter des FZ sollen dort das FZ vorstellen. (Kontakt: B. Wellmann)

Johanna Zückler bringt unser Büro (Karteikarten) in Ordnung.

Es ist beabsichtigt, den Argentinienverein aufzulösen, da er seine unmittelbaren Aufgaben erfüllt hat. C.D. Schulze hält uns auf dem laufenden.

TOP 4: Putzfrau im FZ

Da sich die Belastung der WG durch mangelnde Mithilfe der Gruppen erheblich vergrößert hat, wurde von anderer Seite der Vorschlag gemacht, eine Putzfrau anzuschaffen. Dies wird von der WG abgelehnt, wir wollen erst noch mal an alle Gruppen appellieren, wie weit eine Mithilfe möglich ist, bzw. wie weit wirklich nach Benutzung die Räume anständig hinterlassen werden. Das FZ sollte kein Dienstleistungsbetrieb werden!!! So blieb der Aufruf zur Putz-Aktion nach der Sommerpause, nachdem die Handwerker einen großen Dreck hinterlassen haben, ohne Echo, ebenso ist die Abnahme des Telefondienstes (Jeden Abend zwei Stunden) bisher noch kaum realisiert. Wir rufen deshalb noch mal dazu auf, sich in entsprechende Listen hierzu einzutragen. Der Telefondienst kann dann mit anderen anstehenden Arbeiten gekoppelt werden. Es wäre schon, wenn sich dieser minimale Einsatz durch eure aktive Hilfe verwirklichen läßt. Wir wollen es in diesem Sinne noch mal ausprobieren und würden eure Meinungen gerne zu diesem Thema hören, es ist nur scheinbar belanglos!!

Anfang Oktober ist ein Garteneinsatz im FZ geplant. Wir werden rechtzeitig informieren, wir hoffen, daß wir viele werden!!

TOP 5: Kirchentag

Das FZ hat sich zur Teilnahme am nächsten Kirchentag im Juni in Hannover angemeldet. Die Gruppen sollen überlegen, in welcher Weise wir uns am Kirchentag beteiligen, wie wir unseren Stand organisieren. Bis November müssen Vorstellungen entwickelt werden. Dann laufen die verschiedenen Vorbereitungstreffen. Wir suchen für diese Treffen auch noch Vertreter des FZ.

TOP 6: Geburtstag Scharf

Termin: 21.10.82. Genauerer soll auf der nächsten Hausversammlung überlegt werden.

Sonstiges:

Am 22.10. ist in Neuwied Treffen der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF). Wer kann als Vertreter des FZ daran teilnehmen. Die Treffen sind sehr informativ!!

Ab 30.1.83 besteht ein Angebot eine holländische Ausstellung; die zur Zeit in Amsterdam im Anne Frank Haus gezeigt wird, im Friedenszentrum zu zeigen: "Neofaschismus in Westeuropa". Das Ausstellungsteam des FZ will sich vor Ort anschauen, welche Tafeln für uns in Frage kommen, da die Ausstellung für unsere Räumlichkeiten erheblich reduziert werden muß. (Kontakt: Hille, WG)

Es wäre sehr schön, wenn die Teilnahme an den Hausversammlungen und der aktive Einsatz für das FZ sich vergrößern würde, es lebt nur aus der Summe der Kraft aller!

Das Cafe ist in neuem Glanz wieder ab sofort für alle geöffnet! (ab 18⁰⁰ - 22⁰⁰)

TOP für nächste Hausversammlung:

1. Gestaltung des Infoblattes
2. Scharf-Geburtstag
3. Holland-Ausstellung
4. Tätigkeitsbericht für Finanzamt

DIE NÄCHSTE HAUSVERSAMMLUNG FINDET AM 8.9. um 19.30 statt

Torsten

Keines in Berlin!



An die Mitglieder des Friedenszentrums

EINGEGANGEN

19. JULI 1982

3.7.82

Erledigt

Liebe Freunde,

T
noch eine Kurze, aber wichtige Ergänzung zur Hausversammlung vom 23.8.1982 um 19³⁰ nach der Sommerpause!

Es ist relativ leicht, einen Verein zu gründen, doch es ist sehr mühsam das finanzielle Standbein, nämlich "steuerliche Begünstigungen" zu erhalten. Wir allerdings stehen knapp davor!!

Das Finanzamt ist mit unserer Satzung nun fast zufrieden.

Doch einige Zeit wird noch vergehen, bevor wir als Friedenszentrum Quittungen für Steuerabzugsfähigkeit ausstellen können. Wir hoffen, daß wir dies mit Beginn des laufenden Rechnungsjahres 1983 nun endlich können.

Um diese zu erreichen, bedarf es noch einer kleinen Ergänzung in der Satzung.

Wir laden Euch daher ordnungsgemäß im Rahmen der obigen Hausversammlung ergänzend zu einer a.o. Mitgliederversammlung ein, auf der der einzige TOP Satzungsänderung sein wird.

!//
Zu ergänzen ist in der Satzung in den § 16(2), Auflösung des Vereins, folgende Bestimmung:

"Das Vermögen ist einer anderen steuerbegünstigten Körperschaft oder einer juristischen Person des öffentlichen Rechts für steuerbegünstigte Zwecke zu übertragen. Der Beschluß über die Vermögensübertragung bedarf zu seiner Wirksamkeit der Zustimmung des zuständigen Finanzamtes".

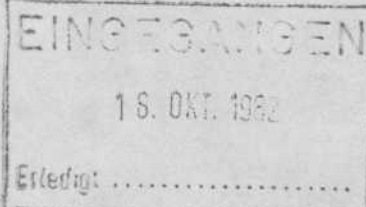
(Ja so hat hoffentlich alles seine Ordnung, es reicht, wenn die Politiker wissen, wie man das Geld zur Seite schafft.)

Damit wir die Satzungsänderung, wie vom Finanzamt für Körperschaften vorgeschlagen, schnell und problemlos vornehmen können, wäre ein zahlreiches Erscheinen der Mitglieder eine große Erleichterung.

Bis dahin einen hoffentlich schönen Sommer,

mit friedlichen Grüßen

E. Braun
für den Vorstand



(Die Anwesenheitsliste hat leider jemand "mitgehen" lassen, es war auf jeden Fall eine sehr gut besuchte Hausversammlung!)

1. Das Martin Niemöller Haus - Ort des friedlichen Nebeneinander^{über} Forum für konstruktive Auseinandersetzung?

Wir hörten zunächst von der personellen und inhaltlichen Veränderung im Vorstand der DFG/VK. Die inhaltlichen Konflikte wurden, soweit sie für das MNH von Interesse sind kurz benannt. Daraus entstand eine heftige Diskussion über Form und Stil des Umgangs miteinander im politischen Friedenskampf, die wirklichen inhaltlichen Konfliktpunkte blieben aber im Dunkeln. Es wurde daher beschlossen, eine außerordentliche Hausversammlung am 3.11.1982 anzusetzen. Folgende Fragen sollen dabei diskutiert werden:

- Welche konkreten inhaltlichen Kontroversen stecken hinter den Vorwürfen, Unterstellungen und Klischeesierungen, die innerhalb der Berliner Friedensbewegung kursieren? (Stichworte: "SEW- Unterwanderungstaktik", Arbeitskreis Atomwaffenfreies Europa- "Fassadebschwindel und Vereinnahmung durch die SPD"?, "radikale", "taktische", "bürgerliche" Pazifisten ?? etc.)

- Im MNH arbeiten Organisationen und Personen zusammen, die z.T. sehr unterschiedliche Standpunkte haben und sie anderen Orts ausfechten. Im MNH war davon bis jetzt wenig zu spüren. Welche Funktion und Aufgabe kann/soll das MNH bekommen, wenn wir an den Grundgedanken des Projekts, der Kooperation erinnern?

Es soll also um grundsätzliche Fragen des Selbstverständnisses des Friedenszentrum MNH im Lichte der aktuellen politischen Kontroversen gehen. Daher an alle beteiligten Organisation und Personen die dringende Bitte, kommt alle am

Mittwoch, den 3. November um 19.30 Uhr ins MNH !!!

2. Das "Institut für Friedensarbeit" löst sich auf. Jochen Lange bietet an, eventuell Literatur und Materialien aus der aufgelösten Bibliothek des "Friedenspolitischen Studiengesellschaft" für das MNH zu organisieren. C.D. will dazu einen hilfreichen Brief schreiben. (in diesem Zusammenhang: wir suchen weiterhin verzweifelt nach einer Person, die Lust und Zeit hat, eine kleine Bibliothek im MNH aufzubauen !!!)

3. Kirchentag in Hannover 1983

Das MNH hat die Möglichkeit beim Kirchentag im Markbereich 4 an der Gestaltung einer Koje teilzunehmen. Alle beteiligten Organisationen und Gruppen mögen sich bitte überlegen, ob und wie sie sich an einer Koje des FZ MNH beteiligen können. Wir werden dazu eine Mitgliederversammlung einberufen, der Termin wird noch bekanntgegeben.

Beim ~~ersten~~ Koordinationstreffen am 4. Nov. wird möglicherweise Margarete Weinmann ~~als Vertreterin des MNH anwesend sein,~~

das MNH vertreten.

4. Mitgliederversammlung der AGDF (Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden)

Die Versammlung findet am 22./23. Oktober in Bonn statt. Erhard Mische (Gossner Mission) wird für das MNH teilnehmen.

5. US- Peacemovement-Tour vom 7.-17. November 82

Während der diesjährigen Friedenwochen werden fünf Vertreter der amerikanischen Friedensbewegung in der BRD und Berlin sein. Wir werden voraussichtlich am 14.11. abends eine Veranstaltung machen, die sich gezielt an Berliner Friedenskämpfer richten soll, um über Zusammenhänge zwischen deutscher und amerikanischer Friedensbewegung zu diskutieren. Der genaue Termin muß allerdings noch von Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste bestätigt werden, außerdem sollten wir uns vielleicht mit den anderen berliner Veranstaltern koordinieren.

6. Geburtstag von Kurt Scharf

Am 22. Oktober findet um 18.00 Uhr ein Fackelzug statt (U-Bahnhof Dahlem Dorf) anlässlich des achtzigsten Geburtstags von Altbischof K. Scharf.

7. Friedensgottesdienst des Kirchenkreises Zehlendorf

Dieser findet statt am 13.11. in der Jesus Christus Kirche als Abschluß eines Sternmarsches von verschiedenen Stätten in Zehlendorf, die mit Unfrieden und Gewalt zu tun haben. Über eine Beteiligung des MNH soll bei der nächsten (ordentlichen) Hausversammlung gesprochen werden.

Angeregt wurde noch, daß das MNH, vor allem ASW, Gossner Mission und Dritte Welt Laden vielleicht noch in diesem Jahr zusammen mit dem BAZ eine Veranstaltung zu Süd-Afrika machen. Das wäre auch eine gute Gelegenheit, das MNH mal ins BAZ zu "locken."

AR

Wichtig:

Am 20. 10. ist Rückklausur für unser Info 11/82!
Also, wer dort etwas abgebrocht haben möchte, bitte
bis spätestens 20. Oktober an uns!

Danke

Friedenszentrum

Martin Niemöller Haus e.V.

Pacelliallee 61
1000 Berlin 33
Tel. 030-832 54 97

Mo-Fr: 17-19 Uhr

EINGEGANGEN

1. OKT. 1982

Erledigt

für Spenden:
Postcheckkonto
Nr. 67 132-105
Post- Amt Blau

INFO: Okt. '82

Liebe Freunde!

Der Sommer ist zuende und erfahrungsgemäß kommen in den Herbstmonaten die vielfältigsten Aktivitäten im Bereich der Friedensarbeit auf uns zu. Ein besonderes Datum wird dabei die dritte bundesweite Friedenswoche vom 7.-17. November sein.

Leider macht das Martin Niemöller-Haus im Moment keinen sehr einladenden Eindruck. An verschiedenen Stellen im Haus sind die Handwerker noch mit den wichtigsten Umbauarbeiten beschäftigt.

Die Isolierungsarbeiten im Keller sind abgeschlossen, die Elektriker werden in den kommenden Wochen fertig werden. Als letzte größere Maßnahme in diesem Jahr steht dann nur noch der Einbau von Thermostaten an den Heizkörpern ins Haus. Daher wird der riesige Müllberg leider noch eine Weile unseren Vorgarten zieren. Auch das kaputte Eingangstor wirkt eher abschreckend als zum Eintritt einladend, aber wir

hoffen, im Laufe des Oktobers das neue Tor installieren zu können.

Der äußerlich für manche vielleicht chaotisch wirkende Zustand des Hauses ist eine unvermeidliche Nebenerscheinung vor allem auch dadurch, daß wir uns ständig bemühen, mit möglichst geringem Aufwand die dringenden baulichen Aufgaben zu bewältigen.

Das ist nur möglich durch viele freiwillige Helfer. Leider scheinen dies manche der Hausbesucher des MNH, die vielen verschiedenen AGs und Gruppen, zu vergessen. Das Besondere am Martin Niemöller-Haus sollte doch sein, daß alle Beteiligten die Grundlage für eine gemeinsame inhaltliche Friedensarbeit schaffen. Oder!?

mit herzlichen Grüßen an alle
Freunde und Unterstützer

für die Wohngemeinschaft

Armin

TERMINE :

MO, 4.10.82
MO, 11.10.82
MO, 18.10.82
MO, 25.10.82 jew. 19.00 Uhr
Beratungsstunde für Kriegsdienst-
verweigerer
Veranst.: Deutsche Friedensge-
sellschaft/Vereinigte Kriegs-
gegner

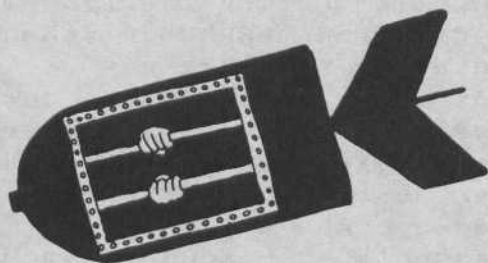
DI, 19.10.82 20.00 Uhr
Frauen für den Frieden (Zehlen-
dorf), offener Abend/Plenum

DO, 21.10.82 20.00 Uhr
Bolivien-Abend. Bericht einer Rei-
se (mit Dias) von Mechthild See-
berg,
Veranst.: Dritte-Welt-Laden

DI, 26.10.82 19.30 Uhr
Ohne Rüstung leben, Plenum

DO, 28.10.82 18.00 Uhr
AK Anarchismus und Theologie,
1. Treffen, Interessenten sind
herzlich eingeladen!

FR, 15.10.82 20.00 Uhr
"Die Logik des Schreckens"
-Die Verteidigung Europas -
Film - Vortrag - Diskussion
Wir zeigen den CBS Fernseh-Doku-
mentarfilm dieses Titels. In der
Bundesrepublik bisher nicht ge-
sendet. Einführung in die Dis-
kussion: Dr. Joachim Wernicke.



amnesty international:

allg. Bürozeiten
MO u. DO: 10-12 Uhr
DI, MI u. FR: 17-19 Uhr
Asyl-Beratung
MO u. DO: 18-20 Uhr
Tel. 8 32 54 97

Gäste im Niemöller-Haus

BUDDHISTISCHE MÖNCHE AUS JAPAN

Japanische Mönche der Friedensmärsche Kopenhagen-Paris, USA, Berlin-Wien waren in Berlin. Am Samstag, 18. September, sprach Guruji, der 98-jährige Gründer des Ordens und zeitweiliger Begleiter Ghandis über die Friedensaktivitäten der Mönche und über gewaltfreien Widerstand. Es folgt der Bericht einer Teilnehmerin dieses Nachmittages.

Es war schon ein merkwürdiger Anfang. Als ich durch das offene Gartentor in den Vorgarten kam, fegte ein gelbgekleideter, kahlgeschorener buddhistischer Mönch gerade hingebungsvoll den Vorgarten. Ebenso hingebungsvoll war die Treppe gekehrt, die Eingangshalle und das Zimmer gewischt, das zu einem sakralen Raum umfunktioniert worden war. Wir mußten die Schuhe ausziehen, bevor wir den heiligen Raum betreten durften. Ein kleines Tischchen war der Altar, eine kleine Buddhastatue, eine Kerze, Blumen in einer Vase, daneben noch eine Schale für die Räucherstäbchen. Das Haus war mit geschäftiger Unruhe erfüllt, die Mönche trafen die letzten Anordnungen, räumten noch hin und her und begrüßten mit gefalteten Händen und geneigten Köpfen die Besucher. Sie warteten auf ihren Reverend Guruji, den 98-jährigen Oberhirten. Drumherum alternativ aussehende Jugendliche, eine eingeweihte Jüngerin etwas gesetzteren Alters, ein junger holländischer Buddhist.

Nach einigem Warten wurde Rev. Guruji hereingetragen, ein fast stereotyp wirkendes Lächeln auf dem

Gesicht. Erst später spürte man die heitere Lebendigkeit, die von ihm ausging. Die Zeremonie begann mit einer halbstündigen Gesangs- und Trommelmusik, die unseren Ohren zunächst disharmonisch klang, einen aber nach und nach in einen Zustand geistiger Konzentration einstimmte. Das Trommeln vereint, wie wir erfahren, Kopf, Herz und Körper, es ist ein ganzheitliches Gebet. Dann folgte eine japanische Ansprache des Alten, dessen Gesicht sich zunehmend belebte:

Diese Ansprache war nicht dazu da, Proselyten zu machen, sie war nicht eifernd missionarisch. Eine kurze Schilderung der Geschichte des kleinen 700 Jahre alten Ordens. Der Orden ist ein Wanderorden, der den Frieden bei den Menschen befördern soll, so lautet auch das immer wiederholte Gebet der Mönche: "Schaffe neue Herzen in uns..." Gottes Welt bei den Menschen soll durch uns geschaffen werden. Die westliche Zivilisation hat zwar den Menschen mancherlei Fortschritt gebracht, aber sie hat ihn auch an den Rand der Selbstzerstörung getrieben, ist dabei, die Schöpfung zu vernichten.

Ohne unsere Verbindung zu Gott, ohne Gebet, sind wir zu schwach, etwas auszurichten, nur das befähigt uns zu tun, was jeder von uns tun muß, um den Untergang der Menschheit zu verhindern.

Einen zu großen Raum für meinen Geschmack nahm der Bericht über den Bau von Friedenspagoden



AUFRUF!

Teilnahme am Info-Stand:

Zur Mitarbeit am Info-Stand des Martin Niemöller-Hauses am U-Bhf 'Dahlem Dorf' am SA, den 2. und SA, den 16. Oktober jeweils von 10 bis 13 Uhr mögen sich Interessierte - besonders auch aus den einzelnen Gruppen - wegen der Koordinierung möglichst bald bei Joachim Könning, Tel. 815 83 49, melden.

Es wäre schön, wenn jede Gruppe wenigstens 2x im Jahr mitmachen würde. Das käme sicherlich der angestrebten Zusammenarbeit und dem besseren Sich-Kennenlernen zugute.

Wir bitten die Gruppen, zum Auslegen am Stand aktuelles Material zur Verfügung zu stellen und es im Büro mit entsprechender Kennzeichnung abzugeben.

ein, Symbolen des Friedens unter Menschen und Völkern. Aber auch das wird nicht nur äußerlich gesehen: wenn in unseren Herzen Frieden ist und Sehnsucht danach, diesen Frieden auch Gestalt gewinnen zu lassen, wird uns der Bau dieser Friedensstempel gelingen. Das Wichtigste aber ist der Geist - der da lebendig macht. Diesen Geist zu verbreiten, seien auch sie auf den Friedensmarsch gegangen, nachdem sie die nukleare Bedrohung selbst erfahren hätten. Die Frage eines Zuhörers, ob man nicht mehr als marschieren könne, beantwortete einer der Mönche lächelnd mit einer fast jenseitigen Heiterkeit: "Wer geht, bewegt sich, er bricht zu neuen Zielen auf, zu anderen Menschen, das ist der Anfang, so werden wir selbst andere."

Natürlich kann ein solcher Or-

den nicht unsere konkreten politischen Fragen beantworten, unsere speziellen Probleme lösen, und doch, daß es Menschen gibt, deren Sehnsucht und Gebet die Friedenssehnsucht dieser Welt trägt, darüber sollten wir Aktivisten auch einmal nachdenken...

Hertha von Klewitz

Das Cafe im Haus

ist gemütlich und MO bis FR von 18-22 Uhr geöffnet. Betreut wird es ehrenamtlich von Freunden des Friedenszentrums. Es gibt leckere Sachen und meistens eine Überraschung.

Gesucht



sind freiwillige Helfer und Helferinnen für Aufgaben aller Art im Haus und drum herum (Gartenarbeit, Malereien, Putzen, Tippen, Adressen schreiben u.v.m....). Bitte im Büro des MNH melden - MO bis FR von 17-19 Uhr (Tel. 832 54 97)

WANDKALENDER 1983

zum Thema Rüstung und Abrüstung
37 Collagen und Zeichnungen
Format 36 x 48 cm, DM 15,--
erhältlich im Cafe des Hauses

Frankfurter Rundschau
24. September 1982

Niemöller doch Ehrenbürger seiner Vaterstadt?

NRW-Innenminister nennt Pazifisten und Begründer des Pfarrernotbundes „großen Deutschen“

Von unserem Korrespondenten Reinhard Voss

DÜSSELDORF, 23. September. Die Aussicht, daß Martin Niemöller in seiner Vaterstadt Lotte in Westfalen doch noch zum Ehrenbürger ernannt wird, wie dies — die FR berichtete darüber — von einer Bürgerinitiative offiziell beim Stadtrat beantragt wurde, haben sich trotz eines ablehnenden Votums des Hauptausschusses der Gemeinde erhöht. Der nordrhein-westfälische Innenminister Herbert Schnoor (SPD) ergriff bei der Einweihung des neuen Rathauses in Lotte deutlich Partei für den ehemaligen Präsidenten der Evangelischen Kirche in Hessen-Nassau und Mitbegründer des Pfarrernotbundes. Die Stadtverwaltung in Lotte hatte ihr ablehnendes Votum mit angeblich fehlenden Verdiensten Niemöllers begründet und darauf verwiesen, daß die Auf-

sichtsbehörde, in letzter Instanz der Innenminister, deshalb eine Ernennung des heute 90jährigen nicht genehmigen würde.

In einem „persönlichen Wort“ machte Schnoor diese Auffassung bei der Rat-hauseinweihung gegenstandslos. Er würdigte Niemöller ausdrücklich als einen „großen Deutschen“ und fuhr dann fort: „Martin Niemöller hat wegen seines Bekenntnisses, wegen seiner Leidenschaftlichkeit und seiner Kompromisslosigkeit immer Anstoß erregt und wen wollte es verwundern, wenn er nicht auch heute in Lotte Anstoß erregen würde.“ Auch wer Niemöllers politischen Weg nach dem Zweiten Weltkrieg nicht mitgehen könne und den streitbaren Gottesmann deshalb ablehne, müsse dennoch „stolz darauf sein,

daß Martin Niemöller ein Deutscher ist“, meinte Schnoor.

Der Innenminister zeigte keinerlei Verständnis für Einwände von Lotter Bürgern, die in einer Eingabe an die Stadtverwaltung die von Niemöller maßgeblich mitformulierte „Stuttgarter Erklärung“ der evangelischen Kirche über die Mitschuld der evangelischen Kirche an der Hitler-Diktatur als „schädlich“ für das deutsche Volk gewertet hatten. Wer glaube, die „Stuttgarter Erklärung“ mißverstehen zu müssen, „der mag sich mit Alexander Mitscherlich fragen, ob er immer noch unfähig ist zu trauern“, mahnte der Minister die Ehrengäste in Lotte. Der Rat der Stadt wird in der ersten Oktoberwoche endgültig über den Bürgerantrag entscheiden.

Nachtrag:

T E R M I N

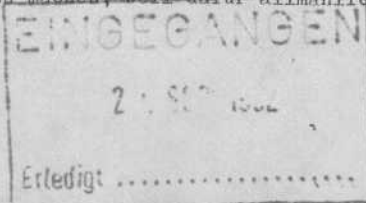
Friedensliteratur - Argumente für den Frieden
Vorbereitung auf regelmäßige Treffen im
Martin Niemöller - Haus mit Lektüre und
Diskussion

am: Freitag, den 15.10.82 um 15 Uhr

Anwesende: Klaus Abraham, ai; Kurt Fraenkel, Gerti Graff, Joachim Könnig,
Freundeskreis; Thomas Kirsch, Dritte Welt-Laden; Bernhard Krane, WG u. ASF;
Gisela Rassow, Frauen für Frieden, Zehlendorf; Fritz Teppich, DFG.

Folgende Punkte wurden der Reihe nach ohne besondere Tagesordnung besprochen:

1. Durch Georg Goosmann (Freundeskreis) ist als Programmvorschlag für Okt. oder Nov. die Vorführung eines Filmes über "Alternative Verteidigung" angeregt worden. Wenn Interesse besteht, will Georg G. einen Termin vereinbaren. Bitte also evtl. Teilnehmerzahlen bis zur nächsten Hausversammlung am 13. 10. melden.
2. Von der Ev. Kreuzkirchengemeinde liegt die Einladung einer Vorbereitungsgruppe zur Besprechung organisatorischer und inhaltlicher Fragen i. Zshg. mit der Gestaltung ihres Friedensfestes am Samstag, d. 20. 11. vor. Termin dieser Besprechung ist Dienstag, d. 28. 9., 19,30 Uhr. Bernhard Krane hat es übernommen zu klären, ob evtl. die Entsendung eines der beiden (oder beider) Vikare, die im FZ mitarbeiten sollten, möglich ist.
3. Eine vierköpfige Delegation der amerik. Friedensbewegung hat sich bei ASF u. DFG-VK gemeldet und sich bereit erklärt, an Veranstaltungen der Friedenswoche bei Vorträgen, Diskussionen usw. mitzuwirken. Von den Anwesenden wurde eine Veranstaltung zusammen mit dieser Gruppe befürwortet. Bernhard Krane hat es übernommen zu erkunden, wann diese Leute in Berlin sein werden, damit dann Ort und Zeit festgelegt werden können.
4. Die Journalistin Regina Beyer von einem der Westberliner Sender hat am 16. 9. angerufen und mitgeteilt, daß um den 8. 10. eine Gruppe amerik. Rundfunkjournalisten in Berlin sein wird, und den Vorschlag gemacht, ihnen auch das FZ vorzustellen. Es müßte sich also jemand mit guten engl. Sprachkenntnissen zur Verfügung stellen, der die gewünschten Auskünfte und Erklärungen geben kann. Wer ist dazu bereit? Bitte, sofort bei Bernhard/WG melden!
5. Als Abschluß der diesjährigen Dahlemer Rundgespräche (sh. Gemeinde-Nachrichten/Sept.) ist eine Veranstaltung im Gemeindehaus vorgesehen, in deren Rahmen - als "Markt der Möglichkeiten" - sich auch die einzelnen Arbeitsgruppen der Gemeinde vorstellen sollen. Darunter sollte auch das FZ vertreten sein, und zwar mit seinen verschiedenen Mitgliedsorganisationen, soweit sie einen eigenen Beitrag leisten wollen. Es wurde der Vorschlag gemacht, einmal etwas anderes als nur immer Info-Tische zu machen, weil dafür allmählich das Interesse nachläßt.



Beispielsweise käme auch einmal ein Bänkelsänger oder eine Drehorgel infrage, oder - um mit dem technischen Fortschritt zu gehen - die Vorführung eines Video-Filmes von etwa 10 Min. Spieldauer. Vielleicht fänden sich einige begeistigungsfähige jugendliche Amateure in der Gemeinde, die auch gern selbst ein Drehbuch machen würden?

6. Vor einiger Zeit ist für die Hausversammlungen der Mo. zugunsten des Mi. aufgegeben worden in der Hoffnung, daß nunmehr die Organisationen wieder zahlreicher vertreten sein würden. Diese Erwartung hat sich leider nicht erfüllt. Daher an alle Empfänger des Protokolls die Bitte, den aufgedruckten Coupon ausgefüllt zurückzuschicken.

Es ist tatsächlich sehr wichtig, daß wenigstens 1x im Monat möglichst alle Mitgliedsorganisationen des FZ zusammenkommen und außer der Programmgestaltung auch alle sonstigen aktuellen Dinge besprochen werden können.

In der nächsten Hausversammlung am Mi., d. 13. 10., sollen u.a. evtl. vorhandene Unstimmigkeiten zur Sprache gebracht und nach Möglichkeit beigelegt werden.

7. Es wurde der Vorschlag gemacht, eine Telefonkette einzurichten, um zu erreichen, daß wichtige, aber nur kurzfristig ansetzbare Veranstaltungen allen Interessierten rechtzeitig bekanntgegeben werden können. Bitte, bringt zur nächsten Hausversammlung entsprechende Vorschläge mit oder reicht sie schriftlich ein!

8. Und nochmals: Die nächste Hausversammlung findet am Mi., d. 13. 10., pünktlich um 19,30 Uhr statt. Wer es irgend möglich machen kann, komme hin!

f. d. R.:

Bernhard Krane



An das
Friedenszentrum Martin-Niemöller-Haus
Pacelliallee 61
1000 Berlin 33

Die Gruppe/Organisation
könnte ☐ 1x, ☐ 2x im Monat einen Vertreter zur Hausversammlung entsenden,
und zwar an folgenden Wochentagen (mit jeweils frühestmöglicher Anfangszeit):
.....

Name des Unterzeichners (bitte lesbar):

Anschrift:

Telefon:

Wann im allgemeinen tel. erreichbar?

Unterschrift:

Protokoll der Hausversammlung vom 27.10.82

Anwesende Organisationen:

ASF (Michael Heimbach, Armin Reichert); Versöhnungsbund (Torsten Schramm); Ohne Rüstung leben (Christina Schirmer); Argentinienverein (Claus Dieter Schulze); Freundeskreis Martin Niemöller Haus (Joachim Könnig); Gossner Mission; amnesty international (Klaus Abrahamson); DFG/VK (Heinz Plehn)

XXX

TOP 1 Jahrestreffen der AGDF

Wir erhalten einen Bericht vom Jahrestreffen der AGDF an dem Erhard Mische von der Gossner Mission das Friedenszentrum vertreten hat:

- sobald wir unsere Gemeinnützigkeit erhalten haben steht einer des FZ nichts mehr im Wege
- Bei einer Mitgliedschaft bei der AGDF bestünde für uns u.a. die Möglichkeit aus einem Verfügungsfond Gelder zu beantragen
- im Frühjahr gibt es im Rahmen der AGDF eine Veranstaltung zum Thema Christen in der Friedensbewegung
- die nächste Jahresversammlung der AGDF soll voraussichtlich in Wetzlar stattfinden; es wäre zu überlegen, ob nicht auch im Friedenszentrum eine Versammlung stattfinden könnte; die Wohngemeinschaft würde dies begrüßen

TOP 2 Friedensgottesdienst Zehlendorf

Am 13.11.82 findet um 16 Uhr in der Jesus Christus Kirche ein Friedensgottesdienst statt. Vorher findet ein Sternmarsch aus-
gehend von Orten des Unfriedens zur Jesus Christus Kirche statt. Das Friedenszentrum wird vom Grab Rudi Dutschkes aus-
losgehen. Vorbereitung für den inhaltlichen Teil (Dutschke Grab) ist am 2.11.82 um 20 Uhr im Fz.

TOP 3 Termine

Es werden Anfragen nach Referenten für die Friedenswoche verteilt

16.11.82 Veranstalter BDKJ: Friedensfest

ab 17.30 Uhr Gottesdienst "Aufstehen gegen die Atomwaffen"

Ort: St. Canisius Kirche am Lietzensee

ab 19 Uhr Fest..... u.a. Foren zu den Themen: Aufrüstung+
Kriegsgefahr; Jugendarbeitslosigkeit+Sozialabbau"; Ausländer

Ort Erich Klausener Haus Witzlebenstr. 30 1/19

U-Bhf Sophie Charlotte Platz Eintritt 2.-DM

-16.11. um 20 Uhr in der Kreuzkirche Podiumsdiskussion:

~~XXX~~ "Was hat die Friedensbewegung für einen Sinn?"

Wer möchte auf dieser Veranstaltung was sagen?

-9.1.82 nachmittags: Am 7. Januar trifft ein Vertreter der A
australischen Friedensbewegung mit der transsibirischen Eisen-
bahn in Berlin ein. Wir wollen einen Infoaustausch machen.

TOP 4

Wir beschließen einen Brief nach Lotte zu schreiben betreffend
die Vorgänge um die Nichtverleihung der Ehrenbürgerwürde für
Martin Niemöller. Claus Dieter nimmt das in die Hand.

TOP 5 Wahl 83

Wir besprechen den Artikel, den Mike im Novemberinfo zur Bundestagswahl am 6. März verfaßt hat. Die Idee stößt auf einiges Interesse und verschiedenen Organisationen (Ohne Rüstung leben, Versöhnungsbund) wollen sie in ihren Kreisen diskutieren.

TOP 6 DFG/VK

Heinz Plehn gibt einen Überblick über die neusten Entwicklungen in der DFG/VK. Es soll sich z.Zt. eine DFG/VK Gruppe Kreuzberg bilden. An dieser Stelle sei an die außerordentliche Hausversammlung am 3.11.82 erinnert. Die nächste reguläre Hausversammlung soll am 10. Nov stattfinden. Auf dieser Sitzung werden wir dann bereden, ob es bei dem Mittwochstermin bleibt.

TOP 7 Europäischer Konkret + Europäische Friedensmanifestation

Heinz Plehn berichtet über diese beiden Ereignisse über die es schon in der Vorphase zu den inzwischen üblichen Streitigkeiten ~~xxx~~ kommt, die sich insbesondere an der Art und Weise, wie diese beiden Dinge eingebracht und umgesetzt werden (Methode). Festzumachen scheint sich diese Kritik insbesondere an dem Arbeitskreis atomwaffenfreies Europa bzw vielmehr an ganz bestimmten Personen aus diesem Arbeitskreis. Von mehreren Seiten wird unterstellt, daß die in den Aufrufen vertretenen Inhalte auch die ihren seien und sie deshalb besonders betroffen sind, mit fertigen Konzepten konfrontiert zu sein. Ähnlich scharfe Kritik richtet sich an die entgegengesetzte Position, wie sie sich im Fritz Teppich Kreis herauskristallisiert hat. Beide Positionen und Lager bedingen sich gegenseitig, weil jedes Lager anscheinend das Verhalten des anderen zum ~~xxxxxxx~~ Maßstab nimmt und der Frieden im Ergebnis auf der Strecke zu bleiben scheint. Einigkeit bestand darin, daß die Auseinandersetzung mit den Inhalten stattzufinden hat. Wir wünschen uns die Beteiligung des AK atomwaffenfreies Europa ganz besonders deshalb, weil wir hier im Haus schon viele Gelegenheiten hatten, Beispiele ~~xxxxxxx~~ von produktiver Friedensarbeit kennzulernen.

TOP 8 Argumentationstraining

Claus Dieter Schulze stellt ein Konzept vor für das geplante Argumentationstraining. Es soll im Januar beginnen und bis März laufen. Der vorgeschlagene Ablauf wird demnächst gedruckt erscheinen.

TOP 9 Verschiedenes

Hinweis auf die Schweigestunde für den Frieden der Frauen für den Frieden Zehlendorf jeden Freitag 17-18 Uhr Clayallee/Ecke Berlinerstr.

Wx Mike

[Handwritten signature]

Friedenszentrum

Martin Niemöller Haus e.V.

Pacelliallee 61
1000 Berlin 33
Tel. 030-832 54 97

Mo-Fr: 17-19 Uhr



INFO: Nov. '82

Zur Veranstaltung am 14.11.82

US-Friedens- bewegung:

Während der diesjährigen bundesweiten Friedenswochen vom 7.-17. November besuchen auf Einladung der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste und der Deutschen Friedensgesellschaft/Vereinigte Kriegsgegner fünf führende Repräsentanten der US-amerikanischen "Nuclear Weapons Freeze Campaign" die Bundesrepublik und West-Berlin. Die "Freeze Campaign" ist eine Kampagne für ein sofortiges beiderseitiges Einfrieren der Nuklearwaffen in Ost und West. Nach Berlin wird Tony Watkins kommen und am 14.11.82 auf einer Veranstaltung im Gemeindehaus Dahlem (Thielallee 1-3) auftreten.

Tony Watkins ist Direktor der kirchlichen Friedensorganisation "Clergy and Laity Concerned" im US-Staat Utha. Diese kirchliche Vereinigung, abgekürzt CALC, ist ein Zusammenschluß "besorgter Kirch-

enleute und Laien" aller Konfessionen. Sie entstand 1966 im Kampf gegen den Vietnamkrieg. Heute ist CALC - mit einem Bundesbüro in New York City und über 40 regionalen und lokalen Büros in 25 US-Staaten - eine der führenden christlichen Kräfte innerhalb der US-Friedensbewegung. CALC arbeitet außerdem für Bürgerrechte, gegen Rassendiskriminierung und für soziale Gerechtigkeit in den USA.

CALC begründet zusammen mit der Quäker-Friedensorganisation "American Friends Service Committee" (AFSC) die "Nuclear Weapons Freeze Campaign".

Watkins, selbst Schwarzer, setzt sich vor allem für die Einbeziehung der Minderheiten in die Friedensbewegung ein.



Zeit und Ort
siehe: Termine

T E R M I N E :

MO, 1.11.82
MO, 8.11.82
MO, 15.11.82
MO, 22.11.82
MO, 29.11.82 jew. 19.30 Uhr
Beratung für Kriegsdienstverweigerer, Veranstalter: Deutsche Friedensgesellschaft/Vereinigte Kriegsgegner (DFG/VK)

MO, 1.11.82 20.00 Uhr
DFG/VK-Gruppenabend: Umfassende Kriegsdienstverweigerung in Berlin - Perspektiven und Kooperation

MI, 3.11.82 20.00 Uhr
'Freundeskreis für die von Abschiebung bedrohten Palästinenser und Libanesen', Kontakt: B. Voigt, Tel. 831 10 46, Interessenten willkommen

FR, 5.11.82
FR, 12.11.82
FR, 19.11.82
FR, 26.11.82 jew. 18-19 Uhr
Schweigestunde für den Frieden
Ort: an der Gedächtniskirche, jede/r ist eingeladen mitzuschweigen, Aufrufer: Versöhnungsbund

SA, 6.11.82 20.00 Uhr
Vietnam-Abend: Bericht und Dias, Veranstalter: HYVONG-Kinderhilfe Vietnam

MO, 8.11.82 20.00 Uhr
DFG/VK-Gruppenabend: Bezirksgruppen/Ortsgruppen - Regionalisierung der DFG/VK-Arbeit

MI, 10.11.82 19.30 Uhr
Libanesischer Abend: aktuelle Informationen über die Situation im Libanon, mit libanesischem Volkssänger, evtl. Film, Veranstalter: Libanon Hilfe

SO, 14.11.82 20.00 Uhr
US-Friedensbewegung: Nuclear Weapons Freeze Campaign, Veranstaltung mit Tony Watkins, Vertreter der Freeze Campaign und Direktor der kirchlichen Friedensorganisation 'Clergy and Laity Concerned' im Staat Utha,
Ort: Gemeindehaus, Thielallee 1-3

MO, 15.11.82 20.00 Uhr
DFG/VK-Gruppenabend: Strömungen in der Friedensbewegung - Tendenzen und Perspektiven

DI, 16.11.82 20.00 Uhr
Frauen für den Frieden - Zehlendorf, Plenum

MO, 22.11.82 20.00 Uhr
DFG/VK-Gruppenabend: Vorbereitung des Bundeskongresses in Frankfurt

MI, 24.11.82 20.00 Uhr
'Freundeskreis für die von Abschiebung bedrohten Palästinenser und Libanesen', Interessenten sind willkommen, Kontakt: B. Voigt, Tel. 831 10 46

FR, 26.11.82 20.00 Uhr
Gewaltfreie Aktion Großenstingen
Bericht eines Teilnehmers (mit Dias) über einwöchige gewaltfreie Aktion vor Atomwaffenlager Großenstingen, wird wegen des großen Interesses wiederholt (ähnliche Aktionen finden am 12. Dezember im ganzen Bundesgebiet statt)

MO, 29.11.82 20.00 Uhr
DFG/VK-Gruppenabend: Bericht vom Bundeskongress in Frankfurt

DI, 30.11.82 19.30 Uhr
OHNE RÜSTUNG LEBEN, Plenum



WENN EINER EINE REISE TUT...

Wer nach Moskau fährt, erwartet eine andere Qualität der Information, eine andere Dimension des Kennenlernens, als wenn er als Tourist in ein anderes Land reist... Ob diese Erwartung erfüllt wurde, mögen die 42 Jung- und Altfalken aus Zehlendorf beurteilen, die am 3.10. zu einer einwöchigen Informationsreise nach Moskau flogen. Eine Teilnehmerin berichtet.

Daß es trotz der traditionell antikomunistischen Haltung der Älteren, die mit dem Russenhass, geprägt von Besetzungs- und Besatzungserlebnissen nach dem 2. Weltkrieg eine unauflösliche Ehe eingegangen ist, zu positiven Erlebnissen geführt hat, macht eine solche Reise durchaus politisch. In sechs Tagen haben wir ein dichtes 'Programm' absolviert, vom Kindergarten bis zum Betrieb einiges gesehen, wenn auch sicher Mustergültiges, Ausgesuchtes. Aber wir konnten auch unbequeme Fragen stellen, man war bemüht, sie uns weitgehend zu beantworten...

Frauen müssen täglich 2-3 Berufe wahrnehmen

Natürlich kam es auch zu Mißverständnissen, manches blieb ungeklärt, manche Frage war angesichts einer auf so ganz andere Sozialisation gerichteten Gesellschaft überflüssig, ja töricht. Die Gesellschaft, soweit sie uns vorgeführt wurde, ist eine streng hierarchisch gegliederte, traditionell-konservative Gesellschaft, bei der der Mensch auf Gemeinsamkeit, Gruppe hin orientiert wird und sehr früh in eine Spezialisierung und an die Arbeit herangeführt wird. Die Frauen - bei uns noch bekannt als Lokführerinnen und Bergarbeiterinnen in jedem Beruf zu gebrauchen, aber auch zu verbrauchen - tragen offenbar zwar die wesentliche Last der Volkswirtschaft, sind aber aus ihren traditionellen Rollen noch nicht herausgewachsen, sondern müssen 2-3 Berufe täglich wahrnehmen. In einigen wenigen Berufen sind sie gleichberechtigt, wenn nicht geradezu überrepräsentiert, z.B. als Lehrerinnen.

Moskau ist eine Stadt ohne schreiendes Elend

Die Hierarchie spiegelt sich in sämtlichen Einrichtungen wieder. Die vielgerühmte Improvisationsgabe der Russen scheint dabei verlorenzugehen. Das zeigt uns ein kleiner Vorfall im Hotel, als wir zwei Kannen mit Cafe von einem anderen Tisch nehmen, dessen Gruppe noch nicht angetroffen war, während wir ewig auf Getränke warteten. Es löste fast eine interne Katastrophe aus... Die äußere Disziplinierung scheint gelungen, jeder hat Arbeit und Brot, aber keinerlei überflüssigen Luxus, ja Bedarfsgüter sind offenbar immer knapp, sodaß endlose Schlangen entstehen. Daß bei einer Erziehung zur Gemeinsamkeit, zum Gemeinnutz, der Eigennutz unter der Decke grassiert, ist sicher klar. Aber Moskau ist eine Stadt ohne schreiendes Elend wie New York, eine Stadt auch ohne großen Glanz und Flitter... Die Stadt selbst wirkt auf den ersten Blick mit ihren Riesenprojekten, ihren weit auseinanderliegenden Wolkenkratzern, endlos, grau, abweisend. Und doch, die Menschen sind zugewandt, freundlich, offen. Selbst Russen, die keine lebende Sprache außer russisch sprechen, antworten mit einem Redeschwall und Händen und Füßen, wenn man nach etwas fragt...

Informationen am Rande bekommen - Außenseiter, Behinderte, Alkohol

Schwieriger ist es, mit jemandem zu sprechen, der nicht autorisiert ist, Informationen am Rande zu bekommen. So kam uns die Frage, wo die Außenseiter, Behinderten, physisch und psychisch Kranke bleiben, im Stadtbild erscheinen sie nicht. Das sicher vorhandene Alkoholproblem,



aus: PUBLIK FORUM 15/82

dem man mit stringenten Gesetzen zu Leibe geht, wurde oft als gar nicht vorhanden bezeichnet. Welche Defizite werden im Wodka ersäuft? Es bleiben manche Fragen offen. In einer so hierarchisch gegliederten Gesellschaft, bei der selbst die Informationen zwischen oben und unten nur dürftig fließen, müssen Friedensfragen als Sache der Regierung angesehen werden. Nur in der Universität entdeckte ich beim Studentenrat ein Plakat vom Friedensmarsch der Skandinavierinnen. Hier darf gedacht werden...

Ist die Sowjetunion ein möglicher Aggressor?

Bleibt die Frage: Ist die Sowjetunion mit ihren durchaus friedlichen Bürgern ein möglicher Aggressor? Das ist schwer zu beurteilen. Sicher gibt es keine wirtschaftlichen Interessen, denn ein Weniger an Rüstung würde ein Mehr an Konsumgütern bedeuten. Als Fragezeichen erscheint mir die ungebrochene und unhinterfragte militärische Tradition, die einem ja auch vorgeführt wird ebenso wie die durch sehr wenige Informationen neutralisierte Angst vor einem Angriff aus dem Westen, durch böse Erfahrungen verstärkt. Bei einem Krieg jedenfalls, ausgelöst durch die Angst vor einem Überfall, wird kein Russe den 'Dienst mit der Waffe für das Vaterland' verweigern...

Hertha von Klewitz



Zum Treffen am Dienstag, 16.11.82

FRAUEN FÜR DEN FRIEDEN

Wir sind Frauen aller Altersgruppen, unterschiedlicher weltanschaulicher Überzeugung, mit einem gemeinsamen Ziel: ANSTIFTEN ZUM FRIEDEN. WIR WOLLEN NICHT LÄNGER SCHWEIGEN ZUM WAHNSINN DES WETTRÜSTENS UND ZUR ZERSTÖRUNG UNSERES LEBENSRAUMES.

Frauen für den Frieden in Zehlendorf verbinden die regelmäßige wöchentliche Arbeit in Kleingruppen mit engagierter Öffentlichkeitsarbeit, die sich in verschiedenen Formen ausdrückt: Mahnwache, Info-Stände, Marktstand Waren aus der Dritten Welt, Verteilen von Flugblättern, Kontakte mit anderen Friedensgruppen, mit Menschen in unserer Gesellschaft, die politisch handeln.

Überlegungen zur Bundestagswahl

MIT DER ERSTSTIMME GEGEN DIE NATO-NACHRÜSTUNG

Trotz ihres außerparlamentarischen Charakters und gerade wegen ihrer Überparteilichkeit sollte sich die Friedensbewegung Gedanken machen, durch welches Wahlverhalten sie bei den kommenden Bundestagswahlen gegen die für 1983 geplante Nato-Nachrüstung arbeiten kann. Denn die letzte Entscheidung hierrüber wird das Parlament fällen. Es muß nicht optimal sein, Erst- und Zweitstimmen kategorischen Nachrüstungsgegnern DIE GRÜNEN zu geben. Es folgt ein Vorschlag von Michael Heimbach, durch den bewußten Gebrauch der Erststimme für alle Nachrüstkandidaten und -kandidatinnen eine indirekte Volksbefragung über den NATO-Ratsbeschuß zu erreichen.

Die Positionen der Parteien CDU, SPD, FDP und DIE GRÜNEN sind bekannt. Die Positionen der einzelnen Kandidaten stehen nur sehr bedingt zur Wahl, da die Parteien ihre Linie durch sogenannte sichere Listenplätze für getreue Gefolgsleute sicherstellen. Das Wahlverhalten breiter Schichten der Bevölkerung kommt den Parteien entgegen, wenn kritiklos und ohne auf Details zu achten beide Stimmen einer Partei gegeben werden. Nur wenige wollen wissen, was die Direktkandidaten

des Wahlkreises, die mit der Erststimme gewählt werden, zu einzelnen Sachfragen sagen.

Die Hälfte der Sitze des Bundestages wird per Erststimme direkt gewählt (Direktkandidaten). Der Kandidat mit den meisten Stimmen eines Wahlkreises gilt als gewählt. Die andere Hälfte, nochmal 248 Sitze, wird über die Zweitstimme über die Listen der Parteien gewählt. Durch die Zweitstimme wird zudem die endgültige Fraktionsstärke und somit auch der Kanzler ermittelt.

Gelingt es einer Partei, viele Direktkandidaten mit den Erststimmen in den Bundestag zu bekommen, wird die Fraktion nur noch durch wenige Parlamentarier über die Parteiliste ergänzt, da die meisten der Fraktion zustehenden Parlamentssitze bereits vergeben sind.

aus:

die tageszeitung 1.10.82

**12 Jahre alte Ostsee-Fracht-Segler "FRI" der
mit seiner 12-köpfigen Crew seit 70 für Schlag-
zeilen in Sachen Anti-Atom-Aktionen sorgt**

**Niemöller-Haus in der Pacellallee. Das Cafe im
Haus ist gemütlich und von Mo. bis Fr. von 18-22
h geöffnet.**

Der SPD wird es bei der nächsten Wahl wohl kaum gelingen, Direktkandidaten durchzubringen, wenn die Erststimmen der Nato-Nachrüstungsgegner an die Grünen gehen. Genau so wie im Parlament eine punktuelle Zusammenarbeit zwischen SPD und den GRÜNEN angestrebt werden sollte, könnte diese auch schon bei der Wahl stattfinden. Folgendes Vorgehen erscheint sinnvoll:

In jedem der 248 Wahlkreise werden Wählerinitiativen aus den Friedensgruppen heraus gebildet, die jeden zur Wahl stehenden Kandidaten der 3 Bundestagsparteien die Gret-

chenfrage nach der Nachrüstung stellen. Gibt es einen zweiten Mechttersheimer oder einen SPD-Kandidaten, der sich ohne 'wenn und aber' gegen die Nachrüstung ausspricht, erhält dieser per Erststimme die Unterstützung der Friedensgruppen.

Alle Gegner der Nachrüstung, also auch die GRÜNEN, Jusos und Judos werden aufgefordert, diesem Kandidaten die Erststimme zu geben. Gibt es keinen Kandidaten der etablierten Parteien im Wahlkreis, der sich gegen die Raketen ausspricht, sollten möglichst viele Erststimmen den Kandidaten oder die Kandidatin der GRÜNEN unterstützen, um zumindest ein politisches Zeichen zu setzen.

Wer konsequent gegen die Nachrüstung wählt, gibt seine Zweitstimme den Grünen, damit diese deutlich über die 5%-Hürde kommen. Wer Angst hat, seine Stimme zu verschenken, wenn die Grünen die 5% doch nicht schaffen sollten, wählt aus Angst vor einer CDU-Regierung mit seiner Zweitstimme die SPD.

Was wäre die Wirkung des vorgeschlagenen Wahlverhaltens?

- Für Wahlkreise, in denen CDU und SPD sehr dicht beieinander liegen, kann das oben vorgeschlagene Verhalten den Ausschlag geben.
- Indirekt wäre im Ansatz eine Volksbefragung durchgeführt.
- Die Nachrüstungsgegner in der SPD wären gestärkt.
- Ein nicht erfolgreicher SPD-Direktkandidat und Raketengegner, z.B. in Bayern, bzw. ein grüner Direktkandidat, schlosse mit einem überdurchschnittlichem Ergebnis ab. Das wäre zumindest auf lokaler Ebene ein politisches Zeichen.
- Nachrüstungsbefürworter hätten besonders schlechte Ergebnisse, auch dies könnte Auswirkungen auf lokaler (Partei-)Ebene haben.
- Der Nachrüstungsbeschluß wäre neben der Arbeitslosigkeit wichtigstes Wahlkampfthema. Inwieweit der Zusammenhang zwischen Rüstung und Arbeitslosigkeit breiten Teilen der Bevölkerung deutlich wird, sollte inhaltlich ein Ansatzpunkt für eine erfolgreiche Kampagne sein, wenn langfristig das Verhältnis der Friedensbewegung zu den Gewerkschaften eine wesentliche Rolle in der Abrüstungsbewegung spielen soll.

Michael Heimbach

amnesty international

im Martin Niemöller Haus:

allg. Bürozeiten:

MO u. Do: 10-12 Uhr

DI, MI u. FR: 17-19 Uhr

Asyl-Beratung:

MO u. DO: 18-20 Uhr

amnesty
international

831 10 46

aus: FRANKFURTER RUNDSCHAU, 23.10.82

„Wer sein Vaterland beschimpft, kann kein Ehrenbürger werden“

Endgültiger Beschluß im Westfälischen Lotte /

CDU will den „fanatischen Pazifisten“ Martin Niemöller nicht auszeichnen

Von unserer Mitarbeiterin Ingrid Müller-Münch

LOTTE, 22. Oktober. Pastor Martin Niemöller wird nicht Ehrenbürger der westfälischen Gemeinde Lotte. Mit 17 Gegenstimmen, vornehmlich der CDU, und 13 Befürwortern, meist aus der SPD-Fraktion, stimmte der Gemeinderat am Donnerstag gegen den Antrag zweier Bürger, „eine Persönlichkeit zu ehren, die stets enge Verbindung zu unserer Gemeinde, der Heimat unserer Väter, hielt und dessen Wirken Vorbildcharakter auch gerade für die Jugend hatte und hat“.

Der Sprecher der CDU unterstellte den Antragstellern in seiner Ablehnungsbegründung, daß es ihnen weniger um den Pastor, sondern um den Pazifisten Niemöller gegangen sei. Dabei dürfe man nicht vergessen, daß der ehemalige Nationalist Niemöller und treuer Offizier im Kaiserreich nun ein „fanatischer, kompromißloser Pazifist“ geworden sei, „der sein eigenes Vaterland beschimpft, bei dem man aber vergeblich nach Verurteilungen der Völkerunterdrückung und des Neokolonialismus der UdSSR sucht“.

Die im Ortsteil Wersen der Gemeinde Lotte lebenden Bürger fühlten sich nach Ansicht des CDU-Sprechers zwar geehrt dadurch, „daß Pastor Niemöller in Wersen beerdigt sein will, aber ihm deshalb die Ehrenbürgerwürde zu erteilen, widerstrebt uns“. Niemöller habe sich nicht, wie es in Paragraph 26 der Gemeindeordnung ausdrücklich für die Verleihung einer Ehrenbürgerschaft gefordert wird, um Lotte in außergewöhnlicher Weise verdient gemacht.

Der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende wies dagegen darauf hin, daß man überall dort, wo auf die Verdienste von Herrn Dr. Martin Niemöller eingegangen werde, auch auf die Heimat seines Vaters und Großvaters hinweise: „Insoweit sind die Namen Niemöller und Wersen doch eng miteinander

verbunden“, was allein — so der SPD-Redner — schon eine ausreichende Grundlage für die Erteilung der Ehrenbürgerschaft sei.

Die mit fünf Sitzen im Rat vertretenen Liberalen beschwerten sich durch ihren Fraktionsvorsitzenden über „unerträglichen Druck von außen“, der seit Bekanntwerden des Antrags auf die Gemeinderäte ausgeübt worden sei. So hatte sich Innenminister Herbert Schnoor in den Streit eingeschaltet und Lotte darauf hingewiesen, daß keinerlei formale Begründungen für eine Ablehnung geltend gemacht werden könnten.

FDP-Sprecher Steinschulte meinte in Erinnerung an den in der Vergangenheit einstimmig gefaßten Ablehnungsbeschluß des Ehrenbürgerantrags in den Ausschüssen: „Wir haben kein Rückgrat aus Pappmaché, das bei genügender Bewässerung von außen weich wird.“ Bei der anschließenden Abstimmung konnten dann die für eine Zweidrittelmehrheit notwendigen 22 Ja-Stimmen nicht erreicht werden.

Der Streit um die Ehrenbürgerschaft des Theologen Niemöller hatte seiner Heimatgemeinde Lotte scharfe Kritik aus dem In- und Ausland eingebracht. Empörte Briefeschreiber hatten den Ort als „Krähwinkeldorf“ mit kleinkariertem Denken bezeichnet. „Zutiefst entsetzt und beschämt“ zeigte sich neben anderen auch eine Pastorin über den im August einstimmig gefaßten Beschluß des Lotter Haupt- und Finanzausschusses, in dem die Meinung vertreten worden war, Martin Niemöller könne wegen seiner Mitunterschrift unter die „Stuttgarter Schuldklärung“ der Evangelischen Kirche Deutschlands nicht Ehrenbürger von Lotte werden. Mit dieser Erklärung hatte die Evangelische Kirche nach 1945 ein Schuldbekenntnis für die Zeit des Dritten Reiches abgelegt und sich beklagt, „daß wir nicht muti-

ger bekannt, nicht treuer gebetet, nicht fröhlicher geglaubt und nicht brennender geliebt haben“.

Neben ungezählten empörten Briefen aus dem gesamten Bundesgebiet waren beim Bürgermeisteramt freilich auch zustimmende Schreiben eingegangen. So hatte eine Gruppe „Freunde für sauberes Deutschland“ — wie Bürgermeister Werner Huth (SPD) dem Rat am Donnerstag vorlas — das Gemeindeparlament gelobt, daß es „das sinnlose Verlangen einiger Halbwilder“ abgelehnt habe. Auch in der Dorfkneipe äußerten sich kurz vor der Gemeinderatsversammlung Bürger an der Theke zu Niemöller mit den Worten: „Das ist auch einer von denen, die sie vergessen haben“ und meinte, „der gehört ins KZ“.

Pastor Niemöller war nach einer Karriere als U-Boot-Kommandant während des Ersten Weltkrieges Kämpfer des rechten Freikorps. In späteren Jahren zu einem entschiedenen Friedenskämpfer geworden und hatte unter Hitler sieben Jahre lang in Konzentrationslagern verbracht. Der bekannte westdeutsche Theologe war Präsident des Weltkirchenrates und oberster Dienstherr in der Hessen-Nassauischen Landeskirche gewesen. Im Verlauf seines Lebens wurden ihm zahlreiche Ehrungen im In- und Ausland zuteil.

Niemöller selbst hatte sich stets zu seiner tecklenburgischen Heimat bekannt und sich „nirgends so zu Hause gefühlt... wie in dieser Ecke meiner westfälischen Heimat, die ich seit meinen frühen Kindheitstagen kenne und liebe“. Sein Vater war Pastor des damals noch nicht eingemeindeten Wersen gewesen. Seine Großmutter hatte er dort als Jugendlicher stets besucht.

aus: Frankfurter Rundschau 19.10.82

Selbstmordversuch von Häftlingen vereitelt

In Berlin einsitzende Palästinenser sollten abgeschoben werden / Prüfung neuer Asylanträge

Fr 19.10.82

BERLIN, 18. Oktober (Reuter / dpa). Die Berliner Polizei hat am Montag einen gemeinschaftlichen Selbstmordversuch von 15 palästinensischen und libanesischen Häftlingen vereitelt, die mit ihrer Drohung, sich umzubringen, eine geplante Abschiebung nach Libanon verhindern wollten. Wie ein Sprecher der Innenverwaltung mitteilte, gelang es der Polizei, nach vierstündigen Verhandlungen Einlaß in eine von zwei Zellen zu erhalten, in denen die Abschiebehäftlinge bereits ihre Köpfe in aus Bettwäsche gefertigte und an Gitterstäben befestigte Schlingen gesteckt hatten. Die zweite Zelle habe durch die

Feuerwehr gewaltsam geöffnet werden müssen.

Nach Angaben des Sprechers wurde keiner der Häftlinge ernsthaft verletzt. Polizei und Feuerwehr hätten alle Männer rechtzeitig von den Schlingen abschneiden können. Eine anschließende ärztliche Untersuchung habe die weitere Haftfähigkeit der Gefangenen ergeben. Wie der Sprecher der Innenverwaltung sagte, sollten die betroffenen 13 Palästinenser und zwei Libanesen abgeschoben werden, da sie wegen „erheblicher Rauschgiftdelikte“ rechtskräftig verurteilt und außerdem — bis auf eine Aus-

nahme — ihre Asylanträge abgelehnt worden seien.

Die Innenverwaltung teilte weiter mit, einer Abschiebung der 15 Häftlinge stehe jetzt eine neue rechtliche Situation im Wege. Fast alle Betroffenen hätten Folgeanträge zu ihren Asylverfahren gestellt. Zur Begründung hätten sich einige Männer jetzt auf eine Verfolgung durch Falangisten, die Israelis und den syrischen Geheimdienst berufen. Vorher sei in den Asylanträgen überwiegend von „Verfolgung durch die PLO“ die Rede gewesen. Wegen der neuen Anträge sei eine schnelle Abschiebung unwahrscheinlich geworden.

Im Niemöller-Haus trifft sich regelmäßig der "Freundeskreis für die von Abschiebung bedrohten Palästinenser und Libanesen" (siehe: Termine, S.2). Interessenten sind willkommen, Kontakt über B. Voigt, Tel. 831 10 46.

Um den von der Abschiebung in den Libanon oder bereits in Abschiebehäft sitzenden Palästinensern und Libanesen mit ihren Familien helfen zu können, möglichst schnell und

unkonventionell, hat die Aktion Sühnezeichen Friedensdienste ein Sonderkonto für Spenden eingerichtet:

Aktion Sühnezeichen Friedensdienste
Konto-Nr. 895 28 14, BLZ 100700 00,
Deutsche Bank Berlin, Stichwort:
Hilfe für abschiebebedrohte Palästinenser.

Im Folgenden eine Erklärung der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste zu der geplanten bzw. bereits erfolgten Abschiebung von Palästinensern und Libanesen nach Beirut:

Eine ganze Reihe von Palästinensern und Libanesen sollen in den nächsten Tagen von Berlin (West) nach Beirut abgeschoben werden. Einer ist bereits Ende vergangener Woche abgeschoben worden; weitere am 18.10. früh. Trotz vielfältiger Proteste hält der Innensenator nach wie vor an der Absicht fest, weitere Palästinenser und Libanesen nach Beirut abzuschieben.

Jeder, der die Ereignisse im Libanon in den letzten Monaten verfolgt hat, weiß, daß eine Abschiebung nach Beirut zur Zeit einer schweren Bedrohung der Betroffenen, wenn nicht gar der Verurteilung zum Tode gleichkommt.

Deshalb protestieren wir gegen die geplanten und bereits durchgeführten Abschiebungen. Wir bitten die zuständigen Behörden, keine weiteren Abschiebungen durchzuführen.

Berlin, den 19.10.82

Mediendienst der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste

Bitte folgende Punkte beachten:

1. Bitte unbedingt Bestellnummer und Titel angeben (Absender nicht vergessen).

2. Alle Preise verstehen sich zuzüglich Porto und Verpackung. Der Mindestsatz beträgt DM 2,50

3. Der Versand erfolgt gegen Rechnung. Die Ware bleibt bis zur vollständigen Bezahlung unser Eigentum. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin (West).

4. Bestellungen aus Berlin an: Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste, Buch- und Mediendienst, Hauptstraße 1, 1000 Berlin 12, Telefon (0 30) 31 02 61.

5. Die übrigen Bestellungen an: Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste, Buch und Mediendienst, Hauptstraße 2, 3331 Beienrode, Telefon (0 53 53) 88 17.

6. Bitte denken Sie daran, daß wir uns aus Spenden finanzieren. Wir sind auf eine schnelle Bezahlung der Rechnungen angewiesen. Sollte durch den Verkauf ein Überschuß erwirtschaftet werden, so wird dieser ausschließlich für die gemeinnützige Friedens- und Versöhnungsarbeit der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste e.V. verwendet.

Neu!

Volker von Törne: Im Lande Vogelfrei - Gesammelte Gedichte, 220 Seiten, DM 19,80

Bestellnummer 5532

„Ich glaube, kein anderer seiner Generation hat den Nachlaß des Faschismus so folgerichtig beendet und so aufrichtig in die Zukunft geschrieben wie Volker von Törne. Erkenntnis, Empörung und Warnung prägten seinen Vers, bestimmten Beruf und Leben, doch hielt ihn kein retrospektives Bedauern fest. Seine Gegenwart hieß vielmehr: Glaubwürdig leben, menschwürdige Zukunft, Brüderlichkeit.“

Christoph Meckel

Christoph Heubner: Nach Hause gehen - Gedichte, 64 Seiten, DM 12,80

Bestellnummer 5535

„Nach Hause gehen“ birgt eine Reihe zerbrechlich anmutender Gedichte, die beharrlich um die Themen Faschismus und Vergangenheitsbewältigung kreisen. Viele Gedichte sind wie Aquarelle in erdigen Tönen, in wenigen Versen werden Stimmungen evoziert, Ansichten von Landschaften, Gerüche, Jahreszeiten, die trotz aller Verbrechen und Unterlassungen, trotz der Enge und Not sowie wie heiteren Widerstand und Hoffnung spürbar machen.“

Tagebuch, Wien

Johannes Herwig (Hg.): Damals verboten - heute vergessen, Texte verfolgter Schriftsteller 1933-1945, 207 Seiten, DM 8,00

Bestellnummer 5551

Das Buch enthält Texte von Schriftstellern, die 1933 bis 1945 in Deutschland verboten und verfolgt wurden, deren Werke ganz oder teilweise auf den Scheiterhaufen verbrannt worden sind. Diese Männer und Frauen blieben in Deutschland, wurden ins Exil getrieben oder kamen in Konzentrationslagern. Viele haben trotz allem weitergeschrieben, andere wurden ermordet. Es sind Texte von Schriftstellern, die aufgrund ihrer Überzeugung oder ihrer jüdischen Abstammung Opfer des deutschen Faschismus wurden: Schriftsteller, die damals verboten waren und deshalb immer noch vergessen sind - oder aber, wie zum Beispiel Brecht, Kästner, Remarque und Tucholsky, von denen heute vergessen ist, daß sie damals verboten und verfolgt worden sind.

Neu!

Frieden '83 - Taschenkalender, Herausgegeben von Alwin Meyer/Karl-Klaus Rabe, 2. Jahrgang, flexibler Plastikband, 256 Seiten, DM 8,50

Bestellnummer 6618

Die Herausgeber gehen von der Überzeugung aus, daß möglichst viele Menschen dieses Landes an der Meinungsbildung in Fragen von Rüstung und Abrüstung beteiligt werden müssen. Sie wenden sich gegen das weitverbreitete Gefühl der Ohnmacht und Resignation gegenüber dem Rüstungswahnsinn. Deshalb

enthält er - neben einem Kalendarium - Informationen über Rüstung und Abrüstung: Daten und Fakten, »Nach-Rüstung, Stichworte für die Friedensarbeit, Darstellung von Friedens- und Abrüstungsinitiativen, Karikaturen, Fotos, Gedichte und vieles andere mehr. Kurz: Ein unentbehrlicher Taschenkalender für die tägliche Friedensarbeit.

Axel Böing: Friedenserziehung: Verständigung mit Polen - Unterrichtseinheit für sieben Stunden, 47 Seiten, DM 8,80

Bestellnummer 5555

Diese Unterrichtseinheit thematisiert Etappen deutsch-polnischer Geschichte, deren Kenntnis elementar ist für das Verständnis unseres Nachbarvolkes. Es zeigt sich, daß Zusammenhänge bestehen, die sich für Jahrhunderte zurückverfolgen lassen und keineswegs zufällig sind. Die durch die Beschäftigung mit diesem Thema ausgelöste Betroffenheit unsererseits ist als konstruktive Kraft in einer Erziehung zum Frieden nicht zu unterschätzen und wird deshalb bewußt mit einbezogen. Die Unterrichtseinheit ist in der 9. Klasse einer Hauptschule erprobt, von Anlage und Inhalt her jedoch auch für andere Gruppen zu verwenden.



Neu!

Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste (Hg.): Christen im Streit um den Frieden - Beiträge zu einer neuen Friedensethik, Positionen und Dokumente, 384 Seiten, DM 18,80

Bestellnummer 5533

Die Friedensethische Diskussion in den Kirchen der Bundesrepublik hat spätestens durch den sog NATO-Doppelbeschluß eine neue Bedeutung erhalten. Der vorliegende Band gibt einen Überblick über wichtige Beiträge dieser kontrovers geführten Diskussion, die nach folgenden Gesichtspunkten zusammengestellt wurden: Bibel und Frieden - Die Bergpredigt. Eine aktuelle Auseinandersetzung - Theologische Beiträge zum Friedensauftrag der Christen - Die Stellung der Christen zur atomaren Bewaffnung - Die Friedensfrage in den Ev Kirchen der DDR - Ökumenische Dokumente - Stellungnahmen aus den Kirchen der EKD zu Frieden und Abrüstung.

Neu!

Elke Tashiro/J. K. Tashiro: Atomkrieg - Krieg ohne Ende, Minibroschüre 1, herausgegeben von Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste, 16 Seiten, DM 1,00

Bestellnummer 6625

Andere »Katastrophen« finden ihren Abschluß darin, daß Bilanz gezogen wird - es werden die Zahlen der Verletzten und Toten veröffentlicht. Es gibt diese Zahlen von Hiroshima und Nagasaki nicht, denn Atomkrieg bedeutet: Sterben ohne Ende. Wie viele Menschen starben in den Sekunden nach der Explosion, wie viele in den nächsten Wochen, Jahren, heute, morgen? Nur so kann nach einer Atombombe die Frage nach den Opfern gestellt werden. Schätzungen sagen aus, daß noch im Jahre 1945 durch die Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki 210 000 Menschen starben, bis heute sind es über 300 000. Die Zerstörungskraft der Bombe auf Hiroshima war um das 13 000fache größer als die der größten Bombe, die im Zweiten Weltkrieg auf Deutschland fiel. Dabei handelte es sich um eine vergleichsweise primitive, unter Kriegsbedingungen im Eiltempo hergestellte Bombe, die für die heutigen, 2 500fach stärkeren Atombomben nur noch als Zünder eingesetzt wird.

Christoph Heubner/Alwin Meyer/Jürgen Pieplow: Lebenszeichen - Gesehen in Auschwitz, 184 Seiten, mit 120 Abbildungen, DM 18,80

Bestellnummer 5553

Das Buch stellt die Frage, wie man inmitten dieses Todeslebens Mensch bleiben konnte - und es wagt eine Antwort. Eine Antwort in Bildern und Geschichten von Menschen, deren Schicksal erzählt wird. Das Grauen und die unbeschreibliche Erniedrigung des Menschen in einer Vernichtungsfabrik wie Auschwitz sprechen für sich und vertragen kein nachträgliches moralisches Pathos. Die Menschen, die hier selbst aus ihrer Lagerzeit erzählen oder deren Leben (und oft auch Sterben) hier erzählt wird, haben durch ihre Kunst »Lebenszeichen« gesetzt. Ich kenne in der gesamten »Literatur« über Auschwitz kein »menschlicheres« Buch als dieses, das nicht zufällig gerade von Mitarbeitern der Aktion Sühnezeichen auf diese einmalige Art und Weise zusammengestellt werden konnte.“

Junge Kirche

Alwin Meyer/Karl-Klaus Rabe: Unsere Stunde, die wird kommen - Rechtsextremismus unter Jugendlichen, 254 Seiten, mit Fotos und Dokumenten, DM 8,80

Ausgezeichnet mit dem Preis »Das politische Buch des Jahres 1982 zu dem Thema Faschismus in Gegenwart und Geschichte«.

Bestellnummer 5540

»Alwin Meyer und Karl-Klaus Rabe gehören zu den besten Kennern des rechtsextremen Lagers in der BRD. Sie haben ein differenziertes, ungemein informatives und spannend und flüssig zu lesendes Buch geschrieben. Es enthält neben einer gründlichen Darstellung und Analyse auch einen umfangreichen Teil mit Dokumenten: Flugblätter, Bilder, Programmtexte, Berichte und interne Informationen aus neonazistischen Jugendorganisationen.«

die tat

»Die bisher informativste und überzeugendste Darstellung des Rechtsextremismus unter Jugendlichen.«

Hessischer Rundfunk

Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste, Evangelische Akademie (Hg.): Der Krieg trifft jeden ins Herz - 40. Jahrestag des Überfalls auf die Sowjetunion, 68 Seiten, DM 4,00

Bestellnummer 6606

Aus dem Inhalt: Antikommunismus und Kalter Krieg - Nationalsozialistische Kriegsziele im Osten/Zur Vorgeschichte. Durchführung und historische Einordnung des »Unternehmens Barbarossa« - Die Art der Kriegsführung gegen die Sowjetunion, am Beispiel der Kriegsgefangenen - Auswirkungen des Krieges auf die UdSSR - Biblische Besinnung zum Friedensauftrag der Christen - Dokumente zur Vorgeschichte des Überfalls und zur Okkupationspolitik in der Sowjetunion.

Neu!

Karl-Klaus Rabe/Peter Schüttke: Keine neuen Atomwaffen in der Bundesrepublik - Eine Argumentationshilfe, 96 Seiten, DM 5,80

Bestellnummer 5563

Dieses Buch liefert Fakten und Argumente, die gegen den NATO-Ratschluß und für kalkulierte einseitige Abrüstungsschritte sprechen. Es soll helfen, tägliche Nachrichten der Medien in dieser Sache verständlich zu machen. Es will ein Beitrag sein für die überzeugende Stellungnahme gegen die Stationierung der US-Mittelstreckenraketen, zu Hause bei Bekannten und Freunden, am Arbeitsplatz, in der Schule und Universität, in der Kirchengemeinde, in Gruppen und Vereinen, in den Parteien unseres Landes, überall. In den Politikern muß deutlich werden, daß große Teile der Bevölkerung die atomare Aufrüstung nicht wollen und nicht hinnehmen werden.

Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste (Hg.): Aktionshandbuch 2 - Frieden schaffen ohne Waffen, 4. Auflage (bisher über 40 000 verkaufte Exemplare), 219 Seiten, DM 7,80

Bestellnummer 5501

Das Handbuch, das natürlich nicht nur für die Friedenswoche genutzt werden kann, setzt in seinem ersten Teil einen deutlichen Schwerpunkt beim »Nachrüstungsbeschluß« (- mit einer vorbildlichen klaren Darstellung der damit verbundenen strategischen und politischen Probleme!) - und versucht Klärungen des vieldeutigen und provozierenden Mottos »Frieden schaffen ohne Waffen«. Ein zweiter Teil gibt Themenvorschläge mit Aktionsbeispielen und vielen Tipps zur Durchführung (Rüstung und Arbeitsplätze,

Rassismus, Kriegsdienstverweigerung, Frauen und Militär, Ökologie und Frieden, Friedenserziehung usw.) Schließlich fragt ein dritter Hauptteil des Handbuchs: Welche Aktionsmöglichkeiten gibt es? Gerade in diesem Teil kommt die reiche Erfahrung der Autoren mit Presse, Behörden - und nicht zuletzt mit den anzusprechenden Menschen, die überzeugt und zum Nachdenken gebracht werden sollen, zur Geltung. Besonders hingewiesen werden soll noch auf die reichen Materialhinweise und vielen Adressen zur Friedensarbeit, die sich in diesem wirklichen »Aktionshandbuch« finden. Alles in allem: eine große Hilfe für alle Friedensarbeiter und solche, die es werden wollen. »Junge Kirche Neu!

Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste (Hg.): Aktionshandbuch 3 zur bundesweiten Friedenswoche Frieden schaffen ohne Waffen, 200 S., DM 7,80

Bestellnummer 5500

Mit dem jährlich erscheinenden Aktionshandbuch versucht die Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste, die Aufgaben, die sich der Friedensbewegung 1982 stellen, zu beschreiben und konkrete Argumentationshilfen und Aktionsbeispiele sowie Medien- und Literaturtipps zu liefern. Themenschwerpunkte des Aktionshandbuchs 3 sind u.a. Neue US-Mittelstreckenraketen - Kalkulierte einseitige Abrüstungsschritte - Verbot von Rüstungsexporten - Atomwaffenfreie Zonen vor der Haustür - Friedensbewegung und »Dritte Welt«. Wie immer: die Artikel sind knapp geschrieben, zeigen Handlungsmöglichkeiten auf und sind voll von Hinweisen für die Friedensarbeit vor Ort.

Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste, Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (Hg.): Bonn 10. 81. Friedensdemonstration für Abrüstung und Entspannung in Europa, Reden, Fotos ..., 224 Seiten, 2. Auflage, DM 9,80

Bestellnummer 5502

Bonn 10. 81: Über 300 000 Menschen demonstrierten für Abrüstung und Entspannung in Europa. Es beteiligten sich Frauen und Männer, Junge und Alte. Wähler aller Parteien, Anhänger unterschiedlichster Weltanschauungen und Mitglieder von mehr als 1000 Organisationen. Sie alle waren dem Aufruf »Gegen die atomare Bedrohung gemeinsam vorgehen« der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste und der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden gefolgt. Das vorliegende Buch dokumentiert anhand von Reden, Stellungnahmen, Presseberichten und Fotos die Friedensdemonstration vom 10. 81.



Neu! Volkmar Deile (Hg.): Zumutungen des Friedens - Kurt Scharf zum 80. Geburtstag, 288 Seiten, DM 10,80

Bestellnummer 6619

Dieses Buch ist einem Thema gewidmet, das das Leben von Kurt Scharf, dem ersten Vorsitzenden der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste, kontinuierlich durchzieht: dem des Friedens. Scharf ist ein Mensch, der immer und in den Brennpunkten der Zeit stand, der mutig und wahrhaftig vor der Gestapo die Sache seiner verhafteten Brüder vertrat, der als brüderlicher Bischof selbstlos und schutzlos die Note seiner Kirche »getragen hat und weiter trägt. Das Buch enthält neben einem längeren Interview mit Kurt Scharf Beiträge von führenden internationalen Vertretern der Kirchen.

F 3

Protokoll der Hausversammlung des Friedenszentrums M.-Niemöller-Haus am 24. 11. 82

Anwesende: Klaus Abrahamson, ai; Ulli Berndt, Harald Wernicke, Gemeinde Dahlem; Dagmar Gerloff, Theatergruppe; Gerti Graff, Café; Michael Heimbach, Armin Reichert, WG u. ASF; Joachim Könnig, Freundeskreis; Horst Kreil, DFG; Christina Schirmer, ORL; Claus-Dieter Schulze, Verein zur Unterstützung argentinischer Flüchtlinge; Hanno Ulrich.

TOP 1: Kirchentag Hannover, 8.-12. 6. 83

Michael verliest das Informationsbulletin. Frage an alle Gruppen: Wer macht mit unter dem Dach des FZ beim "Markt der Möglichkeiten"? Entsandt werden sollen 10 Teilnehmer. Anmeldetermin spätestens März.

Für die organisatorische Vorbereitung ist ad hoc eine 3-köpfige Kerngruppe zu bilden. Sofort zugesagt haben Claus-Dieter Schulze und die WG mit einem ihrer Mitglieder. Es fehlt also noch der 3. Mann. (Vielleicht hat er sich inzwischen schon gemeldet!?)

TOP 2: Zusammenarbeit BAZ - Friedenszentrum

Leider hat sich seit der letzten Hausversammlung (10.11.) außer Bärbel Barteczko von der Gossner Mission niemand weiter dazu bereit gefunden, der Einladung vom BAZ für den 30. 11. zu einer Diskussion über mögliche Zusammenarbeit Folge zu leisten. Von den Anwesenden wird zwar die Wichtigkeit dieses Treffens anerkannt, aber durch die Häufung von Terminen an diesem Tage kann niemand eine verbindliche Zusage geben. Vielleicht schafft es Armin, sich noch für diesen Abend freizumachen.

TOP 3: Zusammenarbeit Friedenszentrum - Gemeinde Dahlem

Harald Wernicke stellt zur Diskussion, inwieweit engere Kontakte zwischen den verschiedenen Gemeindegruppen und dem FZ ermöglicht werden könnten, da nach außen hin der Eindruck besteht, daß Gemeinde und FZ aneinander vorbeileben. Wenn es gelänge, die maßgeblichen Mitarbeiter in den einzelnen Gemeindegruppen für die Arbeit des FZ stärker zu interessieren, müßte es auch möglich sein, diese Gruppen selbst hin und wieder ins FZ einzuladen.

Diese Darstellung wurde von Claus-Dieter Schulze und Gerti Graff teilweise dahingehend korrigiert, daß durchaus Gemeindemitglieder schon häufig im FZ zu Gast sind. Doch sicherlich wird dieser Punkt weiterhin ein Thema bleiben, das uns auch beschäftigen sollte.

TOP 4: Bibliothek und Mediothek

Hanno Ulrich erläuterte seine Vorstellungen bzw. Alternativen zum Aufbau der Bibliothek ausführlich. Doch eine Ausstattung, die z.B. der einer öffentlichen Bibliothek entsprechen würde, verbietet sich schon allein aus Raum-, Personal- u. Kostengründen, wurde in der Diskussion festgestellt. So kommt eigentlich nur die als 1. Alternative von Hanno zur Wahl gestellte Hausbibliothek (Umfang etwa 100-150 Bände, vorwiegend wichtige Nachschlage- und Handbücher) infrage, ergänzt möglichst durch Kataloge öffentlicher Bibliotheken zum Thema Friedensliteratur. Als wichtig wegen des Aktualitätswertes wird auch der lfd. Bezug einiger Zeitschriften angesehen.

Zur Einleitung der notwendigen Arbeiten hat sich eine Arbeitsgruppe gebildet bestehend aus Hanno Ulrich, Ulli Berndt und einem Mitglied der WG. Das erste Vorbereitungstreffen findet am Do., d. 2. 12., um 11 Uhr im FZ statt.

TOP 5: Seminar "Argumente zur Friedensfrage"

Claus-Dieter Schulze teilt mit, die Vorarbeiten seien so weit gediehen, daß im Jan. mit dem Seminar begonnen werden kann. Die Veranstaltungen finden in der Zeit vom 13. 1. bis zum 17. 3. jeweils Donnerstag um 20 Uhr im FZ statt. Zusätzliche Sondertermine sind Sa., d. 21. 1., und Sa./So., d. 12./13. 3.

TOP 6: Ausstellung des Anne-Frank-Hauses, Amsterdam, zum Thema "Faschismus - Neofaschismus"

Die Ausstellung soll am 30. 1. durch den Leiter des Anne-Frank-Hauses eröffnet werden. Begleitende Gesprächsabende sind geplant. Themenvorschläge von Gruppen des FZ sind zu richten an Claus-Dieter Schulze oder Helmut Essinger (Café). Welche Gruppen sind bereit, Patenschaften zur Betreuung der Ausstellung für je 1 Monat zu übernehmen? Es wurden Vorschläge gemacht, unter dem Faschismus diskriminierte Minderheiten - neben der größten Gruppe, den Juden - wie z.B. Sintis, Zeugen Jehovas, Homosexuelle anzusprechen und einzuladen. Darüber soll auf der nächsten Hausversammlung am 8. 12. noch ausführlicher gesprochen werden.

TOP 7: Verschiedenes

Es wurde einstimmig beschlossen, der Anregung der Friedensinitiative Zehlendorf zu folgen und das FZ zur atomwaffenfreien Zone zu erklären.

Der Aufruf der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste zum 50. Jahrestag der nationalsozialistischen Machtergreifung soll unterstützt werden. Näheres darüber wird noch bekanntgegeben.

Am 3. Adventsonntag um 18 Uhr findet in der Dahlemer Jesus Christus-Kirche ein gemeinsamer Gottesdienst aller evang. Studentengemeinden Berlins aus Anlaß des 3. Jahrestages des Nato-Doppelbeschlusses sowie um 20 Uhr eine Diskussion zu diesem Thema statt.

Wichtig und erfreulich: Das FZ verfügt jetzt über einen Dia-Projektor mit Leinwand und Vorführstisch zum Gebrauch bei Veranstaltungen im Hause.

Die nächste Hausversammlung findet am Mittwoch, d. 8. 12., um 20 Uhr statt.

F. d. R.:

Joachim Könnig



Protokoll der Hausversammlung des Friedenszentrums Martin-Niemöller-Haus
am Mittwoch, d. 10. 11. 82

Bä Ba
EINGESANDTEN
16. NOV. 1982

Anwesende: Klaus Abrahamson, a.i.; Ulli Berg, Gemeinde Dahlem; Gerti Graff, Joachim Könning, Freundeskreis; Michael Heimbach, Bernhard Krane, WG u. ASF; Fritz Plehn, DFG/VK; Torsten Schramm, Versöhnungsbund; Ulli Sonn, ASW; Hille Richers, WG; Hanno Ullrich.

TOP 1 : Hausversammlung

Nach kurzer Diskussion wurde beschlossen, es beim Mittwoch in zweiwöchentlicher Folge zunächst bis zum Ende dieses Jahres zu lassen. Nächster T. ist der 24. 11., 20.00 Uhr.

TOP 2: Kurzinfo über die Organisationen und Gruppen des Friedenszentrums

Der Entwurf dafür ist fertig. Einsendungen lagen nur von 2 Gruppen vor. Deshalb wurde größtenteils auf kurze Auszüge aus der großen Information zurückgegriffen. Zunächst ist nur eine kleine Auflage geplant.

TOP 3: Bibliothek

Vorlage Horn
Hanno Ullrich erklärt sich dazu bereit, den Aufbau einer Bibliothek und Mediothek verantwortlich zu übernehmen, setzt dabei jedoch eine enge Kooperation und Abstimmung mit den beteiligten Gruppen voraus und würde sich die Arbeit an dieser Aufgabe als eine gemeinsame Aktivität wünschen. Er macht den Vorschlag, in der nächsten Hausversammlung den Entwurf eines Konzeptes und der Struktur der Bibliothek vorzulegen. Aus diesem Anlaß sollten bei der nächsten Hausversammlung viele Teilnehmer anwesend sein.

TOP 4: Zusammenarbeit BAZ - Friedensbewegung

Bä Ba
Das BAZ hat uns zu einer offenen Diskussion über mögliche Zusammenarbeit für den 30. 11. eingeladen. Wer geht hin? Bitte, Elmer Schwalbach (ASW) ansprechen! Bis jetzt hat sich nur Bärbel Barteczko (Gossner Mission) dafür angemeldet.

TOP 5: Einladung der Ev. Kreuzkirchengemeinde Schmargendorf zur Teilnahme an einer Podiumsdiskussion über die Friedensbewegung am 16. 11., 20 Uhr. Fritz Plehn, DFG/VK, hat es übernommen, das Friedenszentrum auf dieser Veranstaltung zu repräsentieren.

TOP 6: Termine

Am 26. 1. 83 soll die nächste Mitgliederversammlung stattfinden, bitte vormerken!

Am 30. 1. 83 wird im Niemöller-Haus eine vom Anne-Frank-Haus gestaltete Ausstellung über das Thema "Neofaschismus in Europa" eröffnet, die voraussichtlich bis zum 20. 7. 83 bleiben wird.

TOP 7: Neuerungen im Haus

Ab sofort steht ein Telefonapparat im Café, so daß auch nach 19.00 Uhr, d.h. also wenn das Büro geschlossen ist, Anrufe angenommen werden können. Allerdings kann nicht vom Café aus telefoniert werden.

Ergänzend zu dieser Einrichtung wird seit dem 11. 11. ein Anrufbeantworter eingesetzt, der tagsüber bis 17.00 Uhr eingeschaltet ist.

TOP 8: Praktische Hausdienste

Alle das Niemöller-Haus nutzenden Gruppen werden dringend aufgefordert, sich im 1- oder 2-wöchentlichen Turnus an den praktischen Hausdiensten (Telefondienst, Besucherempfang, Säubern usw.) zwischen 17 und 19 Uhr einmal zu beteiligen. Auch dies ist ein Teil unserer Friedensarbeit. Außerdem ist es nicht auf Dauer zumutbar, alles den Mitgliedern der WG aufzuhalsen.

TOP 9: Ein von Claus-Dieter Schulze unterzeichneter Brief des Friedenszentrums an den Gemeinderat von Lotte wegen der Ablehnung der Ehrenbürgerschaft Martins Niemöllers wurde abgeschickt. Eine Kopie wird im Schaukasten ausgehängt.

f. d. R.

Joachim König

Friedenszentrum

Martin Niemöller Haus e.V.

Info: Dezember 1982

Pacelliallee 61
1000 Berlin 33
Tel. 030-832 54 97

Mo-Fr: 17-19 Uhr



EINGESANGEN

- 7. DEZ. 1982

Erledigt

Der Katalog erscheint:

Zur mündigen Gemeinde

Endlich kommt der Katalog für die Ausstellung "Auf dem Weg zur mündigen Gemeinde" heraus. In mühseliger Kleinarbeit haben wir ihn erstellt, und ihr könnt ihn nun zu Weihnachten für DM 16,--

kaufen. Da die Ausstellung nach Westdeutschland reist, ist es gut, wenn wir uns anhand des Katalogs noch einmal erinnern können. Entsprechend dem Titel ist auch der Katalog in erster Linie von Laien gemacht worden. Dieses "Gemeinschaftswerk" ist wie die Ausstellung der Versuch, unsere heutige Arbeit im Niemöller-Haus mit der Geschichte als fortwirkender Realität zu verknüpfen und damit uns selbst auch der Gemeinde verständlicher zu machen. Wir wünschen euch damit einige nachdenkliche Stunden über Gestern, Heute und Morgen und seine Forderungen an uns....

SPENDENAUFTRUF! WIR BRAUCHEN GELD

An alle Freunde des Hauses möchten wir die Bitte richten, dem Haus für seine verschiedenen Aktivitäten zu Weihnachten (solange das Weihnachtsgeld noch nicht gestrichen ist...) reichlich zu spenden. Das Geld kann ohne besonderen Angaben überwiesen werden, aber auch mit einer direkten Anweisung versehen sein, welchem Zweck es zugeführt werden soll.

POSTSCHECKKONTO NR 67 132-105
PSCH - AMT BLNW

Versuch einer Bilanz...

Als "Libero" in der Friedensbewegung, d.h. als einer, der überall mitmacht, wo es ihm nötig erscheint, aber nicht fest organisiert ist, frage ich nach dem ersten Jahr Friedenszentrum Martin-Niemöller-Haus: Was ist erreicht worden, wo sind unsere Stärken, wo sind unsere Schwächen? Sicher ist eine stärkere Koordinierung der Arbeit der verschiedenen Organisationen erreicht worden, aber sind wir auch aus unserem "Friedensghetto" herausgekommen, ist es uns gelungen, andere Menschen für die für uns alle schicksalhaften Fragen zu interessieren?

T E R M I N E :

MO, 6.12.82
MO, 13.12.82
MO, 20.12.82 jew. 19.00 Uhr

Beratung für Kriegsdienstverweigerer, Veranstalter: DFG/VK

MO, 6.12.82 20.00 Uhr
DFG/VK-Gruppenabend: Aktionen am 12.12.82 anläßlich des 3. Jahrestages des NATO-'Nachrüstungsbeschlusses'

DI, 7.12.82 20.00 Uhr
Frauen für den Frieden: Gruppenabend

FR, 10.12.82 19.30 Uhr
Gedichte zum Thema 'Krieg und Frieden: Veranstalter: AG Kunst und Frieden u. AK Atomwaffenfreies Europa

MO, 13.12.82 20.00 Uhr
DFG/VK-Gruppenabend: Grüner Parlamentarismus und die Friedensbewegung

MO, 20.12.82 20.00 Uhr
DFG/VK-Gruppenabend: Weihnachtsfeier im Friedenszentrum

DO, 23.12.82 18.00 Uhr
AK 'Machtlose Kristen': Theologie und Anarchismus. Interessenten sind herzlich eingeladen

(Frtsg. v. S.1)

Beim Nachlesen der Veranstaltungspläne meint man, es wäre mancherlei passiert. Gleichwohl müssen wir uns die Frage stellen, ob wir nicht in Gefahr sind, zu einer Art "Friedenskränzchen" zu verkommen. Man liest von Friedensfesten, Friedenssingen, Friedensessen, ja sogar Friedenskuchen und fragt sich, was das mit dem Ernst der gegenwärtigen Situation noch zu tun hat. Wichtiger wäre es, auf andere Menschen zuzugehen, sich mit ihnen herumzustreiten und uns auch auf das vorzubereiten, was mit der neuen Regierung 1983 ganz gewiß auf uns zukommen wird.

Dazu gehört auch geistige Vorbereitung. Eine davon ist die vom Internationalen Versöhnungsbund initiierte Schweigestunde für den Frieden, die regelmäßig jeden Freitag von 18 - 19 Uhr vor der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche - inzwischen auch an zwei anderen Orten der Stadt - abgehalten wird, und die im Zusammenhang mit der großen Reagan-Demonstration im Sommer zu einer 24-stündigen Mahnwache ausgeweitet wurde.

Aber auch die aktivere Vorbereitung sollte nicht vergessen werden. Wir machen jetzt schon darauf aufmerksam, daß ab Januar 83 ein Argumentationstraining abgehalten wird im Haus, anberaumt auf 10 Sitzungen, das die Teilnehmer befähigen soll, sich mit Fakten bekanntzumachen, die die Argu-

mente stützen sollen und dadurch eher Außenstehende zu überzeugen.

Was noch fehlt, ist Training in zivilem Ungehorsam (wie es in Großengstingen gehandhabt wurde), worauf wir absolut unvorbereitet sind. Nicht vergessen: Die Schwierigkeiten kommen erst...

Hertha v. Klewitz

Ehrung für Niemöller

Der Rat des Dorfes Latte hat es mit bürgerlicher Mehrheit abgelehnt, Martin Niemöller zum Ehrenbürger zu wählen. Provinziell, werden die Berliner denken. Aber es gibt in Berlin einen ähnlichen Vorgang. Nach dem Kriege sollte die Cecilienallee in Dahlem, in der das Pfarrhaus stand, in dem Niemöller gelebt und gekämpft hatte und wo er von der Gestapo verhaftet worden war, in Niemöllerstraße umbenannt werden. Ein Antrag der Kirchengemeinde Dahlem scheiterte jedoch am Widerstand, vor allen Dingen der Zehlendorfer CDU. Stattdessen wurde die Straße Pacelliallee genannt. Ohne dem späteren Pius XII. nahe treten zu wollen, war dies doch wohl ein Akt bürgerlichen Ressentiments gegen den Mann des Schuldbekenntnisses. Aber würde die Entscheidung heute anders lauten? Man stelle sich vor, Vogel stellte für die SPD-Fraktion den Antrag, Niemöller in Berlin zum Ehrenbürger zu machen. Würden Diepgen und Vetter sich nicht genauso verhalten wie die Ratsherren in Latte?

R. v. Wedel, Berlin-Schmargendorf

tagesspiegel 31.10.82

Am 14. 11. 82 war Tony Watkins, Direktor der interkirchlichen Friedensorganisation "Clergy and Laity concerned" (CALC) im US-Staat Utah im Friedenszentrum zu Gast und hielt im Gemeindehaus Thielallee 1 -3 einen Vortrag über die "Nuclear Weapons Freeze Campain" in den Vereinigten Staaten.

Die geistigen Wurzeln der Freeze-Bewegung gehen zurück auf die Bürgerrechtsbewegung und die Anti-Vietnam-Bewegung. Martin Luther Kings berühmtes Wort von 1967 über die "noch mögliche Wahl der Menschen zwischen Leben und gewaltsamer Selbstzerstörung der Menschheit" wird als Beginn der Bewegung angesehen. Er forderte damals im Interesse aller Menschen eine übergreifende, ökumenische Solidarität aller, um zu einer Versöhnung der Völker zu gelangen.

Watkins stellte seinem Bericht Johannes 1 voran: "Gott ist Liebe, und wer in der Liebe bleibt, der bleibt in Gott und Gott in ihm", das nicht nur als Vision, sondern als Entwurf und Aufgabe aller Menschen.

Die Freeze-Bewegung, ursprünglich eine "grüne Bewegung" ("Grassroots") mit stark pragmatischem Akzent geht davon aus, daß, wenn wir nichts tun, diese Erde aufhören wird zu existieren... Die Raketen vor der Tür ebenso wie die unbestimmte Angst der Menschen vor einem - uns von den Militärs als begrenzt bezeichneten - Atomkrieg, hat dazu geführt, daß diese neue Bewegung von fast allen Schichten, vor allem auch von der eher konservativen Mittelschicht Nordamerikas getragen wird. Selbst Reagan, so meinte Watkins augenzwinkernd, würde dieser Bewegung beitreten, wenn, ja, "wenn die Gleichheit der nuklearen Bewaffnung mit den Russen erreicht wäre..." Man fordert einen allgemeinen Rüstungsstopp für sämtliche Atomwaffen, keinerlei Weiterentwicklung sowie ein Ausfuhrverbot für A-Waffen.

Bei den letzten Kongreßwahlen brachte das beigefügte Referendum über den Freeze-Vorschlag immerhin 70 Prozent Ja-Stimmen. Im kommenden April erhofft man sich eine noch größere Mehrheit, so daß man dann auch Abgeordnete für den Vorschlag werben kann.

In der Diskussion wurde auch über den Expansionsdrang des atheistischen Kommunismus gesprochen. Watkins gab sehr prä-

zise Zahlen über Aggressionskriege der Supermächte, die nicht zugunsten des "christlichen Westens" ausfielen.

Wenn man die Weiterentwicklung der US-Verteidigungspolitik mit ihren Plänen für die Stationierung neuer Interkontinentalraketen mit der zynischen Namensgebung "Peacemaker" freilich beobachtet, das Unterlaufen schon bestehender Abkommen über Stationierung durch eine andere Art der Verbunkerung, dann fragt man sich, wohin diese Entwicklung führen soll. Einzelgespräche der Großen über Fehlermöglichkeiten, die durch technische Mängel zur Auslösung einer Katastrophe führen könnten, sind zwar ein kleiner Hoffnungsschimmer, aber im ganzen kann man Jonathan Schells Satz nur unterstreichen "Wir müssen einander lieben oder sterben..."



Wichtig ist, daß die neue Bewegung nicht bei der Abrüstungsfrage stehenbleibt, sondern auch zu einer anderen, differenzierteren Definition von Frieden gelangt. Frieden nicht nur als Abwesenheit von Krieg, sondern auch als Gerechtigkeit für alle muß die Frage nach der rechten Brüderlichkeit ebenso beinhalten wie die Frage nach dem rechten Umgang mit der uns anvertrauten Schöpfung.

Anarchismus und Theologie

Zu regelmäßigen Treffen kommt seit Oktober der neugegründete Arbeitskreis 'Anarchismus und Theologie' im Martin-Niemöller-Haus zusammen. Unter dem Titel 'Machtlose Kristen' schrieb die Gruppe uns eine kurze Selbstdarstellung. Interessierte sind herzlich eingeladen. Treffen im Dezember am 23.12.82 um 18 Uhr (Donnerstag).

Anarchismus! Die einen identifizieren ihn mit Terrorismus, andere mit Chaotismus. Wieder andere argwöhnen theorie- und damit letztlich wirkungslose Revolutionsromantik.

Wenige wissen Genaueres. Unter den Linken stellten die Anarchisten häufig die Ketzerbewegung dar. Sie wurden von Marxisten und Sozialdemokraten gleichermaßen unterdrückt (und gefürchtet!).

Wir wollen mehr über sie erfahren; ihre Geschichte kennenlernen, ihre Theorie und Praxis. Wir wollen sehen, was wir von ihren Erfahrungen lernen können und ob sie uns bei der Bewältigung unserer Probleme nützlich sind mit ihren politischen und ökonomischen Strategien.

Das soll uns auch helfen, 'Anarchistisches', d.h. grundsätzlich herrschaftskritisches in der christlichen Tradition aufzuspüren und in der Kirche heute zur Sprache zu bringen.

Für den Januar planen wir, in bescheidenem Rahmen - doch mit hoffentlich unbescheidenen Inhalten, eine Art Tagung zu all diesen Fragen.

Unser Arbeitskreis trifft sich immer am letzten Donnerstag im Monat im Martin-Niemöller-Haus. Kontakt: Meike Völker, 782 35 47 und Horst Kirchmeier, 692 93 40. Wer Interesse hat, bei uns mitzumachen, ist herzlich willkommen.

Initiative Martin-Niemöller-Friedenszentrum

Ein Pfarrhaus wurde „umgerüstet“

Was kann man aus einem leerstehenden Pfarrhaus alles machen? In Berlin-Dahlem hatte die dortige evangelische Gemeinde vor einigen Jahren dieses Problem. Ein Käufer hätte sich gewiß finden lassen, für die schöne Villa im englischen Landhausstil, geradezu idyllisch gelegen im vornehmsten Bezirk von West-Berlin. Die Dahlemer Gemeinde hatte allerdings nicht den vorbildlichen Bewohner ihres Pfarrhauses vergessen: Martin Niemöller. Er wirkte hier, bevor er 1937 ins Konzentrationslager gesteckt wurde. Sein Name wurde als aktuelle Verpflichtung empfunden, heute ein Stück weit „Bekennende Kirche“ zu leben. Das heißt für die Gemeinde: Heute müssen Alternativen gefördert werden, die eine neue Sicherheits- und Friedenspolitik anstreben, sowie jene Bewegungen, die für eine gerechte Beziehung zwischen Nord und Süd eintreten.

Im Mai 1980 hat der Gemeindekirchenrat definitiv entschieden, das Pfarrhaus zum „Martin-Niemöller-Friedenszentrum“ umzugestalten. Um solche „Politisierung kirchlicher Räume“ durchzusetzen, brauchten die Engagierten viel Durchsetzungsvermögen gegenüber konser-

vativ-ängstlichen Gemütern in der Gemeinde.

Schon nach dem zweijährigen Bestehen des Martin-Niemöller-Hauses kann man sagen: Wer in West-Berlin an Friedensarbeit interessiert ist, denkt „wie von selbst“ ans Friedenszentrum in Dahlem; ein neuer Mittelpunkt für die Friedensbewegungen wurde geschaffen, eine zentrale Begegnungsstätte für alle Engagierten.

Vier unterschiedliche Gruppen, amnesty international, der Dritte Welt-Laden, die Deutsche Friedensgesellschaft (DFG-VK) und das Institut für Friedensarbeit haben hier ihre regionalen Büros: Sie bieten in den zahlreichen Zimmern Beratung, Information und Seminare an. Wer sich noch unverbindlich über Frieden und Abrüstung informieren will, kann einfach mal im Café vorbeischaun, das von Montag bis Freitag ab 18 Uhr geöffnet ist (Sonntag ab 16 Uhr). Gemeindemitglieder kümmern sich um den Café-Betrieb, sie können ihren Gästen „so nebenbei“ von ihrem eigenen Friedens-Engagement erzählen. Solch persönliches Werben für den Frieden ist wohl wirksamer als nur-kopflastige Seminare.

Um die inhaltlichen Schwerpunkte der großen öffentlichen Veranstaltungen kümmert sich der Verein der Freunde des Martin-Niemöller-Hauses: Dazu gehören die Aktion Sühnezeichen, Ohne Rüstung leben, der Versöhnungsbund, die Evangelische und Katholische Jugend in Berlin und die Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt. Insgesamt tragen 24 verschiedene Gruppen und Organisationen — auch finanziell — das Friedensprojekt in Dahlem. Dies hat zumindest für die Gruppen selbst den Effekt, daß sie ihre eigenen Aktivitäten viel stärker koordinieren können: Das unüberschaubare Nebeneinander vieler aktiver Kreise kann also überwunden werden. Um die praktischen Belange im Haus (Hausmeister-Aufgaben) kümmert sich eine Wohngemeinschaft von vier ehemaligen Freiwilligen der Aktion Sühnezeichen: Sie wollen als engagierte Wohngruppe dafür sorgen, daß niemals sterile „Tagungsatmosphäre“ entsteht, sondern immer der Wohnhaus-Charakter erhalten bleibt.

Christian Modehn
Kontaktanschrift: Friedenszentrum Martin-Niemöller-Haus, Pacelli-Allee 61, 1000 Berlin 33, Tel. 0 30 / 8 32 54 97 (ab 17.00 Uhr).



März 1981

Aufruf zur 2. Aktion »Fasten für den Frieden«

Die guten Erfahrungen, die von vielen Gruppen mit der Fastenaktion 1980 gemacht wurden (siehe Dokumentation: Fasten für den Frieden – Karwoche 1980), ermutigen uns, für die diesjährige Karwoche (etwa von Gründonnerstag, 16. April bis Ostersonntag, 19. April) erneut zu einem »Fasten für den Frieden« aufzurufen.

Fasten bedeutet für uns in der Tradition der christlichen Kirche:

- Nachfolge auf dem Kreuzweg Jesu. »Um mit mir und meiner Ohnmacht nicht allein zu bleiben, wende ich mich an Jesus, der den Ohnmächtigen die Macht der Liebe gibt« (Ökumenischer Jugendkreuzweg Düsseldorf). In der Meditation der Stationen des Kreuzwegs Jesu erfahre ich die Kraft, die aus der Schwachheit kommt.
- Solidarität mit den Hungernden. Frieden ist unlösbar verbunden mit Gerechtigkeit. Fasten heißt so: auf das Überflüßdenken verzichten, Bereitwerden zum Teilen.
- Befreiung von Bindungen, die uns fesseln. Wo immerwährendes wirtschaftliches Wachstum als unabdingbar für das Wohl der Menschen gesehen wird, wird »Immer mehr haben müssen« zum Gesetz, das unsere Lebensmöglichkeiten einengt. Fasten kann uns das Leben in seiner ganzen Fülle neu erschließen.
- Hoffnungszeichen für das Kommen des Reiches Gottes. »Es kommt die Zeit, in der die Träume sich erfüllen: wenn Friede und Freude und Gerechtigkeit die Kreatur erlöst, dann gehen Gott und die Menschen Hand in Hand.« (Berhard Schnath) Fasten für den Frieden ist Einübung und zeichenhafte Vorwegnahme eines Lebens in Frieden und Gerechtigkeit für alle Menschen.

Wir verbinden mit dem Fastenaufwurf in diesem Jahr die **dringende** Bitte um eine intensive inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Nachrüstungsbeschluß der NATO vom Dezember 1979, sowie den daraus resultierenden Folgen.

Daran anschließen könnte sich eine Aktion, wie sie die Stuttgarter Regionalgruppe vorschlägt (s.u.). Grundsätzlich sollte sich jede Gruppe darüber verständigen, ob sie ihrer Fastenaktion einen mehr öffentlich-demonstrativen oder einen mehr kontemplativen Charakter geben will.

7 Anregungen für die Vorbereitung und Durchführung der Fastenaktion:

1. Überlegt Euch möglichst frühzeitig in Eurer Regional- oder Projektgruppe, wo und wie Ihr Eure Fastenaktion durchführen wollt.
2. Setzt Euch mit interessierten anderen Friedens-, Dritte Welt- oder Ökologiegruppen in Verbindung.
3. Sucht für diese Vorhaben andere wichtige Personen und Gruppen aus Eurer Kirchengemeinde mit einzubeziehen (z.B. ältere Jugend-

gruppen, Frauenkreis, Kirchenchor, Posaunenchor usw.). Auch Leute, die beim Fasten selbst nicht mitmachen können, sind zur Vorbereitung willkommen.

4. Geht mit Eurem Konzept zu Eurem Gemeindepfarrer bzw. Kirchengemeinderat und bittet ihn um Ermöglichung der Durchführung in der Kirche bzw. in den Gemeinderäumen. Die Fastenaktion sollte möglichst gemeindenah durchgeführt werden, d.h. Gemeindeglieder sollten die Möglichkeit haben, dazuzustoßen, sich zu informieren, zu diskutieren usw.

5. Überlegt Euch Möglichkeiten der Mitwirkung in den Passions- und Ostergottesdiensten der Gemeinde (Gesang, Gebet, Spiel, Pantomime, AV-Medien, Plakate, Ausstellung, Schriftenstisch, Aktion). Ihr könnt auch anbieten, zusätzliche Meditationen, Andachten o.ä. zu gestalten. Besonders eignet sich dafür der Karsamstag. Eine festlich gestaltete Osternachtsfeier könnte ein Höhepunkt sowohl der Fastenaktion wie auch der Gemeindegottesdienste sein.

6. Plant sowohl gemeinsam zu verbringende Zeiten wie Möglichkeiten des Alleinseins in Eurer Zeit- und Raumkonzept ein. Allerdings sollte nicht die Form den Inhalt, sondern der Inhalt die Form bestimmen. Das heißt in der Art der Durchführung darf nie ein wie auch immer gearteter psychischer Zwang aufkommen. Das gilt sowohl für die Art des Fastens (völliger oder teilweiser Essensverzicht, Rauchen-Nichtrauchen usw.), wie auch für die Durchführung des vorbereiteten Programms. Jeder einzelne soll die innere Freiheit behalten, selbst zu entscheiden, wie weit er mitmachen kann. Die Gemeinschaft sollte ihn nötigenfalls eher bestärken das Fasten abubrechen (etwa aus gesundheitlichen Gründen) als um jeden Preis weiterzumachen. Das Fasten hat den Frieden nicht nur zum Ziel, es soll auch Ort des Friedens sein.

7. Versorgt Euch rechtzeitig mit allem nötigen Material (eventuell noch Gründonnerstag morgens). Außer Luftmatratzen und Schlafsäcken sind für die Durchführung sinnvoll:

- Bücher, Zeitungen und Zeitschriftenartikel zum Thema (siehe auch Materialangebot)
- Papierrolle, bzw. Plakate und Filzstifte
- Musikinstrumente und Liedertexte
- friedenspädagogische Spiele (z.B. NATO-Spiel zu beziehen vom »Verein für Friedenspädagogik Tübingen e.V.« Seelhausgasse 3, 7400 Tübingen 1, Telefon 070 71/44 01)
- AV-Medien
- Material für kreatives Gestalten (Kartons, Kerzen, Farben, Schminke usw. und das dazugehörige Handwerkszeug)
- Tassen bzw. Gläser zum Trinken, Kocher, Tee, Mineralwasser, Obst- und Gemüsesäfte (wichtig: 2-3 Liter Flüssigkeit am Tag sind unbedingt notwendig, um gesundheitliche Schäden zu vermeiden!)

- eventuell Karsamstag: Einkauf von Brot oder Reis für die Osternachtsfeier bzw. Frühstück (nicht zuviel!)

Jutesack-Aktion (Vorschlag der Stuttgarter Regionalgruppe)

In der Bibel wird uns im Buch Jona von dem drohenden Untergang der Stadt Ninive berichtet. Sie ist auf Grund ihrer bösen Taten von Gott zum Untergang bestimmt, soll aber gerettet werden, wenn sie zur Umkehr bereit ist. Der Prophet Jona ist der Überbringer dieser Botschaft Gottes.

»Noch vierzig Tage, spricht der Herr, dann gibt es Ninive nicht mehr.

Die Stadt ist groß. Die Stadt ist schön. Was böse ist, muß untergehen.«

Die Leute, wie man denken kann, die hörten das mit Schrecken an.

Sie hatten nie daran gedacht und schliefen nicht die nächste Nacht.

Und morgens war die Lust dahin, die schönen Kleider anzuziehen.

Sie zogen einfach Säcke über und eine alte Schürze drüber.

Es sang kein Mensch ein frohes Lied mehr. Sie hatten keinen Appetit mehr.

Sie aßen nicht. Sie tranken nicht. Sie dachten nur ans Strafgericht.

Und als der König dies erfuhr, erschrak er auch und nickte nur.

Er zog den Purpurmantel aus und schickte seinen Koch nach Haus.

Er nahm nicht Schuh noch Fingerring, weil er im Sack und barfuß ging.

Sein Herold rief mit Hörnerklang: »Befehl: Ihr sollt drei Tage lang

bedenken in der ganzen Stadt, was Jona euch gepredigt hat,

was jeder Böses hat getan und wie er's besser machen kann.

Ihr sollt die Kleider und das Essen, ja selbst einmal das Vieh vergessen.

Ihr sollt in Häusern und in Hütten den Herrn um sein Erbarmen bitten.

Vielleicht ist es noch nicht zu spät, daß unsre Stadt nicht untergeht.«

Und Gott sah aus von seiner Höhe und sah auf die Stadt Ninive

und sah die traurigen Gestalten und sprach: »Ich will die Stadt erhalten.«

Da waren alle Leute froh und ihre Tiere ebenso.

aus: Klaus-Peter Hertzsch, Der ganze Fisch war voll Gesang, Radius Verlag

Diese einzigartige Geschichte über die Bußaktion einer ganzen Stadt und ihre Erhöhung inspirierte die Stuttgarter Regionalgruppe zu folgendem Vorschlag, der zur Vorbereitung bei der Fastenaktion und zur Durchführung beim Kirchentag 1981 in Hamburg gedacht ist:

Wir fertigen uns ein Bußgewand aus Jutestoff, um so mit noch größerem Nachdruck auf die akute Bedrohung des Weltfriedens hinzuweisen. Und so wird's gemacht:
Beim Polsterer bzw. Innendekorateur Jutestoff

(Sackleinwand) kaufen. (Leider gibt es im Dritte-Welt-Handel keinen Jutestoff am Stück. Trotzdem sollte auch die Verbindung zur Aktion »Jute statt Plastik« deutlich werden.)

Der Stoff liegt 120 cm breit. Es gibt ihn auf Rollen zu 60 m zum Preis von etwa 360. — DM.

Aus einer Rolle kann man dann etwa 80 Bußgewänder in den Abmessungen 150 cm x 60 cm (Bahn halbieren) anfertigen. In der Mitte wird ein Loch für den Kopf ausgeschnitten. Das Gewand hängt dann vorn und hinten etwa bis zum

Gürtel und wird links und rechts mit einem Stück Schnur zusammengeknotet. Fertig! Die Ränder werden nicht gesäumt.

Nun kann man diesen Überwurf noch beschriften. Vorne drauf etwa: »Kehrt um!« Hinten: »Ohne Rüstung leben« mit kurzer Begründung. Diese Bußgewänder könnten wir — wie beschrieben — zum Kirchentag mitbringen, weitergeben und so angezogen eine große Öffentlichkeit ansprechen.

Reinhardt Seibert, Cannstatt

Anmerkungen zu einer Strategie zur Verhinderung der Stationierung neuer Mittelstreckenwaffen in der Bundesrepublik Deutschland (gekürzt)

Kriegsgefahr durch neue Atomwaffen

Eine tödliche Gefahr droht der Bundesrepublik Deutschland. Sie kann gebannt werden, wenn sich die Bevölkerung dagegen auflehnt. Die ge-

planten amerikanischen Raketen und Marschflugkörper auf deutschem Boden machen in einer Krise den Ausbruch eines Krieges wahrscheinlicher und vergrößern die Gefahr der atomaren Vernichtung. Die Stationierung der neu-

en amerikanischen Atomwaffen zu verhindern, heißt, dem Frieden in Europa und der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland zu dienen.

Sicherheitspolitik oder Entspannung?

Die Analysen der deutschen Friedensforschung sind in den letzten Monaten bestätigt und teilweise übertroffen worden:

a) Die neuen eurostrategischen Waffen sind Instrumente der neuen amerikanischen Atomstrategie und nach Auffassung der US-Regierung deshalb unentbehrlich. (Außenminister Alexander Haig: »Auch wenn man den Nuklearkrieg verhindern will, muß man so gerüstet sein, daß man ihn gewinnen kann.«)

b) Der Rüstungsbeschluß des NATO-Rats vom 12. Dezember 1979 hat erheblich zur Verschlechterung der internationalen Lage beigetragen.

c) Die zur Begründung der sogenannten Nachrüstung angeführten sowjetischen Mittelstreckenraketen wurden von den US- und NATO-Behörden weit überschätzt. Mit großer Wahrscheinlichkeit kann die neue Rakete vom Typ SS 20 nur einen Sprengkopf befördern. Außerdem hat die Sowjetunion die Zahl ihrer Trägerwaffen im vergangenen Jahrzehnt nicht erhöht sondern deutlich verringert.

d) Das Sicherheitskonzept der NATO, das auf den beiden Säulen Abschreckung und Entspannung beruht, ist ins Wanken geraten, weil die neue US-Administration Entspannung allenfalls als zweitrangige Aufgabe versteht.

Größerer Handlungsspielraum durch Bürgerprotest

Aktionen gegen die »Nachrüstung« sind nicht gleichzusetzen mit Aktionen gegen die Bundesregierung, auch wenn diese der Adressat des Protestes ist. Bedenken des Verteidigungsministeriums gegen die Landstationierung der neuen amerikanischen Waffen konnten gegenüber der US-Regierung deshalb nicht durchgesetzt werden, weil der Bonner Regierung der Verbündete »Öffentlichkeit« fehlt (ähnlich wie bei der Erhöhung des Verteidigungshaushalts). Die Bundesregierung hat beschlossen, die für Belgien und/oder Holland vorgesehenen Marschflugkörper gegebenenfalls nicht zusätzlich zu den bereits vorgesehenen 220 Systemen auf deutschem Boden zu stationieren. Sie wird aber diese Absicht gegenüber der US-Regierung nicht durchsetzen können, weil sie den Mißmut der amerikanischen Administration stärker fürchtet als Randgruppenprotest der Bevölkerung. Nur massive öffentliche Kritik und kollektiver Bürgerprotest gegen die Nachrüstung werden den Handlungsspielraum der Bundesregierung gegenüber den USA vergrößern.

Liste des Materials zur Fastenaktion. Im Versandbüro von OHNE RÜSTUNG LEBEN, Wilhelmstraße 38, 7000 Stuttgart 50 ab 15. März 1981 erhältlich.

Franz Kardinal König:

Die Zukunft der Menschheit (1976)
Analyse der Weltlage und theologische Begründung der Notwendigkeit der Sozialen Verteidigung angesichts der Spirale der Gewalt.

Jim Wallis:

Krisis des Glaubens (1978)
»Die Christen des 19. Jahrhunderts leisteten einen wesentlichen und entscheidenden Beitrag im Kampf für die Sklavenbefreiung. Die Christen von heute könnten dasselbe tun für die Anti-Atom-Bewegung.«

Helmut Gollwitzer:

Predigt zum Abschluß der Friedenstag in Stuttgart am 23. 11. 1980
»Ist es möglich, so viel auf euch ankommt, haltet mit allen Menschen Frieden.«
(Römer 15, 18)
Mehr um den anderen als um sich selbst besorgt sein — die Leitlinie der besseren Gerechtigkeit.

Jürgen Moltmann:

Predigt in der Stiftskirche Tübingen am 9. 11. 1980 über Matth. 5, 38-48.
Nachrüsten oder OHNE RÜSTUNG LEBEN — eine Frage auf Leben und Tod.

Josef Weizenbaum:

Wir werden die nächsten 20 Jahre nicht überleben. (Juli 1980)
Das Computer-System, auf dem die Nato-Verteidigung aufgebaut ist, gerät außer Kontrolle. Warnung eines führenden amerikanischen Computer-Wissenschaftlers.

»Fasten für den Frieden« — Möglichkeiten für Familien-Urlauber.

AV-Medienliste zum Thema Frieden.

Liedersammlung »Fasten für den Frieden«.

Plakate »Fasten für den Frieden«.

Aufruf der Solidarischen Kirche Westfalen: Keine neuen Atomwaffen auf deutschem Boden.

Krefelder Appell (Unterschriftenliste)

Um unsere Unkosten zu decken bitten wir um eine Spende von DM 0.10 pro Blatt.

Gewaltfreie Aktionen statt bloßer Appelle

Um wirksam zu werden, braucht der Protest eine neue Qualität. Für bloße Appelle ist keine Zeit mehr. Aktionslose Kritik ist Teil ohnmächtiger Routine des Politikbetriebs und weder innen- noch außenpolitisch wirksam zu machen. Deshalb ist die spektakuläre Aktion unverzichtbar. Aktionen der Gewalt gegen Personen und Sachen, auch wenn sie nur billigend in Kauf genommen werden, sind mit dem friedensorientierten Handeln unvereinbar.

Atomwaffen sind Atomziele

Zur Aktivierung der Anti-Atomwaffen-Protestbewegung sind Aufklärung und Betroffenheit wichtige Voraussetzungen. Betroffenheit wird dort, wo die neuen Waffen stationiert werden, leicht herzustellen sein. Dabei geht es nicht nur um die Stationierungsorte, sondern um einen Umkreis (bei den Cruise Missiles von 160 km), innerhalb dessen jeweils mehrere vermessene Abschußorte liegen werden.

Anders als bei Atomkraftwerken liegt die Hauptgefahr nicht in Betriebsunfällen, sondern in der Tatsache, daß Atomwaffen und ihre Infrastruktur hochrangige Atomziele bilden. Für die neuen Pershing II und Cruise Missiles gilt dies in besonderer Weise, weil sie Ziele in der Sowjetunion atomar zerstören können und deshalb nach den Gesetzen der gegenseitigen Vernichtungs-Abschreckung mit besonders hohen Vernichtungswerten angezielt werden.

Erste Aktion: Standorterkundung

Die Bundesregierung will, anders als die britische Regierung, die mittlerweile festgelegten Standorte nicht bekanntmachen.

Um welche sieben Flugplätze auf dem Gebiet der Bundesrepublik es sich handelt, ist bisher nicht mitgeteilt worden. Dies kann aber nicht lange geheimgehalten werden, weil die Cruise Missiles in besonders geschützten Bunkern untergebracht werden, deren Errichtung im Jahre 1981 beginnen muß, wenn bis 1984 die Zulieferung der Marschflugkörper erfolgen soll. Da es sich um amerikanische Verbände handelt, ist zu vermuten, daß sie auf den in Rheinland-Pfalz gelegenen amerikanischen Flugplätzen stationiert werden. Weil aber die Amerikaner im Norden und Süden der Bundesrepublik keine großen Flugplätze betreiben, könnten hier auch andere Einrichtungen als Standort in Frage kommen. Einige Zeitungs- und Zeitschriftenredaktionen sammeln dazu Informationen.

Die Zeit drängt!

Alfred Mechttersheimer, Starnberg,
Weihnachten 1980

Alfred Mechttersheimer ist Mitarbeiter am Starnberger Friedensforschungsinstitut. Seine Thesen erscheinen besonders bemerkenswert angesichts der Tatsache, daß er Oberstleutnant a. D. und Mitglied der CSU ist.

11 Thesen zur Sozialen Verteidigung

1. Soziale Verteidigung ist heute als gewaltfreies Eintreten für die Menschenrechte zu beschreiben und zu verwirklichen.

Der Begriff »Soziale Verteidigung« ist zu eng gefasst, wenn er nur an die Abwehr eines militärischen Aggressors denken lässt.

Soziale Verteidigung muß in jedem Staat da stattfinden, wo die Menschenrechte bedroht sind.

Wo sie verletzt oder zerstört sind, muß Soziale Verteidigung verstanden werden als »Praxis gewaltloser Befreiung.« (Hildegard Goss-Mayr).

2. Soziale Verteidigung muß bei uns vor allem auf dem Hintergrund der konkreten Rüstungssituation und Kriegsgefahr diskutiert werden.

Wenn die Konflikte der Völker wie in der bisherigen Geschichte mit den vorhandenen Waffen ausgetragen werden, ist der Atomkrieg unvermeidlich. Er kann jetzt schon durch technisch/menschliches Versagen jederzeit ausgelöst werden; neuerdings wächst sogar die Gefahr, daß er mit Absicht herbeigeführt wird in der vermessenen Hoffnung, man könne ihn begrenzen und gewinnen.

Wenn der Atomkrieg ausbricht, kommt aber jede Soziale Verteidigung zu spät. Soziale Verteidigung muß also heute den drohenden Atomkrieg zu verhindern suchen, indem sie eine radikale Alternative zum Austragen der Konflikte zwischen den Völkern und innerhalb der Völker entwickelt.

3. Die Soziale Verteidigung hat ihre Grundlage in einer »kopernikanischen Wendung« im Sicherheitsdenken.

Das Sicherheitsbedürfnis der Menschen ist legitim, aber die militärische Sicherung brachte schon immer eine Gefährdung der Menschen mit sich. Sie bedroht jetzt das Überleben der Menschheit.

Einst diente das Gehirn der Menschen dazu, wirksame Waffen gegen Feinde zu erfinden. So wurden Staaten groß und mächtig. Aber nun ist diese Aktivität »derartig stark geworden, daß sie die menschliche Rasse bedroht. Sie bedeutet daher nicht mehr einen Schutz, sondern eine Bedrohung für den Menschen.

Der Zweck, für den enorme Geldsummen ausgegeben und hochqualifizierte wissenschaftliche Arbeit geleistet wurde, war die nationale Sicherheit des Landes. Aber das Ergebnis all dieser ungeheuren Anstrengungen war ein ständiger Verfall der nationalen Sicherheit.« (Prof. Alfvén, Nobelpreisträger)

Zunahme der Rüstung ist heute Abnahme von Sicherheit.

Die Stationierung von Mittelstreckenraketen bedeutet, daß West-Europa einem russischen Raketen-Präventiv-Angriff ausgesetzt wird. Der Widerstand gegen die Stationierung dieser Waffen ist dagegen eine Maßnahme zum Schutz der Bevölkerung vor dem Atomkrieg.

Soziale Verteidigung ist eine heute gebotene Form des Patriotismus.

4. Voraussetzung für wirksame Soziale Verteidigung ist, daß wir unseren persönlichen Beitrag zur Entstehung des Krieges erkennen.

Es ist nicht genug, festzustellen, daß es so wie

bisher nicht weitergehen kann, auch helfen Forderungen nicht weiter, die wir nur an andere richten. Wir müssen bei uns selbst beginnen, indem wir uns unserer eigenen Aggressionen bewußt werden und uns das heimliche Vertrauen auf den Schutz der Waffen eingestehen, das wahrscheinlich auch bei uns selbst vorhanden ist.

Es ist aber nicht unmöglich, die Angst zu überwinden und in einem Akt des Glaubens und der Vernunft mit der militärischen Konfliktaustragung zu brechen. Diese Entscheidung kann durch die Selbstverpflichtung »Ich bin bereit, ohne den Schutz militärischer Rüstung zu leben«, signalisiert werden.

Damit bringen wir auch unsere Überzeugung zum Ausdruck, daß wir unsere Mitbürger mit diesen Waffen nicht schützen können und unsere Entschlossenheit, unsere Gegner, wer sie auch seien, mit solchen Waffen nicht mehr zu bedrohen.

5. Voraussetzung für das gewaltfreie Eintreten für die Menschenrechte ist, daß wir jeden anderen Menschen für fähig halten, einen Beitrag zum Frieden zu leisten.

Wir dürfen niemand für immer als unseren »Feind« und als unbelehrbar abschreiben.

Der entschlossene Widerstand gegen das Unrecht geht Hand in Hand mit der Bemühung, im Dialog mit unserem Gegner zu bleiben, seine Wahrheit zu erkennen und sein Recht zu berücksichtigen.

Das Nein zum Krieg wird nur glaubwürdig durch das Ja zum Frieden: »Ich bin bereit, in unserem Staat dafür einzutreten, daß Frieden ohne Waffen politisch entwickelt wird.«

Die beiden Verpflichtungssätze, die Entschlossenheit zum Widerstand und Bereitschaft zur Zusammenarbeit ausdrücken, gelten für jeden Staat und unter jeder Regierung.

6. Es muß zur internationalen Zusammenarbeit aller Friedensgruppen kommen, die zur Sozialen Verteidigung entschlossen sind.

Wer sich zur Sozialen Verteidigung »bekehrt« hat, braucht den Rückhalt der Gruppe, die ihn stützt und von der er sich korrigieren lassen muß. Die überall entstehenden Gruppen, die durch den Grundsatz der Sozialen Verteidigung miteinander verbunden sind, müssen jede Rivalität überwinden und zur Kooperation gelangen. Die Phantasie und Kreativität der Gruppen und die situationsbedingte Vielfalt der Aktionen darf nicht durch den Versuch beeinträchtigt werden, die ganze Friedensbewegung organisatorisch gleichzuschalten. Die Eigenständigkeit, die religiöse und weltanschauliche Ausrichtung der Gruppe ist zu respektieren. Trotzdem müssen bundesweite (z.B. Widerstand gegen die Brüsseler »Nach«-Rüstungsbeschlüsse) und weltweite (z.B. »Fasten für den Frieden«) gemeinsame Aktionen angestrebt werden.

7. Die Soziale Verteidigung sollte Stufen des Engagements darbieten, sodaß jeder Bürger seinen Fähigkeiten und Möglichkeiten entsprechend mitwirken kann.

Daß Soziale Verteidigung Widerstand gegen Gewalt und Eintreten für Befreiung zum Inhalt hat, muß auch an ihren Methoden erkennbar sein. Die Mitwirkung bei der Sozialen Verteidigung darf auf keine Weise aufgezwungen oder er-

zwungen werden. Sie geschieht in Selbstverpflichtung und gegenseitiger Toleranz. Überforderung und Unterforderung soll gleichermaßen ausgeschlossen sein. Dies sind die Voraussetzungen für die Entstehung einer Massenbewegung.

Stufen des persönlichen Einsatzes können z. B. sein: Selbstverpflichtung als innerlicher Vorgang – öffentliche Selbstverpflichtung – Leserbrief, Briefe an Behörden und Regierungsstellen – finanzielle Beiträge, einmalig oder für die Dauer; Mitarbeit in einer entstehenden Gruppe – Kontaktstelle – Demonstrationen – Märsche – Straßentheater – Sitzstreik – Mahnwache – Platzbesetzung – Fasten für den Frieden – Hungerstreik – Steuerverweigerung; bei all diesen Aktionen sollen die legalen Möglichkeiten voll ausgeschöpft werden; wo ungerechte Gesetze bewußt übertreten werden, müssen die gewaltfrei Handelnden bereit sein, Strafen ohne Erbitterung auf sich zu nehmen.

8. Die Soziale Verteidigung sollte möglichst an konkreten geschichtlichen Strukturen anknüpfen und vorhandene Ansätze in Richtung auf Soziale Verteidigung weiter entwickeln.

Wir sehen z. B. folgende Arbeitsfelder und Zielsetzungen für den Aufbau der Sozialen Verteidigung:

a) Anknüpfungspunkt: Industriebetriebe und Gewerkschaften

Zielsetzung: Ausarbeitung von Plänen zur Rüstungskonversion (Umstellung von Rüstungsbetrieben auf zivile Produktion – vergleiche Info 8) und zur gewaltfreien Verteidigung von Betrieben gegen einen möglichen Aggressor.

b) Anknüpfungspunkt: Kirchen

Zielsetzung: Unterstützung der Aktion OHNE RÜSTUNG LEBEN durch Gemeinden und Synoden;

Soziale Verteidigung als Thema im kirchlichen und im Religionsunterricht;

Erneuerung der evangelischen Predigt von der Gewaltfreiheit und Feindesliebe

c) Anknüpfungspunkt: Anti-Atomkraftbewegung

Zielsetzung: Verstärkung des des Bündnisses zwischen Ökologie und Friedensbewegung; Anwendung bewährter Methoden des gewaltfreien Widerstandes aus dem Bereich der Anti-Atomkraftbewegung z. B. zur Abwehr der geplanten Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles in der BRD und West-Europa.

9. Historische Erfahrungen im gewaltfreien Kampf sollten ebenso wie theoretische Studien für die Begründung und Entwicklung der Sozialen Verteidigung in der Gegenwart fruchtbar gemacht werden.

Gruppen, die sich zur Sozialen Verteidigung zusammenschließen, sollten konkrete Übungen und Aktionen in Gewaltfreiheit mit dem Studium geschichtlicher Beispiele von Gewaltfreiheit verbinden.

Dafür eignen sich die Gedanken und Aktionen von Gandhi, Kaga-wa, Luthuli, M. L. King, Danilo Dolci, Cesar Chavez, Dom Helder Camara, Adolfo Perez Esquivel;

Situationen und Ereignisse wie: Kapp-Putsch, Ruhr-Besetzung, indischer Befreiungskampf, dänischer und norwegischer Widerstand im 2. Weltkrieg, Bürgerrechtsbewegung USA, CSSR 1968, gewaltfreie Aktionen in Latein-Amerika, Larzac/Frankreich, Polen 1980, Ground-Zero-Center (Jim Douglass).

10. Soziale Verteidigung schließt die Kooperation mit anderen Friedensgruppen zur Erreichung konkreter Ziele nicht aus, sondern ein.

Die Überzeugung, daß Soziale Verteidigung als radikale Alternative zur militärischen Verteidigung ein möglicher und notwendiger Ausweg aus dem Teufelskreis der militärischen Rüstung ist, wird von der weit überwiegenden Zahl der Politiker gegenwärtig (noch) nicht geteilt. Auch in der Friedensbewegung gibt es viele, die nur Abrüstung (sei es gemeinsam oder mit einseitigen Vorleistungen) oder Umrüstung

(z. B. auf »reine Verteidigungswaffen« als militärische Alternative zur gegenwärtigen Sicherheitspolitik) für realistisch halten.

Trotz dieser grundsätzlichen Differenz steht einer Zusammenarbeit nichts im Wege, wenn die Nahziele dieser Politiker oder Friedensgruppen mit den konkreten Schritten der Sozialen Verteidigung deckungsgleich sind. Dies gilt z. B. für Aktionen zur Verhinderung der Brüsseler Aufrüstungsbeschlüsse.

11. OHNE RÜSTUNG LEBEN ist ein Versuch, Soziale Verteidigung im Sinn der obigen Thesen zu verwirklichen

Soziale Verteidigung wurde bisher meist als theoretische Möglichkeit beschrieben. Nach landläufiger Vorstellung sollte sie von der Regierung eingeführt werden und im Fall einer ausländischen Invasion zur Anwendung kommen.

Nachdem inzwischen über 14 000 Bürger der BRD der Aktion OHNE RÜSTUNG LEBEN beigetreten sind, indem sie sich bereit erklärt haben, ohne den Schutz militärischer Rüstung zu leben und den Frieden in unserem Staat politisch zu entwickeln; nachdem sich viele von ihnen in einem sich ständig vergrößernden Netz von Regionalgruppen engagiert, oder nach Bonn mitgeteilt haben, daß sie für die militärische Verteidigung nicht mehr zur Verfügung stehen, ist u. E. ein Anfang für die Entwicklung Sozialer Verteidigung in unserem Land schon gemacht. Es kommt nun darauf an, ob die Unterzeichner der Aktion sich als Mitwirkende in der Sozialen Verteidigung verstehen und ob sie bereit sind, in ernsthaften Überlegungen und engagierten Aktionen weiterzuarbeiten.

Die obigen Thesen wollen dazu einige Anregungen geben. So kann die Aktion in Zusammenarbeit mit anderen Friedensgruppen zu einer wirksamen politischen Kraft werden, die im gewaltfreien Eintreten für die Menschenrechte etwas zur Vermenschlichung unserer Welt und zur Abwendung ihrer tödlichen Bedrohung beiträgt.

Werner Dierlamm, Fellbach



Bilanz 1980

Guthaben 1.1.1980	DM 14.582,37
Einnahmen Spenden	DM 111.325,18
Zuwendungen von Verbänden, Kollekten, Pro Ökumene	DM 10.087,73
Einnahmen für Material	DM 67.462,91
	<u>DM 203.458,19</u>
Ausgaben für Druck von Infos, Aufrufen und kostenlosen Schriften	DM 52.727,12
Materialkosten	DM 56.488,20
Porto (einschließlich Materialversand)	DM 35.518,76
Büroeinrichtung und -bedarf, Verpackungsmaterial, Telefon, Sonstiges, Fahrtkosten	DM 13.803,76
Personalkosten	DM 15.919,90
Kredit zur Finanzierung des Mini-Pamphlets	DM 7.351,84
	<u>DM 181.809,58</u>
Guthaben 31.12.1980	<u>DM 21.648,61</u>

Als wir im Herbst 1979 sachte in die roten Zahlen rutschten, schickten wir in Info Nr. 10 einen Hilferuf aus. Das Echo war so überwältigend, daß wir nicht nur ein aufgenommenes Darlehen von DM 10.000.- schnellstens zurückzahlen konnten. Wir konnten sogar das Jahr 1980 mit einem schönen Finanzpösterchen anfangen.

Unsere Einnahmen setzen sich zusammen aus Einzelspenden und aus Zuwendungen von verschiedenen Verbänden. So hat unser Mutterverein »Pro Ökumene, Initiative in Württemberg« im Jahr 1980 monatlich DM 500.-, das Mennonitische Friedenskomitee insgesamt DM 1.500.-, andere unterstützende Organisationen zusammen DM 820.- zukommen lassen, außerdem sind uns einige Kollekten von Studentengemeinden und Friedensgottesdiensten zugeflossen. Unsere dritte Einnahmequelle ist der Materialverkauf.

Wir haben uns zum Prinzip gemacht, die Verbreitung unseres Aufrufs und der Informationen aus Spenden zu finanzieren. Dagegen sollte sich der Materialverkauf einigermaßen selbst tragen. Es ist allerdings schwierig, diese beiden Ausgaben genau auseinanderzuhalten. Fast bei jeder Materialbestellung werden auch kostenlose Schriften verlangt. Dadurch erhöhen sich sehr oft die Portokosten. Außerdem geben wir unser Material an Gruppen zum Selbstkostenpreis ab. Damit wollen wir einen kleinen Beitrag zur Finanzierung von Gruppenaktivitäten leisten.

Der Vertrieb des IDOC-Minipamphlets läuft zwar über unsere Konten, wird aber gesondert abgerechnet. Wir haben zu seiner Herstellung einen Vorschuß geleistet, der durch eingehende Zahlungen laufend abgetragen wird.

Bei den hauptamtlichen Mitarbeitern konnten wir 1980 jeweils für uns sehr günstige finanzielle Regelungen treffen. Da außerdem ein Großteil der Arbeit ehrenamtlich geleistet wurde, kamen wir im vergangenen Jahr noch einmal mit sehr niedrigen Personalkosten aus.

Was uns zur Zeit am meisten Kummer macht, ist unsere räumliche Situation. Unsere Büros sind an drei verschiedenen Orten. Die Kartei mit dem Adressenmaterial steht in Fellbach, das Versandbüro ist in einem Raum der Gesamtkirchengemeinde Bad Cannstatt untergebracht, und Gerhard Schuberts Wohnzim-

mer in Stuttgart beherbergt eine Menge Ordner mit Unterlagen aller Art. Besonders das Versandbüro ist räumlich sehr beengt und auf die Dauer nicht tragbar. Wir sind deshalb auf der Suche nach geeigneten Büroräumen im Groß-

raum Stuttgart. Es ist uns bewußt, daß damit ein beträchtlicher Anfall an Mietkosten auf uns zukommt. Die Zusammenfassung unserer Büros wäre aber eine solche Erleichterung, daß wir meinen, diese Ausgaben verantworten zu können.

Die Unterlagen unserer Buchführung werden wie schon die Jahresabrechnung 1979 im Rahmen der Rechnungslegung des Vereins »Pro Ökumene, Initiative in Württemberg« dem Steuerberater Prof. Bernhard Fischle in Niefern-Öschelbronn zur Prüfung vorgelegt. Auszug aus seinem Abschlußvermerk der Prüfung 1979: »Nach dem abschließenden Ergebnis meiner pflichtgemäßen Prüfung bestätige ich, daß das Rechnungswesen des Vereins ordnungsgemäß geführt ist und der Satzung entspricht.«

Allen Spendern, die uns einen Betrag von DM 20.- und mehr zukommen ließen und deren Adressen wir ermitteln konnten, sind in der ersten Januarhälfte 1981 Spendenquittungen zugegangen.

Zum Schluß möchten wir allen danken, die uns im vergangenen Jahr mit Spenden, aktiver Mitarbeit und ermutigenden Briefen unterstützt haben. Auf der Basis Ihres Vertrauens wollen wir auch 1981 verantwortungsbewußt mit Ihrer aller Geld umgehen. Die politische Lage macht unsere Arbeit nötiger denn je.

Rose Dierlamm, Fellbach

Stand der Aktion

Bei Redaktionsschluß waren bei uns 14.514 Unterschriften unter die Selbstverpflichtung eingegangen. Die Zahl der Regionalgruppen beträgt 47. Hinzu kommen 22 unterstützende Gruppen und 44 Kontaktpersonen. Alles dies zeigt weiterhin eine stetige Zunahme unserer Aktion auf allen Ebenen.

Unter den Aktivitäten in der letzten Zeit ist sicher die Teilnahme an der Friedenswoche »Frieden schaffen ohne Waffen« hervorzuheben. An dieser, von der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste angeregten Friedenswoche haben sich fast alle Regionalgruppen und –

nach unserem Eindruck – auch sehr viele unserer Unterzeichner beteiligt.

Noch im Lauf des Frühjahrs sollen für alle Teile der Bundesrepublik regionale Konferenzen der Regionalgruppen und Kontaktpersonen stattfinden, die dem gegenseitigen Informationsaustausch und der weiteren Stabilisierung der Aktion dienen sollen. Dabei wird auch die zukünftige Struktur unserer Aktion diskutiert werden müssen. Weil uns eine breite Diskussion darüber wichtig ist, drucken wir in diesem Info zwei Vorschläge hierzu in leicht gekürzter Form ab.

Wir bitten, Meinungen und Anregungen hierzu über die Regionalgruppen in die Diskussion einzubringen.

Entwicklungsperspektiven für die Organisationsstrukturen von ORL

(Kurzfassung eines Referats vom 16.1.81 in Fellbach)

1) Bevor Strukturen geschaffen werden, müssen wir klären, welche Aufgaben notwendigerweise zu bewältigen sind. Bestehende Strukturen müssen daraufhin geprüft werden, ob sie diese Aufgabe bewältigen können. Neu zu schaffenden Strukturen müssen ihre jeweiligen Aufgaben von vornherein exakt zugewiesen werden, damit sie sich nicht gegenseitig beschäftigen.

2) Wir sind uns weitgehend einig, daß wir möglichst dezentral arbeiten wollen. Dieses »möglichst« zeigt aber bereits, daß es hier einen Spielraum gibt, der unterschiedlich interpretiert wird. Wir sollten uns nicht von vordergründigem Effektivitätsdenken beeindrucken lassen; wir müssen aber auch fragen: Wieviel Dezentralität ist praktikabel?

3) Wenn wir Strukturen schaffen wollen, die Veränderungen in Richtung auf eine Gesellschaft zeichnerhaft vorwegnehmen, in der soziale Verteidigung statt militärischer Verteidigung möglich wird, müssen wir militärische – und das sind im allgemeinen zentralistische – Strukturen meiden. Damit sind uns dann bereits deutliche Kriterien gesetzt:

a) Jeder muß möglichst unmittelbaren Zugang zu allen relevanten Informationen haben, denn Wissen ist Macht. Geheimhaltung bzw. Zurückhalten von Informationen sind im Prinzip Arbeitsweisen des Militärs.

b) Kommunikationsstrukturen sollen nach Möglichkeit breit gefächert sein. Sie sollen direkte Kommunikation auf möglichst niedriger Organisationsebene zulassen.

c) Strukturen müssen für jeden durchschaubar, Macht muß kontrollierbar sein (z. B. durch eine Trennung von »Legislative« und »Exekutive«).

d) Jeder muß möglichst unmittelbare Teilhabe an den Entscheidungen haben, die ihn betreffen. Es soll niemand Entscheidungen treffen, die andere ausführen oder deren Konsequenzen andere tragen müssen. Alle Entscheidungen sollen auf der denkbar niedrigsten Ebene und unter der Beteiligung möglichst vieler gefällt werden.

e) Jeder soll eine begrenzte Aufgabe übernehmen können, denn jeder ist in mindestens einem Bereich »Fachmann« (bzw. »Fachfrau«). Es soll keine Ämterhäufung geben, weil das leicht zu »Filzokratie« führt.

Die Thesen 4) und 5), die hier wegen Platzmangels nicht abgedruckt werden können, benennen Aufgaben, die meines Erachtens bewältigt werden müssen, und einzelne, konkrete Strukturvorschläge dazu. Der vollständige Originaltext kann angefordert werden bei:

Gerhard Voß, c/o Ev. Akademie, Kniebisstr. 29, 7000 Stuttgart 1

Klaus Waiditschka, Darmstadt

Für dieses Treffen schlagen wir vor, zwei Abgeordnete pro Regionalgruppe zu entsenden – hinzu kommen die Kontaktpersonen ohne Gruppe. Über die Themenvorschläge der Gruppen wird mehrheitlich abgestimmt. Je nach den Möglichkeiten werden die festgelegten Themen auf die einzelnen Regionalgruppen und Regionalgruppenzusammenschlüsse zur Ausarbeitung verteilt.

8. Nach den Sommerferien wird auf einem zweiten Bundesdelegiertentreffen, das in erweiterter Form stattfinden könnte, über die Arbeitsergebnisse beraten, abgestimmt, und diese dann in großem Rahmen veröffentlicht.

9. Die Kontakte zu den weiteren Friedensgruppen sollen zum Ziel haben, daß so in etwa **einem** Jahr in der Bundesrepublik eine dem Interkirchlichen Friedensrat in den Niederlanden

vergleichbare Gemeinschaft hergestellt wird. Nur dieser Weg verschafft uns **Glaubwürdigkeit** und politisches Gewicht. Die Amtskirchen sind dazu im Augenblick nicht willens und nicht fähig!

10. Wir dürfen uns bei all diesen Schritten bürokratisch nicht verzetteln. Beim ersten Bundesdelegiertentreffen ist daher eine weitere **klare** Arbeitsteilung zu beschließen. Dies betrifft u. a. die Fortführung der Infobriefe, den Materialversand und die Bildung von Gremien, die für internationale Kontakte, rasche öffentliche Reaktionen und ähnliches zuständig sind, in Verantwortung gegenüber der Bundesdelegiertenversammlung.

Kontaktadresse:

Andreas Pertiet, 1000 Berlin 30

Kurzinformationen:

In einem drängenden Brief an alle Regionalgruppen hat sich auch die Berliner Gruppe zum weiteren Aufbau unserer Aktion geäußert. Unter Hinweis auf die bedrohliche Weltlage und die Zersplitterung der Friedensbewegung nennen die Berliner als Alternative: Aufbau einer klar strukturierten Organisation oder Auflösung in eine bestehende Organisation – z. B. Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste – hinein. Für eine eigene Organisation haben die Berliner ein 10-Punkte-Programm:

»Die Berliner Regionalgruppe **befürwortet** eine Fortsetzung der Aktion, wenn die Entwicklung folgendermaßen vor sich geht:

1. Alle Mitglieder müssen sich bewußt werden, daß wir nur glaubwürdig sind und vielleicht erfolgreich sein können, wenn wir **alle** neben Schule, Studium, Beruf, Familie usw. **zuverlässig** mitarbeiten. Unsere Aktion ist keine neue Art von Freizeitgestaltung. Organisatorische Probleme im Kleinen darf es **nicht** mehr geben!

2. Um die Friedensarbeit auf eine breitere, wachsende Grundlage zu stellen, versuchen alle Regionalgruppen, in so vielen Gemeinden wie möglich Fuß zu fassen.

3. Die begonnene gegenseitige Info- und die darauf aufbauende Friedenswochenarbeit wird gestrafft fortgesetzt. Ohne theoretische Übertreibung sollten wir die Ergebnisse der Friedensforschungsinstitute gezielt nutzen. Wir müssen präzise Überblicke bekommen.

4. Im Rahmen unserer Selbstverpflichtung und des Grundgesetzes nehmen alle Regionalgruppen Kontakt zu weiteren Friedensgruppen auf.

5. Die Zusammenarbeit von mehreren Regionalgruppen muß ohne großen Aufwand ganz selbstverständlich erfolgen. Bis **Ende Februar** sollten die ersten Zusammentreffen abgeschlossen sein.

6. Jede Regionalgruppe berät, zu welchen Themen die gesamte Aktion konkrete, politische Schritte und Verhaltensweisen erarbeiten soll. Hier einige Vorschläge vorweg: Waffenexporte, Rüstungsproduktion, Friedenserziehung, Abrüstungsverhandlungen, Zusammenarbeit mit den Ländern der sogenannten 3. Welt, sowie auch die sowjetische Politik und Militärstrategie.

7. Noch **vor** dem Kirchentag im Hamburg (Juni 1981) muß ein Bundesdelegiertentreffen (möglichst im Mai in Stuttgart) durchgeführt werden.

Gegen den »Nachrüstungsbeschluß« laufen derzeit eine ganze Reihe von Unterschriftenaktionen. Nach unserer Einschätzung ist die verbreitetste der sogenannte »Krefelder Appell«, der von einer ganzen Reihe von Gruppen verbreitet wird. Wir wollen selbst keine eigene Unterschriftensammlung anfangen, bitten Euch aber, zu überlegen, ob Ihr nicht den »Krefelder Appell« unterstützen wollt. Entsprechende Unterschriftenlisten können auch bei uns angefordert werden.

*

Ebenfalls zum Nachrüstungsbeschluß möchten wir noch einmal auf das Idoc-Minipamphlet »Mittelstreckenraketen in Europa« hinweisen,

das über die Adresse unseres Materialversands bezogen werden kann.

*

In Zusammenarbeit mit anderen Friedensgruppen werden wir auch in diesem Jahr beim Kirchentag vertreten sein. Die Vorbereitungen dafür hat die Hamburger Regionalgruppe übernommen. Näheres dazu im nächsten Info.

*

Den 24 SPD-Abgeordneten, die eine Kürzung der Rüstungsausgaben zugunsten der Entwicklungshilfe beantragt hatten, haben wir im Namen aller Unterzeichner ein Solidaritätstelegramm geschickt, in dem wir ihre Initiative als einen ersten Schritt in der richtigen Richtung begrüßt haben.

OHNE RÜSTUNG LEBEN – Arbeitskreis von Pro Ökumene

c/o Werner Dierlamm, Postfach 1304, 7012 Fellbach

Sonderkonto:

Volksbank Fellbach 100 363 008 – Postscheckkonto 7000 Stuttgart 1118 33-700

Dietrich Hardung, Obere Weinsteige 48, 7000 Stuttgart 70.

Vorwort

Ernstste Sorge um den Frieden bestimmt gegenwärtig das Bewußtsein vieler Menschen. Akute Krisen in verschiedenen Teilen der Welt haben Kriegsfurcht ausgelöst. Die Spannung zwischen den großen Machtblöcken ist gewachsen. Die Rüstung, die der Sicherung des Friedens dienen soll, wird immer mehr auch als Gefährdung des Friedens angesehen. Die Kosten, die sie verschlingt, stehen in einem schreienden Mißverhältnis zum Elend in der Welt. Aber der Weg zu ihrer Verminderung ist politisch umstritten. Eine tiefgreifende Kontroverse über die Frage, wie Christen dem Frieden dienen sollen, durchzieht auch unsere Kirche.

Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland ist seiner Kammer für öffentliche Verantwortung dankbar, daß sie sich der schwierigen Aufgabe gestellt hat, für diese Auseinandersetzung eine Orientierungshilfe zu erarbeiten. Die Mitglieder der Kammer haben aus den gegensätzlichen Positionen dieser Kontroverse heraus einen Konsens darüber erzielt, was in der Kontinuität des Zeugnisses unserer Kirche für den Frieden gegenwärtig nach den verschiedenen Seiten zu bedenken ist. Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland hat sich diesen Konsens zu eigen gemacht.

Es versteht sich von selbst, daß dies sowohl in der Kammer als auch im Rat eine hohe Bereitschaft zum Kompromiß verlangte. Für das Zeugnis und den Dienst der Kirche für den Frieden ist es entscheidend wichtig, daß die Gegensätze in der ethischen und politischen Beurteilung aufeinander bezogen werden.

Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland hofft, mit dieser Denkschrift hierfür eine Hilfe leisten zu können und auf diese Weise das christliche Zeugnis und den christlichen Dienst für den Frieden zu fördern.

Oktober 1981

D. Eduard Lohse
Vorsitzender des Rates
der Evangelischen Kirche in
Deutschland



PROTEST GEGEN DIE AUFRÜSTUNG: „Wir wollen kein Kanonenfutter.“

Foto: Dirk Eisermann

Einleitung

Frieden zu wahren, zu fördern und zu erneuern ist eine Aufgabe, die der Grundrichtung der christlichen Botschaft entspricht. Die Verkündigung des Evangeliums von der Versöhnung ermutigt und stärkt die Suche nach Wegen des Friedens unter den Menschen. Im Gebet um den Frieden bringt die Kirche die Angefochtenheit und Widersprüchlichkeit menschlicher Friedensbemühungen vor Gott, im Vertrauen auf seine Hilfe. Die Hoffnung des Glaubens läßt sich durch die Gefährdungen und Verletzungen des Friedens in unserer Welt nicht lähmen. Darum nehmen die evangelischen Christen in unserem Lande an der Sorge um den Frieden lebhaften und leidenschaftlichen Anteil und wenden der Verantwortung für den inneren und äußeren Frieden große Aufmerksamkeit zu. Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland hat deswegen seine Kammer für öffentliche Verantwortung beauftragt, eine Stellungnahme zu den weltpolitischen Problemen, die in der gegenwärtigen neuen Friedensdiskussion strittig sind, zu erarbeiten sowie Perspektiven einer christlichen Orientierung in der Friedensaufgabe zu formulieren und Überlegungen darüber anzustellen, was die Kirche für den Frieden tun könne.

Dies geschieht auf dem Hintergrund einer Situation, die die Zerbrechlichkeit des Weltfriedens erneut hat erkennbar werden lassen. Als um die Jahreswende 1979/80 die Sowjetunion in Afghanistan einmarschierte und im Iran Bürger der USA unter Mißachtung ihres diplomatischen Status als Geiseln festgehalten wurden, breitete sich das Gefühl aus, daß die Waffenruhe, die wir hierzulande seit 36 Jahren genießen, beängstigt rasch in kriegerische Verwicklungen umschlagen könnte. Jede militärische Konfrontation droht aber heute um sich zu greifen und ein nukleares Inferno zu entfesseln. Im Dezember 1979 hat die NATO ihren Beschluß zur Herstellung und Aufstellung von nuklearen Mittelstreckenwaffen gefaßt und ihn mit dem Angebot an den Warschauer Pakt gekoppelt, über die Begrenzung von Mittelstreckenwaffen zu verhandeln. In den Vereinigten Staaten ist seitdem eine Wendung zu einer Politik militärischer Stärke offenkundig geworden. Die Gefahr einer neuen Drehung in der Rüstungsspirale hat große Beunruhigung bei vielen in der Friedensfrage engagierten Menschen ausgelöst. Während sich die Kammer für öffentliche Verantwortung mit dem ihr gestellten Auftrag befaßt, wuchs die Friedensbewegung rasch an und rückte die Fragen von Abrüstung und Sicherheit in den Vordergrund der öffentlichen und kirchlichen Auseinandersetzung.

Die Kammer gelangte zu der Überzeugung, daß eine Begrenzung des Wettbewerbs und neue Anstrengungen für eine Abrüstung wegen der Risiken der Rüstungstechnik vorrangig sind. Sie erkannte aber auch die Schwierigkeiten, eine Rüstungsbegrenzung zu verwirklichen, wenn das militärische Gleichgewicht der Kräfte gewahrt bleiben soll. In

der Kammer herrscht keine Einmütigkeit darüber, ob deshalb jetzt ein Punkt erreicht sei, an dem dem Schritt zur Rüstungsbegrenzung auch auf Kosten des militärischen Gleichgewichts unbedingter Vorrang zu geben sei. Es besteht aber große Übereinstimmung darüber, daß eine zukunftsweisende Lösung der Rüstungsproblematik nur im Rahmen einer politischen Ordnung des Friedens und der friedensgefährdenden Weltkonflikte gefunden werden kann.

Von den Überzeugungen einer christlichen Orientierung in der Friedensfrage her geht es um die Wiedergewinnung der politischen Perspektive in den weltweiten Gegensätzen und Konflikten, um neue Wege eines politischen Austrags von Spannungen im Sinne umfassender Kooperation mit dem Ziel einer internationalen Friedensordnung. Die Werkzeuge militärischer Bedrohung dürfen sich nicht als Instrumente der Politik verselbständigen, weil sonst die unterschiedliche Einschätzung der Stärke des Gegners und der Fortschritt der Waffentechnik zu einer permanenten Steigerung der Rüstung verleiten. Deshalb besteht in der Kammer eine breite Übereinstimmung darüber, daß nicht nur vorrangig nach Kriterien für ein Minimum gegenseitiger Abschreckungsnotwendigkeit gesucht werden muß, sondern darüber hinaus friedensfördernde Bemühungen um eine politische Ordnung im Zusammenleben der Völker das Ziel der neuen Friedensdiskussion sein sollte, auf die sich alle Anstrengungen richten müssen. Auch die innerkirchlichen Auseinandersetzungen und gegensätzlichen Positionen müssen im Lichte dieser Aufgabe kritisch überprüft werden.

Die Kammer der Evangelischen Kirche in Deutschland für öffentliche Verantwortung ist sich wohl bewußt, daß sie für die von ihr gesehene Aufgabe nur Anregungen und Perspektiven formulieren kann; sie stellt mit ihrer Ausarbeitung Fragen an die Politiker, deren Beantwortung noch offen ist, und nimmt Erwartungen auf, denen sie nicht voll befriedigend genügen kann. Sie konnte und wollte es nicht als ihre Aufgabe ansehen, durch eine Stellungnahme zur aktuellen, hochspezialisierten Diskussion um das militärische Gleichgewicht und die Notwendigkeit von Modernisierungen der Rüstung der Blickverengung auf die militärische Dimension der Kriegsverhinderung und Friedenssicherung weiteren Vorschub zu leisten. So notwendig diese Diskussion auch ist, so sah die Kammer ihre vordringliche Aufgabe doch darin, eine erneute und hoffentlich weiterführende Diskussion der politischen Verantwortung für den Frieden anzuregen. Sie legt deshalb dem Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland eine Denkschrift im eigentlichen Sinne vor: Eine Ausarbeitung, die den Christen und Gemeinden und der Öffentlichkeit Hilfe und Anstoß zum Bedenken, zur Urteilsbildung und zur Klärung der Verantwortung für den Frieden geben soll, sowie bestimmte Anregungen, was Kirchen und Christen jetzt für den Frieden tun können.

Die Furcht vor einem Krieg ist rasch gewachsen

Teil A

I. Akute Gefahren für den Frieden

1. Die Verschärfung der Lage

Die Furcht vor einem Krieg ist in West und Ost mit dem Beginn der achtziger Jahre rasch gewachsen. Das zeigen nicht nur Meinungsbefragungen, es schlägt sich auch in der intensiven, zum Teil polarisierten Diskussion, auch in großen Demonstrationen nieder. Eine Protestbewegung gegen die ungebrochene Fortsetzung der bisherigen Sicherheitspolitik hat sich formiert. Aktuelle Ereignisse haben längerfristige Entwicklungen, die den Frieden bedrohen, deutlicher als zuvor öffentlich bewußt gemacht, und zwar nicht nur in der Bundesrepublik Deutschland, sondern auch in den westeuropäischen Nachbarstaaten, nicht zuletzt auch in der Deutschen Demokratischen Republik. Die Rüstung hat weltweit in den vergangenen Jahren ungeheuer zugenommen. Bemühungen, die Eskalation der Rüstung durch politische Vertrauensbildung, Offenlegung der Waffensysteme und vereinbarte Kontrollmechanismen zu verhindern, sind bisher gescheitert. Das Mißtrauen zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Sowjetunion hat sich in den letzten Jahren wieder vertieft. Im Westen verstärkt sich der

Eindruck, daß die Sowjetunion ihre Rüstung in einer Weise weiter ausbaut, die nicht durch ihre Sicherheitsinteressen zu rechtfertigen ist.

In Moskau wuchs die Angst vor einer Einkreisung durch die vier außersowjetischen Mächte: USA, China, Japan und Westeuropa. Auch herrscht dort die Befürchtung vor, daß der Westen seinen Vorsprung in der Rüstungstechnik weiter auszubauen versucht.

Im Westen ist die Besorgnis über die Stationierung eines neuen mobilen Raketenmodells mit größerer Reichweite (SS 20) in Osteuropa gewachsen. In Westeuropa besteht die Befürchtung, die Sowjetunion betreibe - unterhalb der Schwelle des Risikos eines nuklearen Krieges - eine Politik der Verängstigung und Einflußerweiterung. Die Sowjetführung sieht im NATO-Beschluß vom 12. Dezember 1979 über die Stationierung von neuen Mittelstreckenraketen und Marschflugkörpern in Europa (Pershing II und Cruise missiles), die weite Teile der westlichen Sowjetunion einschließlich der sowjetischen Hauptstadt vernichten können, und im Beschluß zur Herstellung von Neutronenwaffen neuartige Bedrohungen. In Westeuropa ist die Furcht, daß der dadurch beschleunigte Rüstungswettlauf außer Kontrolle geraten und zur Vernichtung Europas führen könnte, gewachsen.

Der Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan am 27. Dezember 1979 schreckte die öffentliche Meinung nicht nur bei den Westmächten, sondern weltweit auf. In den USA diente er den Kräften als Bestätigung, die schon vorher auf verstärkte Rüstungsanstrengungen ge-

drängt hatten. Das Gefühl nationaler Demütigung durch die langdauernde Geiselnahme im Iran gab dem Verlangen nach einer Politik der Stärke zusätzlich Auftrieb.

Die wirtschaftliche Krise und die Durchsetzung freier Gewerkschaften in Polen haben die innere Stabilität des Ostblocks verringert und seine Sensibilität nach außen dementsprechend erhöht. Dadurch verengt sich auch der Handlungsspielraum der Deutschen Demokratischen Republik gegenüber der Bundesrepublik Deutschland. Die Entspannung gerät in eine Krise.

2. Die Krise der Entspannung

a) Die Phase der Entspannung

Die Politik zwischen den Weltmächten und ihren Verbündeten stand seit Mitte der sechziger Jahre im Zeichen der Entspannung. Auch in diesen Jahren hat es eine lange Reihe blutiger Kriege und Völkermorde gegeben, vor allem im Vorderen Orient, in Südostasien und in Afrika. In vielen Ländern Asiens, Lateinamerikas und Afrikas hat nicht zuletzt der Zusammenstoß von repressiver und revolutionärer Gewalt die Form von Bürgerkriegen angenommen.

Trotzdem schienen die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion entschlossen, miteinander im Gespräch zu bleiben, um ihre widerstreitenden Interessen auszugleichen und ihre gemeinsamen Interessen durchzusetzen. Auch der Krieg in Vietnam hat diesen Prozeß nicht aufhalten können: Während

dort die Kämpfe tobten, kam es in Europa zu Verträgen zwischen der Bundesrepublik Deutschland auf der einen, der Sowjetunion, Polen und der Deutschen Demokratischen Republik auf der anderen Seite, die zu einer deutlichen Vermehrung von Kontakten, einem Wandel in den Beziehungen und einem Abbau von Ängsten führten. Dies gilt noch in höherem Maße für das Viermächte-Abkommen über Berlin vom 3. September 1971. Am 26. Mai 1972 wurde das Abkommen zur Begrenzung atomarer Interkontinentalraketen (SALT I) geschlossen.

Das 1979 unterzeichnete weiterführende Abkommen SALT II ist zwar in den USA nicht ratifiziert worden; seine Bestimmungen wurden aber bisher beiderseits eingehalten.

b) In Richtung auf Konfrontation

Viele Erwartungen, die an eine auf Entspannung gerichtete Politik geknüpft waren, haben sich nicht erfüllt. Einzelne Schritte und Methoden einer solchen Politik blieben, wie auch die Frage nach den Ursachen der Spannung, umstritten. Aus der weltpolitischen Gesamtszene wirken neue Spannungen auf unsere Region zurück, in der die beiden Weltmächte einander am unmittelbarsten konfrontiert sind. Entspannungspolitik wird in Zukunft noch schwieriger sein als seither.

Die Bilanz der vergangenen Jahre der Entspannungspolitik ergibt für die USA und ihre Verbündeten einen weitgehenden Mißerfolg in den Bemühungen um Rüstungskontrolle. Die Europäer jedoch

haben gute Erfolge in der wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und technischen Zusammenarbeit sowie in der Intensivierung der Kontakte und des kulturellen Austauschs mit den Ostblockstaaten zu verzeichnen. Besonders wir Deutschen verdanken diesen Erfolgen Verbesserungen in der Situation West-Berlins und im Verkehr mit den Menschen in der Deutschen Demokratischen Republik.

Die unterschiedliche Bilanz begründet jedoch verschiedene Zukunftsperspektiven von Europäern und Amerikanern.

Enttäuschung über die Stagnation des Entspannungsprozesses ist in unserem Land weit verbreitet. Sie unterstützt die Kriegsfurcht und verstärkt die Suche nach anderen politischen Wegen.

In der Sowjetunion und in anderen Staaten des Ostblocks werden auch von der dortigen Bevölkerung zunehmend die Schwierigkeiten des herrschenden Systems wahrgenommen, mit grundlegenden Aufgaben einer modernen Industriegesellschaft fertigzuwerden. Ein Hauptproblem besteht in der Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs. Mißerfolge in der Wirtschaft, so vor allem in der Landwirtschaft der Sowjetunion und anderer Ostblockstaaten wie Polen und Rumänien, machen das politische und wirtschaftliche System offenbar instabil.

Die auf Entspannung gerichtete Politik hat nicht nur das Netz gemeinsamer Interessen von Ost und West enger geknüpft. Sie hat zugleich die gesellschaftliche Ordnung von Staaten des Ostblocks aufgelockert. Bürger vertreten mit neuem Selbstbewußtsein ihre Interessen gegen-

über der politischen Führung, fordern mehr Freiheit und klagen - unter Berufung auf die Schlußakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa von 1975 in Helsinki - Verstöße gegen Menschenrechte an.

Die politischen Erschütterungen in Staaten des Warschauer Paktes verstärken die Gefahr, daß politische und wirtschaftliche Schwierigkeiten kompensiert werden durch militärische Stärke, militärische Präsenz oder auch militärische Aktion.

Die Sowjetunion hat die Phase der Entspannungspolitik auch zu Rüstungsanstrengungen genutzt, durch die sie ihre militärische Machtposition gegenüber dem Westen verstärkt hat. Dazu kommt, daß die Sowjetunion den Vereinigten Staaten in Ländern der Dritten Welt in einer Reihe gewichtiger Fälle wie Kuba, Angola, Mosambik, Südjemen, Äthiopien und Vietnam den Rang abließ, wobei sie sich teilweise Fehler der westlichen Politik zunutze machte. Freilich wurde dafür in anderen Fällen, so in China, Nordkorea, Ägypten, Somalia, Mali, die sowjetische Position entscheidend geschwächt.

Durch die politischen Mißerfolge in Südostasien, Zentralamerika und Afrika und die nationale Demütigung im Iran, durch wirtschaftliche Rückschläge und hohe Arbeitslosigkeit wurde das Selbstbewußtsein der USA als westliche Führungsmacht verletzt.

Die USA haben sich unter dem Eindruck der Möglichkeit, politisch gedemütigt und militärisch überholt zu werden, zu größeren militärischen Anstrengungen

»Niemand kann vorhersehen, ob nicht gerade da der Konflikt eskaliert, wo er am wenigsten erwartet wird«

und zu einer Politik der militärischen Stärke entschlossen, die sich auch in der Haushaltspolitik niederschlägt. Dabei dürfen die Stimmen, die nicht mehr nur militärisches Gleichgewicht, sondern militärische Überlegenheit fordern, nicht unterschätzt werden, auch wenn deren Einfluß auf die derzeitige amtliche Politik unterschiedlich beurteilt wird. Es kommt darauf an, daß diese Zielsetzung die praktische Politik nicht bestimmt, sondern daß durch die fest zugesagten Verhandlungen eine andere Entwicklung eingeleitet wird. Sonst erscheint ein beschleunigter Rüstungswettlauf als unvermeidlich.

c) Die Rüstungsspirale

Während in den siebziger Jahren der Gedanke an begrenzte atomare Auseinandersetzungen wegen der unübersehbaren Vernichtungsbedrohung nahezu vollkommen ausgeschlossen wurde, gewinnt er als Option in strategischen Überlegungen aufgrund der verfeinerten Waffentechnik neuerdings an Boden. Die inzwischen verfügbaren Atomwaffen lassen sich zielgenau und in ihrer Wirkung eingegrenzt auf Punkte der strategischen Bedeutung richten. Doch nicht nur die größere Zielgenauigkeit der atomaren Waffen, sondern auch der erhöhte Wirkungsgrad konventioneller Waffen lassen die Schwelle zum Einsatz der Waffen niedriger werden. Dies kann einerseits die Abschreckungswirkung gegenüber konventionellen Angriffen erhöhen, verstärkt aber andererseits die Gefahr der Eskalation. In dieser Situation wird die Funktion dieser Waffen für die Abschreckung wie auch das Konzept der Abschreckung selbst problematisch.

Trotz des rationalen Interesses, das beide Seiten nicht nur an Begrenzung und kooperativer Steuerung der Rüstung, sondern auch an effektiver Abrüstung zur Verminderung der durch die Hochrüstung verursachten Kosten und Gefahren haben müßten, ist bisher die Rüstungsschraube immer höher gedreht worden.

Weltweit liegen die Rüstungsausgaben über 1000 Milliarden DM im Jahr. Beide Seiten verfügen über ein Vielfaches des zur Vernichtung des Gegners genügenden Waffenpotentials. Unsicherheit über unaufgeklärte Kapazitäten des Gegners hat stets das ihre dazu beigetragen, das Bemühen um Erweiterung der eigenen Bedrohungs- und Vernichtungsmöglichkeiten in Gang zu halten.

Ein wesentlicher Grund für die Rüstungsspirale ist, daß auf beiden Seiten das jeweilige Bedrohungsgefühl von historischen und ideologischen Bewertungen abhängt, die einen rationalen Dialog erschweren. Die Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges haben das Sicherheitsbedürfnis der Sowjetunion, die Erfahrungen der Nachkriegsjahre das tiefstehende Mißtrauen gegen den Kommunismus im Westen verstärkt.

Für die Staaten des Ostblocks gilt es ebenso als Tatsache, daß der Westen seinen gegenwärtigen Einfluß in der Welt sichern und nach Möglichkeit ausbauen will, wie die westlichen Staaten davon überzeugt sind, daß „friedliche Koexistenz“ für kommunistische Regierungen die Unterstützung nationaler Befreiungsbewegungen in aller Welt und damit die Erweiterung ihrer Machtsphäre vorsieht.

Die unterschiedlichen politischen Strukturen bedingen auch unterschiedliche Formen der Information der Öffentlichkeit, der Meinungsbildung und der Entscheidungsprozesse. Mit diesen Unterschieden ist eine Erschwerung rationaler Wahrnehmung der Interessen und Absichten der jeweils anderen Seite verbunden.

3. Weltweite Risiken

a) Verschärfung der Rohstoffarmen Länder, Hunger und Arbeitslosigkeit

Die meisten Völker im südlichen Teil der Erde haben dieses Jahrzehnt mit weniger Hoffnungen begonnen als das letzte. Die Verschuldung fast aller Länder, die ihren Ölbedarf nicht aus eigener Produktion decken können, nimmt rapide zu und hat sich seit Mitte der siebziger Jahre vervielfacht.

Die Ölrechnung der Entwicklungsländer beträgt heute schon ein Mehrfaches dessen, was an Entwicklungshilfe (meist in Form billiger Kredite) in diese Länder fließt. Immer größere Teile der Exporteinnahmen müssen zur Bedienung von Schulden verwandt werden, immer größere Teile der neu und teuer aufgenommenen Kredite werden zur Verzinsung und Amortisation alter Schulden verwendet.

Auch Aufschub der Rückzahlungsverpflichtungen und Erlaß bestimmter Schulden für die ärmsten Länder entlasten diese kaum. Der Zeitpunkt ist abzusehen, in dem zahlreiche Länder ihre gesamten Exporteinnahmen für den Schuldendienst brauchen. Dies führt u. a. auch dazu, daß bei Umschuldungsaktionen der Internationale Währungsfonds drastische Auflagen für die Innen- und Wirtschaftspolitik beschließt und damit tief in die staatliche Selbstständigkeit dieser Länder eingreift. Dies alles kann zu verzweifelten Reaktionen führen.

Hunger und Arbeitslosigkeit in der Dritten Welt dürften in diesem Jahrzehnt eher zunehmen als abnehmen. Die oft verströmeten Menschen werden aber immer weniger bereit sein, dieses Elend hinzunehmen. Auch wenn sich schwer



INDIO IN BOLIVIEN: „Hunger und Armut in der Dritten Welt dürften in diesem Jahrzehnt eher zunehmen.“

Foto: Hans Domenig

einschätzen läßt, wann und in welcher Form dieses Elendspotential Konflikte auslösen wird, stellt es doch eine ständige Bedrohung des inneren und äußeren Friedens dar.

b) Die Situation der Schwellenländer

Es sind nicht nur die ärmsten Länder, deren Zahlungsbilanzen immer hoffnungsloser werden. Die Länder, die schon in einem beträchtlichen Maß industrialisiert und motorisiert sind (Brasilien, Türkei, Indien, Pakistan, Thailand, Südkorea u. a.), leiden relativ noch stärker unter der Ölpreisexposition. In jenen Ländern, die reichliche Einnahmen aus dem Öl zu überstürzter Industrialisierung genutzt haben, sind schwere Konflikte entstanden, die sich teils schon entladen haben (Iran), teils erst innere Erschütterungen erwarten lassen.

Hinzu kommt, daß viele Länder der Dritten Welt immer höhere Rüstungsausgaben haben. Kein Land der Dritten oder Vierten Welt hat zwar vorläufig die militärische Macht, einen Staat der großen Bündnisysteme anzugreifen. Das dürfte noch auf lange Zeit so bleiben. Der Rüstungsstand dieser Länder bedeutet in sich keine Gefährdung des Weltfriedens.

Doch ist ein Grund zur Sorge der unverhältnismäßig hohe Anteil, den auch bescheidene Rüstungen an den nationalen Haushalten beanspruchen. Internationale Kontrolle von Waffenlieferungen scheint kaum verwirklicht zu sein. Sie setzt eine Verständigung sämtlicher Lieferländer einschließlich der Sowjetunion und neutraler Staaten voraus. Zudem würden die Länder Lateinamerikas, Asiens und Afrikas allgemeine Liefer einschränkungen als eine Bedrohung ihrer Unabhängigkeit empfinden.

Auch wenn von den meisten dieser Länder keine direkte Bedrohung des Westens oder des Ostens ausgeht, gehört doch wenig militärische Macht dazu, die Weltmacht herauszufordern und zu demütigen (Vietnam, Iran). Hervorgehobene Spannungsherde wie im Nahen und Mittleren Osten bergen hohe Risiken militärischer Eskalation.

Die Weltmächte werden zunehmend vor Konflikten stehen, in denen sie ihre militärische Überlegenheit überhaupt nicht, wie z. B. bei der Geiselnahme im Iran, oder aber nur unter unannehmbaren Risiken ausspielen können. Dabei können Belastungsproben für Führung und Öffentlichkeit entstehen, die schwer durchzuhalten sind. Die Gefahr, daß das Eingreifen einer Weltmacht die andere auf den Plan ruft, hat zugenommen und könnte sich weiter steigern.

Niemand kann vorhersehen, ob nicht gerade da der Konflikt eskaliert, wo er am wenigsten erwartet wird. Vorhersehbar aber ist, daß die Probleme der internationalen Verteilung von Wirtschaftsgütern sich verdichten und daß die unterschiedliche Stärke der am Wirtschaftskampf Beteiligten ein latentes Konfliktpotential enthält. Um die Sicherung von Energiequellen, Öl, Uran und einigen anderen Rohstoffen befinden sich die Mächte schon jetzt in einem Wettlauf. Die öffentliche Diskussion darüber, ob die USA gut daran täten, die Ölquellen des Vorderen Ostens zu besetzen, auch die Besorgnisse, die Sowjetunion könne von Afghanistan aus dorthin durchstoßen, zeigen, welche Gefahren hieraus für den Frieden entstehen können.

c) Der Nahost-Konflikt

Eine besondere Gefahr für den Frieden ergibt sich aus dem Konflikt zwischen Israel und der arabischen Welt. Dieser Konflikt wird von zwei Seiten her gefährlicher. Einerseits wächst das Selbstbewußtsein der arabischen Völker, steigt die Macht der Ölländer, erneuert sich das islamische Bewußtsein, andererseits verhärtet sich die israelische Haltung, wie die Verschleppung der Autonomiefrage für das palästinensische Volk, die Siedlungspolitik, das Gesetz über Gesamt-Jerusalem als „ewige Hauptstadt“, zeigen. Auch die Verstärkung der innerislamischen und innerarabischen Differenzen behindert nicht nur die Handlungsfähigkeit der arabischen Staaten gegenüber Israel, sondern kann auch die ganze Region in einen Strudel ziehen.

d) Verschärfung der öffentlichen Auseinandersetzung in Westeuropa

Die Art und Weise, in der viele Menschen die politische Situation in Westeuropa wahrnehmen, hat sich in den letzten Jahren deutlich verändert. Eine neue Bewegung für den Frieden hat sich formiert. In ihr drückt sich zugleich Unmut innerhalb der jungen Generation über Mangel an Perspektiven für die Zukunft aus. Die Identifikation mit unserem Staatswesen erweist sich als abhängig von positiver Zukunftserwartung. Wirtschaftliche Krise, Bildungsmisere, Arbeitslosigkeit – besonders unter Jugendlichen –, Inflation erzeugen ein kritisches Potential. Die Unüberschaubarkeit technischer, wirtschaftlicher und politischer Zusammenhänge, die bei den Problemen der Energieversorgung, des Umweltschutzes oder der Abrüstung erkennbar wird, verstärkt vielfach das Mißtrauen gegen und die Ablehnung von Grundlinien unserer gesellschaftlichen Entwicklung auf allen Gebieten. Die Berufung auf Sachzwänge nimmt überdies vielen Menschen die Hoffnung, durch eigene Aktivität etwas bessern zu können. Der NATO-Beschluß vom 12. Dezember 1979 über die Rüstung mit neuen eurostrategischen Waffen führte zu einer scharfen innenpolitischen Konfrontation: während die Friedensbewegung den in der geplanten Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen in Westeuropa fortgesetzten Prozeß von Drohung und Gegendrohung als Risiko für unsere eigene Sicherheit einstufte, das eine qualitativ neue Situation schaffen und eine akute Bedrohung des Weltfriedens darstellen würde, schätzten andere die militärische Lage als weniger dramatisch ein und befürchteten vor allem einen Verlust an politischer Handlungsfähigkeit nach innen und außen.

den darstellen würde, schätzten andere die militärische Lage als weniger dramatisch ein und befürchteten vor allem einen Verlust an politischer Handlungsfähigkeit nach innen und außen.

4. Rüstung und Sicherheit

a) Kein Durchbruch zur Abrüstung

Rüstung wird vorläufig als unverzichtbares Element der Sicherheitspolitik angesehen. Ein Durchbruch zu alternativen Sicherheitsvorkehrungen läßt sich angesichts des tief verwurzelten beidseitigen Mißtrauens nur in langsamen Schritten und wegen der beiderseitigen Bündnisverpflichtungen nur multilateral vorstellen. Dennoch wird mit den gestiegenen Risiken der Rüstung das Bemühen um Abrüstung ebenfalls ein unverzichtbares Element der Sicherheitspolitik. Vertrauensbildende Maßnahmen im außermilitärischen Bereich können und müssen solche Schritte vorbereiten. Sicherheit ist offenbar noch nicht ohne, aber auch keinesfalls mehr allein durch Rüstung herzustellen. Neben die Aufgabe der militärischen tritt zunehmend die der politischen Sicherheitsgarantie.

Überblickt man das ausgedehnte Feld der Bemühungen um Begrenzung des Rüstungsstandes, so kann zwar eine Stärkung des allgemeinen Bewußtseins von der Notwendigkeit und Dringlichkeit des Hinwirkens auf Rüstungsbegrenzung festgestellt werden. Eine grundlegende Umkehr des allgemeinen Trends zur weiteren Rüstungssteigerung ist aber noch nicht erreicht worden. Hierzu würde es der Mitwirkung aller Mächte bedürfen, vor allem auch der Supermächte.

Auch wenn ein Durchbruch zu einer entscheidenden Begrenzung des Rüstungsstandes nicht erreicht worden ist, so gibt doch die Absicht zur Fortführung von Verhandlungen eine Möglichkeit zur Weiterführung der Entspannung.

b) Gleichgewicht

Ein stabiles Verhältnis zwischen Machtblöcken läßt sich im allgemeinen nur unter der Bedingung eines ungefähren Gleichgewichts halten, sofern Stabilität nicht durch Unterordnung erreicht werden soll. Deshalb soll die beiderseitige Abschreckung vor militärischen Aktionen der Stabilität dienen. Sie soll diesen Dienst solange leisten, bis sich auf andere

Weise ein Gleichgewicht sicherstellen läßt, das Stabilität gewährleistet.

Unter dem Gesichtspunkt militärischer Sicherheit ist ein Gleichgewicht dann gegeben, wenn jeder der Gegner über ausreichende Fähigkeit zur Abschreckung verfügt. Die Abschreckung ist glaubwürdig, wenn militärische Mittel gegeben sind, einem Angreifer so schweren Schaden zuzufügen, daß er ihn nicht in Kauf nehmen kann und die Bereitschaft überzeugend ist, daß sie gegebenenfalls eingesetzt werden. Es geht also beim militärischen Gleichgewicht nicht so sehr um die gleiche Zahl oder um die Gleichartigkeit von Waffen, sondern darum, daß die erzielbaren Wirkungen gleichwertig sind.

Aber die Beurteilung militärischen Gleichgewichts steht vor ungeheuren Schwierigkeiten. Art und Menge der Waffen müssen auf die jeweilige strategische Lage und das militärische Konzept des Gegners, seine innere Stabilität und die Verlässlichkeit seiner Verbündeten bezogen werden. Schon die Beurteilung des militärischen Gleichgewichts in Europa verlangt, daß eine Vielzahl nicht quantifizierbarer Faktoren einbezogen werden, so vor allem die unterschiedlichen strategischen Ziele von NATO und Warschauer Pakt, die unterschiedliche Rolle der eurostrategischen Waffen in der strategischen Gesamtplanung, das Zusammenspiel von konventionellen und nuklearen Streitkräften, aber auch die Unverletzlichkeit der Waffen vor dem Einsatz, ihre Eindringfähigkeit ins gegnerische Zielgebiet, die Flexibilität ihres Einsatzes und vieles andere.

Bei einem globalen geostrategischen Gleichgewicht muß sich Westeuropa im Nachteil befinden; soll aber in Europa ein regionales Gleichgewicht bestehen, sieht sich die Sowjetunion neben einem gleich starken Westeuropa zusätzlich noch den Kräften der USA, Japans und Chinas gegenüber.

Aus diesen Gründen hat es sich schon in den siebziger Jahren als unerhört schwierig erwiesen, die Vorstellungen beider Seiten von militärischem Gleichgewicht in Einklang zu bringen. Dies wird in diesem Jahrzehnt noch schwieriger werden, wenn die Sowjetunion die immer stärker werdenden ostasiatischen Kräfte China und Japan in ihre Rechnung einbezieht.

Außerdem ist das durch Hochrüstung bewirkte Gleichgewicht stets gefährdet, durch technische Entwicklungen nicht weniger als durch politische Veränderung-

gen. Die Logik der Abschreckung, die auf der glaubwürdigen Bedrohung des Gegners beruht, verlangt deshalb immer neue Rüstungsanstrengungen und erzeugt so die Spirale von Rüstung und Gegenrüstung.

Sicherheit ist auch nicht alleine eine Funktion des militärischen Gleichgewichts, sondern ebenso der sozialen, politischen und ökonomischen Gewichte. Die innere Stabilität läßt sich in den totalitären Staaten und im Bündnis des Ostens ungleich schwerer abschätzen als in westlichen Demokratien. Eine Schwierigkeit liegt zweifellos in der Unverrechenbarkeit militärischer Stärke mit sozialen, politischen und ökonomischen Faktoren. Trotzdem dürfen sie nicht vernachlässigt werden.

Kann auch die militärische Sicherheit Westeuropas im Sinne der Abschreckungsfähigkeit zur Zeit als gewährleistet gelten, so unterliegen doch die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Staaten des Ostblocks und denen Westeuropas neben ihren politischen Effekten erheblichen Risiken; sie fallen zusätzlich zu denen der Hochrüstung und des Rüstungswettlaufs ins Gewicht, solange die Konfrontation andauert.

c) Vertrauensbildende Maßnahmen

Schon für eine vorwiegend an Kategorien militärischer Sicherheit orientierte kooperative Rüstungssteuerung führt kein Weg an Verhandlungen zwischen den beiden großen Bündnisystemen vorbei. Das gilt erst recht, wenn man vermeiden will, daß sich das Wettüben in sogenannte Grauzonen verlagert, das heißt in Rüstungsmaßnahmen, die in die kooperative Steuerung nicht einbezogen sind, und zu einer wirklichen Reduktion der Rüstung kommen will.

Der Erfolg solcher Verhandlungen wird begünstigt, wenn es gelingt, Mißtrauen und andere irrationale Widerstände zu verringern und die Sicherheitsvorkehrungen auf ein breiteres als das militärische Fundament zu stellen. Die Durchflechtung gegenseitiger Interessen im sozialen, politischen und ökonomischen Bereich ist nicht nur geeignet, Mißtrauen und Ängste zu beseitigen. Auch wenn sie gegenseitige Abhängigkeiten schafft und Pressionen möglich macht, ist der langfristige Nutzen für eine politische Sicherung des Friedens wesentlich höher als die überschaubaren Risiken.

Zu vertrauensbildenden Maßnahmen können, neben den heute praktizierten, auch einseitige Vorleistungen wie die Zurückstellung von Modernisierungsmaßnahmen mit dem Ziel von Verhandlungen zählen, wenn sie das Gleichgewicht in dem beschriebenen umfassenderen Sinn nicht außer Kraft setzen. Allerdings muß dabei vermieden werden, daß mangelhafte Abstimmung solcher Vorleistungen mit dem Stand der Verhandlungen deren Erfolg gefährdet.

Im Rahmen vertrauensbildender Maßnahmen gewinnt auch die Prüfung der Möglichkeit einer allmählichen Umrüstung auf Waffen Gewicht, die typisch defensiven Charakter haben, also für die Führung von Angriffskriegen ungeeignet sind.

Die Bundesrepublik Deutschland hat wegen ihrer Position an der Nahtstelle der beiden Systeme, wegen der Erinnerung an die beiden Weltkriege und der schmerzlichen Teilung Deutschlands in zwei Staaten ein besonderes Interesse an der Minderung der Spannungen zwischen den Machtblöcken und an einer Verringerung der durch das Wettüben gegebenen Gefahren. Die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland ist eingebettet in das westliche Bündnis. Deshalb kann diese nur in Abstimmung mit ihren Partnern handeln. Aber sie kann im Rahmen dieser Partnerschaft auch ihren Einfluß geltend machen, daß alle Möglichkeiten genutzt werden, effektive Rüstungsbegrenzung zu erreichen und zugleich den Kurs von bloßer Rüstungsbegrenzung auf wirkliche Abrüstung zu lenken.

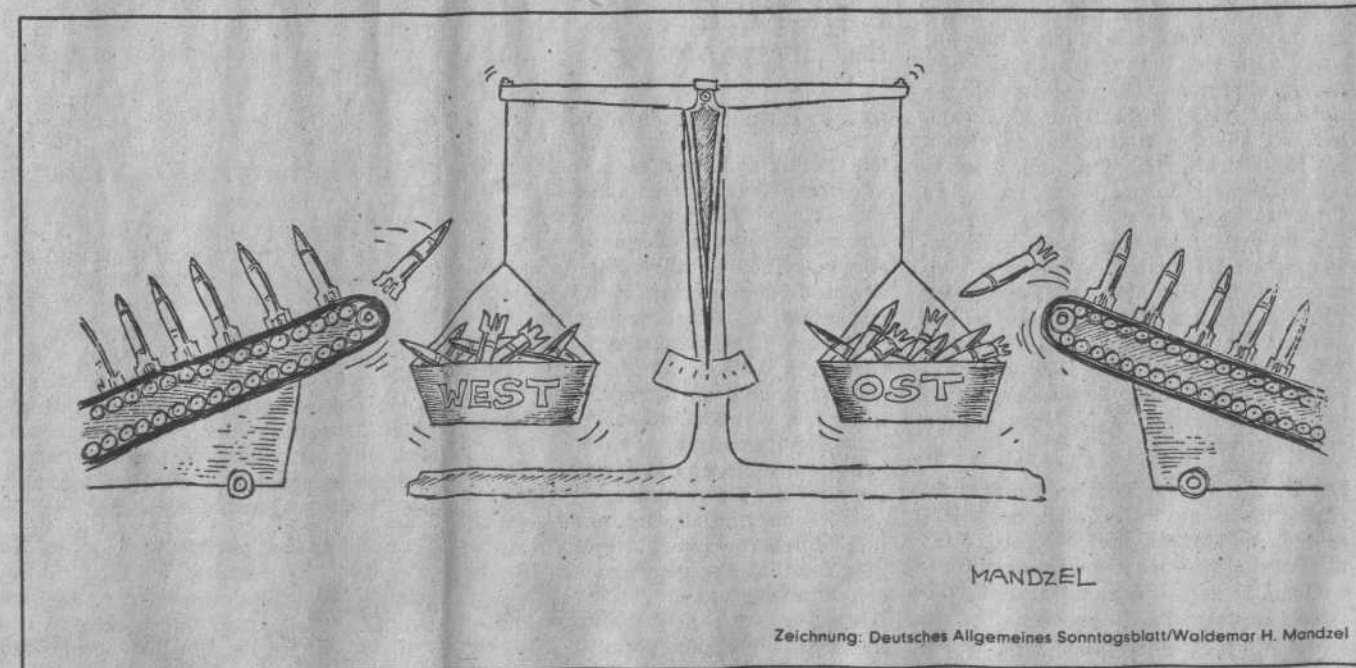
II. Politische Bemühungen um Sicherung des Friedens nach 1945

1. Für eine internationale Friedensordnung

a) Rechtliche Voraussetzungen

Einen Ausgangspunkt für die Sicherung des Friedens stellt die seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges vollzogene grundsätzliche ethische Verurteilung der Mittel des Krieges und der Gewalt in der internationalen Politik dar. Im Unterschied zu früheren Epochen, die den Krieg als ein mögliches Instrument der Machtausübung anerkannten und dem Frieden keinen absoluten Wert beimaßen, erscheinen der Angriffskrieg und die Anwendung von Gewalt gegen andere Völker in der Gegenwart als verwerflich und unrechtmäßig.

Die Erhaltung und Sicherung des Friedens ist ein Hauptgebiet der internationalen



Zeichnung: Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt/Waldemar H. Mandel

»Die Wege zum Weltfrieden führen durch eine Zone äußerster Gefährdung des Rechts und der Freiheit«

len Zusammenarbeit geworden. Die Vereinten Nationen haben dem Frieden einen großen Teil ihrer Tätigkeit gewidmet. Grundlage dieser Bemühung ist das in der Charta der Vereinten Nationen ausgesprochene Verbot von Krieg und Gewalt und die Verpflichtung der Mitgliedsstaaten zur friedlichen Lösung ihrer Streitigkeiten (Artikel 2,4 der Charta). Auch wird heute allgemein anerkannt, daß der Gedanke des Friedens weit über die Nichtanwendung von Gewalt hinausreicht, daß es notwendig das Bestreben einschließen muß, vorhandene Spannungen und Interessengegensätze zu erkennen und an ihrer Überwindung zu arbeiten.

Freilich: Ein übergeordnetes, wirksames System der Friedenssicherung ist daraus nicht entstanden. Denn die Staaten sind souverän und unabhängig geblieben, und die Eingriffsmöglichkeiten der Vereinten Nationen sind begrenzt. Die Tatsache, daß sich keine kriegerische Auseinandersetzung rechtfertigen läßt, hat noch keinen rechtlichen Ausdruck finden können. Die Staaten haben für ihre Sicherheit vielmehr das in der Charta der Vereinten Nationen anerkannte Recht der Selbstverteidigung (Artikel 51) aufrecht erhalten und ihren Schutz im Aufbau eigener Streitkräfte und in Allianzen gesucht.

Eine internationale Friedensordnung, die Bedingungen des Zusammenlebens von Menschen und Staaten herbeiführt, welche Gewaltanwendung ablehnen und Gerechtigkeit zunehmen lassen, erscheint vorläufig außer Reichweite. Durch sie würden alle Probleme sich radikal verändern, wenn auch nicht gelöst sein.

b) Blockbildung und Hochrüstung

Die Länder Westeuropas haben gegenüber der überwältigenden Macht der Sowjetunion ihre Sicherheit in der Verbindung mit den Vereinigten Staaten gesucht; diese Allianz hat zum Aufbau starker militärischer Kräfte an der quer durch Europa verlaufenden Grenzlinie geführt. Das Vertrauen in solche Vorkehrungen bleibt aber an der unbestimmte Vorstellung eines Gleichgewichts der Kräfte und an die unsichere Wirksamkeit der Abschreckung gebunden. Manche Staaten verfolgen demgegenüber eine Politik der Blockfreiheit, des Fernbleibens von Allianzen. Doch auch hier spielt der Aufbau einer Verteidigung für die Erhaltung der Unabhängigkeit eine wichtige Rolle.

2. Die Bestrebungen der Rüstungskontrolle

Die Gefahren und Unsicherheiten einer internationalen Lage, in der Frieden und Sicherheit auf der Vorstellung des Gleichgewichts der Macht und auf einem hohen Rüstungsstand beruhen, haben seit den sechziger Jahren zu Bemühungen um Begrenzung der Rüstungsanstrengungen und Verminderung von Spannungen durch den Ausbau internationaler Zusammenarbeit geführt. Es ist in der Tat gelungen, auf diesem Wege einen gewissen Abbau der Gegensätze zu bewirken und in einer Reihe von Vereinbarungen Fortschritte in der Begrenzung der Rüstungen zu erzielen.

a) Aktionen der Vereinten Nationen

Den universellen Rahmen verkörpern zu nächst die Aktionen der Vereinten Nationen. Sie erhielten 1962 einen Mittelpunkt in der Abrüstungskommission, die seit 1978 reorganisiert wurde und der sich seitdem auch das bisher fernstehende Frankreich angeschlossen hat. Das wichtigste Resultat dieser Arbeiten ist die Konvention gegen die Verwendung bakteriologischer Waffen vom 10. April 1972. Eine gleiche Abrede über die Ausschaltung chemischer Waffen steht seit Jahren aus. Von der Genfer Kommission sind auch Anregungen zu den Abkommen gegen die Verwendung des Meeresbodens für nukleare Waffen (vom 11. Februar 1971) und für die Neutralisierung des Weltraums (vom 27. Januar 1967) ausgegangen.

Im Jahre 1978 haben die Vereinten Nationen als 10. Sonder-Generalversammlung eine Konferenz über Abrüstung abgehalten, deren Schlußbericht die drohende Gefahr zunehmender Rüstung und die Notwendigkeit einer Beschränkung der militärischen Ausgaben im Interesse der wirtschaftlichen Entwicklung der Welt hervorhebt; die Verantwortung der Vereinten Nationen für diese Aufgabe wird unterstrichen. Ausschüsse befassen sich mit den Folgerungen der Konferenz. Zu ihnen gehört das Verlangen nach vollständiger Einstellung von Atomwaffenversuchen sowie die Errichtung kernwaffenfreier Zonen. Insgesamt haben freilich diese Bemühungen der Vereinten Nationen um Rüstungsbegrenzung nur beschränkte Ergebnisse erzielt.

b) Nichtverbreitung von Atomwaffen

Von grundlegender Bedeutung für die Sicherung des Friedens sind die Bestrebungen, die – außerhalb des Rahmens der Vereinten Nationen – von führenden Mächten zur Beschränkung der Ausbreitung nuklearer Waffen unternommen



FRIEDENSDISKUSSION beim Hamburger Kirchentag: Die Lehre vom gerechten Krieg ist auf den Atomkrieg nicht mehr anwendbar.

Foto: Manfred Vollmer

worden sind. Sie haben zwar nicht den Grundsatz der vollen Abschaffung nuklearer Waffen aufgegriffen, sondern erkennen den in den fünfziger Jahren erreichten Stand der Ausbreitung nuklearer Waffen an, suchen aber durch rechtliche Verpflichtungen und durch Maßnahmen zur Überwachung der friedlichen Nutzung der Kernenergie die Erweiterung des Kreises der nuklearen Mächte zu verhindern.

Nach dem Vertrag vom 5. August 1963, der oberirdischen Testversuche verbietet (dem sich freilich weder Frankreich noch China noch einige andere technisch fortgeschrittene Länder angeschlossen haben) war der entscheidende Ausdruck dieser Absicht der Nichtverbreitungsvertrag vom 1. Juli 1968, der den Unterzeichnern, die keine atomaren Waffen besitzen, deren Herstellung oder Erwerb und den Atommächten die Weitergabe ihrer Kenntnisse und Technik untersagt. Die Ausdehnung des Besitzes nuklearer Waffen auf weitere Staaten würde die Gefahr eines Einsatzes dieser Waffen oder einer ungewollten Eskalation sehr vergrößern.

Die Ergänzung dieses Vertrages bildet das Netz der Kontrolle der Anlagen für friedliche Atomenergie, das in Zusammenarbeit mit der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) und der Europäischen Gemeinschaft (EURATOM) eingerichtet und durch ergänzende Abkommen verfeinert worden ist. Dieser Vertrag ist weder von Frankreich noch von China noch einer Reihe von anderen Staaten angenommen worden. Die Bundesrepublik Deutschland hatte bereits am 23. Oktober 1954 gegenüber den westlichen Alliierten ihre Verpflichtung bestätigt,

nicht nach atomarer Bewaffnung zu streben; sie hat sich dem Nichtverbreitungsvertrag angeschlossen. Dieser Vertrag kann allerdings keine wirkliche Sicherheit gegen die Ausbreitung der Kernwaffen gewährleisten.

1974 hat Indien einen atomaren Sprengsatz gezündet. Bei anderen Ländern wie Israel und der Republik von Südafrika wird vermutet, daß sie diese Waffe besitzen oder jedenfalls rasch produzieren könnten. Weitere Länder, wie etwa Pakistan, streben ersichtlich nach dem Besitz von Atomwaffen. Der Vertrag von Tlatelolco vom 14. Februar 1967, der Lateinamerika zur kernwaffenfreien Zone erklärt und von den Atommächten die Achtung dieser Bestimmung fordert, ist nur von einer begrenzten Zahl lateinamerikanischer Länder und kaum von anderen Staaten unterzeichnet worden. Die Bestrebungen, Afrika südlich der Sahara zur kernwaffenfreien Zone zu erklären sowie neuere Bemühungen, den Indischen Ozean zu einem Bereich des Friedens zu deklarieren, haben trotz Unterstützung durch Resolutionen der Generalversammlung der Vereinten Nationen bis jetzt zu keinem Ergebnis geführt. Auch das Bemühen, durch eine Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen Kernwaffen aus Afrika fernzuhalten, hat bis jetzt keine entsprechende Vereinbarung erbracht.

Zu verhindern, daß Kernwaffen breit über die Welt gestreut werden, ist sicherlich ein wesentlicher Beitrag zur Erhaltung des Friedens. Aber wenn die großen Mächte die nuklearen Waffen beibehalten, so bleibt das Risiko ihres Einsatzes fortbestehen; mit der technischen Weiterentwicklung dieser Waffen wächst dieses

Risiko. Das Leben auf der Erde ist dadurch bedroht. Zugleich bringt die zunehmende Anwendung der nuklearen Technik für die Energieerzeugung die Gefahr mit sich, daß die Überwachung angereicherter Uranstoffe verletzt wird und Staaten solche beiseite bringen, um damit Kernwaffen zu bauen. An diesem Punkt verschränken sich die Bestrebungen um weltweite und effektive Kontrolle nuklearer Anlagen wegen ihrer Gefahren für Umwelt und Leben mit den Bemühungen um Rüstungskontrolle.

c) Rüstungsbegrenzung

Die zwischen den beiden Supermächten wiederholt aufgenommenen Verhandlungen um die Begrenzung der beiderseitigen atomaren Rüstung sollten eine weltweite Verständigung über Rüstungssteuerung einleiten. Sie fand ihren ersten Ausdruck im Abkommen über Rüstungsbegrenzung (SALT I) vom 26. Mai 1972, dem das seit 1973 verhandelte zweite Abkommen vom 18. Juni 1979 (SALT II) gefolgt ist. Das erste Abkommen begrenzte die Zahl der von beiden Seiten unterhaltenen atomaren Geschosse zu Land und zur See sowie einiger Trägerwaffen. Auf die Aufstellung von Abwehrsystemen gegen ballistische Raketen (ABM) wurde verzichtet. Die zweite Vereinbarung legt erneut einen Maximalbetrag der beiderseitigen Interkontinentalwaffen und zugehörigen Träger fest und fügt einige weitere Beschränkungen hinzu. Offen bleibt in diesen Verträgen der Bereich der nuklearen Waffen mit mittlerer (europäischer) Reichweite. Die Beratungen über die Annahme der zweiten Vereinbarung im amerikanischen Senat wurden nach der Invasion der Sowjetuni-

on in Afghanistan ausgesetzt. Der Präsident der USA, Ronald Reagan, hat sich darauf festgelegt, zwar das Abkommen in seiner jetzigen Form nicht zu ratifizieren, aber neue Verhandlungen anzustreben und den SALT-Prozess insgesamt weiter zu verfolgen.

Eng mit der Beziehung der Supermächte sind die 1973 in Wien eröffneten Verhandlungen zwischen Staaten der NATO und den Mächten des Warschauer Paktes über Rüstungsbegrenzung im Bereich konventioneller Waffen verknüpft (beiderseitige ausgewogene Truppenverminderung: MBFR). Hier sind wiederholt Vorschläge unterbreitet worden, doch kam es bisher wegen der fehlenden Einigung über die ausschlaggebenden militärischen Daten und über die Struktur des Reduzierungsabkommens zu keinem greifbaren Ergebnis.

d) Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

Endlich ist eine neue Ebene rüstungsbegrenzender Vereinbarungen eröffnet worden, indem die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) in Helsinki in ihrer Schlußakte vom 1. August 1975 sich für die Einsetzung vertrauensbildender Maßnahmen aussprach, die vor allem in der gegenseitigen Benachrichtigung über größere Truppenbewegungen und Manöver bestehen. Die Schlußakte von Helsinki, die keine völkerrechtlich verbindliche Vereinbarung, wohl aber eine praktisch-moralische Verpflichtung darstellt, ist im Bereich der vertrauensbildenden Maßnahmen militärischer Art beachtet worden. Solche vertrauensbildenden Maßnahmen spielen auch auf der im Oktober 1980 in Madrid eröffneten zweiten Folgekonferenz für Helsinki eine erhebliche Rolle.

III. Kirchliche Stimmen zur Friedensdiskussion

1. Die Kontroversen um den kirchlichen Beitrag zum Frieden

In der heutigen Friedensdiskussion ist es wichtig, sich die Kontroversen zu vergegenwärtigen, die in Deutschland in den Jahrzehnten seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges über die Wiederbewaffnung und über die nuklearen Waffen stattgefunden haben. Die große Leidenschaft, mit der dieser Streit ausgetragen wurde, beruhte zum einen auf der Veränderung, die militärische Gewalt im Atomzeitalter durch die neuen Waffensysteme erfahren hat. Zum anderen war vielen Menschen bewußt, daß die deutsche Wiederbewaffnung im Widerspruch zu der Hoffnung auf die Wiedervereinigung Deutschlands stand. Schließlich empfanden viele die Spannung zwischen der erneuten Aufstellung militärischer Streitkräfte und der Aufgabe einer geistigen und sittlichen Selbstbesinnung des deutschen Volkes. Solche Fragen wirken bis heute nach. Die Probleme militärischer Rüstung und die Stellung der deutschen Staaten zwischen den Weltmächten sind in der gegenwärtigen Situation erneut heftig umstritten.

Seit 1945 hat die Evangelische Kirche in Deutschland, die über die sich herausbil-

denden Grenzen hinweg weiterhin organisatorische Gemeinschaft behielt, die Aufgabe des Friedens als eine besondere Herausforderung anerkannt. Die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland in Berlin-Weißensee 1950 sagte:

„Ungezählte geängstigte Menschen in der ganzen Welt schreien heute nach Frieden; sie leben in der ständigen Angst und Sorge, es möchte abermals zum Kriege kommen. Noch ist der letzte Krieg nicht beendet, und schon wird wieder zum Krieg gerüstet. Unser eigenes Volk ist wehrlos in die Hände der Mächte gegeben, die sich voll Mißtrauen gegenüberstehen. Der „Eiserne Vorhang“ zerschneidet den Leib unseres Volkes und jeden Augenblick können hier Konflikte größten Ausmaßes entstehen. Dabei weiß niemand, was mit der Menschheit wird, wenn die modernen Vernichtungswaffen zur Anwendung kommen in einem Kriege, den dann niemand in der Hand hat.“ Im Blick auf die heutige Diskussion beschränken wir uns darauf, an drei markante Äußerungen zu erinnern, die in der kirchlichen Diskussion bis heute nachwirken.

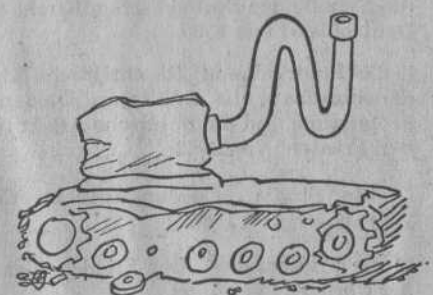
a) Die „Heidelberger Thesen“ über „Krieg und Frieden im Atomzeitalter“ von 1959

Der für die weitere Diskussion wichtigste Beitrag aus der evangelischen Kirche zur Auseinandersetzung um die nuklearen Waffen waren die „Heidelberger Thesen“ über „Krieg und Frieden im Atomzeitalter“ von 1959.

Sie beginnen mit der Aussage, daß der Weltfriede zur Lebensbedingung des technischen Zeitalters wird und daß der Krieg in einer andauernden und fortschreitenden Anstrengung abgeschafft werden muß. Obwohl die Notwendigkeit des Weltfriedens eine allen zugängliche Einsicht der Vernunft ist, haben die Christen auf dem Weg zu ihm die besondere Aufgabe, zu Schritten beizutragen, die nicht von der Angst bestimmt sind. Die tätige Teilnahme an der Arbeit für den Frieden ist ihre einfachste und selbstverständliche Pflicht. Die Wege zum Weltfrieden führen durch eine Zone äußerster Gefährdung des Rechts und der Freiheit.

Die Kriterien der überlieferten Lehre vom gerechten Krieg sind auf den Atomkrieg nicht mehr anwendbar. Die Voraussetzungen, unter denen die Regeln des Kriegsvölkerrechts in diesem Jahrhundert entwickelt wurden, haben sich so verändert, daß die Befolgung dieser Regeln nicht mehr zu erwarten ist.

Die Bürger der westlichen Welt stehen vor dem Dilemma, „ob sie die Rechtsordnung der bürgerlichen Freiheit durch Atomwaffen schützen oder ungeschützt dem Gegner preisgeben wollen“. Die angesichts der Atomwaffen getroffenen, einander entgegengesetzten Gewissens-



Zeichnung: DS/Ilias Skoulios

entscheidungen müssen als komplementäres Handeln verstanden werden. Ihr gemeinsamer Grund muß das Ziel der Vermeidung des Atomkrieges und der Herstellung des Weltfriedens sein. „Keine Handlungsweise, die nicht auf diesem Grund ruht, scheint uns für einen Christen möglich.“

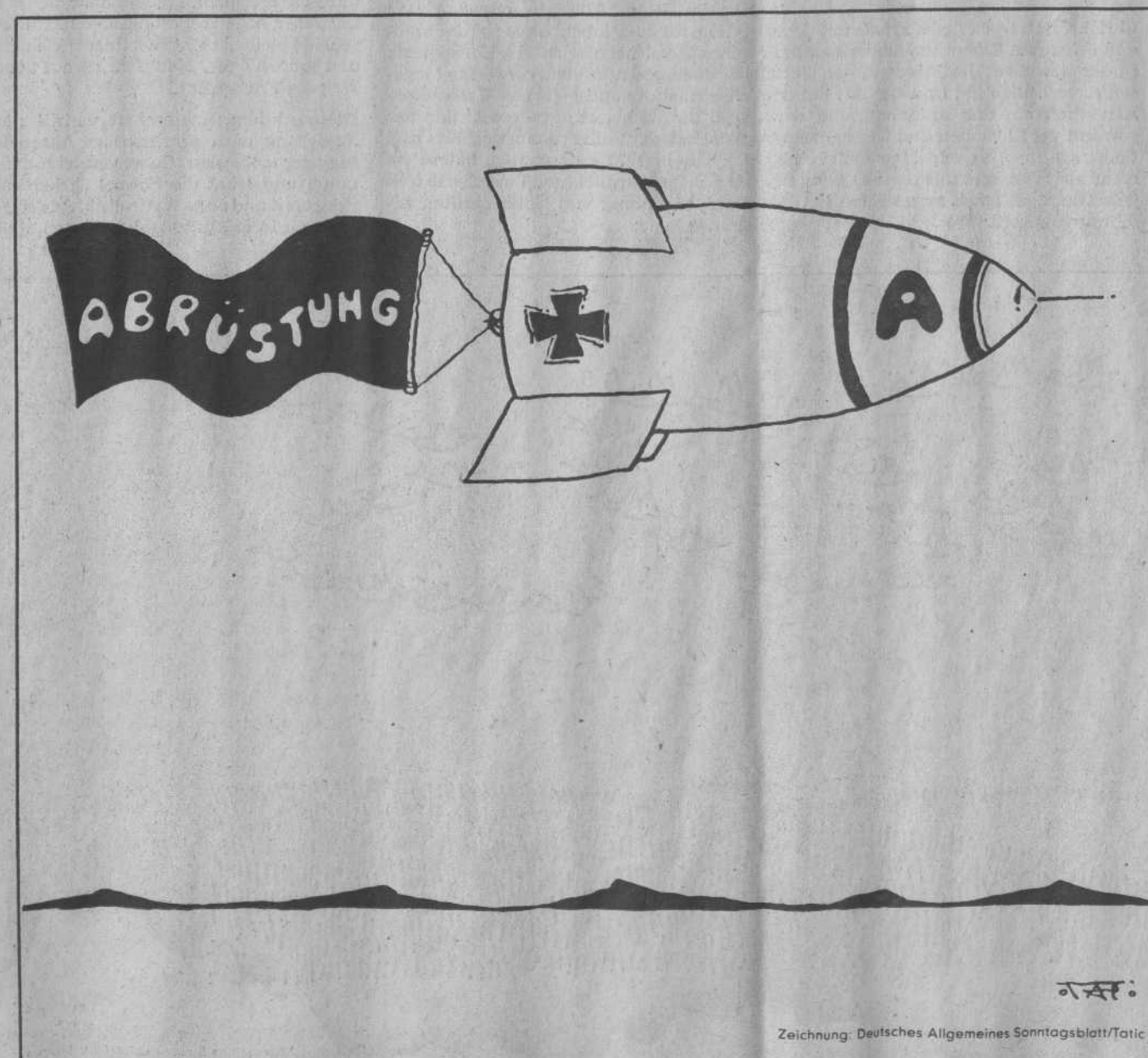
In ihrem Grund gehören die einander entgegengesetzten Entscheidungen zusammen – in ihrem Inhalt schließen sie einander aus. Jede dieser Entscheidungen beschwört je für sich das Risiko herauf, das die jeweils andere Haltung vermeiden will. „Es kann sein, daß der eine seinen Weg nur verfolgen kann, weil jemand da ist, der den anderen Weg geht.“ (Zu These VI)

Aus diesen Einsichten wird gefolgert: „Die Kirchen muß den Waffenverzicht als eine christliche Handlungsweise anerkennen“ (These VII), „die Kirche muß die Beteiligung an dem Versuch, durch das Dasein von Atomwaffen einen Frieden in Freiheit zu sichern als eine heute noch mögliche christliche Handlungsweise anerkennen“ (These VIII).

b) Die Formel „Friedensdienst mit und ohne Waffen“ vom Deutschen Evangelischen Kirchentag 1967

Der Gedanke der Komplementarität wurde in der anschließenden kirchlichen Diskussion ausgeweitet auf die Frage nach dem Verhältnis von Wehrdienst und Kriegsdienstverweigerung. Für dieses Verhältnis wurde aus Anlaß des Deutschen Evangelischen Kirchentages 1967 die Formel geprägt: „Friedensdienst mit und ohne Waffen“.

Sie sollte dazu beitragen, daß die Anerkennung derer, die das grundlegende Recht der Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen in Anspruch nehmen, und die Leistung der Wehrpflicht auf derselben Ebene diskutiert werden konnten. Diese Formel entfernt sich insofern von der Fragestellung der Heidelberger Thesen, als sie weder die Risiken sowohl des Waffendienstes wie des Waffenverzichts noch die Vorläufigkeit des Ver-



Zeichnung: Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt/Tatig

»Lange bevor ein Krieg ausbricht, hat er in den Gedanken und Herzen der Menschen schon begonnen«

suchs, durch das Dasein von Atomwaffen einen Frieden in Freiheit zu sichern, zum Ausdruck bringt. Dieses ist einer der Gesichtspunkte, unter denen heute die Frage wieder aufgenommen werden muß, ob die Formel vom Friedensdienst mit und ohne Waffen noch tragfähig ist; ebenso muß gefragt werden, was die Vorläufigkeit, von der die Heidelberger Thesen sprechen, für uns heute bedeutet. Diese Fragen werden in Teil V wieder aufgenommen sein.

c) Die Denkschrift „Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn“ 1965

Die evangelische Kirche mußte ihre Bereitschaft, zur Förderung des Friedens beizutragen, auf die politischen Konflikte der jeweiligen Zeit beziehen. Hierfür ist das bekannteste Beispiel aus den letzten Jahrzehnten die Denkschrift „Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn“ von 1965.

Ziel dieser Denkschrift war es, „im deutschen Volk Verständnis und Zustimmung zu einem Schritt im Geist der Versöhnung gegenüber unseren östlichen Nachbarvölkern zu finden“. Hier handelte es sich „um politische Entscheidungen, die in vernünftiger Einschätzung der Situation und in verantwortungsvoller Mitarbeit an einer dauerhaften Friedensordnung zwischen den Völkern getroffen werden müssen. Die in dieser Denkschrift dazu aufgeführten rechtlichen, ethischen und theologischen Überlegungen, die auch in ein politisches Handeln eingehen müssen, sollen dahin wirken, eine neue Bewegung in die politischen Vorstellungen des deutschen Volkes einzubringen und auch den Nachbarn im Osten einen Dialog auf neuer Ebene anzubieten.“

d) Weitere Äußerungen der Evangelischen Kirche in Deutschland

Über die drei genannten Beispiele hinaus hat die Bemühung der evangelischen Kirchen und kirchlicher Gruppen – auch in Verbindung mit ökumenischen Bemühungen in West und Ost – in sehr vielfältigen Formen Ausdruck gefunden. Von den Äußerungen der Evangelischen Kirche in Deutschland seien folgende genannt:

□ der Beschluß der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland zu Atomfragen von 1958

□ der Zwischenbericht des vom Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland eingesetzten Ausschusses für Atomfragen und der Ergänzende Bericht des Ausschussvorsitzenden Prof. Dr. L. Raiser für die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland von 1960

□ die Handreichung „Die christliche Friedensbotschaft, die weltlichen Friedensprogramme und die politische Arbeit für den Frieden“ von 1962

□ die Studie „Friedensaufgaben der Deutschen“ von 1968

□ die Thesenreihe „Der Friedensdienst der Christen“ von 1969

□ die Denkschrift „Der Entwicklungsdienst der Kirche – ein Beitrag für Frieden und Gerechtigkeit in der Welt“ von 1973.

Statt diesen Diskussionsgang im einzelnen darzustellen, konzentrieren wir uns im folgenden darauf, die gegenwärtige Diskussion über Probleme der Friedenssicherung im deutschen Protestantismus zu beschreiben.

2. Die gegenwärtige Friedensdiskussion in der Kirche

Die Zuspitzung der politischen Situation, in der wir uns befinden, hat dazu geführt, daß die Frage nach der Stellung von Christen zur militärischen Rüstung in den letzten Jahren auch innerhalb der evangelischen Kirche wieder mit neuer Intensität geführt worden ist. Zu den wichtigen innerkirchlichen Aufgaben, die sich in dieser Lage stellen, gehört es, die unterschiedlichen Positionen, die in der Diskussion auftreten, miteinander im Gespräch zu halten.

a) Anstöße des Ökumenischen Rates der Kirchen

Die Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Nairobi im Dezember 1975 hat dem neuen Friedensgespräch wichtige Impulse gegeben. Sie befaßte sich in einer Erklärung mit der Weltüstungssituation und richtete einen Appell an die Kirchen, in dem es heißt:

„Die Christen müssen der Versuchung widerstehen, sich mit einem falschen Gefühl von Machtlosigkeit oder Sicherheit abzufinden. Die Kirche sollte ihre Bereitschaft betonen, ohne den Schutz von Waffen zu leben und bedeutsame Initiativen ergreifen, um auf eine wirksame Abrüstung zu drängen. Die Kirchen, die einzelnen Christen und die Mitglieder der Öffentlichkeit aller Länder sollten bei ihren Regierungen darauf drängen, daß die nationale Sicherheit ohne den Einsatz massiver Zerstörungswaffen gewährleistet wird.“

Mit den Entschlüssen von Nairobi wurde eine Periode verstärkter Arbeit an der Friedensfrage im ökumenischen Be-



OHNE RÜSTUNG LEBEN: „Ich will dafür eintreten, daß Frieden ohne Waffen entwickelt wird.“

Foto: Manfred Vollmer

reich und auch im Raum der EKD eröffnet. Exekutivsausschuß und Zentralausschuß des ÖRK richteten ein „Studienprogramm über Militarismus und Wetrüsten“ ein (später umbenannt in „Programm für Abrüstung und gegen Militarismus und Wetrüsten“) und veranlaßten je eine Konsultation über Militarismus (Glon I, November 1977) und über Abrüstung (Glon II, April 1978). Mit den Ergebnissen dieser Studienarbeit befaßten sich regelmäßig die Leitungsorgane des ÖRK, besonders ausführlich der Zentralausschuß auf seiner Sitzung in Kingston (Jamaika) im Januar 1979. Auch die Konsultationen, die von der Konferenz der Europäischen Kirchen (KEK) zu den Folgekonferenzen der KSZE-Schlussakte von Helsinki 1975 in Belgard und Madrid gehalten wurden, gehören in diesen Zusammenhang der ökumenischen Bemühungen um die Friedensfrage. Die KEK hat bisher insgesamt vier derartiger Nach-Helsinki-Konsultationen gehalten, zuletzt vom 29. Mai bis 3. Juni 1980 in El Escorial (bei Madrid).

b) Friedensbemühungen der deutschen Kirchen in West und Ost

Die EKD hat die Initiativen des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) aufgegriffen und sich an der Weiterarbeit beteiligt, unter anderem durch eine Expertenkonferenz im März 1979 in Bonn, zu deren Ergebnissen die Deutsche Arbeitsgruppe der Kommission der Kirchen für Internationale Angelegenheiten im September 1979 eine „zusammenfassende Stellungnahme“ vorlegte.

Der Rat der EKD und der Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR bemühen sich um gemeinsame Aussagen und Schritte in der Friedensfrage. Beide veröffentlichten zum 40. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkrieges am 1. September 1979 ein gemeinsames Wort zum Frieden. Darin heißt es:

„Auf mehr als dreißig Jahre Frieden in Europa blicken wir zurück. Wir wissen aber, wie zerbrechlich der Frieden ist. 1945 haben unzählige geschworen: Nie

wieder Krieg! Heute muß dieser Ruf bekräftigt werden, nicht nur mit leidenschaftlichem Herzen, auch mit besonnenem Verstand. Die Arbeit für eine Friedensordnung, die Vertrauen wachsen läßt und den Völkern Sicherheit gewährt, in der Konflikte zwischen den Staaten ohne militärische Drohung und ohne Anwendung von Gewalt ausgetragen werden, erfordert Nüchternheit, Geduld und Mut. Den Christen und Kirchen in den beiden deutschen Staaten ist es besonders aufgetragen, an der Vertiefung der Entspannungspolitik mitzuarbeiten, für die die Schlussakte von Helsinki ein Zeichen der Hoffnung ist.

Wir wissen: Lange bevor ein Krieg ausbricht, hat er in den Gedanken und Herzen der Menschen schon begonnen. Mißtrauen und Angst und das Gefühl der Bedrohung löschen alle anderen Hoffnungen aus. Darum haben wir jetzt für eine konsequente Erziehung zum Frieden zu sorgen.

Diese Erziehung wird sich darauf richten müssen, dem Gefühl der Ohnmacht entgegenzuwirken und zur friedlichen Lösung von Konflikten zu befähigen, im persönlichen Bereich ebenso wie im Umgang der Staaten miteinander. Die Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges haben das Sicherheitstreben der Völker verstärkt. Der gegenwärtige Rüstungswettlauf verschlingt unvorstellbare Energien und Mittel. Ständige Ermutigung brauchen die Politiker, die in zähen Verhandlungen darum ringen, diese Entwicklung zu bremsen. Dazu gehört unser aller Bereitschaft, eigene Interessen in das Interesse des Friedens für alle Völker einzubringen und den eigenen Reichtum mehr und mehr für den gerechten Ausgleich zwischen den Völkern einzusetzen.

Christus ist unser Friede, Friede mit Gott und Friede auf Erden sind nicht dasselbe. In der Gewißheit des Friedens, den Gott selbst verheißen hat und der mit seiner Herrschaft auf uns zukommt, sind wir gewarnt vor Illusionen und falschem Optimismus in unserem Handeln. Noch mehr aber verbietet uns diese Gewißheit jede Gleichgültigkeit angesichts der Gefährdung unserer Welt.

Laßt uns für den Frieden in der Welt denken, arbeiten und beten! Laßt uns für alle Taten des Friedens danken! Laßt uns danken für den Frieden mit Gott, den wir heute durch den Glauben an Christus haben.“

Beide Kirchen haben angeregt, daß in allen Gemeinden beider Kirchengebiete nach einer gemeinsamen Ordnung „Bittgottesdienste für den Frieden in der Welt“ gehalten werden.

Auch in den Gliedkirchen der Evangelischen Kirche in Deutschland wird eine breite Friedensdiskussion geführt. Es gibt kaum eine Landessynode, in der nicht die Friedensfrage ausführlich behandelt wird. In einer Reihe von Gliedkirchen werden landeskirchliche Friedenswochen durchgeführt. Viele Ausschüsse arbeiten an Handreichungen für die Gemeinden zur gründlichen Befassung mit den Friedensfragen. Es gehört in diesen Zusammenhang, daß gegen Ende des Kirchenjahres in einer wachsenden Zahl von Gemeinden Friedenswochen veranstaltet werden.

3. Vier innerkirchliche Initiativen

Die krisenhafte Zuspitzung der weltpolitischen Lage hat dazu beigetragen, daß sich seit 1978 im deutschen Protestantismus eine Reihe von Gruppierungen gebildet hat, die unterschiedliche Auffassungen vom Friedensbeitrag der Christen öffentlich vertreten. Diese Positionen seien beispielhaft erläutert:

a) „Ohne Rüstung leben“

Die im Jahre 1978 entstandene Aktion „Ohne Rüstung leben“ zieht aus der biblischen Friedensbotschaft die Konsequenz der uneingeschränkten Verwerfung jeglicher Rüstung und jeglichen Waffendienstes. Ihr Stichwort hat diese Aktion der Botschaft der Vollversammlung des ÖRK in Nairobi 1975 entnommen, indem sie eine Selbstverpflichtung formulierte und ihrer Sammlung von Unterschriften zugrunde legte:

„Ich bin bereit, ohne den Schutz militärischer Rüstung zu leben. Ich will in unserem Staat dafür eintreten, daß Frieden ohne Waffen politisch entwickelt wird.“

In der Begründung dieser Selbstverpflichtung heißt es u. a.: „Angesichts einer drohenden militärischen Selbstvernichtung ist die Bereitschaft zum Verzicht auf kriegerische Gewalt der spezielle politische Beitrag der einzelnen Christen und der christlichen Kirchen.“ Von dieser Basis aus spricht sich die Aktion „Ohne Rüstung leben“ dafür aus, zum Risiko einseitiger Abrüstungsschritte bereit zu sein. In der Aktion befinden sich sowohl Menschen, die sich einem prinzipiellen Pazifismus verpflichtet wissen, wie er von den klassischen Friedenskirchen vertreten wird, als auch solche, die ihre Ablehnung der Rüstung mit einer Analyse der gegenwärtigen Rüstungssituation begründen.

b) „Frieden schaffen ohne Waffen“

Die Aktion „Sühnezeichen/Friedensdienste“ hat in Verbindung mit anderen Friedensdiensten, die in der „Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden“ zusammengeschlossen sind, zum ersten Mal 1980 unter der Losung „Frieden schaffen ohne Waffen“ zu einer bundesweiten Friedenswoche aufgerufen. Die Besonderheit dieser Aktion liegt darin, daß sie nicht ausschließlich auf den Waffen- und Rüstungskomplex fixiert ist:

„Unfrieden bedroht andere und uns ständig in vielerlei Gestalt. Der Frieden, für den wir arbeiten, kommt nicht über Nacht. Frieden wächst in einem langjährigen Prozeß, wenn wir uns gemeinsam mit Beharrlichkeit, Liebe, Phantasie und kritischer Kleinarbeit engagieren. Rückschläge bleiben nicht aus. Unsere kleinen und großen Opfer sind Schritte auf dem Weg des Friedens.“

Diese Aktionsgemeinschaft vertritt die Forderung nach schrittweiser Abschaffung der modernen Massenvernichtungsmittel und lehnt die Formel „Friedensdienst mit und ohne Waffen“ ab. Andererseits wird die Auffassung vertreten, daß

das angestrebte Ziel nur in einem langwierigen Prozeß Schritt für Schritt erreichbar ist. Die Aktion spricht sich daher für erste konkrete Schritte in der Abrüstung aus in der Erwartung, daß die UdSSR ihrerseits mit wirksamen Schritten zur Abrüstung antwortet. Die Verpflichtung, zu deren Annahme sie die Bürger der Bundesrepublik aufruft, lautet:

„Ich werde nach meinen Kräften und Möglichkeiten dazu beitragen, die Stationierung neuer US-Mittelstreckenraketen in unserem Lande zu verhindern. Ich bin bereit, überall in meiner Umgebung die Frage der Atomwaffe zur Diskussion zu stellen. Ich will mich über diesen ersten Schritt für weitere kalkulierte einseitige Abrüstungsschritte einsetzen auf dem Weg zur Abschaffung aller Atomwaffen.“

c) Sicherung des Friedens

Eine Gegenbewegung gegen diese Positionen formierte sich im Sommer 1980 in dem Arbeitskreis „Sicherung des Friedens“. Er hat seinerseits zur Unterzeichnung folgender Erklärung aufgefordert: „Jedes Staatswesen ist verpflichtet, nach Kräften das Leben seiner Bürger und deren grundlegende Menschenrechte zu schützen. Dieser Schutz ist nicht nur gegenüber kriminellen Handlungen im Inneren, sondern auch gegen auswärtige Mächte erforderlich, die mit äußerer Gewalt die Freiheit und die Menschenrechte gefährden. Die Erhaltung und Wiederherstellung des Friedens muß dabei der leitende Gesichtspunkt sein. Soweit dafür eine militärische Sicherung nötig ist, bejahe ich sie. Ich bejahe vor allem jede Bemühung um Abrüstung auf der Basis eines ausgewogenen Kräfteverhältnisses.“

Die Erklärung wird in 10 Thesen erläutert, die sich zugleich mit der Parole „Ohne Rüstung leben“ auseinandersetzen. Die Thesen gehen von der allgemein in der Christenheit akzeptierten Überzeugung aus, daß der Krieg nicht mehr als ein legitimes Mittel der Politik gelten darf und daß darum auch eine Lehre vom gerechten Krieg der heutigen Situation nicht mehr entspricht; vielmehr sei es heute ein grundlegender Auftrag der Christen, an der Erhaltung des Friedens und an der Eindämmung von Entwicklungen, die zu Kriegen führen, mitzuwirken. Auf der anderen Seite sprechen sich die Thesen aus christlicher Verpflichtung dafür aus, dem Staat die Machtmittel bereitzustellen, „durch die Gewaltakte einzelner Menschen oder ganzer Staaten verhindert werden können“.

d) „Schritte zur Abrüstung“

Eine andere Position vertritt die Evangelisch-Katholische Arbeitsgruppe „Schritte zur Abrüstung“, die unter diesem Titel im Mai 1981 ein Memorandum vorgelegt hat. Die Gruppe will dem Friedensmandat der Kirchen Rechnung tragen und ihnen helfen, ein exemplarisches innerkirchliches Gespräch über Abrüstung und Sicherheit zu führen, natürlich mit dem Ziel einer Einwirkung auf politische Entscheidungen. Dazu sollen die einander ausschließenden Positionen in der gegenwärtigen kirchlich-theologischen Diskussion zu einem Handlungskonsens in ihrem Einsatz für Abrüstung geführt werden, ohne daß vorher eine Übereinstimmung in den Ausgangspositionen erreicht ist.

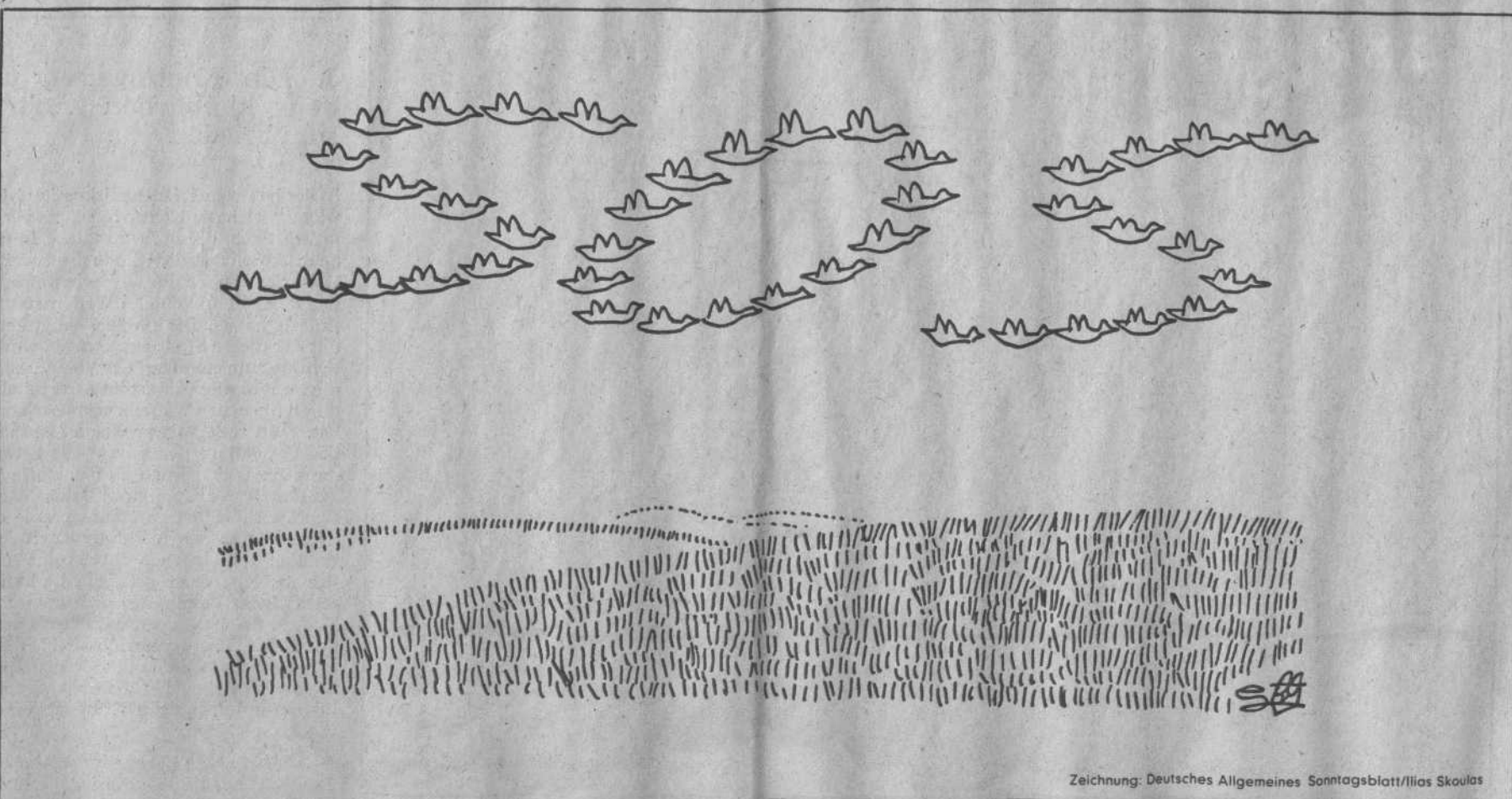
Die Arbeitsgruppe legt dazu das Konzept einer „gradualistischen Abrüstungsstrategie“ vor. Die Verfasser beschreiben ihren Vorschlag wie folgt:

„Die gradualistische Strategie beginnt mit einseitigen Schritten, zielt mit ihnen aber gerade auf erhoffte Reaktionen des Gegners und kommt ohne solche Reaktionen der anderen Seite nach einiger Zeit zum Erliegen. Sie hat als ihr Fundament die Bewahrung einer ausreichenden, zur Zeit auch noch nuklearen Abschreckungskapazität, die so groß sein muß, daß ein Angriff des Gegners zu einem nicht kalkulierbaren Risiko für ihn wird. Auf dieser Grundlage verzichtet eine gradualistische Abrüstungsstrategie freilich auf militärisches Gleichgewicht, beginnt vielmehr mit genau durchdachten, einseitigen Abrüstungsschritten. Sie kündigt diese Schritte dem Gegner an und erklärt sie als Maßnahmen, mit denen die defensive Absicht der eigenen Militärmacht und der Wunsch nach Verständigung und Entspannung glaubhaft gemacht wird. Sie fordert den Gegner zu entsprechenden Schritten auf, setzt aber die eigenen Abrüstungsschritte über einen beträchtlichen Zeitraum hin fort, selbst wenn die Reaktionen der Gegenseite unbefriedigend sind oder sogar ausbleiben.“

Ängste und Mißtrauen sollen dadurch abgebaut werden. Kein Land und Bündnisssystem werde sich auf Dauer einer erkennbar veränderten Grundeinstellung seines Gegners entziehen können:

„Gradualismus ist also, kurz gesagt, eine Strategie einseitiger, kalkulierter Abrüstungsschritte, um so die Basis für aussichtsreichere zweiseitige Verhandlungen zu schaffen.“ Dazu werden drei Schritte vorgeschlagen:

1. Verzicht auf neue Atomwaffen und Verminderung der vorhandenen Potentiale.
2. Umrüstung der Bundeswehr, so daß diese zwar zu einem wirksamen Schutz des eigenen Territoriums fähig, aber zu einem Angriff über unsere Grenzen hinaus strukturell unfähig ist.
3. Verbot von Rüstungsexporten in Gebiete außerhalb der NATO, und zwar aus ethischen wie aus Gründen der eigenen Sicherheitsinteressen.



Zeichnung: Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt/Ilias Skoulos

»Nur wer Hoffnung hat, hat auch Zeit für konsensfähige Lösungen der Probleme, die uns ängstigen«

Teil B

IV. Zur christlichen Orientierung in der Friedensaufgabe

I. Das christliche Gebet um den Frieden und die Hoffnung des Glaubens

Die christliche Kirche hat die Aufgabe, die Hoffnung des Glaubens zu stärken angesichts der Ängste, die in der heutigen weltpolitischen Lage überall aufbrechen. Als Christen verschließen wir nicht die Augen vor den Verletzungen und Gefährdungen des Friedens. Aber wir verlassen uns darauf, daß die Erfahrungen der Gewalt, die diese Hoffnung zu widerlegen scheinen, nicht das letzte Wort behalten werden. Nur wer Hoffnung hat, hat auch Zeit für konsensfähige Lösungen der Probleme, die uns heute ängstigen.

Frieden zu wahren, zu fördern und zu erneuern ist die von Christen geforderte Antwort auf den Frieden, den Gott in Jesus Christus verheißt hat. Auf seine gnädige Zusage hin antworten wir mit dem Zeugnis des Glaubens an die Versöhnung Gottes mit seiner Welt.

a) Der Friede Gottes

Die christliche Kirche bezeugt den Frieden Gottes in der Versöhnung durch Jesus Christus.

Die christliche Kirche bezeugt Frieden vor allem anderen als den „Frieden von Gott, unserem Vater, und dem Herrn Jesus Christus“, als die Versöhnung mit Gott, der „die Welt mit ihm selber versöhnte“ und „unter uns auferichtet hat das Wort von der Versöhnung“ (2. Korinther 5,19). Die Antwort des Glaubens auf diese Versöhnungstat Gottes ist darum die Bitte: „Lasset euch versöhnen mit Gott!“ (2. Korinther 5,20). Diese Bitte bezieht sich auf das biblische Zeugnis vom Frieden Gottes: „Der Friede Gottes, welcher höher ist als alle Vernunft, bewahre eure Herzen und Sinne in Christus Jesus“ (Philipper 4,7). Im Glauben vertrauen wir darauf, daß wir selbst in Gottes Frieden bewahrt sind. Dieses Vertrauen ist das Fundament für die Gewißheit des Glaubens, daß „der Gott des Friedens mit euch sein“ wird (Philipper 4,9). Dieses Bekenntnis des Glaubens nimmt unsere Vernunft hinein in die Gemeinschaft mit Gott und befreit sie von hoffnungsloser Angst zu der Zuversicht, daß Gott im Regimente sitzt. Dieses Bekenntnis ist der Rückhalt in aller Sorge um den Frieden der Welt und in der Suche nach den richtigen Wegen, ihn zu bewahren, zu fördern und zu erneuern. Diese Hoffnung und Zuversicht bekennt die Kirche in ihrem Gebet: „Verleih uns Frieden gnädiglich, Herr Gott zu unsern Zeiten. Es ist ja doch kein anderer nicht, der für uns könnte streiten denn Du, unser Gott, alleine“.

b) Die Versöhnungsbedürftigkeit der Welt

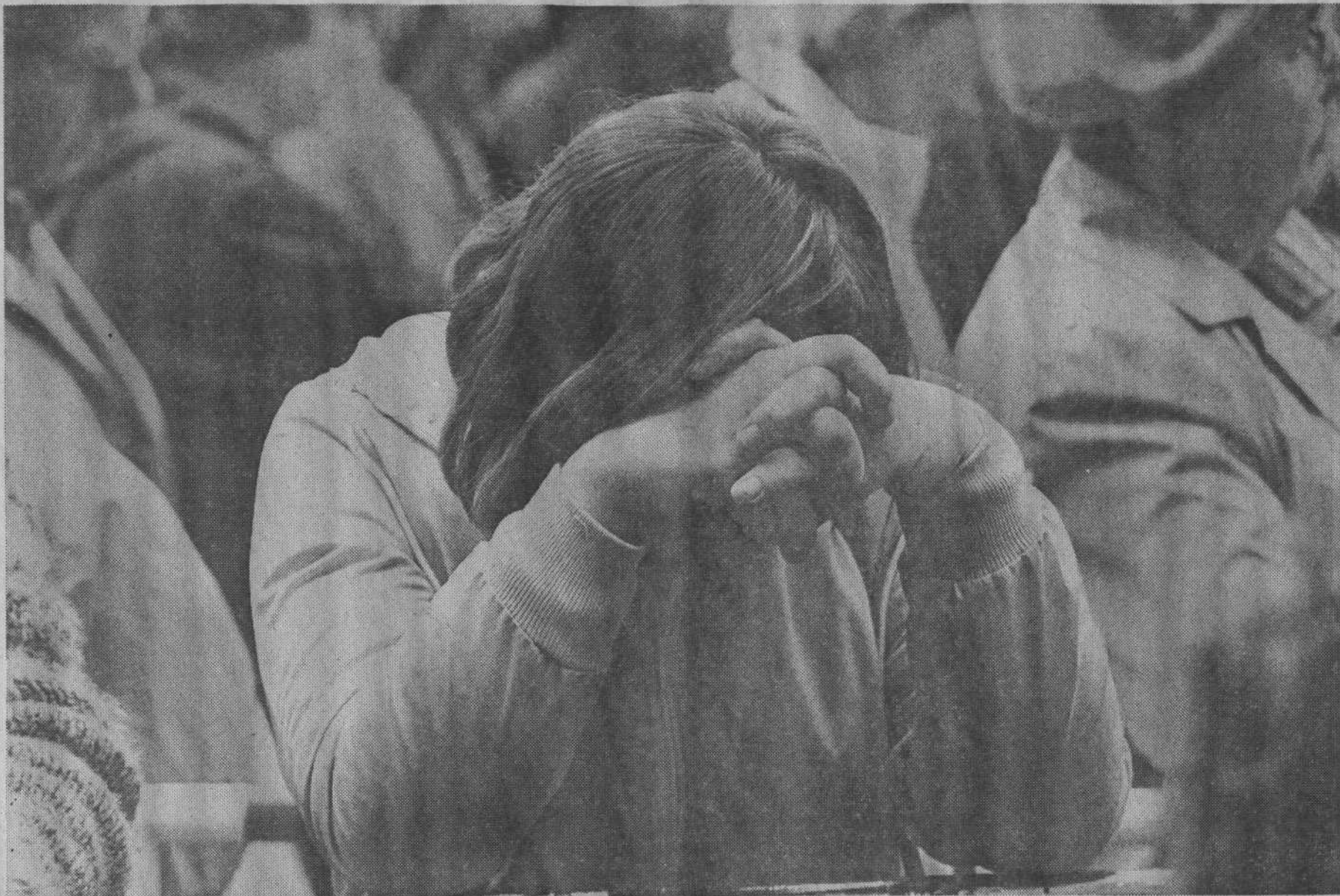
Die christliche Kirche richtet ihr Zeugnis aus in Solidarität mit der unerlösten Welt, die der Versöhnung Gottes bedürftig ist. Die christliche Kirche weiß im Gebet um den Frieden, daß unsere Welt immer noch der Versöhnung bedürftig ist. Die Verkündigung der Kirche bezeugt die Zusage und die Gabe des Friedens Gottes, auf den sich der Glaube verläßt in einer unerlösten Welt, die des Beistandes Gottes bedarf. Der Friede in der Welt, unter Menschen und Völkern, ist seit jeher durch Sünde und Feindschaft bedroht. Die Kirche nimmt an der Sorge um den Frieden teil nicht aus einer Position der Überlegenheit, sondern solidarisch mit der Welt, in die sie verflochten ist, und im Vertrauen darauf, daß Gott die Zusage seines Friedens einhalte.

Das Gebet um den Frieden und die Verkündigung des Glaubens gelten darum allen Menschen, Christen wie Nichtchristen. Aber als Christen dürfen wir uns zuerst darauf besinnen, daß wir in der Friedensaufgabe von der Gabe des Friedens Gottes leben. So können wir uns untereinander vor einem hoffnungslosen Streit in der Friedensfrage bewahren und durch unsere eigene Haltung zu einem friedlichen Umgang mit den Problemen des Friedens in der Welt beitragen. Als Christen sind wir zu einem dem Glauben gemäßen Umgang mit den politischen Fragen des Friedens in unserem Land und über die Grenzen politischer Systeme hinweg aufgerufen.

c) Der Dank für Gottes Barmherzigkeit

Die christliche Kirche bezeugt den Dank für Gottes Barmherzigkeit, indem sie die Zeichen der Ermutigung zum Frieden in einer friedlosen Welt stärkt und fördert.

Zum christlichen Gebet um den Frieden gehört der Dank dafür, daß Gott in Christus am Leiden der Welt teilnimmt, in ihm den Tod überwindet und uns von der Furcht vor diesem Tode befreit. „Gott sei Dank, der uns den Sieg gegeben hat durch unseren Herrn Jesus Christus“ (1. Korinther 15,57). Der Glaube daran, daß Gott am Ende aller Zeiten Herr bleibt über alle Mächte und Gewalten dieser Erde, läßt uns dankbar auf alle Zeichen der Ermutigung in der Welt achten, sie aufnehmen und unterstützen. Der Dank für Gottes Barmherzigkeit wehrt der Resignation und dem Fatalismus und ruft



HOFFNUNG und Zuversicht bekennt die Kirche in ihrem Gebet: „Verleih uns Frieden gnädiglich...“

Foto: Manfred Vollmer

dazu auf, die guten Kräfte zu stärken und dem nachzudenken, was dem gemeinsamen Leben vor Gott förderlich ist und dient (Philipper 4,8). Damit ist die Kirche auch in die Verantwortung hineingestellt, zu prüfen, welche Kräfte sie unterstützt und wo sie, gerade in der politischen Wirklichkeit, Zeichen der Ermutigung findet. Sie kann um des Glaubens willen dem Lauf der Welt nicht uninteressiert gegenüberstehen. Diese Haltung des Dankes leitet auch die christliche Erziehung als einen Beitrag zum Frieden in der Welt.

d) Die Vergebung als Kraft des Friedens

Die christliche Kirche bringt die Klage über Schuld und Leiden in der Welt vor Gott im Vertrauen auf Gottes Vergebung. Das christliche Gebet umschließt auch die Klage über die eigene Unfähigkeit zum Guten und über die Leiden und Konflikte in der Welt. Die Freiheit, Gott im Gebet unsere Klagen vorlegen zu dürfen und sie ihm anzuvertrauen, muß sich in einer Haltung des Glaubens bewähren, die von Schuldvorwurf und von Schuldzuweisungen an andere befreit. Die Klage vor Gott mündet im christlichen Gebet in die Bitte um Vergebung, wie sie im Gebet des Herrn ausgesprochen wird: „Vergib uns unsere Schuld, wie auch wir vergeben unseren Schuldigern“. Die Vergebung, die wir von Gott erbitten und empfangen, schulden wir uns auch untereinander. Nur so werden wir frei dazu, in Konflikten zusammenzubleiben und das gemeinsame Leben nicht aufzukündigen.

Das Vertrauen und die Hoffnung auf die Kraft der Vergebung sind keine Entschuldigung vor der Verantwortung, die uns als Menschen in dieser Welt und für diese Welt übertragen ist. Darum verbindet sich mit dem Klagegebet für die Christen die Mahnung, nicht nachzulassen, das Gebot Gottes zu erfüllen. „Darum richtet auf die lässigen Hände und die müden Knie.“ „Jaget dem Frieden nach gegen jedermann und der Heiligung, ohne die niemand den Herrn sehen wird“ (Hebräer 12,12.14). Die Vergebung unserer Schwäche und unserer Schuld befreit uns zur Umkehr und zur Änderung unseres Lebens, das sich auch im Versagen in Gott geborgen weiß. Dieses gemeinsame Vertrauen ist das Fundament der Solidarität in den Konflikten der Welt und bindet uns in der oft widersprüchlichen Suche nach dem richtigen Handeln aneinander.

e) Die Fürbitte für alle Menschen

Die christliche Kirche schließt in ihr Fürbittengebet alle Menschen ein, besonders diejenigen, die für andere Verantwortung tragen, sowie diejenigen, die Opfer von Unfrieden und Gewalt sind.

Zum christlichen Gebet gehört die Fürbitte für alle Menschen, besonders die Fürbitte für diejenigen, die stellvertretend Verantwortung in der Welt tragen. „So ermahne ich nun, daß man vor allen Dingen zuerst tue Bitte, Gebet, Fürbitte und Danksagung für alle Menschen, für die Könige und für alle Obrigkeit“ (1. Timotheus 2,1). Das Fürbittengebet hat im Gottesdienst der Kirche einen festen Ort, weil die Kirche die von Gott Menschen anvertraute Verantwortung unterstützt und mit ihrem Zuspruch stärkt. Wenn die Kirche die besondere Verantwortung der Politiker anerkennt, bedeutet das nicht, deren Handeln unkritisch zu bestätigen.

Das gemeinsame Leben der Menschen auf dieser Erde ist vor Gott zu verantworten und darf nicht der Selbstsucht und

Selbstdurchsetzung unterworfen werden. Darum gilt die Fürbitte der Kirche den Leidenden, besonders denjenigen, die von Mißbrauch und Irrtum politischer Macht betroffen sind und unter deren Folgen leiden. Gegenüber einem solchen Mißbrauch der Verantwortung ist jedermann zur Mitverantwortung gerufen. Die Bewahrung vor der Zerstörung des Lebens, vor den Mächten des Bösen, ist ein Dienst, den Gott von uns fordert und für den wir darum seine Hilfe anrufen dürfen und sollen.

So umfaßt die Fürbitte auch das Gebet für die Feinde, wie es in der Bergpredigt gelehrt wird: „Bittet für die, die euch beleidigen und verfolgen“ (Matthäus 5,44). Denn auch unsere Feinde sind aus der Verantwortung für das gemeinsame Leben nicht entlassen, auf die wir uns gegenseitig, bei aller Gegensätzlichkeit, immer ansprechen können und müssen. Deshalb enthält das Gebet für die Feinde immer den Aufruf, der Feindschaft und der Trennung nicht das letzte Wort zu lassen, nach ihrer Überwindung zu trachten, die gegenseitige Annahme zu sehen und Wege ihrer Realisierung zu stärken, um den feindlichen Beziehungen unter Menschen nicht das Feld verantwortlichen Handelns einzuräumen.

f) Die Gemeinschaft Gottes mit den Menschen

Die Kirche bezeugt im Gottesdienst die Gemeinschaft Gottes mit den Menschen, die zur Gemeinschaft der Menschen untereinander und zur Ordnung des Friedens führen will.

Im Friedensgruß „Friede sei mit euch“ bezeugt die Kirche im Gottesdienst, vor allem in der Feier des Abendmahls, die Gemeinschaft untereinander. Sie gründet in dem neuen Bund, den Gott mit den Menschen geschlossen hat und in Jesus Christus besiegt hat. Diese Gemeinschaft nimmt den Glauben in Anspruch für Gottes Bündnis mit der Welt. Sie ruft dazu auf, auch in der Welt Verbindungen zu schaffen, die auf beständige Gemein-

schaften zielen, die Verträglichkeit unter den Menschen, auch durch Verträge, zu befördern und an einer umfassenden Ordnung des Friedens mitzuwirken. Die Gemeinschaft des Abendmahls ist auch die vorläufige Darstellung der Gemeinschaft mit Gott und bezeugt, daß auch die christliche Gemeinschaft offen ist für die endgültige Verwirklichung der Gemeinschaft mit Gott. Wir können die endgültige Gemeinschaft mit Gott in der weltlichen Verantwortung nicht vorwegnehmen. Aber sie gibt uns im Glauben den Richtungssinn und enthält die Weisung und Orientierung, die uns allen widerstehenden Kräften zum Trotz leiten soll.

Die Hoffnung des Glaubens, von der wir bisher gesprochen haben, gründet in Gottes Friedensangebot und nicht in menschlicher Selbstsicherheit. Der Glaube weist der Verantwortung für den Frieden in der Welt eine bestimmte Richtung. Das Gebot Jesu in der Bergpredigt „Ich aber sage euch: Liebet eure Feinde“ (Matthäus 5,44) und die Verheißung der Seligsprechung „Selig sind die Friedfertigen; denn sie werden Kinder Gottes heißen“ (Matthäus 5,9) gelten allen, die die Botschaft Jesu hören; sie sind grundlegend für das Zeugnis und das Handeln der Christen in der Welt. Das Gebot der Feindschaft fordert nicht, daß wir uns unterwerfen oder anbiedern, sondern daß wir auch den Gegner annehmen als einen – wie wir selbst – sündigen, von Hoffnungen, Ängsten und Aggressionen getriebenen Menschen. Als Christen wissen wir, daß das Gebot der Feindschaft nicht als Forderung an andere gehandhabt werden darf, um ihnen vorzuschreiben, was sie tun sollen, oder um sie zu verurteilen; es stellt die Christen unter die Pflicht, den Geist der Feindschaft zu überwinden und nach Wegen zu suchen, wie in allen Bereichen – gerade auch in der Politik – an die Stelle von Feindschaft neue Formen des gemeinsamen Lebens und der Zusammenarbeit treten können. Die Verheißung der Seligsprechung ermutigt dazu, in den Auseinandersetzungen und Leiden dieser Welt dem Friedenswillen Gottes zu folgen, unser Handeln vom Ziel des Friedens prägen zu lassen und das eigene

Handeln nicht von Feindschaft oder von den Feinden diktieren zu lassen. Die Kirche lehrt mit den Worten Jesu aus der Bergpredigt gerade nicht den Verzicht auf verantwortliches Handeln; sondern sie lehrt die Christen, in welche Richtung die Verantwortung vom Willen Gottes gewiesen ist.

2. Verantwortung für den Frieden

Frieden zu wahren, zu fördern und zu erneuern ist das Gebot, dem jede politische Verantwortung zu folgen hat. Diesem Friedensgebot sind alle politischen Aufgaben zugeordnet. In der Zielrichtung christlicher Ethik liegt nur der Frieden, nicht der Krieg. Das Friedensgebot ruft auf zur Bejahung des Lebens auch und gerade in Situationen des Konfliktes. Das Amt der politischen Verantwortung ist deswegen eine gnädige Anordnung Gottes, in der Gott den Menschen seine Liebe zuwendet, weil es im Dienst dieses Friedensgebotes steht, um der Gewalt und dem Unrecht zu wehren. Von diesem Friedensgebot her empfängt die besondere politische Verantwortung ihren Auftrag, in dem sie gestärkt, von dem her sie aber auch kritisch beurteilt werden muß. Die Aufgabe, das anvertraute gemeinsame Leben vor innerer und äußerer Bedrohung zu schützen, muß in der Art und Weise, wie sie wahrgenommen wird, selbst dem Frieden dienen und darf nicht zur Quelle von Gewalt und Krieg werden. Die politische Verantwortung für den Frieden gerät immer dann in Gefahr, wenn sie sich allein von militärischen Vorstellungen und Mitteln der Friedenssicherung bestimmen läßt und an sie die Initiative in der Friedensaufgabe abgibt. Angesichts der Übermacht militärischer Gewaltpotentiale in den politischen Gegensätzen der heutigen Welt geht es deswegen darum, diesen politischen Auftrag aus den Zwängen allein militärischer Sicherheitsvorkehrungen zu befreien.

Heute erscheint es als vorrangige Aufgabe, zunächst einmal die Abwendung eines Krieges zu erreichen und einer Kriegsgefahr, wie sie sich aus dem Stand der Rüstung zwischen den großen Machtblöcken erzeugt, entgegenzutreten. Aber der Friede ist heute nicht allein von Waffen bedroht, sondern auch durch soziale und ökonomische Spannungen und weltweite Ungerechtigkeiten. Auch wo die Gefährdung des Friedens heute unterschiedlich beurteilt wird, ist das Friedensgebot das Ziel, das von verschiedenen Positionen aus gemeinsam bejaht wird.

a) Friede als Bejahung des gemeinsamen Lebens

Der politische Sinn der Friedensaufgabe liegt in der Bejahung des gemeinsamen Lebens unter den Menschen und Völkern. Die politische Verantwortung hat diese Bejahung auf friedliche und lebensdienliche Weise zu gestalten.

Wo es um politische Verantwortung für den Frieden geht, geht es innerhalb einer Gesellschaft immer auch um Verbindungen und Ordnungen, die der sozialen Verträglichkeit der Menschen untereinander dienen. So ist gerade ein demokratisches Gemeinwesen, das in einer offenen Auseinandersetzung von verschiedenen Meinungen, Interessen und Parteien lebt, auf Ordnungen und Verträge angewiesen, die in allen Auseinandersetzungen den „inneren“ Frieden gewährleisten. Wichtige Elemente dieser inneren Ordnung des Friedens sind die rechtsstaatliche Ordnung, die Leistungen der Sozialpolitik, die Erziehung der heranwachsenden Bür-

ger sowie die offene und freie Meinungsbildung. In diesen Kontext ist auch die freie Mitwirkung der Kirchen für den inneren Frieden eingebunden.

Friede als Bejahung des gemeinsamen Lebens nimmt darum alle Menschen eines Gemeinwesens in Anspruch. Das Bewußtsein von der Gemeinsamkeit der politischen Verantwortung für den Frieden muß immer neu gestärkt und aufgebaut werden. Politische Verantwortung und Friedensbereitschaft gehören insofern unlöslich zusammen, weil eine gute Ordnung des Friedens auf die freie Mitwirkung aller Bürger angewiesen ist und nicht Friedensvorstellungen ausgeliefert sein darf, die sich einer gemeinsamen und konsensfähigen Verantwortung entziehen. Das besondere politische Amt in Regierung und Politik ist nur in dieser Stellvertretung für das gemeinsame Leben gerechtfertigt. Der Schutz des gemeinsamen Lebens vor Kräften der Zerstörung und der Gewalt ist in diese Verantwortung für den Frieden eingebunden. Er bildet für sich allein aber nicht das Fundament für die politische Erfüllung des Friedensgebotes. Innerer Friede ist zuerst Aufgabe politischer Gestaltung und erst dann staatlicher Ordnungsmacht. Sie kann daher auch nicht einfach der Polizei aufgebürdet werden.

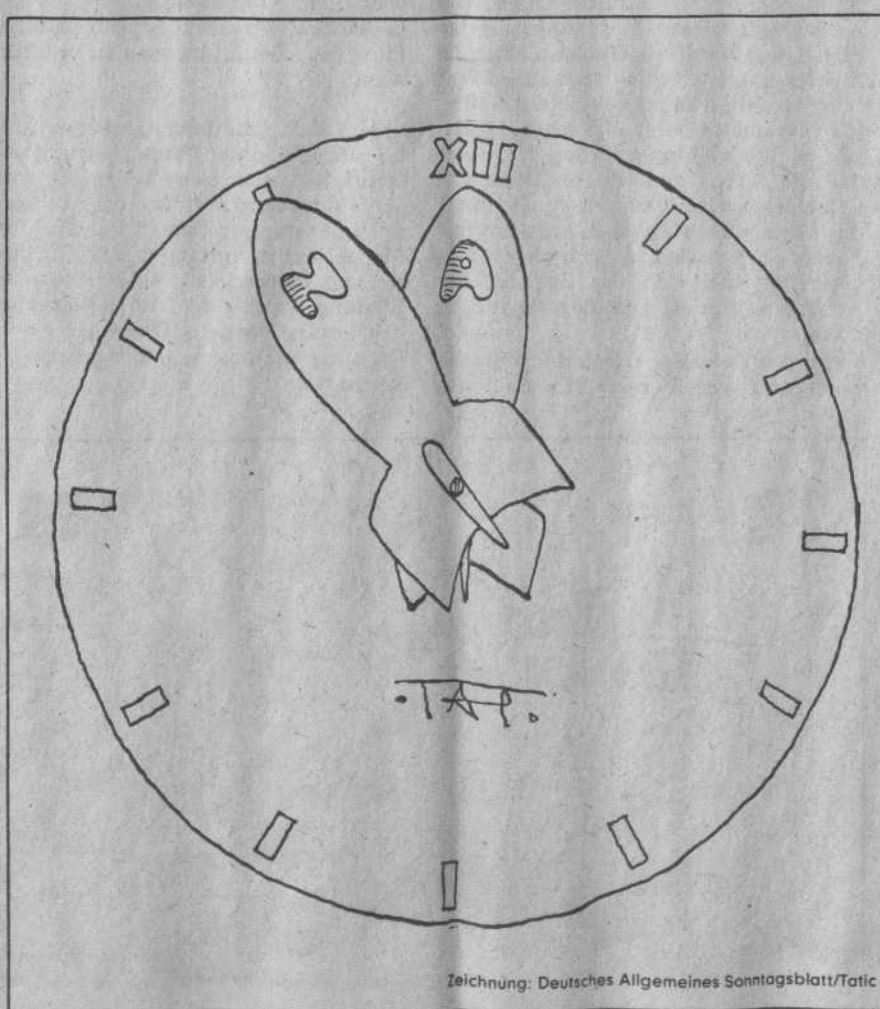
Entsprechendes gilt nun auch von der politischen Verantwortung für den Frieden zwischen den Staaten. Der „äußere“ Friede wird durch Vereinbarungen, Zusammenschlüsse und Unionen und durch deren Fortentwicklung gefördert. Auch der „äußere“ Friede kann nicht allein und nicht einmal in erster Linie durch militärische Kräfte und Potentiale gewährleistet und bewahrt werden. Darum wäre es auch ganz unzureichend, wenn die politische Friedensaufgabe zwischen den Völkern allein in Kategorien der gegenseitigen Bedrohung mit militärischer Gewalt konzipiert wird. Die Erneuerung des politischen Grundsinns, wie er dem theologischen Auftrags des politischen Amtes entspricht, muß deswegen heute vor allem darauf abzielen, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Kooperation als die bessere und langfristig hoffnungsvollere Weise des gemeinsamen Lebens unter den Völkern zu stärken und mit neuem Nachdruck für die politische Aufgabe, Frieden zu bewahren, ins Spiel zu bringen. Insofern stehen wir in einer kritischen Phase der Friedensdiskussion. Auch die Friedensdiskussion in der Kirche darf sich nicht allein auf die Problematik der Waffen und auf Fragen der Rüstung der großen Machtblöcke konzentrieren, sie würde sonst den besonderen politischen Gehalt der Verantwortung für den Frieden nur unzureichend erfassen. Das theologische Verständnis der Verantwortung für den Frieden und des politischen Amtes muß davor warnen, die Friedensfrage allein in militärischen Kategorien zu sehen, so wichtig diese als Symptome einer ernsthaften Gefährdung der spezifisch politischen Verantwortung sind.

b) Einstellungen zum Frieden

Die Mitwirkung an der Friedensaufgabe verlangt von allen, die sich an ihr beteiligen, daß sie sich der politischen Reichweite des Friedensgebotes bewußt werden und auch bei tiefgreifenden Unterschieden und Gegensätzen das Recht des anderen anerkennen.

Wer an der politischen Friedensaufgabe mitwirken will, kann sich nicht mit dem Bekenntnis begnügen, Frieden zu wollen, d. h. seine Friedensgesinnung und Friedenseinstellung zu bezeugen. Er muß sich auf die politischen Konflikte einlassen, die heute zu den friedensgefährdenden Gegensätzen führen (vgl. oben, Teil I). Die Konflikte und tiefgreifenden Spannungen unter den Völkern, die es gibt und die den Frieden immer wieder gefährden, sind mit der eigenen Gewissensentscheidung und mit der eigenen Gesinnung allein nicht zureichend erfaßt. Will man dem Frieden wirklich – und das heißt praktisch – dienen, so ist die eigene Gewissensentscheidung zu überführen in die Wahrnehmung praktischer politischer Verantwortung. An dieser Stelle muß die Friedensdiskussion, die wir in Kirche und Gesellschaft führen, ansetzen und fortgeführt werden. Die Konflikte unter den Völkern beruhen auf sozialen Spannungen und ökonomischen Interessen, auf der Unterschiedlichkeit und Gegensätzlichkeit moralischer, religiöser und vor allem politischer Überzeugung. Die Friedensdiskussion wird erst dort verantwortlich geführt, wo die Existenz dieser Konflikte und Gegensätze anerkannt wird. Friedensaufgabe heißt: Bejahung des Lebens in Konflikten. Diese Konflikte müssen in die Erörterung der Friedensaufgabe mit einbezogen werden. Durch die Erklärung eigener Überzeugungen allein werden solche Konflikte nicht aus der Welt geschafft, sondern unter Umständen eher verschärft.

Auch vom theologischen Verständnis der politischen Verantwortung her ist es darum geboten, die politischen Probleme selbst zu erkennen, die den Konflikten zugrunde liegen, und die deswegen einer friedlichen Lösung bedürfen, weil wir sie nicht einfach aus der Welt schaffen können, sondern mit ihnen leben müssen. Die Friedensaufgabe zielt darauf ab, Frieden auch in Konflikten zu bewahren, d. h. ihn politisch zu gestalten in Schritten, die gemeinsames Leben ermöglichen. Die politische Verantwortung für den Frieden unter den Völkern muß sich – jedenfalls noch heute (vgl. Teil V, 3 b) – an der gegenseitigen Anerkennung von unausweichlichen Unterschieden und Differenzen orientieren. Eine solche Verantwortung unterscheidet sich deutlich von der Vorstellung, man könnte Gegensätze und Konflikte durch die einseitige Unterwer-



Zeichnung: Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt/Tatig

»Die Entwicklung der militärischen Rüstung darf nicht einseitig die Richtung der Politik bestimmen«

fung des einen unter den anderen besitzigen. Genauso unangemessen ist es dann aber auch, wenn die Einstellung zur Friedensaufgabe allein an militärischen Gewaltmitteln orientiert ist, mit denen sich Konfliktgegner gegenseitig bedrohen. Denn auch in diesem Falle wird dem politischen Auftrag zum Frieden nicht mehr genügend und selbständig Raum gegeben. Von diesem Problem wird darum im folgenden Abschnitt gesprochen.

c) Die politische Sicherung des Friedens

Die Sicherung und Erneuerung des Friedens unter den Völkern kann nicht allein und nicht auf Dauer durch militärische Gewaltmittel gelingen. Darum gebietet es die heutige weltpolitische Situation, den Vorrang einer umfassenden politischen Sicherung des Friedens vor der militärischen Rüstung wiederzugewinnen.

Von den Voraussetzungen her, unter denen wir bisher von der Friedensaufgabe gesprochen haben, ist die heutige Auseinandersetzung um militärische Rüstung zwischen den großen Machtblöcken zu beurteilen. Das christliche Verständnis des politischen Auftrages muß dazu veranlassen, die Vorherrschaft militärischer Rüstung in den Beziehungen der Großmächte kritisch ins Auge zu fassen und zu einer umfassenden, spezifisch politischen Verantwortung in den Beziehungen der Völker untereinander aufzurufen.

Für die Probleme von Gewalt und Krieg ist allein Friede der Maßstab. Krieg kann heutzutage nicht mehr als eine Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ausgegeben werden. Krieg bedeutet, prägnant und ohne Abstriche, das Scheitern von Politik. Das Drohen mit Krieg ist keine verantwortbare Politik. Die politische Aufgabe ist es, Gewaltdrohung durch Friedenspolitik zu überwinden. In dieser Perspektive stehen die Probleme der heutigen Friedensdiskussion.

Die dringende Frage an die Politiker ist heute, ob der Stand der Rüstung und der Waffenentwicklung nicht einem Punkte zustrebt, an dem die Waffentechnik von sich aus das Scheitern der Politik im Spannungsfeld der großen Machtblöcke wahrscheinlich macht. Die Sorge um den Frieden schlägt deshalb in eine neue Stufe der Besorgnis um, wo sich die Gefahr abzeichnet, daß die politisch Verantwortlichen nicht mehr Herr der militärischen Mittel sind, deren sie sich zur Sicherung des Friedens bedienen. Wenn diese Frage aufgeworfen wird, so wird damit nicht unterstellt, daß Politiker in beiden Lagern etwas anders wollen als den Frieden.

Das Risiko politisch nicht beabsichtigter kriegerischer Auseinandersetzungen wird jedoch durch die Waffenentwicklung objektiv erhöht. Die Rüstung ist (wie oben, Teil I, 2c dargelegt) aus militärischen Gründen in ein höchst brisantes und gefährliches Stadium getreten. Mit der zunehmenden waffentechnischen Verfeinerung wird die Gefahr akut, daß Rüstung und militärisches Kalkül sich gegenüber der politischen Zielsetzung selbständig machen. Für die politisch Verantwortlichen wird es immer schwieriger, sich den Forderungen und Zwängen der Rüstungstechnik zu entziehen, obwohl Neuerungen in der Rüstungstechnik einschneidende politische Folgen haben. Die neuen atomaren Waffen können präziser eingesetzt werden, und die sog. konventionellen Waffen können in ihrer Wirksamkeit bis an die Schwelle der Wirkung atomarer Waffen verstärkt werden, so daß partielle militärische Vorteile wieder kalkulierbar zu werden scheinen. Einer Kriegsführungsfähigkeit als Bestandteil des Sicherheitskonzeptes der militärischen Rüstung bieten sich damit Wege, wie das im bisherigen globalen System des Gleichgewichts des Schreckens nicht der Fall war. Die Diskussion über atomares Gleichgewicht zeigt zudem, heute vielleicht deutlicher als früher, daß es kein eindeutiges materielles Gleichgewicht der militärischen Kräftepotentiale gibt (vgl. oben Teil I, 4b), das gleichsam mit militärischer Automatik den Krieg verhindert. Die militärische Rüstung mußte und muß immer politisch verstanden werden, d. h. mit gegenseitig klar erkennbaren politischen Zielen der Friedenssicherung verbunden sein. Die Entwicklung der militärischen Rüstung darf nicht einseitig die Richtung der Politik bestimmen.

In dieser Situation muß heute eine Stärkung der politischen Verantwortung für den Frieden gefordert werden. Diese Verantwortung kann nicht an Waffen abgegeben werden. Die Befürchtung, daß Rüstung und militärische Maßnahmen der Kriegsverhinderung sich gegenüber dieser politischen Aufgabe verabschieden, entzieht sonst der Politik das Vertrauen.

Darum muß nach neuen Wegen gesucht werden, um die politischen Wege der Konfliktbewältigung gegenüber der militärischen Verfestigung des Weltkonfliktes zu stärken und zu erneuern. Diese Bemühungen können sicher nicht in einem einzelnen Akt bestehen. Dazu sind Verhandlungsbereitschaft und eine erneute Diskussion der politischen Ziele der Friedenssicherung vonnöten, in der die schrittweise Abkehr von den dominierenden militärischen Vorstellungen des Gleichgewichts und der Konfliktbewältigung hin zu neuen und anderen Formen gegenseitiger Anerkennung im Konflikt und innerhalb des Gleichgewichts der Kräfte vorbereitet wird. Das Ziel muß die Ausbildung einer politischen Friedensordnung sein, die den Abbau militärischer Gewaltmittel möglich macht. Auf dem Wege dahin bleibt es die erste Aufgabe, Krieg zu verhüten.

In Zusammenfassung aller dieser Argumente gilt: Die Friedensdiskussion muß den Weg zu einer den neuen Aufgaben gemäßen Friedenspolitik unterstützen.



FRIEDENSDEMONSTRATION in Hamburg: Die Situation gebietet den Vorrang der Friedenssicherung vor der Rüstung

Foto: Manfred Vollmer

Dabei dürfen Christen nicht abseits stehen oder sich verweigern, sondern sie müssen geduldig und aktiv ihren Beitrag leisten.

d) Der Krieg und der Wille Gottes

Wenn wir von der Friedensaufgabe sprechen, sprechen wir von der menschlichen Verantwortung für den Frieden in der Welt. Auch das Vertrauen auf Gott als Herrn der Geschichte erlaubt es nicht, Krieg als einen von Gott eröffneten Weg des politischen Handelns anzusehen.

In den Gemeinden wird auch die Frage gestellt, ob es nicht nach biblischem Zeugnis zu Gottes Plan mit der Welt gehört, daß es bis ans Ende in der Welt Krieg geben wird, ja daß Kriege auch Anzeichen des bevorstehenden Endes und des kommenden Weltgerichts Gottes sein könnten. Diese Rückfrage, die sich an das Friedensbewußtsein unserer Tage richtet, erinnert mit Recht daran, daß die Menschen nicht letztlich Herr der Geschichte sind. Aber diese Erinnerung an die eschatologische Dimension von Krieg und Leiden wäre doch gründlich mißverstanden, wenn aus diesem göttlichen Vorbehalt gegenüber den Planungen von Menschen in irgendeinem Sinne abgeleitet werden könnte und sollte, daß Menschen deswegen die Führung von Kriegen von sich aus planen oder beabsichtigen dürfen und nicht alles tun müßten, um Kriege zu verhindern. Es kann niemals darum gehen, daß wir meinen sollten, wir würden Gottes Plan besser gerecht, wenn wir uns auch auf die Führung von Kriegen einstellen. Das ist mit dieser Rückfrage auch nicht gemeint. Sie erinnert daran, daß für den Glauben ein Krieg, den zu verhindern von menschlicher und christlicher Vernunft verlangt ist, zwar die Verborgenheit Gottes, nicht aber dessen Abwesenheit von seiner Welt aufweist. Der Glaube, daß Gott in jedem Falle im Regimente sitzt, stärkt aber, über alle Möglichkeiten politischen Kalküls hinaus, das Gebot, daß für menschliches Handeln allein Friede der Maßstab ist und nicht der Krieg.

V. Die Friedensaufgabe der Kirche – jetzt

1. Unsere kirchlichen Spannungen fruchtbar machen

a) Die heutige Geltung der Heidelberger Thesen

Als die Gründungsversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen 1948 in Amsterdam feststellte: »Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein«, legte sie damit ein Zeugnis für den Frieden ab. Dieses kann die Evangelische Kirche in Deutschland angesichts der heutigen Spannungen in der Welt nur unterstreichen und bekräftigen.

Auf dieses Zeugnis muß jeder Dienst, den die Christen für den Frieden leisten können, bezogen sein. Die Heidelberger Thesen suchten 1959 diesen Dienst zu leisten, indem sie die Unmöglichkeit einer grundsätzlichen Rechtfertigung des Atomkriegs nach der Lehre vom gerechten Krieg hervorhoben, jedoch die Beteiligung an dem Versuch, durch Atomrüstung »einen Frieden in Freiheit zu sichern, als eine heute noch mögliche christliche Handlungsmöglichkeit« (These VIII). Diese Anerkennung als

»heute noch möglich« bedeutet, daß sie nicht unbefristet gilt, sondern daß sie an eine bestimmte weltpolitische Situation gebunden ist und daher durch die Entwicklung überholt werden kann; in ihr drückt sich das Bewußtsein aus, daß dieser Versuch mißlingen kann. Menschen, die an die Erwartung knüpfen, daß der Versuch einer Kriegsverhinderung durch atomare Abschreckung mit der Zeit durch andere Formen, einen Frieden in Freiheit zu sichern, abgelöst werden würde, sehen sich heute enttäuscht. Nicht nur wurden keine entscheidenden Fortschritte in der Ablösung der militärischen Kriegsverhinderung durch nichtmilitärische Friedenssicherung erzielt. Darüber hinaus wird auch die Gefahr ihres Mißlingens immer deutlicher. Darum sehen es viele Christen als überholt an, die Beteiligung am Versuch der Kriegsverhinderung durch militärische Abschreckung noch als mögliche christliche Handlungsmöglichkeit anerkennen. Sie erwarten als Friedensdienst der Kirche heute, daß die Kirche die Beteiligung am Versuch, einen Frieden in Freiheit durch atomare Abschreckung zu sichern, nicht mehr als christliche Handlungsmöglichkeit anerkenne.

1959 stellten die Heidelberger Thesen die Kirche vor die Aufgabe, »das Bewußtsein wachsen zu lassen, daß der heutige Zustand nicht dauern darf« (zu These X). Es trifft zu, daß dieser Zustand auch 1981 noch dauert. Deshalb müssen unsere Kirchen und Gemeinden zuerst sich selbst betroffen der Frage aussetzen, ob sie nicht mehr für seine Überwindung hätten tun können und was sie heute dafür tun können. Auch die Christen haben sich in den letzten zwei Jahrzehnten an den brisanten Zustand gegenseitiger atomarer Vernichtungsdrohung bei stetig wachsenden Rüstungspotentialen gewöhnt, und wo die Beunruhigung darüber wachgehalten oder geweckt wurde, hat sie keinen Umschwung bewirken können.

Zwar gab es, wie oben (Teil II und III) gezeigt wurde, Bemühungen um Rüstungsbegrenzung und politische Entspannung, die auch von der Kirche unterstützt worden sind. Aber über die Schwierigkeit dieser Bemühungen ist das Ziel, Kriegsverhinderung durch militärische Abschreckung effektiv durch eine politische Friedensordnung zu ersetzen, in den Hintergrund getreten. Die Rüstungsspirale konnte weitergedreht werden, ohne daß die Kirche und andere Kräfte der Öffentlichkeit dagegen vernünftig und durchdringend ihre warnende Stimme erhoben. Statt dessen hat sich das Gefühl verbreitet, daß sich der Zustand der Atomrüstung nicht grundlegend ändern lasse.

Wenn heute eine so engagierte politische Bewegung gegen den Beschluß der

NATO vom 12. Dezember 1979 Widerstand leistet, so liegt das nicht zuletzt daran, daß viele Menschen im Handeln der Politiker, die diesen Beschluß trafen, keine überzeugte und überzeugende Perspektive auf eine effektive Überwindung des atomaren Wettrüstens erkennen. Die Aufgabe, das Bewußtsein dafür wachsen zu lassen, daß der heutige Zustand nicht dauern darf, besteht heute dringender als vor 22 Jahren. Deshalb wächst gerade auch in der Kirche die Zahl derer, die keine Geduld mehr haben und den Zustand der atomaren Konfrontation und des Wettrüstens nicht mehr erträglich finden. Die Kirche hat für die Achtung und Verständnis. Gerade auch in der heutigen Situation muß die Kirche deswegen den Waffenverzicht als eine christliche Handlungsweise anerkennen (vgl. VII. Heidelberger These).

Das atomare Zeitalter fordert von uns außerordentliche moralische Anstrengungen. Zu ihnen gehört nicht nur, sich mit der Tatsache atomarer Rüstung nicht abzufinden, sondern vor allem gilt es auch, die Erkenntnis auszuhalten, daß es für einen Frieden in Freiheit weder durch atomare Rüstung noch durch den Verzicht auf sie eine Garantie gibt. Beide Optionen sind mit hohen Risiken verbunden, die sich schwer gegeneinander abwägen lassen. Sie werden auch von Christen unterschiedlich eingeschätzt. Inzwischen ist kein wesentlicher Fortschritt zu einer Friedensordnung erzielt worden, die sich nicht auf atomare Abschreckung gründet. Die Kirche muß auch heute, 22 Jahre nach den Heidelberger Thesen, die Beteiligung am Versuch, einen Frieden in Freiheit durch Atomwaffen zu sichern, weiterhin als eine für Christen noch mögliche Handlungsmöglichkeit anerkennen (vgl. VIII. Heidelberger These). Deshalb hat die Kirche Achtung und Verständnis für diejenigen, die in der Bundeswehr Dienst leisten. Allein: diese Handlungsweise ist nur in einem Rahmen ethisch vertretbar, in welchem alle politischen Anstrengungen darauf gerichtet sind, Kriegsursachen zu verringern, Möglichkeiten gewaltfreier Konfliktbewältigung auszubauen und wirksame Schritte zur Senkung des Rüstungsniveaus zu unternehmen.

Indem die Kirche diese Anerkennung unter der genannten Voraussetzung aufrechterhält, setzt sie sich dem Einwand aus, aufs neue zu verstoßen. Sie kann das nur mit einer verstärkten Verpflichtung für sich selbst verbinden, alles in ihren Kräften Stehende für einen Abbau der Rüstung und für den Aufbau einer den Frieden auf andere Weise sichernden Ordnung des Zusammenlebens der Völker zu tun.

b) Der Sinn der Formel: »Friedensdienst mit und ohne Waffen«

Die evangelische Kirche begleitet die politische Diskussion um Sicherheit und Frieden mit einer eigenen, oft leidenschaftlich geführten Diskussion. Die gegensätzlichen Entscheidungen, denen verschiedene Gruppen dabei folgen, haben sich seit dem Kirchentag 1967 in der Formel »Friedensdienst mit und ohne Waffen« niedergeschlagen.

Die evangelische Kirche ist immer wieder und mit Nachdruck für das Recht der Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen eingetreten. Sie hat dazu beigetragen, die Probleme offenzuhalten, die im Gegensatz der Gewissensentscheidungen auftreten, und vor allem den Respekt der Christen voreinander in ihren gegensätzlichen Entscheidungen gefördert.

Die Formel wird inzwischen über die grundsätzliche Gewissensfrage hinaus zur Beschreibung alternativer politischer Optionen in der Friedenspolitik verwandt. Deswegen muß neu geprüft werden, ob die Formel »Friedensdienst mit und ohne Waffen« nach ihrem sachlichen Gehalt und ihrem ethischen Recht auch ein Gleichgewicht politischer Entscheidungen bezeichnen kann. Dafür wird das Folgende zu bedenken sein:

»Friedensdienst mit Waffen« ist nur im Rahmen einer allgemeinen Friedenspolitik ethisch begründbar, die Formel soll nicht sagen, daß durch Waffengebrauch, also zum Beispiel durch Kriegführung, absicht und deren Verwirklichung, die Friedensaufgabe erfüllt würde. Vielmehr ist eindeutig festzuhalten, daß die Formel »Friedensdienst mit Waffen« ihren Ort nur im Rahmen einer Politik des Friedens, der Verhandlungen, der vertraglichen Bindungen, der Entwicklungspolitik hat. So ist sie auch weithin vertreten worden.

Im Verhältnis dazu betont die Formulierung »Friedensdienst ohne Waffen« entschieden den Verzicht auf Waffen; sie bezeichnet vorwiegend die Ablehnung militärischer Bewaffnung überhaupt und der Beteiligung daran.

Mit dieser Ablehnung wird die Intention des Friedensbegriffs nicht schon erfüllt, obwohl diese Meinung vielfach vertreten wird. Wer über seine Gewissensgründe hinaus dem Frieden ohne Waffen dienen will, kann das nur mit politischen Mitteln tun und muß sich darum an der Konzipierung von Friedenspolitik beteiligen. Dies ist mit der Formel »Friedensdienst ohne Waffen« weder inhaltlich noch von ihrem Entstehen her ausreichend ausgedrückt. Doch viele, die sich zur Friedensbewegung bekennen, tun das nicht allein um ihres eigenen Gewissens willen, sondern um ein politisches Zeichen zu setzen. So wendet man sich in der gegenwärtigen Diskussion über Friedensdienst ohne Waffen immer stärker der Frage nach alternativen Strategien der Verteidigung zu. Diese Frage aber betrifft eine Ebene, die durch die Formel »ohne Waffen« noch nicht abgedeckt ist.

Friedensdienst »ohne Waffen« oder – noch zugespitzter – die Parole »Ohne Rüstung leben« steht darum heute neu zur Diskussion in der Kirche. Denn in einer Beziehung ist diese Parole alles andere als eine Utopie, sondern eine höchst reale Möglichkeit und Chance der Friedenspolitik. Es ist ja nicht so, als ob die Parole »Ohne Rüstung leben« in dieser Welt keinen Ort hätte. Sie hat vielmehr einen klar erkennbaren Ort und eine uns durchaus bekannte Realität. Überall dort, wo Vereinbarungen und Bündnisse gelingen, sei es im Sinne der Rechtsordnung des einzelnen Staates (innerer Frieden), sei es im Sinne gelingen.

der Staatenbündnisse, gibt es die uns bekannte und zu fördernde Wirklichkeit, daß Menschen und Staaten ohne Rüstung miteinander leben können. Es ist möglich, kraft ernsthafter Politik der gegenseitigen Anerkennung von Recht und Interessen, Situationen zu befördern, in denen ohne Rüstung gelebt werden kann. Etwas plakativ ausgedrückt: Wir brauchen keine Rüstung gegenüber den USA, Frankreich, England, Holland, Belgien etc.; das ist keineswegs immer so gewesen, heute aber gilt es. Insofern kommt alles darauf an, in welcher Beziehung die Formel »Ohne Rüstung leben« aufgenommen und mit Leben erfüllt wird.

Auch die Formel »Friedensdienst ohne Waffen« hat darum ihr Recht; sie gilt in einer bestimmten Beziehung. Sie muß sich nämlich über die Bedingungen erklären, die erreicht und gewahrt werden müssen, damit die Situation eines Friedens ohne Rüstung sich halten kann. Sie kann nicht als »absolute« Formel, ohne diesen politischen Zusammenhang vertreten werden. Darum wäre sie auch in der kirchlichen Diskussion mißbraucht, wenn man so tun wollte, als ob es einen Verzicht auf Waffen aus christlichen Gründen »unbedingt« geben müße, d. h. ohne die von uns geforderte Beteiligung an realer Friedenspolitik. Wenn sie nicht mit der Annahme einhergeht, wir lebten in einer Welt, die keine politische Sicherung des Friedens mehr nötig hätte, ist sie eine wichtige und konstruktive Formel zur Bestimmung und Erneuerung der Aufgabe, die mit dem Frieden gestellt ist.

Nur wenn man den politisch-ethischen Gehalt dieser beiden Positionen auseinanderhält, besteht Aussicht darauf, daß die Friedensdiskussion in der Kirche sich auf sachhaltige Problemfelder der Friedensaufgabe bezieht und nicht in dem Gegeneinander von Gesinnungspositionen endet. Wer den Frieden durch Waffen sichern will, muß auch nach neuen Wegen suchen, einen friedlichen Umgang mit politischen Konflikten durch Vereinbarungen zu gestalten. Ohne Rüstung leben zu wollen, entbindet nicht von der Aufgabe, an neuen Wegen der politischen Sicherung des Friedens durch Verbindungen, Vereinbarungen und Verträge mit politischen Gegnern mitzuwirken.

Die Kirchen müssen sich sowohl in der Bundesrepublik wie in der Ökumene fragen, ob und inwieweit sie gut daran tun, sich in eine detaillierte Erörterung der Beschaffenheit und der Qualität von atomaren und konventionellen Waffensystemen und militärischen Strategiekonzeptionen zu verwickeln. Es gibt Gründe, die dafür sprechen. Aber wenn sich die Debatte an Fragen des Waffengebrauchs und der Weise der Beschaffenheit der Waffen festbittet, werden auch Kräfte gebunden, die notwendig wären, um die politische Grundlagendebatte neu in Gang zu bringen bzw. diejenigen zu unterstützen, die dies zu tun versuchen.

Es ist alles andere als nebensächlich, worin die Kirche selbst das Schwerk Gewicht der Entscheidungsfragen sieht, um die es heute geht. Ein Defizit an politischem Gehalt der kirchlichen Diskussion ist in dieser Hinsicht nicht zu übersehen. Was also kann die Kirche im Rahmen der neu in Gang gekommenen Friedensdiskussion tun?

2. Für den Frieden bilden

a) Friede als Lebensbedingung des technischen Zeitalters

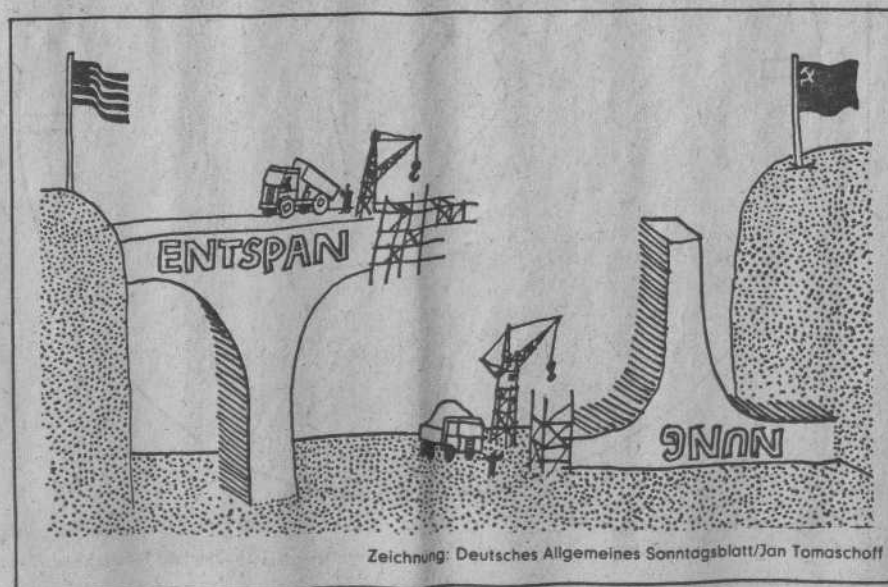
Der Friede ist eine umfassende politische Aufgabe. Aber die politischen Handlungsmöglichkeiten stehen in engem Zusammenhang mit dem politischen Bewußtsein der Gesellschaft, in einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaftsordnung noch mehr als in einer staatssozialistischen. Die Kirche muß durch ihr öffentliches Wort das Ihre dazu beitragen, der notwendigen Einsicht zum Durchbruch zu verhelfen, daß der Friede Lebensbedingung des technischen Zeitalters und Krieg unter keinen Umständen ethisch zu rechtfertigen ist. Krieg muß als politisches Mittel überwunden werden.

Dies setzt voraus, daß eine neue Ordnung für das Zusammenleben der Völker geschaffen wird – eine durchsetzbare internationale Friedensordnung. Die Rüstungstechnik hat sich dahin entwickelt, daß militärische Aktionen technisch wieder exakter eingegrenzt werden können. Dies könnte die Versuchung zur kriegerischen Konfliktaustragung befördern. Dadurch gewinnt die Aussage an Gewicht, daß durch keine Absicht oder Begründung eine kriegerische Aktion – gleich welchen Ausmaßes – jemals gerechtfertigt werden kann.

Freilich gibt es auch zwischen Nationen wie innerhalb der Staaten Fälle, in denen der Gewalt nur durch Gewalt begegnet werden kann. Die grundsätzliche Verwerfung des Krieges als Mittel zur Lösung von Konflikten steht in einer Spannung zum Recht auf nationale Selbstverteidigung und zum Schutz der Menschenrechte. Diese Spannung läßt sich ohne eine internationale Friedensordnung, in deren Rahmen das Recht gewahrt und dem Unrecht gewehrt werden kann, nicht auflösen.

b) Gewöhnung an den Zustand atomarer Bedrohung verhindern

Die Kirche muß mehr als bisher dazu beitragen, daß der Versuch, Krieg durch atomare Abschreckung und militärisches Gleichgewicht zu verhüten, von jedermann als schwer erträgliches Provisorium verstanden wird, das mit dem hohen



»Die Kirche hat einen Beitrag zu leisten, daß die Bereitschaft zu geduldigem Zuhören gefördert wird«

Risiko behaftet ist, Krieg herbeizuführen, statt ihn zu verhindern. Es ist zwar richtig: Weder eine Politik militärischen Gleichgewichts noch die bewußte Verringerung der Bedrohung des Gegners kann den Krieg ausschließen. Aber bei dieser lähmenden Feststellung darf es nicht bleiben. Die Kirche muß deshalb dafür sorgen, daß keine Gewöhnung an dieses Provisorium einer Kriegsverhütung durch atomare Bedrohung eintritt. Statt dessen muß sie auf Überwindung dieses Zustands drängen und konstruktiven Vorschlägen dazu in der öffentlichen Diskussion Raum schaffen.

c) Zu bewußtem und verständigem Umgang mit Bedrohtheitsvorstellungen anleiten

Bedrohtheitsvorstellungen sind auch dann ein Stück politischer Wirklichkeit, wenn objektive Gründe für sie nicht erkennbar sind. Sie können den Frieden zusätzlich gefährden. Bildung für den Frieden muß deshalb zu bewußtem und verständigem Umgang mit Bedrohtheitsvorstellungen anleiten. Dabei geht es um die Änderung von Einstellungen und um praktisches Verhalten, das geeignet ist, Ängste zu mindern und Feindschaft zu überwinden. Auf solches Verhalten zielt das Gebot der Feindesliebe.

Zu einem bewußten und verständigen Umgang mit Bedrohtheitsvorstellungen gehört, daß man das Schlechte nicht nur im Gegner und im Gegner nicht nur das Schlechte sieht. Wie man den Konflikt-partner sieht, ist selbst ein Element des Konflikts. Den Frieden fördern kann nur eine Sichtweise und Wahrnehmung, die nicht sich selbst idealisiert und den Gegner dämonisiert, sondern das Augenmerk auf die realen beiderseitigen Ansprüche und Interessen richtet, die dem Konflikt zugrunde liegen; das erfordert nicht, daß die Unterschiede zwischen Gesellschaftsformen verwischt werden. Dies führt zur Aufgabe für die Politik, Klarheit darüber zu schaffen, welches die eigentlichen globalen Interessenkonflikte sind, und alle Möglichkeiten zu diskutieren, wie ihnen mit anderen als militärischen Mitteln gerecht zu werden ist.

Zu einem bewußten und verständigen Umgang mit Bedrohtheitsvorstellungen gehört weiter, daß man die Sicherheit des Gegners mitbedenkt und versucht, sich in seine Vorstellung von Bedrohung hineinzuversetzen. Die Bildung von Vertrauen hängt wesentlich auch davon ab, daß man die eigene Sicherheit nicht auf Kosten der Sicherheit des Gegners sucht und daß das Bemühen erkennbar und glaubwürdig wird, die gegnerische Sicherheit mitzubedenken. Das führt zur Frage an die Politik, auf welchem Wege dem gegenseitigen Sicherheitsbedürfnis Rechnung getragen werden kann.

Es gehört zu einem bewußten und verständigen Umgang mit Bedrohtheitsvorstellungen auch, sich selbst dem Gegner in den Absichten und Handlungskonzepten bestmöglich durchschaubar zu machen. Offenheit der politischen Gegner macht sie einander in ihrem Tun kalkulierbar und kann Verunsicherung abbauen. Wir leben allerdings in unterschiedli-



FRIEDENSDEBATTE beim Kirchentag: »Gegensätze müssen ohne Diffamierung ausgetragen werden.«

Foto: Manfred Vollmer

d) Die Erfüllung der staatlichen Friedensaufgabe kritisch und konstruktiv begleiten

Die erhöhten Risiken der Weltlage, insbesondere durch das hohe Rüstungsniveau, bestimmen das Bewußtsein vieler Menschen in einer Weise, daß sie zunehmend am Sinn militärischer Rüstung und an der Möglichkeit militärischer Verteidigung zweifeln und verzweifeln. Die Kirche sollte das Bewußtsein dafür stärken, wie riskant militärische Rüstung ist. Die Sachdiskussion über Möglichkeiten zur Abrüstung ist eine dringende politische Notwendigkeit.

Die Kirche kann auch zur Versäglichung der Diskussion um den Frieden beitragen, indem sie den notwendigen Zusammenhang von Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit begrifflich macht. Aus diesem Zusammenhang ergeben sich viele der Auseinandersetzungen, in denen wir stehen. Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit lassen sich stets nur relativ verwirklichen. Vielfach läßt sich Krieg nur vermeiden um den Preis von Ungerechtigkeit oder durch einen Verzicht auf

Haltung, die sich nur auf alles oder nichts einläßt und die politische Auseinandersetzung polarisiert, nicht um sich greift. Diesem Gebot unterliegt auch die politische Predigt. So kann sich Bereitschaft zur Übereinkunft und zu politischen Kompromissen öffnen. Unterschiede und Gegensätze müssen ohne gegenseitige Diffamierung ausgetragen werden.

Weil der Christ auch als Gerechtfertigter ein Sünder bleibt, kennt er nicht nur die Möglichkeit des Irrtums und die Relativität aller menschlichen Problemlösungen, sondern auch die Möglichkeit eigenen Versagens und eigener Schuldverstrickung. Weil der Erfolg solcher Bemühungen letztlich unverfügbar bleibt, sind ihm Verbesserungen und Reformen wichtig, auch wenn er davon nicht die Auflösung aller Widersprüche und Konflikte erhoffen kann. Auseinandersetzungen um den richtigen Weg zur Verhütung eines Krieges und zur Sicherung des Friedens sind nur so lange sinnvoll, als sie mit dem Ziel geführt werden, daß politische Gegner zu praktischen Vereinbarungen kommen, die sie gemeinsam tragen können.

Dabei ist immer zu bedenken, daß jede Ethik auf Verantwortung bezogen ist. Die Frage ist nicht, ob wir aus Gesinnung oder aus Verantwortung handeln, sondern welche Verantwortung wir aus welcher Gesinnung heraus wahrnehmen.

f) Öffentliche Darstellung von Gewalt unterbinden

Die Kirche muß ihren Einfluß dahin geltend machen, daß öffentliche Verherrlichung des Krieges, Darstellung oder Verherrlichung von Gewalt in unserer Gesellschaft unterbunden werden.

Presse, Film, Funk und Fernsehen nehmen hierbei eine Schlüsselstellung ein. Aber auch im Schauspiel, in der politischen Auseinandersetzung, beim Spielzeug der Kinder sollte eine kritische Empfindlichkeit gegenüber jeder Art von Gewaltanwendung geweckt und unterstützt werden. Damit sollte jeder Christ zunächst in seiner persönlichen Lebensgestaltung und in seiner Familie beginnen.

g) Lernmöglichkeiten für den Frieden nutzen

Der Ausgangspunkt für alles, was die Kirche tun kann, um für den Frieden zu bilden, sind das Gebot für den Frieden und die lebendige Verkündigung des Evangeliums. Der Geist Gottes bringt als seine Früchte Liebe, Freude, Friede, Geduld, Freundlichkeit, Güte, Glaube, Sanftmut, Selbstbeherrschung hervor (Galater 5,22). Jeder Gottesdienst kann und soll zum Frieden bilden. Glaube und Hoffnung bringen den Menschen auf den Weg der Liebe.

Erziehung zu Friedensbereitschaft und Friedensfähigkeit, gerade im Umgang mit Konflikten, geschieht in allen Lebensbereichen: in Familie, Schule, Arbeits- und Freizeitwelt, in der Politik. In alle diese Bereiche reichen Verkündigung und Dienst der Kirche hinein. Diese können das Verständnis für die Notwendigkeit bewußter Friedenserziehung fördern sowie die dafür erforderlichen Fähigkeiten vermitteln und einüben. Insbesondere geht es dabei um das Erkennen von Konfliktursachen, Kontrolle der eigenen Emotionen, Erlernen von Verfahren zur Regelung von Konflikten.

Erziehung zu Friedensbereitschaft und Friedensfähigkeit vollzieht sich vor allem im Gespräch zwischen den verschiedenen Überzeugungen, Positionen und Ge-

nerationen. Dazu ist die Klärung von Meinungen und Sachverhalten erforderlich. Dem können Informationen, Kundgebungen und Denkschriften, Studien und Arbeitshilfen dienen. Der Schwund an Vertrauen in die Politik und die politische Polarisierung gehen einher mit einem Schwund an Vertrauen in die veröffentlichte Meinung. Von dem verbreiteten Gefühl, im Widerstreit der Meinungen nicht zu einer einigermaßen unabhängigen Information über politische Sachverhalte kommen zu können, geht eine eigene Dynamik der Verweigerung gegenüber dem politischen Geschehen aus.

Deshalb ist es als eine sinnvolle Aufgabe für die Kirche anzusehen, politische Sachverhalte sorgfältig und verläßlich darzustellen, unterschiedliche Positionen auf ihre ideologischen Hintergründe und politischen Konsequenzen hin zu prüfen und Schritte zur politischen Sicherung des Friedens und militärischen Entschärfung zu empfehlen.

Spezielle Friedensaktivitäten, Versöhnungsdienste, Partnerschaften, Friedenswochen, Kirchentage sind wichtige Felder der Bildung für den Frieden in der Kirche. In diesen Feldern haben die Initiative einzelner, diejenige von Gruppen und Gemeinden, freien kirchlichen Werken und Verbänden, die Zusammenarbeit mit anderen gesellschaftlichen Kräften und die Mitarbeit von Christen in Parteien großes Gewicht.

3. Den Sinn für Näherungslösungen stärken

a) Internationale Friedensordnung

Die Kirche hat zuerst und vor allem anderen die Aufgabe, zu bezeugen, daß Frieden für die Welt nur in Christus Jesus gegeben ist. Das politische Zeugnis und der politische Dienst der Kirche für den Frieden können nicht davon absehen, daß jede Ordnung, die dem Frieden dient, nur von relativer Tragweite sein kann und stets überholbar bleibt.

Verhütung kriegsähnlicher Auseinandersetzungen ist ein erster Schritt zum Frieden. Aber die Abwesenheit von Krieg macht noch keinen Frieden. Frieden ist überhaupt nicht als politischer Zustand zu begreifen, sondern viel eher als ein Prozess schrittweiser Verbreiterung jener sozialen Bedingungen, die die Qualität des Friedens ausmachen: Verzicht auf gewaltsame Lösung zwischenstaatlicher Konflikte, Beseitigung von Not und Elend, Gewährleistung von Freiheit und Selbstbestimmung für alle Völker, Aufhebung rassistischer oder sozialer Unterdrückung und Diskriminierung, Gewährleistung der Menschenrechte, Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen in der Umwelt. Ein solcher Friede kann nur auf enge Verflechtung verschiedener Interessen und systematischen Ausbau von Regelungen gegründet werden, die allen so große Vorteile bringen, daß sie die unvermeidlichen Nachteile überwiegen. Eine solche Ordnung wäre die Übertragung rechts- und sozialstaatlicher Grundgedanken auf die internationale Ebene, der Versuch, unvermeidliche Konflikte aufgrund international vereinbarter Regeln auszutragen. Eine internationale Friedensordnung muß die individuellen und sozialen Menschenrechte verwirklichen, ein gemeinsames Konzept von Sicherheit einschließen und die Durchsetzung von Interessen mit gewaltsamen Mitteln verhindern; sie hat die Selbständigkeit der Völker zu achten und soll die regionale und weltweite Zusammenarbeit fördern.

Ein politischer Weg zu einer solchen Ordnung ist gegenwärtig kaum in Sicht, das Konzept einer die Welt umgreifenden Friedensordnung, die Gerechtigkeit und Freiheit für alle ermöglicht, vorläufig offenkundig nicht realisierbar. Um so zwingender ist es, den Sinn für die erreichbaren Näherungslösungen zu stärken, sie weder wegen weiterreichender Zielvorstellungen vom Frieden geringzuschätzen oder zu desavouieren noch auch die Näherungslösungen selbst mit den weitergesteckten Zielen zu verwechseln. Es geht nicht darum, den heutigen Weltzustand zu bewahren; in ihm ist der Friede nicht gesichert. Es geht um – wenn auch noch so bescheidene – Schritte in Richtung auf eine internationale Friedensordnung.

Aber die vordringlichste Aufgabe ist die Verhütung eines Krieges zwischen den großen Bündnissystemen. Auch wenn die Meinungen darüber geteilt sind, ob er sich wirklich verhüten lasse, muß sinnvolles politisches Handeln davon ausgehen, daß dies möglich ist. Daß dabei die Rüstung qualitativ und quantitativ immer höher geschraubt wurde und wird, hat den Charakter des Gleichgewichts verändert und Risiken eigener Art geschaffen, so daß zunehmend die Möglichkeit eines Umschlagens seiner kriegsverhütenden Funktion in eine kriegsauslösende in Blick kommt. Seit Anfang der sechziger Jahre gibt es darum Bemühungen um Rüstungsbeschränkung, die der erste Schritt auf dem Wege zur Abrüstung sein muß. Allerdings sind die meisten Erwartungen in Rüstungsbeschränkung bisher enttäuscht worden.

Der Erfolg solcher Bemühungen hängt in hohem Maße davon ab, daß beide großen Machtblöcke davon größeren Nutzen erwarten können als von fortgesetzter Rüstung. Aber wir befinden uns in einer Situation, in der die Konfrontation zwischen den beiden Supermächten gewachsen ist. Wir Europäer, besonders wir Deutschen, sind zur Zeit diejenigen, denen eine Politik der Konfrontation am meisten Nachteile bringen würde. Sie würde die größere Bewegungsfreiheit im Verhältnis der beiden deutschen Staaten wieder einengen und den Spielraum eigenständiger politischer Gestaltung, die in Richtung enger Verzahnung der beiderseitigen Interessen geht, verringern.

Europa in Ost und West hat eigenständige Interessen, die nicht deckungsgleich sind mit denjenigen der beiderseitigen Führungsmächte. Andererseits ist Europa in weltweite Interessengegensätze eingespant, aus denen es sich nicht lösen kann und deren Verschärfung auf Europa zurückzuschlagen und die Erfolge der Entspannung zunichte zu machen droht.

Deshalb muß Europa an der Entwicklung eines langfristigen Entspannungskonzepts unter Einschluss der Führungsmächte gelegen sein. Auch wenn Europa, speziell die beiden Staaten in Deutschland, nur in bescheidenem Maß als eigene Kraft zwischen den Supermächten wirken kann, hat es einen Beitrag für eine neue weltpolitische Perspektive zu leisten: nicht durch Isolierung, sondern indem es sein Gewicht jeweils neu in die Waagschale des Friedens wirft, um den Spielraum für die Suche nach politischen Konzeptionen frei zu halten, welche die positiven Erfahrungen mit der Entspannung in Europa umsetzen auf andere Spannungsherde in der Welt und zu Schritten in die notwendige Richtung einer internationalen Friedensordnung ermutigen.

Der Dienst der Kirche kann in dieser Lage nicht darin bestehen, Aussagen darüber zu machen, wie sich ein solches Konzept verwirklichen läßt. Aber sie kann Anfragen an die Politik richten, die die Besorgnisse vieler Menschen in unserem Land und die dringende Erwartung einer neuen politischen Perspektive aufnehmen.

Vor allem geht es dabei um drei Fragestellungen: nach umfassender Kooperation, nach einem typisch defensiven Verteidigungskonzept, nach effektiver Abrüstung.

b) In Richtung auf umfassende Kooperation

Im Vordergrund der gegenwärtigen Diskussion stehen Rüstungskontrolle und Rüstungsbegrenzung. Das sind sinnvolle und angemessene Ziele, wenn sie eingebettet sind in eine weiterreichende Perspektive.

Welche Möglichkeiten hat die gegenwärtige Politik für die Erarbeitung eines Konzepts blockübergreifender und umfassender Kooperation, die über die Verengung auf Rüstungskontrolle und Rüstungsbegrenzung hinausführt?

Da Gleichgewicht nicht allein und nicht zureichend durch militärische Faktoren definiert werden kann und daß nur Konzepte erfolgversprechend sind, die den Interessen beider Machtblöcke Rechnung tragen und von denen beide genug Nutzen erwarten können, daher muß ein solches Konzept Wirtschaft, Wissenschaft und Technologie einschließen. Der Vorrang der militärischen Konfrontation muß ersetzt werden durch den einer politischen Kooperation. Nur dadurch wird auch der Anreiz an Wirtschaft und technologische Forschung zur Rüstungsproduktion verringert und auf andere Bereiche industrieller Produktion verlagert werden können. Technologische und ökonomische Zwänge sind keine unabhängigen Größen: Wie sie sich gegenüber der Politik verhalten und dann auch auf diese einwirken können, kann eine veränderte Politik auch auf die Rüstungsindustrie einfließen und Technologie und Produktion neue Ziele geben.

Um die militärische Konfrontation zugunsten einer politischen Kooperation zu überwinden, muß es der Westen möglichst vermeiden, die Schwachstellen des Ostens in einer Weise auszunutzen, die ihn zu einer Überreaktion mit militärischen Mitteln verleiten könnte. Freilich darf dies nicht ausschließen, in die politische Kooperation insbesondere auch den Schutz der Menschenrechte einzubeziehen.

Für ein solches Konzept umfassender Kooperation bedarf es politischer Phantasie, die wiederum den Spielraum einer offenen, unverhärteten und verdinglichungsfreien politischen Diskussion braucht.



Zeichnung: Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt/Ivan Steiger

chen gesellschaftlichen Systemen mit unterschiedlichen Informationsmöglichkeiten. Dadurch werden die Kenntnis und das Verständnis für die jeweils andere Position eingeschränkt; es gibt keine grenzenlose Offenheit.

Die Politik muß sich darum der Frage stellen, welche Schritte getan werden können, damit die Auseinandersetzung über die verschiedenen politischen Zielsetzungen in Ost und West frei von Verzerrungen geführt wird. Wie läßt sich die Festigkeit der eigenen Grundsätze auch jenseits militärischer Gebärden so überzeugend darstellen, daß Gegner sich in ihren wirklichen Absichten verstehen? Notwendiger als die Glaubwürdigkeit der Abschreckung ist die Glaubwürdigkeit des eigenen Friedenswillens.

Schließlich verlangt ein bewußter und verständiger Umgang mit Bedrohtheitsvorstellungen, sich die eigene Aggressivität klarzumachen und Projektionen aufzudecken, mit denen man vom Gegner möglicherweise ein Feindbild aufbaut.

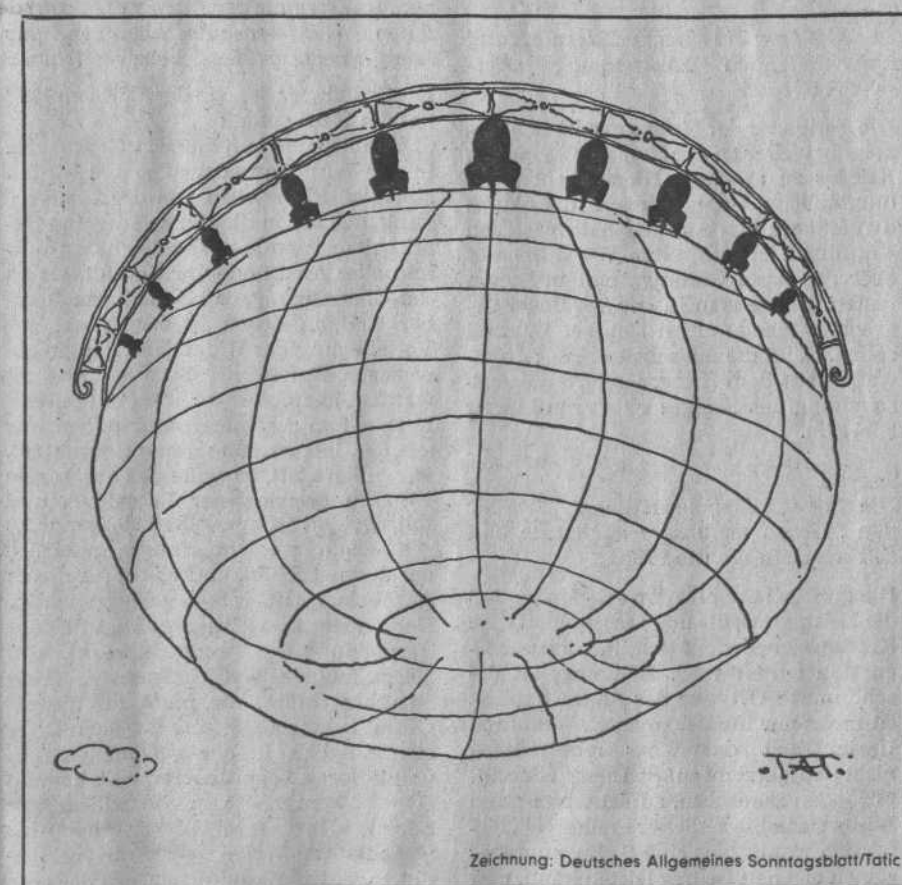
Innere Schwierigkeiten werden häufig nach außen gewendet und produzieren Konflikte, die mit realen Interessengegensätzen nicht viel zu tun haben. Ausweglosigkeit im Innern können Menschen so in Verzweiflung treiben, daß sie die Flucht in den Krieg suchen. Daraus ergibt sich an die Politik die Aufforderung, die Wurzeln der Schwierigkeiten im eigenen Bereich aufzudecken und jede Genußnahme über Schwierigkeiten des Gegners zu vermeiden.

Freiheit. Verteidigungsbereitschaft jedoch verliert ihren Sinn, sobald sie die Funktion der Abschreckung nicht mehr erfüllen kann, und ein Atomkrieg auch zerstört, was verteidigt werden sollte. Die Wahl zwischen Frieden einerseits und Wahrung von Menschenrechten und Freiheit andererseits darf nicht als politische Alternative hingenommen werden. Wer Menschenrechte und die Freiheit will, muß alle Anstrengungen auf die Kriegsverhütung konzentrieren. Wird dies im Meinungsstreit um die Wege, wie beide zu fördern sind, beachtet, so wird auch keine Position falschen Verdächtigungen ausgesetzt werden.

e) Bereitschaft zu Kompromissen wecken

Die politische Auseinandersetzung ist in den letzten Jahren immer schwieriger geworden. Der Graben zwischen politischen Standpunkten wird immer tiefer; politische Begriffe und Positionen werden gleichsam religiös aufgeladen. Der Kompromiß wird diffamiert, als würden durch Kompromisse in jedem Falle wirkliche Lösungen vertagt oder verhindert. In der Bereitschaft zum Kompromiß zeigt sich jedoch der Wille, miteinander und füreinander zu leben.

Die Kirche hat einen Beitrag dafür zu leisten, daß die Bereitschaft zum geduldi- gen Zuhören gefördert wird und eine den eigenen Standpunkt verabsolutierende



Zeichnung: Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt/Fatic

»Die gegenwärtige Qualität der Rüstung beinhaltet sehr hohe Risiken für die Verhütung eines Krieges«

c) In Richtung auf ein typisch defensives Verteidigungskonzept

Welche Möglichkeiten sind gegeben, den ausschließlich defensiven Charakter des Verteidigungskonzepts des atlantischen Bündnisses deutlicher zu machen und die Rüstung mit Waffen, die auch offensiv verwendet werden können, schrittweise durch eine andere zu ersetzen? Da Bedrohungsstellungen die Kriegsgefahr erhöhen können, würde ein Verteidigungskonzept, das vorläufig eine atomare Mindestabschreckung gewährleistet, aber seinen Schwerpunkt in typischen Defensivwaffen hätte, die Kriegsgefahr mindern. Dazu bedarf es der Erarbeitung von Kriterien dafür, was zur Abschreckung unerlässlich ist und was über dieses Minimum hinausgeht und verzichtbar wäre.

Die Diskussion dieser und anderer alternativer Verteidigungskonzepte muß in unserem Land und im Bündnis ernsthaft geführt werden. Auch hier gilt, daß nur in einem Klima unvergifteter öffentlicher Diskussion neue Wege gefunden werden können.

d) In Richtung auf effektive Abrüstung

Welche Perspektive kann die gegenwärtige Politik bieten, im Rahmen von Verhandlungen über die beunruhigend bescheidene Zielsetzung einer kooperativen Rüstungssteuerung hinaus zu einer effektiven Rüstungsminderung zu kommen?

Da das gegenwärtige Niveau und die Qualität der Rüstung hohe Risiken für die Verhütung eines Krieges beinhaltet, kann von den darüber besorgten Menschen Geduld für die lange dauernden und bisher nur in geringem Maß erfolgreichen Verhandlungen über Rüstungsbeschränkung nur in dem Maß erwartet werden, in dem ernsthafte Absichten und Aussichten erkennbar sind, zu einer Senkung dieser Risiken durch effektive Rüstungsverminderung zu kommen.

Die Kirche hat die Pflicht, die Politiker nachdrücklich zu fragen, wie die Kette von Rüstungsmaßnahmen, die jeweils als Nachrüstung zur Stabilisierung eines verlorengegangenen Gleichgewichts empfunden oder dafür ausgegeben werden, durchbrochen werden kann. Denn daß die Bemühungen um Gleichgewicht stets Erhöhung statt Verringerung der Rüstungspotentiale bewirken, ist zu einer unerträglichen Belastung des Gleichgewichtskonzepts selbst geworden. Wird der Spielraum, den die gegenseitige Abschreckung vorläufig noch einer politischen Sicherung des Friedens gewährt, nicht dazu genutzt, die Kette der Rüstungsmaßnahmen zu durchbrechen, so wird der Zeitpunkt kommen, wo Skandal und Risiko der Rüstungsspirale höher veranschlagt werden müssen als der Nutzen des Abschreckungssystems.

Auch kalkulierte einseitige Schritte sollten ernsthaft geprüft werden, wenn durch sie Abrüstungsverhandlungen gefördert werden können; der Umstand, daß in der Vergangenheit einseitige Schritte beider Seiten nicht das erwartete Echo gefunden haben, sollte uns dabei nicht entmutigen.

Ein wirklicher Erfolg wird den Verhandlungen um kooperative Rüstungssteuerung, Rüstungsbeschränkung und Abrüstung nur beschieden sein, wenn sie auf Vereinbarungen zielen, die auch absehbare Möglichkeiten technischer Fortentwicklung und Modernisierung von Waffensystemen einbeziehen.

Ein konkreter Beitrag der Kirche, den Sinn für Nährungslösungen zu stärken, könnte darin bestehen, daß der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland die Initiative ergreift und sich darum bemüht, daß regelmäßige Friedensgutachten erstellt werden, die aufgrund aktueller Analyse eine Empfehlung für den absehbaren nächsten möglichen Schritt zur Abrüstung und in Richtung auf politische Friedensordnungen geben sollen. Im Zusammenhang damit sollte die Aufgabe kontinuierlicher sorgfältiger und verlässlicher Information der Öffentlichkeit über grundlegende politische Entwicklungen, Gefahren für den Frieden, Entspannung und Abrüstung durch den Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland gefördert werden.

4. Gemeinschaft praktizieren

a) In unserem eigenen Land

Christen und Kirchen wirken mit an Aufbau und Gestaltung der Gesellschaften, in denen sie leben. Ihre Beteiligung am Leben ihrer Gesellschaftssysteme kann ein Dienst am Frieden sein.

Zunächst ist die Austragung von Konflikten zwischen Gruppen innerhalb der Kirche der Ort, an dem sich die sozialpsychologischen Einsichten, die aller Erziehung zum Frieden dienen, bewähren müssen. Die Kirche kann nicht von der Gesellschaft erwarten, was Christen nicht zunächst von sich selbst erwarten. Wo die Auseinandersetzung um Kriegsverhütung und Friedenssicherung zum haßerfüllten und menschenverachtenden Kampf entartet, wird das Engagement für den Frieden desavouiert. Die Mittel politischer Auseinandersetzung können den Zweck, auf den sie ausgerichtet sind, in Mißkredit bringen.

Ein konkreter Beitrag zur konstruktiven Auseinandersetzung innerhalb der Evangelischen Kirche in Deutschland könnte darin bestehen, daß die Evangelische Kir-



VOR DER FRIEDENSHALLE beim Hamburger Kirchentag: „Kalkulierte einseitige Schritte sollten ernsthaft geprüft werden.“

Foto: Manfred Vollmer

Die „Heidelberger Thesen“ von 1959 und ein Auszug aus dem Kommentar

Der Krieg muß abgeschafft werden

These 1
Der Weltfrieden wird zur Lebensbedingung des technischen Zeitalters

Die Notwendigkeit des Weltfriedens ist kein Satz des Christentums und erst recht kein schwärmerischer Satz, sondern eine Aussage der profanen Vernunft. Der Weltfriede des technischen Zeitalters ist nicht das Paradies auf Erden. Es könnte leicht sein, daß wir ihn nur um den Preis der staatsbürgerlichen Freiheit erhalten werden, zumal wenn er auf dem Wege über einen Dritten Weltkrieg zustande käme. Der Friede ist in einer versklavten Welt vielleicht leichter rational zu planen als in einer freien. Äußerster Anstrengung wird es vielleicht bedürfen, nicht damit er überhaupt kommt, sondern damit er nicht über Katastrophen kommt und damit in ihm die Freiheit bewahrt bleibt.

These 2
Der Christ muß von sich einen besonderen Beitrag zur Herstellung des Friedens verlangen

Heute ist die Menschheit hin und her gerissen zwischen der Angst vor dem Krieg, die sie in Versuchung führt, sich der Sklaverei zu ergeben, und der Angst vor der Sklaverei, die sie in Versuchung führt, den Krieg, zu dem sie gerüstet ist, ausbrechen zu lassen. Die Angst ist aber ein schlechter Ratgeber. Die Angst ist aber ein Attribut der Welt, und die Steigerung der technischen Mittel, die uns von der Angst vor so vielen Naturkräften befreit hat, hat die Angst vor dem Mitmenschen mit gutem Grund erhöht. Gerade unser vom Verstand erhelltes Zeitalter leidet an dumpfer Angst vor seiner eigenen Unberechenbarkeit. Den Christen und durch sie allen ihren Brüdern ist gesagt: In der Welt habt ihr Angst, aber seid getrost, ich habe die Welt überwunden. Durch die Christen sollte der Friede Gottes in der Welt wirksam werden, der allein den Frieden der Welt zum Segen werden lassen kann.

These 3
Der Krieg muß in einer andauernden und fortschreitenden Anstrengung abgeschafft werden

Die Fortdauer der Kriege macht es nötig, ständig weiter an der Humanisierung des Krieges zu arbeiten. Hierzu gehört der unerlässliche Versuch, auch in Zukunft den Einsatz von Atomwaffen in lokalen Konflikten zu verhindern. Wir würden es aber für einen verhängnisvollen Irrtum halten, wollte man in der Fortdauer begrenzter Kriege einen stabilen Zustand sehen. Nicht die Ausschaltung der Atomwaffen aus dem Krieg, sondern die Ausschaltung des Krieges selbst muß unser Ziel sein.

These 4
Die tätige Teilnahme an dieser Arbeit für den Frieden ist unsere einfachste und selbstverständlichste Pflicht

Die größte Gefahr für den Frieden ist, daß die Zeitspanne, die uns das gegenwärtige Kräftegleichgewicht läßt, in träger Resignation verlan. Lähmung ist die schlimmste Wirkung der Angst. Sathheit ist meist nur ihr Deckmantel. Weite und Unsicherheit des Wegs rechtfertigen nicht den Verzicht auf den ersten Schritt. Für jeden Menschen, zumal wenn er im Besitz staatsbürgerlicher Freiheit ist, bietet sich wenigstens eine Stelle, an der er seinen eigenen Beitrag leisten kann, mag

dieser Beitrag auch nur in Handlungen individueller praktischer Nächstenliebe bestehen. Jede Lösung eines Krampfes trägt zur Ermöglichung des Friedens, jeder sinnvolle aktive Gebrauch von Freiheit trägt zur Bewahrung der Freiheit bei. Rings um jeden Menschen, der die Angst überwunden hat, bildet sich eine Zone, in der die Lähmung aufhört. Die Unterschätzung dieser scheinbar kleinen menschlichen Schritte ist eine der tödlichsten Gefahren für die großen Ziele.

These 5
Der Weg zum Weltfrieden führt durch eine Zone der Gefährdung des Rechts und der Freiheit, denn die klassische Rechtfertigung des Krieges versagt

Es ist seit langem die herrschende Lehre der Christenheit gewesen, daß der Christ, auch wenn er auf die Gewalt zum Selbstschutz zu verzichten bereit ist, ihrer zum Schutz seiner Mitmenschen nicht entzogen könne. Ihre Anwendung wurde durch Regeln des rechten Gebrauchs eingeschränkt. In Bezug auf den Krieg waren diese in der Lehre vom gerechten Krieg zusammengefaßt, die ja nicht eine Rechtfertigung, sondern eine Begrenzung des als unvermeidlich anerkannten Übels des Krieges bezweckte. Krieg sollte nur zur Abwehr größeren Übels und nur so geführt werden, daß er nicht selbst zum größeren Übel wurde. Niemand kann leugnen, daß dieses Prinzip in der Christenheit durch die Jahrhunderte hindurch immer wieder flagrant verletzt worden ist. Aber wenigstens war sein prinzipieller Sinn klar; wenigstens die Möglichkeit seiner Anwendung bestand. Wir sehen nicht, wie dieses Prinzip auf den Atomkrieg noch angewandt werden kann. Er zerstört, was er zu schützen vorgibt. Wie können wir die Erhaltungsordnung, die der Schöpfer gewollt hat, zur Rechtfertigung atomarer Kriegführung in Anspruch nehmen?

These 6
Wir müssen versuchen, die verschiedenen, im Dilemma der Atomwaffen getroffenen Gewissensentscheidungen als komplementäres Handeln zu verstehen

Die Spandauer Synode der EKD von 1958 hat die Sätze gesagt: „Die unter uns bestehenden Gegensätze in der Beurteilung der atomaren Waffen sind tief. Sie reichen von der Überzeugung, daß schon die Herstellung und Beibehaltung von Massenvernichtungsmitteln aller Art Sünde vor Gott ist, bis zu der Überzeugung, daß Situationen denkbar sind, in denen in der Pflicht zur Verteidigung der Widerstand mit gleichwertigen Waffen vor Gott verantwortet werden kann. Wir bleiben unter dem Evangelium zusammen und mühen uns um die Überwindung dieser Gegensätze. Wir bitten Gott, er wolle uns durch sein Wort zu gemeinsamer Erkenntnis und Entscheidung führen.“ Es ist bisher nicht gelungen, diese Auffassungen miteinander auszugleichen, und es hat nicht den Anschein, als ob es bald gelingen werde. Der gemeinsame Grund muß das Ziel der Vermeidung des Atomkrieges und der Herstellung des Weltfriedens sein. Keine Handlungsweise, die nicht auf diesem Grund ruht, scheint uns für einen Christen möglich. In der gefährdeten und vorbildlosen Lage unserer Welt können aber Menschen von verschiedenem Schicksal und verschiedener Erkenntnis verschiedene Wege zu diesem Ziel geführt werden. Es kann sein, daß der eine

seinen Weg nur verfolgen kann, weil jemand da ist, der den anderen Weg geht (vgl. These 11). Mit einem aus der Physik entlehnten Wort nennen wir solche Wege komplementär.

These 7
Die Kirche muß den Waffenverzicht als eine christliche Handlungsweise anerkennen

Die einzige und begreifliche Rechtfertigung des Besitzes von Atomwaffen ist, daß ihre Anwesenheit heute den Weltfrieden vorläufig schützt. Ihre Anwesenheit wirkt aber nur, wenn mit ihrer Anwendung für bestimmte Fälle gedroht wird. Die Drohung wirkt nur, wenn die Bereitschaft, Ernst zu machen, vorausgesetzt werden kann. Eine Rechtfertigung ihres tatsächlichen Einsatzes durch die traditionelle Kriegsethik vermögen wir aber (vgl. These 5) nicht mehr zu geben.

These 8
Die Kirche muß die Beteiligung an dem Versuch, durch das Dasein von Atomwaffen einen Frieden in Freiheit zu sichern, als eine heute noch mögliche christliche Handlungsweise anerkennen

Verzichte die eine Seite freiwillig auf Atomwaffen, so wäre die totale militärische Überlegenheit der anderen Seite damit besiegt. Wir können nur glauben, daß derjenige, der sich zum persönlichen Atomwaffenverzicht entschließt, weiß, was er tut, wenn er sich diese Konsequenz eines allgemeinen Verzichts der einen Seite klarmacht. Voraus wissen kann man die Folgen einer solchen Verschiebung der Machtverhältnisse nicht. Aber in dem uns näherliegenden Fall, daß es die westliche Welt wäre, die einen solchen Verzicht leistete, kann wenigstens das Risiko nicht geleugnet werden, daß unsere Begriffe von Recht und Freiheit für unabsehbare Zeit verlorengehen. Wie weit oder unter welchen Voraussetzungen in der Welt, die dann auf uns wartet, christliches Leben möglich wäre, wissen wir ebenfalls nicht. Die Beibehaltung der westlichen Atomrüstung strebt an, dieses Risiko zu vermeiden. Sie läuft dafür das Risiko des Atomkrieges. Dies ist die Haltung, die die westliche Welt tatsächlich einnimmt. Wir müssen uns darüber klar sein, daß jeder politische Vorschlag, der in der absehbaren Zukunft Aussicht auf Verwirklichung haben soll, die Beibehaltung dieser Rüstung zum mindesten seitens Amerika voraussetzen muß.

Dies allein braucht die Kirche nicht zu bewegen, diese Haltung anzuerkennen. Die Kirche kommt in der Geschichte immer wieder in Lagen, in denen sie zu der einzigen Politik, die zur Zeit Aussicht auf Verwirklichung hat, nein sagen muß. Uns scheint jedoch, daß, da auf beiden Seiten Risiken stehen, die wir als nahezu tödlich empfinden müssen, der Weg des Friedensschutzes durch Atomrüstung heute nicht verworfen werden kann. Es muß nur unbedingt feststehen, daß sein einziges Ziel ist, den Frieden zu bewahren und den Einsatz dieser Waffen zu vermeiden; und daß nie über seine Vorläufigkeit eine Täuschung zugelassen wird.

These 9
Für den Soldaten einer atomar bewaffneten Armee gilt: Wer A gesagt hat, muß damit rechnen, B sagen zu müssen; aber wehe den Leichtfertigen!

Die Maschinerie des Militärs kann sich

aus der Teilhabe an der unerträglichen Zwiespältigkeit unserer Situation nicht ausschließen. Aber dies kann für den Soldaten nicht eine grundsätzliche reservatio mentalis rechtfertigen; er kann, so scheint uns, nicht den grauen Rock anziehen, wenn er von vornherein entschlossen ist, im Ernstfall dem Befehl nicht zu folgen. Sollte es zum Ausbruch eines atomaren Krieges kommen, so könnten wir als Rechtfertigung des Einsatzes dieser Waffen – da wir traditionelle Rechtfertigung dafür ausdrücklich verworfen haben – nur die Feststellung zulassen, daß die Drohung ohne Bereitschaft zum Ernstmachen sinnlos gewesen wäre; daß also nun die Folgen des Versagens des Friedensschutzes durch diese Drohung eingetreten und von uns zu tragen sind. Der Christ wird dies nicht anders denn als ein Gericht Gottes über uns alle verstehen können.

These 10
Wenn die Kirche überhaupt zur großen Politik das Wort nimmt, sollte sie den atomar gerüsteten Staaten die Notwendigkeit einer Friedensordnung nahebringen und den nicht atomar gerüsteten raten, diese Rüstung nicht anzustreben

Die politische Wirksamkeit der Kirche scheint uns nicht dort am stärksten und heilsamsten zu sein, wo sie direkt zu politischen Entscheidungen das Wort nimmt. Es gibt aber immer wieder Lagen, in denen der Verzicht auf eine Stellungnahme selbst eine Stellungnahme ist. Nur in diesem Sinne scheint es uns nötig, zu präzisieren, was die Kirche gegebenenfalls den Regierungen sagen soll. Es scheint uns sinnlos, wenn die Kirche die Weltmächte heute zum Verzicht auf die Atomrüstung bereden wollte. Hingegen ist es ihre Aufgabe, das Bewußtsein ständig wachsen zu lassen, daß der heutige Zustand nicht dauern darf. Ihre Sache war es immer, sich auch dann mit einem Zustand nicht zufriedenzugeben, wenn die Welt ihn für unabänderlich hielt. Leider sind heute oft die Nichtchristen eher bereit, solche Änderungen für möglich zu halten als die Majorität der Christen.

These 11
Nicht jeder muß dasselbe tun, aber jeder muß wissen, was er tut

Niemand kann schärfer als wir empfinden, wieviel wir unentschieden gelassen haben, vermutlich weil wir es nicht tief genug erkannt haben. Wir wünschen aber klar zu sagen, daß wir eine bloß äußerliche Einheitlichkeit der Entscheidung für noch schlechter hielten als divergierende Entscheidungen, in denen jeder weiß, was er tut. Faktisch stützt heute jede der beiden Haltungen, die wir angedeutet haben, die andere. Die atomare Bewaffnung hält auf eine äußerst fragwürdige Weise immerhin den Raum offen, innerhalb dessen solche Leute wie die Verweigerer der Rüstung die staatsbürgerliche Freiheit genießen, ungestraft ihrer Überzeugung nach zu leben. Diese aber halten, so glauben wir, in einer verborgenen Weise mit den geistlichen Raum offen, in dem neue Entscheidungen vielleicht möglich werden; wer weiß, wie schnell ohne sie die durch die Lüge stets gefährdete Verteidigung der Freiheit in nackten Zynismus umschlüge.

Zitiert nach: Atomzeitalter – Krieg und Frieden. Herausgegeben von Günter Howe, Witten/Berlin 1959, S. 229–236

Fortsetzung von Spalte 1

che in Deutschland einen Prozeß der Zusammenarbeit der kirchlichen Institutionen und der verschiedenen in Friedensfragen engagierten Initiativgruppen in Gang bringt, wobei es nicht darum gehen sollte, sich des gegenseitigen Friedenswillens zu versichern, als vielmehr gerade in den kontroversen Positionen und Meinungen das Maß der gemeinsamen Aussage- und Handlungsfähigkeit zu ermitteln und nach Möglichkeit zu vergrößern.

Eine besondere Verantwortung fällt dem vielgliedrigen Dienst der Gemeinden für die Jugend, in der Gruppenarbeit, in den Akademien und der Militärsorge zu.

Dieser Dienst sollte bewußt auf die Friedensaufgabe bezogen werden. Die Zusammenarbeit zwischen Militärsorge und der Seelsorge an Kriegsdienstverweigerern und Zivildienstleistenden sollte intensiviert und wechselseitig hilfreich gestaltet werden. Der Dialog zwischen der evangelischen und der katholischen Militärsorge sollte sorgfältig weiter gepflegt werden.

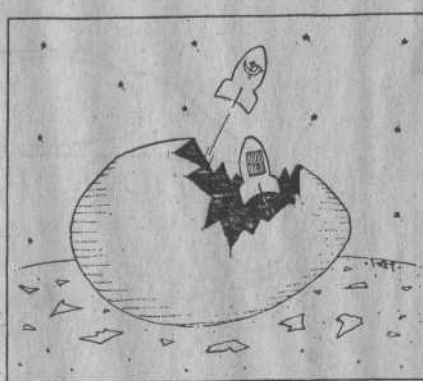
Im ganzen könnte zwischen der evangelischen und katholischen Kirche die Zusammenarbeit in Friedensfragen, ähnlich wie in anderen Zukunftsfragen, der Dritten Welt und der Umwelt, ausgebaut werden.

b) In und zwischen den Bündnissystemen

Innerhalb des westlichen Verteidigungsbündnisses könnten die gemeinsamen Beratungen der EKD mit ihren Partnerkirchen intensiviert werden, wie dies mit dem Besuch einer Delegation des Rates der EKD in die USA begonnen wurde.

Ein Element weiträumiger Kooperation zwischen den großen Machtblöcken können auch die Pflege und Vertiefung direkter Beziehungen zwischen den Kirchen und Christen in Ost und West sein.

In solchen Kontakten und den durch sie gegebenen Möglichkeiten der Verdeutlichung der beiderseitigen Absichten und Befürchtungen läßt sich im Sinne der Schlußakte von Helsinki 1975 ein spezifischer kirchlicher Beitrag zur Entspannung und Vertrauensbildung leisten. Diese Funktion hat auch die IV. Nach-Helsinki-Konferenz der Konferenz Europäischer Kirchen (29. Mai bis 3. Juni 1980) in El Escorial nachdrücklich hervorgehoben und den Kirchen wahrzunehmen empfohlen. Die Konferenz Europäischer Kirchen ist ein wichtiges Instrument für den Kontakt zwischen den Kirchen und Christen aus West und Ost; sie sollte sich verstärkt der Aufgabe widmen, über die ideologischen Schranken hinweg Kenntnis und Verständnis der gesellschaftlichen Verhältnisse und Lebensumstände zu vertiefen, die wechselseitige Konfliktwahrnehmung zu fördern und an der Veränderung des gegenseitigen Konfliktverständnisses zu arbeiten. Eine besondere Rolle spielt in diesem Zusammenhang das Verhältnis der Evangelischen Kirche in Deutschland zum Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR. Hier bestehen enge geschichtliche und soziale Berührungen auf vielen Ebenen, die der Verständigung und Entspannung zwischen Ost und West zugute kommen können.



Zeichnung: DS/Tatic

Die gemeinsame Erklärung zum 40. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkrieges vom 1. September 1979 und der gemeinsame Bittgottesdienst für den Frieden in der Welt, der erstmalig 1980 nach einer gemeinsamen Ordnung in Ost und West gefeiert wurde, sind Beispiele für Möglichkeiten, die aus dieser Beziehung erwachsen.

c) Im Rahmen des Ökumenischen Rates der Kirchen

Schließlich wird über den Ökumenischen Rat der Kirchen Partnerschaft zwischen Kirchen in Staaten, die den beiden großen militärischen Bündnissen angehören, wie auch zwischen Kirchen der Industrieländer und wirtschaftlich schwachen Länder eingeblät. Die Studienarbeit des ÖRK über Militarismus und Abrüstung zielt direkt auf einen Beitrag zur militärischen Entspannung. Die Arbeit für Gerechtigkeit und Ausgleich zwischen armen und reichen Kirchen und Völkern ist als Beitrag zur Schaffung von Bedingungen des Friedens zu verstehen. Dieser Ansatz ist ein wichtiger Hinweis auf die Zielvorstellung einer internationalen Friedensordnung und sollte verbreitert und intensiviert werden. Die Evangelische Kirche in Deutschland sollte diese ökumenischen Aktivitäten tatkräftig unterstützen, sich besonders auch in der Vorbereitung auf die Vollversammlung des ÖRK in Vancouver 1983 dafür einsetzen, daß dort konkrete Zeichen für den Frieden gesetzt werden.

Fortsetzung in Spalte 6

Friedenszentrum

Martin Niemöller Haus e.V.

Pacelliallee 61

1000 Berlin 33

Tel. 030-832 54 97

Mo-Fr: 17-19 Uhr

Am 30. Januar 1983, 11 Uhr 30, wird im Friedenszentrum Martin-Niemöller-Haus, Pacelliallee 61, Berlin 33, eine Ausstellung eröffnet, die das Anne-Frank-Haus in Amsterdam zusammengestellt hat. Ihr Titel:

MENETEKEL -



Zeichen an der Wand

(Eine Fotodokumentation über Nazismus und Neonazismus)

Wir erwarten zur Eröffnung den Direktor der Anne-Frank - Stiftung in Amsterdam, Bauco van der Wal.

Wir halten die Ausstellung deshalb für wichtig, weil sie uns einmal, aus der Sicht unserer Nachbarn, einen Überblick über unsere eigene faschistische Vergangenheit gibt, und weil sie zum andern in Wort und Bild dokumentiert, daß der Faschismus 1945 nicht zu Ende gegangen ist, sondern weltweit weiter existiert. Die Ausstellung stellt auch an uns die Frage, wie weit nicht nur in organisierter Form, sondern in unserem eigenen Denken und Handeln "Hitler in uns selbst" weiterlebt...

Zu der Ausstellung laden wir Sie freundlich ein.

Bitte verbreiten! Fragesammlung soll helfen, die Rüstungsfrage zu einem wichtigen Wahlkampfthema zu machen. Bitte bei Wahlveranstaltungen

20 Fragen zur "Sicherheitspolitik"

fragen!!!

Allgemein

(1) Warum hält die Bundesregierung weiterhin an dem Ziel eines "Abschreckungsgleichgewichts" fest, obwohl Fortschritte in der Waffentechnik das Abschreckungsgleichgewicht längst gekippt haben, die Supermächte auf den atomaren Erstschatz hin rüsten und jetzt amerikanische Regierungspolitiker sogar den Atomkrieg für führbar, begrenzt und gewinnbar halten?

(2) Warum hat die Bundesregierung das 1977 unterschriebene Kriegsvölkerrecht noch nicht in Kraft gesetzt? (Inhalt dieses Zusatzprotokolls I von 1977 zu den Genfer Abkommen von 1949 u.a.: "unterschiedslose" Angriffe wie Dresden 1945, Hiroshima 1945, Hanoi 1972 oder Beirut 1982 sind in der Bundesrepublik verboten, entmilitarisierte Schutzzonen für die Zivilbevölkerung können eingerichtet werden.)

"Nachrüstung"

(3) Warum hält die NATO die sowjetischen Mittelstreckenraketen mit einem Mal für eine große Bedrohung, obwohl einige hundert solcher Raketen seit über 20 Jahren auf Westeuropa zielen und außerdem die mehrfache Anzahl sowjetischer Interkontinentalraketen jeden Punkt Westeuropas erreichen können?

(4) Wie sollen die "Nachrüstungs"-Atomraketen in der Bundesrepublik zur Abschreckung dienen, obwohl sie doch - ungeschützt und auffällig auf riesigen Schwerlastwagenkolonnen 100 km von der Ost-West-Grenze stationiert - bei einem gegnerischen Angriff binnen kürzester Zeit zerstört und nicht mehr startbereit wären, während zugleich den USA die Stationierung ihrer neuen Interkontinentalrakete MX in "superharten" unterirdischen Bunkern 10000 km von der Ost-West-Grenze nicht mehr sicher genug vor sowjetischen Angriffen erscheint.

(5) Warum läßt die Bundesregierung die Stationierung von Pershing-2-Atomraketen zu, obwohl diese Raketen eindeutig für nichts anderes als für Überraschungsangriffe taugen: treffgenaue "Bunkerknacker", die - ungeschützt und auffällig nahe der Ost-West-Grenze stationiert - keinen gegnerischen Angriff heil überstehen können.

(6) Warum läßt die Bundesregierung die Stationierung von Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik zu, obwohl damit für die Bundesrepublik die Gefahr einer neuen "Kuba-Krise" heraufzieht, diesmal mit umgekehrtem Vorzeichen?

(7) Zu welchem Zweck sollen im Zuge der NATO-"Nachrüstung" 464 amerikanische Cruise Missiles ungeschützt und auffällig auf dem westeuropäischen Festland stationiert werden, obwohl zugleich Tausende weiterer atomarer Cruise Missiles weit besser geschützt auf amerikanischen Flugzeugen, Schiffen und U-Booten stationiert werden?

NATO-Strategie und nationale Souveränität

(8) Warum gestattet die Bundesregierung - im Unterschied zu den meisten NATO-Ländern - den USA die Lagerung von Atomwaffen und Giftgas?

(9) Warum nimmt die Bundesregierung die NATO-Strategie hin, bei der sie im Krieg ihre Verbündeten nicht hindern kann, in der Bundesrepublik mit Atomwaffen und Giftgas zu kämpfen?

(10) Warum nimmt die Bundesregierung hin, daß nach der NATO-Strategie die Bundesrepublik im Krieg als einziges NATO-Land als Schlachtfeld ("Combat Zone") ausersehen ist?

(11) Warum nimmt die Bundesregierung die NATO-Strategie hin, nach der sie im Krieg nicht einmal kapitulieren kann?

(12) Warum verzichtet die Bundesregierung auf das Recht eines jeden souveränen Staates, die ausländischen Militärbasen im eigenen Land zu kontrollieren?

(13) Warum protestiert die Bundesregierung nicht dagegen, daß die USA die Entspannungspolitik aufgegeben haben und jetzt das "Hinüberschwappen" eigener Kriege nach Europa für möglich halten, damit also von sich aus die Geschäftsgrundlage der NATO verlassen haben?

(14) Müssen nicht Bundeswehrsoldaten im Krieg - dann unter ausländischem Oberkommando - alle Befehle verweigern, weil sie damit rechnen müssen, daß diese Befehle gegen das Völkerrecht und damit gegen das Grundgesetz verstoßen?

(15) Warum nimmt die Bundesregierung hin, daß Atomraketen Typ "Pluton" aus Frankreich auf die Bundesrepublik zielen?

Atombomben und Giftgas in der Bundesrepublik

(16) Ist irgendein Grund in deutschem Interesse denkbar, der den Einsatz auch nur einer einzigen NATO-Atombombe in der Bundesrepublik oder der DDR rechtfertigt?

(17) Warum verzichtet die Bundesregierung auf jegliche politische Kontrolle über die über 5000 amerikanischen Atombomben in der Bundesrepublik, obwohl diese Bomben mit Reichweiten von meist unter 100 km im Krieg überwiegend die Bundesrepublik verwüsten würden?

(18) Warum gestattet die Bundesrepublik als einziges Land der Welt den USA die Lagerung von Giftgas-Kampfstoffen?

(19) Warum verheimlicht die Bundesregierung ihren Bürgern die Standorte bestehender und geplanter Atomwaffen- und Giftgaslager, während die Regierungen anderer Demokratien (USA, England) ihren Bürgern solche Gefahrenquellen bekanntgeben?

(20) Warum untersagt die Bundesregierung der amerikanischen Armee nicht deren Manöverübungen zum Atombombeneinsatz in der Bundesrepublik?

Friedenszentrum

Martin Niemöller Haus e.V.

Pacelliallee 61

1000 Berlin 33

Tel. 030-832 54 97

Mo-Fr: 17-19 Uhr

MIT DER ERSTSTIMME GEGEN
DIE NATO-NACHRÜSTUNG!!!!

Rundbrief Nr. 2

Gemeinsame Kampagne zur
Bundestagswahl

Berlin 15.1.83

Liebe/r Freund/in/e der Friedensbewegung!

Auch diesen Brief solltest du wie den ersten Rundbrief fünfmal
kopieren und schnell weiterschicken.

Frageaktion - an alle Abgeordneten des Bundestages

Am 15.11.82 schickten wir einen Brief an alle 524 Abgeordnete des Deutschen Bundestages mit der folgenden Frage:

"Werden Sie sich unter den gegenwärtigen politischen Umständen, unabhängig vom Ausgang der derzeitigen Genfer Abrüstungsverhandlungen, für oder gegen die vorgesehene Stationierung der Pershing II und Cruise Missile auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland einsetzen?"

Bis heute erhielten wir von der FDP 1 Antwort, von der CDU 10 Antworten, von der CSU 3 Antworten, von der SPD 46 Antworten. Außerdem antworteten die fraktionslosen Coppel und Hansen. Ihr seht, es fehlen noch viele Antworten. Fragt die Kandidaten eures Wahlkreises und schickt uns deren Antworten (auch Zeitungsausschnitte etc)!

"Meine Stimme ist dafür nicht zu bekommen"

Der SPD-Abgeordnete Thomas Schröder (WK 87, Mülheim) ist einer der Abgeordneten, die die Courage besitzen, sich eindeutig gegen den NATO-Doppelbeschluss auszusprechen. Ebenfalls klar gegen die Stationierung haben sich die folgenden Abgeordneten ausgesprochen: Duve (WK 12, Hamburg-Mitte); Paterna (WK 14, Hamburg-Eimsbüttel); Börnsen (WK 29, Verden); Schröder (WK 38, Hannover); Kühbacher (WK 45, Braunschweig); Curdt (WK 49, Göttingen); Lennartz (WK 57, Erftkreis I); Gilges (WK 61, Köln III); Sielaff (WK 156, Frankenthal); Conradi (WK 163, Stuttgart-Nord); Lutz (WK 231, Nürnberg-Süd); Antretter (WK 173, Schwäbisch-Gmünd); Schmidt (WK 230, Nürnberg-Nord); Thüsing (WK 107, Paderborn); Catenhusen (NRW), Bernrath (NRW) alle SPD Hansen (NRW); Coppel (NRW) fraktionslos.

Diese Liste kann ergänzt werden durch weitere Antworten. Wir werden diesen 2. Rundbrief gezielt in diese Wahlkreise schicken und wenige Tage später die örtliche Presse informieren.

"Im Lichte der Verhandlungen im Herbst 83 entscheiden"

In allen Variationen wurde uns von sehr vielen SPD-Abgeordneten versichert, man sei nicht wie die CDU für einen Automatismus in der Nachrüstung, sondern wolle (wie es im Text des Doppelbeschlusses heißt)

"im Lichte der Verhandlungen" im Herbst 83 entscheiden. Einige verwiesen darauf, daß man Parteitagebschlüssen folgen werde.

In diesem Sinne haben geantwortet: Junghans (WK 44); Matthäus-Maier (WK 64); Tietjen (WK 20); Würtz (WK 28); Neumann (WK 32); Emmerlich (WK 33); Linde (WK 47); Mahne (WK 105); Büchler (WK 225); Timm (WK 143);

Postscheckkonto Nr. 67 132-105 Psch-Amt BlnW

Friedenszentrum

Martin Niemöller Haus e.V.

Febr. '83

Pacelliallee 61
1000 Berlin 33
Tel. 030-832 54 97
Mo-Fr: 17-19 Uhr



AUSSTELLUNG

" ZEICHEN AN DER WAND"

Am 30.1.83 um 11 Uhr eröffnen wir im Friedenszentrum Martin-Niemöller-Haus, Pacelliallee 61, Berlin 33, eine Ausstellung des Anne-Frank-Hauses in Amsterdam über Faschismus und Neo-Faschismus. Wir erwarten dazu den Direktor der Anne-Frank-Stiftung, Herrn Bauco van der Wal. Die Ausstellung wird einige Monate im Haus bleiben und täglich von 17 bis 20 Uhr zu besichtigen sein.

FASCHISMUS und NEO – FASCHISMUS

FOTODOKUMENTATION

In den darauffolgenden Wochen wird eine Reihe Veranstaltungen dazu stattfinden, die sich mit dem Thema der Ausstellung befaßt (Vorträge, Diskussionen und Filme).

Die Ausstellung zeigt uns ein Bild Hitler-Deutschlands, wie es unsere Nachbarn gesehen und erlebt haben. Im letzten Viertel beschäftigt sie sich mit dem Phänomen des Neo-Faschismus in den westlichen Ländern und der Bundesrepublik. Wir möchten ergänzend hinzufügen, daß sich unsere Wachsamkeit auch auf ähnliche Entwicklungen in den

etablierten Parteien richten muß, auf faschistische Tendenzen innerhalb der Gesellschaft, nicht zuletzt in uns selbst.

Nur wenn wir lernen, uns vom Feindbild-Denken zu befreien, in jedem Menschen den Bruder, das Geschöpf Gottes zu sehen, wird es uns gelingen, aus der Vergangenheit ernsthaft zu lernen und ein Stück Zukunft zu beginnen, die nur im Miteinander überhaupt noch bewältigt werden kann.

RAKETENBESCHLUSS -

BUNDESTAGSWAHL!

Unserem Informationsdienst liegt diesmal ein Rundbrief bei, der über den "Stand der Dinge", unsere zur Zeit wichtigste Aktion, die Befragung aller Bundestagsabgeordneten zum NATO-Nachrüstungsbeschuß informiert. Wir haben dazu eine Dokumentation zusammengestellt, in der die Abgeordneten vornehmlich zitiert, oder aber zusammenfassend kommentiert werden. Es haben inzwischen ca. 80 Abgeordnete geantwortet! Wer an der Dokumentation interessiert ist, möge uns einen mittelgroßen, adressierten Briefumschlag mit Briefmarken im Wert von DM 2,-- übersenden. (Porto und Druckkosten)

Die Initiativgruppe

BESUCH AUS A U S T R A L I E N

Am 9.1.83 war Ken Enderby, ein Vertreter der australischen 'Association for International Cooperation and Disarmament' (AICD), Gast im Martin-Niemöller-Haus. Über die Begegnung mit ihm informiert der folgende Bericht.

Informationen über die Friedensbewegung in Europa fließen nur sehr spärlich nach Australien. Daher war Kens Hauptinteresse, sich vor Ort ein Bild zu machen. Im Gespräch mit ihm wurde allerdings sehr deutlich, daß auch wir nur sehr wenig über die Situation im südostasiatischen Raum und in Australien wissen.

Während wir uns mit aller Kraft auf die Verhinderung der NATO-Nachrüstung konzentrieren, sieht man in Australien die unmittelbare Bedrohung des Weltfriedens nicht in Europa sondern in den Krisenherden der Dritten Welt, vor allem im Nahen Osten.

Die USA bereiten sich seit Jahren darauf vor, ihre Rohstoffinteressen global militärisch zu verteidigen. So ist in Südostasien seit einiger Zeit eine große Verschiebung zu beobachten, die Ken an drei Tatsachen festmachte: ein enormer Ausbau amerikanischer Militäreinrichtungen auf den Philippinen, die Errichtung infrastruktureller Voraussetzungen für die 'Schnelle Eingreiftruppe' und die Remilitarisierung Japans.

Die 'Schnelle Eingreiftruppe' besteht aus 200 000 Soldaten und soll 1984 auf das Doppelte erweitert werden. Als mobile Einsatztruppe soll sie, unter anderem mit Neutronenbomben bewaffnet, überall dort eingesetzt werden, wo 'amerikanische' (d.h. auch 'unsere') Rohstoffquellen bedroht sind.

Aus australischer Sicht wurde die Neutronenbombe nie für den Einsatz in Europa geplant. Sie stellt nämlich eine ideale Waffe für den Einsatz in rohstoff erzeugenden Ländern dar, nach dem Motto: 'Kill the Arabs - leave the oilfields intact!'

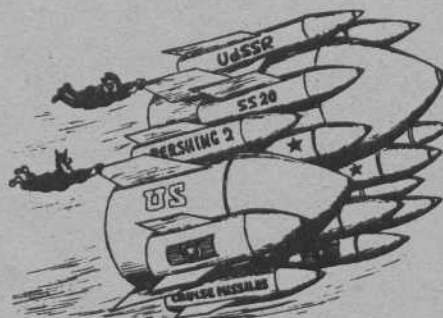
Getreue Bündnispartner: die Japaner

Die 'Schnelle Eingreiftruppe' ist in den USA stationiert. Für mögliche militärische Operationen müssen also an den potenziellen Krisenherden infrastrukturelle Voraussetzungen geschaffen werden. Diese sind in vollem Gange. So wird z.B. 'Diego Garcia', eine kleine Insel in der Nähe des persischen Golfs zu einem hochmodernen Militärstützpunkt ausgebaut, ebenso auf den Philippinen, wo es inzwischen riesige Flotten- und Luftwaffenbasen gibt.

Um sich diese Verschiebung ihres militärischen Engagements leisten zu können, ohne wichtige globalstrategische Positionen aufgeben zu müssen, versuchen die USA nach Kens Meinung, bisherige militärische Verantwortlichkeiten getreuen Bündnispartnern zu übertragen, und das sind in diesem Fall die Japaner. (In den letzten Wochen hat sich gezeigt, daß die amerikanische Regierung starken Druck auf Japan ausübt, sich 'endlich an den gemeinsamen militärischen Aufgaben zu beteiligen'.)

Pershing II und Cruise Missiles

Es scheint sicher, die USA wird sich ein zweites 'Iran' nicht bieten lassen. Sehr interessant in diesem Zusammenhang ist Kens Vermutung, daß auch die Pershing II



Zeichnung: Leger/Vorwärts

und Cruise Missiles zu dieser Strategie gehören. Durch den massiven Waffenexport in Dritte-Welt-Länder sind viele dieser Staaten mit konventionellen Waffen so gut ausgestattet, daß im Konfliktfall Atomwaffen notwendig sein könnten, um die Lange wieder unter Kontrolle zu bringen. Die neuen Mittelstreckenraketen wären außerdem

sehr dafür geeignet, die Sowjetunion an einem Eingreifen zu hindern falls die USA in einem angrenzenden Land 'agieren müßte'.

Die Bedeutung von Australien

Seit die USA im 2. Weltkrieg über 2000 Inseln von den Japanern befreit und erobert haben nutzen sie den gesamten südpazifischen Raum für den Ausbau ihrer militärischen Schlagkraft, die Inseln dienen als Stützpunkte, als nachrichtendienstliche Überwachungsstationen und als Übungsgelände für Atombombentests.

Dem australischen Kontinent kommt in diesem System eine wichtige Bedeutung zu. Hier befinden sich die wichtigsten US-Stützpunkte außerhalb der USA, vor allem 'Pine Gap', der weithin auch als CIA-Zentrum bekannt ist. Daß der CIA sich gelegentlich massiv in innenpolitische Vorgänge anderer Länder einmischt, dürfte spätestens seit Chile hinlänglich bekannt sein. Daß aber auch ein enger Bündnispartner der USA von CIA-Manipulation nicht verschont wird, mag viele überraschen.

Sturz der Labour-Regierung

Genau dies nämlich belegen Recherchen des AICD. Anfang der siebziger Jahre bestanden in den USA Befürchtungen, daß sich in der (damals regierenden) australischen Labour-Partei Tendenzen gegen eine Erneuerung des 'Pine Gap'-Vertrages mit den USA regten. Kurz vor Ablauf des Vertrages kam es dann unter dubiosen Umständen zum Sturz der Labour-Regierung.

Offenbar sind kürzlich in den USA Dokumente bekannt geworden, die eine direkte Einflußnahme des CIA

bei diesem Regierungssturz beweisen. In der australischen Öffentlichkeit herrscht allerdings noch vorsichtiges Schweigen zu diesem Thema vor.

Der Widerstand gegen einen Ausbau amerikanischer Militärpräsenz in Australien steht derzeit im Mittelpunkt der australischen Friedensbewegung. Aber es ist ihnen wichtig zu betonen, daß sie dabei nicht vorrangig australische Interessen im Auge haben. Sie sehen als Hauptgefahr die Bedrohung der Dritten Welt, ob mit konventionellen oder atomaren Waffen.

Die sowjetische Bedrohung

Die offizielle Doktrin ist auch hier der Schutz gegen die sowjetische Bedrohung. Eine Bedrohung, die nach Kents Meinung real nicht existiert. Der Antikommunismus dient lediglich als Pauschallegitimation für Aufrüstung und Ausweitung militärischer Einrichtungen. Der tatsächliche Grund ist die allumfassende militärische Absicherung der Rohstoffquellen - auf Kosten der Unabhängigkeit und Freiheit der sogenannten Entwicklungsländer.

Bei dem Kampf gegen den Antikommunismus, in Australien noch deutlicher irrational, blickt die dortige Friedensbewegung hoffnungsvoll gerade auch auf uns in Mitteleuropa.

Denn wenn sie darauf hinweisen können, daß hier in Mitteleuropa, in unmittelbarer Nachbarschaft mit kommunistischen Ländern, Entspannung und Zusammenarbeit möglich ist, sollte auch im fernen Australien irgendwann einmal das Märchen von der sowjetischen Bedrohung überwunden werden können.

Armin Reichert

Einladung

Donnerstags und Freitags könnten wir für interessierte Gruppen noch Räume zur Verfügung stellen. Die Gruppen sollten sich möglichst für Friedensarbeit (im weitesten Sinne: Antifaschismusarbeit, Entwicklungshilfe etc.) interessieren. Auch Schülergruppen sind willkommen.

Bitte nachmittags zwischen 17 und 19 Uhr anzurufen und Termine ausmachen.

Wir verweisen auch auf die Möglichkeit, im Cafe mit Gleichgesinnten anderer Gruppen zusammenzukommen, auch zum Informationsaustausch. Das klappt nämlich manchmal noch gar nicht...

Filmkritik

MAHATMA GANDHI

Am 30. Januar 1948 wurde in Indien Mahatma Gandhi ermordet. Pünktlich zum 35. Todestag wurde in Berlin ein Spielfilm vorgestellt, der das Leben dieses aussergewöhnlichen Mannes schildert. Titel: Gandhi, Regisseur: Richard Attenborough. Ich möchte allen Lesern unseres Infos empfehlen, sich diesen Film anzuschauen.
Armin Reichert

Ich habe immer gemeint, relativ viel über Gandhi zu wissen, und ich bin ohne große Erwartungen, eher mit Skepsis in diesen Film gegangen. Als ich nach dreieinhalb Stunden das Kino wieder verließ, war ich tief bewegt.

Ich bin nicht kompetent, über die künstlerischen Qualitäten dieses Films zu urteilen. Ich halte die schauspielerischen Leistungen des Hauptdarstellers schon für genial, sie allein machen den Film höchst sehenswert. Aber darum geht es mir nicht.

Für mich ist Gandhi in diesem Film lebendig geworden. Ein einfacher Mann, eher unscheinbar zunächst, geht seinen geraden Weg, Schritt für Schritt, jeder einzelne nicht größer als ihn ein Mensch gehen kann, bis er machtvoller als je ein anderer Mensch die vermeintlich Mächtigen zum Erzittern bringt.

Trotzdem hat er nicht heldenhafte an sich. Seine Ausstrahlungskraft ist enorm. Aber das wirklich Bewegungsbringende ist sein Prinzip, besser dessen Wirkung und das konsequente Vorleben dieses Prinzips. Erschütternd und ermutigend zugleich die Szenen, in denen Menschen aus dem Volk seinem Prinzip folgend leiden, sterben aber auch siegen.

Sicher, die Realpolitik hat auch Gandhis Prinzipien längst überrollt, der Weg der Gewaltfreiheit ist in der fast Atommacht Indien heute eine längst irrelevant gewordene historische Phase.

Andererseits wird immer mehr Menschen das tatsächliche Ziel des anderen Weges, des Weges der Gewalt, deutlich: nichts weniger als die

völlige Vernichtung der Menschheit. Und immer mehr Menschen wird es klar, daß es nur eine Alternative zu diesem Irrweg gibt - den Weg der Gewaltlosigkeit.

Der Film hat mir noch etwas anderes deutlich gemacht: Gewaltlosigkeit ist mehr als nur das taktische Mittel, als welche sie von Vielen innerhalb der Friedensbewegung gesehen wird. Über das Ziel, die konkrete Utopie des Friedens, scheinen alle einig, und doch verlieren wir es immer wieder aus den Augen.

Mich hat dieser Film ermutigt, mich zu diesem Ziel zu bekennen, gegen die Dummheit der Realisten, denn Gandhi war real wie M.L. King nach ihm und Jesus von Nazareth vor ihm.

Bittlied an den Heiligen Franz

Schlaf, Franz, schlaf!
Der Vogel Wegverzehr
und auch das kleinste Schaf
der Herde
wärmen die Erde.

Sing, Franz, sing!
Die Lerche Bleibetreu,
die in dem Feuer hing
und sang — wer macht sie bang?

Bet, Franz, bet!
Der Adler Wageviel,
der deine Stirn anweht
mit Nacht
hat Sterne angefacht.

Wein, Franz, wein!
Die Krähe Weltvertreib
schlägt alle Häuser ein
der Erde — bet' für die Herde.

Droh, Franz, droh!
Die Elster Wortzerschlag,
die aus der Güte floh
mit Schelten —
laß sie's vergelten.

Bleib, Franz, bleib!
Das Lamm Keineschuld
und auch der schwarze Leib
der Erde
sind deine Herde.

Peter Härtling

Friedenszentrum

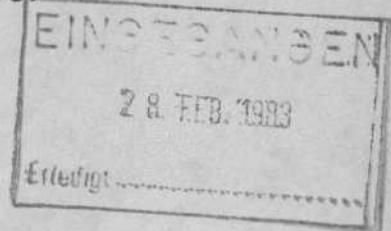
Martin Niemöller Haus e.V.

Pacelliallee 61 1000 Berlin 33

Tel. 030-832 54 97

Mo-Fr: 17-19 Uhr

An alle Mitglieder des
Friedenszentrums



Berlin 26. Februar 1983

Bevor ich mit dem Protokoll beginne, möchte ich erneut einen Versuch starten, doch dazu aufzufordern. Wieder regelmäßiger an der Hausversammlung teilzunehmen. Die meisten von euch kommen ja wenigstens alle paar Monate Mal zu einer Mitgliederversammlung, obwohl auch da einige ~~ix~~ sich nicht blicken lassen. Bei den Hausversammlungen sind es oft immer dieselben, die kommen oder fehlen. Es ist ja auch verständlich, wenn man berücksichtigt, daß das Friedenszentrum für viele Organisationen nur ein kleiner Teil in der Gesamtarbeit darstellt und die Vorgänge in der eigenen Organisation über Maß~~ßen~~ bereits in Anspruch nehmen. Es kommt auch vor, daß die Hausversammlungen mal nicht so gut laufen, z.B. in schlaffen Phasen nach den Ferien. All dies ist verständ~~lich~~. Dennoch möchte ich gerade jetzt dazu anregen und auffordern, euch mit euren Zielen auseinanderzusetzen, die dazu führten, Mitglied im Friedenszentrum zu werden. So wollten die einen z.B. die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen inhaltlich gefördert sehen. Warum ~~kommt~~ gibt es dann aber so wenig Vorschläge und Ideen für gemeinsame Veranstaltung zu übergreifenden Themen?? Andere wollten sich entwickeln und von den "traditionellen" Gruppen, die schon über viele Jahre arbeiten, profitieren. Warum gibt es so wenig Anstalten, diese Gruppen zu fordern, ~~zu~~?

Es wäre noch Viel zu sagen und ich erwarte auch nicht überquellende Hausversammlungen in Zukunft. Was ich aber erwarten kann ist ein etwas größeres Interesse und eine größere Betroffenheit. Vielleicht könnten ja ~~xxxxxxx~~ einige von euch es für gut halten, in Abständen (z.B. alle 2 Wochen) über den eigenen Tellerrand hinauszuschauen und gucken was die anderen machen.

Wenn ihr jetzt Mal euren "Kalender rausholen könntet und die folgenden Termine eintrage~~st~~:

9. März 1983 um 19.30 ; 23. März 1983 ; 6. April 1983; 20. April 1983

Wenn ihr bitte 1. bis spätestens 19.45 dasein könntet. Eine "akademische ~~xxxxx~~ Viertelstunde" können wir in Friedenszeiten ja noch einhalten auch wenn es bereits 5 vor 12 ist. Es hat sich aber eingebürgert, daß viele erst zwischen 20 Uhr und 20.15 mit schleppendem Gang die Hallen betreten. Dies ist schlicht eine Zumutung für die, die rechtzeitig dasind. Zweitens möchte ich euch bitte uns bis Ende März mitzuteilen, an welchen Wochentagen ihr am liebsten zur Hausversammlung kommen würdet. Bitte 1., 2. ~~xxx~~ und 3. Präferenz auf eine Postkarte schreiben und schleunigst schicken. Nach einem 1/2 Jahr Mittwochstermin wollen wir diesen wieder überprüfen.

Viele Grüße Mike von der WG

Mike

PS. Leider war das TIP-Ex alle, sonst hätte dieser Brief vielleicht ein paar xxxxxxxxxxxxxxxx weniger.

Friedenszentrum Martin Niemöller Haus e.V.

Pacelliallee 61

1000 Berlin 33

Tel. 030-832 54 97

Mo-Fr: 17-19 Uhr

Protokoll der Haus-
versammlung vom 23.2.83

Anwesend: amnesty international, 3. Welt Laden, Freundeskreis(2x),
Mediothekgruppe, Ohne Rüstung leben, Wohngemeinschaft(ASF) 3x.

TOP1: Bericht über die Bundestagswahlkampagne

Der diesem Rundbrief beiliegende 3. Rundbrief wird erläutert.
Insgesamt ist die Kampagne ein Erfolg gewesen. Die Rundbriefe
fanden große Verbreitung in Westdeutschland. Wir haben den Ein-
druck, daß die Idee von vielen Friedensgruppen aufgegriffen wurde.
Hin und wieder erhalten wir Kenntnis davon, daß in der Presse darüber
berichtet wurde. In der Woche vor der Wahl, wollen wir noch in der
TAZ einen Artikel unterbringen mit allen Namen. Torsten kümmert sich
drum.

TOP2: Wer an einer SÜDAFRIKA- Mahnwache anlässlich der Teilnahme Süd
afrikas an der Tourismusbörse teilnehmen möchte(auch das FZ ruft
dazu auf) hier eine Telefonnummer und die Zeiten der Mahnwache:

Koordination: 705 39 99

Mahnwache: 5. und 6. März 83 von 10-18 Uhr

7.-11. März 83 von 16-18 Uhr (also gleich nach der Arbeit)

TOP 3: Stichwort O S T E R N:

Es soll von Di vor Ostern bis Ostermontag auf dem Zeltplatz
Im Jagd 80 im Grunewald ein Peace Camp stattfinden. Die Ge-
nehmigung liegt vor. Organisation Gewaltfreie Aktion und Ohne
Rüstung leben. Während des Peace Camps sind für Oster Sonntag
zahlreiche gewaltfreie Aktionen geplant. Wer mit machen will
muß in einer Bezugsgruppe sein und einem kurzen Training
teilnehmen. Vorbereitung jeden Freitag ab 19.30 Uhr im Öko-Dorf
Die Demo zu Ostern endet, wie inzwischen feststeht, am Flughafen
Tempelhof(ist eine militärische Einrichtung) an der "Hunger"-
kralle.

TOP 4: Frauenfriedenskette. Gesucht werden 2 500 oder mehr Frauen
weiteres siehe beiliegendes Flugblatt!!!!!!!

TOP 5: Medio/Bibliothek: Gesucht werden von 2-3 Leute, die Hanno beim
Aufbau unterstützen. Tel (Hanno) 817 52 59
oder zu festen Zeiten Mi und Fr von 10-12 Uhr und ab 19 Uhr
im Friedenszentrum. Im Zusammenhang mit der Eröffnung soll
eine Friedenszentrumsfete stattfinden.(im Mai)

xxx

TOP 6: Volkszählung

Eine Unterstützung der Kampagne ~~xxxxxxx~~ zu einem Volkszählungsboykott ist derzeit nicht vorgesehen, obwohl jed von uns sicher in irgendeiner Weise betroffen ist. Wir wollen vielmehr ein Forum zu diesem Thema bieten. Zunächst ist daher geplant: am 11. März 83 einen Informationsabend und eine Diskussion über die möglichen Folgen der Volkszählung zu machen.

P.S. hierzu:

Inzwischen basteln wir an einer Idee, evtl. kurz nach den Osterferien Mitte April eine größere Veranstaltung im Gemeindesaal zu machen. Thema: "Volkszählung in Zehlendorf". Gedacht ist z.Zt. an eine Podiumsdiskussion mit Leuten wie Schily, dem Berliner Datenschutzbeauftragte. Experten aus Zehlendorf o.ä. Wer Ideen dazu hat, möge sie zur nächsten Hausversammlung mitbringen!!! Kontakt vorläufig Mike von der WG

TOP 7: Ende März oder April plant ai eine Veranstaltung über die aktuelle Situation bei Asylbewerbbern. Veranstalter wird die Asylgruppe von ai sein.

TOP 8: Kirchentag: Es besteht Übereinstimmung, daß nur ein kleiner Auszug der Ausstellung "Unterwegs zur mündigen Gemeinde" z.B. 3-6 Tafeln den Stand ~~xx~~ schmücken sollen. Daneben sollen ein oder zwei Tafel aufgestellt werden, die die Vielfalt der Aktivitäten des Martin Niemöller Hauses darstellen. Schwerpunktthema diesmal soll sein: Tradition der Bekennenden Kirche. Kommunikation der Gruppen, die mit uns zusammen sind, gestaltet sich schwierig bis schleppend. Nächster Treff: zusammen mit der nächsten Hausversammlung am 9. März.

TOP 9: Am 5. März kam kurzfristig noch eine Veranstaltung hinzu. Wir haben wieder internationalen Besuch. Diesmal aus Irland. siehe Monatsprogramm für März.

TOP 10: Der Frieden soll schön sein. Wir bitten doch darum etwas darauf zu achten, daß unser Haus nicht eine Litfaßsäule wird. Es wird daher angeregt, Plakate dort aufzuhängen, wo Platz ist und wo Korkplatten angebracht sind. Wir machen außerdem darauf aufmerksam, daß wir einen Schaukasten haben!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!

TOP 11: Hinweis auf eine Tagung in Köln. Thema:
"Christen in der Friedensbewegung" Zeit 18.-20.3.83
Ulli Sonn fährt hin, wer noch?
Näheres im Friedenszentrum erfragen.

Das wärs Gruß Mike

